C 21734 D

Zwischenbilanz: Wie geht's weiter im KB? S.61

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 144 11.12.78
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 2,-

»Hoch die internationale Solidarität«?

Wer halbwegs aufmerksam und ehrlich die Entwicklung der letzten Wochen verfolgt hat, kann nur erschrecken über den Mangel an aktiver Solidarität, mit dem bisher Linke und Demokraten der BRD auf die Kämpfe im Iran reagiert haben. Hat die „internationale Solidarität" sich abgenutzt, erschöpft? Rufen Tausende von Toten, die im Iran innerhalb weniger Wochen bei Demonstrationen erschossen wurden, so wenig sichtbare und praktisch werdende Wut und Empörung hervor? Gilt die 1967 bereits erreichte Einsicht heute nicht mehr, daß Unterdrückung und Ausbeutung im Iran unmittelbar etwas mit demselben Imperialismus zu tun haben, von dem die Bundesrepublik eines der Zentren ist? Das Regime von Schah und Militär ist reif zum Sturz – und Demonstrationen und Aktionen in den imperialistischen Ländern könnten heute dazu einen nicht völlig unwesentlichen Beitrag leisten. Gemessen daran geschieht hierzulande erbärmlich wenig. Eine Rolle spielen dabei allgemeine Ermüdungserscheinungen in der Linken. Eine Rolle spielen auch die Gewöhnung an Nachrichten über reaktionäre Massaker und mangelnde Zuversicht in die Wirkungsmöglichkeiten internationaler Solidarität – nach Chile, Argentinien usw. Die Erinnerung an Erfolge der internationalen Solidarität – vor allem am Beispiel Vietnams – ist verblaßt oder wird durch Zweifel an der heutigen Entwicklung in Indochina überlagert.

Ein weiterer Faktor ist die gezielte und gleichgeschaltete Desinformationspolitik der Herrschenden, die die Volkskämpfe im Iran als religiös bestimmt, fortschrittsfeindlich, frauenfeindlich usw. verzerrt und Unsicherheit schafft, ob man sich als Demokrat und gar als Linker mit „so etwas" überhaupt solidarisieren darf. Daß die Volkskämpfe im Iran nicht von Sozialisten geführt werden, daß sogar die Einstellung einiger Exil-‚Helden' zur Demokratie zweifelhaft ist, ist offensichtlich. Daß es dem Volk des Iran aber in erster Linie um demokratische Rechte und um materielle Verbesserungen geht, ist ebenso unbestreitbar wie die massenhafte Teilnahme gerade von Frauen an diesem Kampf.

Ein wichtiger Faktor für die bisherige Schwäche der Solidarität mit den Volkskämpfen im Iran ist die schändliche Haltung der DKP (samt Unterverbänden) und der linken Sozialdemokratie, samt Jusos. Die DKP, die noch vor einiger Zeit über Reisepläne des Schah nach Moskau berichten mußte (und die Bemühungen des Schah um „Abrüstung und Entspannung" lobend hervorhob!), beschränkt sich jetzt auf starke Worte gegen das Regime, boykottiert aber in der Praxis alle Solidaritäts-Aktionen. Hier muß starker politischer Druck ausgeübt werden, insbesondere auf den MSB an den Universitäten, um die DKP zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen – ohne ihr andererseits zu erlauben, sich wieder einmal als Führung der Bewegung aufzuspielen.

Die Passivität der linken Sozialdemokraten und der Jusos zeigt, daß sie heute vielfach nicht einmal mehr als linkes „Feigenblatt" der SPD fungieren, sondern sich vollständig an den Rechtskurs Helmut Schmidts anpassen, wenn es von ihnen gefordert wird. Anders als 1967, als viele linke Sozialdemokraten die Demonstrationen in der BRD und Westberlin gegen das Schah-Regime aktiv unterstützten, kann sich heute niemand mehr hinter einer ‚Großen Koalition' und einem CDU-Bundeskanzler verstecken, wenn es um die Verantwortung für die Regierungspolitik gegenüber dem Regime des Iran geht. Heute ist die Verantwortlichkeit der SPD ganz offensichtlich. Gerade daraus ergäbe sich eine besondere Verantwortung für linke Sozialdemokraten und Jusos, heute aufzustehen und aktiv zu werden. Auf diese Verantwortlichkeit wird man sie in den kommenden Wochen beharrlich stoßen müssen.

Die radikale Linke hat Unrecht, wenn sie seit längerem darauf verzichtet – sei es aus Resignation oder aus Sektierertum und Abgrenzungshysterie nach rechts –, linke Sozialdemokraten, Liberale und die DKP immer wieder mit der Forderung nach breiten gemeinsamen Aktionen zu konfrontieren. Dieser Verzicht ist ein Geschenk an die jeweiligen Parteiführungen und im Grunde eine politische Kapitulation.

Der KB wird sich in den nächsten Wochen stärker als bisher für eine Verstärkung und Verbreiterung der Solidaritäts-Aktionen mit den Volkskämpfen im Iran einsetzen. Alle Mitglieder und Sympathisanten sind aufgerufen, hierfür etwas zu tun.



Iran-Solidarität trotz Polizeiterror

Trotz Verbot und massiertem Polizei-Einsatz demonstrierten am Samstag, 9. Dezember, 2 - 3000 Menschen in der Hamburger Innenstadt ihre Solidarität mit dem Volk des Iran. Mehrmals bildeten sich an verschiedenen Stellen kleine Demonstrationszüge mehrerer Hundert Menschen.

Die Polizei -- insgesamt ist von 1500 bis 2000 eingesetzten Beamten die Rede, darunter auch Polizei aus anderen Bundesländern und vom BGS – reagierte mit zunehmender Brutalität. So stürmten am Gerhard-Hauptmannplatz – Mönckebrunnen Polizei-Gruppen mehrmals nach allen Seiten gegen die herumstehende Menge vor und prügelten mit ihren 1 m langen Schlagstöcken blindwütig auf vermeintliche Demonstranten, Schaulustige und Einkaufende ein. Polizei-Gruppen drangen um sich prügelnd auch in die Kaufhäuser C & A und Karstadt ein und schleppten Menschen ab, die sie für Demonstranten hielten.

Es muß besonders betont werden, daß die Gewalt ausschließlich, und unterschiedslos auch gegen Unbeteiligte, von der Polizei ausging. Anlaß der zahlreichen Knüppel-Vorstöße der Polizei waren durchweg nichts anderes als Sprechchöre und protestierende Menschenansammlungen. Verantwortlich für diese ‚harte Linie' ist dieselbe Polizei-Führung, die zu anderen Gelegenheiten das Demonstrationsrecht der neonazistischen NPD massiv zu schützen pflegt. Zwei Seiten derselben Medaille!

Schon vor dem angesetzten Beginn der verbotenen Demonstration war es am Vormittag und Mittag zu illegalen Übergriffen der Polizei gekommen: Ohne jede rechtliche Handhabe wurden mehrere Menschen, die in der Innenstadt Flugblätter des KB und einen Sonderdruck zur Situation im Iran verteilten, festgenommen.

Die Gesamtzahl der im Laufe des Samstag Festgenommenen liegt bei 92, mehrere wurden wie Schwerverbrecher durchsucht, einige „erkennungsdienstlich" behandelt. Bei ihren brutalen Einsätzen verletzte die Polizei mindestens 20 Demonstranten, die alle ambulant im Krankenhaus behandelt werden mußten. Zwei liegen noch (mit Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung).

Der KB wird sich in den nächsten Tagen und Wochen dafür einsetzen, die Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes zu verstärken und diese Solidarität in örtlichen und zentralen Aktionen zum Ausdruck zu bringen.

Eisen- und Stahlindustrie

Die Streikfront steht

Zur Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen Tarifforderungen streiken seit nunmehr zwei Wochen 37 000 Stahlarbeiter – weitere rund 50 000 Kollegen wurden von den Kapitalisten ausgesperrt.

Mittlerweile sitzen die „Sozialpartner" mit Hilfe eines „neutralen Schlichters" (des nordrheinwestfälischen Ministers Farthmann, SPD) wieder am Verhandlungstisch.

Die Kollegenschaft hat ihre Entschlossenheit demonstriert, für ihre Interessen zu kämpfen und keine faulen Kompromisse aus einer „Verhandlungslösung" zu akzeptieren.

Siehe unsere Berichte auf den Seiten 13 ff.



Treffen in Kassel: Noch kein Schritt zur Einheit der Wahl-Initiativen

Zum 3.12. hatte der Koordinierungsausschuß des Troisdorfer Treffens zu einem Bundestreffen nach Kassel eingeladen. (vgl. AK 143) Auf dem Treffen sollte über die Koordinationsarbeit in den einzelnen Ländern berichtet und über die verschiedenen Vorstöße zu einer einheitlichen Wahlliste "grüner" und anderer alternativer Organisationen diskutiert werden. Das Treffen stand aber schließlich eindeutig unter dem Zeichen der Wahldiskussion, während über die bisher geleistete Arbeit der Koordinierungsausschüsse nur knappe Berichte gegeben wurden. An dem Treffen beteiligten sich die GAZ, die GLU, die AUD, die Bunte Liste Hamburg, die GLH (Hessen), die Grüne Liste Schleswig-Holstein und die Alternative Liste West-Berlin. Außerdem war der WSL vertreten. Auch der KB nahm an dem Treffen teil. Darüber hinaus waren aus einigen Bundesländern Abordnungen des jeweiligen Landeskoordinationsausschusses und eine Reihe kleinerer Gruppen aus der Ökologiebewegung vertreten. Der BBU war indirekt durch R. Voigt vertreten, der aber auch als Vertreter der Alternativen Liste West-Berlin und in seiner Funktion als Mitglied des Bundeskoordinationsausschusses sprach.

Das Treffen war von dem von allen Seiten geäußerten Wunsch nach mehr Einheit in der "grünen"- und Alternativbewegung geprägt. Hinter der Forderung nach Einheit wurden aber nach wie vor große Differenzen über die konkreten Inhalte und die einzuschlagenden Wege sichtbar. Am deutlichsten zeigte sich das daran, daß GAZ, AUD, GLU und Grüne Liste Schleswig-Holstein schon am 2.12. auf einem separaten Treffen beschlossen hatten, eine gemeinsame Kandidatur zu den Europawahlen zu versuchen. Zu diesem Zweck ist von diesen Organisationen eine gemeinsame Programmkommission eingesetzt worden, die noch im Dezember mit der Erarbeitung eines Wahlprogramms beginnen soll. Die vier Organisationen traten mit diesem Ergebnis vor die Konferenz, sicher auch in der Hoffnung, daß das Treffen ihre politische Absprache als Gerüst einer künftigen Gesamtpartei akzeptieren würde. Zwar ist in ihrem Vereinigungsbeschluß auch von weiteren Kräften die Rede, die gewonnen werden könnten; zugleich wird aber mit der Festlegung auf Grundgesetztreue und absolute "Gewaltfreiheit" ein enger politischer Rahmen gezogen, der in dieser Form nicht nur von der Bunten Liste, der GLH und der Alternativen Liste West-Berlin abgelehnt wird, sondern auch von einer Vielzahl von Bürgerinitiativen und Basisorganisationen aus den verschiedensten Bereichen. In der weiteren Diskussion wurde auch klar, daß zumindest die GAZ und Teile der GLU Grundgesetz- und Gewaltklauseln bewußt als Mittel der "Abgrenzung" nach links einsetzen wollen.

aus den verschiedensten Bereichen. In der weiteren Diskussion wurde auch klar, daß zumindest die GAZ und Teile der GLU Grundgesetz- und Gewaltklauseln bewußt als Mittel der "Abgrenzung" nach links einsetzen wollen.

Verabschiedet wurde schließlich auf dem Kasseler Treffen eine Resolution, die nach allen Seiten offen ist: *"Das vom Koordinierungsausschuß des Troisdorfer Umwelttreffens einberufene Treffen der Ökologiebewegung in Kassel am 3.12.78 hält die Einheit der ökologischen und alternativen Bewegung für notwendig. Es begrüßt deshalb die Bemühungen von parlamentarischen Initiativen der Ökologiebewegung um gemeinsames Auftreten bei Wahlen unter der Bedingung, daß diese Zusammenarbeit offen bleibt und alle weiteren Gruppen zum Hinzutritt aufgefordert werden, die auch eine parlamentarisch-demokratische Arbeit für notwendig halten. Diese Zustimmung kann die weitere Suche nach neuen Formen der politischen Vertretung nicht beeinträchtigen. Die bisher erfolgreiche außerparlamentarische Arbeit von BIs und ökologischer Bewegung ist weiterhin Ausgangspunkt der parlamentarischen Initiativen".*

Mit dieser Resolution wurde weder die Vorvereinheitlichung der Vier abgesegnet, noch direkt kritisiert. Immerhin spricht sich die Resolution für eine Zusammenarbeit mit der Basisbewegung und den linken alternativen Listen aus, während zumindest bei Teilen der GLU und bei der GAZ die Diskussion in Richtung Abkoppelung der "grünen" Parteien von der außerparlamentarischen Bewegung läuft.

Gegen diese Vorstellungen wurde auf der Kasseler Konferenz von verschiedenen Seiten Widerstand angekündigt. Vom Anspruch her hat sich auch die AUD gegen eine kleinkarierte Lösung nur mit GAZ und GLU ausgesprochen.

Die Ansätze einer programmatischen Diskussion haben zudem gezeigt, daß auch innerhalb des Viererkreises noch reichlich Widersprüche vorhanden sind. Während die GAZ und die Grüne Liste Schleswig-Holstein sich sehr scharf g e g e n gewerkschaftliche Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen, Rationalisierungsschutz und Lohnerhöhungen aussprachen, formulierte demgegenüber Haußleiter für die AUD: **"Die ökologische Bewegung muß nachweisen, daß sie die Hüterin der Arbeitsplätze sein will".**

Erfreulicherweise war bei vielen Beteiligten der Wille sichtbar, solche Fragen in gründlicher Diskussion gemeinsam zu klären und sich im Bereich gewerkschaftlicher Forderungen nicht länger mit Allgemeinplätzen über die Notwendigkeit der Verbindung von Ökonomie und Ökologie abspeisen zu lassen.

Gleiches gilt für die Diskussion über Festlegungen auf das Grundgesetz und Verfassungstreue. Selbst Mitglieder des Viererkreises kamen nicht umhin, die heutige Verfassungswirklichkeit als undemokratisch zu kennzeichnen.

Die Schlußresolution bezieht in diesen Fragen keine inhaltliche Position. Sie fordert aber eine offene Debatte unter allen Interessierten. Dieses Ergebnis ist zu begrüßen. Bunte Liste, GLH und Alternative Liste West-Berlin haben sich für

Die Schlußresolution bezieht in diesen Fragen keine inhaltliche Position. Sie fordert aber eine offene Debatte unter allen Interessierten. Dieses Ergebnis ist zu begrüßen. Bunte Liste, GLH und Alternative Liste West-Berlin haben sich für

diesen Weg ausgesprochen. Für Februar ist ein erneutes Zusammentreffen des Troisdorfer Kreises vorgesehen.

Stellungnahme der GLU zur Wahl des Europaparlaments

Von Georg Otto, Sprecher des GLU-Landesverbands Niedersachsens und des Bundesausschusses der GLU erhielten wir folgenden Brief mit der Bitte um Veröffentlichung:

Der AK vom 27.11.78 berichtet über eine Teilnahme eines hessischen GLU-Vertreters, der „offiziell die GLU" vertrat, an einer Konferenz sozialistischer und kommunistischer europäischer Organisationen am 14.-15.10. in Paris.

Dem Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen der GLU, der bis zur 1. Bundesdelegiertenkonferenz der GLU gleichzeitig Bundesvorstand ist, ist von dieser Konferenz und der Teilnahme eines GLU-Vertreters nichts bekannt.

Es liegt in dieser Sache auch keine Abstimmung mit dem Bundesausschuß der GLU vor, der von den Landesverbänden der GLU gebildet wurde und der vom Bundesvorstand bei Entscheidungen in internationalen Angelegenheiten eingeschaltet worden wäre. Eine etwaige Stellungnahme eines GLU-Vertreters auf dieser Konferenz ist rein privater Natur.

Die GLU nimmt zwar auch Stellung gegen die kapitalistische Rationalisierungspolitik und die daraus folgende Arbeitslosigkeit. Wir treten auch für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten ein, verteidigen das natürliche Gleichgewicht und arbeiten gegen die Atomenergie und sind gegen jede Art von Imperialismus.

Insofern unterstützen wir die ersten vier Forderungen der Pressemitteilung, die von den Konferenzteilnehmern also auch von einem anwesenden GLU-Vertreter für sich privat – beschlossen wurde.

Wir sind allerdings nicht unbedingt gegen die Stärkung der europäischen Institutionen, wenn diese zu einem Instrument der demokratischen Mitbestimmung der Völker Europas, gegen eine Vorherrschaft der multinationalen Konzerne, für mehr soziale Gerechtigkeit und vor allem gegen die weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen durch eine forcierte Wachstumspolitik ausgebaut werden können, die allein der europäischen Großindustrie und dem europäischen Bankenkartell dienen würde.

Weil die GLU für ein demokratisches, freiheitliches, soziales und für ein g r ü n e s Europa eintritt, deshalb haben die Delegierten des Landesverbandes Niedersachsen am 25.-26.11. in Oldenburg beschlossen, an den Wahlen zum Europaparlament teilzunehmen. Wir wollen die Chance der Europawahlen nutzen, um im Interesse der Völker Europas einen Fuß in die Tür zum europäischen Parlament zu bekommen. Wir halten eine Beteiligung an dieser Wahl für sinnvoller, als „den Kampf gegen die EG und die Wahl eines Europaparlaments" aufzunehmen, was ja das Ziel der Pariser Konferenz ist, die diese Fragen lt. „AK" am 25.-26.11. in Turin weiter beraten wollte.

Da bereits am 14.-15.10 bekannt war, daß in einigen GLU-Landesverbänden starke Stimmungen für eine Teilnahme an der Europawahl vorhanden war, ist die Zustimmung eines GLU-Vertreters zu dieser Resolution unverständlich.

Unverständlich ist aber auch die Unterschrift eines KB-Vertreters unter diese Resolution, wenn am 3.12. KB-Vertreter beim Koordinierungstreffen der Umweltschutzorganisationen und alternativen Gruppen in Kassel durchaus versuchten, ihrerseits einen Fuß in ein sich abzeichnendes grünes und alternatives Bündnis zu bekommen, das sich auch auf die Teilnahme an der Europawahl vorbereitet.

• • •

Anm. der AK-Red.: Um kein Mißverständnis entstehen zu lassen, wollen wir noch einmal darauf hinweisen, daß die Anwesenheit eines hessischen GLU-Mitglieds in Paris nicht eigenmächtig von uns in einen offiziellen Rang gehoben wurde, sondern daß der Betreffende selbst sich in diesem Sinne vorstellte. Daß wir dies durchaus von vornherein mit einer gewissen Skepsis aufnahmen, läßt sich auch aus der Formulierung in der letzten AK-Ausgabe ersehen, wo hinter der Namenserwähnung der GLU in Klammern vermerkt wurde: *(ein Vertreter aus (!) der hessischen GLU, der jedoch angab, offiziell für „die GLU" vertreten zu sein).*

Desweiteren ist anzumerken, daß die Frage einer eventuellen alternativen Kandidatur zum Europaparlament auf dem Pariser Treffen von

Vertreter aus (!) der hessischen GLU, der jedoch angab, offiziell für „die GLU" vertreten zu sein).

Desweiteren ist anzumerken, daß die Frage einer eventuellen alternativen Kandidatur zum Europaparlament auf dem Pariser Treffen von

den anwesenden Organisationen noch sehr unterschiedlich bewertet und – auch in der erwähnten Erklärung – ausdrücklich offen gehalten wurde.

Der KB legte seinen ablehnenden Standpunkt zu einer Kandidatur auf dem Turiner Treffen dar (und gleichzeitig im AK 143, der direkt nach dem Turiner Wochenende erschien). Über dieses Treffen, daß schließlich in dieser Frage weitgehende Übereinstimmung unter den anwesenden Organisationen erbrachte, werden wir aus Zeitgründen erst in der nächsten AK-Ausgabe berichten können.

Keineswegs ist es schließlich unlogisch, daß der KB die Pariser Erklärung unterzeichnete und auf dem Kasseler Treffen *„einen Fuß in ein sich abzeichnendes grünes und alternatives Bündnis zu bekommen"* versucht, so die GLU-Stellungnahme, *„das sich a u c h auf die Teilnahme an der Europawahl vorbereitet"* – also auch, und wie wir denken: im

Kasseler Treffen *„einen Fuß in ein sich abzeichnendes grünes und alternatives Bündnis zu bekommen"* versucht, so die GLU-Stellungnahme, *„das sich a u c h auf die Teilnahme an der Europawahl vorbereitet"* – also auch, und wie wir denken: im

wesentlichen, andere Aufgaben in unserem Land selbst vor sich sieht. Dazu aber genauer im Artikel zum Kasseler Treffen in diesem AK.

V-Frau enttarnt sich selbst

Göttingen: Die Göttinger Staatsschutzunterwelt hat einen Spitzel weniger. Vergangene Woche enttarnte sich Christine (Name geändert) selbst als Informantin des Verfassungsschutzes vor den Mitgliedern der Göttinger Initiativgruppe „Linke Tageszeitung" (TAZ), die sie seit September dieses Jahres bespitzeln sollte.

Ihre Erzählung, wie sie zur V-Frau wurde, dürfte typisch für die „Anwerbungsmethoden" des Verfassungsschutzes sein:

„Anfang April lernte ich in einer Gaststätte einen Herrn kennen, der mich am nächsten Tag zum Essen einladen wollte... Zu dieser Zeit ging es mir finanziell sehr schlecht, ich hatte mehrere tausend Mark Schulden." Dank der Hartnäkkigkeit des Verbindungsmannes (er nannte sich Peter Erichsen) und ihrer finanziellen Situation willigte sie in eine „freie Mitarbeiterschaft" beim VS ein. *„Ende April 1978 stand dieser Mann vor meiner Haustür und wollte mich sprechen... Er sagte mir, ob ich freier Mitarbeiter werden möchte. Ich würde 400 DM im Monat bekommen und brauche dafür nur einmal in der Woche in ein selbstorganisiertes Aktionszentrum zur Vollversammlung zu gehen, wo jeder hingehen kann. Und anschließend sollte ich ihm dann sagen, was da so besprochen wurde. Da ich kein Geld hatte, gab er mir 100 DM. Ich sagte erst einmal zu... Dann fragte mich der Erichsen, was dort besprochen wurde. Ich erzählte ihm, daß dort nur belangloses Zeug besprochen wurde.*

Am 17. Mai 1978 zeigte mir Herr Erichsen Bilder, die vor dem ... gemacht worden sind. Ich war auch auf den Bildern. Ich nannte wieder keine Namen. Er fragte mich nur, ob diese Leute bei der Vollversammlung dabei waren. Ich sagte ja..."

Im Juni zog Christine dann nach Göttingen. Prompt meldete sich Herr Erichsen wieder: *„Er brachte einen anderen Mann mit, dieser nannte sich Jürgen Meiners. Herr Meiners sollte jetzt die Arbeit mit mir weiter machen... Am 14. September meldete sich Herr Meiners telefonisch bei mir und wir verabredeten uns. Er sagte mir, ich sollte mal zur Gewaltfreien Aktion [!] gehen. Was ich auch tat... Dann zeigte er mir eine Nullnummer der „Tageszeitung". Ich sollte dort hingehen und mitmachen".* Danach folgten Angebote für C., gegen höhere Belohnung in die DKP einzutreten, die Frauenhausinitiative und den Frauenbuchladen zu bespitzeln.

Selbstverwaltete Jugendzentren, Gewaltfreie Aktion, Tageszeitung, Frauenbuchläden, Frauenhausinitiativen — überall wo sich fortschrittliche Initiativen bilden, wo Interessen in die eigenen Hände genommen werden, wird der Verfassungsschutz aktiv, heuert er unter Ausnutzung finanzieller Notsituationen Amateurspitzel an, observiert und füttert er die Computer mit Daten — die „ausufernde Praxis" des Verfassungsschutzes!

Initiativen bilden, wo Interessen in die eigenen Hände genommen werden, wird der Verfassungsschutz aktiv, heuert er unter Ausnutzung finanzieller Notsituationen Amateurspitzel an, observiert und füttert er die Computer mit Daten — die „ausufernde Praxis" des Verfassungsschutzes!

(Nach Berichten aus einem AStA-Flugblatt und dem „Göttinger Tageblatt" v.24.11.)

Ein Göttinger Genosse

Verfassungsreferendum in Spanien: Hohe Enthaltungsquote

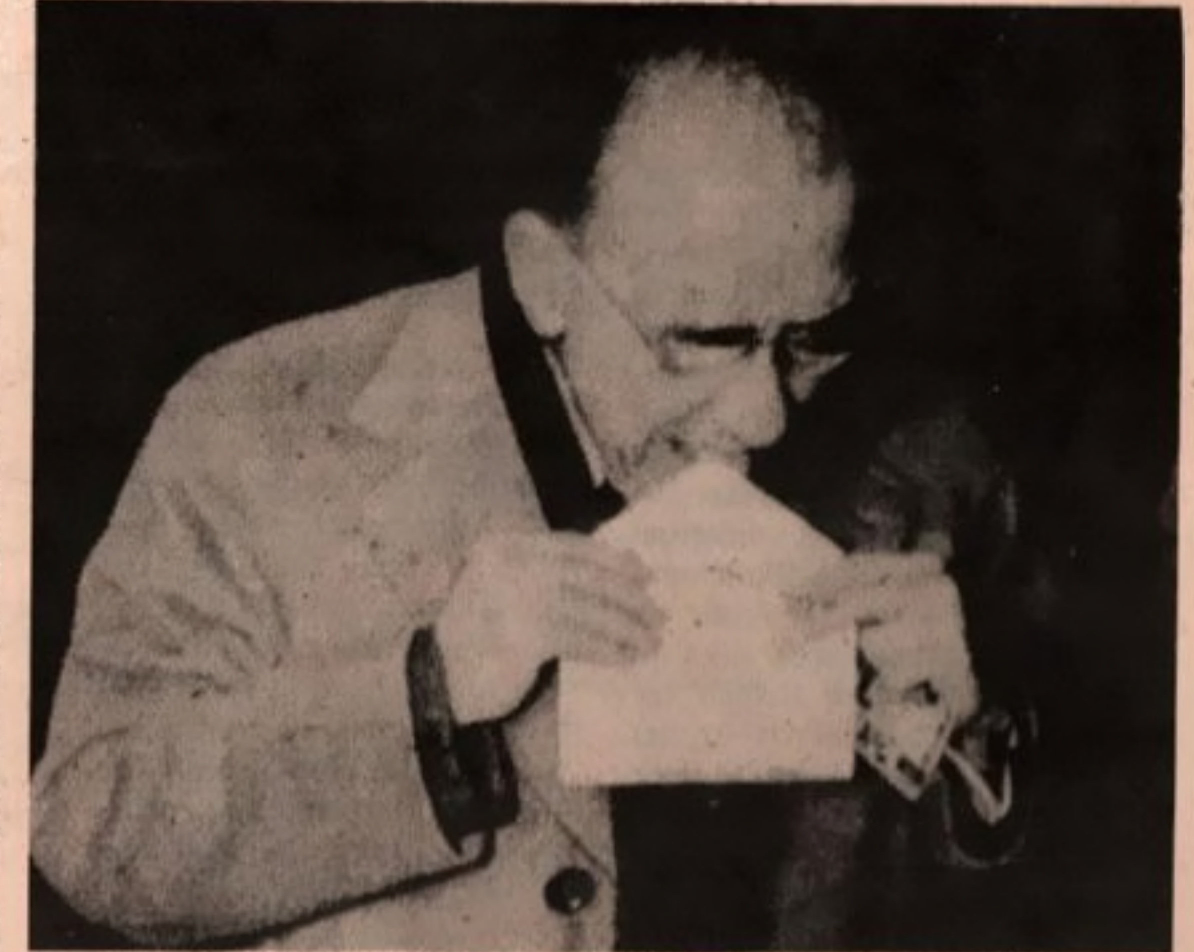
Am 6.12. waren etwa 26 Mio. Spanier aufgerufen, der neuen Verfassung zuzustimmen, die den Schlußstrich unter die Übergangsphase vom Franco-Faschismus zu einer „Demokratie nach westlichem Vorbild" ziehen soll. Für das Ja zur neuen Verfassung warben in einer äußerst aufwendigen Kampagne außer der rechten Regierungspartei UCD die beiden reformistischen Parteien PSOE und PCE (überdies die beiden „ML"-Parteien ORT und PTE) die ihre Wähler zu einer bedingungslosen Zustimmung aufforderten. Die neue Verfassung garantiert zwar einerseits die bürgerlichen Grundrechte (Rede-, Versammlungs-, Streikrecht etc.), schafft die Todesstrafe ab, sichert jedoch andererseits die reaktionäre Bourbonendynastie (Juan Carlos als König von Spanien) per höchstem Recht und mit weitgehenden Vollmachten ab, bestätigt die Zentralgewalt der Madrider Regierung gegenüber den massiven Forderungen und Kämpfen der spanischen Völker (insbesondere des baskischen Volkes) nach Selbstbestimmung, übergeht alle Forderungen der Frauenbewegung wie das Recht auf Verhütungsmittel und Abtreibung, gestattet der Armee das Eingreifen zum „Schutz" der verfassungsmäßigen Ordnung, um nur einige Beispiele zu nennen (s. hierzu AK 143).

Das Abstimmungsergebnis (Stand vom 7.12.) hat insbesondere wegen der unerwartet hohen Anzahl von Stimmenthaltungen Besorgnis und „Bestürzung" bei den bürgerlich-reaktionären bzw. reformistischen Parteien hervorgerufen. Vor allem das Ergebnis im Baskenland wurde von diesen Parteien als bedrohlich registriert. Die Beteiligung an dieser Abstimmung, die von allen Parteien des bürgerlichen Lagers als die wichtigste der letzten Jahre ausgegeben worden war, liegt mit 67,6 % fast 15 % unter der Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im Juni 1977. Die Wahlbeteiligung im Baskenland, wo der einflußreiche national-konservative PNV aus Protest gegen die Nichtberücksichtigung der baskischen Autonomieforderungen zur Stimmenthaltung aufgerufen hatte, gingen nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten zu den Urnen: In den Provinzen Vizcaya (Bilbao) und Guipúzcoa (San Sebastian) lag die Wahlbeteiligung bei nur 43 %. Hervorstechendes Ergebnis in Euzkadi (Baskenland) ist vor allem der hohe Anteil an Nein-Stimmen. Zur Abgabe einer Nein-Stimme hatten beide Flügel der baskischen Befreiungsbewegung ETA und die mit ihr verbundenen Parteien aufgerufen. In Guipúzcoa stimmten 29,8 % mit Nein und in Vizcaya 21,6 %! In den beiden anderen baskischen Provinzen (Alava und Navarra) sind die Ergebnisse eher dem Landesdurchschnitt angepaßt. In den baskischen Kerngebieten (Vizcaya, Guipúzcoa, Alava) haben damit nur 31,3 % der neuen Verfassung zugestimmt (Angaben nach Süddt. Ztg., 8.12.78)! Daß dies als ein Alarmsignal in Madrid gewertet wird, ist wohl nicht verwunderlich...

Im Landesdurchschnitt stimmten ca. 8 % gegen die Verfassung, wovon die Faschisten, die aus ganz entgegengesetzten Gründen zur Neinstimme aufgerufen hatten, wohl 2 % – 3 % für sich verbuchen können.

Auch in Galizien, Asturien und auf den Kanarischen Inseln lag die Wahlbeteiligung weit niedriger als im Landesdurchschnitt. Die bürgerlichen Politiker beklagen auch, daß von den zum erstenmal wahlberechtigten 1,5 Mio. Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren nur eine Minderheit überhaupt zu den Wahlurnen gegangen ist.

Insgesamt deutet das Ergebnis auf eine erhebliche Unzufriedenheit bis Ablehnung gegenüber den Ergebnissen der „Großen Koalitionspolitik" von PSOE und PCE mit der Suarez-Regierung und ihren verfassungsmäßigen Ergebnissen hin.



Er war natürlich bei der Abstimmung dabei und hat fraglos mit „Ja" gestimmt, Santiago Carillo

„Normalerweise" müßte Regierungschef Suarez jetzt das (ja noch auf der Grundlage der Franco-Grundgesetze gewählte) Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Doch die Verfassung selbst bietet ihm die Möglichkeit, diesen Weg zu umgehen und lediglich die „Vertrauensfrage" im Parlament zu stellen. Es gilt bereits als sicher, daß die rechte UCD sich nach diesem Wahlausgang derzeit keinen Neuwahlen stellen will – und ebenso sicher ist, daß PSOE und PCE dabei nicht im Wege stehen werden.

Spanien-Kommission

Die „Vietnam-Flüchtlinge" und die Praxis des Asylrechts in der BRD

„Schnell, unbürokratisch" und „bei voller Kostenübernahme durch das Land" (die Kosten für die Betreuung werden sich jährlich auf bis zu 8 Millionen DM belaufen – lt. HAZ vom 25.11.) hat Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht aufgrund einer „sehr persönlichen Entscheidung" 1000 asylsuchende Flüchtlinge aus Vietnam nach Niedersachsen holen lassen. Etwa 2/3 von ihnen waren bis zum 10.12. bereits mit Bundeswehrflugzeugen nach Hannover gebracht worden, nachdem es ihnen die malaysische Regierung untersagt hatte, vom Flüchtlingsschiff HAI HONG in Malaysia an Land zu gehen.

Jedenfalls sind es *„zur Zeit ganz arme Schweine"*, sagte der niedersächsische Staatssekretär Haaßengier, und das war so ziemlich alles, was man über die Flüchtlinge zunächst wußte bzw. sagen wollte. Albrecht fügte dem allerdings noch eine wichtige Information hinzu: *„Tausende von Menschen haben Heimat und Besitz aufgegeben, um das nackte Leben zu retten und dem Druck einer harten Diktatur zu entkommen"*, (Spiegel 4.12.) berichtete er vor dem Landtag.

Und das reichte – für einen der besten Propaganda-Coups, den sich Albrecht bisher ausgedacht hat: Hungernde und frierende Vietnamesen unter dem Weihnachtsbaum – wem wird da nicht weich ums Herz? *„Wir Niedersachsen" „im Bundesland mit der längsten Zonengrenze"* haben der Welt ein Zeichen gesetzt. Denn *„es ist noch nicht lange her, daß deutsche Menschen – Millionen an der Zahl – mitten im kältesten Winter zu Fuß über tausend Kilometer vor den russischen Armeen in den Westen geflohen sind."* (Albrecht vor dem Landtag lt. FR 30.11.)

Im besten Boulevard-Presse-Stil wurde diese Kampagne ausgewalzt, (wobei die antikommunistische Stimmungsmache nie vergessen wurde): eine Kirchengemeinde versprach, Kekstüten (!) an die Flüchtlinge zu verteilen, und eine Schwester der Inneren Mission „erboste sich" beim Empfang der Flüchtlinge: *„Das ist ja ein Skandal, keine Tannenzweige, keine Kerzen auf dem Tisch, und nicht einmal ein Adventskranz!"* (HAZ, 4.12.) Albrecht trat (natürlich nur bei der Ankunft des ersten Flugzeugs) in staatsmännischer Gönnerpose auf, Bundesratsminister Hasselmann nahm für die Fotografen Kinder auf den Arm, und wen wundert's, daß sich bei soviel Familienstimmung nicht nur zahlreiche Leute meldeten, die „Waisenkinder" adoptieren wollten (obwohl nur Familien ausgesucht worden waren), sondern daß lt. HAZ vom 5.12. auch ein Hamburger anrief, der mehrere Jahre in Vietnam gelebt hatte und *„um die Vermittlung einer heiratswilligen Frau, auch mit Kind"* bat!

Vermittlung einer heiratswilligen Frau, auch mit Kind" bat!

Trotz dieser Übelkeit erregenden Umstände fand sich bisher niemand, der sich gegen Albrechts Coup auszusprechen wagte. So geschickt war das „menschliche Elend" in den Vordergrund gestellt worden, daß die SPD die Flucht nach vorn antrat und Albrecht nicht nur ihre „volle Unterstützung" zusagte, sondern die Propaganda gleich noch steigerte: Die Lage dieser Leute entspreche der der Juden in den 30er Jahren, war Karl Ravens' absolute Spitzenleistung vor dem Landtag.

Auch die Linken in Niedersachsen stehen etwas ratlos da, und über die Kritik des Solidaritätskongresses „Ausländer in der Bundesrepublik" in einem Brief an Helmut Schmidt, daß der *„publizistische Aufwand, mit dem Albrecht die 1000 Vietnamflüchtliche aufnehme, im krassen Gegensatz zur Behandlung anderer Flüchtlinge stehe"*, ist bisher niemand hörbar hinausgegangen. Aber das erscheint nötig.

Was sind das für Menschen?

In den offiziellen Erklärungen hört sich das natürlich alles sehr klar an: *„Die meisten haben das Land verlassen, weil sie unter den Kommunisten keine Existenzgrundlage mehr sahen. Sie wurden bedroht, verfolgt, manche wohl auch regelrecht terrorisiert."* (HAZ), 4.12.) Es handele sich um *„Durchschnittsbevölkerung,... nicht in erster Linie Chinesen"*, erklärte Regierungssprecher von Poser. Daß sich auf der HAI HONG hauptsächlich Angehörige der chinesischen Minderheit befänden, die in Saigon vor der Revolution im Vergnügungsgewerbe und ähnlichen florierenden Branchen tätig gewesen wären, sei ein *„Greuelmärchen"* (Poser lt. FR vom 28.11.)

Der schon gewöhnlich gut informierte Landesvorstand der Jungen Union wußte gar, daß es sich um *„Reisbauern"* handele (FR, 28.11.). Auf jeden Fall konnte man beruhigt sein, denn *„erfahrungsgemäß lassen sich Vietnamesen schnell integrieren"*. (Staatssekretär Haaßengier lt. NHP vom 27.11.)

Woher Haaßengier diese „Erfahrung" nimmt, bleibt unerfindlich. Die einzige konkrete Erfahrung mit der Eingliederung von Flüchtlingen aus Vietnam hat bisher Theo Jänsch, der Leiter der hessischen Flüchtlingsbetreuung, geschildert. Für ihn *„sind die Vietnamesen der schwierigste Fall, der ihm bisher begegnet ist"*.

In der FR vom 30.11. schildert er den Fall des ehemaligen südvietnamesischen Hauptmanns Lap, der seit Mitte 1977 mit monatlich 1400 Mark bei freier Miete in einem hessischen Flüchtlingswohnheim lebt: *„Lap hat einen Deutschkurs besucht. Er könnte sich nun Arbeit beim Bau oder am Fließband suchen, nicht anders als Türken, Griechen oder Spanier das bei uns tun. Eben das will er aber nicht, und das ist typisch für viele der Vietnamesen. Sie kommen aus der Mittelschicht, sie sind geflohen, weil sie im kommunistischen Vietnam ihren Platz in dieser Schicht verloren haben und suchen diesen Platz nun bei uns."*

Und zumindest von den Voraussetzungen her scheint das tatsächlich ein typischer Fall zu sein. Entgegen von Posers Behauptungen sind nämlich tatsächlich 98 % der Flüchtlinge auf der HAI HONG Chinesen (HAZ vom 2.12.), denen es an Geld nicht gerade mangeln kann: Ist doch unbestritten, daß sie für ihren Platz in dem „gut vorbereiteten Unternehmen" (HAZ, 23.11.) pro Kopf 3000 Dollar hingeblättert haben – eine ganze Menge für die vietnamesische Durchschnittsbevölkerung!

Und bevor der ganze Propagandarummel losging, hatte auch die HAZ noch ein ganz anderes Bild gemalt: *„Bei den meisten Flüchtlingen handelt es sich um Vietnamesen chinesischer Abstammung, die noch über Vermögen und meist auch Bankkonten im Ausland verfügen. Sie sind in Vietnam kaum Verfolgungen ausgesetzt, vielmehr suchen sie in der Fremde ein besseres Leben."* (HAZ, 23.11.)

Die Lebensbedingungen in Vietnam sind hart – für das ganze Volk

Daß es ihnen in Vietnam vor der Revolution besser gegangen ist als heute, braucht nicht bestritten zu werden. Aber entscheidend ist doch, daß das ganze vietnamesische Volk immer noch in einem ungeheuren Elend lebt, daß mit härtesten Anstrengungen nicht nur die Spuren des jahrzehntelangen Krieges beseitigt werden müssen, sondern daß dieser Krieg – den die heutigen Flüchtlinge auf der anderen Seite mit geführt haben – heute noch immer wieder seine katastrophalen Auswirkungen zeigt: So hat es in diesem Jahr in Vietnam Überschwemmungskatastrophen gegeben, die (Folge der systematischen Vernichtung der Wälder und der Zerstörung der Deiche und Dämme durch die USA) allein zweieinhalb Millionen Tonnen Reis zerstörten (Einer der Flüchtlinge führte als Fluchtgrund die niedrige Reisration an!).



„ASYLBRECHT"

„ASYLBRECHT"

„Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Reorganisation Süd-Vietnams, der Vereinigung der zersprengten Familien, der Wiederherstellung der während der zwanzigjährigen amerikanischen Besetzung geschädigten moralischen und kulturellen Traditionen, der Umschulung all jener, die zu Kollaborateuren des Feinds gemacht worden waren, sind nicht Anzeichen eines fehlgelaufenen Herrschaftssystems, sondern Auswirkungen eines Umstellungsprozesses, wie sie – zur Auffrischung unseres kurzen Gedächtnisses – auch nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden und in Vietnam nicht schlechter als in Europa zur Lösung gebracht werden können." (Peter Weiß: Zur Lage in Vietnam, in FR, 29.11.)

Es bestreitet niemand, daß gerade in Saigon der gesamte Handel verstaatlicht worden ist, um die Korruption einzudämmen. Es bestreitet auch niemand die Existenz von Umerziehungslagern (in denen neues Land kultiviert wird), in denen die Bedingungen nach den spärlich vorliegenden Berichten hart sind – aber eben nicht härter als die Lebens- und Arbeitsbedingungen der vietnamesischen Landbevölkerung! Ist es denn ein Fehler, wenn Kriegsgewinnler unter den gleichen Bedingungen wie die gesamte Bevölkerung zur Arbeit geschickt werden?

Da liegt der Grund für diese Fluchtbewegung, die wir eigentlich aus unseren deutschen Erfahrungen einschätzen können sollten.

Das sind keine politischen Flüchtlinge

Das ist Albrechts „humanitäres Anliegen": Über das Elend der Flüchtlinge an Bord der HAI HONG zu reden, die sich mit viel Geld der harten Aufgabe entzogen haben, bei der Überwindung des Elend des vietnamesischen Volkes zu helfen – über das in dieser Kampagne kein Wort verloren wird!

Das ist das humanitäre Anliegen: Über ein untergegangenes Schiff und ertrunkene Flüchtlinge zu lamentieren, aber nicht über die Geschäftsmacher zu reden, die diese Fluchtunternehmen kommerziell organisieren, wie die amerikanische „World Vision International"-Gesellschaft!

Tatsächlich haben sich die ganzen Andeutungen und Spekulationen über das Elend der Geflohenen in Vietnam in nichts aufgelöst:

- Bei den vielen Dutzend Interviews, die mittlerweile mit den Flüchtlingen gemacht worden sind, hat **k e i n e i n z i g e r** von konkreten Unterdrückungs- oder Verfolgungsmaßnahmen in Vietnam berichtet.
- Kein einziger der Flüchtlinge ist in einem der „Umerziehungslager" gewesen – nicht einmal das!
- Bezeichnenderweise sind die meisten Familien ohne die Männer geflohen. Das muß schon eine üble Unterdrückung sein, wenn die Männer erstmal ihre Familien vorschicken können!
- Alle haben – so oder so formuliert – gesagt, daß sie geflohen sind, weil sie nicht bereit waren, die neue Regierung zu unterstützen, oder weil sie keine Existenzgrundlage mehr sahen.

Aber das ist ein weiter Begriff: nach der Genfer Konvention können Flüchtlinge tatsächlich als politisch Verfolgte angesehen werden, wenn ihnen **endgültig** die wirtschaftliche Existenzgrundlage entzogen ist, wenn für sie **nirgends** im Land mehr die Möglichkeit besteht, sich zu ernähren. Das ist bei keinem dieser Flüchtlinge der Fall. Auch Amnesty International sieht den Mangel, dem diese Flüchtlinge unterworfen waren, als typische Erscheinungsform einer Nachkriegssituation an, der die **ganze** Bevölkerung unterworfen ist.

Genau aus diesem Grund weigert sich auch Malaysia, die Flüchtlinge aufzunehmen, die nach der Genfer Konvention keine politischen Flüchtlinge sind. Und sie alle als Einwanderer aufzunehmen, die ihre alten Privilegien behalten wollen, dazu ist Malaysia nicht in der Lage – immerhin befinden sich bereits 35.000 Flüchtlinge aus Vietnam im Land!

Was sich da abspielt, ist eine Hilfsaktion von Albrecht für seine Freunde unter antikommunistischer Stimmungsmache. Was die CSU nicht hindert festzustellen, *„daß der Einsatz von SPD und FDP für Flüchtlinge aus kommunistischen Ländern weitaus geringer sei als für solche aus nichtkommunistischen Ländern."* (FR, 25.11.) Jedenfalls hat das mit Asylrecht, mit Hilfe für politische Verfolgte nichts zu tun.

Realität des Asylrechts in der BRD

Wie dies Asylrecht in der BRD gehandhabt wird, dafür gibt es ganz andere Erfahrungen:

Im November 1977 beschloß die Länderinnenministerkonferenz, 100 Kurden in der BRD aufzunehmen, politische Flüchtlinge, die – vom Regen in die Traufe gekommen – im Iran auf die Gewährung politischen Asyls warten.

Im März spricht das Innenministerium von Schwierigkeiten bei der Auswahl – die Botschaft sei jetzt aber angewiesen, sich darum zu kümmern. Im November 78 wird immer noch ausgewählt und die „Integrationsfähigkeit" geprüft (lt. Amnesty ein völlig unübliches Verfahren). Heute, nach einem Jahr, ist noch kein einziger Kurde in der BRD!

Auch von den 500 politischen Gefangenen aus Argentinien, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Fußball-WM aufzunehmen versprach, ist noch keiner in der BRD. Nachdem die Bundesregierung die erste von Amnesty vorgelegte Liste abgelehnt hatte (nach den Vorwürfen der argentinischen Regierung waren diese Gefangenen zu radikal!), machte nach Vorlage der zweiten Liste Argentinien Schwierigkeiten und ließ die deutschen Beamten nicht in die Gefängnisse, die mit den Gefangenen sprechen sollten.

Obwohl diese Kontakte seit einer Woche erlaubt werden, befürchtet Amnesty, daß die Ausreise der 500 Gefangenen schließlich an Termingründen scheitern könnte, denn vor das Asyl hat die Bundesregierung noch die Sicherheitsüberprüfung durch den Verfassungsschutz gesetzt!

Die „Optionsrechte", die die jeweilige Regierung auf die Gefangenen ausstellt, verfallen nämlich nach einem Jahr. Ist also bis dahin kein Asyl gewährt, dürfen die Häftlinge überhaupt nicht mehr ausreisen, und es wäre nicht das erste Mal, daß Amnesty versuchen mußte, die Gefangenen kurzfristig über andere, schneller entscheidungsbereite Gastländer zu retten, weil die Aufnahme in die BRD formal am Verfall der Optionsrechte zu scheitern drohte!

Eine solche Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern durch den Verfassungsschutz ist rechtlich in keiner Weise abgesichert, im Gegenteil,

fung von Asylbewerbern durch den Verfassungsschutz ist rechtlich in keiner Weise abgesichert, im Gegenteil,

sie verstößt gegen das Asylrecht, das ausdrücklich unabhängig von der politischen Einstellung zu gewähren ist.

Natürlich gibt es solche Sicherheitsüberprüfungen bei Flüchtlingen aus Vietnam oder anderen kommunistischen Ländern nicht, dafür sind sie z.B. im Fall Chile gleich doppelt durchgeführt worden, als die Filbinger-Regierung nach der Überprüfung durch das Bundesamt noch das Landesamt für Verfassungsschutz einschaltete, das weitere Asylbewerber ausschied.

Der Verfassungsschutz hat hier auf jeden Fall (mal wieder) das letzte Wort. An seinem Nein gibt es nichts zu rütteln, selbst dann, wenn für den Bewerber Arbeitserlaubnis und Sozialhilfezusage bereits vorliegen. So jedenfalls die Erfahrung von Amnesty. (Alle Angaben zum Asylrecht aus einem Gespräch mit Frau Alm-Merk, zuständig für politische Flüchtlinge im deutschen Amnesty-Vorstand)

Daß man allerdings auch hier ganz unbürokratisch das Asylrecht fallenlassen kann (und da schließt sich wieder der Kreis zu Albrechts Weihnachtsaktion), bewies das Osnabrükker Ausländeramt, als es im August ein Mitglied der oppositionellen argentinischen „Jungen Peronisten" widerrechtlich abschob, obwohl bereits ein Asylantrag gestellt war. Nur durch die Wachsamkeit von Amnesty konnte der Argentinier in Zürich aus dem Flugzeug geholt und wieder in die BRD gebracht werden (HAZ, 18.8.78).

Das jedenfalls ist die Realität des Asylrechts in der BRD, das durch Albrechts Aktion zur Farce gemacht wird. Denn da sind keine politischen Flüchtlinge geholt worden, dafür werden sie umso korrekter nach dem Asylrecht behandelt!

Goetz



Dem starken Staat die Zähne gezeigt ...

Erlebnisbericht eines Demonstranten

Endgültiges Demoverbot am Freitagnachmittag. Alle Hoffnungen dahin, doch noch friedlich zu demonstrieren. Ich treffe mich mit Genossen, Freunden, Bekannten. Alle sind sich einig: Es darf in dieser Stadt nicht Gesetz werden, daß die Hamburger Pfeffersäcke bestimmen, wann und wo wir unsere Solidarität demonstrieren. Aber es ist auch Angst da vor dem morgen. 1500 Bullen in der Innenstadt — und die werden nicht zimperlich sein. Und wie werden sich die Passanten verhalten?

Am Morgen bin ich dann mit anderen in die Stadt. Vollgepackt mit AKs, dem AK-extra zum Iran und dem Flugblatt ,,Was ist heute los in der Innenstadt?" Und es geht besser als gedacht. Viele Menschen nahmen interessiert die Flugblätter. Auch daß wir das Recht haben müßten, heute zu demonstrieren, findet noch viel Anklang. Das gibt bei vielen neuen Mut. Dann die ersten Zivilstreifen. In provokatorischer Manier kommen sie in Trupps auf Flugblattverteiler zu. Machen sie an, sie würden zu einer verbotenen Demo aufrufen. Aber noch passiert nichts. Dann gegen 12.30 Uhr wird's ernst. Vierergruppen von uniformierten Bullen streifen umher. Machen Flugblattverteiler an. Dann die ersten Verhaftungen. Wahllos werden Verteiler herausgegriffen und abgeführt. Immer mehr solcher Meldungen laufen zusammen. Auch Falschmeldungen, wie sich später heraus-
den Verteiler herausgegriffen und abgeführt. Immer mehr solcher Meldungen laufen zusammen. Auch Falschmeldungen, wie sich später heraus-
stellt. Dies ist der Punkt, an dem die Stimmung sinkt. Dann die Meldungen: Die Bullen räumen den Gerhart-Hauptmann-Platz und fahren ihre Hundertschaften auf. Dazu die Wasserwerfer.

Die Angst wird wieder stärker. Bei den ersten Genossen kommt die Stimmung auf, es beim Flugblattverteilen zu belassen. Gegen diese Übermacht sollte man eine Demo nicht versuchen. Dagegen steht: Dann haben sie uns genau da, wo sie uns wollen: Die Staatsmacht demonstriert — und wir ziehen den Kopf ein. 13.30 Uhr dann Sammeln am Mönckebrunnen. Zu diesem Zeitpunkt sind es wohl 1.000. Weitere kommen hinzu, die etwas abseits stehen und sich nicht recht trauen. Um 13.45 dann der erste Überfall auf Transparentträger des KBW. Überfallartig stürmt ein Bullentrupp heran, greift einige Leute und zieht sich sofort zurück.

Der erste Trupp von mehreren Hundert geht auf den Bürgersteigen die Mönckebergstraße zum Anfang runter. Drehen dort um und kommen auf der Straße zurück. Der zweite Teil kommt ihnen nun entgegen, um einen gemeinsamen Block zu bilden. Die Bullen greifen noch nicht ein, sondern errichten eine Sperre in der Mitte der Mönckebergstraße, um den Zug abzufangen. Dann machen sie den Platz an zwei weiteren Seiten dicht. Eine richtig schöne, plumpe Falle.

Zu diesem Zeitpunkt sind wir nur mehrere Hundert. Der größte Teil steht noch auf den Bürgersteigen oder widmet sich dem Flugblattverteilen. Die müssen noch mit ran, sonst kriegen wir nie eine richtige Demo zustande. Es gibt jetzt nur noch einen Ausgang. Den durch die Spitalerstraße. Wir versuchen den Zug umzuleiten. Auch in der Hoffnung, daß sich durch eine längere Anlaufstrecke noch mehr einreihen. Bloß nicht in die Polizeifalle. Das wäre das Ende dieses Versuchs. Doch der KBW marschiert — wieder einmal in die falsche Richtung — weiter allein auf die Bullensperre zu. Hinter ihnen baut sich sofort die nächste Bullensperre auf. Sie sind eingekesselt. ,,Auflösen" krakeelt es aus dem Polizeilautsprecher. Und dann schon der erste Sturm. Es wird geknüppelt, die nächsten Verhaftungen. Demonstranten werden auf die Gehsteige verfolgt. Die ersten Passanten werden auch schon mit einbezogen. Dann ziehen sich die Bullen auf zwei Sperren zurück, so daß ein Teil der Mönckebergstraße und die Spitalerstraße abgeriegelt ist. Der Verkauf wird nun ernsthaft gestört, denn die Bullen lassen niemanden mehr durch. Aber jetzt kommt auch Stimmung auf den Gehsteigen auf. Parolen werden gerufen: ,,Tod dem Faschismus — nieder mit dem Schahregime", ,,Deutsche Polizisten schützen die Faschisten", ,,Polizei — SA, SS". Die Polizei wird nervös. Die Straße soll nun vollständig geräumt werden, wodurch es zu den ersten Überfällen vor C & A kommt. Auch hier wird wieder wahllos in die Umstehenden eingeprügelt. Der erste Versuch eines Aufmarschs war damit jedoch gescheitert. Der Rest der Demo war in den Rücken der Bullensperre gezogen, was diese veranlaßte, ein weiteres Kontingent aufzufahren. Eine weitere Sperre am unteren Ende der Mönckebergstraße. Diese war nun endgültig dicht. Weihnachtsgeschäft ade. Die ersten Rollä-
zufahren. Eine weitere Sperre am unteren Ende der Mönckebergstraße. Diese war nun endgültig dicht. Weihnachtsgeschäft ade. Die ersten Rollä-
den gingen runter.

Die Bullensperren rücken näher zusammen und wollen den Rest der Demo einkesseln. Diese zieht durch eine Passage in die Spitalerstraße. Ein neues Kontingent Bullen muß aufgezogen werden, um auch diese dicht zu machen. Nun müssen schon die aus Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit ran. Alles in allem ganz schön unbeweglich diese Polizei. Nach und nach sammelt sich alles am Ende Spitalerstraße und Mönckebrunnen. Und dann wieder auf die Straße. Zuerst sind es zehn, dann 50, am Ende einige Hundert. Aber wieder bleibt der größte Teil auf den Gehsteigen, unterstützt aber die Demo durch Sprechchöre. Die Angst ist noch stärker als die Wut. Etwa 150–200 m bis zur Bullensperre. Wir marschieren los. Ein Bullenwagen mit zwei Oberbonzen versucht, in die Demo reinzufahren. Einige Tritte, und schon legt er den schnellsten Rückwärtsgang ein. Noch 50 m bis zur Sperre. Mit wildem Geschrei rasen die ersten Bullentrupps herbei. Schon 20, 30 m vorher schwingen sie wild ihre Schlagstöcke. Die Demonstranten spritzen rechts und links auf die vollbesetzten Gehsteige. Blindwütig rennen die Bullen hinterher. Die Chance, einen Demonstranten zu treffen, ist nicht besser als 1:10. So werden wohl auch bei diesem Knüppeleinsatz mehr unbeteiligte Passanten getroffen als Demonstranten. Weitere Verhaftungen folgen. Aber die Polizei ist nicht Herr der Lage. Sie weiß nicht, wo sie zuschlagen soll. Nichts bleibt mehr vom Konzept, den Einkaufsverkehr zu sichern. Weitere Truppen werden aufgefahren. Jetzt erscheint auch erstmals der BGS. Ein alter Mann: „Damit könnt ihr ja gleich in den Krieg ziehen." Die ersten Wasserwerfer werden aufgefahren. Viele Verhaftungen bisher, aber die Bullen haben es nicht geschafft, die Demonstranten aus der Innenstadt zu vertreiben. Offensichtlich gerieten sie darüber in Wut. Denn jetzt begannen die Verfolgungsjagden. Vor allem vor C & A, wo sich der größte Teil aufhielt, und von woher immer wieder Sprechchöre angestimmt wurden. Die Wasserwerfer sprühten wild in die Menge hinein, die letzte Einkaufslust wurde damit wohl versaut. Und immer wieder die Bullen hinterher. Jetzt auch bis ins Kaufhaus hinein.

Die Innenstadt glich einem Belagerungszustand. 2000 Bullen hatten nun alles abgeriegelt.

Abmarsch um 16.00 Uhr durch die Spitalerstraße. Gespenstisch. Die Rolläden waren heruntergelassen. Dahinter die Leute, die nicht mehr herausgelassen wurden. Kostenlose Besichtigung von „gewalttätigen Demonstranten". Aber auch hier wenig Anmachen. Die Polizei hat sich auf jeden Fall unbeliebter gemacht als wir.

Nachbetrachtung: Die Polizei hatte großspurig angekündigt, sie werde sicherstellen, daß der Weihnachtseinkauf nicht gestört werden wird. Daraus ist nichts geworden. Allerdings nicht durch die Demonstranten, sondern durch die Bullen. Was dazu wohl die Hamburger Pfeffersäcke sagen werden?

Und bei uns: Die Wut war wohl noch nicht groß genug, um die Angst zu überwinden, obwohl wir schwimmen konnten wie der Fisch im Was-
Und bei uns: Die Wut war wohl noch nicht groß genug, um die Angst zu überwinden, obwohl wir schwimmen konnten wie der Fisch im Was-
ser. Die Polizei hatte nicht nur uns gegen sich, sondern objektiv auch die Passanten, die sie immer wieder angreifen mußten, um uns zu treffen. Das hat sie ganz und gar nicht beliebter gemacht.

Ein Demonstrant

Je mehr Massenmord, desto weniger Recht auf Demonstration!

Während das Schah-Regime am letzten Wochenende Demonstration zumindest formal erlaubte, wurden sie im SPD-regierten Hamburg verboten. Die Innenbehörde begründete das Demonstrationsverbot wesentlich mit ,,*erkennbaren Umständen*", die darauf hindeuteten, daß ,,*mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit Zusammenstößen und Tumulten und demgemäß mit einer unmittelbaren Gefährdung von Leib, Leben und Eigentum der Beteiligten gerechnet werden*" müsse.

Diese ,,erkennbaren Umstände" wurden nirgendwo benannt. Sie sind umso mehr einfach aus den Fingern gesogen, als die Veranstalter von vornherein erklärt hatten, daß es ihnen nicht um eine Konfrontation mit der Polizei gehe. Der Widerspruch gegen das Demoverbot hatte keinen Erfolg. Das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht entschieden abschlägig. Dabei erdreistete sich das Verwaltungsgericht noch in Punkt 1 seiner Begründung auf die besondere politische Lage im Iran hinzuweisen: ,,*Weil die politische Lage im Iran, die Grund der Demonstration ist, sich verschärft hat und der Schluß berechtigt erscheint, die bereits zeutage getretene, zu Gewalttätigkeiten neigende politische Haltung eines Teils des voraussichtlichen Teilnehmerkreises werde deshalb (die Gefahr von Tätlichkeiten) jetzt noch deutlicher hervortreten.*" Das heißt im Klartext: Je brutaler der Terror ist, je größer der Massenmord, desto weniger Recht sollen wir haben, dagegen zu protestieren.

Gleichzeitig wird den Veranstaltern, namentlich der CISNU und dem KB, die weitere Illegalisierung angedroht. Der KB, so heißt es, hätte in einem Flugblatt ,,*bereits jetzt zu einem Rechtsbruch aufgefordert*" — und muß deshalb mit einer Anklage rechnen, müßte man noch hinzufügen. Aus dem Urteil des Bonner ,,Rathausprozesses" gegen die ,,KPD" dürfte klar sein, in welche Richtung sowas laufen könnte (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Diese Behauptung eines ,,Rechtsbruchs" ist dabei nachweislich falsch. Der KB hatte in einem Flugblatt gegen das Demonstrationsverbot lediglich erklärt, ,,*wir lassen uns unsere Solidarität nicht verbieten!*"

Am Vortag der Demonstration hatte sich die Springer-Presse gezielt den KB vorgenommen: ,,*Eine hilflose, um sich schlagende Polizei als Demonstrationsobjekt paßt genau in das Bild, das der Kommunistische Bund zu gerne von der Staatsmacht zeigen möchte*" (,,Hamburger Abendblatt", 8.12.).



Eine illustre Gesellschaft:
Kaminski („Bild"-Reporter aus Hamburg, links mit Pelzmütze) sowie Lütke („Bild"-Reporter aus HH, rechts mit Schiffermütze) bei einer „Einsatzbesprechung" mit Hamburgs Oberbullen (darunter Polizeioberrat Priess, rechts hinter Lütke).



... diese Szene ist die Fortsetzung von dem Bild auf Seite 1. Deutlich ist zu erkennen, daß die Passantin, die zunächst beschwichtigend auf die prügelnden Bullen einzuwirken versucht, jetzt selber bedroht wird.

Iran-Solidarität und Polizeistaat

Nach der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration vom 25. November überschlagen sich Politiker und Presse mit ausländerfeindlicher Hetze, Initiativen zur Verfolgung insbesondere iranischer Studenten in der BRD und Vorschläge und Maßnahmen zur weiteren Einschränkung der Demonstrationsfreiheit in unserem Land. In Frankfurt wird gegenwärtig ein generelles Demonstrationsverbot praktiziert.

Über die Ereignisse am 25.11. in Frankfurt selbst, über die wir in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF nur erst grob berichten konnten (Erscheinungsdatum 27.9.), gibt eine Presseerklärung der CISNU noch einmal einen deutlichen Einblick:

„Als gegen Ende der Demonstration eine Gruppe vor die amerikanische Vertretung zog, um ihre berechtigte Wut gegen die USA als den Urheber der faschistischen Terrorherrschaft über den Iran und Mitschuldigen am Massaker im Iran zu äußern und riefen: „Schah Mörder, Carter Komplize" wurden sie von der Polizei brutal angegriffen. Alle späteren Ereignisse gehen aufs Konto dieser Provokation der Polizei.

Als sich später die Demonstranten zurückzogen, setzte die Polizei nochmals zum Sturm an. Sie scheute sich nicht einmal davor, mit Steinen zu werfen. Ein Zivilpolizist zuckte sogar die Waffe. Auf dem ganzen Uni-Gelände, in das sich die Demonstranten zurückzogen, um sich dort in ihre Autos zu begeben und sich zu zerstreuen, setzte die Polizei ihre Übergriffe fort. Bis in die Räume der Universität wurden die Demonstranten verfolgt und sogar ein Raum des Asta, in dem die Verletzten untergebracht waren, wurde von der Polizei bestürmt.

Anschließend trieb die Polizei mit geduldsamer Brutalität die Demonstranten in Seitengassen und schlug nach Herzenslust auf sie ein. Noch Stunden später wurden kleine Gruppen, die versuchten, zu ihren Autos zu gelangen, von der Polizei gejagt und zusammengeschlagen.

Mutwillig fuhr ein Wasserwerfer einem Demonstranten über das Bein. Ein anderer wurde von einer Polizeistreife angefahren. Diejenigen Verletzten, die von der Polizei ins Krankenhaus geliefert wurden, wurden teilweise mißhandelt. Die Verhafteten wurden vom Ort der Festnahme bis in die Zelle hinein geprügelt.

Am Abend wurden die Zurückreisenden auf den Autobahnen aufgehalten und die Reisenden erkennungsdienstlich behandelt, damit sie später vom Schah-Regime genau erkannt werden können.

Soweit uns bisjetzt überhaupt Angaben vorliegen, belief sich die Zahl der Verletzten auf weit über 500, die Zahl der Verhafteten auf weit über 100."

Nicht aber die Polizeibrutalität ist Gegenstand kritischer und empörter Kommentierung in der Presse, sondern gepöbelt und gedroht wird gegen die Demonstranten, gegen diejenigen, deren Protest gegen zehntausendfachen Massenmord sich am 25.11. nicht so widerstandslos niederknüppeln ließ. Als *„persische Knüppelgarden"* und *„entfesselte Straße"* werden sie beschimpft (Frankfurter Neue Presse, 27.11.), als *„Pöbel"* (FAZ, 27.11.) und sogar als *„Ratten"* (Zitat eines Bullen in der „Abendpost", 27.11.). *„Orgien des Hasses und der nackten Gewalt"* hat CDU-Dregger erblickt – und nicht etwa im Iran, vom Mörder-Regime des Schah am iranischen Volk verübt, sondern in Frankfurt, von Gegnern dieses Massenmords. Eine regelrechte Pogromstimmung wird geschaffen, eingeläutet u.a. von jenem Leitartikel in der FAZ vom 27.11., dessen geistige und eventuell sogar fast wörtliche Vorlage man in Archiven über Nazi-Propaganda wiederfinden kann: der Staat habe *„die Pflicht, die gewalttätigen Ausländer auszuweisen, und zwar schnell auszuweisen, und zwar nicht nur fünf oder zehn oder zwanzig, sondern mindestens Hunderte, schnell – das geht durchaus"*; kurz zusammengefaßt in der gewalttätig schlichten Überschrift: **„Hinaus mit ihnen"**.

Und die ganze bürgerliche Presse schreit in der gleichen Richtung auf, wobei der Umstand, ob sie sich christreaktionär, blaugelb-liberal oder sozialdemokratisch dekoriert, nur etwas am „Wie" der Argumentation, nicht aber an deren Stoßrichtung ändert. Ein Conrad Ahlers in der „Hamburger Morgenpost" wußte schließlich schon vor der Frankfurter Demonstration über die *„geschichtliche Aufgabe"* des persischen Militärs zu sinnieren, und gegen geschichtliche Aufgaben demonstriert man nicht. SPD-Vorsitzender Willy Brandt gab bereits 1972, bei seiner Rückkehr von einem Besuch beim iranischen Schah, damals noch als Bundeskanzler, die sozialdemokratische Leitlinie aus: *„Wir (sind) nicht dazu ausersehen, uns zu deren Richtern aufzuwerfen"* (Die Zeit, 10.11.). Man müßte allerdings weniger umständlich als Brandt formulieren: Wir Sozialdemokraten lassen es nicht zu, daß der Mörderschah gerichtet wird – vor allem nicht in diesem Land.

Ja, vor allem nicht in diesem Land, dessen Regierung und dessen Konzerne doch so unmittelbare, so ausgezeichnete Beziehungen zu dem Schah unterhalten, daß sein Sturz für sie wahrhaft *„tragisch"* (Springers BILD) wäre. Und die „Argumentation", die den Forderungen nach Verbot der CISNU und nach Ausweisung der „gewalttätigen" iranischen Studenten in der gesamten bürgerlichen Presse zugrunde liegt, ist demagogischerweise: diese Ausländer, die bei uns nur „Gastrecht" haben, sollen „uns" schließlich nicht mit „ihren" innenpolitischen Konflikten „belästigen". **Die einzige menschenfeindliche „Belästigung" ist indes die, die die imperialistischen Konzerne und die imperialistischen Regierungen ausüben, indem sie das Mörder-Regime des Schah stützen, indem sie von den Leichenbergen in Teheran profitieren, indem sie den Terror im Iran durch Terror gegen die ausländischen Studenten in unserem Land verlängern. Der Imperialismus hat sich im Iran ein „Gastrecht" auf Ausbeutung und Unterdrückung erpreßt und erobert, zu dem er vom iranischen Volk niemals eingeladen wurde.**

Die bürgerlichen Politiker beeilen sich jetzt, die Pogromstimmung in Taten umzusetzen· die Vorbereitungen für ein Verbot der CISNU und für die Ausweisung iranischer Genoss(inn)en sind eingeleitet (siehe nebenstehenden Auszug aus einem Interview des „Spiegel" mit dem hessischen Innenminister Gries). Im Vorgriff darauf, hat Frankfurts CDU-Oberbürgermeister Wallmann der CISNU bereits verboten, ihre nächste Jahreshauptversammlung wie bislang im dortigen „Haus der Jugend" durchzuführen („Bild",29.11.). Im Vorgriff darauf und auf weitere Einschränkungen des Demonstrationsrechts g e n e r e l l wurden auch die Anti–Schah–Demonstrationen in Mannheim, Hamburg und Westberlin verboten (wenn dies in Westberlin später auch wieder aufgehoben wurde), wurde nach Frankfurt in Hamburg und Mannheim von der Polizei und Bundesgrenzschutz Bürgerkrieg geprobt.

In Frankfurt gilt derzeit sogar generelles Demonstrationsverbot: am 2. Dezember wurden sogleich auch eine Zimbabwe-Kundgebung des KBW verboten und aufgelöst (66 Festnahmen) und eine Demonstration afghanischer Studenten verboten; in Offenbach gleichfalls eine Demonstration des KBW. Daß die Demonstrationsverbote in Frankfurt diesen generellen Charakter tragen, ist auch unmittelbar aus den dafür gegebenen Begründungen herauszulesen. Wie in Hamburg, wo die Polizei sich gar nicht erst abmühte, durch Vorschlagen anderer Routen sich zumindest den Anschein einer verbalen Respektierung des Demonstrationsrechts zu geben, heißt es auch in Frankfurt: *„das Kundgebungsverbot gilt für die ganze Stadt"* („FR", 2.12.). Und: *„Auch ohne (!) daß es durch den KBW zu strafbaren Handlungen kommen sollte, könne durch die Veranstaltung ein Polizeieinsatz notwendig werden und zu erheblichen Behinderungen führen"* („FAZ", 2.12.).

Frankfurts, von der hessischen SPD/FDP-Koalition kommandierte und dem direkten Befehl eines SPD-Polizeipräsidenten unterstehende Polizei, war an Perfektion der Außerkraftsetzung von Grundrechten schon immer einen Schritt voraus. Aber die Ereignisse in Hamburg am 9. Dezember beweisen, daß der Polizeistaat bundesweit in eine neue Phase seines Aufmarschplanes getreten ist. Das macht verstärkte Gegenwehr nötig.

Solidarität mit der CISNU! Keine Auslieferung iranischer Antifaschisten und kein Verbot ihrer Organisation!
Freies und ungehindertes Demonstrationsrecht!
Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern von Polizei und Bundesgrenzschutz!



Bullenüberfall auf ein Kaufhaus

Der brutalste Polizeieinsatz ereignete sich im Kaufhaus C&A. Nach einem Wasserwerfer-Einsatz stürmten etwa 30 Bullen rein und jagten Demonstranten, quer durch das Erdgeschoß. Sofort entstand ein panikartiges Durcheinander. Demonstranten und Passanten stürzten zu Boden, suchten unter Warentischen Schutz. Die Bullen knüppelten auf die am Boden liegenden ein. Ein "Opfer" wurde von den Bullen bis in eine Umkleidekabine verfolgt. Die Bullen schlugen wie wild auf die Kabine, zerrten den vermeintlichen Demonstranten heraus und schlugen solange auf ihn ein, bis er mit stark blutenden Kopfwunden hinfiel. Im hinteren Teil waren noch zehn Bullen, die wie besessen auf eine Frau einhauten, die bereits am gesamten Kopf blutete. Ein Mann, der gerade einkaufte, wurde zu Boden gerissen und auf ihn eingeschlagen mit den Rufen: "Dich wollten wir haben!" Ihm mußten unter "Bewachung" von 2 oder 3 Bullen mit Schildern auf einem Kassentisch Erste Hilfe geleistet werden. Bei ihren Ekzessen setzen die Bullen auch Chemical Mace ein (in geschlossenen Räumen verboten), das sie aus 20 bis 30 cm Abstand den Menschen in Augen und Mund spritzten. Dann kam die Durchsage, daß das Kaufhaus "wegen einer Störung" geschlossen sei und die Leute wurden durch Notausgänge auf die Straße gelassen. Bei dieser brutalen Polizeiaktion wurden mehrere Menschen festgenommen und mindestens 4 in Krankenwagen abtransportiert.

(nach mehreren Berichten zusammengestellt).

vermeintlichen Demonstranten her- die Bullen auch Chemical Mace ein mengestellt).

Interview mit dem hessischen FDP–Innenminister Gries. (Spiegel, 4.12.78)

GRIES: Wir können Rädelsführer auch ohne Verurteilung ausweisen, wenn sie die Sicherheit und Ordnung in der Bundesrepublik erheblich gefährdet haben. Ich bin der Meinung, daß hier ein Exempel statuiert werden muß.

SPIEGEL: In den Iran dürfen Sie niemanden abschieben, weil Sie damit Leben und Gesundheit der betroffenen Person gefährden. Wo sollen die hin?

GRIES: Das müssen wir im Einzelfall prüfen. Ich habe aber auch keine Bedenken, einen Perser nach Albanien oder in die DDR abzuschieben.

SPIEGEL: Glauben Sie denn ernsthaft, daß der dort willkommen ist, oder wollen Sie ihn einfach bei Nacht über den Zaun heben?

GRIES: Da sich ein großer Teil der uns bekannten Rädelsführer zu marxistischen und maoistischen Thesen und Organisationen bekennt, gehe ich davon aus, daß sie hinter dem Zaun willkommen sind und sich auch wohlfühlen werden.

Die Bunte Liste protestiert voller Empörung gegen den maßlosen Polizeieinsatz am Nachmittag des 9.12.78 in der Hamburger Innenstadt....

Heute, am 30. Jahrestag der Menschenrechts-Erklärung der UNO stellen wir fest, daß gestern in Hamburg diese Rechte buchstäblich mit Füßen getreten und hemmungslos niedergeknüppelt wurden.

Wir befürchten, daß gegen etwa 75 Festgenommene Strafverfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt etc. eingeleitet werden.

Wir fordern die Einstellung der zu erwartenden Verfahren.

Dagegen fordern wir alle durch die Polizeieinsätze Verletzten auf, gegen die Polizei Strafanzeige wegen Körperverletzung zu erstatten.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und weiter unsere demokratischen Rechte wahrnehmen.

Vorstand der Bunten Liste

DRINGENDER ERMITTLUNGSAUFRUF

Bitte schickt uns Augenzeugenberichte (Festnahmen etc.) mit detaillierten Angaben (Ort, Zeit, Vorfall, Zeugen etc.), denn es drohen einige Prozesse.

Erlangen

Für den 29.11. war in Erlangen eine Demonstration gegen den Schah angesetzt worden. Die Demonstration war zwei Wochen vorher (noch vor der Frankfurter Demo) angemeldet worden. Nach den Frankfurter "Ereignissen" wurde auf Druck des Innenministeriums dem Sprecherrat an der Uni ein Raum für das vor der Demo geplante teach-in verweigert.

Daraufhin setzten die Veranstalter (Marxistische Gruppe, MG, das örtliche SZ (SB) und das Nahost-Komitee) die g e n e h m i g t e Demonstration wieder ab!

Die MG schrieb dazu in einem Flugblatt mit dem Titel: *"Kann man heute noch demonstrieren?"*:

"Die Polizei ist darauf aus, der Perser habhaft zu werden und sie auszuweisen, sowie ihre Alben erkennungsdienstlich behandelter Staatskritiker zu vervollständigen. Es muß davon ausgegangen werden, daß sie schon einen Anlaß finden würden, denn derzeit suchen sie welche". Diese „Selbstbeschränkung" sei notwendig, damit nicht *"eine Reihe von Leuten in ihrer politischen Tätigkeit noch mehr beschränkt werden würde".*

Die MG hatte immerhin nach Frankfurt zur Demonstration aufgerufen, ja sie war laut "FAZ" sogar Kronzeuge, daß die Linken in Frankfurt "blutige Zusammenstöße" geplant hätten. Doch nicht nur als erste Reaktion, in der die MG Polizeieinsatz und Demonstranten in gleicher Weise beschuldigte, wollten die Betreffenden keine Demo mehr.

Die Beteiligten einigten sich zunächst darauf, a u f j e d e n F a l l noch vor Weihnachten die Demonstration nachzuholen.

Auf den Aktionseinheitsgesprächen am 8.12. "entdeckte" die MG jedoch neue Schwierigkeiten:

Erst wenn das iranische Volk zum bewaffneten Kampf übergegangen sei, könne man auf eine größere Solidarisierung in der BRD hoffen; das Thema würde die Studenten teilweise schon "anlaschen". Bei schwierigeren Verhandlungen mit den Bullen bliebe der MG keine Zeit, um ihre Organisation durch Schulung mobilisieren zu können.

Auch das SZ entdeckte daraufhin das Problem, über die Linken hinaus in sozialdemokratische Kreise hinein mobilisieren zu können. Als "Schwerpunkt" wurde die Unterstützung der iranischen Atomwissenschaftler bei der KWU propagiert. Jusos und GIM sprachen sich dann ebenfalls nicht mehr für eine Demonstration vor Weihnachten aus; nur noch das Nahost-Komitee und der KB waren dafür.

West-Berlin

Am 6. 12. fand in Westberlin ein 'Teach in' zur Iran-Solidarität mit ca. 3000 Besuchern statt. Offizieller Veranstalter war die ESG, da der TU-Präsident einen Veranstalterkreis mit der CISNU abgelehnt hatte. Als ursprünglicher Veranstalter waren neben der ESG und der CISNU der Afghanische Studenten-Verein und ein Iran-Komitee (u.a. mit den Professoren Gollwitzer, Golpe und Narr) aufgetreten.

Auf diesem 'Teach in' wurde von verschiedenen Professoren der Vorschlag zu einem Iran-Tribunal gemacht. Auf der Veranstaltung wurde abschließend bekanntgegeben, daß der AStA der PH und die CISNU eine Demonstration für den kommenden Samstag (am 9.12.) planten. Am folgenden Tag erschien ein Demo-Aufruf, der mit den Unterschriften nahezu der gesamten Westberliner Linken versehen war.

Am Freitag wurde die Demonstration vom Polizeipräsidenten für verboten erklärt: Die Weihnachtseinkäufe in der Innenstadt dürften nicht behindert werden; der Kreis, der für die Frankfurter Vorfälle die Verantwortung trüge, sei auch bei der geplanten Westberliner Demonstration beteiligt. Außerdem wurde auf das Demonstrationsverbot im Hamburg hingewiesen.

Obwohl der AStA der PH sofort Widerspruch gegen das Demo-Verbot erhob, ließ die CISNU ohne Absprache in einer Presseerklärung folgendes verlauten: Das Demo-Verbot sei eine gezielte Provokation der Polizei, aber, so weiter die Erklärung: *"...daher informieren wir auf diesem Weg alle, die sich an der Demo beteiligen wollten, daß diese nicht stattfindet".*

Am selben Abend versuchten dann noch Sponti-Kräfte, der AStA und der KB, die CISNU umzustimmen. Man einigte sich darauf, daß bei Demo-Verbot nur Agitation in der Stadt gemacht werden sollte; allerdings sollten alle erst einmal zu dem Treff kommen, um ggf. auch eine Demonstration durchführen zu können.

Trotz dieser Abmachung brachte die CISNU nach der Besprechung eine Presse-Erklärung heraus, die die Demo absagte, was auch die örtliche Presse brachte. So kam es, daß am Samstag nur wenige Hundert Menschen sich am Treffpunkt versammelten. Die Bullen droschen dabei auf jede größere Ansammlung – weil angeblich "verboten" – ein. Es gab mehrere Verletzte – einem Demonstranten wurde sogar ein Stuhlbein über den Kopf geschlagen; außerdem wurden zwischen 10 bis 30 Verhaftungen vorgenommen.

Zwischenzeitlich wurde allmählich bekannt, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben worden sei, die Demonstrationsroute aber geändert wurde. Da die Demonstranten damit nicht einverstanden waren, löste sich die Versammlung wieder auf.

Nach Berichten von Westberliner Genossen

Göttingen: Kämpferische Anti-Schah-Demonstration

Göttingen. In Göttingen haben sich am Mittwoch, dem 6.12., etwa 1500 Menschen an einer Demonstration gegen das faschistische Schah-Regime, die angekündigten Ausweisungen persischer Genossen aus der BRD sowie gegen das drohende Verbot der CISNU beteiligt. Im Unterschied zu Mannheim und Hamburg wurde die Demonstration von den Göttinger Behörden ohne nennenswerte Auflagen genehmigt.

In Anbetracht der massiven Einschüchterungsversuche durch die Massenmedien nach den Auseinandersetzungen in Frankfurt war diese erste Solidaritätsaktion mit dem kämpfenden Volk in Iran ein guter Erfolg, der sich auch an der kämpferischen Stimmung auf der Demonstration zeigte.

Aufgerufen zu der Demonstration hatten – nachdem der KHB auf einer Uni-VV den mit großer Mehrheit angenommenen Antrag gestellt hatte, der AStA möge die entsprechenden Vorbereitungen dazu treffen – der AStA der Uni, die CISNU, der KB, die Juso-HSG, der SHB, die GIM und der Arbeitskreis Antifaschismus. Anfangs hatte das SB noch an den Aktionseinheitsverhandlungen teilgenommen, wollte es dann aber „jedem selbst überlassen, ob er an der Demonstration teilnimmt oder nicht". Das SB war gespalten, da die Hälfte seiner Mitglieder die in den Medien zuvor ausgemalte Gefahr von provozierten Auseinandersetzungen mit der Polizei für zu hoch erachtete und die „Verantwortung" dafür nicht übernehmen wollte. Erfreulich ist, daß die Juso-Hochschulgruppe sich den polizeifreundlichen Diffamierungen der Demonstranten und der iranischen Genossen durch die Frankfurter Jusos nicht anschlossen, sondern im Gegenteil von Anfang an für die Demonstration in Göttingen eintraten. Peinlich für das SB, daß es in der antiimperialistischen Solidarität und in der praktischen Verteidigung der Demonstrationsfreiheit für jedermann offensichtlich von den Jusos links überholt wurde.

So dürfte es allgemein als Erfolg angesehen werden, daß am Mittwoch dann ca. 1200 Menschen auf dem Campus zusammenkamen, um von dort aus durch die Innenstadt zu ziehen. Unterwegs hatten sich noch mehrere Hundert Leute dem Zug angeschlossen. Dem Phantasiereichtum der Parolen waren kaum Grenzen gesetzt: *„Terror, Folter, Massenmord – alles für den Ölexport"*, *„Damit Ölprofite fließen, werden Perser ausgewiesen"*, *„Siemens, Bosch und Mannesmann stiften Persiens Mörder an"*...

Wie schon in Frankfurt hatte auch in Göttingen ein aus ganz Niedersachsen zusammengezogenes Polizeiaufgebot sämtliche Banken mit dichten Ketten abgeriegelt. Auch hier die passenden Parolen: *„Deutsche Banken unterstützen Persiens Mörder und Faschisten"*, *„Deutsche Banken geben Geld, damit der Schah die Macht behält"*.

Nach einer Kundgebung in der Fußgängerzone ging es dann geschlossen zurück zum Campus. Zu Zwischenfällen kam es nicht. Bedenkt man, daß in Göttingen in Sachen Iran-Solidarität bis zu den Frankfurter Ereignissen nicht sonderlich viel gelaufen ist, und daß bis dahin kaum der Versuch gemacht worden ist, die Behauptungen der bürgerlichen Presse zu widerlegen, es handele sich bei der iranischen Oppositionsbewegung um eine reaktionäre Bewegung, deren islamische Führer drauf und dran wären, das iranische Volk zurück ins Mittelalter zu dirigieren, so sollte diese erste – erfolgreiche – Solidaritätsaktion als Auftakt gesehen werden für eine breite solidarische Unterstützung des iranischen Volkes im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus!





Demonstrationsverbot in Mannheim

Am 2.12. herrschte in Mannheim das Kriegsrecht!

Die Mannheimer Iran-Initiative, ein Zusammenschluß, der aus Teilen der Antifaschistischen Aktionseinheit hervorging, hatte für diesen Tag eine Solidaritäts-Demonstration durch die Innenstadt angemeldet. Einen Tag zuvor, am 1.12., wurde die Demonstration vom Mannheimer SPD-Oberbürgermeister Ratzel („Zitter-Ratzel") mit u.a. folgender Begründung verboten:

„Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" seien bei der Demonstration *„Tumulte und Zusammenstöße"* zu erwarten. Dabei wurde auf die Ereignisse am 25.11. in Frankfurt verwiesen. Ferner wurde damit argumentiert, daß bei dem Weihnachtstrubel (langer Samstag) mit einem Verkehrschaos zu rechnen sei. Eine Demonstration sei auch durch die in der Innenstadt aufgestellten Lichterbäume räumlich zu beengt, es sei kein Platz dafür da. Am Freitag, 1.12., fand in den Hoepfner-Stuben in Mannheim, dann eine Veranstaltung zur Lage im Iran statt. Auf dieser Veranstaltung war sich die Mehrheit darüber im Klaren, daß am 2.12. keine Demonstration stattfinden wird, da man mit einem massiven Polizeiaufgebot rechnete. Man entschied sich für Kleingruppen, die mit Passanten diskutieren und dabei Flugblätter verteilen sollten.

Daß selbst diese Taktik am 2.12. nicht möglich war, zeigte sich sehr schnell.

Die Polizeiführung hatte die Drohung vom Vortag in die Tat umgesetzt. In der Mannheimer Fußgängerzone, den Planken, und auf der „Breiten Straße" waren über 1000 Bullen zusammengezogen worden. Sogar zwei Wasserwerfer und ein gepanzertes Räumfahrzeug standen abrufbereit, für Mannheimer Verhältnisse sensationell. Natürlich fehlte auch die Reiterstaffel nicht, vielen noch vom NPD-Parteitag in ungutter Erinnerung.

Bereits beim Abmarsch zum Treffpunkt verhafteten die Bullen 6 Perser, die sich angeblich nicht ausweisen konnten. Kurz nach 10 Uhr schlugen dann die zahlreichen zivilen Einsatzgruppen zu. Immer wieder griffen diese Kommandos friedlich dastehende Gruppen von Personen an und verhafteten einzelne aus der Menge heraus.

Im Laufe des Tages wurden durch solche Übergriffe, bei denen auch Chemical Mace eingesetzt wurde, 49 Personen in Gewahrsam genommen. Die Verhafteten wurden bis zu 9 Stunden auf dem Präsidium festgehalten und zum Teil erkennungsdienstlich behandelt.

Wie sich dieses brutale Vorgehen im Polizeijargon anhört, verdeutlicht ein Zitat aus der Rhein-Neckar-Zeitung vom 4.12.: *„Hingehen, auf die Zehen treten, beim dritten Mal weg mit ihnen"*.

Natürlich hatte die Polizei auch gleich eine Rechtfertigung für ihr Vorgehen parat: es seien wieder einmal Gas- und Farbspühdosen, Präzisionsschleudern mit Stahlkugeln, ein Springmesser sowie ein Krummdolch sichergestellt worden.

Die 49 Festgenommenen bekamen bei ihrer Entlassung erklärt, es habe sich nicht um eine Festnahme gehandelt, sondern lediglich um eine Ingewahrsamnahme oder Vorbeugehaft. Nach § 22 des neuen Polizeigesetzes kann ja inzwischen jeder Mensch bis zu 48 Stunden ohne Angaben von Gründen festgehalten werden. Es gilt abzuwarten, ob wir bei der nächsten Demonstration bereits an der Haustür von den Bullen in Empfang genommen werden.

Keine Bürgerkriegmanöver der Polizei!

KB/Gruppe Mannheim

Marburg

In die Marburger Universität hat der Kampf des iranischen Volkes und die Verfolgung iranischer Genossen in der BRD einiges politisches Leben gebracht. Täglich hängt die Mensa voller Wandzeitungen mit aktuellen Informationen, täglich erscheinen neue Flugblätter verschiedener Gruppen und Organisationen. Die Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes war das Thema auf einer Uni-Vollversammlung am 6.11., auf einem Teach-in des Ausländerausschusses zwei Tage später und erneut auf der Uni-VV am 13.11.. Am 20.11. fand eine von der „Marxistischen Gruppe" initiierte Demonstration mit 1.000 Teilnehmern statt, die auch von den iranischen Studenten in Marburg, der Linken Liste (Basisgruppen) an der Uni, dem KB und dem KSV unterstützt wurde. Zur zentralen Frankfurter Demonstration am 25.11. fuhren rund 400 bis 450 Teilnehmer aus Marburg mit Bussen. Zuvor, am 23.11., hatten die iranischen Genossen noch zu einem weiteren Teach-in aufgerufen, mit einer Teilnehmerzahl von ca. 200. Für den 30.11. hatte der AStA (MSB/SHB) schließlich noch zu einem Solidaritätstag zum Iran aufgerufen, an dem abends eine Veranstaltung mit ca. 200 Teilnehmern stattfand - die sich allerdings bald in zwei getrennte Versammlungen auflösten, weil MSB/SHB nicht vordringlich über die drohenden Ausweisungen und das angekündigte Verbot der CISNU diskutieren lassen wollten (nach einem Bericht unserer Marburger Genossen).

Braunschweig

Rund 160 Teilnehmer kamen zu einer Veranstaltung der CISNU zur Unterstützung der Kämpfe im Iran am 4.12. in Braunschweig (darunter leider nur knapp 70 Deutsche).

Nach einem kurzen Referat über die aktuelle Situation der Massenkämpfe im Iran und zur Frankfurter Demonstration folgte ein sehr eindrucksvoller Diavortrag, der die Geschichte des iranischen Volkes von der sogenannten „Weißen Revolution" bis zum „schwarzen September" schilderte.

Ein kurzer Film über das „normale" Leben (Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit, Wohnverhältnisse usw.) und über die aktuellen Massenkämpfe im Iran bildete den Abschluß der gelungenen Veranstaltung.

Hervorzuheben ist noch eine Geldspende der GUAS von 500,– für die weitere Arbeit der CISNU.

KB/Gruppe Braunschweig

Essen

Über 200 Leute kamen zu einer Iran-Veranstaltung am 23. November in Essen, die von V.I.M.S. (Moslemische iranische Studenten), CISNU, Evangelische Studentengemeinde, SB, KB und Lateinamerikakreis Essen gemeinsam getragen und durch eine Vertreterin von Amnesty International unterstützt wurde. Trotz kurzer Vorbereitungszeit und nur zweitägiger Mobilisierung war sie ein ziemlicher Erfolg.

Unter anderem wurde der Film 'Nah beim Schah' gezeigt, der sehr eindrucksvoll die Beziehung zwischen Bundesregierung und Schah-Regime dokumentiert, und ausführlich über die politischen Strömungen in der iranischen Oppositionsbewegung und die Rolle des Islam diskutiert.

KB/Gruppe Essen

Hannover

In Hannover fand eine Veranstaltung an der Technischen Universität statt, auf der der Film „Nah beim Schah" gezeigt und über den Massenaufstand im Iran informiert wurde. Die rund 200 Teilnehmer diskutierten dann vor allem über die Ereignisse bei der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration. Ein inzwischen gebildetes Iran-Komitee will eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit betreiben und bereitet derzeit weitere Veranstaltungen vor.

(nach einem Bericht unserer Hannoveraner Genossen)

Nürnberg, Erlangen und Würzburg

Gegen das faschistische Schahregime gab es folgende Proteste und Informationsveranstaltungen:

Am 18. November fand in Erlangen eine Film- und Diskussionsveranstaltung mit Genossen der CISNU u.a. statt. Es kamen ca. 120 bis 150 interessierte Schahgegner. Es wurde über die aktuelle Lage im Iran, die Kräfte der Opposition und den bewaffneten Kampf informiert und diskutiert.

Am 23.11.78 führte die MG (Marxistische Gruppe) in Nürnberg eine Informationsveranstaltung mit ca. 400 Teilnehmern durch, was für die örtlichen Verhältnisse recht ansehnlich ist. Es wurden einige informative Referate über die ökonomische und politische Situation und das Eingreifen des Imperialismus im Iran gehalten.

Ebenfalls am 23.11.78 fand in Würzburg eine Veranstaltung mit ca. 400 Teilnehmern statt.

Aufgerufen hatten: SB, MG, KB, CISNU und das Anti-Faschistische Komitee.

KB/Gruppe Nürnberg

Dozent will Perser nicht mehr unterrichten!

Frankfurt: Nach einer Mitteilung des VDS hat der Dozent Horst Sickinger am 28. November seine Vorlesung an der Fachhochschule Frankfurt unterbrochen. Er forderte die anwesenden persischen Studenten zum Verlassen des Raumes auf, da er nach der Anti-Schah-Demonstration vom 25.11. *„persische Studenten nicht mehr unterrichte"*! Er verteilte ein Flugblatt, in dem er forderte, die Perser sollten ihre „Scheißrevolution" für ihre „Scheißreligion" oder ihren „Scheißkommunismus" gegen ihren „Scheißschah" in ihrem eigenen „Scheißland" machen: *„Sonst rufen wir: Perser raus. Denn wir haben selbst Polit-Idioten genug im Land."*

Scheiße hatte dieser saubere Herr sehr vornehm immer nur mit Sch.. abgekürzt.

Der VDS fordert die sofortige Suspendierung des Dozenten und stellt zu Recht den vergleich zur Nazi-Zeit her, wo jüdische Studenten von Professoren aus den Hörsälen gewiesen wurden.

Ausländer-Kommission



Hoffentlich bald!

Erklärung der CISNU zur Frankfurter Demonstration vom 25.11.78



CONFEDERATION OF IRANIAN STUDENTS (NATIONAL UNION)

Conföderation der Iranischen Studenten/Confederation des Etudiants Iraniens

„Die Perser" einsammeln, verhaften, abschieben!

Es scheint, daß der Brauch, mit Progromstimmung politische Geschäfte abzuwickeln, in Deutschland ungebrochen geblieben ist. Heute gegen „die Perser", gestern gegen „die Palästinenser" und davor gegen andere volks- und ortsfremde Elemente.

Einen geeigneten Anlaß hierfür wird man immer finden, so oder so. Heute ist es die CISNU Demonstration vom 25. November mit ihrem gewaltsamen Ausgang.

Waren die Krawalle, wie Politiker und Presse glaubhaft machen wollen, tatsächlich von vornherein geplant? Oder suchte die CISNU etwa laut Presse bloß eine Schlägerei mit der Polizei? Oder wie kam es tatsächlich zu dieser tätlichen Auseinandersetzung und den damit verbundenen Verletzungen über die natürlich niemand froh sein kann?

An jenem Samstag kamen 10 bis 15.000 Demonstranten, um gegen den andauernden Massenmord im Iran zu protestieren. Die Teilnehmer wußten, daß am nächsten Tag wieder einmal ein Blutbad unter den streikenden Arbeitern und Studenten stattfinden würde. Mit diesem Bewußtsein war von vornherein eine emotionale Aufgeladenheit der Demonstration gegeben. Man kam außerdem mit dem Bewußtsein, daß die USA und die Bundesrepublik sich für die Erhaltung des faschistischen Regimes stark machen.

Die Erklärung des BRD-Vertreters Graf Lambsdorff, die BRD sei an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert - d.h. an der Erhaltung des gegenwärtigen faschistischen Regimes - und das Versprechen Carters, die USA werden den Schah bis zuletzt unterstützen, waren noch nicht vergessen. Nur so läßt sich jener spontane Protestmarsch gegen das amerikanische Konsulat und der heftige Widerstand gegenüber der Polizei, die sich bei anderen CISNU-Demonstrationen stets als Amtshelfer für den persischen Geheimdienst auszeichnete, erklären.

Die aus diesen politischen und emotionalen Zusammenhängen resultierende Konfrontation ist nun für die Berufsdemagogen aller bürgerlichen Parteien und Presse, die sonst für die organisierte Gewalt der Polizei oder die kriminelle Gewalt der Schlägerbanden wie die der „Grauen Wölfe" oder auch für die faschistische Gewalt im Iran und anderen Ländern allerlei Verständnis aufbringen, der Anlaß, eine fast „völkische" Kampagne gegen die „Gewalt" der Ausländer zu starten.

Die tatsächlichen Ziele dieser Kampagne sind aber:

1. *Endlich dem Wunsch der westdeutschen Unternehmen im Iran nachzukommen und mit den geschäftsstörenden Aktivitäten der CISNU Schluß zu machen und so zu den „stabilen Verhältnissen" im Iran beizutragen.*
2. *Mit dem kategorischen Verbot aller CISNU-Aktivitäten zu verhindern, daß dem Volksaufstand im Iran eine katalisatorische Funktion bei der Mobilisierung der fortschrittlichen Kräfte in der BRD zukommt, wie dies in Zeiten des Vietnamkrieges der Fall war.*
3. *Mit Ausdrücken wie „gewälttätige Ausländer" oder Forderungen, wie „Verschärfung der Ausländergesetze" die in der BRD arbeitenden und studierenden Ausländer einzuschüchtern und so ihre gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten zu unterbinden.*

Dieser geschürten Hysterie gegen „die Perser" und andere Ausländer folgen nun die Taten. Als erstes ließ der Nachfolger des „Marine-Richters" Filbinger ein CISNU-Teach-in in Stuttgart mit Polizeigewalt auflösen. In Berlin geschah dasselbe und die Frankfurter Polizei rächte sich für den Samstag eine Woche später an den afghanischen Studenten und verbot ihre Dmonstration. Bald werden überall in der BRD die „Kaiser" Feinde beschimpft, verfolgt oder von kleinmütigen früheren Freunden in Stich gelassen.

Was aber immer auch geschehen mag, einschüchtern lassen wir uns nicht. Wir werden unsere Aktivitäten unvermindert fortsetzen, um die deutsche Öffentlichkeit über den Volksaufstand im Iran und seine barbarische Unterdrückung durch das Schahregime und dessen imperialistischen Verbündeten weiter zu informieren, in der Überzeugung, daß die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik uns zu Seite stehen.

Es sei denn, man folgt dem Rat der FAZ-Schreiberlinge und übergibt uns hundertweise dem persischen Geheimdienst. Dann muß man sich aber nicht wundern, wenn die Volksmassen im Iran dies als direkte Kumpanei mit dem Schah-Regime betrachten und dementsprechend darauf antworten.

Wehners Verjährungs-Vorschlag: Vorwand für Strafrechts-Verschärfung?

In die inzwischen in der BRD und im Ausland angelaufene Debatte um die Verjährung von Nazi-Verbrechen schaltete sich Ende Oktober SPD-Vorstandsmitglied Wehner ein: Während einer Reise nach Israel setzte er sich dafür ein, die Verjährungsfrist für Mord g e n e r e l l aufzuheben. Damit wären (scheinbar) die entscheidenden Ein- bzw. Vorwände gegen eine Nichtverjährung beseitigt:

— Eine nochmalige Verlängerung der Verjährungsfrist sei „unwürdig" und bewirke Rechtsunsicherheit;

— eine Nichtverjährung a l l e i n von NS-Taten schaffe ein Sonderrecht, was prinzipiellen juristischen Grunsätzen widerspreche.

Mit diesem „Vorzügen" des Wehner-Plans (im Sinne der Befürworter einer Nicht-Verjährung) verbindet sich zugleich ein Vorschlag, der Wasser auf die Mühlen all derer ist, die seit langem einer Strafrechts-Verschärfung, zumal bei Verbrechen wie Mord, das Wort reden. Nicht unbekannt ist auch, daß *„einige Politiker (...) mit dem Hinweis auf die Mörder Schleyers, Pontos und Bubacks für die Abschaffung der Verjährung werben"* („Stern", 23.11.78).

Wehners Plan wurde denn auch sofort eifrig verbreitet. Der SPD-Rechte Ahlers unterstützte den Plan im SPD-Pressedienst (*„Das richtige Signal am richtigen Ort"*), Justizminister Vogel sprach sich (allerdings *„nicht als Mitglied der Bundesregierung"*, „Welt", 7.11.) für Wehners Vorschlag aus, und MdB Blumenfeld von der CDU (Zionist) äußerte sich zustimmend („Hamburger Morgenpost", 26.10.). Wehner selbst stieß nach und rief zu *„einer Allparteieninitiative zugunsten einer solchen Gesetzesänderung auf"* („FR", 2.11.).

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß der Wehner-Plan gar nicht so „ideal" ist, wie er zunächst erscheinen mag:

nicht so „ideal" ist, wie er zunächst erscheinen mag:

— Wehner selbst erklärte, *„die generelle Aufhebung der Verjährungsfrist sei rechtspolitisch problematisch"* („Welt", 29.10.78). Ob nämlich einem Täter, der sich der prinzipiellen Verjährbarkeit bzw. der Verjährung in bestimmter Zeit sicher zu sein glaubt, sozusagen vor der Nase seine Rettung per Gesetzesänderung geraubt werden kann, ist juristisch zumindest ebenso bestreitbar wie eine Verlängerung der Verjährungsfrist. Im übrigen schafft eine Nichtverjährung bei einem bestimmten Tatkomplex natürlich ein Beispiel: Warum dann nicht auch bei anderen?

— Abgesehen von solchem juristischem Hick-Hack ist durchaus offen, ob Wehners Plan überhaupt im Parlament durchkommen würde. CDU/CSU sind, bislang, einheitlich (mit Ausnahme Blumenfelds) für die Verjährung; ebenso steht's — zumindest mehrheitlich — mit der FDP („Welt", 31.10.). Daß die SPD-Fraktion geschlossen hinter Wehners Plan steht, ist auch nicht wahrscheinlich.

— Zu alledem haben weder die SPD als Partei noch insbesondere Schmidt als Regierungschef Unterstützung für diesen Plan signalisiert. Schmidt hat vielmehr bislang jede eindeutige Stellungnahme abgelehnt und auf 1979 vertröstet („Hamburger Abendblatt", 15.11.). Aus seiner grundsätzlichen Haltung, daß er gegen eine „neue Entnazifizierung", gegen „Suchen nach Sündenböcken" (sprich: Nazis) sei, macht er allerdings kein Hehl.

Die Diskussion um den Wehner-Plan wäre im übrigen unnötig und die gesamte Verjährungsdebatte sehr schnell zu beenden, wenn von der BRD die seit Jahren vorliegende UNO-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Nazi-Verbrechen unterzeichnet würde. Juristisch (Völkerrecht!) wie moralisch wäre das eine einwandfreie Lösung.

Weshalb wird trotzdem der Wehner-Vorschlag so emsig diskutiert und ins Spiel gebracht? Was offensichtlich — unter'm Strich — an Wehners Vorschlag wirklich dran ist, sind nicht seine fragwürdigen Qualitäten im Rahmen der Verjährungsdebatte. Entscheidend ist, daß er in die Propaganda für ein schärferes Strafrecht paßt: In d i e s e Diskussion — sei es um die Wiedereinführung der Todesstrafe, sei es um die Sicherheitsverwahrung (d.h. lebenslängliche Haft ohne Begnadigung) für „Terroristen", sei es um die bundeseinheitliche Regelung der Begnadigungsmöglichkeit — in diese Diskussion, die seit geraumer Zeit geführt wird (bis hinein ins Justizministerium, siehe „Vorwärts", 9.11.78), stößt der Wehner-Vorschlag. Eine generelle Nicht-Verjährung von Mord überhaupt bedeutet in der Tat eine Verschärfung des Strafrechts.

Solche Überlegungen, das Strafrecht zu verschärfen, werden in der politisch/juristischen Landschaft der BRD nun aber gerade nicht auf die Tagesordnung gesetzt, wenn es um Nazi-Verbrecher geht. Da wird Milde und Menschlichkeit groß geschrieben — erinnert sei an das Wohlwollen für

und Menschlichkeit groß geschrieben — erinnert sei an das Wohlwollen für

den geflohenen Kappler, an die Barmherzigkeitswogen für Heß.

Schärfere Strafen — bis hin zur Todesstrafe — werden stattdessen in schöner Regelmäßigkeit im Zuge der „Terroristen"-Hatz ins Spiel gebracht — Springer-Presse, CDU/CSU und Faschisten in gefälliger Eintracht!

Wehners Vorschlag hat deshalb auch nur den einen „Schönheitsfehler", daß möglicherweise davon a u c h ein paar Nazi-Verbrecher mit erfaßt werden könnten. Sollte dies den harten Nazi-Freisprechern (CDU/CSU, Schmidt und seinesgleichen) noch zuviel sein, weil sie auch diesen letzten Rest an Nazi-Verfolgung endgültig begraben haben wollen, wird Wehners Plan ins Wasser fallen. Was nicht heißt, daß er s p ä t e r (o h n e „Belastung" durch die Nazi-Problematik) nicht wiederbelebt werden könnte!

Und von der Kernfrage, nämlich ob und wie Nazis in der BRD tatsächlich verfolgt werden, lenkt der Wehner-Plan — gerade wegen aller juristischen und politischen und moralischen Fragen, die er aufwirft — allemal ab.

Antifa-Kommission Hamburg

Jahrelange Verfolgung der CISNU

Keine politische Ausländerorganisation ist so eng mit der westdeutschen Linken verbunden wie die CISNU. Seit dem 2. Juni 1967, als Benno Ohnesorg beim Besuch des Schah in Westberlin erschossen wurde und deutsche und persische Studenten gemeinsam gegen die herangekarrten Schergen des Schah („Jubelperser")
und die deutsche Polizei kämpften, ist diese Bindung offensichtlich und drückt sich in vielerlei gemeinsamen Aktivitäten aus, wie z.B. zuletzt die Beteiligung der CISNU an der Vorbereitung zum III. Internationalen Russell-Tribunal gegen die BRD. Vorbildlich und mutig haben die Mitglieder der CISNU seit Jahren Informationen über die Lage ihres Volkes im Iran, Enthüllungen über die Zusammenarbeit BRD und Iran und speziell über die Zusammenarbeit des iranischen Geheimdienstes SAVAK und des westdeutschen Verfassungsschutzes in die Linke getragen. Ihre Aktionen z.B.: Besetzung der europäischen SAVAK-Zentrale in Genf am 1.6.76 mit Beschlagnahme des umfangreichen Aktenmaterials und dessen Veröffentlichung, friedliche Besetzungen iranischer Konsulate in mehreren westeuropäischen Ländern (von den jeweiligen Gerichten wurden nur symbolische Strafen ausgesprochen). Dieser aktive politische Einsatz einer linken Ausländerorganisation ist der BRD-Regierung schon lange ein Dorn im Auge, vor allem wegen der immer enger gewordenen ökonomischen Beziehungen zum Iran.

Verfolgung der CISNU bis heute

+ 1967 im Zusammenhang mit dem Schah-Besuch: Verhaftung und Zwangsevakuierung von Persern, Massenanklagen der Justiz gegen Perser wegen *„Beleidigung eines fremden Staatsoberhaupts"* (Dieser Angriff konnte zurückgeschlagen werden, da sich 10.000 Linke wegen *„Majestätsbeleidigung"* selbst anzeigten).
+ 1968 sollte ein iranischer Genosse vom Frankfurter Flughafen aus nach Teheran abgeschoben werden. Trotz eines Selbstmordversuchs wurde der Genosse ins Flugzeug gesetzt und nur durch die Verweigerung von Pilot und Flughafenarzt und zahlreiche Demonstrationen wurde das Leben des Genossen gerettet.
+ Im Januar 1970 zum Jahreskongreß der CISNU in Karlsruhe trafen sich gleichzeitig SAVAK-Schläger unter Führung eines iranischen „Parlaments"abgeordneten, um den Kongreß zu überfallen. Die Polizei sah zu, CISNU-Mitglieder wurden hinterher wegen „vorsätzlicher Körperverletzung" angezeigt.
+ Im Februar 1973: Manutscher Hamedi, Vorstandsmitglied der CISNU, wird festgenommen und soll abgeschoben werden. Im selben Jahr wird versucht, M. Ohadi in Kiel und M. Adrom in München, beide Mitglieder der CISNU, auszuweisen. Solche Fälle ließen sich noch mehr fortführen. Es ist nur jeweils der umfangreichen Informationsarbeit der CISNU und den darauffolgenden Protesten in der Öffentlichkeit zu verdanken, daß Mitglieder der CISNU nicht abgeschoben wurden.
+ Viele iranische Oppositionelle aus der BRD können nicht ohne Gefahr in den Iran zurückkehren, da der westdeutsche Verfassungsschutz „Erkenntnisse" an das iranische Regime weitergibt. Ein Beispiel: Am 4.8.70 besetzten 66 Mitglieder der CISNU das iranische Generalkonsulat in München. Anlaß für diese Aktion waren die neuen Todesurteile, die in Teheran verhängt worden waren. Sie wurden von westdeutscher Polizei festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt - eine Woche später standen die 66 Namen in der iranischen Presse. Wer von den 66 später in den Iran fuhr, wurde verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt.
+ Mit Einschränkungen der Aufenthaltserlaubnis, Anlegung von Mitgliederlisten oppositioneller Vereine, Razzien in Organisationsbüros und bei Vorstandsmitgliedern leistet die westdeutsche Polizei dem Mörder-Regime Schützenhilfe.
+ Erst letztes Jahr wieder wurde der CISNU-Kongreß aktiv behindert. Die Grenzschutzdirektion Koblenz begründete Versuche, CISNU-Mitglieder an der Einreise zu hindern, indem sie schreibt: *„Die Zulassung der Einreise von Iranern, die ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik in erster Linie oder ausschließlich zu Aktionen gegen das Schah-Regime nutzen wollen, würde für die in den letzen Jahren wieder normaliesierten deutsch-iranischen Beziehungen einen schweren Rückschlag bedeuten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der Iran in dem letzten Jahr zum größten Importeur deutscher Waren in Überseee nach den USA geworden ist...."* (Az.: -X-PK2161-CISNU-).

— Die daraufhin angesetzte Demonstration in Frankfurt wurde mit der Begründung verboten:

1. daß die Demonstrationsteilnehmer sich maskieren würden.
2. daß der Verdacht einer möglichen Majestätsbeleidigung durch Parolen wie „Schah-Mörder" bestehe.

Dies sind nur einzelne Beispiele aus einer langen Kette von Behinderungen und Verfolgung der CISNU. Die Frankfurter Ereignisse sollen jetzt offensichtlich dazu herhalten, der CISNU endgültig den Hals zuzudrücken, d.h. der aktivsten Ausländerorganisation in der BRD jede Aktivität zu verbieten, evtl. sie sogar aufzulösen.

Wie leicht das geht, kann man an den Verboten, Verfolgung und Ausweisung von GUPS- und GUPA-Mitgliedern (palästinensiche Emigrantenorganisationen) 1972 nach den Ereignissen von Fürstenfeldbruck sehen (Palästinenser nahmen israeliche Sportler als Geiseln, wobei beide Parteien von westdeutschen Spezialeinheiten zusammengeschossen wurden). In Nacht- und Nebelaktionen wurden in 18 Städten *„40 bis 50... Araber festgenommen ... und entweder sofort ausgewiesen oder in Abschiebehaft genommen"*(„FAZ", 6. 10.72).

Jeder Ausländerorganisation kann also das gleiche blühen. Alle Aussprüche und Aktivitäten der BRD- bzw. hessischen Landesregierung bezüglich der CISNU deuten derzeit darauf hin und müssen unbedingt verhindert werden.

Bezeichnend ist dagegen immer wieder, mit welcher Sanftmut gefährliche rechtsextreme Terrorgruppen wie z.B. die „Grauen Wölfe" aus der Türkei hofiert werden. Massenkundgebungen in öffentlichen Gebäuden (wie z.b. Auftritt des Faschistenoberhaupts Türkes in mehreren Städten der BRD und der Schutz dieser Kundgebungen durch die Polizei sind keine Seltenheit (siehe AK 142).

Verfolgung von Linken, Hofierung von Rechten; wer erwünscht ist, wer unerwünscht ist; mit anderen Worten: wohin hier der Wind weht, wird auch in der Behandlung von Ausländerorganisationen immer deutlicher.

Ausländer-Kommission



Diese Broschüre enthält den vollständigen Text der Podiumsdiskussion in den Hamburger „Markthallen" zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"

Das Spektrum der vertretenen Positionen reicnte von der entschiedenen Befürwortung einer Begnadigung bis zur prinzipiellen Ablehnung. Auf dem Podium saßen u.a. die Journalistin Peggy Parnass, der Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber (FDP), der niederländische Antifaschist Han Wielek und der Presseverantwortliche des AK, Kai Ehlers.

Insgesamt spiegelt die Dokumentation die Schwierigkeiten wieder, die heute mit dem Versuch, eine Diskussion zwischen Liberalen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in der BRD zustandezubringen, verbunden ist.

56 Seiten, DIN A4, DM 4,-

KB-Prozesse

Unterschriftensammlung geht weiter

Unter die Erklärung, mit der die sofortige Aufhebung der „Staatsverleumdungs"-Anklagen gegen Kai Ehlers (wegen der Stammheim-Berichterstattung im „Arbeiterkampf") und Jürgen Reents (wegen Herausgabe des „Russell-buch Nr. 5" zur Entwicklung einer „neuen Gestapo" in der BRD) gefordert wird, sind in den vergangenen 2 Wochen rund 200 neue Unterschriften dazu gekommen, so daß uns jetzt insgesamt ca. 600 Unterschriften vorliegen. Zu den Neuunterzeichnern gehören unter anderem:

BRD

Angela Baier u. Ralph Wagner für: Buchhandlung Ypsilon, Frankfurt
Buchladen Verlag 2000, Frankfurt
Buchladen „Land in Sicht", Frankfurt
I. Stibor, Verlag u. Vertrieb, Frankfurt
Buchladenkollektiv Savignyplatz, Westberlin
Das politische Buch, Westberlin
Manfred Hammer für: Oberbaumverlag, Westberlin
38 Kolleg(inn)en der Buchhandlung Kiepert, Westberlin
14 Kolleg(inn)en des Arbeitskreises Buchhandelsbetriebe in der HBV, Westberlin
Windhueter Verlag, Stuttgart
Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage u. Autoren e.V. (AGAV), Stuttgart
Buch- und Schallplattengeschäft „Collibri", Bamberg
Ursula Dieckmann, Buchhändlerin, Nürnberg
Prolit-Buchvertrieb GmbH, Lollar
Buchladen Hesperus, Hannover
Wolf D. Stock, Maler u. Verleger (Verlag „Atelier im Bauernhaus"), Fischerhude
Redaktionskollektiv „s'Blättle", Stadtzeitung f.Stuttgart u.Umgebung
„einundzwanzig", Moabiter Stadtzeitung, Westberlin
Dä Goblmoo, Bamberger Stadtzeitung
Redaktion der „Collage", Jugendzeitung in Lindau
Ulla Küspert, Journalistin, Hamburg
Warner Poelchau, Journalist, Hamburg
Henning Venske, Schauspieler, Tetenbüll
3 Mitglieder der Rockgruppe „Ulrich Hundt & Schröder", Stolberg/Vicht
Prof. Christian Sigrist, Münster
Rechtsanwalts-Büro Golzem, v. Plottnitz, Riedel und Koch, Frankfurt
RA Ernst Ronte, Frankfurt
RA Hans-Joachim Weider, Frankfurt
RA Peter Zimmermann, Frankfurt
RA Dieter Berthmann, Nürnberg
RAin Alexandra Goy, Westberlin
6 Mitarbeiter des RA-Büros Stephan Claus und Axel Galette, Kiel
AStA der Hochschule f. Bildende Künste, Hamburg
AStA der Medizinischen Hochschule Hannover
AStA der Carl-v.-Ossietzky-Universität, Oldenburg
Basisgruppe an der PH Braunschweig
Basisgruppe an der FHS Braunschweig
Evangelische Studentengemeinde (ESG) Braunschweig
ESG Oldenburg
Komitee gegen Berufsverbote u. politische Disziplinierung an der Fachhochschule f. Sozialarbeit u. Sozialpädagogik (FHSS), Westberlin
Anti-AKW-Gruppe in der ESG Hamburg
8 Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), Heide
AG Homosexualität Braunschweig e.V.
Antifaschistischer Arbeitskreis Braunschweig
17 Mitglieder der Sozialistischen Alternative Emden
SB-Gruppe Bamberg
4 Teilnehmer der Juso-AG Lindau
Conny Lohmeier, Landesvorsitzende der Jungdemokraten Bayern
Wilhelm Schmid, Mitglied d. Landesvorstands der Judos Bayern
Everding Hagen, Pressesprecher der Judos Bayern
Wilhelm Schmid, Mitglied d. Landesvorstands der Judos Bayern
Everding Hagen, Pressesprecher der Judos Bayern
Alois Rohrsetzer, Präsident des Landeshauptausschusses der Judos Bayern
Alexander Piltz, Vorstandsmitglied im Kinderhaus e.V. Hamburg
Uwe Siercke, Arzt, Hamburg
Heinrich Harlos, Forstamtmann i.R., Lingen

Belgien

Pour, Zeitung von „Pour le socialisme"

Schweden

Förbundet Kommunist, Internationales Sekretariat
Förlaget Barrikanden

Frankreich

Redaktion „l'étincelle", Paris
Redaktion „partis pris", Paris
Isaac Joshua, Herausgeber in der Edition G.L.

Niederlande

Redaktion „De Krik", Rotterdam
Buchhandlung u. Verlag „De Uitbuyt", Wageningen
Druckerei u. Vertrieb Ordeman, Rotterdam
Rood Verzetsfront, Hoogevesen
Theo Hoebers, Lehrer, Velden
Drs. R. Bökkerink, Dozent, Nijmegen
Dick van Sas, Biochemiker, Nijmegen
C.H.T. Heesbeen, Physiker, Nijmegen
C. van Noord, Krankenschwester, Nijmegen
Gyuszi Fleuren, Orthopädagoge, Nijmegen
Jan Keltjens, wissenschaftl. Mitarbeiter, Nijmegen
M.v.d. Laar, Mikrobiologe, Nijmegen
Michiel van de Kasteleen, internationaler Sekretär der Politieke Partij Radikalen im Namen der Parteiführung der PPR (die PPR war 1973-77 in der Regierungskoalition vertreten und ist jetzt in der Opposition; die PPR hat die unterzeichnete Erklärung gleichzeitig als ihren Protest an das Amtsgericht Hamburg geschickt).

●

Der AStA der PH Braunschweig (Juso–HSG) hat die Erklärung mit folgendem Zusatz unterzeichnet:

„Der AStA distanziert sich von den Inhalten der Streitgegenstände der oben angeführten Literatur des Reents-Verlages. Er hält den Vergleich BRD-Sonderkommissionen/Gestapo des Hitlerfaschismus für eine Verharmlosung des Problems Faschismus.
Grundsätzlich ist er jedoch gegen eine derartige Einschränkung des Presserechts und der Meinungsfreiheit."

Brief eines Genossen aus der Schweiz

„Ich finde diese Prozesse eine Infamie. Hier in der Schweiz, wo ich an Buchhändler, Dritte-Welt-Initiativen und Journalisten das Russell-Buch Nr. 5 verkauft habe (20 Stück) und auch in meinem Bekanntenkreis möchte man gern noch detaillierteres Material haben ... Ich stelle mir vor, daß es mit Eurer Hilfe gerade hier in Basel möglich wäre, so etwas wie ein Unterstützungskomitee zu gründen. Seine Aufgabe könnte die Information der Öffentlichkeit über diese zweifelsohne für alle Antifaschisten wichtigen Prozesse sein ...

U.S."

●

PSU/Frankreich

In ihrer Ausgabe vom 23.11.1978 hat die „tribune socialiste", Zeitung der französischen PSU (Parti Socialiste Unifie), über die Prozesse gegen den KB informiert. „ts" schreibt: *„Diese juristischen Verfolgungen stellen einen schweren Angriff auf das dar, was von der Pressefreiheit in Westdeutschland noch übrig geblieben ist: Sie zielen auf eine Kriminalisierung jeder antifaschistischen Informationsarbeit, jeder Kritik an der polizeilichen Aufrüstung – und selbst jeden Zweifels an staatlichen Erklärungen."* Die PSU weist für weitere Informationen über die Prozesse auf eine Kontaktadresse hin, die eine französische Genossin zu diesem Zweck eingerichtet hat.

●

partis pris / Frankreich

Die linke Monatszeitschrift „partis pris", die von den Genossen herausgegeben wird, die sich vor einiger Zeit von der OCT getrennt haben, hat in ihrer Dezember-Ausgabe über die Anklagen gegen den KB informiert. „partis pris" stellt die Frage: *„Wie weit werden die Richter in ihren Versuchen noch gehen, jede gegenüber dem Staat kritische Presse zu knebeln?"*. Weiter heißt es: *„Die beste Hilfe, die wir unseren westdeutschen Genossen geben können, ist eine größtmögliche Öffentlichkeit über diese Affäre und über die Situation der politischen Gefangenen zu schaffen."*

●

APL/Belgien

Die linke belgische Presseagentur Agence de Presse Liberation brachte in ihrem Bulletin Nr. 404 vom 15.11.1978 Informationen zu den Prozessen gegen den KB. APL schreibt, daß es *„daß erklärte Ziel der Staatsmacht für den Prozeßausgang"* zu sein scheint, das Russell-Buch Nr. 5 zu verbieten. Berichtet wird in diesem Zusammenhang auch über die begonnene Solidaritätskampagne gegen die Anklagen.

●

Ein Gefangener Genosse schreibt

Aus einem Knast aus Nordrhein-Westfalen schrieb uns ein Genosse: *„ ... möchte ich mich mit Euch, Kai Ehlers umd Jürgen Reents, solidarisch in Eurem Verfahren erklären – es bleibt ein Freispruch zu wünschen übrig. Ich persönlich wurde am 9.11.1978, 'Kristallnacht', nach überzogenem Hafturlaub zur Vorbereitung meiner Entlassung – Anfang Febr. 1979 habe ich meine mehrjährige Knastzeit ganz abgesessen – von den Bullen brutal festgenommen. Nachdem man auf der Polizeiwache mein Gepäck durchsucht hatte und darin mehrere AK-Ausgaben und weitere Literatur vom Rotbuch-Verlag vorfand, fragte man mich, ob ich ein Roter sei. Ich antwortete mit: selbstverständlich; darauf bekam ich zwei bis drei Schläge auf's linke Auge und eine Halskette mit einem roten Stern wurde mir vom Hals gerissen. Ich schrie auf der Polizeiwache herum und sagte, die braune Pest sollte sich besser an den 9./10.Nov. 1938 entsinnen, als man tausende von Menschen hinrichtete. ..."*

●

fragezeichen/Hannover

Die alternative Hannoveraner Stadtzeitung „fragezeichen" berichtete in ihrer Dezember-Ausgabe (Nr. 34) über den bevorstehenden Zensurprozeß gegen das Russell-Buch Nr. 5. In dem Artikel heißt es abschließend: *„Wenn sich die Schriftsteller und die IG Druck + Papier bereits gezwungen sehen, eine 'ständige Kommission zum Schutze des Buches' einzurichten, so zeigt dies, daß es sich hier um keinen Einzelfall handelt und, daß in diesem Staat auch weiterhin auf ‚kaltem' Wege Bücher verbrannt werden sollen."*



●

●

Bond van Nederlandse Kommunisten

Mit Datum des 4. Dezember schrieben uns die niederländischen Genossen: *"Der Bund Niederländischer Kommunisten spricht seine Ablehnung aus über die Beschlagnahme des Buches 'Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – zügiger Ausbau der neuen Gestapo', Russell-Reihe Band 5, und gegen die Anklage gegen den J. Reents-Verlag. Wir meinen, daß diese Anklage und das Recht auf Meinungsfreiheit einander widersprechen, und deshalb sagen wir, daß diese Anklage ein deutliches Beispiel des Abbruchs demokratischer Rechte in der BRD ist. Deshalb fordern wir, daß die deutsche Justiz die Anklage zurücknimmt und weitere Maßnahmen gegen ‚die Freiheit der Meinungsäußerung nachläßt."*

●

POUR / Belgien

Nachdem bereits ein Artikel über die Anklagen gegen den KB in der "POUR", Zeitung der belgischen Organisation "Pour le Socialisme" (PLS), erschienen war, haben die belgischen Genossen jetzt in ihrer Ausgabe vom 16. November den Text der Solidaritätserklärung abgedruckt, unter den derzeit Unterschriften gesammelt werden. Dazu heißt es: *"Die Wochenzeitung POUR, die sich diesem Protest anschließt, richtet einen Appell an alle Zeitungen, Herausgeber, politische und gewerkschaftliche Gruppen und Sektionen in Belgien, kurz an jeden, den Text zu unterzeichnen und weiterzureichen. Das Echo, das dieser Prozeß im Ausland haben wird, wird wichtig sein, insbesondere einen Monat vor der zweiten Sitzung des Russell-Tribunal über die Menschenrechte in der BRD, die u.a. die Zensur in der BRD behandeln wird."*

Tysklandsgruppen i Lund

Von einer schwedischen Arbeitsgruppe in Lund zur Repression in der BRD erhielten wir einen Brief, in dem es u.a. heißt:

„Wir schließen uns der internationalen Protesterklärung gegen die Zensurprozesse gegen den Reents-Verlag Hamburg an. Wir tun das nicht zuletzt aus wohlverstandenem Eigeninteresse. Auch unsere Informations- und Meinungsfreiheit wird nämlich vom westdeutschen Staat – in naher Zusammenarbeit mit dem schwedischen – bedroht ..." (In dem Brief wird dann auf die Verurteilung von Prof. Sigrist nach § 90 a wegen Äußerungen von ihm auf einer Veranstaltung in Schweden und auf seine Durchsuchung durch die schwedische Polizei auf dem Stockholmer Flughafen eingegangen) *„.... Aber wir sollen auch selbst direkt an Information, Meinungsäußerung und politischer Tätigkeit gehindert werden. Vor zwei Jahren wurde bekannt, und bisher von keiner Seite widerlegt, daß der BND durch die westdeutsche Botschaft in Stockholm der schwedischen Sicherheitspolizei den Auftrag erteilt hat, etwa 50 schwedische Bürger ständig zu bespitzeln und zu überwachen und die Informationen an den BND in internationaler Amtshilfe weiterzuleiten. Diese Personen waren (von BND und SÄPO offensichtlich) registriert worden als Teilnehmer von Informationsveranstaltungen über die Bundesrepublik, als Unterzeichner von Deklarationen, als kritische Journalisten u.v.m. ‚Unsere' schwedische Sicherheitspolizei nahm den Auftrag bereitwillig an und führte ihn aus wie unzählige andere Routineaufgaben. Diese Beispiele von Übergriffen, als deutliche Hinweise auf die repressive und autoritäre Entwicklung in Westdeutschland stehen nicht allein. Neben weiteren Fällen hier in Schweden haben wir von vielen Tendenzen und Ereignissen aus den verschiedensten westdeutschen Quellen erfahren. Dabei sind für uns als Gruppe, die sich mit der Entwicklung der Bundesrepublik beschäftigt, die Publikationen des J. Reents-Verlages Hamburg sehr wertvoll. Auch von daher beinhalten die aktuellen Prozesse wiederum die Gefahr einer Zensur an uns!*

Zu den meisten der Behauptungen, die in den sich in der letzten Zeit häufenden Prozessen wegen ‚Staatsverleumdung' – ein Delikt übrigens, das bei uns im Strafgesetzbuch in dieser Form nicht vorgesehen ist – inkriminiert worden sind, haben wir keine Gegenbelege von Seiten der Angegriffenen entdecken können (z. B. zu den hohen Positionen von – ehemaligen – Nazis im Polizei- und Staatsapparat. Eine Behauptung, die jetzt gerade als beleidigend angegriffen wird). Das scheint gerade die Funktion dieses Delikts ‚Verleumdung/Beleidigung des Staates und seiner Behörden' zu sein, Behauptungen zu kriminalisieren, bei denen man auf Seiten der ‚Verleumdeten' sich äußerst schwer tut, sie zu widerlegen. Für den Staat ist die Behauptung beleidigend, für uns aber die Tatsache!

Weil wir den Charakter eines Staates kennengelernt haben, der von der Wahrheit verleumdet und beleidigt wird, sehen wir die Notwendigkeit, uns in den gemeinsamen Widerstand der wahrhaft Unterdrückten und Beleidigten einzureihen, um schließlich 'alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist'.

TYSKLANDGRUPPEN I LUND"

Roter Morgen, KPD/ML

Eine Information über die Anklage gegen das „Russell-Buch 5" brachte der „Rote Morgen", Zentralorgan der „KPD/ML", in seiner Ausgabe am 1. Dezember. Das Buch ist *„dem Bonner Staat ... ein Dorn im Auge"*, heißt es in der Berichterstattung, *„denn in diesem Buch wird dargestellt, daß in dem staatlichen ‚Sicherheitsapparat' immer mehr ‚die Konturen eines faschistischen Machtapparats erkennbar (werden), wie ihn die Nazis mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und der ihm eingegliederten GeStaPo und SD hatten. Mit diesem Prozeß will die Bourgeoisie verbieten, über den ungehemmten Aufbau der Sonderkommandos (MEK, GSG usw.), die steigende Tötungsrate dieser Sonderkommandos, die Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten und die schrittweise Übertragung der Befugnisse der Sonderkommandos auf die gesamte Polizei die Öffentlichkeit zu informieren. Man will sogar die namentliche Nennung von Altnazis in Führungspositionen des Bonner Staatsapparats verbieten. Mit diesem Prozeß soll jede Berichterstattung über die schleichende Faschisierung des Bonner Staates getroffen werden."*

Die „KPD/ML" vermeidet allerdings in diesem Zusammenhang, den Namen des KB zu nennen. Neben der GIM, die bereits einen längeren Artikel in der „was tun" veröffentlichte und der KG Bonn (Bonner Volksblatt) ist die „KPD/ML" die dritte Organisation der revolutionären Linken in der BRD, die bislang überhaupt in ihrer Presse darüber berichtet hat. KBW, „KPD", KABD, „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" und SB haben in diesen Anklagen bisher wohl keine Bedeutung auch für ihre Pressearbeit gesehen.

Zensur-AG/FHS Hamburg

Auf einer Veranstaltung der Zensur-AG am Fachbereich Bibliothekswesen der Fachhochschule Hamburg am 30. November wurde mit 30 Stimmen bei drei Enthaltungen eine Resolution gegen die Anklagen gegen den KB verabschiedet. In der Resolution wird festgestellt, daß es *„mit der Meinungsfreiheit in der BRD ... immer schlechter bestellt"* ist. Die Resolution schließt mit den Forderungen:

„Endgültige Freigabe des Russell-Buch 5! Einstellung der Anklagen gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents! Ersatzlose Streichung des § 88a und 90a!"

•

exodus

„exodus", ein in Linnich (Nordrhein-Westfalen) erscheinendes „Magazin für Utopie und Phantastik" teilte uns in einem Schreiben mit:

in einem Schreiben mit:

„...möchten wir Euch anläßlich der neuerlichen Verfolgungen des Kommunistischen Bundes und seiner Publikationen durch die ‚unabhängige' Justiz des ‚Modell Deutschlands' unserer uneingeschränkten Solidarität versichern. Wir fordern zusammen mit allen Unterzeichnern der Solidaritätserklärung die sofortige Rücknahme der Anklagen gegen den J. Reents-Verlag und den Presseverantwortlichen des ‚Arbeiterkampf', die wir als einen weiteren Versuch werten, demokratische und kommunistische Pressearbeit schlechthin zu illegalisieren."

•

Bonner Volksblatt

Das Bonner Volksblatt (Zeitung der KG Bonn) veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 28. November einen von der KB-Gruppe Bonn verfaßten Artikel: Anklage gegen das „Russell-Buch 5". In einem Begleitschreiben teilte die Redaktion des Bonner Volksblatt uns dazu mit, daß der Artikel der KB-Gruppe abgedruckt wurde, *„um damit unsere Solidarität mit den beiden angeklagten Genossen auszudrücken"*.

•

Landesring der Studierenden des ZBW in NRW

Auf seiner Sitzung am 1. Dezember in Bielefeld hat der Landesring der Studierenden des Zweiten Bildungsweges in Nordrhein-Westfalen einstimmig eine Resolution gegen die Anklagen gegen den KB verabschiedet, in der auch auf andere Fälle von Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit aus jüngster Zeit hingewiesen wird (Agit-Drucker, „UZ", Fall Traube/Faust). Die Resolution schließt mit den Forderungen:

„Ersatzlose Streichung der §§ 88a und 90a! Einstellung aller Verfahren gegen fortschrittliche Berichterstattung! Endgültige Freigabe des Russell-Buches 5! Gegen allen Abbau der Grundrechte!"

Der Text dieser Resolution ist identisch mit der auch von der Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden am 25./26. November verabschiedeten Resolution, worüber wir schon in AK 143 in einer letzten Meldung informiert hatten.

Paragraphenkotzer/Hannover

Der „Paragraphenkotzer", Zeitung an der Juristischen Fakultät der TU Hannover, druckte in seiner November-Ausgabe einen längeren Artikel über die Anklagen aus dem AK-Extra zur „Reichskristallnacht" nach.

•

Marburger Zeitung

Unter der Überschrift *„Pressefreiheit — und wie man mit ihr umgeht"* berichtet die „Marburger Zeitung" in ihrer Dezember-Ausgabe über die Anklagen gegen den KB. Es heißt dort, daß *„die Schärfe der Anklagen überraschen (muß), haben doch der ‚stern' in seiner Serie ‚Freiheit 78' und ‚konkret' in den Ausgaben 7 und 8/78 zum Teil ähnliche Vergleiche* (zwischen heutiger Polizeientwicklung und der Gestapo unter den Nazis; Anm. AK) *gezogen"*. Daß wohl gegen den Reents-Verlag, nicht aber gegen den

gezogen". Daß wohl gegen den Reents-Verlag, nicht aber gegen den

„stern" mit einem Prozeß durchgegriffen wird, führt die „Marburger Zeitung" darauf zurück, daß der Reents-Verlag *„relativ unbekannt, seine Leserzahl klein, und seine Publikationen und die Politik des mit ihm assoziierten ‚Kommunistischen Bundes' — also einer sogenannten K-Gruppe — selbst bei vielen Linken nicht gerade beliebt"* seien. Die „Marburger Zeitung", die lt. „ID" eine Auflage von 2.000 Exemplaren hat, schreibt anschließend: *„Sollte es zur Verurteilung kommen, werden Zensur und Selbstzensur weiter um sich greifen."*

•

Knipperdolling/Münster

Die Münsteraner Alternativzeitung „Knipperdolling" informierte in ihrer Dezember-Ausgabe über die Anklage gegen das „Russell-Buch 5". Für am Prozeßverlauf und -ausgang interessierte Leser druckte der „Knipperdolling" die Adresse des Reents-Verlags ab.

•

Spenden

Zur Unterstützung der „Staatsverleumdungs"-Prozesse gegen Kai Ehlers sind weitere Spenden eingegangen von:

H.D., Hamburg	100,–DM
Schulungssitzung im KB/ Gruppe Hannover	215,–DM
HBV-Bereich, KB/Gruppe Hamburg	100,– DM
GIM Bremen	50,–DM
	465,–DM

Zusammen mit den im letzten AK genannten Spenden sind dies 885,–DM. Wir möchten uns bei den Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung für die Prozesse und die sie begleitende Öffentlichkeitsarbeit aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung" eintragen.

Gedanken über linke Solidarität

1. Es ist eine geläufige Unsitte, jedenfalls in Hamburg, den KB in erpresserischer Weise für irgendwelche Veranstaltungen einspannen zu wollen, ohne ihm ein angemessenes Mitspracherecht bei der Festlegung von Zeitpunkt, Inhalt usw. einzuräumen, um uns dann, falls wir uns der Erpressung nicht unterwerfen, wieder einmal mangelnde Solidarität vorzuwerfen.
2. Geradezu zynisch wird dieser Vorwurf, wenn er – wie es eigentlich stets der Fall ist! – ausgerechnet von Organisationen oder Strömungen erhoben wird, die selbst jede Solidarität mit dem KB (beispielsweise zu den jetzt anstehenden schwerwiegenden Prozessen wegen Stammheim und „Neuer GeStaPo") vermissen lassen oder die ihre Solidarität auf Mini-Notizen ihrer Zentralorgane beschränken.
3. Nicht weniger zynisch ist es, wenn vom KB bzw. AK mit allergrößter Selbstverständlichkeit verlangt wird, derartige „Leserbriefe" abzudrucken (andernfalls handeln wir uns zusätzlich noch den Vorwurf ein, undemokratisch zu sein und Kritik nicht zu dulden), während jeder weiß, daß es in der „Roten Fahne" fast und im „Roten Morgen" total unmöglich wäre, entsprechende kritische Leserbriefe unsererseits unterzubringen. Dasselbe gilt für die Presse-Organe, in denen die „Spontis" ihre Plattform finden.
4. **Es fällt auf, daß sich derartige Kritiken wegen angeblich mangelnder Solidarität stets ausschließlich an die Adresse des KB richten. Es fällt also den „ML"ern und den mit ihnen liierten „Spontis" niemals ein, sich mit solchen Vorwürfen auch an die GIM oder an das SB zu richten, ganz zu schweigen beispielsweise von der DKP oder den linken Sozialdemokraten. Schon dieser schlichte Sachverhalt zeigt, daß es bei diesen Vorwürfen gar nicht darum geht, eine möglichst breite Kampffront zu erreichen, sondern geeignete Angriffspunkte gegen den KB zu finden.** Denn natürlich weiß jeder, daß gerade der Vorwurf mangelnder Solidarität sehr schwer wiegt, und das mit vollem Recht.

Mit dem Vorwurf mangelnder Solidarität läßt sich vor allem deshalb von allen Demagogen bestens operieren, weil Solidarität eigentlich nie oder nur höchst selten ausreichend sein kann, und weil bei den Nichtbetroffenen, falls sie sich nicht total gleichgültig verhalten, automatisch ein schlechtes Gewissen auftritt. Das Beispiel der Grohnde-Prozesse zeigt anschaulich, daß die Solidarität nicht ausreichte, um für alle Angeklagten den Freispruch zu erkämpfen. Man hätte also, dieser Logik folgend, auch ruhig doppelt soviele zentrale Demonstrationen fordern können. Eben dies ist die Ebene, auf der in der Regel „ML"er und einige „Spontis" operieren. Solidarität wird daran festgemacht, ob jemand gerade Als „Leserbrief" an den AK hat die *„Unterstützungsgruppe zum Hamburger Antifa-Prozeß"* eine Stellungnahme herausgegeben, in der dem KB wieder einmal mangelnde Solidarität vorgeworfen wird. Da dieser Vorwurf typisch für eine bestimmte Strategie von „ML"ern und einigen Hamburger „Spontis" ist, lohnen sich ein paar grundsätzlichere Überlegungen zu diesem Vorwurf.

Zunächst die Vorgeschichte: Am 7. August fand ein „Aktionstag" der NPD statt. Dabei ging die Polizei mehrmals brutal knüppelnd gegen antifaschistische Demonstranten vor. Es gab mehrere Festnahmen. Angeklagt wurden schließlich acht Demonstranten, in der Mehrzahl Sympathisanten oder Mitglieder der „KPD/ML" und der „KPD". Der Prozeß lief über mehrere Monate hin und ist inzwi- diese Aktion, um die es im konkreten Fall geht, zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Voraussetzungen für sinnvoll und notwendig hält. Zur Abstützung dieser Pseudo-Argumentation wird die betreffende Aktion im beschörenden Ton als die entscheidende Aktion überhaupt dargestellt, bei der das Schicksal der angeklagten Genossen auf dem Spiel steht. Unerreichtes Vorbild solcher Pseudo-Argumentationen ist der KBW, der stets zu belegen wußte, warum gerade dies die richtige Aktion zum richtigen Zeitpunkt sei, um die Bourgeoisie aus den Pantoffeln zu kippen. Und das Schema klappt eigentlich immer: Ist die Bourgeoisie (der Staat, die Justiz etc.) schwach oder läßt sie sich zumindest als schwach darstellen, so **kommt die Aktion gerade recht, um das „günstige Klima" für den Todesstoß zu nutzen. Scheint die** Bourgeoisie (etc.) hingegen vielleicht gerade recht stark und die Linke zersplittert, so ist selbstverständlich eine Aktion noch viel notwendiger. Wie man es also dreht und wendet: Die Aktion ist notwendig, denn sie ist gut, weil sie richtig ist! ...

Um linke Solidarität ist es in der Tat oft nicht gut bestellt. Auch wir werden ständig überprüfen müssen, ob wir wirklich jeweils das Notwendige und Mögliche tun. Dies gilt aber schen am 20.November vorläufig ‚geplatzt' (siehe AK 143, S.4). In der Stellungnahme der *„Unterstützungsgruppe"* („ML"-dominiert) geht es um eine für den 13. Dezember geplante Veranstaltung zum Prozeß, die von „KPD", „KPD/ML" und „Roter Hilfe" durchgeführt wird. Dem KB wird, da er diese Veranstaltung nicht mittragen will, mangelnde Solidarität vorgeworfen. Ausschlaggebend für die Entscheidung des KB sind mangelnde Mitsprachemöglichkeiten des KB, Eigenmächtigkeiten der „ML"er und mangelnde Vorbereitung der Veranstaltung.

Grundsätzlich ist zu dieser Geschichte folgendes anzumerken:

ebenso für die „ML"er und die „Spontis" in ihrem Schlepptau. **Echte Solidarität braucht vor allem die Gegenseitigkeit und die gleichbererechtigte Diskussion. Auf dieser Basis werden wir uns gern mit jedem Linken und Demokraten zusammensetzen, um über Stärkung der Solidarität zu sprechen.**

Dritter Bonner Rathausprozeß: 1 Jahr Gefängnis (mit „Bewährung") für Christian Semler und Jürgen Horlemann!

Wir fordern die Aufhebung der Urteile gegen Christian Semler und Jürgen Horlemann! Schluß mit der Kriminalisierung der revolutionären Linken!

Im 3. Bonner Rathausprozeß sind am 1.12.78 vor dem Landgericht Bonn die Urteile gegen den Vorsitzenden der „KPD" Christian Semler und gegen das ZK-Mitglied Jürgen Horlemann gefallen. Gegen beide wurde je eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf drei Jahre Bewährung ausgesprochen. Gleichzeitig wurden beide verurteilt, bis auf weiteres monatlich 200,— DM (das sind für die gesamte Bewährungszeit 14.400 DM) für die Schäden zu bezahlen, die bei der Bonner Rathausbesetzung anläßlich des Besuchs des südvietnamesischen Diktators Thieu in der BRD entstanden sein sollen („FR" vom 2.12.78 und „Rote Fahne" Nr. 49 vom 7.12.78). Außerdem fallen Prozeßkosten von 20.000 bis 30.000 DM an.

Die Anklage hatte ihren Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schweren Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und besonders schweren Fall des Landfriedensbruch vorgeworfen, indem sie als führende Mitglieder der „KPD" den *„Aufzug und die Rathausbesetzung ... in allen Einzelheiten vorgeplant und geleitet"* hätten (zit. nach „RF" vom 16.11.78).

Das Gericht beurteilte die Strafe noch als *„milde"* im Vergleich zu der *„geplanten, ungeheuer aggressiven Aktion der Demonstranten"* („Bonner Rundschau", 1.12.78).

Aggressiv und gewalttätig war diese Aktion allerdings: nämlich von Seiten der Staatsorgane. Während die Justiz den Angeklagten in den drei Prozessen kaum etwas nachweisen konnte, kamen immer mehr Fakten über das Eingreifen des Staates zu Tage. So gingen nachweislich Zerstörungen im Rathaus zum großen Teil zu Lasten des Einsatzes der Polizei. Trotzdem kann die bürgerliche Presse immer noch ungestraft behaupten: *„Schäden von knapp 100.000 DM hatten die ‚Stürmer' angerichtet"* („Bonner Rundschau", 1.12.78). In der Urteilsbegründung bezeichnete es Richter Wilfried Manthei als erwiesen, daß Horlemann und Semler die Besetzung mit „Gewalt gegen Personen und Sachen" geplant und organisiert und dabei die Konfrontation mit der Polizei bewußt in Kauf genommen hätten („FR" vom 2.12.78). Demgegenüber verwiesen die Angeklagten darauf, daß die „KPD" beschlossen hatte, das Bonner Rathaus (öffentliches Gebäude) kurzfristig als Bühne des Protests zu nutzen, daß jedoch innerhalb der geplanten Demonstration der *„spontanen Initiative und der Solidarität derer, die in der Aktion zusammenwirkten, breiter Raum gelassen war"* („Rote Fahne" v. 16.11.78). Die Anklage hat auch keine konkreten Belege für eine direkte „Anstiftung" zum Rathaussturm beibringen können.

Die Verurteilung der beiden „KPD"-Genossen ist die härteste Strafe aus den bisher stattgefundenen „Rathaus-Prozessen". Bereits in den vorangegangenen Prozessen war die Brüchigkeit der Anklage sichtbar geworden: Nach insgesamt fünfjähriger (!) Ermittlungstätigkeit hatte die Strafverfolgungsbehörde nichts an Material zusammengetragen, was eine Verurteilung selbst nach den Maßstäben der bürgerlichen Klassenjustiz hätte rechtfertigen können. Von den insgesamt 19 Angeklagten mußten 15 bisher freigesprochen werden, oder die Eröffnung der Hauptverhandlung war von vornherein abgelehnt worden. Allein diese Tatsache zeigt an, daß die Anklageerhebung nicht erfolgte, weil man den Demonstranten strafbares Verhalten vorwerfen konnte. Die zusammengebastelten Anklagen dienten vielmehr der Einschüchterung und nachträglichen Kriminalisierung einer breiten antiimperialistischen, demokratischen Bewegung gegen den Vietnamkrieg, deren Verfolgung heute leichter fällt als noch in den Jahren, wo der Protest gegen den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam auch in der Öffentlichkeit breiten Raum gegeben war.

Zu übersehen ist auch nicht, daß gerade gegenüber der revolutionären Linken in der letzten Zeit eine zunehmende Unterdrückung mit strafrechtlichen Mitteln stattfindet, die darauf gerichtet ist, die Kader und führenden Mitglieder kommunistischer Organisationen zu kriminalisieren und in den Knast zu stecken. Daß gerade gegen Horlemann und Semler als Vorsitzende der „KPD" die bisher höchsten Gefängnisstrafen in den Bonner Rathausprozessen verhängt wurden, entspricht genau dieser Entwicklung. Zugleich wird durch die Verurteilung von führenden Mitgliedern in der Öffentlichkeit der angeblich „kriminelle Zweck" ihrer Organisation selbst vorgeführt, so daß hierdurch die kommunistische Politik insgesamt angegriffen wird.

In diesem Zusammenhang bedeutsam sind vor allem die Ausführungen des Gerichts zur „Anstiftung" im besonders schweren Fall des Landfriedensbruch (§ 125 StGB). Dazu heißt es: *„Die Angeklagten haben wissentlich und willentlich die Besetzer* (des Rathauses, d. Verf.) *bestimmt, in das Rathaus einzudringen; sie haben billigend in Kauf genommen, Auseinandersetzungen mit Waffen im untechnischen Sinn; die Angeklagten beherrschten trotz räumlicher Abwesenheit die Situation. Ihre Funktion im ZK hat ihnen die Möglichkeit gegeben, einen mäßigenden Einfluß auf die Demonstranten auszuüben; die Angeklagten sind Hintermänner. Im Unterschied zur Meinung der Staatsanwaltschaft ist auch derjenige, der keine Tat ausübt, ein Mittäter"* (sinngemäß; zit. nach „RF" vom 7.12.78).

Damit können führende Vertreter kommunistischer Organisationen strafrechtlich verfolgt werden, ohne daß ihnen selbst konkrete „Tatbeiträge" nachgewiesen zu werden brauchen. Ihre Bestrafung wird allein aus ihrer Funktion gefolgert. Daß die linke Bewegung in der BRD durch dieses Urteil insgesamt bedroht ist, liegt also auf der Hand.

Im konkreten Fall von Horlemann und Semler bedeutet dies, daß die Genossen bei der nächsten Demonstration, die von der „KPD" organisiert oder mitorganisiert wird, und bei der es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, damit rechnen müssen, daß sofort die „Bewährung" ihrer jetzigen Verurteilung entfällt und sie für ein Jahr im Knast verschwinden!

Nachrichten vom Widerstand



Erfolgreiche Anti-AKW-Veranstaltung in Heide



Nachdem sich im Juni dieses Jahres das Schrott-AKW Brunsbüttel trotz intensiver Verhinderungsversuche der Betriebsmannschaft doch abgestellt hatte und der Skandal bekannt wurde, verfaßten 30 Dithmarscher Ärzte eine Erklärung, in der sie sich gegen die Wiederinbetriebnahme aussprachen. Dies brachte alsbald den Landrat von Dithmarschen, Buhse, auf den Plan, der die Ärzte öffentlich der »Manipulation« bezichtigte und eine Veranstaltung im größten Saal von Heide ansetzte, um endlich der Atomenergie zu ihrem »Recht« zu verhelfen. Dazu hatte er sich auch einen »Experten« von der Gesellschaft für Strahlenforschung München eingeladen, den Ärzten aber anfangs nicht zugestehen wollen, auch ihrerseits einen Experten ihrer Wahl zum Zuge kommen zu lassen.

Doch da es schon vor der Veranstaltung Leserbriefe und eine Erklärung der Ärzte hagelte, machte er auf der Veranstaltung einen Rückzieher, wodurch ein engagierter AKW-Gegner aus Hamburg und Jens Scheer aufs Podium kamen. Nach schmückenden Einleitungsworten des Landrats ging es dann mit dem »Experten« aus München los, der — wie sich bald herausstellte — der »beste Mann« im Saal war. Wer zu Beginn der Veranstaltung noch kein AKW-Gegner war, hier konnte man es werden.

Verhaltenes Murren kam auf, als der Strahlenmann treuherzig behauptete: Was in Brunsbüttel passiere, sei eigentlich Normalbetrieb. Lauter wurde es dann, als er zu behaupten wagte, in Hiroshima habe es keine Strahlenspätschäden in der nächsten Generation gegeben. Als ein Arzt aufstand, der an der Universität in Hiroshima solche Kinder selbst behandelt hatte, wurde ihm flugs von Dr. Trott(el) die Befähigung abgesprochen zu entscheiden, wieso diese Kinder krank geworden sind! Doch als er auch noch als Mitglied der Strahlenschutzkommission behauptete, es sei schon im voraus klar, daß die Salzstöcke in Gorleben für die Endlagerung »geeignet« seien, wurden die ersten Rufe »Volksverdummung« laut.

Anscheinend von dieser Art angesteckt, wollte der NWK-Vertreter auch noch etwas zum Besten geben: Die Atomindustrie würde von der Chemie- und anderen Industriezweigen schon wegen ihrer viel zu übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen ausgelacht!? In Brunsbüttel seien nur 2 Tonnen radioaktiver Dampf entwichen, wo selbst die HEW, das Sozialministerium usw. schon längst 150 Tonnen zugegeben haben! Nachdem J. Scheer und der AKW-Gegner Dr. Hamann vom Podium und reichlich AKW-Gegner aus dem Publikum den beiden ordentlich zugesetzt hatten, ernteten sie mit ihren Märchen nur noch Lachsalven und Protestrufe. Der Saal hatte sich mittlerweile mit 1.000 Leuten gefüllt. Einige mußten sich gewaltsam Eintritt verschaffen, da der Landrat schnell spitz kriegte, daß sehr viele AKW-Gegner kamen, woraufhin er die Veranstaltung schleunigst für überfüllt erklärte und den Saal abschließen ließ.

Doch der Knüller des Abends kam zum Schluß. Ein Arzt aus Heide fragte, ob Meldungen aus der Zeitung zuträfen, wonach der Landrat nicht nur oberster Katastrophenschutzbeauftragter von Dithmarschen sei, sondern auch im Aufsichtsrat der Preussen-Elektra sitze. Es dauerte eine Zeit, bis der Landrat, aufgebracht durch immer wiederkehrende Sprechchöre »Preussen-Elektra—, seine Komplizenschaft mit der Atomindustrie zugab. Daß er direkt danach die Veranstaltung schloß, nahm ihm keiner mehr krumm. Hier waren wirklich auch den letzten die Schuppen von den Augen gefallen!

AKW-Nein-Kommission



Hetze kommt in Mode

Ein »vernichtendes« Gutachten ließ das Baden-Württembergische Wirtschaftsministerium über das gegen AKWs engagierte Tutorium Heidelberg erstellen. »Wissenschaftler« und »Fachleute« der Radiologie aus der Schweiz und der BRD seien laut Wirtschaftsministerium zu dem Ergebnis gekommen, daß vom Tutorium Heidelberg *»mit groben Fehlern und fehlendem Fachwissen ein Ergebnis konstruiert wurde, das wissenschaftlich nicht haltbar und nur dazu geeignet sei, die Bevölkerung zu verunsichern«* (»Badische Zeitung« — »BZ«, 4.12. 1978). In einer Arbeit hatte das Tutorium bis zu tausendfach höhere radioaktive Belastungswerte für die Umwelt ausgerechnet, als sie das Ministerium verbreitet. Bisher hat sich das Ministerium allerdings nicht getraut, das »vernichtende«, hochwissenschaftliche Gutachten gegen das Tutorium zu veröffentlichen. Wozu auch, das »Urteil« muß genügen.

Wie jetzt aus einer »vertraulichen Aktennotiz« des Ministeriums bekannt wurde, ging es den Gutachtern auch hauptsächlich darum rumzupöbeln: Einem Dr. Zuckschwerdt aus dem Bundesinnenministerium erschienen die Gutachten nämlich selbst zu polemisch und nur eingeschränkt verwendbar. Daraufhin teilte ihm der Gutachter mit, daß ausdrücklich auf Anforderung des Bundesinnenministeriums ein Pöbel-Gutachten erstellt, bzw. entsprechend umgeändert worden sei. In dem gleichen Tenor hatte die Schweizer Strahlenforscherin Hedi-Fritz-Niggli dem Tutorium den Vorwurf der ,,*wissenschaftlichen Kriminalität*'' gemacht.

Nachdem man schon dem Freiburger AKW-Gegner Schnor ,,Mordabsichten'' unterstellt hatte, und Soykas Untersuchungen öffentlich in die St.Pauli-Ecke öffentlich wurden, soll hier ähnlich faschistoid mit dem Heidelberger Tutorium gearbeitet werden.

Wie man sieht: daß Bundesinnenministerium dreht mit an der Hetze — kein Wunder, wo ihre Lügenmärchen über die Sicherheit eingestandenermaßen nicht mehr wirken. Das verroht die Sitten.

AKW-Nein-Kommission

Gorleben-Veranstaltung der BI Aurich

Am 20. November führte die Auricher Bürgerinitiative eine Veranstaltung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben durch. Gezeigt wurde der Film »Verurteilt zum Erfolg« über die Arbeitsbedingungen in der WAA La Hague in Frankreich. Im Referat wurde insbesondere die Politik Albrechts und der Bundesregierung angegriffen, die mit allen Mitteln den Bau der Plutoniumfabrik vorantreiben. Außerdem wurde noch intensiv auf das Vorgehen der Betreibergesellschaft (DWK) beim Landkauf in Gorleben und Gartow eingegangen.

Nach einem abschließenden Dia-Bericht über das diesjährige Anti-Atom-Camp in Gartow wurde die Veranstaltung beendet.

Die Veranstaltung, die mit rund 100 Teilnehmern gut besucht war, ist ein schöner Erfolg für die Anti-AKW Bewegung in Aurich.

Ein Genosse aus Aurich

AKW-Nachrichten aus Frankreich

Demonstrationen

Am 28. Oktober beteiligten sich 5.000 Menschen an einer Demonstration gegen das geplante AKW in Pellerin (bei Nantes). Mehrere Bauern hatten ihre Traktoren mitgebracht. In der Innenstadt von Nantes simulierten AKW-Gegner einen Strahlen-Alarm und blockierten liegend eine Hauptstraße.

Inzwischen haben sich auch 22 von 36 Kommunen aus der Umgebung von Pellerin gegen den Bau des AKWs ausgesprochen, ohne jedoch grundsätzlich gegen Atomenergie zu sein.

Am 18. November fanden zwei größere Anti-AKW-Demonstrationen statt: In Quimper (Bretagne) gegen das geplante AKW in Plogoff (Departement Finistere). Es beteiligten sich 1.000 AKW-Gegner, an der Spitze der Bürgermeister von Plogoff. Am selben Tag demonstrierten auch 1.500 AKW-Gegner gegen ein in Plenly (Seine-Maritime) geplantes AKW. In Verfeil (nahe Bordeaux), Departement Haute Garonne) beschädigten Demonstranten Absperrungen, die die Bauplätze für Hochspannungsmasten schützen. Ein weiteres AKW an der Mosel wird in dem kleineren Ort Chooz geplant. Der Gemeinderat des Ortes ist dagegen, weil in dem benachbarten Ort Givet bereits das erste französische AKW mit 350 MGW steht.

Gewerkschaftsplattform gegen die WAA in La Hague

Erstmalig hat es eine gemeinsame Plattform von Vertretern der Gewerkschaften CGT, CFDT, FEN sowie von PS und PCF gegen den Weiterausbau der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague gegeben, wenn auch nur auf regionaler Ebene. Die Stellungnahme bezeichnet das staatliche Atomprogramm als »wahrhaft wahnsinnig« und wendet sich besonders gegen den geplanten Bau einer Großanlage (»UP 3«) zur Wiederaufbereitung und Plutonium-Produktion. Die Bedeutung dieser regionalen Initiative liegt darin, daß hier PCF-Vertreter und eine Sektion der ihr nahestehenden CGT dem offiziellen »Pro-Atomenergie«-Standpunkt der PCF widersprochen haben.

Die Verhinderung des »UP 3«-Projektes würde die gesamte westeuropäische und japanische Atomplanung in Frage stellen, die zur Verarbeitung ihres Atommülls auf die — bisher nur auf dem Papier bestehende! — Anlage angewiesen ist. In den zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen um den Bau weiterer AKWs legen die Betreibergesellschaften allerorts Verträge mit der Betreibergesellschaft der WAA in La Hague (COGEMA) vor, die angeblich die Müllabnahme »garantieren«. Verschwiegen werden dabei die Geheimklauseln, nach denen sich die COGEMA bei »höherer Gewalt« aus dem Vertrag zurückziehen kann. Darunter zählen ausdrücklich Streiks sowie Bau- und Betriebsbehinderungen aufgrund »politischer Ereignisse« (nach »extra-dienst« Nr. 92).

Unfall in der WAA La Hague

Am 15.11. wurden drei Arbeiter in La Hague mit Plutiom-Oxyd vergiftet. Der Unfall ereignete sich, als die Arbeiter Teile eines Brennelementes transportierten.

Nach einer Erklärung der Geschäftsleitung der WAA befanden sich noch sieben weitere Personen in dem Raum, in dem ausgebrannte Brennelemente der Schnellen Brüter »Rapsodie« und »Phönix« bearbeitet werden. Diese sieben befinden sich ebenfalls in ärztlicher Behandlung. Laut Geschäftsleitung ist die Ursache des Unfalls angeblich ein Fehler der Arbeiter. Die CFDT führt den Unfall dagegen auf die völlig unsicheren Bedingungen zurück: *»In der Werkstatt gibt es kein Meßgerät zum Messen der Radioaktivität. Darüber hinaus muß das Brennelement in verschiedenen Teilen transportiert werden, was natürlich eine vermehrte Vergiftung mit sich bringt«.*
(»Liberation«, 16.11.78).

Frankreich-Kommission

Wyhl-Prozeß: Breites Interesse am Kaiserstuhl

Zur Vorbereitung des Whyl-Prozesses, der im Januar beginnen soll (»BZ«, 20.10.)., fanden Anfang November zwei größere Veranstaltungen statt.

Im Freiburger Kolpingsaal hatten sich auf Einladung der Freiburger BI, der Gewaltfreien Aktion und der Gruppe »KKW-Nein« etwa 200 AKW-Gegner versammelt, um sich den neuen Whyl-Film »Auch Richtersprüche machen AKWs nicht sicherer« anzuschauen. Der Film zeigt detailliert, daß in der letzten Instanz trotz des Baustopp-Urteils (wegen fehlendem »Berstschutz«) sämtliche Einwände der BIs und ihrer Anwälte vom Gericht vom Tisch gewischt wurden (Radiologie, Klimaveränderung, Auswirkungen auf Wein- und Tabakanbau). Sprecher der BI forderten vor allem, unsere Argumente im Gerichtssaal durch öffentlichkeitswirksame Aktionen der Bevölkerung zu unterstreichen.

Ebenfalls sehr gut besucht war eine Veranstaltung der »Volkshochschule Whyler Wald« am Kaiserstuhl (400 Besucher). Neben Roland Vogt vom BBU-Vorstand, der die Bedeutung von Whyl für den Widerstand in der gesamten BRD hervorhub, und J.J. Rettig, der über die Atomplanung der französischen Regierung auf der elsässischen Rheinseite berichtete, fand insbesondere das Referat von Rechtsanwalt de Witt, der die meisten der Privatkläger vertritt, Interesse. Unter dem großen Beifall der Anwesenden unterstrich er: *»Es ist nicht nur eine Frage der Rechtsanwälte und der Gutachter, wie dieser Prozeß ausgeht, sondern auch eine Frage des politischen Klimas, eine Frage der Entschlossenheit von Ihnen, dieses KKW zu verhindern. Es geht ja nicht nur darum, ob wir in Mannheim gewinnen oder nicht, sondern, ob das KKW gebaut wird oder nicht«.*

Eine Veranstaltungsreihe mit dem neuen Wyhl-Film an verschiedenen Orten des Kaiserstuhls wurde geplant. Vorläufig soll (mittels einer Rechtsschutz-Bon-Kampagne) Geld gesammelt werden.

Wer regelmäßig über den Stand des Prozesses informiert werden will, kann von der Freiburger BI das „Wyhl-Info" (Stückpreis 20 Pfg.) abonnieren. Bezugsadresse:

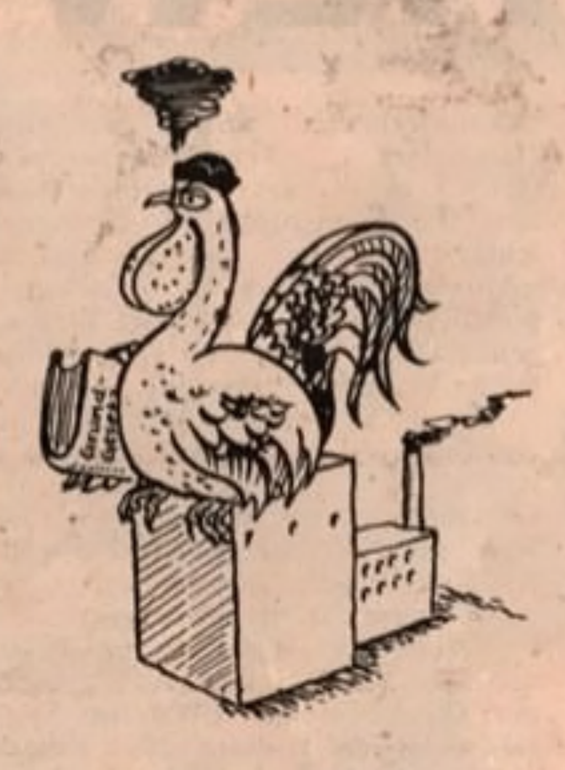
J. Lippmann
Kapellenweg 4
7800 Freiburg

Rechtsschutzbons zu 5, 10, 20, 50 und 100 DM können bezogen werden über:

Aktion Rechtsschutzbon
c/o Öko-Institut
Schönauer Straße 3
7800 Freiburg

KB/Freiburg

Grünes Licht für Kalkar



„Schneller Brüter"

Lange währte das Hin und Her um den halbfertigen Brutreaktor in Kalkar. Nachdem Hirsch und Riemer mit ihrem Vorschlag, Kalkar in eine sog. "Plutoniumvernichtungsanlage" umzuwandeln, bei der SPD hart aufgelaufen waren, scheint jetzt eine gemeinsame Entscheidung von SPD und FDP zugunsten eines sofortigen Weiterbaus von Kalkar in bislang geplanter Form beschlossene Sache zu sein.

Obwohl auch der Vorschlag von den NRW-Spitzen-FDP'lern Riemer und Hirsch, Kalkar als Plutoniumvernichtungsstätte zu nutzen, den eigentlichen Sinn hatte, sich die anstehende dritte Teilerrichtungsgenehmigung zu erschleichen, sprach sich die SPD-Führung – wie auch die Atomindustrie – gegen diesen Schachzug aus, da er im Endeffekt eine wesentlich größere Verzögerung bei der Erstellung des Brüters mit sich gebracht hätte.

Auf dem Mainzer Parteitag der FDP Anfang Dezember war nach einer langen Debatte ein Beschluß gefaßt worden, der faktisch einen zweijährigen Baustopp für Kalkar bedeutet hätte. Offenbar nach dem Eindruck der letzten Landtagswahlen, die eine erhebliche Abwanderungstendenz von FDP-Wählern zu den Umweltschutzlisten brachte, war der FDP-Spitze das Projekt Kalkar zu heiß geworden. Von Riemer und Hirsch vorbereitet, die plötzlich Skrupel vor der drohenden Plutoniumwirtschaft entdeckten, beschloß der Parteitag eine Zustimmung zum Weiterbau von dem Ergebnis einer einzusetzenden Enquetekommission abhängig zu machen.

Der Beschluß dauerte nur wenige Tage. Angeblich brachten Koalitionsgespräche mit der SPD nicht den gewünschten Erfolg. Der 'gefundene Kompromiß' – so die FDP-Unterhändler – stellt für den Mainzer Parteitag eine Ohrfeige dar. Wieder einmal wie schon häufig in ihrer Geschichte machte die FDP ihrem Image als "Umfallerpartei" alle Ehre.

Die Jungdemokraten mahnten zwar, nachdem der 'Kompromiß' ruchbar wurde, vor einer eklatanten Mißachtung des Parteitagsbeschlusses. Nun, dies ist eingetreten.

Mittlerweile haben 5 FDP-Bundestagsabgeordnete angekündigt, daß sie am Mittwoch in der Bundestagsdebatte dem Parteitagsbeschluß treu bleiben wollen und gegen Kalkar stimmen wollen. Dies könnte zu einer Pattsituation führen, die allerdings nicht eintreten wird, da zu erwarten ist, daß auch die CDU/CSU für den Weiterbau stimmen wird. Es ist ohnehin zweifelhaft, ob die angekündigte Debatte tatsächlich mit der bisherigen Bedeutung stattfinden wird, da das Bundesverfassungsgericht am 8.12.78 entschied, es bestünden keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Bau von Schnellen Brütern überhaupt, somit auch nicht gegen Kalkar. Dies bedeutet, daß noch in diesem Jahr die dritte Teilerrichtungsgenehmigung erteilt werden wird.

Anti-AKW-Kommission

DKP: „Wenn AKW — dann VEB"

Der MSB-Spartakus und die DKP hatten einige Prominenz aufgefahren, um auf ihrer Veranstaltung in Göttingen am 28.11. unter dem Thema *»Die Beherrschbarkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Sozialismus«* ihre prinzipielle Zustimmung zur Atomtechnologie und zu Atomanlagen zu begründen. Prof. Prager, Leiter der Kammer der Technik der DDR, und Robert Steigerwald, Mitglied des Parteivorstands der DKP, versuchten der örtlichen DKP Schützenhilfe zu geben bei der nicht ganz komplikationslosen Parteilinie. Beide Referenten gingen dabei in sehr abstrakter und allgemeiner Form auf das Problem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der grundsätzlichen Erkennbarkeit von Naturgesetzen und der Beherrschbarkeit der Folgen der Technik ein — Prager unter den Bedingungen des »realen Sozialismus«, Steigerwald bezogen auf die Situation in der BRD. Einen Vorgeschmack dieses Strickmusters gab bereits das Aufrufflugblatt des MSB. Darin hieß es: *»Wer dafür plädiert, auf friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten, weil Naturgesetze deren Unbeherrschbarkeit bedingen, begibt sich in einen Widerspruch. Man kann nicht einerseits anerkennen, daß es in diesem Bereich Naturgesetze gibt, und andererseits behaupten, es sei prinzipiell unmöglich, sie zu*
gesetze gibt, und andererseits behaupten, es sei prinzipiell unmöglich, sie zu
erkennen und ihre Ausnutzung zu meistern. Bereits dann, wenn man erkennt, daß es in diesem Bereich Naturgesetze gibt, ist damit der erste Schritt zu ihrer Erkennbarkeit getan«.

Abgesehen von einigen humoristischen Einlagen wie z. B. zu Beginn seines Referats die Behauptung, in der DDR würden heiße und intensive Debatten über die Frage der Atomtechnologie geführt, die verdientermaßen ein herzhaftes Gelächter erntete, konnte man von Prager in seinem halbstündigen Einführungskurs in die Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Sozialismus für Fortgeschrittene, lediglich allgemeine Schnacks erfahren, wozu die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion diene, weshalb die Automatisierung der Produktion vorangetrieben werde, wem die Entwicklung der Produktivkräfte nütze, daß der Umweltschutz Teil der Planung sei und daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse dem Wohle der Menschen diene, damit letztlich die Arbeit von der Last zur Lust werden könne.

Die Zuhörer wollten sich allerdings mit solch hohlen Phrasen nicht abspeisen lassen und forderten den Redner mehrmals auf, doch konkret zu den AKWs in der DDR Stellung zu nehmen. Aber mehr als solche Vertröstungen wie *»die Sicherheit der*
nehmen. Aber mehr als solche Vertröstungen wie *»die Sicherheit der*
Bevölkerung wird am besten dadurch gewährleistet, daß man lernt, die Atomkraft zu beherrschen«, waren nicht aus ihm herauszuholen.

Nachdem der »Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie« in einem Referat — für das ihm in typisch undemokratischer DKP-Manier nur eine Viertelstunde zugestanden wurde — auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der DDR-AKWs sowjetischer Bauart in Einzelheiten eingegangen war und dargestellt hatte, daß Atomanlagen in den RGW-Ländern um keinen Deut ungefährlicher oder sicherer sind als hierzulande, war alles gespannt auf die Antwort Steigerwalds. Dieser erklärte in entwaffnender Offenheit, daß sich die AKWs technisch sicher nicht sehr voneinander unterscheiden. Er bestätigte, daß die sowjetischen AKWs kein containment (gasdichte Umhüllung für Reaktoranlagen) und auch kein Notkühlsystem besäßen (also im Grunde noch ungesicherter sind als vergleichsweise die BRD-Anlagen), aber das sei überhaupt nicht wichtig. Gefahren könnten sicher nicht geleugnet werden, aber entscheidend sei, daß die Beherrschung der Technik kein technisches Problem, sondern ein philosophisches Problem darstellt. Die Argumentation müsse auf *»hoher philosophischer Ebene«* geführt werden: Das Wesen der Anti-AKW-Argumente sei, daß die Nutzung der Atomtechnologie
phischer Ebene« geführt werden: Das Wesen der Anti-AKW-Argumente sei, daß die Nutzung der Atomtechnologie
lebensfeindlich sei. Damit aber stelle die spontane Protestbewegung unter Beweis, daß sie in den Fesseln der bürgerlichen Ideologie verbleibt; denn es sei bürgerliche Ideologie, der Technologie die Schuld zuzuschieben oder die Technik mit einem negativen Wert zu belegen. Als »Beleg« nannte ein DKP'ler die Losung »Atomkraft — Pfui Deibel«.

Um die Klippe einer konkreten Diskussion über die Gefährlichkeit der derzeitigen AKWs in der BRD und in der DDR zu umschiffen, bemühte dann Herr Steigerwald die *»weltweite Energielücke«*: Ohne AKWs könnte die gesellschaftliche Produktion nicht gesteigert werden. Und ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum sei nicht zu verantworten. Von den ständigen Zwischenrufen: *»Dasselbe sagen die AKW-Betreiber uns hier auch immer«*, ließ sich Steigerwald nicht beirren. Der entscheidende Unterschied sei eben, daß die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus zum Wohl der Bevölkerung, ja mehr noch, zum Wohle der Menschheit und vor allem der Völker der Dritten Welt, die selber keine Primärenergie haben, eingesetzt werden kann. Die Verantwortung gegenüber den Völkern der Dritten Welt gebiete gewissermaßen die Entwicklung der Atomtechnik. Diese Argumentation ist wiederum ein makabrer Trick nach dem Motto: Für den wirtschaftlichen
Atomtechnik. Diese Argumentation ist wiederum ein makabrer Trick nach dem Motto: Für den wirtschaftlichen
Aufschwung der Länder der Dritten Welt dank der Sowjetunion muß die dortige Bevölkerung schon »etwas« Sicherheitsrisiko hinnehmen.

Wen vom DKP-Nachwuchs solch zynische Betrachtungsweisen verunsichert bzw. wer damit in den BIs bestehen soll — in letzter Zeit gibt es da verstärkte Anstrengungen der DKP — den kann vielleicht noch ein Artikel in der »UZ« vom 25.5.78 zu neuem Glauben verhelfen. Dort hieß es unter der Überschrift: »Die Sicherheit ist allein eine Frage des Systems«, daß bei ähnlichen Zwischenfällen wie in Brunsbüttel beim geringsten Anzeichen eines Störfalls im »realen Sozialismus« sofort die richtigen Gegenmaßnahmen ergriffen und nicht die Sicherheitsmaßnahmen außer Kraft gesetzt würden.

Die im »realen Sozialismus« haben eben die bessere, sicherheitsbewußtere Mannschaft. So konnte der Herr Prager auch am Schluß erklären, daß seit 1965 alle AKWs in der DDR ohne Unfälle, Zwischenfälle und im übrigen einwandfrei arbeiteten.

Bei dieser Logik ist es nicht auszuschließen, daß der nächste sowjetische Atomreaktor nicht in Canada, sondern in der Parteizentrale der DKP in Düsseldorf niedergeht — Prost Mahlzeit!

AKW-Nein-Kommission

AKW-Nein-Kommission
KB/Gruppe Göttingen

Ein Schwindel platzt!

Im letzten Jahr hatten die Atombetreiber es als „großes" Zugeständnis an die AKW-Gegner verkauft, daß Atomkraftwerke nur noch bei „gesicherter Entsorgung" gebaut werden dürften.

Selbstsicher hatte man das sogar im Atomgesetz festgeschrieben.

4 AKWs hatten auf dieser Basis eine Bau- bzw. Betriebsgenehmigung erhalten. Inzwischen ist bekannt, daß die ganze „Entsorgung" bisher nichts weiter ist als ein bewußtes Betrugsmanöver von Ministerium und Atomindustrie, um dem Gesetz scheinbar genüge zu tun. Das Platzen dieses Schwindelunternehmens soll aber nicht dazu führen, daß die Verantwortlichen jetzt zur Rechenschaft gezogen werden, vielmehr soll jetzt – wie wir schon seinerzeit vorausgesagt hatten – der abgebrannte Atommüll erst einmal in den AKWs selber abgestellt werden, die Vorrichtungen dafür wurden von der Atomindustrie vorsorglich eingebaut.

Bereits heute wird erwogen, in Zukunft sogar abgebrannte Brennelemente irgendwo in Containern abzustellen. Wahrscheinlich wird dies demnächst von den Atombetreibern als neue „gesicherte" Entsorgungsmethode verkauft werden.

Was ist „gesicherte Entsorgung?"

Seit dem Brokdorf-Urteil gilt folgendes als „gesicherte Entsorgung":

1. Es muß ein Antrag für ein Zwischenlager vorliegen, in dem die abgebrannten Brennelemente dann eingelagert werden können.
2. Die Untersuchung, ob in Gorleben in den Salzstöcken der Atommüll entlagert werden kann, muß eingeleitet sein. Bereits 2 Tage nach diesem Urteil bescheinigte die Reaktorsicherheitskommission (RSK), daß die WAA in Gorleben „grundsätzlich technisch realisierbar" sei.

Daraufhin erklärte die Bundesregierung im Einvernehmen mit der RSK, daß sie erst dann weitere AKWs genehmigen wolle, wenn die Entsorgung in Gorleben gesichert sei. Bis dahin müßten die AKW-Betreiber einen Vertrag mit einer anderen funktionierenden WAA zur Entsorgung vorweisen können. Dabei wurde die WAA in La Hague in Frankreich als „funktionsfähige" Wiederaufbereitungsanlage dargestellt.

Der Schwindel mit den La Hague-Verträgen

Der Trick mit der vorläufig möglichen Entsorgung in La Hague stützte sich wiederum auf eine Stellungnahme der RSK, die nach La Hague gefahren war und angeblich eine voll funktionierende Anlage vorgefunden hatte. Auf dieser Basis erfolgte dann die Bau- bzw. Betriebsgenehmigung für Philipsburg, Brunsbüttel, Ohu und Esensham.

Das Atomgesetz schien erfüllt und die Kontrolle durch das Parlament gegeben, wodurch sich, abgesehen von der Anti-AKW-Bewegung, niemand an diesen Genehmigungen störte.

Doch tatsächlich hatte sich folgendes abgespielt:

Der Bundesregierung, Atomindustrie und der RSK war von vornherein bekannt, daß in La Hague überhaupt keine Brennelemente aus den Leichtwasserreaktoren der BRD wiederaufbereitet werden können. Ebenso war bekannt, daß es derzeit auf der Welt keine einzige für diese Zwecke großtechnisch funktionierende WAA gab und mit dem Mäntelchen der „Entsorgungsverträge" nur für eine gewisse Zeit ein Zwischenlagerbecken gesucht und gefunden wurde.

Die Verträge mit der Betreiberin in La Hague, der Cogema, besagen nichts weiter, als daß für eine zeitlich begrenzte Zwischenlagerung gesorgt werden soll.

Diese Verträge sind bisher nur dem Innenministerium der BRD bekannt, das sich strikt weigert, diese dem Parlament vorzulegen. Kein Wunder, denn dann käme der ganze Schwindel ans Licht. So war seit langem bekannt, daß in La Hague sowieso nur noch wenige Ladungen abgebrannte Brennelemente gelagert werden könnten. Inzwischen ist es soweit – La Hague ist voll.

Also läßt man lieber eine solch peinliche Veröffentlichung und droht den uneinsichtigen Parlamentariern mit einer drastischen Verschlechterung des Verhältnisses zu Frankreich, falls die Verträge bekannt würden. Doch dies kann der Grund nicht sein, da mittlerweile trotzdem zwei Verträge bekannt geworden sind, für das AKW Esensham und Brunsbüttel. Aus beiden geht eindeutig das ganze Schwindelunternehmen hervor, was auch relativ breit in der bürgerlichen Presse bestätigt wurde. Was einzig und allein verhindert werden soll, ist eine juristisch wirksame Entscheidung des Innenausschusses des Bundestags, der mit einem Schlag praktisch allen AKW's der BRD die Betriebsgenehmigung entziehen müßte, wenn er seinem „rechtlichen Auftrag" der Kontrolle und Einhaltung des Atomgesetzes bei allen Genehmigungen erfüllen wollte. Dies wird aber bewußt unter Bruch des Atomgesetzes von der Bundesregierung verhindert, die dadurch mit diktatorischer Vollmacht das Atomprogramm durchzieht, da ihr ihre eigenen Gesetze schon nicht mehr passen. Dieses nach rein bürgerlichem Recht kriminelle Vorgehen wird aber bisher von allen Bundestagsparteien voll gedeckt, die nach einem kurzen Wirbel um die Nichtveröffentlichung der Verträge mit La Hague alles wieder vergessen machen wollen.

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert!

Damit nicht genug, jetzt startet die Atomindustrie in stiller Übereinkunft mit der Bundesregierung eine Kampagne zur sogenannten „Kompaktlagerung" abgebrannter Brennelemente in den AKW's selbst. Dies würde bedeuten, daß in den Lagerbecken der AKW's dreimal soviel Brennelemente gestapelt werden sollen, als bisher. In diesen neuen Lagern könnte es nämlich zu atomaren Explosionen kommen. Dies hat die Betreiber aber nicht daran gehindert, solche Kompaktlagergestellen, z.B. in Biblis A und Ohu einfach einzubauen, um nun mit der Drohung, ohne Kompaktlagerung den Betrieb einstellen zu müssen, eine nachträgliche Genehmigung zu erzwingen. Denn sonst würden ja bekanntlich die Lichter ausgehen...

Für Esensham ist eine solche Lagerung auch schon vorgesehen, die aber aus dem Genehmigungsverfahren herausgenommen wurde, da man offenbar zuviel Einsprüche befürchtete. Letztendlich ist aber diese Art der Lagerung für alle westdeutschen AKW's geplant und es ist erklärtes Ziel der Atomindustrie, dies auch durchzusetzen. Aber schon allein an Biblis, wo das „Kompaktlagergestell" schon vor einem Jahr (!) eingebaut wurde zeigt sich, daß der Atomindustrie die Konsequenzen der Schwindelverträge mit La Hague von vornherein klar waren und sie dieses Konzept unter scheinbarer Aufrechterhaltung einer „gesicherten Entsorgung" schon lange verfolgen. Hierdurch schaffen sie sich für die nächsten drei Jahre Luft, in denen nach ihrer Planung einmal ein neues Lagerbecken in La Hague und das Zwischenlager in Ahaus fertig sein sollen.

Doch auch bei größeren Protesten gegen die Kompaktlagerung ist schon vorgesorgt. Kürzlich trat die DWK mit einem Plan an die Öffentlichkeit, sogenannte Brennelementcontainer zu bauen, die völlig problemlos seien und praktisch überall abgestellt werden könnten, ohne jegliche Genehmigungspflicht, versteht sich!

Insofern wird jegliches Gerede von einem geforderten „Nachweis der gesicherten Entsorgung" völlig zur Farce. Unwiderlegbare Tatsache bleibt, daß die Bundesregierung unter voller Deckung der kriminellen Praktiken der Atomindustrie das Atomgesetz gebrochen hat und darüber hinaus zu diesem Zwecke das entsprechende parlamentarische Kontrollorgan, den Innenausschuß des Bundestages, an der Ausübung seiner Funktion durch die Verweigerung der La Hague-Verträge hindert. Ein kriminelles Vorgehen auf höchster Ebene.

AKW-Nein-Kommission

Roßtäuschertricks!

Die allerorts vielgepriesene Einspruchsmöglichkeit des Bürgers gegen Atomanlagen ist in Bayern zumindest für das AKW in Grundremmingen durch behördliche Roßtäuscherei umgangen worden. Die Klage von Frau Clementine Rothenstein gegen den Erweiterungsbau des AKWs in Grundremmingen um zwei weitere 1.300 Megawatt-Blöcke wurde vom Verwaltungsgericht Augsburg aus formaljuristischen Gründen als unzulässig zurückgewiesen.

Es begann damit, daß ein hoher Beamter des Landratsamtes Günzburg dem Vorsitzenden der Ulmer Bürgerinitiative fälschlich den 4. März 1975 anstatt den 3. März als letzten Termin für die Einspruchsfrist nannte. Aufgrund dieser Fehlinformation legte Frau Rothenstein zusammen mit 3.300 anderen Sammeleinsprüchen ihren Einspruch einen Tag zu spät ein.

Flugs nahm das bayerische Ministerium die Gelegenheit wahr und erklärte den Widerspruch von Frau Rothenstein und den übrigen 3.300 für unzulässig, da die vorgeschriebene Frist versäumt wurde. Großzügig wurde in einem Brief des Ministerioms immerhin angeboten, binnen 4 Wochen gegen diesen Bescheid Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben zu können, was Frau Rothenstein als einzige der Einsprucherhebenden auch tat.

Und wieder fand das Ministerium einen Trick, sich nicht inhaltlich mit der Klage zu beschäftigen, sondern sie erneut aus formalen Gründen vom Tisch zu wischen.

Denn Frau Rothenstein hatte bei ihrer fristgerechten Klage versäumt, beim Ministerium die „Einsetzung in den früheren Stand" zu beantragen. Dieser Satz bedeutet ganz einfach, daß juristisch ein Zustand geschaffen wird, der dem vor Ablauf der Frist entspricht.

Dies wußte sie allerdings nicht, in dem besagten Brief der Behörde stand dazu keine Silbe.

Das Verwaltungsgericht Augsburg entschied nun, daß es für das Ministerium keine Verpflichtung zur Rechtsmittelbelehrung gäbe, vielmehr Frau Rothenstein sich selbst hätte informieren müssen. Damit sei die Klage von Frau Rothenstein ungültig. Ein Freibrief für den Staat, durch ungenügende und falsche Informationen den Bürger auch noch um seine wenigen Mitbestimmungsrechte zu bringen. Unbeirrbar und hartnäckig versuchte Frau Rothenstein dennoch zu ihrem Recht zu kommen.

Mit dem vor einigen Wochen etliches Aufsehen erregenden Gutachten des Dipl. Physikers Krüger, in dem bis zu 4.700-fach höhere Strahlenbelastung im Umkreis des AKWs nachgewiesen wurde , wollte sie das Ministerium zwingen, die Baugenehmigung zurückzuziehen, da neue Erkenntnisse vorlägen. Auch diesen Antrag wies das Gericht ab. Frau Rothenstein hat es wieder schuldlos versäumt, einen entsprechenden Antrag vorher beim Ministerium einzureichen. Bevor dies nicht geschehen ist, kann das Gericht nicht über das Gutachten verhandeln. Außerdem wäre das Gutachten inzwischen von der Aufsichtsbehörde als falsch zurückgewiesen worden.

Frau Rothenstein muß neben den Anwaltskosten auch noch die Gerichtskosten in Höhe von mindestens 7.700.- DM tragen. (nach „Münchener Merkur" und „Augsburger Allgemeine" vom 6.12.78).

KB/Gruppe Nürnberg

HEW sah alt aus

Bekanntermaßen spricht sich die Hamburger Lehrergewerkschaft (GEW) gegen das Atomprogramm aus. Die Fachgruppe der Gewerbelehrer hat sogar einen Ausschuß „Atomenergie und Gewerkschaftspolitik" gebildet, der in der Vergangenheit schon zwei kleinere erfolgreiche Veranstaltungen durchführte.

Am 15.11. kamen dann – trotz des Fußball-Länderspiels – mehrere hundert Kollegen zu einer GEW-Arbeitsversammlung über das Für und Wider der Atomenergie. Das Für wollten ein HEW-Manager und sein stellvertretender Betriebsratsvorsitzender vertreten. Das Wider wurde durch den Rest der Versammlung repräsentiert (bis auf einige HEWler und Spitzel). Auf dem Podium saßen Holger Strohm, Robert Jungk und Heinz Brandt sowie der Hamburger GEW-Vorsitzende Dietrich Lemke als Diskussionsleiter.

Holger Strohm eröffnete die Runde mit einem Bericht über Geheimpläne der Regierung bei Atomkatastrophen: Panzereinsatz und Evakuierung der Hälfte der Bevölkerung der BRD, wenn aus einem AKW Radioaktivität entweicht. („Die WAA-Gorleben enthält nach fünf Betriebsjahren soviel Radioaktivität wie 192 000 Hiroshima-Bomben.")

Danach meinte Herr Nachtweih von der HEW, man solle sachlicher werden; totale Sicherheit gäbe es nicht, das Risiko müsse eingeplant werden. Die Studie von Rasmussen (USA) zeige ja auch, daß das Risiko eines Super-GAU mit 2300 Toten 1:1Milliarde betrage. Auf die Informationspolitik der HEW zu dem kleinen GAU im AKW Brunsbüttel angesprochen, wußte er zu sagen: *„Die unglückliche Informationspolitik zu Brunsbüttel hat mehr Schäden angerichtet,als der Störfall selbst."*

Robert Jungk warnte eindringlich vor dem Überwachungsstaat, zu dessen Einrichtung die Risiken der Atomtechnologie willkommene Argumente lieferten. Der sich vervielfachenden Gefahr z.B. durch den Bau der geplanten Schnellen Brüter könne nur durch entschlossenen Widerstand begegnet werden. Unser Zukunftshorizont, unsere Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft werde sich dann nicht verschließen.

Für den Kollegen Heppner (HEW-Betriebsrat) war dagegen alles klar: Atomkraftwerke sind die saubersten und umweltfreundlichsten. Außerdem bleibt so noch Öl für Benzin übrig, damit die Lehrer Auto fahren können. Der Mann war anscheinend gar nicht vorbereitet zur Versammlung gekommen und machte einen genauso kläglichen Eindruck wie sein Chef.

An den HEW-Betriebsrat gewandt, meinte Heinz Brandt: *„Die größten Kälber wählen ihre Metzger selber."* Dann erzählte er „drei Märchen" der Herrschenden in Deutschland:

- Zum 1. Weltkrieg sagten sie uns, die Zukunft liege auf dem Wasser. Erfolg: tausendfacher Tod im Wasser.
- Zum 2. Weltkrieg sagten sie, wir seien ein Volk ohne Raum. Sie schufen auch viele Arbeitsplätze – in der Rüstungsindustrie – für den Tod.
- Heute will man uns weismachen, wir seien ein Volk ohne Energie. Eines Tages haben wir dann sehr viel Energie, aber keine Menschen mehr.

Heinz Brandt ging auch auf die Frage der Zukunft der Arbeitsplätze ein und meinte, die Elektronik bedinge die Massenarbeitslosigkeit bzw. den „Menschenberg ohne Zukunft".

Die anschließende Diskussion wurde genutzt, um über die Grohnde-Prozesse zu informieren, eine Solidaritätsresolution mit den Angeklagten zu verabschieden und weitere empörende Berichte abzugeben, z.B. über das Verhalten des DGB.

Einer Delegation des DGB wurde von den französischen AKW-Betreibern anläßlich eines Besuchs der Schrott-WAA-Cap de la Hague verboten, sich mit der französischen Gewerkschaft CFDT in Verbindung zu setzen, weil diese gegen AKWs ist. Robert Jungk durfte die WAA nicht besichtigen, weil er eine CFDT-Begleitung dabei haben wollte. Die CFDT hat erwirkt, daß für die Beschäftigten der WAA-Cap de la Hague Leukämie (Blutkrebs) als Berufskrankheit anerkannt wird.

Zum Ende der Veranstaltung wurde von Kollegen, die an der Vorbereitung beteiligt waren, bedauert, daß so wenig über Gewerkschaftspolitik zum Atomprogramm gesprochen wurde. Ich meine aber, daß gerade die Inhalte dieser Versammlung für viele Kollegen sehr wichtig waren. Sie hat die Glut der Wut wieder geschürt, so daß wir auch in der Gewerkschaft – mit erneuter Kraft - gegen die Atompläne angehen können. Die Abstimmung in Österreich hat gezeigt, daß wir aus einer scheinbar hoffnungslosen Minderheitenposition heraus die Mehrheit erringen können.

Dietrich Lemke (GEW) schloß die Versammlung damit, daß wir weiter gegen das Plakettenverbot angehen und weitere Arbeitsversammlungen folgen würden.

Eine Plakette für Dietrich!

Auch in den Gewerkschaften – konsequenter Kampf gegen das Atomprogramm!

Ein Hamburger Lehrergenosse

Nichts als Tünche

mationspolitik der HEW zu dem kleinen GAU im AKW Brunsbüttel angesprochen, wußte er zu sagen: „Die unglückliche Informationspolitik zu
Frage der Zukunft der Arbeitsplätze ein und meinte, die Elektronik bedinge die Massenarbeitslosigkeit bzw. den „Menschenberg ohne Zukunft".
konsequenter Kampf gegen das Atomprogramm!
Ein Hamburger Lehrergenosse
Nichts als Tünche

Sein in der letzten Zeit vor allem durch die Enthüllungen verschiedener bislang verheimlichter Störfälle in Ohu schwer angeschlagenes Image als sorgender Vater über dem bayerischen Umweltschutz versuchte Umweltminister Dick dieser Tage wieder aufzupolieren.

Der ansonsten für seine Verschwiegenheit bekannte Umweltminister legte, zusammen mit der Werksleitung des AKWs in Ohu, dem Umweltausschuß des bayerischen Landtages eine Liste vor, nach der es in Ohu seit der Inbetriebnahme zu 20 Reaktorabschaltungen gekommen sei. Acht davon waren planmäßig, die übrigen erfolgten durch den Reaktorschutz: Es sei nun mal eine Illusion, *„man könne eine derartig komplizierte Anlage ohne Schwierigkeiten betreiben"* („NN",30.11.78); und ein AKW sei nun mal mit seinen vielen kilometerlangen Rohrleitungen, Tausenden von Armaturen und hunderten von Motoren nicht wie ein neues Auto, *‚wo man den Zündschlüssel umdreht und dann geht's los"* („Mainpost", 30.11.78). In fast sensationeller Ehrlichkeit wurde dann allerdings noch hinzugefügt, *„daß wir nicht mit diesen Schwierigkeiten gerechnet haben"* („NN", 30.11.).

Peinlich wurde die ganze Sache dann, als der wahre Grund dieser ungewohnten Offenheit ins Gespräch kam - das Bremer Gutachten über vertuschte Störfälle. Dick ging bei der Erwähnung dieses Gutachtens sogleich in die Luft und beschwor die Abgeordneten: *„So kommen wir mit der Kernenergie nicht weiter, wenn der Staatsregierung und den Betreibern der Werke immer wieder Geheimniskrämerei unterstellt wird"* („NN", ebenda). Noch schwächlicher wurde die Argumentation, als es um die Fakten des Papiers ging. Zwar könne man die Fakten nicht bestreiten, allerdings würden die Bremer, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, „Sachverhalte zu entstellen, statt aufzuklären", die Vorgänge in Ohu nicht „sauber auseinanderhalten" („SZ", 30.11.). Und schon wieder wurde in alter Frische das Blaue vom Himmel heruntergelogen: Bei den bisherigen Störfällen in Ohu sei „keine kritische Stufe" erreicht worden, und überhaupt hätte es bislang noch keinen „sogenannten Störfall" in Ohu gegeben („NN", 30.11.).

Weiterhin ließ Dick einen „Kriterienkatalog" abstimmen, der festschreibt, wann der Landtag und die Öffentlichkeit über Störfälle unterrichtet werden.

Genau besehen ist dieser Schrieb nichts als eine Beruhigungspille für die angestiegene Besorgnis und Wachsamkeit um die Vorgänge in Ohu.

Höchstens 10 % aller „Schäden" in Ohu werden dem Landtag nach diesem „Kriterienkatalog" mitgeteilt werden, *„bei den anderen 90 % handle es sich um Belanglosigkeiten"* („NN", ebenda) und was belanglos ist, bestimmen eben die Betreiber und das Staatsministerium, deren Kommunikation nach anfänglichen Schwierigkeiten nun *„keine Wünsche mehr offen (lasse)"* („Passauer Neue Presse", 30.11.78).

KB/Gruppe Nürnberg

Erlangen: Steigt die KWU aus dem Brasilien-Geschäft aus???

Am 15. November besuchte der brasilianische Botschafter die Geschäftsleitung der Kraftwerksunion in Erlangen. Das Thema der Verhandlungen wird einen Kenner der Materie kaum verwundern: es ging um verschiedene Projekte, insbesondere Reaktoreinrichtungen, die derzeit von der KWU in Brasilien gebaut werden. Erstaunlich allerdings ist das „Ergebnis" der Verhandlungen: Am 22.11. veröffentlichte die KWU einen Brief an die brasilianische Botschaft, in dem sie die weitere Zusammenarbeit mit Brasilien aufkündigt!

„Sie können unseren schmerzlichen Verzicht besonders gut nachempfinden, wenn Sie an die - leider auch in der Presse, z.B. der Süddeutschen Zeitung vom 3.11.78 veröffentlichten - Zahlen denken: schon bei der Lieferung der Reaktoreinrichtungen für das erste Atomkraftwerk hätten wir 80 Mill DM mehr verdient, als diese normalerweise kosten; so richtig losgegangen wäre es jedoch erst später: Ich erinnere an unseren Liefervertrag, in dem Ihr Land sich verpflichtet, jede unserer Preiserhöhungen nachträglich hinzunehmen. Damit ist es nun leider vorbei.

Allerdings können wir Ihre Behörden nicht ganz freisprechen von der Schuld an dieser mißlichen Lage. Warum war es nötig, die öffentliche Empörung herauszufordern bis zu einem Punkt, wo nur noch der Abbruch unserer Geschäftsbeziehungen möglich war? Warum war es nötig, solche sozialen Zustände auf der AKW-Baustelle in Angra dos Reis zu dulden, wie sie oben zitierte Zeitung aufgedeckt hat? Zwölf Quadratmeter Wohnfläche für je zehn Bauarbeiter, ein Klosett für je 500 Mann, verseuchte Trinkwasserbrunnen, grassierende Malaria und Hirnhautentzündung, eine hohe Unfallrate - war das unvermeidlich, Exzellenz, auch wenn wir Ihr Bemühen anerkennen, unsere deutschen Unternehmerkollegen wie Odebrecht und Hochtief nicht um ihre schwer genug verdienten Profite zu bringen? Leider - und das ist kein Wunder (oder doch?) - führten diese Berichte zu einer schweren Verstimmung mit unserem Betriebsrat und dem DGB, die sonst bedingungslos hinter uns stehen; ihre internationalistische Solidaritätspflicht schien Ihnen jedoch keine andere Wahl mehr zu lassen, als eine sofortige Änderung der Arbeitsbedingungen ihrer brasilianischen Kollegen zu fordern. Diese Klippe hätte unsere PR-Abteilung vielleicht noch umschifft, aber die Empörung ging weiter: Man prangert beinahe alles an: Brasilien werde dauernd von - verzeihen Sie die Erwähnung - „Amnesty International" der Menschenrechtsverletzung angeklagt, Brasilien steuere einen expansiven Wachstumskurs auf Kosten der Bevölkerung, Brasilien werde durch uns in den Stand gesetzt, das für Atomwaffenbau nötige Wissen und Material zu bekommen. Den von Ihrer Regierung verursachten Umweltschäden, wie den Rodungen im Amazonas-Gebiet (wo Sie zudem noch die Indianer umbringen lassen mußten, die den Erschliessungsgedanken nicht begreifen wollten), würde jetzt noch die radioaktive Verseuchung folgen, was uns ja schon hier in Mitteleuropa dauernd vorgehalten wird, (und was ja, im Vertrauen gesagt, auch nicht zu leugnen ist).

Ich spreche sicher auch im Namen der Dresdner Bank, der Siemens AG und zahlreicher anderer beteiligter Häuser, wenn ich sage, daß wir es zum Weinen finden, daß die gut 12 Milliarden DM, die Ihre Militärdiktatur dem brasilianischen Volk mühsam genug aus der Tasch ziehen muß, nun nicht den vorbestimmten Weg gehen werden.

Aber was sollen wir machen? Die Proteste - auch und gerade der Erlanger Bevölkerung - gegen dieses „faule Atomgeschäft", wie es heißt, sind nicht zu übersehen; von der Lokalpresse sehen wir uns einem Trommelfeuer von Angriffen ausgesetzt, und was das Schlimmste ist: wir können nichts widerlegen, ohne unglaubhaft zu wirken. Versichern Sie also Ihrem Dienstherrn, Staatspräsident General Geisel, unseres Mitgefühls und unseren persönlichen Wunsch, daß sich in seinem Fall nie bewahrheiten soll, was der gehobene Volksmund „nomen est omen" nennt."

Dieser Brief wurde an das „Erlanger Tageblatt" und die Erlanger Stadtzeitung „Was lefft" geschickt; allerdings hielt es nur die „Was lefft" für erforderlich, ihrer Informationspflicht Genüge zu tun, und druckte den Brief in ihrer Dezember-Ausgabe ab.

Nun, dies ging der KWU dann doch zu weit: sie erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Stadtzeitung: laut richterlichem Beschluß muß nun aus der gesamten Auflage (2.000 Stück) der Stadtzeitung, von der bisher nur ein geringer Teil verkauft wurde, die entsprechende Seite entfernt werden. In ihrer Begründung wies die KWU im übrigen ausdrücklich darauf hin, daß sie die oben zitierte Kritik an Brasiliens Machthabern selbstverständlich nicht geäußert habe.

Diese Reaktion der KWU ist ein weiteres Zeichen für ihre zunehmende Empfindlichkeit gegenüber öffentlicher Kritik: bereits im Juli gab die KWU ihre „zurückhaltende" Haltung auf, als sie zu einer Anti–AKW-Veranstaltung mit Robert Jungk eine Gegenveranstaltung aus dem Boden stampfte; die der KWU sehr nahestehende Initiative „Recht auf Energie" verteilte übelste Hetzflugblätter, in denen die Firmenangehörigen aufgerufen werden, nicht zur Jungk-Veranstaltung zu gehen, weil dort mit Tätlichkeiten zu rechnen sei!!!

Neben diesen Versuchen, jede Anti-AKW-Propaganda kaputtzumachen, geht es der KWU allerdings auch ganz direkt darum, die „Was lefft" finanziell zu ruinieren: sie versuchte, den Streitwert auf 10.000 Mark festzusetzen, um die Möglichkeit für weitere finanzielle Schikanen zu schaffen. Die „Was lefft" muß bereits jetzt 300 Mark für die Einstweilige Verfügung bezahlen! (Informationen aus „NN", 2.12. und ‚aktuelle Lokalbeilage der Tageszeitung', 2.12.).

KB/Gruppe Nürnberg

Bald „Eintrittskarten" für Demonstrationen?

Der NRW-Innenminister Hirsch legte kürzlich dem Landtags-Haushalts-Ausschuß eine Berechnung vor, wonach die Demonstration gegen den schnellen Brüter in Kalkar am 24.9. 1977, *„Mehrkosten in Höhe von exakt 4.442.776,60 Mark verursacht"* hätte („Nürnberger Nachrichten", 17.11.78). Das nahm die CDU zum Anlaß, nachzuhaken:

„Der CDU-Opposition war diese pauschale Angabe zu wenig aussagekräftig. In einer kleinen Anfrage will sie wissen, wieviele politische Demonstrationen seit 1970 stattgefunden haben, durch deren Ausmaß, Intensität ‚und andere Besonderheiten' Mehrkosten angefallen sind. Speziell zur Demonstration in Kalkar soll die Landesregierung aufschlüsseln, wie sich die Summe auf die anfallenden Objektsicherungskosten, den Einsatz der Polizei und anderer Sicherheitskräfte sowie auf mögliche Folgebelastungen verteilt. Entscheidend ist die daraus folgende Frage, welche Möglichkeiten die Landesregierung sehe, die bei der friedlichen Demonstration anfallenden Mehrkosten wenigstens teilweise ‚bei den Verursachern einzuklagen'", („NN", ebenda). Demnächst wird man wohl vor jeder Demonstration einen „Mit-Geh-Schein" lösen müssen. Zur Vereinfachung des Verfahrens sollten auch Dauer- und Netzkarten eingeführt werden!

KB/Gruppe Nürnberg

Japans erste Wideraufbereitungsanlage stillgelegt

Die erst in diesem Jahr in Betrieb genommene japanische Wiederaufbereitungsanlage (Tokai) ist stillgelegt.

Am 24. August trat radioaktiver Dampf in 10 000fach überhöhter Konzentration aus, ein Leck im komplizierten Rohrleitungssystem war die Ursache. Die Anlage mußte daraufhin stillgelegt werden. Die notwendigen Reparaturen sollen ca. ein Jahr dauern. Auch ansonsten ist Japans Aufbereitungsanlage nicht ohne. Seit Inbetriebnahme ereigneten sich nach offiziellen Angaben 14 Unfälle, bei denen 13 Arbeiter radioaktiv verseucht wurden!

Anzumerken ist, daß Tokai selbstverständlich „nach neuesten technischen Erkenntnissen mit optimaler Sicherheit" gebaut wurde . . .
(nach „Newsletter" No. 27, Nov. 78 vom „Peoples Research Institute of Energy and Environment")

Asien-Australien-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





Arbeitsförderungsgesetz geändert, weitere Verschlechterungen für Arbeitslose

Am 8. August 1978 schickte die Bundesanstalt für Arbeit den berühmt-berüchtigten Runderlaß 230 „Betreff: Zumutbare Beschäftigung nach § 103 Arbeitsförderungsgesetz (AFG)" auf die Reise durch die Arbeitsämter. Nach Protesten gegen den Runderlaß und nach einiger Zeit wurde dann vom Bundesarbeitsministerium eine „Novelle für ein neues Arbeitsförderungsgesetz" vorgelegt, unter anderem mit der Behauptung, daß die Definition der „Zumutbarkeit", die in der Kritik am Runderlaß 230 nur zurecht als ein Schritt zur Deklassierung der Arbeitslosen bezeichnet worden war, in der Novellierungsvorlage zurückgenommen werden würde.
„Der umstrittene Runderlaß der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sei zwar noch gültig, sagte Ehrenberg.
„Der umstrittene Runderlaß der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit sei zwar noch gültig, sagte Ehrenberg, doch werde er in der Frage, was einem Arbeitslosen zugemutet werden könne, sicher korrigiert werden" („FAZ", 23.11.).

Jedoch lagen von Anfang an die Vorstellungen der Bundesanstalt für Arbeit und die des sozialdemokratischen Arbeitsministers nicht so weit auseinander, wie es jetzt von Ehrenberg gerne dargestellt wird. *„Im April legten Referenten ihrem Minister einen Entwurf vor, der Arbeitnehmern zumutete, vom Angestellten zum Arbeiter herabgestuft zu werden und auch eine Stelle anzunehmen, die ‚nicht eine tägliche Rückkehr zur Wohnung erlaubt oder einen Umzug erforderlich macht' — Bestimmungen, die sich (...) später im Nürnberger Erlaß wiederfinden. Als Mitarbeiter zu bedenken gaben, dies sei doch wohl etwas zu scharf, bestimmte Ehrenberg, genau so wolle man es versuchen"* („Spiegel", 20.11.).

Die einzelnen Bestrebungen, die mit der Novellierung des AFG verfolgt werden, sind deutlicher als in dem ursprünglichen Gesetzestext (siehe nebenstehend) noch einmal kommentiert durch das Bundesarbeitsministerium.

Die Vorschrift in § 103 (1) 3. des AFG soll verdeutlichen, „*daß der Arbeitslose — vor allem im Interesse der Arbeitsvermittlung — grundsätzlich für das Arbeitsamt erreichbar und in der Lage sein muß, das Arbeitsamt täglich aufzusuchen"* (2).

Innerhalb dieses ersten Teils des § 103 sind ebenfalls Regelungen über die Möglichkeiten der Vermittlung von Teilzeitarbeit enthalten. So werden insbesondere Frauen, die aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung den Haushalt und die Kinder versorgen sollen, von einer Vermittlung von Arbeitsstellen ausgeschlossen (siehe dazu auch Artikel in AK 143).

Der Teil (1a) des § 103 beschäftigt sich damit, was für einen Arbeitslosen „zumutbar" ist, wenn er über einen gewissen Zeitraum keine Stelle vermittelt bekommen kann. Dieser Teil *„stellt klar, daß neben der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die persönlichen Verhältnisse des Arbeitslosen* (...) *sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen sind"*
(2)
Hinter der Formulierung des § 103 (1b) 1. daß ein „*anderer Träger der*
(2)

Hinter der Formulierung des § 103 (1b) 1. daß ein „*anderer Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zuständig*" werden kann, steht nichts anderes als die Absicherung, daß Angestellte gezwungen werden können, als Arbeiter eine gewerbliche Tätigkeit anzunehmen.

Die Frage, wann welche Maßnahmen angewandt werden, obliegt im wesentlichen der Bundesanstalt für Arbeit; und hier treten dann solche Vorschriften wie der Runderlaß 230 in Aktion. Dafür werden folgende Fristen vorgegeben:

- *„Zumutbar ist bei Vollzeitarbeit eine einfache Wege- und Fahrzeit bis zu einer Stunde. Liegt die Wohnung des Arbeitslosen in verkehrsmäßig ungünstiger Lage, können Zeiten bis anderthalb Stunden zugemutet werden"* (4).
- *„Arbeitslosen, die für Vollzeitarbeit in Betracht kommen, sind grundsätzlich nach sechs Monaten auch Arbeitsstellen zumutbar, die nur durch Wochenendpendeln erreichbar sind. Derartige Stellen können aber von vornherein zumutbar sein, wenn für den Arbeitnehmer in Betracht kommende Arbeitsstellen in einer günstigeren Entfernung zum Wohnort nicht vorhanden sind"* (4).
- *„Nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit (längstens nach einem Jahr) ist grundsätzlich auch die Aufnahme einer Dauerbeschäftigung zumutbar, die einen Umzug erfordert.* (...) *Beispiele von Sachverhalten, deren Vorliegen allein keinen wichtigen Grund zur Ablehnung einer Beschäftigung, die einen Umzug erfordert, begründen:"* (4). Es folgen eine Reihe von Beispielen — Bindung an Verwandschaft; Schulpflichtige Kinder; Hauseigentum; Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen — und „Berufstätigkeit des Ehegatten" (!).

Die Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz belegt, daß die Lage der Arbeitslosen verschärft wird, ob es nur die Frage betrifft, längere Fahrzeiten in Kauf zu nehmen, oder gar die Möglichkeiten eines beruflichen Abstiegs oder die Verfügung, in eine andere Stadt zu ziehen, eventuell eine Trennung von der Familie in Kauf nehmen zu müssen. Denn eine Ablehnung einer Arbeitsstelle, wenn deren Annahme vom Arbeitsamt als „zumutbar" qualifiziert wird, bedeutet den Verlust der Arbeitslosenunterstützung.

Die scheinheilige „Reformierung" des auf Widerstand gestoßenen „Zumutbarkeits"punktes im Runderlaß ist ein reines Manöver der Bundesregierung, den Betroffenen Sand in die Augen zu streuen. Es trifft voll zu, was Ehrenberg nach der Kritik am Runderlaß festgestellt hatte, daß der Erlaß „*prinzipiell in die richtige Richtung weise*", daß er nur „*bei der Interpretation jener zumutbaren Beschäftigungen, die einen Umzug erforderlich machen, ‚etwas ungeschickt' formuliert sei*" („FR", 19.10.78).

Das neue Gesetz foruliert halt etwas geschickter zur Beschreibung des gleichen Sachverhalts.

Wirtschaftskommission

Zitate: aus „Sozialpolitische Informationen" des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 21. November 1978.
(1) Anlage 1 zur „Sozialpolitischen Information" vom 21.11.
(2) Begründung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Änderung des AFG in den §§ 15, 53a, 103
(3) Anlage 2 zur „Sozialpolitischen Information" vom 21.11. – Auszug aus dem Entwurf zum AFG
(4) Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit/Nur für den Dienstgebrauch vom 8.8.78 – auch „Runderlaß 230" genannt

Das neue Arbeitsförderungsgesetz im Wortlaut

Das neue Arbeitsförderungsgesetz im Wortlaut

Die wesentlichen Änderungen des AFG gegenüber der alten Fassung sind folgende:
„§ 15: Die Arbeitsämter werden künftig in Abständen von längstens drei Monaten die Arbeitslosen zu einer Berufsberatung einladen, um insbesondere zu prüfen, ob die berufliche Eingliederung durch die Teilnahme an einer Maßnahme der beruflichen Bildung gefördert werden kann" (1.).

Dieser Absatz wird der alten Fassung hinzugefügt, die allgemeine Richtlinien zur Arbeitsberatung enthielt.
„§ 53: Die Bundesanstalt für Arbeit führt für Arbeitslose Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungsaussichten durch, um insbesondere über Fragen der Wahl von Arbeitsplätzen und die Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu unterrichten" (1.).

Dieser Paragraph ist ganz neu ins AFG übernommen worden und soll *„insbesondere Lehrgänge zur Information und Motivation"* ermöglichen (2.).

Und nun zu den Paragraphen der absoluten Unzumutbarkeit. Wir geben hier den ganzen Text wieder – dieser § 103 wurde in ganz neuer Fassung ins AFG übernommen:
„§ 103: Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung, wer
1. eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf,
2. bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann und darf, sowie
3. das Arbeitsamt täglich aufsuchen kann und für das Arbeitsamt erreichbar ist.
Nr. 1 gilt nicht hinsichtlich der Arbeitszeit, Lage und Verteilung der Arbeitszeit müssen jedoch den Bedingungen entsprechen, zu denen Beschäftigungen der in Betracht kommenden Art und Dauer üblicherweise ausgeübt werden. Der Arbeitsvermittlung steht nicht zur Verfügung, wer
1. nur kurzzeitig Beschäftigungen ausüben kann und darf, weil er
a) in seiner Leistungsfähigkeit gemindert und berufsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung ist oder
b) tatsächlich oder rechtlich gebunden ist,
2. wegen häuslicher Bindungen, die nicht in der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen bestehen, Beschäftigungen nur zu bestimmten Arbeitszeiten ausüben kann,
3. wegen seines Verhaltens nach der im Arbeitsleben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht in Betracht kommt.
(1a) Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Interessen des Arbeitslosen und die der Gesamtheit der Beitragszahler gegeneinander abzuwägen. Dabei sind alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die bisherige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse, die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Beschäftigungen sind nicht allein deshalb unzumutbar, weil
1. sie nicht der bisherigen beruflichen Tätigkeit des Arbeitslosen entsprechen, auch wenn damit für den Arbeitslosen ein anderer Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zuständig wird.
2. der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort, auch wenn der Beschäftigungsort nicht täglich erreichbar ist,
3. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei der bisherigen Beschäftigung, insbesondere lediglich der tarifliche Arbeitslohn gezahlt wird oder im Vergleich zur früheren Beschäftigung übertarifliche Zuschläge oder sonstige Vergünstigungen entfallen oder
4. die Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit anders als bei der bisherigen Beschäftigung ist."
(Satz 2 bleibt unverändert)
(Satz 3 ebenfalls unverändert)
Nimmt der Arbeitslose an einer Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 53) teil oder leistet er vorübergehend zur Verhütung oder Beseitigung öffentlicher Notstände Dienste, die nicht auf einem Arbeitsverhältnis beruhen, so schließt es nicht aus, daß der Arbeitslose der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht. (5) Die Bundesanstalt bestimmt durch Anordnung Näheres über die Pflichten nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 3. Sie kann auch zulassen, daß sich der Arbeitslose vorübergehend an Orten aufhält, von denen er das Arbeitsamt nicht täglich aufsuchen kann, wenn dadurch die Vermittlung in Arbeit oder in eine berufliche Ausbildungsstelle, die Teilnahme an einer zumutbaren Maßnahme der beruflichen Bildung oder die Teilnahme an einer Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (53a) nicht beeinträchtigt wird."

Die Streikfront steht



Aktion vor der Mannesmann-Hütte in Huckingen

Seit dem 28. November stehen rund 37 000 Stahlarbeiter in 8 Betrieben im Streik. Überall wird mit großer Kampfentschlossenheit der Streik begonnen: Zum Streik aufgerufen wurden die Kollegen der Werke:
13 800 Kollegen vom Werk Thyssen Hamborn
1 400 vom Werk Thyssen-Hüttenheim
500 bei Thyssen Meiderich in Duisburg
8 300 bei den Mannesmann Hüttenwerken
9 900 auf der Dortmunder Hoesch Westfalenhütte
650 bei den Friedrich Krupp Hüttenwerken in Düsseldorf
800 bei den Stahlwerken Südwestfalen
16 000 bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Brackwede.

Überall begann der Arbeitskampf lange vor dem angesetzten Termin. Bei der Hoesch Westfalenhütte erschienen die ersten Streikposten bereits um 3.30, damit keine Streikbrecher noch vor 6 Uhr ins Werk kommen. Kurz vor Streikbeginn erscheint der IGM-Vorsitzende Loderer am Tor 1 der Westfalenhütte. Aus der Dunkelheit ruft ihm einer zu „ *Eugen werde hart! Du mußt erst noch der ‚Eiserne' werden!"*

Auch die Streikposten vor dem Tor 1 von Thyssen in Duisburg sind schon um 3.30 Uhr angerückt. Kurz vor Beginn der Frühschicht erhalten die Streikposten musikalische Unterstützung durch die HBV-Jugendgruppe, die auch heißen Tee mitbringt. Auf die Frage des IGM-Tarifexperten Hans Janssen, wie denn die Stimmung ist, bekommt er zur Antwort: „*Satzungsgemäß*".

Am Freitag, den 1. Dezember, wird durch die von den Stahlkapitalisten beschlossene Aussperrung der Arbeitskampf auf insgesamt 80 000 Kollegen ausgeweitet. Im einzelnen von der Aussperrung betroffen sind die Kollegen in folgenden Werken:
7000 im Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG
6000 in der Mülheimer Betriebsabteilung der Mannesmann Röhrenwerke

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

6500 im Werk Phönix von Hoesch-Dortmund
4000 in der Georgmarinenhütte von Klöckner in Osnabrück
1000 bei Fried. Krupp Hüttenwerke Werk Hohenlimburg
800 bei Fried. Krupp – Betriebsgruppe Werdohl
1400 bei Krupp-Stahlwerke Südwestfalen - Werk Niederschelden
2200 bei Krupp Stahlwerke Südwestfalen - Werksgruppe Hagen.

Darüberhinaus dehnen die Stahlunternehmer die Aussperrung auf alle seit dem 28. November bestreikten Betriebe aus.

Scharfe Töne gegen die Aussperrung schlagen IGM-Vorsitzender Loderer und Bezirksleiter Herb an. Herb: *„Von jetzt an gelte für die Unternehmerseite: Wer nicht hören will, muß fühlen"* („RN", 29.11.) Und Loderer: Er bezeichnete die Aussperrung als *„schändliches Mittel, um die Gewerkschaft auszubluten"* („WR", 29.11.78).



20.000 auf der Protestkundgebung in Duisburg

Am 8. Dezember erlebte der Altmarkt in Duisburg seine größte Demonstration. Etwa 20.000 Kollegen waren dem IGM-Aufruf gefolgt, allerdings kamen viele erst, als die Mikrofone wieder eingepackt wurden.

Der Auftakt war um Schlag zwölf, vier Stahlkocher schleppten die Atrappe eines schwarzen Sarges über den Altmarkt. Sie markierten so das Streikziel: Tod der 40-Stunden-Woche.

Dem Aufruf waren aber nicht nur IG Metaller gefolgt. Aus Solidarität kamen Studenten der Uni Essen, der ESG, türkische Kollegen, Mitglieder des chilenischen Gewerkschaftsbundes, und 16 Müllautos.

Loderer schloß seine wie bei solchen Anlässen üblich wortradikale Rede mit dem Ruf: *„Die Losung heißt: Millionen gegen Millionäre!"* („Welt", 9.12.78).

IGM-Führer akzeptieren Staatsschlichter

4o.000 Stahlarbeiter stehen seit 14 Tagen (Beginn: 28.November) im Streik für die 35.Stundenwoche. Fast genausoviele sind im Gegenzug von den Stahlkapitalisten ab dem 1.Dezember ausgesperrt worden. Die restlichen 14o.000 Stahlarbeiter in NRW und Bremen sind bisher nicht in den Streik einbezogen, haben sich aber in zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Warnstreiks mit den Streikenden und Ausgesperrten solidarisiert. Kaum Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Lohnforderung der IG Metall.

Den „Einstieg" in die 35.Stundenwoche" und 5 % mehr Lohn hatte die IGM gefordert, 6 Wochen Urlaub
woche" und 5 % mehr Lohn hatte die IGM gefordert, 6 Wochen Urlaub
für alle und 3% mehr Lohn hatten die Unternehmer geboten. In der Frage der Lohnhöhe dürfte es auch weiterhin kaum nennenswerte Differenzen zwischen den „Sozialpartnern" geben. Die Hauptdifferenz ist die Arbeitszeitverkürzung. Auch wenn die IG-Metall-Führung betont, daß sie auf gar keinen Fall die Verwirklichung der 35-Stunden Woche jetzt will, sondern nur einen Schritt dahin (Vorstellung: 1 Stunde weniger die Woche); auch wenn die IG Metall betont, daß sie die wöchentliche Arbeitszeit gar nicht effektiv senken will, sondern bereit ist, die Verkürzung in Form von „Feierschichten" (das wären bei einer Stunde weniger in der Woche 5-6 „Feierschichten" im Jahr) abzuleisten: die Unternehmer bleiben hart. Sie wollen auf keinen Fall in einem Wirtschaftsbereich auch nur minimal unter die 4o-Stundenwoche gehen, da damit die Gefahr besteht, daß andere Industriebereiche nachziehen und vollendete Tatsachen geschaffen sind.

So bereiteten sich die Stahlunternehmer von Anfang an auf einen harten Arbeitskampf vor und gingen sofort zur Aussperrung über. Die Unternehmer erklärten, daß sie auch nicht bereit seien, über 2o Minuten weniger Arbeitszeit zu verhandeln.

IGM-Führer-Kurs schwächt Streikfront

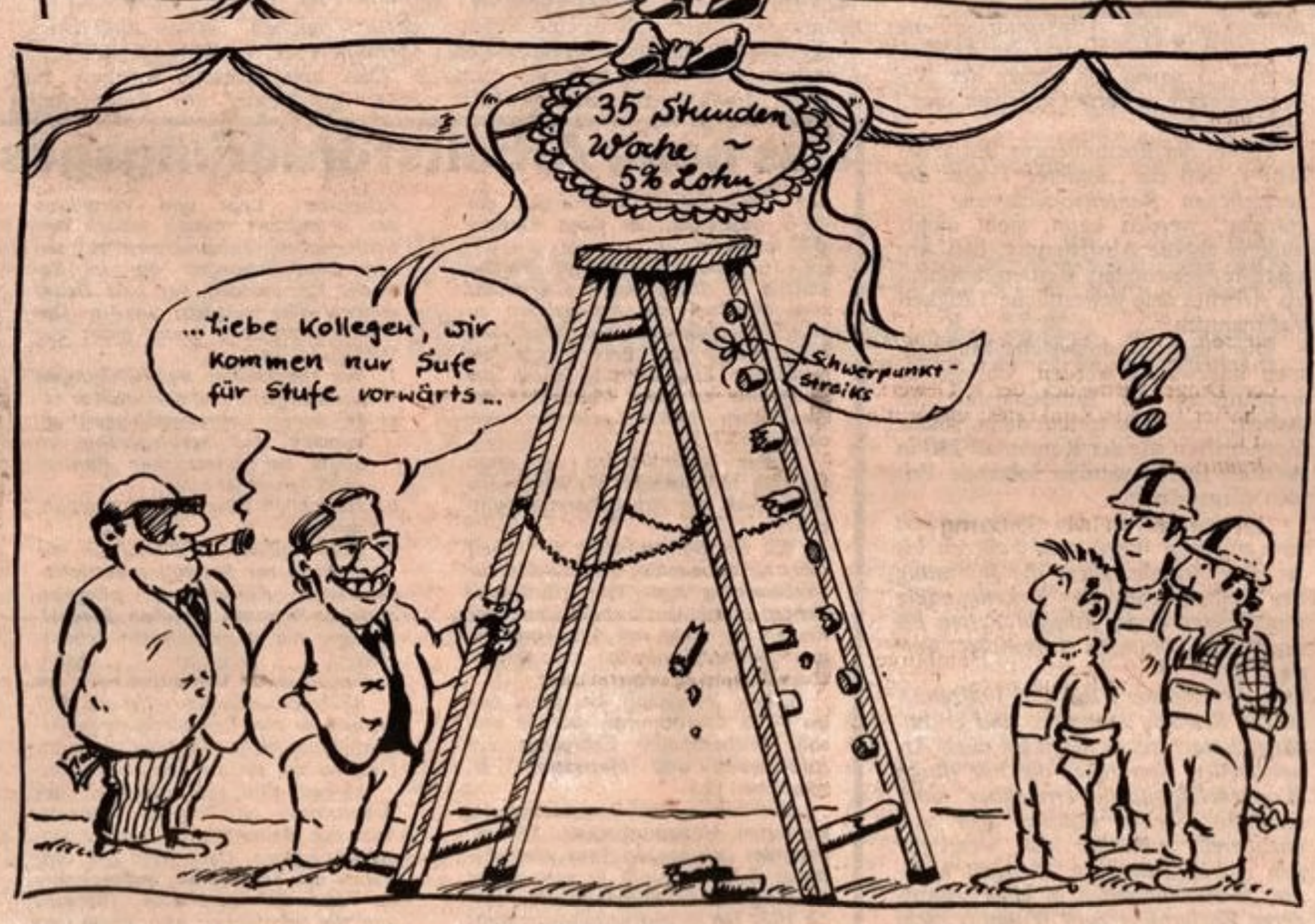
„Wir reagieren hart und sauer, wie wir immer reagiert haben" („Welt", 1.12.) erklärte IGM-Führer Loderer zur Aussperrung der Unternehmer. Doch außer großen Worten geschah nicht viel und die Demonstration der Arbeiter konnten die Aussperrung nicht verhindern. Nachdem nur 4o.ooo - knapp 2o% der 22o.ooo Stahlarbeiter - von der IGM-Führung in den Streik geschickt wurden, wurde angesichts der drei Tage später folgenden Aussperrung nichts getan, den Streik auszuweiten. So konnte die Aussperrung ungehindert durchgeführt werden. 14o.000 Stahlarbeiter warteten vergeblich, daß sie in den Streik treten konnten. Auch eine Ausdehnung der Solidaritätsaktionen auf andere Industriebereiche wird abgelehnt. Immerhin deutete der immer etwas radikaler auftretende IGM-Führer Steinkühler diese Möglichkeit an, wurde aber sofort von seinem Chef Loderer zurück gepfiffen. Loderer: *„Die Auseinandersetzung in der Eisen- und Stahlindustrie werde zwar hart geführt, doch müsse danach wie nach jedem Streik wieder Frieden herrschen"* („Süddeutsche Zeitung", 4.12.).

Angesichts der Entschlossenheit der Unternehmer, keine Arbeitszeitverkürzung zuzulassen, wäre eine Ausweitung des Streiks das einzige Mittel, die Forderungen zu erfüllen. Hier ziehen die Gewerkschaftsführer freiwillig zurück. Es kam was zwangsläufig kommen mußte: die Suche nach einem Kompromiß ohne daß die gewerkschaftlichen Kampfmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Nach nur einer Woche Streik wurde wieder verhandelt, ohne daß es hierfür eine neue Grundlage gab. Zwangsläufig war auch die Einrichtung eines politischen Schlichters und dessen Akzeptierung durch die IGM-Führung. Es ist völlig unwahrscheinlich, daß auf dieser Grundlage etwas anderes herauskommen kann, als ein Kompromiß, der weit unter den Ausgangsforderungen liegt, für die die Stahlarbeiter in der Urabstimmung gesagt haben: Ja zum Streik. Oder welche neuen Faktoren sollen die Unternehmer jetzt veranlaßt haben, von ihrem Standpunkt abzu-
haben, von ihrem Standpunkt abzu-
gehen. Das Anerkennen des politischen Schlichters ist ein erster Akt der Unterwerfung durch die IGM-Führung.

Und der politische Schlichter – SPD-Arbeitsminister Farthmann (NRW) ? Er wird als „Mann der Gewerkschaften" präsentiert - immerhin war er vor seinem Ministeramt im DGB-Bundesvorstand. Derselbe Farthmann verhandelte bereits vor einem Jahr als Schlichter gegen die Stahlarbeiter. Ergebnis: nur 4%Lohn. Er mischte sich in die Tarifverhandlungen des Brauereigewerbes ein und schlichtete. Ergebnis: die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung unterhalb der 4o-Stundenwoche wurde rückgängig gemacht. Und erst kürzlich äußerte er sich gegen eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit (Manager-Magazin, 11/78). Kein gutes Omen also für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen.

Es gibt nur die Alternative: Vollstreik in Nordrhein-Westfalens Stahlindustrie. Sofortige Einleitung von wirksamen Solidaritätsaktionen in anderen Industriebereichen.

Für die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen:
- **5 % mehr Lohn**
- **35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!**



Solidarität mit den Streikenden

Kaum zählbar sind die Solidaritätsbeweise mit den streikenden Stahlarbeitern. Geldspenden und Solidaritätsadressen gehen täglich in den Betrieben und bei der IG Metall ein. Aus der Bevölkerung wird Streikposten und demonstrierenden Arbeitern mit Getränken und kleinen Imbissen geholfen, Gastwirtschaften öffnen eher – selbst an den Tagen, wo sonst geschlossen ist, machen sie auf.

28.11.
Den Streik ausdehnen

In einem Protestbrief an den IGM-Vorsitzenden Loderer fordern die Vertrauensleute des von Aussperrung bedrohten **Hoesch-Werks Union** die sofortige Einbeziehung in den Streik. Unter Hinweis auf einen Brief des Thyssen-Vorstands an seine Kunden fordern die Vertrauensleute: *„Wir wollen keine Streikbrecher sein"*. In dem Vorstandsbrief verspricht Thyssen seinen Kunden, alles zu tun, um die Auslieferung von Bestellungen trotz Aussperrung zu garantieren. Dabei wird auf die *„Zusammenarbeit mit nicht bestreikten Unternehmen"* verwiesen.

Der Vertrauenskörper der **Bremer Klöckner-Hütte** fordert ebenfalls unverzügliche Einbeziehung der Belegschaft in den Streik.

100 Hoesch-Lehrlinge demonstrieren ins betriebliche Streikzentrum, um sich zu informieren. Sie erklären sich mit den Streikenden solidarisch und hängen an die Lehrwerkschaft ein Transparent: *„Wer aussperrt gehört eingesperrt"*.

1.12.

500 Stahlarbeiter der **Maxhütte in Sulzbach** erklären sich in einem eineinhalbstündigen Streik mit ihren Kollegen solidarisch.

Dortmunds Müllwerker solidarisieren sich mit ihren Kollegen, indem sie Protestplakate an ihre Müllabfuhr-Fahrzeuge heften.

2.12.
Über 10 000 demonstrieren gegen Aussperrung

Weit über 6 000 Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrieren am 1.12. zu Arbeitsbeginn gegen die an diesem Tag beginnende Aussperrung beim größten betroffenen Betrieb, der **Oberhausener Thyssen Niederrhein AG**.

In Dortmund demonstrieren am Vormittag über **5 000 Beschäftigte vor der Hoesch-Hauptverwaltung** gegen die Aussperrung. Am Eingangstor befestigen sie ein riesiges Transparent mit zwei geballten Fäusten und der Parole „Wer aussperrt gehört eingesperrt".

Solidarisch handeln **3 000 Beschäftigte der Mannesmann-Röhrenwerke in Mülheim/Ruhr**. Als 6 000 Beschäftigte des Werkes ausgesperrt werden sollten, nur die gut mit Aufträgen bestückten Abteilungen nicht, entschließen sich die restlichen 3 000 fast einstimmig, dies zu durchkreuzen. Sie treten am 1.12. in den Streik.

3.12.
Stahlindustrie – Wegbereiter des Faschismus

Putzfrauen des Huckinger Mannesmann-Werkes sammeln 2 000 DM für die Streikenden.

Vor dem **Hagener Krupp-Werk** erinnern Stahlarbeiter mit einem Transparent an den Streik vor 50 Jahren: *„Die Aussperrung vor 50 Jahren bereitete Hitler den Weg – für wen teert Weisweiler jetzt die Straße ?"*

6.12.

Am 6.12. beteiligen sich 300 Menschen an einer Protestkundgebung des **DGB in Koblenz**.

8.12.

Im Anschluß an die Duisburger Kundgebung der 20 000 streiken die **Bus- und Straßenbahnfahrer** der Stadt für eine Stunde aus Solidarität.

12.12.

In folgenden Großstädten finden Protestkundgebungen der IG Metall statt, zu denen auch der DGB aufruft: **Düsseldorf, Hagen, Essen, Mülheim, Osnabrück, Gelsenkirchen, Köln, Bremen, Dortmund und Bochum.**

Insgesamt finden an diesem Tag 33 Protestkundgebungen statt.

Bravo! Drucker verweigern Hetzanzeige

Die Druckarbeiter von Bremer „Weserkurier" und den „Bremer Nachrichten" übten praktische Solidarität mit den ausgesperrten Stahlarbeitern. Sie verhinderten das Erscheinen einer Anzeige des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie, in der unter der Überschrift *„Solidarität gegen Unvernunft"* gegen die Forderungen der IG-Metall gehetzt wurde. Am 29. 11. erschienen beide Bremer Zeitungen mit einer halben weißen Seite, in der allein der Text zu lesen war: *„Dieser Raum war für eine Anzeige reserviert"*.

Die Setzer der Spätschicht beauftragten den Betriebsrat, die Geschäftsleitung zum Zurückziehen der Anzeige zu veranlassen und den Text verändern zu lassen. Als dies nicht geschah, weigerten sich die Setzer, die Anzeige in die Zeitung zu nehmen. Unter diesem Druck zog die Geschäftsleitung dieAnzeige zurück und ließ den Platz in der Zeitung frei.

Der Vertrauenskörper der beiden Zeitungen wies in einer Erklärung darauf hin, daß bei den Streikaktionen der Drucker die Stahlarbeiter von Klöckner Solidarität mit den Druckarbeitern übten und stellt fest: *„Aktive Solidarität ist unsere wirkungsvollste Waffe gegen die Finanzkraft der Konzernherren von Eisen- und Stahlindustrie"* (UZ, 2.12.).


Anzeigenblatt machte 216000 Mark Verlust

Dieser Raum war für eine Anzeige reserviert

„Weser-Kurier" vom 29. November 1978, Seite 12

Wen wundert's, daß bürgerliche Politiker und Unternehmer das Gejammer von der bedrohten „Pressefreiheit" anstimmten.

KB/Gruppe Bremen

Gewerkschaftliche Tarifpolitik — Quo vadis?

Der mit erheblicher Härte geführte Stahlstreik darf nicht die Augen vor einer weiterhin besorgniserregenden Enwicklung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik verschließen: So ist die ins Zentrum gerückte Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bestenfalls in einem Minischritt denkbar (siehe Stahlartikel) - von der Anlage der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und einer weiteren Verschärfung der Klassenfronten her betrachtet ist sogar realistisch , daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nur langfristig realisierbar ist, es sei denn, der Gewerkschaftsbasis gelingt es, einen Umschwung durchzusetzen (wofür es derzeit keine Anzeichen gibt). Dieses These wird untermauert durch die Entwicklung in anderen Industriebereichen: die IG-Metall-Führung betont, daß es sich um eine *„stahltypische"* Forderung handele und verzichtete freiwillig darauf, für die Metallindustrie weniger Arbeitszeit zu fordern, dort wird über Urlaub verhandelt. „Stahltypisch" heißt: es soll der aussichtslose Nachweis in der von permanentenRationalisierungsentlassungen betroffenen Stahlindustrie angetreten werden, daß kürzere Arbeitszeit mehr Arbeitsplätze schafft, zumindest den Abbau weiterer Arbeitsplätze abbremst.

Weiter: in der Chemieindustrie haben auf dem Sektor der Mineralölwirtschaft Verhandlungen mit der IG Chemie stattgefunden. **Diese war schnell bereit, nicht über Arbeitszeitverkürzung zu reden und schloß sogar einen Tarifvertag ab, der festlegte, daß in den nächsten zwei Jahren in diesem Bereich nicht über Arbeitszeitverkürzung verhandelt wird.**

Die ÖTV-Führung verzichtete von vorneherein auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Allein in der IG Drupa ist damit zu rechnen, daß es vor der nächsten Tarifrunde ernsthafte innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen um diese Frage gehen wird.

Achtung: Reallohnsenkung!

Der harte Stahltarifkampf darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Anpassung an den Kurs der Kapitalisten nach wie vor Trumpf in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist: **die besonders ‚radikale' IG Metall Baden-Württembergs verzichtete wegen des teuren Streiks vom vergangenen Jahr in diesem Jahr (erstmals!) bei Tarifverhandlungen über Leistungszulagen für Zeitlöhner auf eine Forderung! Man wolle prüfen, ob eine schnellere und reibungslosere Einigung so möglich sei, hieß es.**

Doch am bedenklichsten ist die Entwicklung der Lohnpolitik: Die IGM forderte bei Stahl nur 5%, in der übrigen Metallindustrie 6% bzw. 6,5%. Die ÖTV-Führung will 6,5% fordern. Die IG Chemie schloß in der Mineralölindustrie bei 4,5% ab.

Sicherlich: die Verwirklichung der Arbeitszeitverkürzung ist eine wesentliche Forderung. Es hat auch tatsächliche Erfolge in den letzten Jahren bei der Urlaubsverlängerung gegegeben. Aber dabei darf auch der Preis nicht übersehen werden: enorm steigende Arbeitshetze, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit als Folge ständiger Rationalisierung und Sinken des Reallohnes bzw. gleichbleibende Lohnhöhe seit vier Jahren! – ohne daß es eine ernstzunehmende gewerkschaftliche Strategie hiergegen gibt.

Insbesondere in der Lohnpolitik hat es eine qualitativ neue Entwicklung gegeben: **seit 1974 hat es keine wirklichen Lohnsteigerungen gegeben, hier hat eine echte Nivellierung stattgefunden, die der Unternehmerforderung nach Stop in der Lohnpolitik zugunsten von mehr Kapitalexport angepaßt ist.** Qualitativ neu ist diese Entwicklung aus folgendem Grunde: Lohnsenkungen und geringe Lohnerhöhungen hat es vor 1974 immer gegeben. Doch wurden sie immer abgelöst durch zum Teil beachtliche Lohnerhöhungen, die gewerkschaftliche Lohnpolitik war damit weitgehend der Entwicklung der kapitalistischen Konjunktur angepaßt, brachte aber immerhin sogar Steigerungen des Reallohns. **Heute ist die Lohnpolitik nicht einmal mehr der konjunkturellen Entwicklung angepaßt!** (vielleicht erinnert der eine oder andere, daß vor nicht allzu vielen Jahren Lohnforderungen über 10% oder Festgeldbeträge von 200DM keine Seltenheit waren.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Sackgasse in der gewerkschaftlichen Politik zur Arbeitszeitverkürzung ist es dringend notwendig, die gesamte gewerkschaftliche Tarifpolitik zur Diskussion zu stellen!

Zum Problem der Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge
Teil 1 — Zwangseinzugsverfahren bei der IG Metall

Betriebsarbeiter kennen die Erfahrung: an kaum einer Frage erregen sich die Gemüter der Kollegen in Bezug auf Gewerkschaftsarbeit so stark, wie an der Frage der Höhe der Gewerkschaftsbeiträge. Berührt doch die Erhöhung der Beiträge besonders stark auch diejenigen, die ansonsten nur passiv an der Gewerkschaftspolitik mehr oder wohl mehr weniger teilhaben. Wird doch in solchen Situationen offensichtlich, wie groß die Entfremdung der meisten Gewerkschaftsmitglieder gegenüber dieser Organisation und ihrer Arbeit ist, offenbart sich doch, wie wenig Gewerkschaftspolitik heute Basispolitik ist

ganisation und ihrer Arbeit ist, offenbart sich doch, wie wenig Gewerkschaftspolitik heute Basispolitik ist,

wie wenig das einzelne Mitglied sich — vollkommen zu Recht — vertreten sieht. Daß gerade auch die „Passiven" sich in dieser Frage empören, muß natürlich die Gewerkschaftsführer besonders makaber anmuten: baut doch ihre Arbeit auf einer geringen Zahl aktiver, linientreuer Funktionäre und der großen Zahl passiver Mitglieder auf.

Im ersten Teil des Artikels beschäftigen wir uns mit der jüngsten Beitragsentwicklung in der IG Metall und den darauf erfolgenden Auseinandersetzungen. Im zweiten Teil wollen wir mehr Licht in die Verwendung der Gewerkschaftsgelder bringen und die Diskussion um die Frage: wie verhalten wir Linken uns in dieser Frage — müssen wir nicht das Bewußtsein der Notwendigkeit der Arbeit in der Gewerkschaft auch durch Zahlen ausreichender Beiträge propagieren — sollen wir einen Boykott der Beitragserhöhungen befürworten — können wir die Beitragsfrage mit der Forderung nach basisnaher Arbeit und mehr innergewerkschaftlicher Demokratie verbinden? Hierüber hat es im Hamburger Metallplenum Auseinandersetzungen gegeben. Die Genoss(inn)en aus den Betriebs- und Gewerkschaftsbereichen sind aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Massenaustritte?

„Massenaustritt aus der IG Metall" — *„IG Metall verlor 1600 Mitglieder"* — derartige Schlagzeilen häuften sich in den ersten Dezember-Tagen in den norddeutschen Zeitungen. Allein bei VW kehrten über 1000 IGM-Mitglieder, vornehmlich Angestellte, der IG Metall den Rücken und traten zur DAG über, zum Teil auch zu dem völlig bedeutungslosen CDU-Zögling CMV („Christlicher Metallarbeiter-Verband").

Hintergrund dieses spontanen Protests: die IG Metall-Führer schicken sich gerade an, mit äußerst rüden Methoden aus den Gewerkschaftsmitgliedern erheblich mehr Beiträge herauszuholen.

Daß die Wellen des Protests gerade bei VW besonders hoch schlagen, liegt vor allem an der besonders unverfrorenen Vorgehensweise der dortigen IG Metall. Die VW-Belegschaft ist fast zu 100 Prozent organisiert. Nichtmitglieder werden nicht eingestellt. Vor dem Hintergrund dieser de-facto-Zwangsmitgliedschaft glauben die Gewerkschaftsführer offenbar, alle Rücksichtnahmen ablegen zu können; sie vereinbarten mit der Personalabteilung, daß ab 1.1.79 der erhöhte Gewerkschaftsbeitrag direkt vom Lohn abgezogen und an die Gewerkschaftskasse abgeführt wird. Das Einverständnis des Mitglieds hierfür ist in der Vereinbarung nicht vorgesehen, es nützt dem betreffenden Kollegen auch nichts, bei der Personalabteilung zu intervenieren. Denn diese reagiert nur dann, wenn ihr eine Mitteilung der IG Metall vorliegt, daß der Kollege nicht mehr unter das Lohnabzugsverfahren fällt. Nur: damit ist der Betreffende gleichzeitig automatisch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen!

Doch nicht nur bei VW hat die IG Metall Schwierigkeiten mit ihrer Beitragserhöhungskampagne. Die Funktionärszeitung der IGM, „Der Gewerkschafter", berichtete schon in der Ausgabe vom Januar 1978 von unangenehmen Erfahrungen in der Verwaltungsstelle Wilhelmshaven: *„Die Aktion war von langer Hand vorbereitet... Jeder Metaller bekam ein Schreiben mit Rückantwortkarte. Wer*

Aktion war von langer Hand vorbereitet... Jeder Metaller bekam ein

Schreiben mit Rückantwortkarte. Wer keinen satzungsgemäßen Beitrag zahlen wollte, dem wurde der drohende Ausschluß angekündigt... Dramatisch gestaltete sich die erste Phase der Beitragsaktion bei Olympia, mit fast 7000 Beschäftigten und etwa 2300 Organisierten der größte Betrieb der Verwaltungsstelle. Es war die Rede von ‚Mafia-Methoden', der Betriebsrat sah schon einen Scherbenhaufen angerichtet." Über den weiteren Gang der Dinge vermeldet der „Gewerkschafter" nichts Konkretes; vieldeutig ist lediglich von einem *„Erfolg für die Organisation"* die Rede.

Der § 5 der IGM - Satzung

Die Hamburger Ortsverwaltung gehört seit vielen Jahren auf den Gewerkschaftstagen zu den Verfechtern einer harten Linie in der Beitragsfrage. Regelmäßig wurden von Hamburger Delegierten Forderungen gestellt, die entsprechenden Satzungsparagraphen wesentlich zu verschärfen. Doch erst mit den Ergebnissen des letzten Gewerkschaftstages konnte die Hamburger Ortsverwaltung richtig zufrieden sein. In der Neuregelung des Paragraph 5 der Satzung wurde der schon länger auf dem Papier stehende Grundsatz bekräftigt, daß der Beitrag ein Prozent vom Brutto-Verdienst betragen soll.

Gängige Praxis war allerdings seit vielen Jahren, daß das Mitglied beim Gewerkschaftseintritt die Höhe seines Beitrags innerhalb bestimmter Grenzen selbst festlegte; in der Höhe dieses Beitrags kam so natürlich auch zum Ausdruck, welches Ansehen die IGM bei dem betreffenden Kollegen hatte. Damit soll nun endgültig Schluß sein. Der entscheidende Hebel, mit dem die IGM-Führer den „beitrags-unehrlichen" Mitgliedern ans Leder wollen, ist der folgende neu in den Paragraph 5 der Satzung aufgenommene Satz: *„Ist der monatliche Bruttoverdienst der Verwaltungsstelle nicht bekannt, so setzt diese einen Beitrag in Höhe des von ihr geschätzten Bruttoverdienstes des Mitgliedes fest. Der so ermittelte Beitrag ist dem Mitglied mitzuteilen. Er gilt so lange, bis das Mitglied der IG-Metall-Verwaltungsstelle gegenüber seinen tatsächlichen Bruttoverdienst nachgewiesen hat."* Und, um keinerlei Durchschlupf mehr zuzulassen, hat *„die Erhebung der Beiträge nach Ziffer 2 [s.o.] bis spätestens 31. Dezember 1979 zu erfolgen."* Eine weitere wichtige Veränderung, die in der Mitgliedschaft für Konfliktstoff gesorgt hat, betrifft die Kassierungsart: Als Regel wird das Lastschriftverfahren vorgeschrieben. Die IGM-Führer versprechen sich davon den direktesten Zugriff auf die Konten der Kollegen.

Ortsverwaltung Hamburg: Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Daß es nicht leicht sein würde, einen derartigen Frontalangriff auf die Portemonnaies der Mitglieder halbwegs schadlos zu überstehen, war auch der Hamburger Ortsverwaltung klar. Auf einer Sitzung der Vertreterversammlung, auf der sie ihre Marschroute in dieser Sache vorstellte, war zu vernehmen, daß sie mit ca. 4-5000 Austritten (rund 10% des Hamburger Mitgliedsbestands, ohne Rentner und Lehrlinge usw.) rechnet. Sollte die Zahl der Austritte höher liegen, würde dies einen Mißerfolg bedeuten. Diese Enschätzung hielt die Ortsverwaltung jedoch nicht davon ab, sich von der Vertreterversammlung ein Übersoll in der Planerfüllung absegnen zu lassen: in Hamburg soll die Beitragsanhebung schon drei Monate vor Ablauf der von der Satzung gesetzten Frist abgeschlossen sein, Stichtag ist der 1. Oktober 1979.

1 Pfennig von jeder Mark — dieser Beitrag macht uns stark!

1 Was sieht die neue Satzungsregelung vor?

Die zur Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben erforderlichen Mittel werden durch Beiträge aufgebracht, die entsprechend dem monatlichen Bruttoverdienst zu leisten sind.
Jedes Mitglied ist zur satzungsgemäßen Beitragsleistung verpflichtet.
Die Beiträge betragen 1% des monatlichen Bruttoverdienstes. Auszubildende und Studierende leisten einen monatlichen Beitrag von DM 4,-; Arbeitslose, Rentner sowie Kranke ohne Lohn- und Gehaltsfortzahlung von DM 3,-.

Diese Regelungen müssen spätestens ab 1.10.79 ohne Ausnahme eingehalten werden. Diesen Termin hat die Hamburger Vertreterversammlung bestimmt.
Damit wird es ab 1.10.79 eine Gleichstellung unserer Mitglieder geben.
Gleiches Recht für alle heißt auch gleiche Pflichten:
1% vom Bruttomonatsverdienst = der satzungsgerechte Beitrag!

2 Wie erfolgt die Beitragsanpassung?

Stufe 1: Für Mitglieder, die bisher weniger als DM 15,- zahlen, wird ab Januar 79 der Monatsbeitrag auf mindestens DM 16,- festgelegt. Nur bei geringerem Bruttomonatsverdienst als DM 1600,- gibt es noch niedrigere Beiträge.
Stufe 2: Ab 1.10.79 gibt es keine Ausnahmen mehr. Für die Mitgliedschaft in der IG Metall sind 1% des Bruttomonatsverdienstes zu entrichten.

Allen Mitgliedern, die noch nicht den satzungsgerechten Beitrag entrichten, schlagen wir eine Anpassung in zwei Stufen vor.
Bewußt haben daher unser Gewerkschaftstag und unsere Hamburger Vertreterversammlung einen längeren Zeitraum — bis 30.9.79 — festgelegt.

3 Wie sieht die Beitragsstaffel aus?

Ab sofort gibt es Beitragsstufen in Abständen von **einer** Mark, also z.B. DM 16,–, 17,–, 18,–, 19,–, 20,–, 21,– usw.
Auch diese Regelung schafft im Zusammenhang mit den neuen Bedingungen mehr Gerechtigkeit!

Selbstverständlich empfehlen wir unseren Mitgliedern, den satzungsgerechten Beitrag bereits ab 1.1.79 zu zahlen. So schreibt es unsere Satzung bereits seit Jahrzehnten vor. Sich daran zu erinnern erleichtert sicherlich jetzt die erforderliche Anpassung.
Wer den entscheidenden Schritt ab 1.1.79 vollziehen will, kann dies in seiner Rückantwort entsprechend ankreuzen!

4 Wie wird der Beitrag künftig entrichtet?

Auch dafür gibt es eine Neuregelung. Ab 1.10.79 gibt es grundsätzlich nur noch das Bankeinzugsverfahren (Lastschrift). In bestimmten Betrieben bleibt es bei der Einzugsmethode vom Lohn bzw. Gehalt.

Also auch hier den Termin 1.10.79 beachten!

Schon heute haben fast alle Kolleginnen und Kollegen ein Konto bei ihrer Sparkasse, Bank oder Post.
Es hilft jedem selbst, wenn mit dem problemlosen Abbuchungsverfahren in Zukunft jede Verzögerung vermieden wird.
Künftig kann auch jährlich, halb- oder vierteljährlich abgebucht werden!

5 Was muß ich tun?

In jedem Fall das beigefügte Antwortschreiben sorgfältig ausfüllen und per Post, über den Vertrauensmann, die Vertrauensfrau oder den Betriebsrat zurücksenden.
Letzter Termin: 31.12.78

Die IG Metall braucht von jedem Mitglied die aktuellen Angaben!

Alle Mitglieder, ob sie bereits den satzungsgerechten Beitrag zahlen oder noch etwas darunter liegen, werden in Zukunft über jede Beitragsveränderung direkt informiert.
Ihre Angaben verhindern Fehleinschätzungen der Beitragshöhe.

Hamburgs Metaller sollen in zwei Phasen gebeutelt werden. Seit Mitte November flattern der Mehrheit der Kollegen Briefe der Verwaltungsstelle ins Haus, in denen ihnen die Beitragserhöhung folgendermaßen mitgeteilt wird: *„Stufe 1: Für Mitglieder, die bisher weniger als DM 15,- zahlen, wird ab Januar 79 der Monatsbeitrag auf mindestens DM 16,- festgelegt. Nur bei geringeren Bruttomonatsverdienst als DM 1600,- gibt es noch niedrigere Beträge.*
Stufe 2: Ab 1.10.79 gibt es keine Ausnahmen mehr. Für die Mitgliedschaft in der IG Metall sind 1% des Bruttomonatsverdienstes zu entrichten."

Diesem frechen Brief, der unter Hamburgs Metallern große Empörung auslöste, war ein Formular beigefügt, das vom Mitglied ausgefüllt und an die IGM zurückgesandt werden sollte (siehe Faksimile). Und dieses Formular hat es wirklch in sich! Dasjenige Mitglied, das dieses Formular vollständig ausfüllt und unterschreibt, erkennt nicht nur die schon erläuterten „1 Prozent" an, sondern gibt gleichzeitig grünes Licht für das Lastschriftverfahren. Ein weiterer Knüller ist mit Sicherheit vielen Kollegen bisher entgangen: mit der Unterschrift unterwirft sich das Mitglied automatisch dem von den Gewerkschaftsführern angestrebten sogenannten „dynamischen Beitrag", d.h. bei jeder Lohnerhöhung — und das hieß in den letzten Jahren: Reallohnminderung! — steigt automatisch der Gewerkschaftsbeitrag. Denn ohne den geringsten Hinweis auf diese weitreichende Veränderung findet sich in dem Formular der folgenschwere Satz: *„Ich bitte die IG Metall, den jeweils von mir nach Paragraph 5 der Satzung zu entrichtenden Beitrag bis auf Widerruf von meinem Konto abbuchen zu lassen."* Nur sehr aufmerksame Leser stolpern über das kleine Wörtchen „jeweils", das den IGM-Führern auch in Zukunft die Möglichkeit sichert, dem Mitglied ohne weiteres Nachfragen jedes Jahr den Beitrag zu erhöhen, bis auf Widerruf. Und Widerruf heißt, wie das Beispiel VW schon zeigt, Gewerkschaftsausschluß! Ganz offensichtlich liegt nach Einschätzung der IGM-Strategen in den Stufen 1 und 2 schon soviel Sprengstoff, daß sie es vorzogen, die „Stufe 3", nämlich die „Dynamisierung der Beiträge", klammheimlich, in der Manier eines miesen Geschäftemachers, sozusagen im „Kleingedruckten", durchzuziehen.

„Es ist klar, daß diese Beitragsleistung nicht „angeordnet" werden kann, sondern daß wir die Mitglieder ü b e r z e u g e n müssen, daß die richtige Beitragsleistung für sie selbst nützlich und für die Gewerkschaft notwendig ist." Diese „schönen Worte" fanden wir in einer Vierfarb-Hochglanz-Broschüre der IGM, sie stammen vom Hauptkassierer und Vorstandsmitglied Norbert Fischer. Wie diese „Überzeugungsarbeit" in der Praxis aussieht, zeigt das Vorgehen der Hamburger Ortsverwaltung: Nötigung und Hinterlist (s. o.)!

Angesichts dieser Praktiken nimmt es nicht Wunder, daß den IGM-Führern momentan eine Empörung entgegenschlägt, wie sie in den vergangenen Jahren an kaum einer anderen Frage gewerkschaftlicher Politik vorhanden war. So kam es während der vorletzten Vertreterversammlung, wo

handen war. So kam es während der vorletzten Vertreterversammlung, wo

normalerweise eine muffige Atmosphäre gegenseitigen Schulterklopfens unter alten „Parteigenossen" herrscht, zu fast tumultartigen Auseinandersetzungen zwischen der Ortsverwaltung und Vertretern des Handwerksbereichs. Ganz besonders erregt reagierten die Handwerks-Vertreter auf den Zwang zum Bankabrufverfahren; sehr viele im Handwerk beschäftigte Kollegen erhalten ihren Wochenlohn noch in der Lohntüte und haben gar kein Konto — jetzt sollen sie eins einrichten, damit ihnen von dort ein erhöhter Gewerkschaftsbeitrag abgebucht werden kann! Dummfreche Antwort von Hamburgs Hauptkassierer Otto Mohr: die Kollegen brauchen für die spätere Rente doch sowieso ein Konto... Als die Handwerker auch noch erfuhren, daß ihre Betriebe zukünftig von einem Sekretär betreut werden, den sie absolut nicht haben wollten, fiel sogar das Stichwort von der „Handwerker-Gewerkschaft"; wenn es eine Alternative gäbe, würde man sofort abhauen...

Nicht eben Erfolge waren es, die der Hamburger Bevollmächtigte Müllner am 6.12. auf der „Info-Tagung BR-Vorsitzende" zu vermelden hatte. Bis zum 1.12., kaum zwei Wochen nach Verschickung der ersten Briefe an die Mitglieder, hatten bereits 146 Metaller ihren Austritt erklärt. Täglich gingen 30 bis 40 Austrittserklärungen ein, zum Teil mit schriftlichen Begründungen (auf die er allerdings nicht inhaltlich einging). Dagegen seien erst sehr wenig Antwort-Formulare bei der Ortsverwaltung eingegangen. Angesichts derartiger Ergebnisse verzögert sich die Durchsetzung der Stufe 1, die ursprünglich ab 1. Januar gewährleistet sein sollte, um vier bis sechs Wochen. Zudem ist der Frankfurter Zentralcomputer der IGM zwischenzeitlich zusammengebrochen. Deshalb können die EDV-Listen für die Betriebe, nach denen die „säumigen" Kollegen gezielt angesprochen werden, erst im Februar ausgeteilt werden. Für Ende Dezember kündigte Müllner eine Auswertung der bis dahin vorliegenden Antworten an, auf deren Grundlage dann entschieden werden soll, wie weiter zu verfahren sei.

Besonderes Haß-Objekt für die IGM-Führer ist momentan die DAG. Bittere Klagen wurden geführt über den NDR und die Presse, die die Meldungen über die Massenaus- bzw. -übertritte veröffentlicht hatten. In einem auf der Sitzung verteilten Flugblatt hieß es, die DAG kaufe jetzt Mitglieder zu Dumping-Preisen...

Auch der Vorschlag von Otto Mohr, er wolle sich beim Vorstand dafür einsetzen, daß ausgetretene Metaller noch nach zwei Monaten unter Nachzahlung der Beiträge wieder eintreten können, gibt einen Hinweis darauf, daß die IGM-Führer mit ihrer Beitragskampagne mehr Schwierigkeiten haben als ursprünglich erwartet.

Metallkomitee

Stahlarbeiteraussperrung vor 50 Jahren: Monopolkapital beschleunigte die Faschisierung

Vereinzelt sind in der Presse, besonders in der Gewerkschaftspresse der IG Metall, Hinweise auf die Klassenkämpfe in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets vor 50 Jahren aufgetaucht. Fälschlicherweise werden der aktuelle Streik und die Aussperrung in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie als der erste Arbeitskampf seit 50 Jahren in diesem Bereich ausgegeben. Richtig ist, daß es der erste Streik ist, der auf Initiative der Gewerkschaftsführung begonnen hat. Erinnert sei aber daran, daß im September 1969 71.800 in 22 Betrieben „wild", daß heißt ohne Billigung ihrer Gewerkschaftsleitungen streikten. Im Jahre 1973 beteiligten sich ebenfalls tausende Arbeiter aus den Stahlbetrieben an den „wilden" Streiks für mehr Lohn.

In der Darstellung der Klassenauseinandersetzung von 1928 wird in der Presse der IG Metall Geschichtsfälschung betrieben. Verschwiegen wird, daß der Kurs einer beschleunigten Faschisierung des Großkapitals im Bereich der Tarifauseinandersetzungen und der Sozialpolitik seine Abstützung bei der damaligen Reichsregierung, einer großen Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Nationalliberalen, fand. Verschwiegen und beschönigt wird, daß die Führungen der Gewerkschaften 1928 dem scharfen Kurs des Monopolkapitals allein ihr Konzept der „Demokratisierung der Wirtschaft" entgegenzusetzen hatten. Dieses Konzept führte dazu, daß die Werktätigen zunehmend schutzlos gegenüber den Massenentlassungen, Abbau der Löhne und Sozialleistungen sowie Verlängerung der Arbeitszeit dastanden.

Die Stahlauseinandersetzungen 1928 sind lehrreich im Hinblick auf die Brutalität, mit der die „Sozialpartner" Unternehmer ihre Profitziele verfolgen. Die damals brutal angewandte Methode der Aussperrung erweist sich damals wie heute als ein wesentliches Mittel, diese Ziele zu verwirklichen. Die Gewerkschaftspolitik 1928 versagte gegenüber der Unternehmeroffensive. Es handelt sich also nicht nur um einen historischen Rückblick, sondern auch um aktuelles Anschauungsmaterial, Ziele und Kampfformen der heutigen Gewerkschaftspolitik zu diskutieren.

220.000 Stahlarbeiter ausgesperrt

Die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie an Rhein und Ruhr im Oktober/November 1928 fanden am Ende des Wirtschaftsaufschwungs 1927/28 und vor Beginn der großen Krise (Weltwirtschaftskrise) statt, deren Zeichen sich unübersehbar ankündigten.

In den Betrieben hatten Diskussionen stattgefunden, eine kräftige Lohnerhöhung und eine Wiedereinführung des Achtstundentages (die Arbeitszeit lag weit über 50 Stunden/Woche) zu fordern. Unter diesem Druck stellten die 3 betroffenen Gewerkschaften einheitlich die Forderung nach 15 Pfennig/Stunde mehr Lohn und der Arbeitszeitverkürzung auf. Die Gewerkschaftsleitungen orientierten von Anfang an darauf, eine Einigung in Schlichtungsverhandlungen zu erreichen. Das heißt: die Höhe der Forderung war nicht Ausdruck der Bereitschaft, dem Wollen der Kollegen in den Betrieben Rechnung zu tragen, sondern allein taktisches Nachgeben auf den Basisdruck. So wurde auch gar nicht ernsthaft ein Streik vorbereitet.

Anders die Unternehmer. Die Stahlindustriellen unter Führung von Vögler (Vereinigte Stahlwerke, später Mitglied im Freundeskreis der NSDAP), Springorum (Hoesch) und NSDAP-Anhänger Thyssen bereiteten die Niederlage der Stahlarbeiter vor. Bereits vor Beginn der Schlichtungsverhandlungen, am 23.10.28, kündigten sie 220.000 Stahlarbeitern mit Wirkung vom 1.11.28.

Am 31.10.28 erklärte der SPD-Arbeitsminister Wissell den Schiedsspruch für verbindlich:

- Lohnerhöhungen für die meisten Arbeiter von zwei Pfennig bis zu höchstens 6 Pfennig,
- keine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Gewerkschaftsleitungen stimmten diesem völlig unzureichenden Spruch zu, die Unternehmer lehnten ab, obwohl das Schlichtungsrecht dies gar nicht vorsah (letzte Instanz der Schlichtungsordnung war die staatliche Verbindlichkeitserklärung). Stattdessen wurden am 1. November die 220.000 Stahlarbeiter ausgesperrt. Zusätzlich wurde in der ganzen deutschen Stahlindustrie eine Einzelaussperrung über die Ruhrarbeiter verhängt, damit diese auch nicht woanders einen Arbeitsplatz finden.



Versammlung ausgesperrter Stahlarbeiter im November 1928 in Essen

Versammlung ausgesperrter Stahlarbeiter im November 1928 in Essen

Selbst in dieser Situation trafen die Gewerkschaftsleitungen keinerlei Kampfvorbereitungen. Stattdessen wurde alles Vertrauen auf den Staat, die Regierung der großen Koalition, orientiert. Führer des „Deutschen Metallarbeiterverbands" (DMV, dessen Nachfolger die IG Metall ist) verwiesen immer wieder darauf, daß Regierungsmitglieder wie Wissell und Severing dem DMV entstammten (heute favorisieren IGM-Führer Arbeitsminister Farthmann in Nordrhein-Westfalen als ‚Schlichter', Farthmann ist ehemaliges DGB-Vorstandsmitglied).

Eine Klage vor dem Reichsgericht sollte die Unternehmer zwingen, den Schiedsspruch anzunehmen. Doch das Gericht hob den Schiedsspruch auf. SPD-Innenminister Severing wurde in Übereinstimmung von Unternehmern und Gewerkschaftsführern als ‚Sonderschlichter' eingesetzt. Beide erbrachten Vorleistungen:

- die Gewerkschaftsführungen akzeptierten im voraus den zu erwartenden Schlichtungsspruch,
- die Unternehmer hoben die Aussperrung auf.

Am 21.12.28 verkündete Severing das Schlichtungsergebnis:

- die Lohnerhöhungen lagen unter den 2 - 6 Pfennig des ersten Spruchs. Viele Arbeiter erhielten überhaupt keinen Pfennig mehr,
- Arbeitszeitverkürzungen betrafen nur wenige, die Arbeitszeit lag immer noch zwischen 52 und 57 Stunden in der Woche,
- die Laufzeit des Abschlusses: 21 Monate bis August 1930.

Das Ergebnis war eine Niederlage der Arbeiter, die Unternehmer hatten sich fast vollständig durchgesetzt.



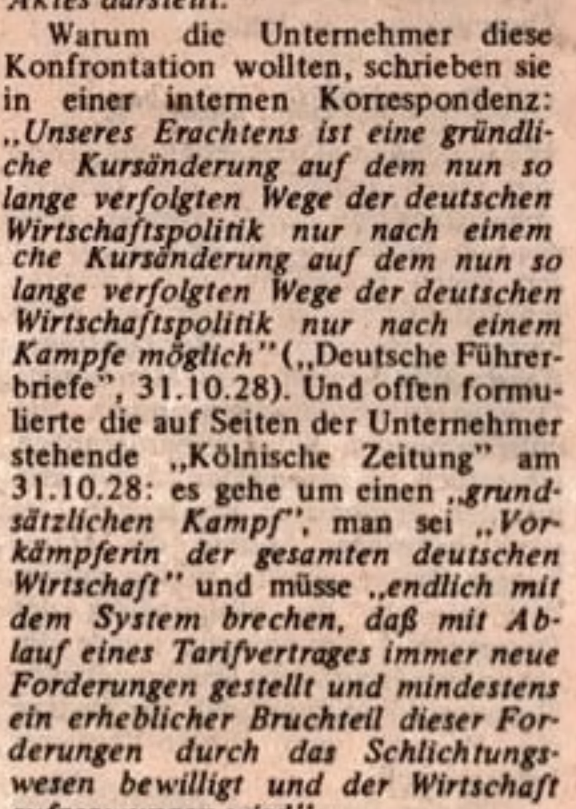
Die wahren Herrscher im Faschismus: Stahlindustrieller Krupp (rechts) begrüßt seinen Ehrengast Hitler bei einem Stapellauf

Kurs auf volllständige Entrechtung der Arbeiterklasse

In den Reihen der auch in den Kapitalistenverbänden führenden Stahlunternehmer sammelten sich viele Anhänger des Nationalsozialismus, den sie später als geeignet sahen, ihre Herrschaft der brutalen Unterdrükkung der Werktätigen und ihrer vollständigen Rechtslosigkeit zu errichten. Der Streik von 1928 hatte für sie entscheidende Bedeutung, im Angesicht der bevorstehenden weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten diesen Prozeß zu verschärfen.

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg hatte die Politik der partnerschaftlichen Zusammenarbeit überwogen, die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft" zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und Regierung wurde eingerichtet. Erfolge: es gelang die Klassenkämpfe nach dem ersten Weltkrieg zu drosseln und einen neuen Wirtschaftsaufschwung einzuleiten. Helfer bei dieser Entwicklung: die SPD und die sozialdemokratischen Führungen der großen Gewerkschaften. Ergebnis für die Arbeiter waren eine Vielzahl gesetzlicher und tariflicher Regelungen der Arbeitskämpfe mit dem Effekt, daß die Kampfaktionen kontinuierlich abnahmen. 1928 war ein Wendepunkt: die krisenhafte Zuspitzung und die Vorbereitung auf einen neuen Krieg zur Aufteilung der Welt machten die Ergebnisse reformistischer Politik zu Fesseln für die gewünschte Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Die Unternehmer waren bereit, ihre eigenen Gesetze zu brechen: die in den Jahren zuvor nützliche ‚Schlichtung' wurde einfach mißachtet. Angesichts der weit verbreiteten Empörung über dieses Vorgehen, schrieb selbst die bürgerliche „Frankfurter Zeitung": *„Es ist mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die Sabotage eines verbindlichen Schiedsspruchs durch Stillegung sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen eine staatliche Einrichtung, also gegen den Staat richtet und daher eine Art revolutionären Aktes darstellt."*

Warum die Unternehmer diese Konfrontation wollten, schrieben sie in einer internen Korrespondenz: *„Unseres Erachtens ist eine gründliche Kursänderung auf dem nun so lange verfolgten Wege der deutschen Wirtschaftspolitik nur nach einem*
che Kursänderung auf dem nun so lange verfolgten Wege der deutschen Wirtschaftspolitik nur nach einem
Kampfe möglich" („Deutsche Führerbriefe", 31.10.28). Und offen formulierte die auf Seiten der Unternehmer stehende „Kölnische Zeitung" am 31.10.28: es gehe um einen *„grundsätzlichen Kampf"*, man sei *„Vorkämpferin der gesamten deutschen Wirtschaft"* und müsse *„endlich mit dem System brechen, daß mit Ablauf eines Tarifvertrages immer neue Forderungen gestellt und mindestens ein erheblicher Bruchteil dieser Forderungen durch das Schlichtungswesen bewilligt und der Wirtschaft aufgezwungen wird"*.



'Der Rote Stern" karikiert 1928 den „Dreierbund" aus Kapital, Regierung (Müller) und ADGB-Führung (Leipart).

Noch deutlicher wurde Hoesch-Generaldirektor Springorum in der Novemberausgabe der Werkszeitung „Hütte und Schacht": *„Die Aussperrung war für die Eisenindustrie das letzte Mittel. Sie muß verstanden werden unter dem Gesichtspunkt der letzten Jahre. Seit der Mark-Stabilisierung sind einfach bei jedem Tarifablauf Kündigungen ausgesprochen und Lohnerhöhungen durchgesetzt worden. Als bei der letzten Tarifkündigung und bei den anschließenden Lohnverhandlungen diese gleiche Taktik wieder angewandt wurde, mußten wir uns ernstlich die Frage vorlegen, wohin solche wirtschaftlichen Irrwege auf die Dauer führen müßten, wenn nicht endlich einmal von einer Schlüsselindustrie ein energisches Halt geboten wird... Fragen der Taktik, der arbeitsrechtlichen Lage usw. sind völlig nebensächlich im Vergleich zu dem Ziel, auf das wir losgehen, weil wir müssen."*

Faschismus kommt nicht über Nacht: in diesem Streik wurden elementare Rechte der Tarifpolitik angegriffen und zum Teil außer Kraft gesetzt. Es folgte der permanente Abbau der Löhne und der Sozialleistungen, es folgte 1933 die Abschaffung der Gewerkschaften, die totale Rechtlosigkeit in den Betrieben.

„Ruhiges Aushalten und besonnenes Verhandeln"

Die Gewerkschaftsführer setzten nach wie vor auf die Instrumente der „Sozialpartnerschaft": ein Streik wurde nicht vorbereitet, auch nicht als längst klar war, daß die Aussperrung kommt. Forderungen der zentralen Kampfleitung der Ausgesperrten nach Ausdehnung des Kampfes auf andere Industriebereiche und Anstreben eines Generalstreiks in Nordrhein-Westfalen wurden strikt abgelehnt, die Entwicklung einer Solidaritätsbewegung verhindert. Die Schlichtungssprüche wurden sofort angenommen, obwohl sie weit unter den Forderungen lagen, bedingungslos ordnete man sich dem sozialdemokratischen ‚Schlichter' Severing unter. Symptomatisch für dieses Vorgehen ist die Begründung, die „kritisch" verpackt wurde: *„Die von der Regierung jetzt unternommene Verständigungsaktion kann als eine Unterstützung des Rechts nicht anerkannt werden... Weil aber der DMV dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsinnenminister Severing, mit größtem Vertrauen gegenübersteht, sieht er sich außerstande, die Vermittlungsaktion abzulehnen."* Im Gegenteil, man stimmte ohne Bedingungen vorher dem Schlichtungsspruch zu!
nen. Im Gegenteil, man stimmte ohne Bedingungen vorher dem Schlichtungsspruch zu!

Der Widerstand der Gewerkschaftsleitungen erschöpfte sich weitgehend im Jammern über Rechtsbrüche der Unternehmer: *„Die Aussperrung ist von den Unternehmern unter absichtlicher Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen worden; ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung; ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft"* (diese Töne ähneln stark dem ohnmächtigen Gejammer über die angebliche „Verfassungswidrigkeit" der Aussperrung heute). An Taten passierte nichts, stattdessen verteidigte die DMV-Zeitung „Gewerkschaftszeitung" am 1.12.28 die Inaktivität damit, daß es keinen Grund gebe, *„von der Linie ihrer Taktik des ruhigen Aushaltens und besonnenen Verhandelns abzuweichen"*.

Es gehört zu den Geschichtsfälschungen der heutigen Sozialdemokratie, wenn beispielsweise die IGM-Zeitung „Metall" vom 24.11.78 in ihrem Rückblick auf 1928 feststellt, die Klassenfront verlief zwischen Unternehmern einerseits und Regierung und Gewerkschaften andererseits, während die Regierung der großen Koalition in allen entscheidenden Fragen den Unternehmern entgegenkam. So wird natürlich auch die Tatsache unterschlagen, daß der „Sonderschlichter" Severing, ein „Mann der Gewerkschaft", vom Stahlindustriellen Vögler zu diesem Schlichtungsunternehmen veranlaßt wurde.

Aus der Mitveranwortung für die dann folgende vollständige Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung können sich SPD und Gewerkschaftsführung nicht davonschleichen.

Literatur:
David, Der Bankrott des Reformismus
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, DDR, Band 4
Lehndorff, Wie kam es zur RGO ?
Merker, Von Weimar zu Hitler
Ruge, Deutschland 1917 - 1933
75 Jahre Industriegewerkschaft, Hrsg. IG Metall
„Metall" Nr. 24, 24.11.78
„Der Gewerkschafter" Nr. 11, November 1978

Schulte & Bruns – wie eine Werft planmäßig kaputt gemacht wird



Transparent mit Kampfparole am Eingang der Werft

Transparent mit Kampfparole am Eingang der Werft

Für die 150 Kollegen der im Konkurs befindlichen Werft Schulte & Bruns in Emden scheint endgültig Feierabend zu sein. Die niedersächische Landesregierung hat es abgelehnt, eine weitere Bürgschaft über 20 Millionen DM zu übernehmen, da der Auftraggeber angeblich zu „unseriös" sei.

Das ist umso verwunderlicher, weil die Landesregierung schon zweimal Bürgschaften bei ähnlichen Schiffbauten für die Werft übernommen hatte und diese Aufträge *„mit Gewinn abgeliefert"* wurden. (Emder Zeitung, 1.12.78). Und auch diesmal zeichnete sich gleiches ab: ein Neubauauftrag für ein Serienschiff lag vor – für das geplante Schiff gibt es heute schon Charteraufträge – die Schulte & Bruns Werft hat die entsprechenden Konstruktionspläne und von daher könnte eigentlich *„keine andere Werft zu dem Preis bauen"* (EZ, 1.12.).

Daß für die Landesregierung kein Risiko besteht, stellte sogar der Konkursverwalter klar. In einer Pressemitteilung kritisierte er die Entscheidung der Landesregierung und wies darauf hin, daß die *„beantragten Landeshilfen ... mit den vorangegangenen im wesentlichen identisch sind"* (EZ, 30.11.).

Von „Unseriösität" kann also nicht die Rede sein. Vielmehr geht es darum, daß die Landesregierung, auf Intervention der Industrie- und Handelskammer und einiger Werftkapitalisten, ein lästiges Konkurrenzunternehmen ausschalten will. Immerhin hat Schulte & Bruns im Vergleich zu anderen Emder Werften die beste technische Ausstattung im Hinblick auf Schwimmdocks, Hellingen und Ausrüstungspiers. Aber mit der Vernichtung der Werft würde das letzte Stück Hafengelände freigemacht, das noch nicht durch die bundeseigene VEBA kontrolliert wird, und die Rhenus-WTAG könnte so auf billige Weise auch noch diese Werft kassieren.

Am Beispiel von Schulte & Bruns wird deutlich, daß das ganze Gerede von der „Werfthilfe" und den „Subventionen zur Sicherung der Arbeitsplätze" nichts anderes als Augenwischerei ist. Die Subventionen werden vielmehr gezielt zur Vernichtung der Arbeitsplätze eingesetzt. Die „Ostfriesen-Zeitung" nimmt da auch kein Blatt vor den Mund: *„Für die bewährte Mannschaft der S&B Werft ist es bitter, aber in der derzeitigen Lage gilt es, mit allen Kräften der Politik und der Wirtschaft leistungsfähige Unternehmen im Schiffbau am Leben zu erhalten. Jede andere Entscheidung wäre weggeworfenes Geld."* (ÖZ, 18.11.).
Zynischer geht es nicht mehr.

Die IG-Metall-Führer haben sich mit der Stillegung von Schulte & Bruns abgefunden. IGM-Bezirksleiter Otto vom Steeg und der 1. Bevollmächtigte in Emden, Wiltfang, konnten sich lediglich zu einem Brief an die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel (CDU) durchringen, in dem sie die Entscheidung der Landesregierung als „unverständlich" bezeichnen und höflich um eine Überprüfung des Beschlusses bitten ...

KB/Gruppe Emden

Frauen im DGB aufs Abstellgleis? Nein danke!

Für den 2.12. hatte der DGB zu einer Demonstration unter dem Motto „Wir Frauen fordern Recht auf Arbeit" aufgerufen. Die Demonstration fand in Neumünster statt mit der Begründung, daß dort die Frauen der Textilindustrie von Rationalisierungen z. Zt. besonders stark betroffen sind. Diese Arbeitsplatzvernichtung und die sich daraus ergebende Situation der Frauen in Neumünster wurde jedoch auf der Abschlußkundgebung mit keinem Wort erwähnt. Die beteiligten Frauen – nach unseren Schätzungen waren es ca. 300, davon ca. 100 aus Hamburg – hatten sich große Mühe gegeben und waren mit vielen bunten Transparenten gekommen, um an einem 20 Minuten kurzen Spaziergang durch unbelebte Straßen teilnehmen zu müssen. Hauptparolen waren
– *Arbeitsplätze sind jetzt knapp, drum schiebt man erst die Frauen ab.*
und die bekannten
– *Arbeitsplätze her, Lehrstellen her, sonst geben wir keine Ruhe mehr.*
– *Brechen wir den alten Bann, gleiches Recht für Frau und Mann.*

Auf einem abgelegenen Parkplatz fand die Abschlußkundgebung statt, auf der Inge-Lotte Richter, Vorsitzende des DGB-Landesfrauenausschusses betonte, daß „auch Frauen ein Recht auf Arbeit" haben und eine Stader Personalrätin sich gegen die Unterbezahlung der Frauen aussprach.

Die Info-Tische boten eine Anzahl von Material, auch speziell zur Situation der Frauen in Betrieben. Daß jedoch die Praxis des DGB ganz anders aussieht, wenn es um Rechte von Frauen geht, hat diese Aktion mal wieder deutlich gezeigt; darüber kann auch das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB für Arbeitnehmerinnen nicht hinwegtäuschen. Einerseits werden ständig verbale Forderungen nach Chancengleichheit, besserer Aus- und Weiterbildung, gleichem Lohn für gleiche Arbeit aufgestellt; andererseits mobilisiert der DGB zu einer beschlossenen Demonstration nicht einmal mit Verteilung von Aufrufflugblätter. Flatterten uns in der Woche vor dem 2.12. die inzwischen allerseits bekannten Schreiben zur IGM-„Aktion satzungsgemäßer Beitrag" auch ins Haus, so erhielten die Mitglieder keinen Aufruf zur Demonstration gegen Frauenarbeitslosigkeit. Betriebsräte waren nicht informiert, und in den Gewerkschaftszeitungen war keine Ankündigung der geplanten Aktion zu finden. Wenn frau hier nicht von Boykott sprechen kann ...

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß auf der Gutehoffnungshütte

Bei den Betriebsrätewahlen auf der Obenhausener Gutehoffnungshütte im Frühjahr dieses Jahres hatten drei Kollegen auf einer Liste 3 gegen die vorherrschende Betriebsratspolitik der IGM-Betriebsräte kandidiert. Sie erhielten 27% der Stimmen und kamen alle drei in den Betriebsrat. Mittlerweile sind die Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen die drei abgeschlossen:
– 1 Ausschluß aus der IGM
– 2 auf zwei Jahre befristete Ausschlüsse

Nachfolgend zitieren wir aus einer Erklärung des ausgeschlossenen Betriebsrats Karl L.:
„Am 27.6. hat die Untersuchungskommission mit 3 gegen 2 meinen Ausschluß gefordert. Sie behauptet damit, daß die 3 Kollegen, die auf der Liste kandidiert haben, gegen die Interessen der Gewerkschaft gehandelt haben. Die Ortsverwaltung hat sich am 29.6. in Bezug auf meine Person der Auffassung der Mehrheit der Untersuchungskommission angeschlossen und für die Kollegen N. und K. einen auf zwei Jahre befristeten Ausschluß gefordert. Die Kollegen von der GHH wissen, daß die Kandidaten von der Liste 3 keine linksradikalen Gegner der IGM sind, sondern daß sie sich politisch an der SPD orientieren bzw. in der SPD aktiv sind. Die Kollegen der GHH kennen die Hintergründe, die zur Bildung der Liste 3 geführt haben. Sie wissen, daß wir jederzeit bereit waren, unsere Kandidatur zurückzuziehen, wenn der Wille der Mitglieder, der bei der Aufstellung der IGM-Liste einfach übergangen wurde, tatsächlich berücksichtigt worden wäre. Sie können am besten beurteilen, ob wir gewerkschaftsschädigend gehandelt haben. Ich meine, daß diejenigen der Gewerkschaft geschadet haben, die vor den Betriebsratswahlen den Kollegen vor den Kopf geschlagen haben, indem sie über ihren Willen hinweg gegangen sind. Sie schaden jetzt der Gewerkschaft, wenn sie bewußt in Kauf nehmen, daß hunderte von Kollegen keinen Sinn mehr in der Gewerkschaftsarbeit sehen".

Der Brief endet mit einem Appell, nicht aus der Gewerkschaft auszutreten und der Forderung, daß IGM-Vorstand und Ortsvorstand sich auf einer Mitgliederversammlung der Diskussion stellen sollen.

(aus: Rundbrief des Büro für Betriebsfragen, 11.11.78).

Bayerisches AEG-Werk macht dicht

Bayerisches AEG-Werk macht dicht

Am 1.12. fand in Uffenheim eine Demonstration mit anschließender Protestkundgebung gegen die geplante Schließung des AEG-Werks statt.

Dem vorausgegangen war eine monatelange Hinhaltetaktik gegenüber den Beschäftigten. So waren vor etlichen Monaten schon Gerüchte über eine drohende Schließung oder zumindest Personalabbau aufgetaucht. Dem wurde, um die Belegschaft zu beruhigen, entgegengehalten, daß das Werk doch erst zehn Jahre alt sei, die AEG vor zwei Jahren erst zusätzliches Gelände für eine Erweiterung erworben habe usw. Diese Taktik scheint auch erst einmal recht gut gelungen zu sein. So meinte der Uffenheimer Bürgermeister, man könne doch nicht *„einer Belegschaft den Stuhl vor die Tür setzen, die sich mit ihrem Werk nahezu identifiziert."* Um eventuellen Protest gleich noch in eine andere Richtung zu lenken, wurde zudem behauptet: *„Der Absatz der Geräte stocke nur, weil die Elektrizitätswerke nicht genügend Anschlüsse für solche Heizungen genehmigen. Und das wiederum sei die Folge davon, daß Kernkraft-Gegner durch Prozessieren und Demonstrieren geplante oder bereits in Bau befindliche Projekte verzögerten oder blockierten, deswegen stehe nicht genügend zur Verfügung."* Der Stadtrat bezeichnete *„jede nachteilige Veränderung beim AEG-Werk als strukturpolitischen K.O.-Schlag für die Stadt"* und appellierte an die AEG-Oberen, *„aufgebautes Vertrauen nicht zu zerstören."* Er erinnerte dabei gleich an die umfangreichen Vorleistungen für die AEG-Ansiedlung, die den Haushalt der Stadt und letztlich auch die Bürger noch auf Jahre hinaus belasten werden. Für die AEG habe man zum Beispiel Grundstücke teuer gekauft und billig abgegeben. Man habe für das AEG-Werk Straßenbau- und Erschließungsmaßnahmen im Vertrauen darauf finanziert, daß damit verbundene Schulden über Steuern und Gebühren wieder hereinkommen. Fazit der Stadträte: *„Eine Schließung des Werks wäre eine schlechte Quittung für so umfangreiche Vorleistungen."* Den Beschäftigten jedenfalls wurde nichts Eindeutiges gesagt, standen doch Landtagswahlen in Bayern vor der Tür. So wurde auch erst Ende November bekannt, daß das Werk bis spätestens Mitte 1980 stillgelegt wird. Die Hälfte der 330 Beschäftigten soll schon bis Mitte des nächsten Jahres „freigesetzt" werden. Für viele der Arbeiter bedeutet das Arbeitslosigkeit ohne irgendeine Perspektive, da es in diesem Raum keine nennenswerte andere Industrie gibt.

Es wird zwar davon gesprochen, daß einige Arbeiter in entfernter liegenden (30-50 km) Betrieben unterkommen könnten, doch dies käme nur für eine sehr geringe Zahl in Frage.

Jacob Deffner, DGB-Landesvorsitzender, bezeichnete dementsprechend die Schließung, die mit der *„Notwendigkeit einer nachhaltigen Kostenreduzierung zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit"* begründet wurde, als ein *„trauriges Kapitel einer nur an Profitmaximierung interessierten Unternehmerpolitik"*. (Mainpost 21.9., Münchner Merkur 25.9., NN 31.8., FAZ, Mainpost 1.12., NN, Mainpost 2.12.).

KB Nürnberg

AEG räumt auf!

Der zweitgrößte westdeutsche Elektrokonzern, Europas größter Haushaltsgerätelieferant, wird nicht müde in seiner Expansions- und Rationalisierungswut. Nachdem ihm bisher schon hohe Beteiligungen an den Firmen Ako, Alno, BBC, Küppersbusch, Linde, Neff, Zanker (nur Haushaltsgerätebereich) gehörten, wurden jetzt Zanker und auch Linde vollständig aufgekauft. Dazu muß man wissen, daß auch bisher schon über die genannten Firmen AEG-Geräte verkauft wurden. Im Zuge der „Neuordnung" befürchtet die IG-Metall nun u.a. für das Ulmer Farbfernsehwerk eine Rationalisierung, die mindestens einem Drittel der 3000 Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsplatz kosten dürfte.

Im gleichen Zusammenhang steht die bereits getroffene Entscheidung, für eine *„weitere Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit"* (Originalton „Handelsblatt") die Werke Uffenheim und Bruchsal stillzulegen. Es sollen *„umfangreiche Personalbewegungen ausgelöst"* werden, wodurch u.a. in 8 betroffenen Werken mindestens weitere 600 Menschen ihre Arbeit verlieren.

AEG-Westberlin verliert Arbeitsgerichtsprozeß

Am 27.7.78 wurden zwei Betriebsräte der Liste „Arbeitereinheit" (die bei den Wahlen 5 Sitze erhielt) bei AEG in Westberlin und ein weiterer Kollege fristlos entlassen. Die Gründe waren hergesuchte Nichtigkeiten. (so wurde einem türkischen Betriebsrat vorgeworfen, während einer Krankheit in seinem Türkei-Urlaub den Urlaub überzogen zu haben), die Absicht offensichtlich: die oppositionelle Liste sollte diszipliniert werden.

Die IGM- offizielle Betriebsratsführung unterstützte über den von ihr eingeführten „Personalausschuß", im Kollegenmunde „Entlassungsausschuß" genannt, die Kündigungen. Mittlerweile hat AEG alle drei Arbeitsgerichtsverfahren verloren:
– der türkische Betriebsrat verzichtete allerdings auf Weiterbeschäftigung und erhielt DM 4.440 Abfindung
– der Kollege H.G. ließ sich ebenfalls mit DM 5.500 abfinden.

Der Betriebsrat Klaus M. allerdings trat entsprechend dem Urteil am 6.11. wieder an seiner Arbeitsstelle an, erhielt aber nach nur zwei Stunden Werksverbot. AEG geht in diesem Prozeß in die nächste Instanz. Klaus M. seinerseits will ebenfalls nicht aufgeben.

(nach einer Erklärung der Liste „Arbeitereinheit", „Radikal", 24.11.78).

Chemie

Texaco: Angriff auf Meinungsfreiheit

Hamburg:
Die Geschäftsleitung bat den Betriebsrat um ein Gespräch über die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dabei ging es ihr darum, die Öffentlichkeitsarbeit der gewerkschaftsoppositionellen Betriebsgruppe, des IG Chemie-Vertrauenskörpers und der Betriebsräte auf Betriebsversammlungen einzuschränken. Sie berief sich auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Betriebsräten, wie sie im Paragraphen 2 des Betriebsverfassungsgesetzes gefordert wird.

Die Personalleitungsvertreter: Der Betriebsrat betreibe eine ausgesprochen einseitige Interessenvertretung für die Kollegen. So arg sei diese Interessenvertretung, daß sie über das im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Maß hinausgehe. Der Betriebsrat habe es darauf abgesehen, einen Graben zwischen Belegschaft und Vorgesetzten zu ziehen, u.a. mit der Aufforderung an die Belegschaft, zu Gesprächen mit Vorgesetzten und Personalleitern ein Betriebsratsmitglied des Vertrauens mitzunehmen – ein im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenes Recht.

Neben diesem Lob an die Adresse des Betriebsrates wurde die Öffentlichkeitsarbeit angegriffen. Die Texaco solle in der Öffentlichkeit diffamiert werden. Von Beleidigung des Arbeitgebers, weil ihm Willkür vorgeworfen werde, bis zu geschäftsschädigenden Tendenzen, weil ihm Gewinntransferierung in die USA vorgeworfen werde, boten die Vertreter der Geschäftsleitung alle Wahrheiten über die Praktiken der Texaco als Beweis für ihre Thesen auf.

Den Vorwürfen, die hauptsächlich zur Einschüchterung dienen sollten, folgten genaue Vorschriften, wie und über was Betriebsräte und angrenzende Gruppen berichten und Meinungen äußern dürften.

Der Vorschriftenkatalog:

Informationen dürften den Betriebsablauf nicht stören und den Betriebsfrieden nicht beeinträchtigen.

Unzulässig seien auch unsachliche oder ehrverletzende Formen sowie nicht objektiv gestellte Fragen, die bereits eine Antwort nahelegen würden.

Ein Aufsichtsratmitglied der Arbeitnehmerseite dürfe nur genau und vollständig berichten. Er dürfe keine unbegründeten Bedenken äußern (!), laut Bundesarbeitsgericht.

Interessenkonflikte dürften nicht in einer Form ausgetragen werden, die den anderen Teil mißliebig machten.

Einseitige Informationen seien unzulässig, wenn der Arbeitgeber nicht die Möglichkeit habe, seine eigenen Ansichten vorzustellen. Das sei lediglich auf Betriebsversammlungen möglich. Eine Seite dürfe nicht allein festlegen, was die Belegschaft über einen Meinungsstreit erfahre (Dies ist wohl der weitreichendste Angriff auf die Pressearbeit der oppositionellen Betriebsgruppe und des Vertrauenskörpers der IG Chemie, d. Red.).

Der Betriebsrat habe die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens genauso zu wahren wie die sozialen Interessen der Belegschaft. Ein Betriebsrat dürfe laut Bundesarbeitsgericht nicht Stoßtrupp der Arbeitnehmerschaft sein.

Veröffentlichungen über Presse oder Rundfunk seien unzulässig, wenn damit beabsichtigt sei, eigene Vorstellungen durchzusetzen. Der Betriebsrat dürfe sich gemäß Urteil von verschiedenen Landesarbeitsgerichten nicht der Öffentlichkeit als Verbündeten bedienen.

Soweit die Aufzählung all dessen, was die Geschäftsleitung als Kriterien einer Öffentlichkeitsarbeit angab.

Jeder mit den Dingen vertraute Kollege wird erkennen, daß diese Vorstellungen auf eine sofortige Einstellung jeder Berichterstattung über Klassenwidersprüche in den Betrieben und die Einstellung jeder Aufforderung an Kollegen zu einer Handlung hinauslaufen.

Um nicht mit der zwar eigentlich garantierten und dennoch immer häufiger eingeschränkten Meinungsfreiheit ins Gehege zu kommen, beriefen sich die Vertreter der Geschäftsleitung auf das Bundesarbeitsgericht. Das Bundesarbeitsgericht habe schon mehrfach in Urteilsbegründungen festgestellt: Das Recht zur freien Meinungsäußerung unterliege im Arbeitsverhältnis gewissen Beschränkungen.

Die ausgeschlossenen Gewerkschafter (ehemals IG Chemie-Vertrauensleute, d.Red.), die sich mit anderen Kollegen in der Betriebsgruppe Texaco zusammengeschlossen haben, informieren die Kollegen seit etwa 6 Jahren über eine eigene Zeitung. Genauso gibt der Vertrauenskörper der IG Chemie seit der letzten Betriebsratswahl eine eigene Zeitung heraus. Beide sind mit der Ankündigung in die Betriebsratswahl gegangen, die Kollegen über ihre Arbeit zu informieren. Die Zeitungen sind zu einem wichtigen Instrument geworden, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Betriebsräte und Vertrauensleute mit den Vorstellungen der Kollegen zu verbinden und gleichzeitig den Einsatz der gewählten Kollegen überprüfbar zu machen. Die neben den reinen Informationen in diesen Zeitungen geäußerten Meinungen und Vorschläge sind aus der Natur der Sache antikapitalistisch. Deshalb sollen sie "unschädlich" gemacht werden.

Zum weiteren Verlauf: Der Betriebsrat willigte ein, sich auf einem weiteren Termin zu den Vorwürfen zu äußern. Zu einer Terminvereinbarung kam es trotz häufigen Drängens der Geschäftsleitung nicht, weil der Betriebsrat in Anspruch nahm, sich anläßlich der Rationalisierungen weiter gemeinsam mit den Kollegen um deren Interessen zu kümmern. Die Zeitungsarbeit hat seitdem ebenfalls keinen Schaden genommen. Auf einer Betriebsversammlung nahm der Betriebsrat zu einigen Vorwürfen Stellung und faßte zusammen, daß der Betriebsrat unter Berufung auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu einem Anhängsel der Geschäftsleitung gemacht werden solle. Die Versuche würden umso stärker, je härter sich die unternehmerischen Entscheidungen gegen die Existenz der Kollegen richten. Wenn nicht alles zur Betrügerei ausarten solle, dann beanspruche jeder Kollege mit Recht, vom Betriebsrat unterstützt zu werden. Der Betriebsrat werde – so wie er sich heute zusammensetze – nicht zu einem Organ der Geschäftsleitung und wenn das noch so häufig von den Herren gewünscht werde.

KB Chemiekommission

Verfassungsschutz bei Texaco: Hamburger Bürgerschaft antwortet nicht

Hamburg. Einer Frau aus der Textverarbeitung der Texaco wurde 1977 gekündigt. Die Geschäftsleitung weigerte sich, dem Betriebsrat Gründe anzugeben. Betriebsräte waren der Auffassung, es handele sich um eine politische Kündigung. Hinweise für eine solche Annahme gab es genug.

Zur gleichen Zeit kamen die Medien nicht mehr daran vorbei, über Verfassungsschutzbespitzelungen in Hamburger Betrieben zu berichten. Der Hamburger Betriebsrat der Texaco, zuständig für die Hauptverwaltung und das Labor in Hamburg-Wilhelmsburg, fühlte den Kollegen gegenüber die Verpflichtung, eine Anfrage an die Texaco-Firmenleitung und an die Hamburger Bürgerschaft zu richten. Aus der Anfrage des Betriebsrates an den Eingabenausschuß der Hamburger Bürgerschaft entnehmen wir folgenden Auszug:

„Die Prüfung einer politischen Gesinnung durch die Arbeitgeber halten wir für verfassungswidrig. Insbesondere, wenn eine solche Überwachung die berufliche Existenz von Arbeitnehmern gefährdet... Im Grundgesetz finden sich immerhin die Sätze: ‚Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen' und ‚Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.' Beide Sätze werden zur Farce, wenn Menschen in diesem Lande gerade wegen — im weitesten Sinne — eines weltanschaulichen Bekenntnisses das Recht auf eine freie Berufwahl genommen wird.

Wir haben als gewählter Betriebsrat der Deutschen Texaco, Hamburg, ein Interesse daran, allen Arbeitnehmern ihre Rechte zu erhalten und lehnen deshalb jede Bespitzelung von Kollegen mit den bekannten Konsequenzen ab. Da wir insbesondere die Interessen der Texaco-Kollegen wahren müssen, fragen wir bei Ihnen an, ob die Texaco sich der Gesinnungsüberprüfung mit Hilfe des Landesamts für Verfassungsschutz angeschlossen hat..."

Die Firmenleitung der Texaco antwortete auf eine inhaltlich nicht ganz so ausführliche Anfrage des Betriebsrats in verhältnismäßig kurzer Zeit. Sie teilte dem Betriebsrat unumwunden mit, daß Arbeitnehmer der Texaco vom Verfassungsschutz überwacht würden. Die Texaco gehöre zu den geheimschutzbetreuten oder sogenannten sicherheitsempfindlichen Unternehmen, die bestimmten Sicherheitsüberprüfungen unterliegen. Dazu gehöre auch die Überprüfung von Mitarbeitern. Verstärkt worden seien die Sicherheitsmaßnahmen nach den Bombendrohungen.

Die Firmenleitung hatte sich offenbar überlegt, an die Bespitzelungsfrage offensiv heranzugehen, in der Hoffnung, Bombendrohungen und ähnliche Schreckensmeldungen hätten in der Kollegenschaft den Boden bereitet, auf dem ihr Unkraut gedeihen könnte.

Anders lief es mit der Hamburger Bürgerschaft. Die Anfrage datiert vom 3. März 1978. Nach einem Zwischenbescheid, in dem nur ausgesagt wurde, daß die Beantwortung solch schwieriger Fragen der Sorgfalt wegen lange dauern könnte, kam die Antwort endlich am 2. November 1978. Der „Eingabenausschuß der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" schrieb:

„...Ich muß Ihnen dazu leider mitteilen, daß der Eingabenausschuß nicht die Möglichkeit hat, die begehrten Auskünfte zu verlangen. Art. 32 der Hamburger Verfassung erfaßt aus Gründen des Staatswohles nämlich nicht das Auskunftsrecht des Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber dem Eingabenausschuß. Da bei dieser Sachlage Ihrem Begehren durch den Eingabenausschuß nicht entsprochen werden kann, hat die Bürgerschaft in ihrer Plenarsitzung am 11. Oktober 1978 auf Empfehlung des Eingabenausschusses nach eingehender Beratung beschlossen, Ihre vorgenannte Eingabe als nicht abhilfefähig zu erklären."

Immerhin haben sich alle mit der Anfrage über ein halbes Jahr lang beschäftigt, der Eingabenausschuß und sogar die gesamte Bürgerschaft, um zu dem simplen Schluß zu kommen, daß ein Betriebsrat nicht das Recht habe, eine Antwort zu erhalten. Den Kollegen der Texaco wird jetzt etwas klarer werden, daß der Verfassungsschutz zwar von den gewählten „Volksvertretern" eingerichtet wurde, er selbst aber diesen Volksvertretern und schon gar nicht Menschen aus dem Volk rechenschaftspflichtig ist. Das wird sogar in derselben Verfassung, die der Verfassungsschutz zu schützen hat, ausgeschlossen. Wenn aber Menschen aus dem Volk keine Auskünfte von diesen Berufsspitzeln erhalten, andererseits aber Kapitalisten jede gewünschte Information über die hier anfragenden Kollegen zugeschoben werden, leuchtet auch ein, für wen und gegen wen der Verfassungsschutz arbeitet. Dieser Fall belegt einmal mehr die eigentlich bekannte Tatsache, daß der Verfassungsschutz — wie andere Staatsorgane auch — zum Schutz und zur Erhaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im kapitalistischen Staat eingesetzt ist.

KB-Chemiekommission

Aluminiumhütte Giulini:
Unternehmermast an Steuergeldern

1970 wurde mit 12 Mio. DM Stammkapital die Alu-Hütte Gebr. Giulini GmbH in Ludwigshafen auf der Höhe des Alu-Booms gegründet.
1975 geriet die Firma in "ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten", nachdem bereits seit 1972 die Firma per Saldo Verluste führte.
Obwohl die anderen Produktionszweige der Giulini GmbH (Arzneimit-
des der Chemischen Industrie, Sitz Ludwigshafen. just dort, wo Udo Giulini Vorstandsmitglied war.
1977 stand die Firma schon wieder kurz vor der Pleite, aber durch den Verkauf von Anlagen weit über dem Buchwert wurden 5,7 Mio. DM rausgeholt. Weitere 18 Mio. DM flossen in die Rückstellungen – sowas schmälert die offiziellen Gewinne.
Stromlieferant Pfalzwerk AG, ein
"Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert", die es schaffte, daß aus Steuergeldern noch einmal 1 Mio. DM zugeschossen wurden. In der "GP" heißt es dazu: "... ließ sich die Landesregierung noch einmal herab, mit einem Überbrükkungskredit von 1 Mio. DM die Möglichkeit zu schaffen, in aller Ruhe Verkaufsgespräche zu führen."
Auf das Betreiben der IG Chemie

schlossen hat..."
Die Firmenleitung der Texaco antwortete auf eine inhaltlich nicht ganz so ausführliche Anfrage des Betriebsrats in verhältnismäßig kurzer Zeit. Sie teilte dem Betriebsrat unumwunden mit, daß Arbeitnehmer der Texaco vom Verfassungsschutz überwacht würden. Die Texaco gehöre zu den geheimschutzbetreuten oder sogenannten sicherheitsempfindlichen Unternehmen, die bestimmten Sicherheitsüberprüfungen unterliegen. Dazu gehöre auch die Überprüfung von Mitarbeitern. Verstärkt worden seien die Sicherheitsmaßnahmen nach den Bombendrohungen.
Auskünfte von diesen Berufsspitzeln erhalten, andererseits aber Kapitalisten jede gewünschte Information über die hier anfragenden Kollegen zugeschoben werden, leuchtet auch ein, für wen und gegen wen der Verfassungsschutz arbeitet. Dieser Fall belegt einmal mehr die eigentlich bekannte Tatsache, daß der Verfassungsschutz — wie andere Staatsorgane auch — zum Schutz und zur Erhaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im kapitalistischen Staat eingesetzt ist.
KB-Chemiekommission

Aluminiumhütte Giulini: Unternehmermast an Steuergeldern

1970 wurde mit 12 Mio. DM Stammkapital die Alu-Hütte Gebr. Giulini GmbH in Ludwigshafen auf der Höhe des Alu-Booms gegründet.

1975 geriet die Firma in "ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten", nachdem bereits seit 1972 die Firma per Saldo Verluste führte.

Obwohl die anderen Produktionszweige der Giulini GmbH (Arzneimittel, Gips, Tonerde und Düngemittel) hohe Profite abwarfen, wurden aus dem Staatssäckel des CDU-regierten Landes Rheinland-Pfalz 25 Mio. DM in die Firma gebuttert (nicht das erste Mal, wie man später erfuhr).

Die gewinnträchtigen Firmenteile wurden danach sofort aus der Firma ausgegliedert, indem sie verkauft wurden oder sie erhielten einen unabhängigen rechtlichen Status. So gibt es jetzt die Gebr. Giulini GmbH, das ist die Alu-Hütte, die Giulini Chemie GmbH, dies ist der Phosphat- und Düngemittelzweig. Der Pharmateil wurde verkauft.

Zu verdanken hat einer der "Gebr.", Dr. Udo Giulini, das Steuergeschenk lt. "Extradienst" seinen besten Beziehungen zur rheinland-pfälzischen CDU-Regierung:

Udo Giulini, selbst Vorstandsmitglied des CDU-Wirtschaftsrates, ist Präsidiumsmitglied und Mitglied des erweiterten Vorstandes des Verbandes der Chemischen Industrie. Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und CDU-Fraktionsvorsitzender, dessen Freundschaft zu Udo Giulini bis in das Jahr 1952 zurückreicht, war auf dem Weg seiner Karriere auch Referent beim Landesverband Rheinland-Pfalz des Verbandes der Chemischen Industrie, Sitz Ludwigshafen. just dort, wo Udo Giulini Vorstandsmitglied war.

1977 stand die Firma schon wieder kurz vor der Pleite, aber durch den Verkauf von Anlagen weit über dem Buchwert wurden 5,7 Mio. DM rausgeholt. Weitere 18 Mio. DM flossen in die Rückstellungen – sowas schmälert die offiziellen Gewinne.

Stromlieferant Pfalzwerk AG, ein staatliches Unternehmen, hat schon längst den Strompreis erhöht, Giulini zahlte die alten Preise weiter. Verlust für das E-Werk: 17 Mio. DM.

1978: Die roten Zahlen wuchsen an. Mittlerweile steckten schon 55 Mio. DM Steuergelder in der Firma, die selber nur ein Stammkapital von 12 Mio. DM hat. Die E-Werke meldeten einen Ausfall von 23 Mio. DM.

Und jetzt versagte die CDU-Landesregierung weitere Zuschüsse, im März 1979 wird in Rheinland-Pfalz gewählt. Einen Millionen-Skandal wie die Helaba-Affäre in Hessen will in Mainz niemand riskieren.

Der Giulini Familien-Clan (mit steuergünstigem Sitz in Liechtenstein), dachte nicht daran, Geld in das Unternehmen zu stecken, ebenso die anderen Gesellschafter der Firma nicht. Sie alle hielten wohl nun den Zeitpunkt für gekommen, ganz aus der Firma auszusteigen. Ein von Udo Giulini angestrebtes Vergleichsverfahren machte deutlich, daß fast der ganze Betrieb den Kreditgebern sicherheitsübereignet ist, die darüber hinausgehenden Schulden sind nicht einmal zu 35 % abgedeckt.

Nun war es die IG Chemie, die selber in der „Gewerkschaftspost" zu den Steuergeschenken schrieb: *"Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert"*, die es schaffte, daß aus Steuergeldern noch einmal 1 Mio. DM zugeschossen wurden. In der "GP" heißt es dazu: "... *ließ sich die Landesregierung noch einmal herab, mit einem Überbrükkungskredit von 1 Mio. DM die Möglichkeit zu schaffen, in aller Ruhe Verkaufsgespräche zu führen."*

Auf das Betreiben der IG Chemie wurde am 8.11. ein Anschlußkonkursverfahren eingeleitet. Die Löhne für die 315 Arbeiter und Angestellten zahlte das Arbeitsamt (Konkursausfallgeld), also wiederum der Steuerzahler.

Fazit: 12 Mio. DM betrug das Stammkapital. 55 Mio. DM (mind.) wurden als Steuergelder reingebuttert. 27 - 30 Mio. DM (ebenfalls Steuergelder) zeigt das E-Werk an Forderungen an, die es wohl nie zu sehen bekommen wird. Stattdessen rechnet man mit einer Strompreiserhöhung. Fast 8 Jahre lang wurde den Giulinis eine Firma aus der Steuerkasse finanziert – Zeit genug, um kräftig den Rahm abzuschöpfen.

Und die Gewerkschaftsführung kommt sich nicht albern vor, in ihrer Zeitung folgendes Resumee zu ziehen: *"Ein Giulini-Geschäftsführer zumindest war so ehrlich, zu sagen, daß es für alle Beteiligten besser gewesen wäre, wenn in diesem Unternehmen die paritätische Mitbestimmung eingeführt gewesen wäre."*
(Informationen aus Extradienst 24.11.78 und Gewerkschaftspost 12/78)

Chemiekommission
KB/ Gruppe Hamburg

Leserbrief
Die gemachte Pleite der Kap-Asbest

Die KAP-Asbest AG in Hamburg-Bergedorf, 100 %ige Tochter des französischen Glasmulti Saint-Gobain Pont-à-Mousson, wird geschlossen. 190 Lohnabhängige sollen bis Ende 1979 das Millionenheer der arbeitslosen Reservearmee verstärken. Die



Profitbegründung der Geschäftsleitung: „*Zu hohe Löhne gegenüber den Billiglohnländern wie Jugoslawien, Südkorea, Venezuela*" („Bergedorfer Zeitung, 10.10.78). Dieses sei die Folge des hohen Lohnniveaus in Hamburg einerseits (???) und der strengen Gesundheitsvorschriften andererseits. „*Allein ein Drittel unseres Stromverbrauchs wird für die Absauganlagen benötigt. Das ist nicht mehr tragbar*" („Die Welt", 12.10.). Dabei sind — seit 1898 besteht die Firma — nach Übernahme durch die „Saint Gobain" schon 100 Lohnabhängige (1975 = 288, 1978 = 190) wegrationalisiert worden. Das heißt im Klartext: Ohne Gesundheitsschutz und mit der Asbestose im Körper, die Rente nicht mehr erlebend, für den Profit der Kapitalisten ausgebeutet zu werden. Die KAP produziert Asbestgarne und Asbestgewebe. Die krebserregenden Fälle (Asbestose) sind in der Statistik gerade in HH-Bergedorf erschreckend hoch („Praxis und Pneumologie", 8/1969). Wobei der Anteil der KAP-Asbest, die in den letzten Jahren 12 Mio. DM für Gesundheitsschutz ausgegeben haben soll, bestimmt nicht unbeträchtlich ist.

Bei dieser Entwicklung der Rationalisierung werden die Bergedorfer zu Arbeitspendlern. Diese Prognose bewahrheitet sich immer mehr („Bille-Einkaufsberater", 8.11.78). Nach den aufsehenerregenden Pleiten wie z.B. 300 bei Glasgespinstfabrik Gossler, 1500 bei Astra-Bergedorfer Eisenwerke und erst wieder 30 bei der Werkzeugmaschinenfabrik Blohm (siehe AK 131, 12.6.78), sind seit 1961 über 4000 Arbeitsplätze vernichtet worden.

Ins Randgebiet gedrängt, von Bundeskanzler Schmidt verlassen (sein Wahlkreis), müssen wieder die Arbeiter und Angestellten die Zeche bezahlen.

Ein Chemiegenosse

Kapitalistische Seveso-Nachlese

Angesichts der Verseuchung eines ganzen Landstrichs, der Evakuierung tausender Menschen, der Verätzung von Kindern und Erwachsenen und der als Embryo geschädigten und verkrüppelt zur Welt gekommenen Kinder nach der Chemiekatastrophe des Konzerns Hoffman la Roche in Seveso/Italien 1977, äußerte sich der oberste Chemieboss der BRD, Prof. Dr. Seefelder (BASF-Vorstandsvorsitzender und Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie) in folgender menschenverachtender Weise gegenüber den Opfern:

Die einzigen Menschen, die ihr Leben verloren, sind jene Ungeborenen, die durch Abtreibung das Opfer einer Hysterie wurden, die in die Bevölkerung getragen wurde.

Beschämend ist allerdings auch, daß die IG Chemie "Gewerkschaftspost", die dankenswerterweise dieses Zitat protestierend an die Öffentlichkeit bringt, ihre Kurznotiz mit den Zeilen beendet:

"Nur: Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die chemische Industrie wird durch so makabre Redensarten ganz bestimmt nicht gefördert."

Wenn das die Sorgen der Gewerkschaftsführer sind ...

Chemiekommission
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Demonstration gegen „Spar"politik



Angst um die Zukunft

Am 16.11.78 demonstrierten ca. 1.200 Menschen, größtenteils Beschäftigte der Städtischen Kliniken in Dortmund, gegen die Anrechnung der Krankenpflegeschülerinnen und -Schüler auf den Stellenplan. Ab 1.1.79 sollen die Schüler vom 2. Ausbildungsjahr an im Verhältnis 1:4 auf die Planstellen angerechnet werden, d.h. 4 Schüler ersetzen eine ausgebildete Schwester. 59 Planstellen für examinierte Kräfte sollen dann gestrichen werden. Wenn diese Regelung durchgesetzt wird, verschlechtert sich die medizinische Versorgung der Dortmunder Bevölkerung weiterhin. Schon jetzt sind viele Stationen mit Pflegepersonal so unterbesetzt, daß manchmal Schüler im Nachtdienst oder am Wochenende die volle Verantwortung für die ganzen Stationen zu tragen haben (Angaben aus „Klüngelkerl", 12/78). Was das für die Patienten bedeutet, kann man/frau sich leicht vorstellen: Die Städtischen Kliniken Dortmund sind dabei kein Einzelfall, im Gegenteil. Was hier ab Januar als neue Regelung eingeführt werden soll, ist in praktisch allen kleineren (und auch größeren) Kliniken schon Realität. Eine Anrechnung der Auszubildenden im Verhältnis 3:1 auf eine Vollschwester ist schon seit Jahren nach den Richtlinien der Deutschen Krankenhausgesellschaft „erlaubt". Da kann es schon mal vorkommen, daß der gesamte Stationsdienst über 1 - 2 Wochen (einschließlich Nachtwachen) nur von Schüler(innen) getragen wird, wenn die examinierten Kräfte krank werden. Die ausgebildeten Schwestern stehen ja auch dann auf dem Stellenplan, wenn sie ausfallen und sorgen damit für die Statistiken, mit denen Herr Farthmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales uns immer wieder beweist, wie gut es um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in NRW bestellt ist.

Hinter den Kulissen sieht es anders aus. So ist es z.B. in vielen Kliniken üblich, daß Schüler(innen) im Rahmen ihrer Ausbildung - „zur Förderung der Selbständigkeit" - wochen- oder monatelang ohne jede Unterstützung auch zwei Stationen in der Nachtwache eigenverantwortlich versorgen.

Es ist zu hoffen, daß die Beschäftigten der Städtischen Kliniken der Einführung dieser Zustände genug Widerstand entgegensetzen können. Die Demonstration war ein netter Auftakt. Bis jetzt haben 2.000 von 3.000 Beschäftigten eine Unterschriftenliste der ÖTV unterschrieben, in der sie sich auch zu Kampfmaßnahmen entschlossen.

Gesundheitsbereich Bochum

Aktive Gewerkschafter sollen nicht übernommen werden

Im Februar 1979 steht für den jetzigen Oberkurs der Krankenpflegeschule des Fürst-Carl-Landeskrankenhauses in Sigmaringer (F.C.L.

Am 24.10. fand eine Personalversammlung statt. U.a. wurde das Übernahmeproblem besprochen. Einige Proteste wurden laut und der

Nach Prozeßgewinn der Büsumer Heimerzieher/innen:

Diakonisches Werk läuft Amok!

Während die 16 Büsumer Heimerzieher(innen) am 17. November vor dem Husumer Arbeitsgericht ihre Klage gegen die fristlosen Entlassungen erfolgreich bestritten (das Gericht erklärte die Entlassungen für „rechtsunwirksam"; siehe AK 143), holte der Heimträger, das Diakonische Werk, bereits zum nächsten Schlag aus!

Bevor das Urteil rechtskräftig werden konnte, ließ das Diakonische Werk durch einen Boten (!) den Erzieher/innen n e u e Kündigungsschreiben zustellen, *„....während die Betroffenen sich zur mündlichen Verhandlung ihres Falles in Husum aufhielten"* („Husumer Nachrichten", 21.11.)! Eine Sprecherin des Diakonischen Werks bestätigte gegenüber dem Evangelischen Pressedienst in Kiel, daß die neuen f r i s t g e r e c h t e n Kündigungen *„mit der gleichen Begründung wie bei der fristlosen Kündigung zugestellt worden sind"* („Husumer Nachrichten", 21.11.).

Angesichts der Urteilsbegründung, in der die vom Diakonischen Werk angeführten Entlassungsgründe als unrechtmäßig zurückgewiesen wurden und die auch die Umwandlung der fristlosen Kündigungen in fristgerechte zurückweist (siehe AK 143), schlägt das dem Faß den Boden aus! Das Gericht hatte sogar ausdrücklich festgestellt, daß ein Schreiben der 16, das zu den fristlosen Entlassungen geführt hatte, *„eine Aufforderung zum Gespräch darstelle"* („Dithmarscher Landeszeitung", 18.11.). In der Art und Weise der Zustellung der neuen Kündigungen und ihrer Begründung wird nicht nur deutlich, daß die 16 *„unter k e i n e n Umständen wieder beschäftigt"* werden sollen (Heimleiter Rump des ev. Jugendgemeinschaftswerk Büsum; lt. „Kieler Nachrichten", 21.11.), sondern auch, wie das Diakonische Werk die Spielregeln der Rechtsprechung mit Füßen tritt, solange sie nicht ihren Interessen entspricht.

Ob das Diakonische Werk damit allerdings Erfolg haben wird, ist sehr fraglich: Denn die fristgerechten Kündigungen sollen zwei Tage später, als die eigenen (!) Richtlinien es erlauben, ausgesprochen worden sein.

Einschüchterung von Kolleg(inn)en - ein Bestandteil des ÖTV-Rechtsschutz

In AK 141 und 143 hatten wir die formalrechtliche Prozeßführung der ÖTV angegriffen: Die Unzufriedenheit einiger Erzieher/innen mit dieser Prozeßführung wurde schließlich von der ÖTV-Spitze mit dem Entzug des Rechtsschutzes für vier Kolleg(inn)en und öffentlicher Diffamierung als Kommunisten beantwortet, (teilweise hatte sich sogar der berüchtigte ÖTV-Bezirksvorsitzende Hans S c h w a l b a c h höchstpersönlich eingemischt; siehe AK 143).

Jetzt sind detailliertere Informationen über die Prozeßvorbereitung des ÖTV-Sekretärs Schröder (Brunsbüttel) bekannt geworden. Aus einer Pressemitteilung der betroffenen vier Kolleg(inn)en geht hervor, daß Schröder bereits kurz nach den fristlosen Kündigungen (Juli 1978), als das Diakonische Werk die 16 Erzieher/innen in einer Pressekampagne diskreditierte, zu verhindern suchte, *„daß die 16 diese falschen Anschuldigungen in der Öffentlichkeit zurückwiesen"*. Schröder schürte Angst, *„daß es dann mit Sicherheit zu einer endgültigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses kommen würde..."*

Außerdem versuchte Schröder den 16 von einer beabsichtigten Verleumdungsklage gegen den CDU-Regierungsbeauftragten für Jugend und Sport, Otto Bernhardt, abzuraten (Bernhardt hatte den 16 in einer Pressekampagne u.a. *„einen falsch verstandenen Freiheitsbegriff"* vorgeworfen...). Obendrein versuchte Schröder, den 16 davon abzuraten, in einem Brief an die Heimaufsichtsbehörde die Hintergründe, d.h. die Mißstände in dem Heim *„für ihren ersten Schritt zu nennen"*. Schröder argumentierte mit irgendwelchen „Schwierigkeiten".

Erklärung an ÖTV-Mitglieder

Inzwischen haben die betroffenen Kolleg(inn)en, denen die ÖTV den Rechtsschutz entzogen hat, eine „Erklärung an Gewerkschaftmitglieder" verfaßt, in der sie u.a. wie folgt Stellung nehmen:

„....Als Begründung wurde uns mitgeteilt, daß eine doppelte Prozeßvertretung (die vier hatten andere Rechtsanwälte hinzugezogen; der Verf.) *ausgeschlossen ... sei. Dieser Schritt ist uns unverständlich, zumal wir in den ÖTV-Rechtsschutzrichtlinien keinerlei Hinweise auf die Unmöglichkeit einer doppelten Prozeßvertretung finden konnten. Da der Leiter der ÖTV-Rechtsschutzabteilung, Straub, der Presse gegenüber erklärte, daß eine gemeinsame Rechtsschutzvertretung der ÖTV mit Rechtsanwälten nicht grundsätzlich ausgeschlossen sei („Dithmarscher Rundschau", 18.11.), müssen wir davon ausgehen, daß die uns gegenüber abgegebene Begründung ... nur vorgeschoben ist.*

Als neue Begründung für die Mandatsniederlegung wurde dann in der Presse erklärt, daß unsere Anwälte auch K-Gruppen-Mitglieder vertreten würden ... Wir können uns des Verdachts nicht erwehren, daß hier versucht wird, uns in die ‚linke Ecke' zu drängen. ... Wir glauben nicht, daß (dieses) undemokratische Verhalten, die freie Amtswahl einzuschränken, zum Ansehen der ÖTV beiträgt. ... Trotz dieses Vorgehens sind wir weiterhin zu einer Zusammenarbeit mit der ÖTV bereit.
Vier der fristlos gekündigten des JGW Büsum".

Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

Eine letzte Information: 15 Mitarbeiter einer Beratungsstelle des Diakonischen Werks in Rendsburg haben sich Mitte November mit den 16 Büsumer Kolleg(inn)en solidarisch erklärt. In einer gemeinsamen Erklärung, die an alle Einrichtungen des Diakonischen Werks in Schleswig-Holstein verschickt worden ist, heißt es, *„....man würde eine offene Führung der Diskussion um die Büsumer Vorgänge begrüßen. Ebenso die sachliche Rehabilitation aller betroffenen Kollegen und deren Wiedereinstellung"* („Dithmarscher Landeszeitung", 15.11.).

Letzeres - die endgültige Wiedereinstellung - ist von der ÖTV übrigens noch n i e in dieser Deutlichkeit gefordert worden. Warum wohl?!

Ein Kieler Genosse

gendgemeinschaftswerk Büsum; lt. „Kieler Nachrichten", 21.11.), sondern auch, wie das Diakonische Werk die Spielregeln der Rechtsprechung mit Füßen tritt, solange sie nicht ihren Interessen entspricht.

Ob das Diakonische Werk damit allerdings Erfolg haben wird, ist sehr fraglich: Denn die fristgerechten Kündigungen sollen zwei Tage später, als die eigenen (!) Richtlinien es erlauben, ausgesprochen worden sein.

„Schwierigkeiten".

Erklärung an ÖTV-Mitglieder

Inzwischen haben die betroffenen Kolleg(inn)en, denen die ÖTV den Rechtsschutz entzogen hat, eine „Erklärung an Gewerkschaftmitglieder" verfaßt, in der sie u.a. wie folgt Stellung nehmen:

rung der Diskussion um die Büsumer Vorgänge begrüßen. Ebenso die sachliche Rehabilitation aller betroffenen Kollegen und deren Wiedereinstellung" („Dithmarscher Landeszeitung", 15.11.).

Letzeres - die endgültige Wiedereinstellung - ist von der ÖTV übrigens noch n i e in dieser Deutlichkeit gefordert worden. Warum wohl?!

Ein Kieler Genosse

Aktive Gewerkschafter sollen nicht übernommen werden

Im Februar 1979 steht für den jetzigen Oberkurs der Krankenpflegeschule des Fürst-Carl-Landeskrankenhauses in Sigmaringer (F.C.L. mit 300 Betten) das Staatsexamen an und die damit verbundene Sorge nach Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis. In die gleiche Zeit fällt übrigens auch der Umzug in einen Neubau mit 420 Betten.

16 Kollegen des Oberkurses wollen übernommen werden und reichten Bewerbungsschreiben (im Sept.) ein. Unter der Hand wurde laut, daß nur 10 übernommen werden können (sollen), obwohl die Personalräte (PR) einer Einstellung von 20 auswärtigen Pflegekräften zum 1.10.78 zustimmten. Von den 16 Bewerbern erhielten aber 12 eine Zusage, 4 gingen leer aus.

Ausgerechnet diese 4 sind Gründungsmitglieder der aktiven ÖTV-Betriebsgruppe. Da sich auch weiterhin nichts tat, gingen sie selber zur Verwaltung und erhielten eine Absage. Die Betriebsgruppenmitglieder starteten eine Unterschriftensammlung im Betrieb, von 300 Beschäftigten des Pflegepersonals (nur bei diesen wurde gesammelt) erhielten sie rund 200 Unterschriften und riefen die Belegschaft zur Solidarität (Flugblatt) auf.

Am 24.10. fand eine Personalversammlung statt. U.a. wurde das Übernahmeproblem besprochen. Einige Proteste wurden laut und der anwesende Kreisjugendsekretär der ÖTV verlangte eine Stellungnahme des Verwaltungsdirektors. Dieser meinte, selbst wenn Stellen frei wären, für ihn die 3 nicht für eine Übernahme in Frage kämen. (Eine ist aus „persönlichen Gründen" zwischenzeitlich anderswo untergekommen). Ferner führte er aus, daß die Beurteilungskriterien („Befähigung", „fachliche Qualifikation", „Eignung") zu diesem Schluß führten. Dem stehen beweisbar die Beurteilungen der Stationen sowie die theoretischen Leistungen gegenüber (alle 3 liegen zwischen 1 und 2). Der PR machte eine Umfrage, wonach fast alle Stationen bereit sind, den einen oder anderen zu übernehmen, da es so oder so an Personal fehlt, trotz belegter Planstellen (lt. Verwaltung). Zwischenzeitlich arbeitet die Betriebsgruppe an einer Dokumentation und kam zu dem Schluß, endlich mit Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen. Dies sollte auch in der ÖTV-Mitgliederversammlung (14.11.) eingebracht werden. Anwesend waren der Geschäftsführer der Kreisverwaltung Konstanz, Teile des hiesigen Ortsvorstandes, der Kreisjugendsekretär der ÖTV und ein relativ großer Teil der Mitglieder. Seitens der Funktionäre wurde wie folgt argumentiert: *„Es sei doch noch etwas zu machen. Man müsse alle formalen Wege der Verhandlungen gehen. Man müsse ganz sicher gehen, daß hier gewerkschaftliche Aktivitäten zur Nichtübernahme führten. Man könne kein Strohfeuer anzünden. Es gehe gewissen Leuten darum, namentlich in der Zeitung zu stehen. Der Landrat wolle sich für einen der Betroffenen aus sozialen Gründen einsetzen (allerdings an einem Krankenhaus 25 km entfernt), notfalls, wenn garnichts mehr ginge, müsse sich die Gewerkschaft eben um Arbeitsplätze für die 3 kümmern."*

Zum Schluß einigte man sich darauf, alle diese „formalen Verhandlungswege" innerhalb 2 Wochen auszuschöpfen, dann könne die Öffentlichkeitsarbeit beginnen.

Ob es dabei tatsächlich bleibt?

Eine Genossin aus Sigmaringen

Tarifrunde in den Seehäfen

Am 17. November beschloß die Bundestarifkommission der Seehäfen eine Forderung von 6 %, mindestens DM 100.- sowie eine Erhöhung der Schichtzuschläge um 20 % für die Spätschicht und 30 % für die Nachtschicht.

Somit hat der ÖTV-Vorstand es auch in den Häfen geschafft, die im DGB abgecheckte bundesweite Forderungshöhe durchzusetzen.

Dies entspricht auch genau der Linie, die Hamburgs Bürgermeister Klose als sogenannte „gemeinsame Erklärung" von ÖTV und Zentralverband der Hafenunternehmer nach dem Hafenarbeiterstreik Anfang dieses Jahres verkündete: *„Dieser besondere lohnpolitische Anpassungsprozeß .... ist hiermit abgeschlossen und nach Art und Höhe nicht wiederholbar."*

Zur Forderung muß noch gesagt werden, daß die Gewerkschaftsführung in altbekannter Manier den Kollegen vorrechnet, daß die Forderung in Wirklichkeit höher ist, wenn man die Schichtprozente dazurechnet. Es handelt sich jedoch um zwei verschiedene Belastungen. Außerdem ist interessant, daß der Mindestbetrag von DM 100.- bei unteren Lohngruppen erst zum Tragen kommt, wenn die ÖTV unter 5 % geht, während höhere Gehaltsgruppen bei 6 % mit über 250.- DM nach Hause gehen.

Daß es der ÖTV-Führung darauf ankommt, die sprunghaft gestiegene Beteiligung der Basis in den letzten beiden Tarifrunden wieder zu bremsen, hat der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, S. Merten, deutlich gemacht, indem er von vorneherein betonte, daß das diesjährige Ergebnis am Verhandlungstisch erreicht werden müsse.

Bei der HHLA, mit über 4.000 Beschäftigten größter Hamburger Hafenbetrieb, hat die ÖTV-Spitze allerdings wenig Erfolg mit ihrer Linie.

Trotz massiver Einschüchterungsversuche des zuständigen ÖTV-Sekretärs E. Rumpel und des Vertrauensleute-Vorstands ließen sich die Vertrauensleute nicht von ihrer Meinung abbringen, die sie in einem Großteils des Betriebes direkt mit den Kollegen ihrer Abteilung demokratisch abgestimmt hatten. Sie forderten einen Festgeldbetrag von DM 150.-, sowie Erhöhung der Schichtprozente um 20 % und 50 %.

Somit hat sich erstmals seit jahrelanger Diskussion in so einem grossen Betrieb die Opposition gegen die Prozentforderung durchgesetzt. Daran hat auch die Kollegengruppe „Alternative" einen guten Anteil, die seit mehreren Jahren im Betrieb das Rückgrat der Opposition bildet.

Sollte die Kraft gegenüber der ÖTV-Führung für die diesjährige Tarifrunde auch nicht ausreichen, so besteht hier doch ein wertvoller und ausbaufähiger Ansatz einer Gewerkschaftsopposition.

Hafenanleitung

ÖTV-Führung fordert 6,5%

Am 4.12. gab die ÖTV-Führung die Diskussionsgrundlage der Tarifforderung für die kommende Tarifrunde für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst bekannt: 6,5% sowie Erhöhung des Urlaubsgeldes von jetzt 150 Mark um 250 auf 400 Mark. Die Ausbildungsvergütungen sollen in den ersten Jahren um je 50 Mark und für das dritte um 40 Mark erhöht werden.

Wie vor jeder Tarifrunde bezeichnet der ÖTV-Vorstand diese Zahlen als „Empfehlung", in den nächsten acht Wochen sollen die Mitglieder darüber diskutieren und am 21. Februar wird sie „endgültig" beschlossen. Diese Empfehlung gilt auch für die Bahn, Post, Polizei, Forstwirtschaft und GEW. Neben den üblichen Aussagen gab Heinz Kluncker bekannt, daß bei dieser Forderung die *„spekulativen Preiserhöhungen"* einkalkuliert seien, die im Gefolge der Mehrwertsteuererhöhung zu erwarten seien („FR", 5.12.).

Verkürzte Arbeitszeit steht bei den ÖTV-Führern noch nicht auf dem Programm, in den folgenden Jahren soll die Urlaubsdauer behandelt werden.

ÖTV-Kommission

GEW

GEW-Westberlin
Übertritt perfekt

Am 5.12. entschied die Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin mit einer deutlichen Mehrheit von 195 : 53 : 3 (ja:nein:Enthaltungen) Stimmen eine Satzungsänderung, die den Übertritt in den DGB bzw. die GEW (Bund) wieder möglich macht.

Die Satzungsänderung enthält die Übernahme der sogenannten Generalklausel, d.h. alle Satzungsregelungen der GEW (Bund) gehen auch entgegenstehenden Regelungen der GEW Westberlin vor. Dies betrifft insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Per Vertrag hat sich die GEW Westberlin jedoch das Recht auf die eigene Auflösung bzw. Nichtauflösung (womit Frister die Drohung mit diesem Mittel genommen ist), das Recht auf die eigenständige Organbestimmung (Vorstand, Landesdelegierte) und das Recht auf die eigenständige Vermögensverwaltung vorbehalten. Am 7.12. haben die Delegierten der GEW im DGB, der Spaltergewerkschaft nach dem Ausschluß der GEW Westberlin aus der GEW (Bund), einer Fusion mit der GEW Westberlin zu einem einheitlichen Landesverband der GEW zugestimmt. In einem Vertrag zwischen den beiden Gewerkschaften ist festgelegt worden, daß die Fusion bis zum Sommer 79 abgeschlossen sein soll.

Die Hauptströmung unter den 251 Delegierten bildeten die Befürworter einer in jedem Fall zu vollziehenden Fusion. Sie argumentierten hauptsächlich damit, daß die GEW allein als Gewerkschaft nicht lebensfähig sei. N u r mit einer einheitlichen GEW in Westberlin und n u r im und mit dem DGB könnten die Interessen der Mitglieder vertreten werden. Ohne den DGB würde die GEW Westberlin auf lange Sicht zu einer Sekte werden. Alle Einwände, daß es heute nur sehr begrenzt möglich sei, im DGB fortschrittliche Gewerkschaftspolitik durchzusetzen, wurden mit dem Hinweis vom Tisch gewischt, das wäre nur eine Frage der Stärke der Linken. In der gleichen Weise wird von diesem Teil zur Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie argumentiert. Zwar wird z.B. die Kritik an den UVB's grundsätzlich geteilt, in der Praxis werden diese dann jedoch heruntergespielt. So schreibt der 1. Vorsitzende, Gerhard Schmidt, kurz vor der LVV: *"Zweifellos sind die Bedingungen zur Abschaffung (der UVB's – Anm.AK) so reif wie nie. Der Radikalenerlaß kann nicht wackeln und die UVB's bestehen."* Und wenn der Radikalenerlaß n i c h t wackelt?

Die entgegengesetzte Strömung vertrat im wesentlichen, daß bei einer Fusion gesichert sein müsse, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Westberlin nicht angewnadt werden dürften und daß die GEW Westberlin eine eigenständige Mitgliedschaft beibehalten müsse. Da beide Forderungen von Frister niemals akzeptiert werden konnten, denn weder will der DGB auf die UVB's verzichten, noch will Frister einen Landesverband, deren Mitglieder nicht vollständig unter der Kontrolle der Bundeszentrale stehen, war dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine generelle Absage an einen Wiedereintritt in die GEW (Bund). Dies wurde jedoch niemals s o vertreten, was die Befürworter einer Fusion durchaus berechtigt als Vorwurf erhoben.

Die dritte Strömung hält den ausgehandelten "Kompromiß" für "gewerkschaftspolitisch bedenklich" und "juristisch umstritten"; d.h. sie teilen nicht die Vorstellungen, daß innerhalb der GEW (Bund) die bisherige Gewerkschaftsarbeit der GEW Westberlin fortzusetzen ist, und sie sehen die Gefahr, daß sich die GEW Westberlin mit diesem "Kompromiß" faktisch aufgelöst hat und damit dem Diktat von Frister vollständig unterworfen ist (s. Artikel in diesem AK). Diese Delegierten kritisierten weiterhin die Eile, mit der die Fusion vollzogen wird, ohne "die bisherige Politik der GEW Berlin einzubringen bzw. für die Zukunft abzusichern" (aus einer Erklärung gegenüber der LVV). Sie schlugen deshalb vor, der Satzung eine Präambel voranzustellen, in der die wesentlichen gewerkschaftspolitischen Auffassungen der GEW Westberlin und eine eindeutige Absage an die UVB's zusammengefaßt werden. Da sie *"in der vorliegenden Situation (bei Nichtübernahme Rücktritt des Vorstands, drohende Spaltung), nicht die Möglichkeit einer Weiterarbeit ... bei Nichtübernahme (sehen)"*, erklärten sie sich bereit, bei Übernahme einer solchen Präambel für die Fusion zu stimmen.

Die von ihnen vorgeschlagene Präambel wurde schließlich von einer großen Mehrheit der Delegierten angenommen, womit die GEW Westberlin noch einmal ausdrücklich erklärt hat, daß sie alles tun wird, um die UVB's zu Fall zu bringen. Weiterhin beinhaltet dieser Teil die Unterstützung des Russell-Tribunals als konkreten Ausdruck des Kampfes gegen die Repression, die Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung usw.

Im Verlauf des Frühjahrs sollen die Delegierten für einen gemeinsamen Gewerkschaftstag der beiden Westberliner Verbände gewählt werden. Wenn die GEW Westberlin ihr Versprechen wahrmachen will, mit ihrem Eintritt in die GEW (Bund) die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit entscheidend zu stärken, wird eine sorgfältige Vorbereitung notwendig sein, damit die weitere Arbeit des neuen Landesverbandes von der GEW Westberlin und nicht vom jetzigen Fristerverband bestimmt wird.

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg



In der Präambel zum satzungsändernden Beschluß, der auf der ordentlichen Landesvertreterversammlung am 5./6.78 mit einer 3/4 Mehrheit ge- verwaltung sowie die Verwaltung des Beitragsanteils als Rechte den Landesverbänden zugestanden werden, heißt es doch in dem Urteil des Land- eine eigenständige Mitgliedschaft in der GEW Westberlin nicht mehr. Laut Landesgerichtsurteil vom März 76 "ist ein Verein ohne Mitglieder



Lemke kämpferisch auf Klose-Kurs

Nach dem Motto „Der DBG darf Bürgermeister Klose nicht im Regen stehenlassen" hat der Hamburger GEW-Vorsitzende Lemke jetzt einen neuen Beweis seines „kämpferischen" Auftretens geliefert. Zur Delegiertenkonferenz des Hamburger DGB hatten die GEWler einen Antrag zur Unterstützung von Kloses Positionen in der Radikalenfrage vorgelegt. Dem entgegen stand ein Antrag der rechten DGB-Mafia unter Federführung des Hamburger DGB-Chefs Saalfeld, der schon bei der Abstimmung im SPD-Parteivorstand die Klose Position nicht unterstützt hatte. Es wurde *„lange und streckenweise leidenschaftlich"* („HA", 6.12.) diskutiert, und als dann nach einer knappen Mehrheit für das Saalfeld-Papier Lemke eine nochmalige schriftliche Abstimmung verweigert wurde, wurde er radikal. Mit den Worten „so geht das nicht" zogen er und seine Getreuen aus der Versammlung aus.

So gut es auch ist, wenn der rechten DGB-Mafia mal Paroli geboten wird, so ist doch nicht zu übersehen, daß Lemke sich ganz bestimmte Anlässe für seine kämpferischen Auftritte aussucht – nämlich solche, wo für innerparteiliche Fraktionskämpfe etwas herausspringt.

Erinnern wir uns: Als sich im Dezember 1977 1600 Hamburger Lehrer in einer Anzeige gegen die ‚Sympathisanten'-Hetze an die Öffentlichkeit wandten, war Lemke nicht unter den Unterzeichnern. Aber was ist schon die Organisierung des Widerstands gegen die Einschüchterung im Herbst 77 gegen die große Aufgabe, das Image der SPD aufzupolieren? Lemkes Eklat war hier schon wichtig, denn bisher waren die Versuche, Klose als Vorkämpfer für Demokratie und Meinungsfreiheit zu verkaufen, nicht sehr erfolgreich. Die gemeinsame Unterschriftensammlung von GEW, HBV und Drupa zur Unterstützung der Klose-Positionen blieb mit ca. 5000 Unterschriften weit hinter den Erwartungen zurück. Eine linke Variante, die wir im AK 142 vorstellten, wurde bei ca. 600 erreichten Unterschriften abgebrochen. Schließlich gab es noch, quasi als ‚goldenen Mittelweg', eine wesentlich von DKP-orientierten Kollegen initiierte Unterschriftensammlung, die als Anzeige im Hamburger Abendblatt erscheinen soll. Mangels Masse mußte der Erscheinungstermin inzwischen verschoben werden.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

sammlung aus.
So gut es auch ist, wenn der rechten DGB-Mafia mal Paroli geboten wird, so ist doch nicht zu übersehen, daß Lemke sich ganz bestimmte Anlässe für seine kämpferischen Auftritte aussucht – nämlich solche, wo für innerparteiliche Fraktionskämpfe etwas herausspringt.
von DKP-orientierten Kollegen initiierte Unterschriftensammlung, die als Anzeige im Hamburger Abendblatt erscheinen soll. Mangels Masse mußte der Erscheinungstermin inzwischen verschoben werden.
Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Hat sich die GEW-Westberlin [nicht] aufgelöst?

In der Präambel zum satzungsändernden Beschluß, der auf der ordentlichen Landesvertreterversammlung am 5./6.78 mit einer 3/4 Mehrheit gefaßt wurde, heißt es: " ... *Vorbeugend erklärt die Landesvertreterversammlung nachdrücklich, daß alle Interpretationen, die aus der Neuformulierung der Satzung am 5.12.78 eine Auflösung herleiten wollen, nicht im Einklang mit dem satzungsändernden Beschluß und dem Willen (!) der Landesvertreterversammlung stehen."*

Um die Frage der Auflösung der GEW-Westberlin hatte sich die ganze Argumentation gedreht, die bei dem Kampf der Westberliner Kollegen gegen die durch die GEW-Bund geplante Zentralisierung und Entdemokratisierung der GEW eine Rolle gespielt hat. Im September 75 hatte die GEW Westberlin die Bundessatzung mit der von Frister für alle Landesverbände geforderten satzungsändernden 2/3 Mehrheit übernommen. Damals klagten GEW-Mitglieder gegen diesen Beschluß erfolgreich. Das Landgericht Berlin stellte am 29.3.76 fest: *"Nach der neugefaßten Satzung der GEW-Bund gibt es keine selbständigen Landesverbände mehr. Die Landesverbände haben nicht mehr das Recht, den auf sie fallenden Teil der Beiträge zu bestimmen; die bisherigen Organe der Landesverbände, insbesondere der Vorstand, sind nunmehr Organe der GEW-Bund ...Durch die Übernahme der Generalklausel wurde der Berliner Landesverband 'völlig unselbständig' "*.

Genau die vom Gericht beschriebene Situation ist nach der Annahme der "Änderung der Satzung der GEW Berlin" am 5.12. eingetreten: die "Generalklausel" wurde übernommen; Regelungen der Satzung der GEW-Bund haben Vorrang vor Regelungen der Satzung der GEW-Westberlin. D.h., die Satzungsänderungen, die durch die Vertreterversammlung der GEW-Bund vorgenommen werden, haben Geltung für die GEW-Westberlin, Der Bund kann also direkt in die GEW-Westberlin, wie in alle anderen Landesverbände auch, hineinregieren. Als Vorbehalte gegenüber der Satzung der GEW-Bund werden in der Satzungsänderung genannt: die eigene Vermögensverwaltung, die eigenständige Verwaltung des Beitragsanteils sowie die Organbestellung. Abgesehen davon, daß in der Bundessatzung die Vermögensverwaltung sowie die Verwaltung des Beitragsanteils als Rechte den Landesverbänden zugestanden werden, heißt es doch in dem Urteil des Landgerichts Westberlin, daß es im Hinblick auf die Selbständigkeit eines Landesverbandes darauf ankommt, die H ö h e des Beitragsanteils selbständig zu bestimmen. Dies Recht hat die GEW-Westberlin nicht. D.h. auch die GEW-Westberlin wird zukünftig abhängig sein von der Bemessung der Finanzen durch die GEW-Bund. Mag heute auch noch der Anteil, der den Landesverbänden zur Verfügung steht, höher sein als der Anteil, der an die GEW-Bund geht: wie aus der Entwicklung der Industriegewerkschaften zu ersehen ist, geht die Tendenz eher in die gegenteilige Richtung. Und da nutzt dann eine eigene Verwaltung nicht viel, wenn die Kasse leer ist.

Der andere Vorbehalt ("eigene Organbestellung") rüttelt auch nicht an der Abhängigkeit der GEW-Westberlin von der GEW-Bund.

Wie das Urteil des Landgerichts feststellt, geht es bei der Selbständigkeit eines Verbandes nicht um die "Bestellung" der Organe, sondern darum, zu welcher Gliederung die Organe gehören. Dies stellt die Bundessatzung eindeutig fest: In § 16,5 werden als Organe der GEW genannt: *"Die Vertreterversammlung der Landesverbände und die von ihnen vorgesehenen Organe der Landesverbände ..."* Als Organ der GEW-Bund ist natürlich jeder Landesverband an die Beschlüsse des Hauptvorstandes gebunden.

Der von der GEW-Westberlin immer wieder als entscheidend herausgestellte Vorbehalt: die eigene Mitgliedschaft in der GEW-Westberlin wurde auf der Vertreterversammlung am 5.12. auch aufgegeben: Hieß es in der am 23.11.76 beschlossenen Satzung: *"Die Mitgliedschaft in der GEW Berlin beinhaltet gleichzeitig die Mitgliedschaft in der GEW (Bundesorganisation)"*, so liest sich dieses jetzt so: *"Die Aufnahme in die GEW Berlin (BVL) wird durch die Aufnahme in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vollzogen. Damit wird die Mitgliedschaft in der GEW Berlin begründet. Die Aufnahme in die GEW Berlin erfolgt ausschließlich (!) nach der Regelung die für die Mitgliedschaft gemäß § 8 der Satzung der GEW."* Damit gibt es eine eigenständige Mitgliedschaft in der GEW Westberlin nicht mehr. Laut Landesgerichtsurteil vom März 76 *"ist ein Verein ohne Mitglieder begrifflich undenkbar."*

Auch das in der Satzung beibehaltene Recht, über die Auflösung des Landesverbandes selber zu bestimmen, was z.B. auch in der Hamburger Landessatzung noch enthalten ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der am 5.12. beschlossenen Satzungsänderung die GEW-Westberlin sich wie auch die anderen Landesverbände aufgelöst hat.

Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß für diese LVV nicht ausdrücklich zur Abstimmung über die Auflösung der GEW-Westberlin eingeladen wurde. In einem Urteil des Landgerichts Frankfurt vom 29.5.78 stellt dieses in Bezug auf die Satzungsübernahme in Schleswig-Holstein, die auch nicht in der Form einer Abstimmung über die Auflösung stattgefunden hat, fest: *"Die Wirksamkeit der Übernahme der Budnessatzung bestehe trotz fehlender Auflösungsmehrheit von 3/4 der Mitglieder, obwohl die Übernahme der Budnessatzung rechtlich als Auflösung des Landesverbandes zu qualifizieren sei, hätten die Mitglieder des Landesverbandes die Änderung hingenommen. Diese faktisch (!) erfolgte Auflösung sei damit auch rechtlich anerkannt."*

Sicherlich kann es zukünftig von einiger Bedeutung sein, in der Präambel festgehalten zu haben, daß eine Auflösung des Verbandes nicht gewollt war, keine Interpretation kann aber über die Fakten des Satzungstextes hinwegtäuschen.

Frister sieht die Übernahme realistisch. In zwei Briefen, einem an die Mitglieder der Spalter-GEW und einem an den Vorstand der GEW-Westberlin, stellt er klar, daß mit der Satzungsübernahme durch die GEW-Westberlin alle Auflagen der GEW-Bund erfüllt sind und von einer "materiellen Sonderstellung' des Westberliner Landesverbandes nicht die Rede sein kann. Hinsichtlich der Handhabung von Ausschlüssen stellt er unmißverständlich klar, daß diese ausschließlich nach der Satzung der GEW" vorgenommen werden.

Mit dieser Realität müssen die Westberliner Kollegen sich in Zukunft herumschlagen.

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

GEW-Unterrichtsmaterialien zur „Reichskristallnacht"

Herausgegeben von der GEW-Hamburg erschien anläßlich des vierzigsten Jahrestags der sogenannten „Reichskristallnacht" zu diesem Thema das 3. Heft der „GEW-Unterrichtsmaterialien" (Heft 1: Neofaschismus; Heft 2: Jugendarbeitslosigkeit). Es handelt sich dabei um eine Sammlung meist authentischer Dokumente zur Judenverfolgung in Nazi-Deutschland, die sich nicht nur auf die „Reichskristallnacht" beschränken.

Im Vorwort wird an ein Zitat von Th.W.Adorno erinnert und als Motto vorangestellt: **„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung".**

Um dieser Forderung nachzukommen, wird die Notwendigkeit unterstrichen, *„im Unterricht über das ohnmächtige Schaudern vor den faschistischen Verbrechen hinauszugelangen"*. Zum einen gehe es darum, die Ursachen des Faschismus im Unterricht zu beleuchten, zum anderen darum, den Schülern eine Zukunfts- und Handlungsperspektive zu geben, d.h. insbesondere ein antifaschistisches Bewußtsein bei ihnen zu fördern, sie über den Widerstand gegen den Faschismus zu informieren und sie gegen Minderheitenhetze und -verfolgung zu sensibilisieren.

Entsprechend gestaltet sich der Aufbau des Materialteils: In einem ersten Abschnitt wird die antisemitische Ideologie bereits vor der Machtergreifung der Faschisten dokumentiert u.a. durch einen Wahlaufruf der Christlich Sozialen Partei aus dem Jahre 1903. Dies wird mit der Position der Linken konfrontiert, die bereits 1893 eine Resolution von A.Bebel auf dem Parteitag der SPD diskutierte, in der der Antisemitismus scharf verurteilt wurde und als Herrschaftsideologie bestimmter Kapitalisten entlarvt wurde.

In den folgenden Teilen wird ausführlich und eindrucksvoll die Systematik belegt, mit der die Nazis seit ihrer Machtübernahme die Vernichtung der Juden planten und durchführten. Das reicht von ersten Aufrufen zu Judenboykotten und den Judengesetzen bis zur ausführlichen Darstellung der Vorfälle während der „Reichskristallnacht", wobei viele Augenzeugenberichte herangezogen werden und schließich der endgültigen Vernichtung der Juden in den KZs.

Entgegen dem Anspruch im Vorwort ist leider der Teil über den Widerstand gegen die Judenverfolgung etwas weniger ausführlich geraten. Es werden lediglich einige Berichte gegenübergestellt, die belegen, daß in Deutschland nur vereinzelt und heimlich den Juden von Deutschen Hilfe zuteil wurde, während in Frankreich und Holland breite Proteste in der Bevölkerung – bis hin zu Streiks – als Reaktion auf die Judenverfolgung entstanden.

Völlig unerwähnt bleibt der Widerstand gegen den Faschismus schon vor der Machtergreifung, insbesondere durch die Kommunisten und was mit diesen geschah. Hier bleibt leider auch die GEW dem vorgeschriebenen Geschichtsbild treu. Stattdessen wird lediglich der enge Zusammenhang zwischen antisemitischer und antikommunistischer Nazipropaganda aufgezeigt. Es wäre vorzuschlagen, daß eine weitere Unterrichtseinheit sich etwas ausführlicher mit diesem Thema beschäftigt.

Abgeschlossen wird der Materialteil durch den Bezug zur Gegenwart, in dem exemplarische Belege neofaschistischer Aktivitäten in der BRD gegeben werden.

An den Materialteil schließen didaktische Hinweise an, eine kommentierte Filmliste, eine Literaturliste und eine Übersicht über geeignete Kinder- und Jugendbücher zum Thema Faschismus.

Alles in allem ist die Erstellung dieser Unterrichtseinheit sehr zu begrüßen und ihre Verwendung im Unterricht zu empfehlen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW-Versammlung gegen Faschismus

Bochum: Am 30.11. fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung zum Thema Faschismus – Neofaschismus statt. Ein Referat informierte die Versammelten über den antifaschistischen Widerstand im Ruhrgebiet, ein weiterer Beitrag beschäftigte sich mit der Behandlung des Faschismus im Unterricht.

Am Tag darauf lud der Ortsverband Bochum zu einem Konzert mit den Schmetterlingen ein: 2500 Menschen kamen. Der erste Teil des Konzertes beschäftigte sich entsprechend den Wünschen des GEW-Ortsvorstandes mit dem Thema Faschismus – also die beste Ergänzung zu der am Tage zuvor stattgefundenen Mitgliederversammlung. Weiterhin informierte die CISNU über den faschistischen Terror im Iran. Die GEW informierte über die Ausschlüsse einiger ihrer Mitglieder durch den Hauptvorstand.

Professoren wollen streiken

Bremen: In einer Urabstimmung haben sich die gewerkschaftlich organisierten Hochschullehrer an der Bremer Universität mit 89,9 % für einen Streik vom 12. bis zum 14. Dezember ausgesprochen. Die Durchführung des Streiks hängt jetzt noch von der Entscheidung des GEW-Hauptvorstandes ab.

Die Hochschullehrer wollen mit dieser Kampfmaßnahme erreichen, daß 58 derzeit mit Zeitverträgen beschäftigte Assistenzprofessoren als Beamte auf Lebenszeit übernommen werden. („FR", 7.12.78).



Sowas gibt's

Der Münchener Werksarzt der dortigen Stadtwerke Dr. Juritza hatte vor einigen Wochen ein Gutachten erstellt, in dem er behauptete, Frauen seien wegen ihrer zu kurzen Daumen und zu langen Zeigefinger als Schlosserinnen oder Mechanikerinnen nicht geeignet! Die Stadtwerke müssen mittlerweile aber doch zumindest erstmal 30 Frauen in der Lehrwerkstatt ausbilden.

Vorbild Italien: Die Psychiatrie wird abgeschafft

Was in der BRD undenkbar, wird in Italien Wirklichkeit: Per Gesetz werden die psychiatrischen Anstalten aufgelöst. Weitergehend heißt es: „*Es ist verboten, psychiatrische Kliniken zu bauen und gesonderte Abteilungen einzurichten.*" Wer seelisch krank wird, erhält Hilfe entweder von Pflegern zu Hause oder ärztliche Betreuung in einem Allgemeinkrankenhaus. Damit gibt es keine Geisteskranken mehr, sondern „*nur Mitmenschen, die ein seelisches Leiden haben wie andere einen Beinbruch*" (Basaglia). Erste Erfolge zeigen sich beispielsweise in der Provinz Rom, hier wurden 33 % weniger Kranke aufgenommen als in denselben Monaten des Vorjahrs.

Die alten Bestimmungen zur Zwangseinweisung psychisch Kranker oder Behinderter werden aufgehoben. Grundsätzlich ist die medizinische Abklärung und Behandlung freiwillig. Dies steht im extremen Gegensatz zur BRD-Realität der Zwangseinweisung und -behandlung mit Medikamenten und Instrumenten.

Kürzlich meinte ein bundesrepublikanischer Klinik-Chef: „*50 bis 70 % unserer Patienten könnten wir entlassen, gäbe es mehr fachliche ambulante Betreuung*" Diese Pfleger werden zur Zeit in Italien verstärkt ausgebildet. Schon lange wissen Psychiater in den USA, daß erst die Hospitalisierung, d.h. das Einsperren der Patienten hinter den dicken Mauern der Psychiatrien, aus Verhaltensstörungen Krankheiten macht. Schon hier wurde als Fernziel die Auflösung der Kliniken gefordert.

Dies ist auch der Grundsatz der Reformbewegung der italienischen Psychiater. Im Vordergrund steht der psychisch Kranke als Opfer gesellschaftlicher Unterdrückung. Die Betroffenen wurden von ihrer Umwelt isoliert, ihre Beziehungen zerstört. Deshalb muß der Patient im „*ganz normal kranken Alltagsleben*" (Basaglia) betreut und in seiner Umgebung integriert werden. Um dies zu erreichen, bekam jeder Patient eigene Schlüssel; Möbel und Kleidung wurden nach Belieben zusammengestellt, eine Patienten-Genossenschaft arbeitet auf eigene Rechnung usw. Sämtliche Beschränkungen wurden abgebaut, die Patienten werden zu Selbstvertrauen und Eigenverantwortung erzogen.

Die gesetzlichen Vorschriften werden jetzt in Italien nur langsam erfüllt, doch im Gegensatz zu anderen Staaten ist eine Grundlage geschaffen für das Ziel: „*Psychiatrie müßte heißen, dafür zu kämpfen, daß allen das Recht, über sich selbst zu verfügen, zurückgegeben wird, daß sie nicht unterdrückt und getäuscht werden*" (Jarvis). (Informationen: „Spiegel" Nr. 47, 20.11.78).

Behinderten-Kommission



Patienten in eigener Klinik-Wohnung

Dies ist auch der Grundsatz der Reformbewegung der italienischen Psychiater. Im Vordergrund steht der
Patienten in eigener Klinik-Wohnung

HBV

Rationalisierung sorgt für niedrigere Prämien

Erbost über das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen ist der absolute Versicherungsriese der BRD (übrigens auch Europas): Die Allianz-Versicherung (München).

Das Bundesaufsichtsamt hatte den von der Allianz vorgelegten neuen Tarif für die Kfz-Haftpflichtversicherung abgelehnt und wird wohl auch den neuen Tarif zur Kfz-Teilkaskoversicherung ablehnen.

Der Grund: Die Allianz will die vom Bundesaufsichtsamt ausgegebenen Erhöhungsrichtlinien bei der Haftpflicht (8,6%) und bei der Teilkasko (11%) um 20% bzw. 50% unterbieten, und sich damit mehr Kunden anlocken.

Interessant ist dafür die Begründung der Allianz: Die geringere Anhebung wird ausschließlich mit einer enormen Verwaltungskostenersparnis (=Rationalisierung) begründet. Wer die Vorreiterrolle der Allianz bei der Rationalisierung kennt, dem erscheinen massive Einsparungen im Personalkostenbereich als durchaus wahrscheinlich. Während alle anderen Versicherungsgesellschaften noch dabei sind, die Mitarbeiter in den Geschäftsstellen abzubauen, indem die Arbeit in den Hauptverwaltungen zentralisiert und auf Bildschirmarbeit umgestellt wird, hat die Allianz diesen Schritt schon hinter sich: 1.500 Mitarbeiter blieben dabei auf der Strekke. Jetzt fängt sie testweise an, die Arbeit wieder über Bildschirmgeräte, die an den Zentralcomputer in der HV angeschlossen sind, auf die Geschäftsstellen zu verlagern.

Das heißt: Bei der Allianz werden jetzt die Arbeitsplätze in der Hauptverwaltung massiv abgebaut.

Die Konkurrenzvorteile, die die Allianz sich gegenüber anderen Versicherungen verschaffen will, sind also keine „Großzügigkeit" gegenüber den Kunden, sondern werden (und wurden bereits) von den Angestellten bzw. Nicht-mehr-Angestellten dieses Versicherungshais bezahlt.

Versicherungszelle
KB/Gruppe Hamburg

Befragung der Kollegen nur unter

Befragung der Kollegen nur unter den Augen der Kapitalisten?

Mit den hanebüchensten Argumenten hat die Iduna-Geschäftsleitung in Hamburg dem Betriebsrat das selbstverständliche Recht auf Begehung und persönliche Befragung von Kollegen an allen Bildschirmplätzen der Iduna verboten, die der BR zunächst einstimmig beschlossen hatte.

Eine Kostprobe der Argumentation: Der BR verunsichere die Mitarbeiter durch eine Begehung, denn wenn der BR Untersuchungen über Teppiche durchführt, denken alle, mit diesen Teppichen sei etwas nicht in Ordnung. Genauso ist es mit Untersuchungen über Bildschirmarbeit. Nun ja, deutlicher kann man es nicht sagen.

Die knappe Mehrheit des BR's schätzte dennoch die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung höher ein als die Probleme der Kollegen und hob seinen alten Beschluß zugunsten eines Fragebogens wieder auf. Aus Protest gegen diesen Rückzieher legte ein Mitglied des Extra-Ausschusses „Datensichtgeräte" sein Amt nieder.

Immerhin „durfte" schließlich eine Testbefragung des BR's unter Aufsicht der Geschäftsleitung (Verhältnis 3:5 zugunsten der Geschäftsleitung) bei ca. 20 Kollegen gemacht werden. Glücklicherweise ließen sich diese Kollegen durch die Anwesenheit der Geschäftsleitungsvertreter nicht einschüchtern. Als Probleme wurden benannt: Nacken-, Augen- und Kopfschmerzen, permanenter Streß und monotone Arbeit.

Der BR wurde aufgefordert, sich für eine vernünftige Pausenregelung einzusetzen, sofortige Augenuntersuchungen incl. regelmäßiger Nachuntersuchungen durchzusetzen und – als Hauptforderung – massiv dafür zu sorgen, daß eine abwechslungsreichere Arbeit erhalten bleibt, denn bei 8 Stunden Bildschirmarbeit täglich würde die Unzufriedenheit unter den Kollegen noch wachsen.

Erfreulich an dieser Entwicklung ist, daß sich hier das erste Mal wenigstens 20 der ca. 200-300 z.Zt. betroffenen Kollegen gemeinsam über ihre Probleme unterhalten haben und gemeinsam Forderungen aufgestellt haben.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Und das nicht nur zur Weihnachtszeit ...

Insgesamt schätzt die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels den zu erwartenden zusätzlichen Weihnachtsumsatz 1978 auf 17 Mrd. DM („HA", 18./19.11.78). Die Kapitalisten können sich also einen hohen Profit ausrechnen.

Was diese Zahl andererseits für die in den Geschäften des Einzelhandels beschäftigten Kolleginnen und Kollegen bedeutet (nämlich eine noch schärfere Arbeitsbelastung durch die nunmehr zu erwartenden Käuferanstürme), wird man/frau noch deutlicher durch einen Blick auf die Beschäftigtenentwicklung in den großen Kaufhausketten ermessen: Laut „Wirtschaftwoche" 43/78 wurden in den Jahren 1972 - 78 bei Karstadt, Kaufhof, Neckermann und Horten insgesamt 5.500 Kolleginnen und Kollegen (das sind 3 % der dort Beschäftigten) „freigesetzt"!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Patient starb ohne Sauerstoff

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Führt fand die Berufungsverhandlung gegen die Anästesieärztin Dr. Adelheid B. und Dr. Alexander D. statt. Angeklagt waren sie wegen fahrlässiger Tötung: Im November 1975 kam es während einer komplizierten Darmoperation durch eine Blockierung der Sauerstoffzufuhr zum Herzstillstand des Patienten. Die verantwortliche Anästhesistin hatte währenddessen einen Kollegen im benachbarten Operationssaal vertreten. Durch sofortige Herzmassage und Sauerstoffbehandlung konnte der Patient zuerst gerettet werden, er starb jedoch wenige Tage später an den Folgen der Narkosepanne.

In der ersten Verhandlung waren die beiden Ärzte zu 6.000 DM und 1.500 DM Geldstrafe verurteilt worden. Sie legten Berufung ein, da sie sich bei diesem Vorfall nicht schuldig fühlten: Dr. Adelheid B. klagte an, daß im Fürther Krankenhaus ein eklatanter Mangel an Anästhesisten bestünde. Überhaupt könnte der Betrieb nur dadurch aufrechterhalten werden, weil die Kollegen sich gegenseitig hülfen. Es sei schon nicht mehr als Besonderheit empfunden worden, wenn ein Anästhesist zwei benachbarte Operationssäle betreute. Ihr Kollege stimmte ihr zu, zudem habe er selbst bei der Anästhesie nur hospitieren wollen. Er war rund sechs Wochen dabei, als es zu dem Unfall kam. In dieser Zeit sei er niemals systematisch unterrichtet worden (die Fachausbildung dauert vier Jahre). Er habe sich sein erstes Wissen selbst erarbeiten müssen und sei keinem bestimmten Arzt zugeteilt worden. In der jetzigen Berufungsverhandlung wurden die beiden Ärzte zu 3.000 DM und 3.150 DM Geldstrafe verurteilt, das Krankenhaus und die Behörden kamen ungeschoren davon („NN", 20.6.78, „NN", 7/10.11.78, „NZ" 7./10.11.78).

• • •

Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt

„*Rund fünf Prozent der Hamburger Bevölkerung bezogen 1977 Sozialhilfe*" („Hamburger Abendblatt", 25.10.78).

Das bedeutet einen Anstieg von 3,3 % gegenüber dem Vorjahr. Nach Arbeits- und Sozialsenator Ehlers ist dies als „*Folge der wirtschaftlichen Entwicklung*" zu sehen („HA", 25.10.78). Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Baden-Württemberg beträgt nach Aussagen des Statistischen Landesamts in Stuttgart 213.782. Der größte Teil davon sind Frauen. Von 1.000 Frauen erhalten 26 Sozialhilfe. Von 1.000 Kindern und Jugendlichen erhalten 26 Sozialhilfe, von 1.000 Bürgern über 60 Jahren 37, von 1.000 Männern 13.

Eine Studie des Bundesfamilienministeriums stellte fest, „*daß zum Beispiel etwa jeder zweite ältere Bürger, der in Not lebt, dennoch auf die staatliche Unterstützung verzichtet*" („HA", 6.4.78).

Das bedeutet, daß die Zahl der wirklich Armen in der BRD noch wesentlich größer ist als die Zahl der Sozialhilfeempfänger.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg und
KB/Gruppe Nürnberg

Wartelisten bei Herzoperationen 1700 Patienten sterben jährlich

Eine Herzoperation kostet 20.000 bis 25.000 DM. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz sieht aber für eine Heroperation nur die üblichen Tagessätze vor, die etwa 3.000 DM betragen.

Daraus ergibt sich, daß diese Operationen ein Verlustgeschäft für die Krankenhausträger sind. Darum werden jährlich im ganzen Bundesgebiet auch nur 5.520 Eingriffe vorgenommen, obwohl mindestens 25.650 notwendig wären: Krankheitspolitik in der BRD.

• • •

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsadr.
Auflage: 13.000
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00
Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents
Einem Teil dieser Auflage liegt eine Beilage bei!

Behindertenforum in Bremen: Durchbrecht das Schweigen, ergreift das Wort!

Am 28./29. Oktober fand im Bürgerhaus in Bremen-Vahr ein Behindertenforum statt. Initiert von der Bremer Volkshochschule, sollten *„im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen und einem Filmbeitrag die Situation Behinderter im Lande Bremen problematisiert werden und Maßnahmen zur Reduzierung von Benachteiligungen im gesellschaftlichen Leben diskutiert werden"* (aus dem Vorbereitungspapier). Die beiden Themen waren:

1. Verhindert der angestrebte Behindertenplan die Isolierung und Ausgrenzung Behinderter?
2. Kann die gegenwärtige Rehabilitationspolitik Benachteiligungen Behinderter im Beruf und Arbeitsmarkt aufheben?

Die Teilnehmer der Diskussion am Samstag waren : Gerhard Anders, Senator für Soziales, Jugend und Sport, Bremen; Arthur Böpple, Reichsbund der Kriegs - und Zivilbeschädigten, Bremen; Prof. Dr. Wolfgang Jantzen, Universität Bremen

Diskussionsleitung: Horst Frehe.

Was ist der Landesbehindertenplan?

„Der Entwurf des Bremer Behindertenplanes in der Fassung von 1976 – Hilfen für Behinderte – sieht die Einrichtung einer Kooperationsstelle für Behinderte vor, die Planungsvorhaben in diesem Bereich koordinieren und weiterentwicklen soll. In einem besonderen Teil sieht der Plan nach Schädigungsformen gegliederte Maßnahmen in den Bereichen: allgemeine Vorbeugung - Früherkennung – Beratung – Rehabilitation - nachgehende Hilfen – kompensatorische Hilfen - vor" (aus dem Vorbereitungspapier).

Eingeleitet wurde die Diskussion mit der Definition von Behinderung, wie sie dem LBPI (Landesbehindertenplan) vorangestellt und zugrunde gelegt ist. Daran wurde kritisiert, daß Behinderung als Unvermögen, den gesellschaftlichen Anforderungen und Verpflichtungen „normal" nachzukommen, definiert wird. So wird denn auch in diesem Zusammenhang explizit von Behinderung als „Regelwidrigkeit" (!) gesprochen. Der Begriff „Integration" wird darauf festgelegt, dem Behinderten durch entsprechende Maßnahmen *„ein Leben in der Welt der Nichtbehinderten"* zu ermöglichen. Das bedeutet, auf den Behinderten wird ein Anpassungszwang ausgeübt, sich den Normen und Lebensgewohnheiten der Nichtbehinderten unterzuordnen. Andere Wertvorstellungen und Lebensformen Behinderter werden nicht akzeptiert und gar eine „Integration" Nichtbehinderter in die Lebensweise Behinderter ist unerwünscht. Ein Beispiel:
und Lebensformen Behinderter werden nicht akzeptiert und gar eine „Integration" Nichtbehinderter in die Lebensweise Behinderter ist unerwünscht. Ein Beispiel:
Es ist durchaus vorstellbar und nicht ungewöhnlich, daß behinderte Kinder in Regelschulen eingegliedert werden. Umgekehrt wird es aber schlichtweg abgelehnt, nichtbehinderte Kinder in Behindertenschulen einzugliedern mit der Begründung, *„daß dies einen nachteiligen Einfluß auf sie haben könnte."* Welchen Einfluß und warum, bleibt dahingestellt.

Besonders scharf wurde die Behauptung von Senator Anders (SPD) zurückgewiesen , geistig Behinderte seien „bildungsunfähig". Dies sei ein rein medizinischer Standpunkt und in keiner Weise pädagogisch haltbar. Vielmehr sei dies eine Argumentation, die im Nationalsozialismus (!) zur Rechtfertigung der Euthanasieideologie gedient habe.

Zu diesem Punkt der Diskussion erfolgte eine Reihe von Beiträgen aus dem Publikum, die konkrete Beispiele eigener Betroffenheit dokumentierten.

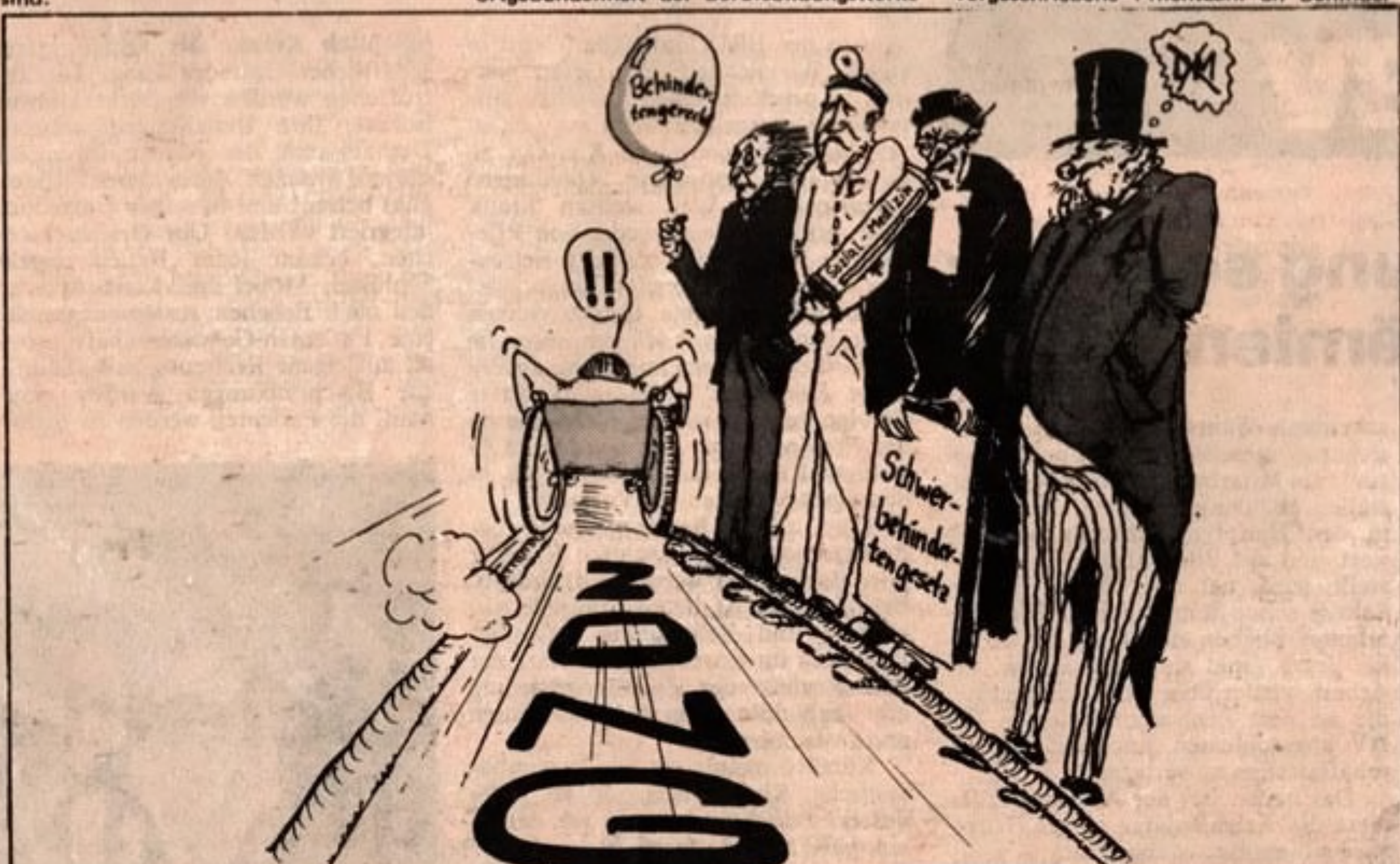
Daran schloß sich die Forderung an: Jede Behinderung hat ihre eigene individuelle Problematik. Diese Individualität muß zum Ausgangspunkt jeder Überlegung gemacht werden, den Behinderten zu unterstützen.

Eine pauschale Kategorisierung der Behinderten, als einheitliche „Problemgruppe", für die global „behindertengerechte" Planungskonzepte entworfen werden, ist unmöglich und abzulehnen.

Die Frage der Kooperationsstelle für Behinderte, wie sie im LBPI vorgesehen ist, wurde unter diesem Gesichtspunkt betrachtet. Unklar, welche konkreten Aufgaben und Kompetenzen diese Stelle eigentlich haben soll, unklar, von wem diese Stelle geleitet werden soll, wurden in der Diskussion eigene Kriterien aufgestellt und gefordert: diese Einrichtung müßte hauptsächlich mit Behinderten besetzt sein. Ihre Aufgabe sollte es sein, die Fülle und Verschiedenheit der Rehabilitationsmaßnahmen für den einzelnen Behinderten zu koordinieren und eine Einhaltung der dem Behinderten zustehenden Hilfeleistungen zu kontrollieren. Die Kooperationsstelle solle damit den Charakter einer Kontrollstelle für die Belange der Behinderten haben. Diese Forderung wurde vom Senator als „anmaßend" bezeichnet und abgelehnt, weil ein Recht auf Kontrolle nicht gegeben sei und ausschließlich bei den zuständigen gesetzlichen Institutionen liege.

Einen anderen Streitpunkt bildete die Frage: *„Welche Aufgaben haben die Beratungsstellen der Gesundheitsämter? Können sie die Fülle und Verschiedenheit der Aufgaben überhaupt leisten?"*

Im Bremer LBPI ist vorgesehen, eine zentrale Hauptstelle der Gesundheitsbehörde einzurichten, in der die verschiedenen Betreuungsaufgaben zusammengefaßt sind.



Dagegen wurde die Forderung erhoben, dezentrale, wohnortgebundene Beratungsstellen einzurichten, die sowohl mit Medi- werfen für den behinderten Auszubildenden Probleme auf. Er wird ghettoisiert. meist außerhalb einer fremden Großstadt. tenarbeitsplätzen geschickt unterlaufen, indem man einfach Kollegen zu „Behinderten" erklärt.

Dagegen wurde die Forderung erhoben, dezentrale, wohnortgebundene Beratungsstellen einzurichten, die sowohl mit Medizinern, Sozialarbeitern, Psychologen sowie einer Reihe von Behinderten besetzt werden, bei denen auch die Entscheidungskompetenz liegt.

Begründet wurde diese Forderung aus den Erfahrungen mit der gängigen Praxis der Amtsärzte und Gesundheitsbehörden. Generell läßt sich feststellen, daß diese Institutionen Behinderten Unterstützungsmaßnahmen eher vorenthalten oder verweigern. Je weiter diese Institution von der Situation des Behinderten entfernt ist, desto skrupelloser übt sie diese Verweigerungspraxis aus. Man kann davon ausgehen, daß behinderte Mitarbeiter von der eigenen Betroffenheit her größeres Verständnis für die Nöte von Behinderten haben.

Eine Kenntnis der sozialen Umwelt (z.B. durch Wohnortgebundenheit) ist dabei unerläßlich. – Auch diese konkrete Forderung wies der spezialdemokratische Senator zurück, das sei kein Bestandteil des LBPI. Beendet wurde der Samstag mit dem Film: „Der Weg des Hans Monn". Darin wird die Geschichte eines für schizophren erklärten und in eine Anstalt zwangseingewiesenen jungen Mannes geschildert (durchaus sehenswert!).

Am Sonntag stand die Problematik behinderter in Berufs - und Arbeitswelt zur Diskussion. Als Teilnehmer saßen diesmal auf dem Podium : Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Institut für Sonder- und Heilpädagogik, Universität Frankfurt/Main; Ulrike Schildmann, Berlin

Zunächst wurde ein allgemeiner Überblick über die berufliche Situation Behinderter gegeben. Betont wurde, daß im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen und der dadurch erzeugten Arbeitslosigkeit der Anteil der betroffenen behinderten Arbeitnehmer besonders erschreckend sei. Hinzu kommt, daß behinderte Kollegen häufig nur für minderqualifizierte Tätigkeiten ausgebildet werden. Aufgezeigt wurde an Beispielen vorhandener Berufsausbildungsstätten, wie die berufliche Bildung Behinderter aussieht und unter welchen Bedingungen sie stattfindet. Kritisiert wurden die sogenannten „Fördermaßnahmen" für jugendliche Behinderte. Sie dauern ein Jahr und führen nicht zu einer beruflichen Qualifikation. Im Grunde haben sie keine andere Funktion, als die arbeitslosen Jugendlichen ein Jahr länger von der Straße fernzuhalten und so die Arbeitslosenzahl runterzumanipulieren. Ein weiterer Kritikpunkt waren die Bedingungen, unter denen Behinderte ihre Ausbildung durchziehen müssen: so werden kostspielige Berufsbildungswerke eingerichtet, auf der anderen Seite wird die fehlende Einrichtung übertariflicher Lehrwerkstätten mit fehlenden Geldmitteln begründet. Die zentrale Standortgebundenheit der Berufsbildungswerke werfen für den behinderten Auszubildenden Probleme auf. Er wird ghettoisiert. meist außerhalb einer fremden Großstadt. Losgelöst von seinen familiären und sozialen Beziehungen, ist er enorm hohen Leistungsanforderungen ausgesetzt. Unzureichende Beförderungsmöglichkeiten schliessen ihn weitgehend vom öffentlichen Leben aus. Familiäre Konflikte und Zusammenbrüche sind eine häufige Folge davon. Die Berufsausbildung ist rein theoretisch, fern jeder betrieblichen Praxis. Das berufliche Bildungsangebot ist relativ beschränkt. Hinzu kommt, daß eine Anerkennung des Berufsabschlusses oft nur regionale Gültigkeit hat, da in anderen Bundesländern andere Regelungen gelten. Zahlreiche Abschlüsse werden von der Industrie - Handelskammer nicht anerkannt. – Hier wurde die Forderung erhoben, eine eindeutige und zugunsten der Behinderten gehende Regelung zu schaffen, die privatwirtschaftlichen und öffentlichen Sektor gleichermaßen einschließt. Außerdem muß das System der Behindertenvertrauensleute in den Betrieben erweitert werden. Bislang gilt die Regelung, daß ab fünf behinderte Kollegen ein Vertrauensmann pro Betrieb für sie abzustellen ist.

Bei weniger Beschäftigten müssen sie einen überbetrieblichen Vertrauensmann zur Verfügung haben.

In dieser Problematik wurde die Frage aufgeworfen, ob eigentlich Nichtbehinderte die Interessen von Behinderten vertreten können und sollen. In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen werden die Belange der Behinderten größtenteils von Nichtbehinderten vertreten. Einer der Gründe dafür liegt darin, daß nur ein sehr kleiner Teil der Behinderten gelernt hat, sich konsequent für die eigenen Interessen einzusetzen. Der Großteil lebt eher zurückgezogen, häufig eingeschüchtert von den Erfahrungen mit einer Umwelt, die für Nichtbehinderte gemacht ist. – Andererseits sind es objektive Bedingungen, die eine Interessensvertretung durch Behinderte ausschließen oder zumindest erschweren: wie soll eine gewerkschaftliche Behindertenpolitik laufen, wenn es kaum Behinderte in den Betrieben gibt, die meisten sowieso arbeitslos sind, kaum eine Berufsausbildung haben. Was sie aber als Erfahrungen immer wieder machen, ist: ständig übergangen zu werden, Bevormundung, Fremdbestimmung. Nicht anders sieht es in der Praxis der sogenannten Behindertenorganisationen, wie „Reichsbund", und den paritätischen Wohlfahrtsverbänden aus. Eine wirklich konsequente Behindertenpolitik, ausgerichtet darauf, die Behinderten zur Selbstständigkeit zu qualifizieren, ist nicht beabsichtigt.

Zum einen versucht man, Behinderte aus dem Öffentlichen Dienst herauszuhalten (keine Verbeamtung, Abbau von Planstellen), andererseits wird die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzahl an Behindertenarbeitsplätzen geschickt unterlaufen, indem man einfach Kollegen zu „Behinderten" erklärt.

So weigern sich die Behörden denn auch erfolgreich, den Forderungen nachzukommen, Betreuungsaufgaben in die Verantwortung von Behinderten zu legen. Aus dieser Situation ist eine Interessensvertretung durch Nichtbehinderte zunächst notwendig. Es ist aber eine der dringlichsten Aufgaben, diesen Zustand möglichst rasch zu ändern.

Die Forderung, Behinderte anstelle Nichtbehinderter in Positionen wie Berufsberater, Beratungsstellen der Behörden etc. einzusetzen, wurde auf dem Bremer Forum sehr kontrovers diskutiert. Es wurde behauptet, daß sich dadurch nichts ändern würde, denn auch ein behinderter Berufsberater könne ja die Arbeitsmarktsituation für Behinderte nicht günstiger gestalten. Außerdem wäre er durch diesen Job privilegiert und würde aus Rücksicht auf seine Position kein konsequenter Interessensvertreter mehr sein (können), ansonsten wäre er den Posten ziemlich schnell wieder los. Geändert werden müßten die Normen dieser Gesellschaft, und zwar grundlegend.

Dieser Standpunkt wurde zurückgewiesen, weil er in die Resignation führt. Es ist so allgemein wie richtig, daß jemand, der sich für seine Kollegen einsetzt, verschärften Angriffen ausgesetzt ist. Diese Tatsache ist kein spezifisches Behindertenproblem, sondern ist in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden. Trotzdem besteht allgemein die Forderung, fortschrittliche Kollegen als Interessenvertreter zu nominieren und auch überall hineinzubekommen. Die Forderung nach einer größeren Verantwortlichkeit und Kompetenz behinderter „Spezialisten" beschränkt sich nicht auf einen formalen Austausch eines Nichtbehinderten durch einen Behinderten. Vielmehr steht hier eine politische Forderung im Vordergrund, einen aktiven und politisch - engagierten Behinderten, dessen Bewußtsein auf einer „solidarischen Betroffenheit" basiert, dort einzusetzen. Seine Aufgabe ist es, den Behinderten zu helfen, Zusammenhänge zwischen ihrer Behinderung und den damit verbundenen eigenen gesellschaftlichen Erfahrungen zu erkennen, sie folgerichtig zu unterstützen, ihre Interessen, Bedürfnisse und Forderungen zu formulieren, sich beispielsweise in Behindertengruppen zu organisieren, den Kampf gegen Benachteiligung, Diskriminierung und dauernde Fremdbestimmung aufzunehmen. Das ist die Verantwortung, die mit dem Anspruch „behindertengerecht" vereinbar ist. Hier schloß sich eine Diskussion über Behindertengruppen an. Warum sollen sich die Behinderten in Gruppen zusammenschliessen ? Zum einen, um ihre persönlichen Erfahrungen gemeinsam auszuwerten und sich über die konkreten Auswirkungen ihrer Benachteiligungen bewußt zu werden. Zum andern, ihre Vorstellungen und Vorschläge massiver in die Öffentlichkeit zu tragen. Sehr umstritten war zunächst die Feststellung, Behinderte seien einer **doppelten** Unterdrückung ausgesetzt, gegen die sie sich untereinander stärken müßten. Die Unterdrückung Behinderter beschränkt sich nicht auf eine berufliche Benachteiligung, sondern durch die nichtbehinderten Kollegen wird gesellschaftliche Diskriminierung reproduziert. Dagegen müssen sich die Behinderte selbstverständlich auch zur Wehr setzen. Diese Konsequenz wurde als spalterisch zurückgewiesen. Es würde bedeuten, den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, die letztlich verantwortlich sind, zu schwächen. Man würde sich – zur Freude und ganz im Sinne der Herrschenden – untereinander gegenseitig bekämpfen (also erst den Kapitalismus abschaffen, dann geht alles wie von selbst...!?).

Dagegen wurde grundsätzlich argumentiert , daß Behinderte (ähnlich Frauen, Schwule) ihre Unterdrückung nicht ohne den Kampft an zwei Fronten verändern können. Wenn nicht heute die Notwendigkeit erkannt wird, Vorurteile und daraus resultierende Verhaltens - bzw. Unterdrückungsmechanismen untereinander zu enthüllen und zu verändern, warum sollte dann in einer anderen Gesellschaftsform diese Notwendigkeit erkannt werden? Wenn nicht heute jede Form der Fremdbestimmung über Frauen, Behinderte, Schwule, Kinder etc. radikal entlarvt wird, wie soll sie dann in einer sozialistischen Gesellschaft radikal abgeschafft werden?!
Schwule, Kinder etc. radikal entlarvt wird, wie soll sie dann in einer sozialistischen Gesellschaft radikal abgeschafft werden?!

Eindrucksvoll wurde aufgezeigt, daß dieser Kampf der Behinderten auch gerade gegen die Unterdrückung durch nichtbehinderte Kollegen einen sehr wichtigen Schritt im gegenseitigen Bewußtseinsprozeß darstellt. Der Behinderte stellt den Nichtbehinderten in Frage, zwingt ihn zum Nachdenken über seine eigene Rolle, sein eigenes Verhalten. Er stellt ihn sozusagen vor die Entscheidung, sich mit ihm zu solidarisieren, ihn also als gleichberechtigt anzuerkennen und sich mit ihm auseinanderzusetzen, oder ihn als Gegner zu betrachten. Der Rest erübrigt sich damit! Diese ehrliche und zugleich entwaffnende Argumentation überzeugte schließlich. Sie war zugleich das Ende einer sehr solidarischen, kontroversen Diskussion, die eine Fülle von ineinandergreifenden und aufbauenden Erkenntnissen zutage förderte. Im Schlußwort forderte der Veranstaltungsleiter die Anwesenden und insbesondere die Betroffenen auf, diese Ergebnisse im Sinne einer Handlungsanleitung zu verstehen, sowohl in ihrem täglichen Umgang mit Behinderten, wie auch vor allem in Überlegungen und Praxis einer Behindertenpolitik.

Nachträglich ist noch anzumerken, daß etwa 100 Besucher am Samstag und ca. 50-60 Besucher am Sonntag, davon jeweils 25– 30 Behinderte an den Veranstaltungen teilnahmen. Im Rahmen der Volkshochschule sind weiterführende Kurse und Wochenendseminare geplant, eine Teilnahme ist durchaus zu empfehlen. Die Veranstaltungsthemen und Termine – voraussichtlich ab Januar 79 – werden im ARBEITERKAMPF rechtzeitig bekannt gegeben.

Ein behinderter Genosse aus Hamburg

45 Minuten Arztbesuch pro Jahr sollen den Behinderten reichen

Am 17.11. wurde durch die Presse ein Sparerlaß des niedersächsischen „Sozial"-Ministers Schnipkoweit (CDU) bekannt. Dieser Erlaß betrifft die „Werkstätten für Behinderte" und andere Behinderteneinrichtungen in Niedersachsen und sieht einschneidende Verschlechterungen für Personal und Behinderte vor:

- *einen erheblichen Abbau der sozialen Dienste: So soll künftig nur noch ein Sozialarbeiter 120 Behinderte betreuen, ein Psychologe nur noch angestellt werden, wenn mehr als 300 Behinderte in der Einrichtung sind; für die ärztliche Versorgung wird je Behinderten ein Wert von 45 Minuten pro Jahr* (!) *zugrunde gelegt;*
- *die Behinderten sollen künftig stärker in die eigene Tasche greifen und voll die Personalkosten für werkstatteigene Küchen tragen* (...);
- *durch die Richtzahlen für die Personaleingruppierungen werden geltende Tarifverträge durch die Hintertür unterlaufen, das kommt im Einzelfall einer Einbuße von bis zu 23,6 % des Lohnes gleich* (...);
- *‚Änderungs- bzw. ordentliche Kündigungen sind unverzüglich vorzunehmen'* "

(„Informationsblatt der ÖTV Göttingen). Betroffen sind davon in Niedersachsen 34 Einrichtungen mit 7.000 Behinderten. Nach Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müßten nach dem Erlaß ca. 1.000 Fachkräfte entlassen werden („Göttinger Tageblatt" vom 17.11.).

Schon unter den jetzigen Bedingungen ist die soziale Betreuung der Behinderten völlig unzureichend. Außerdem müssen auch sie befürchten, daß ihnen ihr minimaler Arbeitslohn noch mehr gekürzt wird (in der Göttinger Behinderten-Werkstatt gibt's derzeit monatlich ca. 150 DM „therapeutische Entlohnung" und 80 DM Taschengeld!). Trotz der bestehenden Aus eutung in den Behinderten-Werkstätten stellen diese Einrichtungen unter den gegenwärtigen Bedingungen häufig die einzige Möglichkeit für geistig und psychisch Behinderte dar, aus Isolation und stumpfsinniger Langeweile etwas herauszukommen, da sie dem Arbeitsstreß in „normalen" Betrieben nicht gewachsen sind.

Zynischerweise verkauft „Sozial"-Minister Schnipkoweit sein Sparprogramm als Verbesserung der Situation der Behinderten: *„Der Erlaß entspreche damit vollständig der Ankündigung in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Albrecht, die Lage der Behinderten zu verbessern"* („Göttinger Tageblatt" vom 18.11.).

In welcher Richtung sich das „Sozial"-Ministerium diese „Verbesserung" vorstellt, wurde noch einige Tage vor Bekanntwerden des Erlasses durch einen anderen Skandal deutlich: 30 ehemalige Patienten des Landeskrankenhauses (Psychiatrie) in Göttingen, die weiterhin in den Werkstätten des LKH arbeiten, bekamen wochenlang keinen Lohn — er war vom Sozialministerium kurzerhand gestrichen worden! („Göttinger Tageblatt" vom 15.11.). Dabei hat das angebliche Zuschußunternehmen LKH laut Haushaltsplan 1977 mit einem Überschuß von 1,4 Mill. DM abgeschlossen — die Patienten bekommen im Schnitt 2,50 DM „Arbeitsprämie" am Tag (nach „Göttinger Stadtzeitung" 3/78). Woher kommt da wohl der Überschuß...

Konkrete Widerstandsaktionen gegen den Sparerlaß von Seiten der betroffenen Kollegen und Behinderten sind bisher nicht ins Auge gefaßt worden. In der Göttinger Behindertenwerkstatt hoffen Betriebsrat und Geschäftsleitung in trauter Einigkeit darauf, daß der Erlaß schon aufgrund ihres verbalen Protests zurückgezogen wird. Die ÖTV gibt sich zwar sehr wortradikal („*soziale Demontage auf der ganzen Linie..., der Erlaß muß vom Tisch!*"), hatte aber auch keine konkreten Schritte anzubieten. Einzige bisher geplante „Aktion" der niedersächsischen Einrichtungen: Anläßlich einer Dringlichkeitsanfrage der SPD im Landtag am 29.11. soll für eine Stunde die Arbeit niedergelegt und eine schwarze Fahne gehißt werden. Ob ausgerechnet eine schwarze Fahne auf den CDU-„Sozial"-Minister sonderlich einschüchternd wirkt, kann bezweifelt werden.

KB/Gruppe Göttingen



Böllings „Kontaktgremium": Ein weiterer Schritt hin zur Gleichschaltung!

Am 5. Oktober 1978 hat der Chef des Bundespresseamtes, Bölling, dem Presserat die Einrichtung eines „ständigen Kontaktgremiums" zwischen Regierung, Presse, Funk und Fernsehen vorgeschlagen. Der Hintergrund dieses „Angebots" ist die Auswertung der Zusammenarbeit zwischen den Medien und der Bundesregierung während der Schleyer-Entführung, deren praktizierte Form „*ihm und vielen seiner Gesprächspartner als zu zufällig vorgekommen (ist). Daraufhin habe man überlegt, wie dieses Verfahren verbessert werden*" („FR", 4.11.78).

Bölling „*habe sich Gedanken gemacht, wie die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Medien funktionieren solle, wenn wieder einmal ein Anschlag großen Kalibers stattfindet, bei dem der ganze Staat gefordert ist. Den bloßen Aufruf zu freiwilliger Zurückhaltung hält Bölling für ein verbrauchtes Instrument. ... Ihm komme es darauf an, die Journalisten rechtzeitig über Schritte zu informieren, die von der Bundesregierung erwogen werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Medien der Bundesregierung und dem*

wogen werden. Eine vertrauensvolle

Zusammenarbeit zwischen den Medien der Bundesregierung und dem Fahndungsapparat sei nötig" („Feder", 11/78).

Danach sollen diesem Gremium angehören: **Zwei Vertreter des Deutschen Presserats, zwei Vertreter der ARD (Rundfunk und Fernsehen), ein Vertreter des ZDF, einer der Bundespressekonferenz, einer des ständischen Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), einer der DJU, je ein Chefredakteur und ein Verleger sowie Chefredakteure oder leitende Redakteure von Zeitungen, die am Ort des jeweiligen aktuellen Geschehens erscheinen.**

Die ersten Reaktionen aus den Kreisen der Medien sind noch nicht nach Böllings Zufriedenheit ausgefallen. Deshalb sah er sich veranlaßt, seinen Vorschlag noch einmal in der „Feder", dem Gewerkschaftsorgan der Deutschen Journalisten-Union in der DRUPA, zu erläutern:

„*Ein Aspekt scheint mir von den journalistischen Kollegen, die sich durch mich schon auf dem Weg in die gleichgeschaltete Presse gedrängt sahen, nicht mit aller Klarheit erkannt worden zu sein, der Grund nämlich für die Überlegung: die schweren Wochen nach der Schleyer-Entführung.*

Der Terrorismus, so wie er sich damals manifestiert hat, und wie er sich täglich neu zeigen kann, ist doch nicht eine isolierte Herausforderung bestimmter Personen oder gesellschaftlicher Gruppen oder auch nur der Regierung, sondern er bedroht unsere ganze politische Ordnung. Und er bedroht ganz gewiß auch die Pressefreiheit."

Bölling fordert die „freiwillige" Unterordnung der Medien unter die „Sicherheitsinteressen" der Staates, wobei er als den gemeinsamen Nenner den „Anti-Terrorismus" herausstreicht.

Erste Stellungnahmen von Journalisten lassen eine Ablehnung des „Kontaktgremiums" sichtbar werden. Dabei kristallisiert sich aber auch heraus, inwieweit die ideologische Unterordnung unter den „Antiterrorismus" von Journalisten schon vollzogen ist und wo nicht. So schreibt ein C. Wettermann aus Bonn, er lehne dieses Gremium ab, da dieses die Journalisten „*in den Geruch der Komplizenschaft mit der Regierung*" bringt. Und dann:

„*Die von den Medien überwiegend geübte Selbstdisziplin im Fall Schleyer hat überzeugend deutlich gemacht, daß die Presse ihre Eigenverantwortung in Fragen der Berichterstattung, die das einzelne Menschenleben wie auch übergeordnete Gesichtspunkte berühren, sehr wohl wahrzunehmen vermag*". („Feder", 12/78)

Dieser „unabhängige" Journalist hat nur noch das Problem, eine „Schamgrenze" überschreiten zu müssen. ... Anders dagegen Emil Carlebach, Mitglied des Bundesvorstandes der DJU. Er fragt:

„*Was geschieht mit den Zeitungen, Funk- oder Fernsehjournalisten, Pressediensten, die sich nicht ‚freiwillig' diesem ‚Einvernehmen' anschließen? Haben die dann eine Krokodilsträne des Presserats zu erwarten, etwa wie in der Vergangenheit die Springerpresse – oder steht ihnen die Polizei ins Haus?*

– Weiter: Bisher höre ich alle Tage, die hohe Bedeutung gerade der Presse bei uns bestehe darin (zum Unterschied etwa von der Presse in sozialistischen Ländern), daß sie die Regierung kontrolliere (!!), und diese sich, eben gerade wenn es kritisch wird, nicht auf eine ‚funktionierende Zusammenarbeit' verlassen könne. Soll das also jetzt anders werden?

... letzte Bemerkung: Mir scheint, man nimmt es in Bonn als ernsthafte Verpflichtung, dem Kalender gerecht zu werden; denn der bringt uns immer näher an 1984 heran" (ebenda).

Der Presserat will erst dann zu Böllings „Angebot" Stellung beziehen, wenn sich die anderen Verbände (Funk, Fernsehen, Gewerkschaften etc.) geäußert haben.

In Sachen „Kontaktgremium" be-
etc.) geäußert haben.

In Sachen „Kontaktgremium" besuchte Bölling am 28.10.78 in Münster den dort tagenden „Studienkreis für Presserecht und Pressefreiheit" zum Thema „Nachrichtensperre und Pressefreiheit". Dort erklärte er, „*daß die Bundesregierung in ähnlicher Lage wieder so handeln würde wie damals. (Er) gab auch zu, daß zur Nachrichtensperre damals auch Desinformation und gezielte Information gehört habe*" („FAZ", 30.10.78).

So gibt es angeblich keine Fotos von der Aktion der GSG 9 in Mogadischu, aber der „Stern" bekommt in Farbe und „exklusiv" Bilder von den erschossenen Entführern und detaillierte Fotos aus den Stammheimer Zellen. Ein Professor Stark aus Göttingen erläuterte dann den Versammelten: „*Informieren gehört zum Regieren. Und soll ein Minister nicht mehr differenzieren dürfen danach, ob ein Zeitungsmann, mit dem er spricht, besonders interessiert ist – soll der Minister also (nutzlose Zeitverschwendung für ihn wie den Gesprächspartner) ebenso den informieren müssen, der allenfalls eine Zehnzeilenmeldung schreibt?*" („FAZ", 30.10.78)

Den Anwesenden war es auch ein Anliegen festzustellen, daß es „*einen verfassungsrechtlichen Anspruch der Zeitungen, von den Behörden informiert zu werden*", nicht gäbe (ebenda). Danach ist es den Behörden möglich, „kooperationsbereiten" Medien Informationen zuzuspielen und sie unliebsamen Medien vorzuenthalten, ohne daß eine „Gleichbehandlung" der Medien einklagbar ist. „*Stark warnte vor der sich ausbreitenden Neigung, Abwehrrechte gegen den Staat – wie das der Pressefreiheit – umzudeuten in Anspruchsrechte*" (ebenda).

Ganz im Sinne Böllings ging es dann weiter: „*In Münster wurde aber auch in erfreulicher Weise klar, daß es in einem freiheitlichen Staat nicht ganz in der Hand der Regierung liegt, eine Nachrichtensperre zu verfügen*". Nicht nur von den Entführern, sondern „*auch aus anderen Quellen wußten die meisten Zeitungen, wie der Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Holzer, erkennen ließ, wesentlich mehr, als sie schrieben. Das, was wie Nachrichtensperre aussah, war in der Tat Folge eines solidarischen Zusammenwirkens der Regierung mit Zeitungen und Rundfunk*" („FAZ", 30.10.78).

Eben – statt „Nachrichtensperre" wurde zum erstenmal die Gleichschaltung der Nachrichten im größeren Ausmaß praktiziert – und für noch „unzureichend" befunden. Das Bundespresseamt ist angetreten, die „Kinderkrankheiten" zu überwinden. ...

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Und wieder der „stern": Stück für Stück nach rechts

Seit der „Stern" mehrheitlich zur Bertelsmann AG gehört, arbeiten die Verantwortlichen daran, das „liberale Flaggschiff" an seiner „linken Flanke" zu säubern. Diese „linke Flanke" hatte nach Meinung des Konzernherren Mohn ihre zu beseitigenden Stützen sowohl in dem der Redaktion gewisse Mitbestimmungsrechte zubilligenden Redaktionsstatut, als auch in der Person des damaligen stellvertretenden Chefredakteurs Bissinger, der als „Linksliberaler" das Vertrauen der Mehrheit der Redaktion besaß.

In den letzten zwei Jahren hat Bertelsmann schon erhebliche Stützen wegschlagen können:

1976: Auf Intervention des Bertelsmann-Managers Fischer werden Bissingers Befugnisse eingeschränkt. Er ist nicht mehr alleiniger Stellvertreter von Nannen. Damit greift Mohn auch das Statut an, das dem Chefredakteur die Unabhängigkeit vom Verleger in Personalentscheidungen zubilligt.

1978: Auf Druck der Verlagsleitung kündigt Nannen im Januar seinem „Kronprinzen" Bissinger, was in der Redaktion auf Widerstand stößt, zumal mit Bissinger jemand gefeuert wurde, der die linksliberale Linie der Redaktion repräsentiert. Bei der Kündigung umgeht Nannen wieder das Statut, das u.a. bestimmt, daß der Redaktionsbeirat mit 2/3 Mehrheit einer personellen Veränderung im Bereich der Redaktion zustimmen muß. In einem Protestbrief von 12 demokratischen Intellektuellen und Schriftstellern hieß es:

„*Das ‚Stern-Statut' war ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Redaktionsfreiheit gegenüber den Einflüssen der Verlage. Ihre Entscheidung ist gegen den Beirat getroffen worden, sie droht nun einen, das Statut aushöhlenden Präzedenzfall zu schaffen*" (siehe AK 120).

Auf einer Redakteurskonferenz im Januar dieses Jahres „*sprachen sich die Redakteure auf Anregung von Henri Nannen dafür aus, richterlich feststellen zu lassen, ob Bissingers Beurlaubung gegen das Redaktionsstatut des ‚Stern' verstoße*" („FR", 7.1.78).

Eben genau dieser Rechtsstreit wird von Nannen und der Verlagsleitung zum Anlaß genommen, dem Statut die letzten liberalen Mitbestimmungspassagen zu rauben.

Am 24. Oktober erhielt Nannen ein Schreiben vom Vorstandsvorsitzenden Fischer, in dem dieser Nannen auffordert, gegen das Statut vorzugehen:

„*Wir sollten die erforderlichen Änderungen jetzt durchführen,*" denn „*wenn ein Chefredakteur keine personellen Entscheidungen mehr treffen kann, kann das die vollständige Paralysierung der Arbeit bedeuten*".

Daraufhin schlägt Chefredakteur Nannen im Namen „der Unabhängigkeit der Redaktion" am 15.11.78 dem Vorstand die Kündigung des Statuts zum 31.12.1979 vor. Seine Erläuterung zur Kündigung verschickte er in einem Brief an alle Redaktionsmitglieder: „*Der Beirat habe die Redaktion gespalten, versimple das natürliche Spannungsverhältnis zwischen Redaktion und Redaktionsspitze zum Klassenkampf und wolle sich als Nebenbetriebsrat und Nebenchefredaktion etablieren*" („FR", 16.11.).

Selbst die eh schon erbärmlich wenigen Möglichkeiten des Beirats, überhaupt in Prozesse einzugreifen (was sich darauf beschränken mußte zu protestieren, wenn er bei Personalentscheidungen nicht gehört wurde), ist den Verlegern ein Hindernis, das beseitigt werden muß. So Fischer an Nannen:

„*Angenommen, das Gericht bestätigt die Auffassung des Beirats, mit solchem Statut können wir nicht mehr leben*". Nannen teilte daraufhin der Redaktion mit: „*Bei der Praxis unserer Gerichte könnte sich eine solche Entscheidung über Jahre hinausziehen. Unter solchen Umständen ist eine Redaktion nicht zu führen*" („FR", 18.11.78).

Diese ständigen Eingriffe der Verlagsleitung haben ihre Spuren bei den Redakteuren hinterlassen. Neben einigen, die diese Entliberalisierung nicht mehr mitmachen wollen und freiwillig den „Stern" verlassen, gibt es jene Kollegen, die von der Verlagsleitung systematisch rausgedrängt werden, wie die beiden Betriebsratsmitglieder Heine und Wegener. „*Als Betriebsratsmitglieder waren beide unkündbar. Also sind sie von sich aus gegangen. Formal stimmt das. Aber da gibt es so einen Punkt, wo sich beides vermengt: Gehen Sie doch, sonst ... Einer der beiden hatte zum Schluß den Auftrag, eine Geschichte über „die Lügen des Herrn Hensche" (Vorstandsmitglied der IG-DRUPA) zu machen – für einen aktiven Gewerkschafter eine ungewöhnliche Aufgabe*" (Text intern, 17.11.78).

Wie schon im Januar dieses Jahres gilt auch heute noch:

„*So bekommt der Konflikt in Ihrem Hause gerade durch den Anlaß für das geistige und politische Klima in unserem Lande eine überragende Bedeutung*" (Aus dem Protestbrief der Demokraten aus Anlaß der Bissinger-Entlassung).

Die Demokraten haben das Wort. ...

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

UNESCO-Mediendeklaration verabschiedet

Wie zu erwarten, konnten die Imperialisten ihre Vorstellungen zur Medienpolitik auf der 20. Generalkonferenz der Unesco in der Mediendeklaration durchsetzen (s. dazu AK 142, S. 27).

Durch besondere Intervention des BRD-Außenministers Genscher wurde unter dem Deckmantel der „Pressefreiheit" der ursprüngliche Entwurf des Generalsekretärs M'Bow zu den Akten gelegt. Nach diesem Entwurf sollte es zur Pflicht der Massenmedien gemacht werden, „*zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung und zum Kampf gegen Kriegspropaganda, Rassismus und Apartheid*" beizutragen („Spiegel", 45/78).

In diesem Sinne sollte die Möglichkeit der Gegendarstellung von Regierungen und Institutionen international verankert werden.

Damit hätten die Länder der 3. Welt ein Gegeninstrument gegen das Medienmonopol der Imperialisten in die Hand bekommen. So mußte selbst die „Zeit" zugestehen: „*Der Weltmeinungsmarkt wird in der Tat von einer Handvoll westlicher Agenturen beherrscht, die - so der Unesco-Interim Report zur Mediendeklaration - 80 Prozent der globalen Nachrichten ‚produzieren', aber den Problemen der Entwicklungsländer nur 20 bis 30 Prozent widmen - und dann mit Hauptgewicht auf das Sensationelle, Grausame und Bizarre à la Idi Amin*" („Zeit", 3.11.78).

So produzieren - nach einer von der Unesco 1971 durchgeführten Studie - „*nordamerikanische TV-Gesellschaften ca. 60 Prozent der Weltfernsehproduktion, 'Mannix', 'Bonanza', 'Cannon', Shiloh Ranch', 'Einsatz in Manhatten' oder 'Columbo' sind die globalen TV-Hits. In Argentinien liegt der gesamte TV-Import bei 20 Prozent, in Kolumbien bei 34 Prozent, in Mexiko bei 39 Prozent, in der Dominikanischen Republik und in Chile bei ca. 50 Prozent, in Uruguay bei 62 Prozent und in Guatemala bei 84 Prozent*" („FR", 22.7.77).

Ähnliche Verhältnisse gelten für die weltweite Struktur der Nachrichtenagenturen. Während AP und UPI (beide USA), Reuter (England), TASS (UDSSR) und AFP (Frankreich) „*täglich ca. sieben Millionen Wörter weltweit zirkulieren lassen, bringen es nationale Nachrichtenagenturen selbst größerer Länder der Dritten Welt auf nur einige zehntausend Wörter pro Tag*" („FR", 22.7.77).

Wie vor zwei Jahren, wo schon einmal eine ähnliche Mediendeklaration auf der 19. Generalkonferenz der Unesco von den westlichen imperialistischen Staaten verhindert wurde, entfalteten westliche Regierungen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie Journalisten eine gewaltige Kampagne gegen die von M'Bow vorgelegte Deklaration.

Die imperialistischen Staaten hielten den vorliegenden Entwurf für unannehmbar, „*weil nach ihrer Auffassung die freie Berichterstattung eingeschränkt und eine Grundlage für staatliche Zensur geschaffen würde*" („SZ", 31.10.78).

Nach Meinung Genschers würde sich die Unesco „*in Widerspruch zu ihrer eigenen Satzung begeben, wenn sie wie in der von ihrem Generaldirektor vorgelegten Resolution der staatlichen Überwachung und Reglementierung des Informationsflusses das Wort reden würde. Es gebe nicht zuviel Pressefreiheit auf dieser Welt, sondern zu wenig, erklärte Genscher und beschwor die Gefahr der staatlichen Nachrichten- und Meinungsmanipulation herauf*" („SZ", 31.10.)

Schon 1973 entlarvte der finnische Staatspräsident Kekkonen diese Argumentationsweise, indem er sagte: „*Vielleicht sind die Propheten des freien Kommunikationsflusses gar nicht an Gleichheit zwischen den Nationen interessiert, sondern stehen bloß auf der Seite der Stärkeren und Reicheren?*" („FR", 22.7.77). Um den Vorschlag M'Bow zu verhindern, legte die Bundesregierung im Namen mehrerer westlicher imperialistischer Staaten einen umfassenden Änderungsantrag vor.

„*Die jetzt eingebrachten Änderungswünsche zielen darauf ab, den Informationsfluß von jeder mengenmäßigen oder inhaltlichen Beschränkung freizuhalten und den freien Zugang des Bürgers zu allgemein verbreiteten Informationen zu sichern. Eine Regierungsaufsicht über Massenmedien oder die Erteilung von Aufträgen soll ausgeschlossen werden. Dagegen sind in dem Papier die vom Unesco-Sekretariat erhobenen Forderungen nach einer ‚genauen, vollständigen und wahren' Berichterstattung der Massenmedien nicht enthalten*" („SZ", 16.11.78).

Im wesentlichen wurde dieser Änderungsantrag „einmütig" angenommen.

Die Mediendeklaration enthält jetzt „*als obersten Grundsatz den freien Zugang zu den Quellen und den freien Fluß der Informationen*" („FR", 21.11.78).

Dies feierte die Bundesregierung als „*wichtiges Bezugsdokument*" („FAZ", 24.11.78). Die Imperialisten können weiterhin in aller „Freiheit" nach Belieben über die Länder der 3. Welt ihr Meinungsmonopol ausüben.

Medienkommission

Totale Fahndung in den Medien

Springers „Welt" kündigte in ihrer Ausgabe vom 24.11.78 an:

„*In einer bisher einmaligen konzertierten Aktion der deutschen Fernsehsender will die Münchner Polizei 40 Millionen Bundesbürger zu Hilfssherriffs machen: Heute abend wird in den ARD-Regionalprogrammen, in den ‚heute'-Nachrichten und der ‚Tagesschau' ein Fahndungsfilm zum Fall Oetker ausgestrahlt. Die Bundespost hat eine Sondernummer zur Verfügung gestellt, unter der die Nation die Tonbandstimmen der Erpresser hören kann, die Rundfunk-Nachrichten kündigen das Ereignis an und alle Zeitungen greifen diesen Fall wieder auf*" (WELT, 24.11.78).

Zum zweiten Mal wird eine Großübung durchgeführt mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der staatlichen „Sicherheitsorgane" und der Medien zu verbessern. Im selben Ausmaß wie zu den Zeiten der totalen Fahndung nach dem Schleyer-Tod zeigt sich die Bereitschaft der Medien, sich eindeutig „sicherheitspolitischen" Aktionen unterzuordnen, ja: sich zum willfährigen Instrument staatlicher Anordnungen zu machen.

Diese Großübung hat sich aber auch zur Aufgabe gesetzt, die Denunziantenmentalität weiter zu propagieren („Die Nation soll mitsuchen" - WELT-Überschrift). Neu an dieser Aktion ist, daß die Staatsschutz-Organe sich nicht des Vehikels des „Terrorismus" bedienen, sondern ein gewöhnliches Kidnapping zum Anlaß nehmen.

Medienkommission

Hannover: NPD-Kundgebung verboten

Im Rahmen des geplanten niedersächsischen NPD-Parteitages hatte die NPD auch für Hannover eine Kundgebung für den 2.12. angekündigt. Trotz Verbot der NPD-Kundgebung erschienen ca. 100 Antifaschisten. NPDler zeigten sich diesmal nicht, sodaß die Gelegenheit genutzt werden konnte, antifaschistische Infos zu vertreiben.

Bis zuletzt war unklar, ob die NPD kommen würde: Die örtliche Presse hüllte sich in Stillschweigen, ebenso das Verwaltungsgericht. Obwohl das Verbot durch Polizei und Ordnungsamt bereits 10 Tage vorher ausgesprochen worden war, berichtete die „HAZ" erst am Tag der Aktion darüber. Offenbar hatte man sich bemüht, noch einen Ausweichplatz für die NPD zu organisieren: Das Ordnungsamt wandte sich wenige Tage vor der Aktion an den DGB mit der Anfrage, ob Einwände bestünden, wenn der NPD der Klagesmarkt (vor dem DGB-Haus) zur Verfügung gestellt würde! Im Gegensatz zum 8.4.78 blieb der DGB diesmal standfest und drohte mit einer Gegenkundgebung.

Zahlreiche Proteste, u.a. der Jusos, ein offener Brief sowie mehr als 10 Verbotsanträge haben nun erstmalig ein NPD-Aktionsverbot zur Folge gehabt. Die Polizei begründete: **„Die NPD habe bei vergangenen Veranstaltungen den politischen Gegner bis aufs Blut gereizt und damit tätliche Auseinandersetzungen billigend in Kauf genommen. Sie gelte deshalb ... als unfriedlicher Kundgebungsveranstalter"** (HAZ, 2.12.).

•

Protest gegen NPD Landesparteitag in Verden

Über 150 Antifaschisten beteiligten sich am 2.12. in der Verdener Innenstadt an einer Protestdemonstration gegen den angekündigten NPD-Landesparteitag und anschließender Kundgebung auf dem Rathausplatz. Aufgerufen hatte eine Reihe von örtlichen Persönlichkeiten, darunter der DGB-Kreisvorsitzende, Mitglieder des Jugendzentrumsvereins, eine Schülervertretung sowie ein rundes Dutzend Lehrer und Studien-Assessoren.

Durch gezielte Gerüchtemacherei gelang es den Nazis, die Antifaschisten in die Irre zu führen. Nachdem ihnen in Nienburg die Abhaltung des Parteitages untersagt worden war, brachten sie Verden ins Gespräch, was die NPD allerdings mit einem offiziellen Dementi in der „Allerzeitung" widerrief. Dort hieß es, sie würden den Parteitag um eine Woche verschieben und ihn in Osnabrück abhalten. Dank dieser Taktik gelang es ihnen, ihr Vorhaben ungehindert in Verden durchzuführen.

Antifa-Kommission Bremen

•

Jusos und VVN spalten Mülheimer Antifa-Arbeitskreis

Seit September existiert in Mülheim /Ruhr ein Antifa-Arbeitskreis, in dem neben Unorganisierten, KB, u.a.m. auch die VVN (DKP-orientiert) mitarbeitete und der in Räumen der Jusos tagte. Kürzlich stellten die Jusos der Initiative das erpresserische Ultimatum, entweder geschlossen in die VVN einzutreten oder die Räumlichkeiten zu verlassen. Dieses Vorgehen fand selbstverständlich die volle Unterstützung der anwesenden VVN-Leute. Da die Mehrheit der Initiativmitglieder dabei nicht mitziehen wollten, erklärten Jusos/VVN kurzerhand ihren Austritt aus dem Arbeitskreis und verboten die weitere Benutzung der Tagungsräumlichkeiten.

Vorausgegangen waren von der Jusos/VVN angezettelte Auseinandersetzungen um die Bestückung des Büchertisches des Arbeitskreises. Auf dem Büchertisch wurden und werden neben VVN-Material u.a. auch Antifa-Veröffentlichungen des KB angeboten. Nachdem Revis und Jusos mit ihrer Forderung, die KB-Materialien nicht zu verkaufen, in der Minderheit geblieben waren, „argumentierten" sie, daß man in einem Arbeitskreis nicht mit Mehrheitsbeschlüssen arbeiten dürfe. Erst später wurden weitere Hintergründe des provokatorischen Juso/VVN-Vorstoßes offenbar: Hinter dem Rücken des Arbeitskreises hatten Jusos, VVN und der KJA ein „Antifaschistisches Bündnis" geschlossen, aus dem man vor allem den KB raushalten wollte.

Der Antifaschistische Arbeitskreis wird auch ohne VVN/Jusos weiterarbeiten und die Spaltungsmanöver dieser Leute u.a. in der nächsten Ausgabe der Mülheimer Alternativzeitung „Freie Presse" veröffentlichen.

Antifa-Kommission NRW

•

Kein Platz für die NPD in Nienburg

Die NPD hatte für den 2.12. ihren Landesparteitag und eine Kundgebung in Nienburg angemeldet. Dies war schon länger bekannt und breiter Protest von DGB, GEW, Jusos, SDAJ, Antifa-Arbeitskreis Nienburg, bis zu „ML"-Kreisen (die standen tatsächlich vereint unter einem Flugblatt) erreichte schließlich, daß die NPD sich verziehen mußte.

Es war kein Gastwirt mehr bereit, die NPD zu beherbergen. Die für die Fußgängerzone angemeldete Kundgebung der NPD war von der Stadt an diesem Ort nicht gestattet und auf einen weit abgelegenen Platz verwiesen worden. Eine Beschwerde der NPD beim Verwaltungsgericht Hannover wurde abgewiesen. Daraufhin hatte die NPD kein Interesse mehr, wie NPD-Chef Damman gegenüber der Nienburger Polizei erklärte.

Trotz allen Verwirrspiels - die NPD hatte sich zwischenzeitlich für Verden und gerüchteweise auch für Osnabrück angemeldet – hielten sich die Nienburger Antifaschisten am 2.Dezember bereit. Eine Gruppe von GEWlern und Jusos machten einen antifaschistischen Informationsstand. Eine geplante Demo wollte jedoch nicht so recht in Gang kommen.

Antifa-Kommission Bremen

Nazi-Umtriebe

Bei einer Haussuchung bei einem „NSDAP/AO"-Mitglied in Braunschweig (hier trieben seit längerem die Nazis um Paul Otte ihr Unwesen) wurde eine mit Sprengstoff gefüllte Bombe gefunden. Nach Angaben der Landeskriminalpolizei Hannover war die Bombe *„eindeutig für ein Attentat vorbereitet worden und hätte mit Sicherheit erhebliche Schäden verursachen können"* („UZ", 2.12.). Ebenfalls sichergestellt wurden zahlreiche Exemplare einer „Sonderausgabe" des „Völkischen Beobachter" zum „89. Geburtstag des Führers" sowie andere Nazi-Propagandaschriften. Gegen den Neonazi wurde Haftbefehl erlassen.

•••

Die bayrische SPD hat die CSU-Regierung aufgefordert, den Handel mit Gegenständen aus der Nazi-Zeit zu unterbinden. Auslöser hierfür war eine Versteigerung des Münchner Auktionshauses Graf Klenau von Klewona OHG, das ausgerechnet am Jahrestag der „Reichskristallnacht" Nazi-Gegenstände versteigerte.

Schon seit längerer Zeit gehören Judensterne mit Kennkarte und Foto des Trägers, Hitlers „Mein Kampf", Tischbestecke aus dem Besitz Hermann Görings und ähnliches Gerümpel zum Angebot des Hauses. Strafanzeigen wurden bisher mit dem Hinweis, daß die Gegenstände nur „wissenschaftlich-historischen Zwecken" dienten, abgewiesen.

•••

In der Nacht vom 30.11. auf den 1.12.78 überfiel eine Gruppe von 5 Neonazis ein Kreuzberger Lokal. Während einer draußen „Schmiere" stand, provozierten die anderen vier in der Kneipe den türkischen Wirt und die anwesenden Gäste. Sie schmissen einen Barhocker in das Getränkeregal und verklebten Zettel mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden – Deutsche Befreiungsfront". Bewaffnet waren diese Gangster mit einem Messer und einer Schreckschußpistole. Ein Türke wurde mit einem Schuß daraus an der Stirn verletzt, ein anderer Gast wurde mit den Fäusten zusammengeschlagen. Die Polizei „obwohl sofort alarmiert", konnte auch in diesem Fall „keinen der Täter mehr fassen" („Tagesspiegel", 1.12.).

•••

Ausgerechnet am 9.11. („Reichskristallnacht") veranstaltete die neonazistische „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" in München eine „Gedenkfeier". Aufgrund der Nazi-Sprüche, die ein Besucher per Protokoll festhielt, laufen jetzt staatsanwaltliche Ermittlungen gegen die Bande. U.a. sangen die Nazis eine vierte Strophe des „Deutschlandliedes" (Deutschland, Deutschland über alles, und das Reich wird neu erstehn"); VSB-Landesvorsitzender Nusser gedachte der „Helden" des Hitler-Putsches (9.11.23); VSB-Chef Busse nannte die „Reichskristallnacht" eine „Explosion des deutschen Volkes gegen die jüdische, antideutsche Hetze"; Hitler wurde als „Politiker auf einsamer Höhe bezeichnet" usw. („Tagesspiegel", 29.11.).

Nazi-Mörder vor Gericht

Aurich: Für den Prozeß „zu krank"?

Der Journalist Eckart Spoo deckte den Fall in der „Frankfurter Rundschau" (25.11.78) auf: **Seit 26 Jahren ist der mutmaßliche Naziverbrecher Hans Heinz Rother Gemeinderatsmitglied in Hage bei Norden/Ostfriesland, seit 22 Jahren sogar stellvertretender Bürgermeister.**

Besonders pikant an der Geschichte: Rother kann, ohne Mitglied zu sein, seit Jahren auf der SPD-Liste kandidieren, obwohl er anfangs für den rechtsradikalen „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) in den Gemeinderat eingezogen war. Bürgermeister Bolt (SPD): „Wir konnten uns immer auf ihn verlassen ... Mir war ja nichts nachteiliges über ihn bekannt. Wenn ich nur wüßte, wie ich mich jetzt verhalten soll".

Nun, das ist Bolt's Problem. Fakt jedenfalls ist, daß ein Ermittlungsverfahren gegen Rother seit zehn Jahren betrieben wird. Ihm wird vorgeworfen, als „Kriminalsekretär" eigenhändig mehrere Personen ermordet, gemeinschaftlichen Mord begangen zu haben sowie der Beihilfe zum Mord an Juden schuldig zu sein, begangen in der Zeit von 1942 bis 1944 im Ghetto von Zawiercze in Ostoberschlesien.

Vor zwei Jahren versuchte Ostfrieslands höchster Richter, Landgerichtspräsident Werner Patett, das Verfahren einzustellen, scheiterte aber damals mit seinem Vorstoß. 1977 schließlich wurde Anklage erhoben.

Zum Prozeß ist es aber bis heute nicht gekommen. Das Gericht befand Rother für „auf Dauer nicht verhandlungsfähig".

Merkwürdig dabei: Der jetzt 69-jährige besitzt *„nach wie vor eine Frische und Spannkraft, wie man sie bei Männern seines Alters selten findet"* („FR", 25.11.). Rother schwimmt und läuft regelmäßig, leitet eine eigene Gruppe im Sportverein, macht die Geschäftsführung im Kreissportbund Norden; dieselbe Funktion hat er im örtlichen „Bund der Vertriebenen"; einen Posten im Lastenausgleichsausschuß hat er ebenfalls und auch die Gemeinderatssitzungen bewältigt er spielend. Nur eben für eine Gerichtsverhandlung reicht's halt nicht.

KB/ Gruppe Emden

Wieder ein NS-Prozeß geplatzt

Köln. Das in Köln stattfindende Verfahren gegen die ehemaligen SS-Obersturmbandführer **Martin Patz** und **Karl Misling** wurde schon kurz nach Beginn vom Vorsitzenden Richter **Henry de Somoskeoy** a u s g e s e t z t ! Die beiden waren des Mordes in mindestens 500 Fällen angeklagt; sie sollen 1944 den Befehl zur Erschießung aller Gefangenen des Warschauer Mokotow-Gefängnisses gegeben haben. Die Aussetzung des Prozesses erfolgte bereits am 3. Verhandlungstag wegen „Verhandlungsunfähigkeit" des 61 Jahre alten Patz, dem eine Ärztin „Bluthochdruck" bescheinigte. Während das Verfahren gegen Patz gänzlich eingestellt wurde, soll Misling einen neuen Prozeß bekommen. Richter Somoskeoy lehnte es ab, das Verfahren gegen Misling gleich abzutrennen, und den Prozeß weiterzuführen, da **„die Vorwürfe gegen die Angeklagten in einem engen Zusammenhang"** stünden. Somoskeoy scheint in dieser Angelegenheit nicht entfernt so engagiert, wie bei der Aburteilung und Verfolgung von Antifaschisten, ausländischen Kollegen oder zahlreichen Kritikern seiner schon berüchtigten Prozeßführung.

Antifa-Kommission NRW

Wieder entwischt!

Von den niederländischen Kriegsverbrechern, die im Juli und August dieses Jahres in der BRD aufgestöbert wurden, konnte die niederländische Justiz nur des 62jährigen Jan Kruyer habhaft werden (siehe AK 139, S. 29 f.). Der nämlich hatte das ausgesprochene Pech gehabt, am Grenzübergang Venlo niederländischen Zöllnern in die Hände zu fallen.

Jan Kruyer war im Krieg zuerst Mitglied der SS und später – natürlich auch in Führers Diensten -,Landwächter' in Groningen. 1949 wurde er von einem niederländischen Gericht wegen Mordes und Mordversuches in seiner Zeit als ,Landwächter' zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Er entkam jedoch 1952 aus dem Limburger Gefangenenlager, wo er im Bergwerk arbeiten mußte. Seither hielt er sich – wo auch sonst! – in Westdeutschland auf.

Nach seiner Festnahme am 22.8. in Venlo wurde er in das Gefängnis Maastricht gebracht, um dort seine restlichen zwölf Jahre abzusitzen. Kriegsverbrecher Kruyer kniff jedoch schon nach drei Monaten. Am 21.11 gab er auf, was bei Menschen gemeinhin als Geist bezeichnet wird. Unfriede seiner Asche!

Kriegsverbrecher Menten endgültig frei?

Der niederländische Kriegsverbrecher Pieter Menten war im vergangenen Jahr von einer Sonderstrafkammer wegen erwiesener Beteiligung an Massenerschießungen im von deutschen Truppen okkupierten Polen zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Wegen eines Formfehlers hob eine Berufungsinstanz dieses Urteil wieder auf.

Jetzt erklärte am 4.12. die Sonderstrafkammer des Haager Gerichtshofes eine weitere strafrechtliche Verfolgung Mentens für unzulässig: Der Beweis, daß der damalige Justizminister Donker 1952 – in Kenntnis der Verbrechen Mentens! – das Verfahren gegen ihn eingestellt habe, sei erbracht worden. Mentens Kronzeugin, die Witwe des damaligen Menten-Anwaltes Kortenhorst, hatte vor Gericht unter Eid erklärt, Menten habe seinerzeit den Justiz-Minister mit seinem Wissen um die „Velser Affäre" erpreßt und gegen Einstellung des Strafverfahrens Schweigen versprochen.

Bei der „Velser Affäre" soll es sich – das Justizministerium verweigert die Freigabe der Akten – um Korruption, Schiebung und Mord handeln, in die führende Personen aus Politik, Polizei und Widerstand um das Kriegsende herum verwickelt gewesen sein sollen. U.a. sollen auf Initiative der niederländischen Exilregierung in London Mitglieder des kommunistischen Widerstandes in den Niederlanden ermordet oder an die Gestapo verraten worden sein. – Anfang der 50er Jahre wurden alle Ermittlungen über die „Velser Affäre" von hoher Hand gestoppt.

Wir werden im nächsten AK ausführlich berichten.

Niederlande Kommission

Nazis vor Gericht

Zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung wurde jetzt vom Nürnberger Amtsgericht ein (angebliches) Mitglied der Hoffmann-Bande, Frank Cettl, verurteilt.

Er hatte am 30. September den DKP-Bezirksvorsitzenden und Stadtratsmitglied Herbert Stiefvater angefallen und verletzt. Stiefvater wurde mit „Judenschwein, das ins KZ und aufgehängt gehört", „auf dich Kommunistenschwein haben wir schon lange gewartet", beschimpft.

Frank C. bezeichnete sich (wie die „Ermittlungen" angeblich ergaben: fälschlich), als Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und hob mit den Worten „Wir sind wieder da" den Arm zum Hitlergruß.

Das Urteil wurde begründet mit Beleidigung, Bedrohung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

KB/ Gruppe Nürnberg

•••

Ermittlungen gegen zwei Saalordner der rechtsradikalen **„Deutschen Volksunion"** des „National-Zeitung"-Herausgebers **Frey** wurden – nach Vernehmung von 50 Zeugen, Durchsicht von Fotos und Filmen – eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft München I behauptete einen „mangelnden Schuldverdacht".

1976 war auf einer DVU-Versammlung in München der jüdische Anwalt Serge Klarsfeld von DVU-Anhängern bedroht worden, es kam zu „Tätlichkeiten" und Klarsfeld mußte blutend den Raum verlassen („Tagesspiegel", 24.11.).

Angeblich ist das Gericht trotz vieler Fotos nicht in der Lage, die Schläger eindeutig festzustellen.

•••

Der finnische Nazi-„Reichsführer" Pekka Siitonen, nach einem Attentat auf die Druckerei „Kursiivi" in Helsinki verhaftet, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Begründung: Leitung illegaler Organisationen, illegaler Waffenbesitz und staatsgefährdende Tätigkeit. („tat", 24.11.).

•••

Am 12. September 78 wurde der dänische Nazi **Riis-Knudsen (Europa Vertreter der „Weltunion der Nationalsozialisten"** und enger Kumpan des Auschwitz-Lügners Christophersen) verhaftet, zusammen mit dem Arzt Christian Krog Pedersen, Parteisekretär der dänischen Nazis. Beide sind wegen Verbreitung rassistischer Propaganda angeklagt (mögliche Höchststrafe: zwei Jahre).

Anlaß für die Verhaftung war ein Hinweis an die Polizei, daß über den DNSU-Verlag Knudsens das deutschsprachige Naziblatt „Wille und Weg" und ähnliche Machwerke erhältlich sind („searchlight" 41, Nov. 78).

Antifa-Kommission Hamburg

Stimmen zur Verjährung von Nazi-Verbrechen

Die zweite Diskussionsrunde um die Frage der Verjährung von Nazi-Verbrechen – eingeleitet Ende Oktober durch den Vorschlag Wehners, die Verjährung für Mord generell aufzuheben, scheint offenbar zu Ende zu gehen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich am 7.11. nach zweitägiger Arbeitssitzung im Berliner Reichstag ohne Einschränkung hinter Wehners Initiative gestellt und ihn beauftragt, mit den anderen Fraktionsvorsitzenden Kontakte mit dem Ziel aufzunehmen, im Bundestag einen interfraktionellen Antrag zur Aufhebung der Verjährung einzubringen. Eine Reihe von sozialdemokratischen Stimmen wirbt ganz offen für Wehners Initiative zur Strafrechtsverschärfung durch die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord g e n e r e l l : Justizminister Jahn weist darauf hin, *„daß die Verjährungsfrist nicht nur im Hinblick auf die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen aufgehoben werden solle, ... vielmehr gehe es um eine grundsätzliche Antwort auf die Frage, wie man eine angemessene Regelung im Hinblick auf die Tatsache finde, daß das GG kein anderes Rechtsgut so hoch schätze wie das Leben."* Deutlicher sagt's der CDU-nahe „Rheinische Merkur" vom 17.11. unter der Überschrift „Schluß mit Mordverjährung – Es geht nicht nur um Ahndung von NS-Verbrechen": *„Im übrigen hat das Problem durch die Terroristen eine neue Dimension erhalten. Falls die Strafverfolgungsbehörden nicht aufpassen, könnten die Mörder Hanns Martin Schleyers nach dreißig Jahren aus dem Ausland zurückkommen und sich dann straflos ihrer crudelen Schandtaten in einem Bestseller rühmen. Man sollte ihnen diese Chance so schnell wie möglich nehmen".*

Gegen Neonazismus und Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Auf dem Mainzer Parteitag der FDP wurde aufgrund eines Antrags der Jungdemokraten zwei Stunden über die Verjährung diskutiert. Ein Beschluß kam nicht zustande, da die Judos den Antrag wieder zurückzogen (der Antrag lautete: die FDP tritt grundsätzlich gegen die Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Die FDP-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Gesetzesinitiativen rechtzeitig zu ergreifen).

Auf dem Parteitag sollen die Meinungen für Wehners Vorschlag oder für die Verjährung jeweils die Hälfte ausgemacht haben.

Neben ihrem Eintreten für die Verjährung von Nazi-Verbrechen bis hin zur Generalamnestie betreibt die CDU/CSU eine Propaganda für die „Aussöhnung" mit dem Staat Israel, indem einige Abgeordnete eine Aufhebung der Verjährung fordern, wie z. B. Blumenfeld (Vorsitzender der Deutsch-israelischen Gesellschaft) und Jürgen Wohlrabe (2. Vorsitzender der Deutsch-israelischen Parlamentarier-Gruppe).

Die ersten Gewerkschaftsführer haben sich bereits öffentlich zur Verjährung geäußert: Loderer: für politische Greueltaten wie Völkermord gibt es keine Verjährung, für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann es keine zeitliche Befristung geben (lt. „Welt" 9.11.).

Vetter: Die Gewerkschaften der Bundesrepublik wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen. Wer unter dem Hitler-Faschismus gemordet hat, oder den Auftrag dazu gab, muß auch heute noch zur Rechenschaft gezogen werden (lt. „Stern", 23.11.).

Da bekannt ist, daß es unsere Gewerkschaftsführer meist mit „starken Worten" bewenden lassen, ist es sicher angebracht, sich seitens der antifaschistischen Kräfte in den Gewerkschaften aktiv für eine Diskussion um die Möglichkeiten der Verhinderung einer Verjährung für Nazi-Verbrechen einzusetzen.

Auslandsstimmen

Polen: Inzwischen hat der polnische Justizminister eine Erklärung abgegeben, die im Wesentlichen die Position der Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Polen bekräftigt: es werde und dürfe kein Vergessen noch eine Verjährung nationalsozialistischer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben ... Eine Verjährung würde einer nachträglichen Billigung der Ziele des zweiten Weltkrieges gleichkommen.

Israel: Der israelische Justizminister hat die Bundesregierung aufgefordert, die NS-Verbrechen nicht verjähren zu lassen. Die Beschuldigten dürften nicht als normale Kriminelle behandelt werden.

Die Knesset hat eine Resolution verabschiedet, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, eine Verjährung nicht zuzulassen: *„.... die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen seien beispiellos in der Geschichte und folglich unverzeihbar"* („Frankfurter Neue Presse" 21./22.11.).

Treffen der Eurofaschisten in Marseille
Am 10. November fand in Marseille — ropa-Parlamentswahlen zu beteili- — blätter zerriß, prügelten die Faschi-



Antifaschisten vor Gericht

Weil sie Plakate der rechtsradikalen „Deutschen Volksunion", in denen zu einer Hetzveranstaltung („Ewig büßen für Hitler") aufgerufen wurde, mit Aufklebern („Stoppt die DVU-Faschisten") ergänzt hatten, sollte ein Ehepaar 2.400 Mark Strafe zahlen. Bei der Verhandlung über den Einspruch gegen den Strafbefehl befanden der Staatsanwalt und der DVU-Nebenkläger einmütig, das Ehepaar sei als „potentielle Gewalttäter und Straftäter" und „unfähig, 'demokratisch zu sein" einzustufen. Da u.a. der SPD-Landtagsabgeordnete Warnecke, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Lamm, und eine Reihe anderer Demokraten (in Briefen an das Gericht) für die Angeklagten eintraten - und überdies die damalige DVU-Veranstaltung wegen zu erwartender rassistischer Propaganda verboten worden war -, sprach das Gericht schließlich die Angeklagten frei. Zwar hätten sie objektiv eine Sachbeschädigung begangen, andererseits hätten aber „objektive Anhaltspunkte" vorgelegen, daß durch die DVU-Veranstaltung ein „hochwertiges Rechtsgut der Allgemeinheit" in Gefahr gewesen sei. Der Staatsanwalt will gegen den Freispruch Berufung einlegen.

Antifa-Kommission Hamburg

Wer war in Arolsen? Zeugen gesucht

Zur Dokumentation und Vorbereitung möglicher gerichtlicher Auseinandersetzungen bittet der Antifaschistische Arbeitskreis Münster um Unterstützung:

„Alle Antifaschisten, die am 18./19. 11. in Arolsen beim NPD-Bundesparteitag fotografiert haben, werden gebeten, ihre Fotos für die Arbeit in NRW zur Verfügung zu stellen.

Das gilt vor allem für Fotos von
- der Szene am Parkplatz, wo die Nazischläger vier Antifaschisten zusammengeschlagen haben (um die Anzeigen besser bekräftigen zu können, fehlen noch wichtige Fotos);
- von dem riesigen Polizeiaufgebot (wir haben erfahren, daß im Hintergrund Hundestaffeln u.a. stationiert waren);
- auch alle übrigen Fotos sind für die Auswertung wichtig. Weiterhin sollten sich alle melden, die Zeugenaussagen über den Vorfall am Parkplatz machen können.

Alle Berichte, Fotos etc. bitte möglichst schnell an:

Antifa Münster
Hornstr. 30/2. Stock
4400 Münster
Tel.: 0251/56 66 69".

„Russell-Buch 3" auch in den USA empfohlen

Die in New York erscheinende deutschsprachige jüdische Zeitung „Der Aufbau" berichtete in ihrer Ausgabe vom 24.11.78 über das im Verlag J. Reents erschienene Buch „NSDAP-Propagandisten unter der Lupe. Dokumentation antisemitischer und offener NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe" („Russell-Buch" Nr. 3).

Neue Nazi-Aktivitäten

Nach der von H. Broder herausgegebenen Dokumentation zu den Umtrieben der neuen Nazis in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. "Aufbau" vom 27. Oktober) liegt uns nun in der "Anti-faschistischen Russell-Reihe" (Nr. 3) des Hamburger J. Reents-Verlags eine weitere Materialsammlung zum selben Thema vor: "NSDAP-Propagandisten unter der Lupe. Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe" lautet der Titel.

Auch dieser Band enthält zahlreiche Unterlagen zu den kriminellen Aktivitäten des braunen Gelichters in der Bundesrepublik. Ebenso wird (leider wieder) deutlich, welche Milde und Nachsicht bundesdeutsche Justiz b e h ö r d e n beim Umgang mit den Hakenkreuz-Straftätern an den Tag legen.

Anlässlich des 40. Jahrestags der sog. Kristallnacht und angesichts der drohenden Verjährung von NS-Verbrechen kommt dem Band eine besondere, traurige Aktualität zu.

g.n.

Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens — Verbrechen kommt dem Band eine besondere, traurige Aktualität zu.
g.n.

Treffen der Eurofaschisten in Marseille

Am 10. November fand in Marseille ein „Gipfeltreffen" von europäischen Faschisten statt, an dem sich die französische „Parti des Forces Nouvelles" (PFN), die italienische MSI, die spanische „Fuerza Nueva", die belgische „Force Nouvelle", aus Griechenland die „Nationalistische Bewegung" und aus Portugal die „Partei der Rechten" beteiligten. Ziel des Treffens war eine Absprache für eine gemeinsame Liste anläßlich der Europa-Parlamentswahlen. Ein erstes Treffen dazu unter dem Motto „Kampf dem Terrorismus" hatte bereits am 27. Juni in Paris stattgefunden.

Zum Fehlen der westdeutschen NPD sagte MSI-Führer Giorgio Almirante: **„In der Bundesrepublik Deutschland ist nach der Entscheidung der NPD, sich nicht an den Europa-Parlamentswahlen zu beteiligen, die Partei der Christdemokraten der CDU diejenige, die den Euro-Rechten am nächsten steht."** („Le Monde", 14.11.78) – und damit hat er ohne Zweifel recht.

Der Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre (PS), verbot das Faschistentreffen. Der Präfekt des zuständigen Departements hob dieses Verbot jedoch wieder auf. Bei einer antifaschistischen Gegendemonstration, zu der außer der KPF auch die revolutionären Organisationen LCR und OCT aufriefen, wurden acht Antifaschisten festgenommen.

Am Rande des Treffens kam es zu einer unverschämten Provokation der Faschisten: Sie verteilten antisemitische Flugblätter in einer Synagoge. Als die Hausmeisterin die Schweinsblätter zerriß, prügelten die Faschisten auf sie ein. Während das Faschistentreffen nur durch den Schutz eines massiven Bullenaufgebotes möglich wurde, gab es hier keinen Polizeischutz. Der trat erst wieder auf den Plan, als Gottesdienstbesucher aus der Synagoge die beiden Faschisten verfolgten. Ganz offen suchten sie im Büro der P.F.N., das sich in unmittelbarer Nähe der Synagoge befindet, Zuflucht. Nach einer längeren Belagerung des P.F.N.-Büros durch Antifaschisten sah sich die Polizei zur Feststellung der Personalien der beiden Provokateure gezwungen (zu Enthüllungen über Alt-Nazis in Frankreich siehe auch den Artikel im Frankreich-Teil dieser Ausgabe).

Frankreich-Kommission

Antifaschisten demonstrieren militant gegen das „Gipfeltreffen" der europäischen Faschisten aus sechs Ländern

Gegendarstellung

Der über mich in der AK Nr. 142 vom 13.11.1978 auf Seite 29 veröffentlichte Absatz in dem Artikel „Nazi-Umtriebe" ist falsch. Ich bin nicht „Chef" des Göttinger „Unabhängigen Schülerbundes" (USB), noch NPD-„Ordner", noch habe ich eine Provokation in Hann.-Münden geleitet. In diesen Funktionen bin ich auch niemals tätig gewesen. Einzig richtig ist ausschließlich, daß ich Herausgeber des „Deutschen Hochschulanzeigers" bin.

3400 Göttingen, Burgstr. 5
Hans-Michael Fiedler

Anmerkung der AK-Redaktion

Ein Kommentar der Antifa-Kommission folgt im nächsten AK.

1978: Juden in Deutschland - Ein Gespräch

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem Gespräch, das ein jüdischer AK-Leser mit seinen Eltern und einem Bekannten seiner Eltern führte. Der Vater H. ist 63 Jahre alt, lebte bis 1932 in Deutschland und bis 1957 in Palästina-Israel. Die Mutter C. ist 53 Jahre alt, war von 1938 bis 1946 in Holland versteckt und lebte ebenfalls anschließend bis 1957 in Israel. Der Freund J. ist 67 Jahre alt und lebte von 1935 bis 1957 in Israel. Seit 1957 leben die drei und die Kinder des Ehepaares wieder in der BRD.
Wir halten die in dem Gespräch aufgeworfenen Fragen für wichtig genug, um darüber weiter öffentlich zu diskutieren.

Antifa-Kommission Hamburg

Frage: Ihr lebt seit 1957 wieder in Westdeutschland. Wieso seid ihr zurückgekommen und welche Schwierigkeiten hattet ihr dadurch?
C.: Daß ich zurückgekommen bin, hat folgenden Grund: Daß H. in Israel keine Aussichten hatte, einen Job zu bekommen (...). Wir hatten gehofft, daß er in Deutschland einen neuen Beruf erlernen könnte und sind deswegen erstmal für ein Jahr hierhergekommen, mit der Hoffnung, eventuell auch hierzubleiben.
Frage: Gab es dadurch Konflikte?
C.: Es gab sehr starke Konflikte (...). Ich war gar nicht so sehr begeistert, zurück nach Deutschland zu gehen. Der H., der aber schon öfters in der BRD war, hat gesagt, man kann wieder gut in Deutschland leben. Selbst deutsche Kollegen hätten ihm angeraten: Komm doch, du hast alle Möglichkeiten zu studieren und weiterzulernen und hier Fuß zu fassen. Ein weiterer Konflikt war die Angst, wenn ich hier wieder in Deutschland bin, sowohl mit den guten Erinnerungen die ich hier habe, wie mit den schlechten konfrontiert zu werden. Und auch die Angst, die anderen sozusagen zu verlassen, denn sie fühlten sich durch uns verlassen. Sie nannten uns auch Abtrünnige. Und die Diskussionen liefen: Erstensmal — wollt ihr eure Kinder in deutsche Schulen geben? Das ist unmöglich! Ihr müßt sie in jüdische Schulen geben. — Wir hatten aber die Absicht, wenn wir in die BRD zurückgehen, daß wir völlig gleichberechtigt versuchen hier zu leben, schon der Kinder wegen, und nicht wieder in einer Isolation, in einem Ghetto zu leben. Und dann mußten wir natürlich sagen, daß wir nur für ein Jahr wegfahren würden. Wir haben unsere
einer Isolation, in einem Ghetto zu leben. Und dann mußten wir natürlich sagen, daß wir nur für ein Jahr wegfahren würden. Wir haben unsere
Wohnung auch nur für ein Jahr vermietet und H. hat nur für ein Jahr Urlaub genommen, weil man ja nie sagen konnte, man wandere aus. Das gab es nicht. Wir mußten aber unsere Steuer für ein Jahr im voraus bezahlen, da sie ja doch Angst hatten, wir wanderten aus.
H.: Für mich gab es praktisch nur einen Konflikt: Das war der, daß ich am Anfang und zum Teil jetzt noch mir nicht im Klaren war, was diejenigen, die in meinem Alter waren, vorher gemacht hatten. Also, ich hatte oft das Gefühl oder war mir nicht klar: Kann man diesem Mann trauen oder nicht. Aber nach kurzer Zeit konnte man schnell feststellen, wem man vertrauen konnte und wem nicht, und da muß ich sagen, daß man der großen Mehrheit ja vertrauen konnte.
C.: Es war eine sehr pro-jüdische Einstellung als wir kamen.
H.: Zum Teil heute noch. Man wollte ja, daß Juden wieder einwandern, um rehabilitiert zu sein.
J.: Daß ich zurück nach Deutschland kam, liegt an dem geistigen Zwiespalt, in den ich gefallen war: Soll ich in Israel bleiben oder gehe ich nach Deutschland? ... In Deutschland selber habe ich mich anfangs gar nicht damit befaßt, komme ich mit Mördern zusammen oder nicht. Das hatte ich mir schon vorher überlegt, sonst hätte ich niemals den Schritt wagen dürfen. In Israel selber wurden die Menschen, die diesen Plan gefaßt hatten, natürlich sehr angepöbelt. Trotzdem sind wir zurückgekehrt.
Frage: Hattest du, zurück in Deutschland, dann Schwierigkeiten?
J.: Im großen und ganzen hatte ich keine Schwierigkeiten, obwohl ich mir bewußt war, daß Leute in meinem Alter als Mitläufer oder gar bewußt als Nazis gehandelt haben. Aber ich bin mir bewußt: In einer Diktatur gibt es Millionen Menschen, die aus Zwangsgründen alles mitmachen und sich gar nicht wehren können. Das können nur vereinzelte Individuen — Individuen, wie wir sie ja aus der Geschichte kennengelernt haben.
C.: Was sehr Wichtiges habe ich noch vergessen. Wir haben in den letzten Jahren überlegt, ob diese Erziehung, die unsere Kinder in der Schule erhielten, sehr ähnlich war zu der HJ-Erziehung. Die ganze Propaganda, die Reklame auf Heften, für Soldatentum, für Krieg, für Waffen fielen uns auf. Auch in den Themen, die in der Schule besprochen wurden, gab es Konflikte, daß unsere Tochter bei bestimmten Situationen zwischen unserer Einstellung und der der Schule hin und her schwankte und nicht wußte, wem sie glauben sollte. Und dann kam der Eroberungskrieg 1956. Da stand unser Entschluß eigentlich erst richtig fest, so daß wir gesagt haben: Ohne uns! Da machen wir nicht mit! Das waren nach unserer Auffassung reine Eroberungskriege. Das war der Sinai-Krieg. Das ganze Volk hat gejubelt, das ganze Volk, außer so wenigen, die man ganz selten angetroffen hat. Wir haben jetzt ein Land, das ist drei oder viermal so groß wie es ursprünglich war. Man konnte nicht laut sagen, was man darüber dachte, dann war man absoluter Verräter. (...).
Frage an H: Du warst in Palästina in der KP organisiert. War das ein Grund mit für dich, Israel zu verlassen?
H.: Im Gegenteil! Das wäre ein Grund gewesen, dort zu bleiben. Das waren wirklich damals — und wahrscheinlich auch heute noch — die einzigen, die ganz entschieden sich für die Gleichberechtigung der Araber eingesetzt haben und das auch organisatorisch durchgehalten haben. Es war die einzige Partei, in der sowohl Juden als auch Araber Mitglieder waren.
C.: Als wir auswanderten, hatten wir noch eine Diskussion mit einer Gruppe von Kommunisten, die das eigentlich sehr ablehnten, daß wir aus Israel weggingen. Sie fühlten sich durch uns verlassen. Und nur ein Junger, sehr Mutiger hat gesagt, es sei das Recht eines jeden einzelnen, in das Land zu gehen, das er bevorzugt. Und das hat uns eigentlich ein bißchen erleichtert.
H.: Das waren die einzigen, denen gegenüber ich ein schlechtes Gewissen hatte, die Leute in der Partei.
J.: Politisch war ich orientiert — das muß ich ganz offen zugeben — an der Mapei, war aber kein Mitglied. Das ist die sozialdemokratische Partei wie hier in Deutschland. Ich stehe ja zum Israel-Staat. Aber geschichtlich habe ich mir das so vorgestellt, daß, wenn ein Israel-Staat existiert (...), der größte Teil der Juden dort leben müßte. Aber je mehr die Zeit fortschritt, kamen immer weniger Einwanderer nach Palästina und das hat mir auch geistig zu schaffen gemacht. Dann habe ich den Entschluß gefaßt, nach Spanien zu gehen, zur Internationalen Brigade. Für mich stand fest,
mir auch geistig zu schaffen gemacht. Dann habe ich den Entschluß gefaßt, nach Spanien zu gehen, zur Internationalen Brigade. Für mich stand fest,
daß man dort nicht nur für Spanien kämpft sondern für die gesamte Demokratie des Westens. Zu dieser Zeit war ich bereits in Palästina. Es bestand einfach Gefahr durch die nazistische Bewegung Deutschlands, obwohl man das damals noch nicht so sehen wollte, welche große Gefahr heraufzieht (...). Persönlich will ich noch dazu sagen, daß ich auch in Spanien im Jahre 1938 sehr enttäuscht worden bin. Der Grund war: Wer sich damals gegen die russischen Kommissare oder besser gesagt, gegen Stalin ausgesprochen hatte, lief Gefahr, liquidiert zu werden (...).
Frage: Was empfindet ihr, wenn ihr seht, daß heute wieder ganz offen Nazis auf der Straße „Rotfront"- oder „Juda-Verrecke!" rufen können und dabei sogar noch seitens des Staates geschützt werden?
C.: Also, als ich H. im Krankenhaus besuchte, fuhr ich durch eine Gegend, die ich die ganzen Jahre nicht mehr gesehen hatte und die mich daran erinnerte, wie ich die Nazi-Zeit dort verbracht hatte. Die ganzen Geschichten kamen mir wieder hoch. Ausgerechnet in dieser Trambahn, in der ich gesessen hatte, fingen so fünf Jugendliche an, Hitlerlieder und Anti-Judenlieder zu singen. Ich kam mir vor, als ob die Zeit stehengeblieben wäre. Genau dasselbe passierte mir auf dem Rückweg und besonders fiel mir auf, daß alle Leute in der Trambahn ruhig waren. Sie rückten zusammen und ich hörte, wie sie sagten: „Nur keinen Ton sagen. Die schlagen Sie zusammen!" Mir wurde ganz mies dabei. Das einzige, was mich getröstet hatte, daß die ganze Bevölkerung in der Trambahn davor Angst hatte, Angst, daß wieder diese Zustände kommen. Und die Gedanken kommen mir dann, wenn ich sowas sehe, und auch im Fernsehen sehe, wie Jugendliche zusammengeschlagen werden, die gegen Faschisten demonstrierten, daß ich mich frage: **War es richtig, in die BRD zurückzukehren? War es richtig, meine Kinder hier wieder einzupflanzen?** Aber es gab da nur die Alternative in Israel; und das ist eben keine Alternative gegenüber Deutschland — denn da bin ich derjenige, der andere unterdrückt (...).
J.: Ich möchte dazu sagen, daß ich noch nicht in diesem Sinne sehe, daß hier die Rechten irgendwie Oberhand bekommen haben, wenn man nach den Wahlen schaut. Aber geistig gesehen, durch die ungeheure Arbeitslosigkeit der Jugend, die eben sehr anfällig ist in diesen Zeiten — wir haben das ja schon alles miterlebt. Es wird wieder ein Antisemitismus herangezogen, ein Antisemitismus ohne Juden. In Deutschland gibt es nur 30.000 Juden, wobei der Durchschnitt über 50 ist. Aber schon mit Parolen und mit diesen Schlagzeilen sind gewisse Teile der Jugend zu erfassen. Was mich sehr verwundert hat, daß die ganze Bevölkerung in Arolsen und der Stadtrat dagegen gestimmt hat, daß die NPD dort eine Veranstaltung abhalten kann. Aber das Gericht hat dem Ersuchen der NPD stattgegeben. Das besagt alles und wirft auch ein ganz grelles Licht auf Teile der heutigen Gerichte in Deutschland.
H.: Aber ist das nicht in anderen Ländern genauso? Wir wissen doch heute, daß die gesamte Organisation (die „NSDAP/AO" — Anm. AK) aus den USA kommt (...).
Frage: Willst du damit sagen, daß in der BRD eigentlich niemand ein Interesse an den Neo-Nazis hat?
H.: Die Herrschenden brauchen diese Kräfte nicht, um den Atomstaat aufzubauen.
Frage: Was ist mit der gesellschaftlichen Funktion?
H.: Zum Provozieren vielleicht. Das ist alles. Aber sie haben keine Möglichkeit — im Moment jedenfalls. Das einzige ist, wenn es zu einer Krise kommt, zu einer wirtschaftlichen Krise, wenn es vielleicht 5 - 6 Millionen Arbeitslose gibt, dann besteht die Gefahr, daß die wieder ganz groß werden, und zwar mehr, als daß es nach links geht.
J.: Hinzu kommt, daß diese Gefahr durch den Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Linke überdeckt wird. Aber ich sehe im Moment auch keine Gefahr.

Frage: Das will ich auch nicht behaupten, daß die faschistische Gefahr akut wäre oder akut von den Neo-Nazis kommt. Aber Fakt ist, daß schon heute diese Banden Provokationen durchführen, Überfälle organisieren, daß das ihre momentane Funktion ist und daß sie massiv vom Staat geduldet und geschützt werden. Und daß keiner von ihnen verfolgt wird und wenn, dann nur aus irgendwelchen Alibifunktionen...
und geschützt werden. Und daß keiner von ihnen verfolgt wird und wenn, dann nur aus irgendwelchen Alibifunktionen...
H.: ... daß der Bundesgerichtshof die NPD als verfassungstreue Partei erklärt hat. Aber ich will dir was sagen: Das ist in jedem Land. Schau dir die Nazis in Italien an oder die National Front in England. Das gehört mit zum Kapitalismus. Das ist doch klar.
J.: Oder Chicago. Dort leben tausende von Überlebenden der KZs und die (die Faschisten — Anm. AK) wollten durchmarschieren. Vielleicht willst du das nicht hören. Aber ich frage mich: Ist das die Tragik des Judentums? Ich weiß es nicht? Trotz Entstehung des Israel-Staates glaubte ich, daß der Antisemitismus abnehmen würde. Aber es hat sich überhaupt nichts geändert im Grunde genommen, wenn ich mir z.B. Amerika betrachte. Ist das Schicksal? Ist das Tragik? Ich weiß es nicht..— Es gibt Leute, die sagen: Entweder Israel oder Assimilation.
Frage: Wenn es um Nazis geht, heute und hier in der BRD, gibt es von seiten der jüdischen Gemeinden und Institutionen, wenn überhaupt, nur sehr schwachen, meistens aber gar keinen Protest. Vor kurzem mußten wir sogar miterleben, wie Nachmann ...
H.: ... der Vorsitzende einer jüdischen Gemeinde in der BRD, ein gewisser Nachmann, der den Filbinger in Schutz genommen hat und gesagt hat, der sei ein guter Demokrat?! — Das besagt schon alles!
Frage: Was haltet ihr von einem solchen Verhalten jüdischer Institutionen?
C.: Ich glaube, daß — wie schon immer — die Zionisten und die Faschisten gleiche Interessen haben. Auch damals zu Beginn der Nazi-Zeit haben die ja zusammengearbeitet. Und deshalb wird einer von der zionistischen jüdischen Gemeinde sich besser verstehen mit einem Faschisten als mit einem Kommunisten. Er wird die immer unterstützten, weil die dieselben Interessen haben.
J.: Also ich kann mit all den Dingen, die da eben gesagt worden sind, nicht einverstanden sein. Aber ich möchte mal — für euch klingt das vielleicht etwas merkwürdig — ein Beispiel bringen, weil die Hauptfrage hier war, wie sich die jüdische Gemeinde gegenüber diesen Dingen benimmt, aber auch, wie es um den Bestand, um die evtl. Niederlage Israels 1973 ging; militärisch gesehen hat nicht viel gefehlt, daß Israel verloren hätte — ich hatte damals einen Brief an Schmidt geschrieben, der damals verlangt hatte, daß Amerika und die Nato, die hier in Deutschland stationiert sind, keine Hilfe an Israel geben dürfen. Ich habe Schmidt geschrieben: Ich brauche kein zweites Auschwitz in dem Moment, als es um das Sein-oder-Nicht-Sein Israels ging. Es ging mir um die Menschen, nicht um den Israel-Staat. Er hat mir daraufhin geantwortet, daß er das verlangen mußte, aber im Innersten sei er pro-Israel. Damit will ich die Frage beantworten, die du gestellt hast: Die Entrüstung der jüdischen Gemeinden ist deshalb so gering, weil sie im allgemeinen gar keine Kraft haben oder zu feige sind.

H.: Interessanterweise hat der Herr Nachmann und auch diese anderen Leute sehr scharf gegen alle linken Kräfte Stellung genommen, das ja!
C.: Anti-links: Das sind ihre gemeinsamen Interessen, oder nicht? Sie haben beide Angst vor den Kommunisten...

Juden-Vernichtung „noch immer ungeklärt"?

Ein neues Buch in der Reihe „wissenschaftlicher" Verharmlosungen von Nazi-Verbrechen, bis hin zur Geschichtsfälschung, hat der Erlanger Geschichtsprofessor Hellmut Diwald veröffentlicht. In seinem im Oktober erschienenen Kollossalschinken „Geschichte der Deutschen" (Startauflage 100.000 bei Propyläen/Ullstein - d.h. bei Springer!) wird insbesondere die systematische Vernichtung der Juden durch die Nazis verharmlost. Die alliierten Ansätze zur Entnazifizierung werden als „Siegerrecht" abqualifiziert, wie in der Neonazipresse schon lange üblich. Für faschistische Massenmörder, z. B. Göring, findet Diwald dagegen kaum verhohlene Bewunderung.

Bei der Darstellung der Vernichtungs-KZs der Nazis schlägt Diwald Töne an, die bislang nur von Nazis wie Christophersen, Roeder etc. zu hören waren: *„Birkenau, das zum Komplex Auschwitz gehörte, diente als Lager für diejenigen Häftlinge, die als nicht arbeitsfähig erklärt worden waren. Deshalb* (!) *erreichte hier die Sterblichkeitsquote die höchsten Ziffern. Am 26. Juli 1942 brach in Birkenau eine verheerende Typhusepedemie aus. Innerhalb von knapp drei Monaten starben bis an die zwanzigtausend Menschen. Das* (!) *war der Grund, warum sich in Birkenau ungewöhnlich große Einrichtungen für die Verbrennung der Toten befanden* " (S. 165).

Und zur systematischen Judenvernichtung als Nazi-Programm: „**Während des Krieges war unter dem Ausdruck ‚Gesamtlösung' oder ‚Endlösung' zunächst zu verstehen: ... sollten alle Juden in den Osten evakuiert, ... und in neuen Ghettos zusammengefaßt werden ... Was sich in den folgenden Jahren tatsächlich abgespielt hat, ist trotz aller Literatur in zentralen Fragen noch immer ungeklärt**" (S. 165). Im Klartext: Für Diwald ist die Judenvernichtung eine unbewiesene Sache!

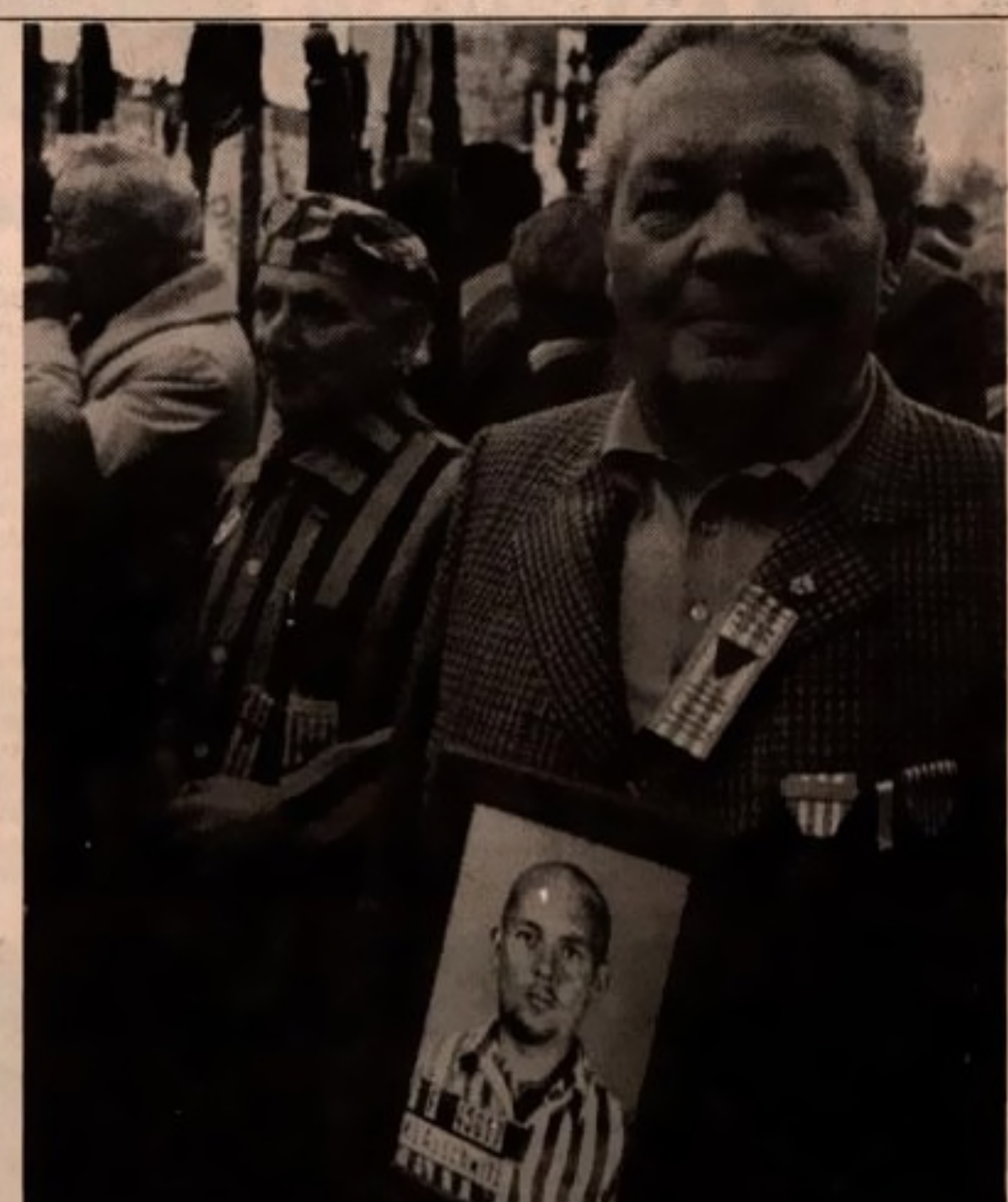
Kein Wunder, daß dieses Buch sofort in der rechtsradikalen „National-Zeitung" beifällig besprochen wurde: *„Man darf also hoffen – die Wahrheit naht"* („NZ", 3.11.78). Der ansonsten durch reaktionäre Äußerungen bekannte Historiker Golo Mann schrieb dagegen im „Spiegel": *„Diese beiden Seiten"* (mit den KZ-Darstellungen, AK) *„in der Geschichte der Deutschen sind das Ungeheuerlichste, was ich seit 1945 in einem deutschen Buch habe lesen müssen"* (4.12.78).

Am 21.11. veranstaltete in Freiburg der „Kaufhof", über dessen Warenhauskette Diwalds Buch u.a. vertrieben wird, einen „Diskussionsabend" mit Diwald, dem Freiburger Professor Buszello und anderen „Wissenschaftlern". Von der VVN wurde gegen diese Werbeveranstaltung protestiert und am Abend erschienen – beobachtet von Polizei in Wartestellung – etwa 150 Menschen, überwiegend an der Uni und PH mobilisierte Antifaschisten. Während Diwalds Kollegen milde „wissenschaftliche" Kritik äußerten, wurde aus dem Publikum auf den gefährlichen Charakter solcher Bücher wie dem von Diwald hingewiesen.

Antifa-Kommission
KB/ Gruppen Hamburg u.Freiburg

rend des Krieges war unter dem Ausdruck ‚Gesamtlösung' oder ‚Endlösung' zunächst zu verstehen: ... soll-

Antifa-Kommission
KB/ Gruppen Hamburg u.Freiburg



Mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Sollen Naziverbrecher begnadigt werden?" initiierte der „Unterstützungsausschuß Arbeiterkampf gegen Rosenbaum" im Juni 1977 den Beginn einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, parteilosen Antifaschisten und Kommunisten um Fragen des antifaschistischen Widerstands.

Mit der hier in deutschsprachiger Erstausgabe vorgelegten Arbeit des niederländischen Journalisten **Martin van Amerongen** soll diese Auseinandersetzung fortgeführt werden.

Diesem Veröffentlichungszusammenhang entspricht auch, daß wir mit einigen seiner Positionen – insbesondere mit seiner Einschätzung des Staates Israel und der Kritik an der Linken – nicht oder so nicht einig sind.

Martin van Amerongen behandelt u.a.:
- das Gefeilsche um die „Wiedergutmachung" in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten,
- die Durchsetzung aller entscheidenden Instanzen der BRD mit alten Nazis,
- den „Philosemitismus" der Springer und Konsorten,
- die Auswirkung der Judenverfolgung auf die kulturelle Entwicklung des Nachkriegsdeutschland,

....

Des weiteren enthält die vorliegende Broschüre ebenso wie das niederländische Original eine Skizze Martin van Amerongens von der anti-faschistischen Großkundgebung der Widerstandsverbände im April 78 in Köln.

Erscheint in Kürze ca. 20 Seiten A 4

John-Jahr-Verlag gründet Nazi-Buchclub

Der bei vielen Antifaschisten als einschlägig bekannte „**Verlag für geschichtliche Dokumentation**" (früher: **Jahr-Verlag**) verschickt mit Datum November 1978 einen Werbeprospekt. Er warb darin u.a. für Originaldrucke der Nazi-Propagandazeitschrift „Die Wehrmacht".



In einem beigefügten Brief an die Prospektempfänger beklagt sich der Verlag darüber, „*daß unsere verlegerische Arbeit nahezu unmöglich gemacht wird*" (gemeint ist damit, daß ein Teil der Nazi-„Dokumentationen" des Verlages als jugendgefährdend registriert und die öffentliche Werbung dafür verboten wurde.) Schuld daran sei die „*Regierungspartei*", „*nicht zuletzt beeinflußt durch Intervention der Ostblockländer*". Aber der Verlag weiß auch schon wie er weiter möglichst vielen Leuten zeigen kann, daß „*die deutschen Soldaten ... die besten der Welt*" waren und „*wie heldenhaft sie kämpften*" (Zitat Prospekt). Er will nämlich zur Tarnung einen Buchclub gründen (mit dem sympathischen Namen „Militaria"), „**da bei einem Buchclub der Aspekt der Jugendgefährdung nicht zum Tragen kommt**" (Zitat Brief).

Auf welche Käuferkreise der Verlag bei diesem Unternehmen abzielt, hat er durch seine eigene Propaganda hinreichend klar gemacht: So lag einer Ausgabe des Hiag-SS-Organs „Der Freiwillige" schon ein Prospekt bei.

Dieses Unternehmen „Buch-Club" sollte man all denjenigen Sozialdemokraten und Liberalen unter die Nase halten, die die Registrierung einiger Nazi-„Dokumentationen" als jugendgefährdend für ausreichend halten. Hier hilft nur das totale V e r b o t von Nazi-Propaganda!

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Neues zum Fahndungsfoto von Kai Ehlers

In der Sache Veröffentlichung von Fahndungsfotos von Kai Ehlers aus den „schwarzen Bänden" des BGS hat nun – nach der Hamburger Innenbehörde, die jede Verantwortung ablehnte (AK 143) – auch die „Quick" geantwortet.

Faktisch gibt sie zu, unrechtmäßig gehandelt zu haben, juristisch und finanziell allerdings bedeutet das nichts mehr für die „Quick". Ohnehin sind die entscheidenden Stellen in dieser Sache die offiziellen „Amtshelfer", die die Fotos aus dem Hamburger Paßamt an den BGS weitergaben. Hierzu steht die Stellungnahme des Bundesinnenministeriums immer noch aus.

Betrifft: Kai Ehlers ./. Heinrich Bauer Verlag

Sehr geehrter Herr Kollege,

In obiger Angelegenheit komme ich zurück auf mein Schreiben vom 24.1o.78.

Nach Rücksprache mit meiner Partei teile ich folgendes mit:

Obwohl meine Partei die Auffassung vertritt, daß Ihr Herr Vollmachtgeber in dem von der QUICK erörterten Sachzusammenhang als relative Person der Zeitgeschichte anzusehen ist, habe ich meiner Vollmachtgeberin geraten, die von Ihnen geforderte Unterlassungserklärung abzugeben, zumal ohnehin nicht die Absicht besteht, das Bild erneut zu veröffentlichen.

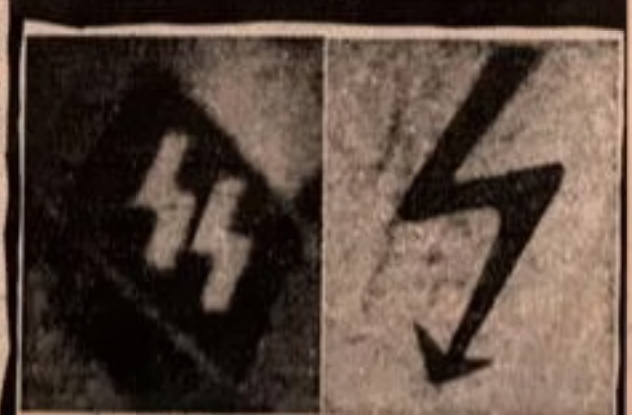
Im Auftrag meiner Partei erkläre ich daher, daß bei Meidung einer in jedem Fall der Zuwiderhandlung zu zahlenden Vertragsstrafe von DM 1.ooo.- es unterlassen wird, das in der QUICK vom 17.8.78 auf den Seiten 2o-21 veröffentlichte Foto Ihres Vollmachtgebers in der QUICK erneut zu veröffentlichen.

Mit vorzüglicher kollegialer Hochachtung

Rechtsanwalt

● **FRANZ JOSEF STRAUSS**, eigenwilliger CSU-Chef, mußte gestern vor Justitias Schranken eine Niederlage einstecken. Mit einem Freispruch nämlich endete vor einem Essener Schöffengericht ein Strafverfahren wegen Beleidigung des CSU-Denkers und Lenkers, der sich bekanntlich von der Bonner Bühne in bayerische Gefilde zurückgezogen hat. Ein 28jähriger Essener Student hatte im Dezember 1977 in einem Zeitschriften-Artikel den Namen des CSU-Politikers mehrmals anstelle des Doppel-„s" mit einem Zeichen geschrieben, in dem Strauss eine SS-Rune und damit ein Verunglimpfung sah. „Dieses — übrigens handgesetzte — Zeichen war kein SS-Emblem, sondern das Zeichen für einen Blitz, wie es auch als Warnung vor Hochspannungen benutzt wird. Ich wollte damit bezüglich Strauss zum Ausdruck bringen, ‚Vorsicht, Hochspannung, Lebensgefahr' ", bekundete der Student. Das Gericht kam zu dem


Schluß, daß diese Einlassung dem Angeklagten nicht zu widerlegen sei und sprach ihn mit der Begründung frei: das Blitzzeichen ist keine Beleidigung sondern eine politische Meinungsäußerung, die durch das Grundrecht gedeckt ist.



Streit um Symbole: Die SS-Rune (links) und der Hochspannungs-„Blitz".



„Kultur"-Imperialismus auf Nazi-Spuren?

In AK 141 berichteten wir über die nationalistisch-nazistische Vergangenheit des VDA („Verein ..." bzw. ab 1933 „**Volksbund für das Deutschtum im Ausland**"), der 1945 verboten wurde und seit 1955 als „**Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V.**" weiter lebt. Wir wollen in diesem Artikel zeigen, wie der VDA seine Traditionen heute weiterführt.

„Kultur" als Tarnkappe

Schon in seinem heutigen Namen zieht sich der VDA auf die harmlos klingenden „Kulturbeziehungen" zurück. Diese Vorsicht ist bei der Vergangenheit des VDA wohl angebracht, doch selbst diese Tarnung hat ihre Tradition: **Hans Steinacher**, der von den Nazis 1933 zum „VDA-Reichsführer" ernannt wurde, schrieb im April 1933: „*Der Mangel an einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung ... sowie die Vorherrschaft des liberal-demokratischen Denkens während der letzten 14 Jahre haben die Bewegung für das Grenz- und Auslanddeutschtum immer wieder abgelenkt, zersplittert und auf Nebengeleise geleitet und sehr häufig zur T a r n u n g der Arbeiten vor den eigenen Behörden geführt*"...So „**zog man sich, um gegen die Übermacht des liberal-demokratischen Systems Deckung zu haben, auf eine Linie der rein kulturellen Betreuung zurück**". („Denkschrift Steinacher vom 10.4. 1933 zur Reorganisierung der Volkstumpolitik", in Hans Adolf Jacobsen „Hans Steinacher"-Schriften des Bundesarchivs 19, Harald Boldt Verlag, Boppard/Rhein 1970, S.55).

Was dort getarnt wurde, war die Errichtung eines faschistischen Spionage- und Subversionsapparats, der schon vor der Errichtung der Nazidiktatur zu arbeiten begann. Das beweist auch die Arbeit des ehemaligen CDU-„Vertriebenen"ministers **Theodor Oberländer**, 1933 Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des VDA. In einer Nazi-Geheimakte heißt es: „*Nachrichtendienstlich ist Oberländer seit langer Zeit innerhalb der ‚Abwehr' tätig. ... Früher arbeitete er sehr eng mit der Abwehrstelle Ostpreußen zusammen.*" (aus: „Die Wahrheit über Oberländer", Berlin 1960, S.61).

So wie die „kulturelle Betreuung" vor 1933 eine Tarnung für die eigentliche Arbeit des VDA war, so dürfte auch heute hinter dem VDA-Aushängeschild „Kulturarbeit" manch anderes sich verbergen. In der VDA-Broschüre „Geschichte-Grundsätze-Ziele" heißt es: „*Es gilt heute mehr denn je, den künstlerischen, wissenschaftlichen und sportlichen Kontakt zu den Deutschen im Ausland zu vertiefen*". Richtig aber müßte es heißen: der VDA ist gut Freund mit Reaktionären und Faschisten in aller Welt. Er unterstützt sie, indem er ihnen zu Publizität verhilft, er versucht, sie salonfähig zu machen. Der VDA müht sich, durch finanzielle und ideologische Unterstützung (so wurde beispielsweise vom VDA ein Pressedienst, „trans globus press", für die deutschsprachigen Zeitungen im Ausland eingerichtet) die deutschen Minderheiten, besonders in Südamerika und im südlichen Afrika, als Stützpunkte imperialistischer Ideologie und Politik am Leben zu halten. Die überwiegend wohlhabenden „Deutschstämmigen" sind es ja u.a., die an der Aufrechterhaltung faschistischer und rassistischer Diktaturen ein direktes materielles Interesse haben.

Chile

„*Die Deutsch-Chilenen sind dank ihres politiven Verhältnisses zum Staat von diesem in ihrer volklichen Eigenart auch in Kriegs- und Nachkriegszeit geachtet worden. Diese Harmonie wurde durch das Regime Allendes gestört*". – „*Das Deutschtum in Argentinien ist heute keinen Pressionen seitens der Regierung ausgesetzt. Die Stimmung im Lande ist sogar deutsch-freundlich*". (aus: „Die Auslandsdeutschen in aller Welt", München, 1976; diese Broschüre hat übrigens der Landesvorsitzende des VDA-Hessen und CDU-MdB **Wilfried Böhm** vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages erarbeiten lassen, d.h. **sie wurde mit Steuergeldern finanziert!**)

Pinochet kennt seine Freunde: So organisierten u.a. der VDA und der „**Deutsch-Chilenische Freundeskreis**" eine Reise zu den Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag der ersten deutschen Einwanderung, auf der sich **Strauß** und **Pinochet** in trauter Eintracht zeigten. („globus", 3/4 77). Der VDA entsandte eine Delegation unter Führung des Verwaltungsratsmitglieds **Generalleutnant a.D. Albert Schnez**, der auch Mitglied des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises" ist. („Vorwärts", 22.9.77) Die Junta zeigte sich u.a. dadurch erkenntlich, daß die chilenische Fluggesellschaft LAN die Reise finanziell unterstützte („globus" 2/77).

Zusammen mit dem rechtsradikalen **Witikobund**, und wiederum mit dem „Deutsch-Chilenischen Freundeskreis" (dessen Vorsitzender der chilenische Consul in der BRD, Fritz Bohmüller, ist) sowie mit sonstigen rechten und revanchistischen Verbänden betreibt der VDA einen Schüleraustausch mit Chile. In einem Geleitwort des chilenischen Botschafters zum Schüleraustausch heißt es dazu: „...**Gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten für Chile, das versucht, tiefgreifende soziale, politische und wirtschaftliche Probleme zu überwinden, um den Bürgern ein gerechteres Leben zu geben, wird diese Gruppe junger Menschen der Übermittler der chilenischen Hoffnung und Wirklichkeit sein.**" (Vergl. auch: „Der Sozialdemokrat" Nr. 3, 78)

Südafrika

Lobende Worte findet der VDA auch für das südafrikanische Rassisten-Regime. Dem Regime wird eine „*umsichtige Politik*" bescheinigt. Allerdings: „*Über der Zukunft der Heimat dieser blühenden deutschen Gemeinschaft in Übersee hängen dunkle Wolken*" (VDA-„Die Auslandsdeutschen ...", S.19).

– Deshalb hat der VDA kürzlich einen Spendenaufruf zur Unterstützung der „demokratischen Kräfte in Südwest ... gegen die Unfreiheit im Gefolge der SWAPO" unterschrieben. Weitere Unterzeichner des Aufrufs waren u.a. die „**Deutsche SWA/Namibia Vereinigung**" und die „**Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft**" („FR", 22.9.78), **deren Geschäftsführer der südafrikanische Botschafter in Bonn und ranghöchster Repräsentant des südafrikanischen Geheimdienstes „BOSS" in der BRD, Robert Gruber ist** (AK 134).

– 20.000 DM machte der VDA kürzlich für eine deutsche Schule in Namibia locker. Überbringer des Schecks war der Präsident der „Deutschen SWA/Namibia Vereinigung", **Josef Greiling**.

– Als „hervorragenden Sachkenner" bezeichnet der VDA auf einem Einladungsschreiben den Rassistenfreund **Helmuth von Lichtenfeld**, ehemals Staatsdiener in Südafrika und Gründer des südafrikanischen „Afrika-Spiegels", Autor in der rechtsradikalen Zeitschrift „Nation Europa" (Nr. 7/8 77). Heute ist er verantwortlich für den Afrikateil der NPD-nahen „**Deutschen Wochenzeitung**", wie man dem Impressum dieses Blattes entnehmen kann. Auf mindestens zwei Veranstaltungen bemühte der VDA die „Sachkenntnis" Lichtenfelds: Am 19.6.76 auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Witikobund und der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum Thema „Südafrika weiß-schwarz-rot?" („globus" 2/76) und am 23.5. 77 auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der CSU-nahen „**Deutschlandstiftung e.V.**" (Ziesel!) zum Thema „Die Deutschen im südlichen Afrika – Eine Volksgruppe in Gefahr?" (lt. einem Einladungsschreiben des des VDA). Was von Lichtenfeld auf diesen Veranstaltungen zu erwarten war, läßt ein Zitat aus seinem Kapstädter „Afrika-Spiegel" vermuten: „*Wer sein eigenes Fleisch und Blut verrät, wer Kulturvölker primitiven Mörderbanden ans Messer liefert, der hat das Recht zu leben verwirkt. So lautet das eherne Naturgesetz, um dessen Unerbittlichkeit sich auch unsere verweichlichten, degenerierten Marionetten an der Spitze westlicher Pseudo-Demokratie nicht herumdrücken können!*" (zitiert nach „Der Sozialdemokrat", Nr. 3, 78).

Die rechten Verbindungen

Hinter dieser Politik steht keinesfalls nur ein kleiner Haufen „ewig Gestriger" und Spinner. Der VDA hat immerhin 9.000 Mitglieder. In der VDA-Führung sitzen Leute, die in der rechten Szene wohlbekannt sind und für die nötigen Verbindungen sorgen. Führende Mitglieder sind „Prominente", vornehmlich CDU/CSU-Politiker, in einflußreichen Ämtern. Einen soliden finanziellen Hintergrund hat der VDA anscheinend in der westdeutschen Bauindustrie.

Einige zentrale Figuren des VDA seien hier genannt: **Dr. Rudolf Aschenauer**, Rechtsanwalt: Er war Verteidiger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und war bis zu dessen Tod der Anwalt des Nazi-Mörders Herbert Kappler. Er war seit der Gründung 1948 beim BdH („Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten") und seit 1952 bei der NO („Nationale Opposition") dabei (vergl. Kurt Hirsch: „Kommen die Nazis wieder?"). Er nahm 1976 und 1977 an den Kongressen der rechtsradikalen **GfP („Gesellschaft für freie Publizistik")** teil und schreibt für die rechtsradikale „Nation Europa" („NE" 7/8 76, 7/8 77). Er war jahrelang **Bundesvorsitzender des VDA** (bis 1977). Der selber wegen seiner VDA-Zugehörigkeit angegriffene Frankfurter CDU-Schuldezernent **Bernhard Mihm** räumte ein: „*Aschenauer ... sei bisweilen in seinen Kontakten zu Leuten in der rechten Szene ungeschickt und unglücklich*" vorgegangen („FR", 2.3.78).

Hans Wissebach: Ebenfalls Teilnehmer an einem GfP-Kongreß und Autor in „Nation Europa" (Nr. 7/8 76). Er war Freiwilliger der „Leibstandarte Adolf Hitler" in der Waffen-SS, war nach dem Krieg Schriftleiter des „HIAG"-Organs „Der Freiwillige" und ist heute noch „HIAG"-Aktivist („tat", 22.7.78 und 18.11.78).

Wissebach ist heute Mitglied des Bundestages und stellvertretender **Landesvorsitzender des VDA Hessen** („globus" 2/78).

Dr. Heinz Lange: Ehemals HJ-Gebietsführer im Sudentenland, ehemaliges NSDAP- und SS-Mitglied. Nachdem er nach dem Krieg Unterschlupf in der FDP gefunden hatte, versuchte er später, mit der rechten Abspaltung NLA („National-Liberale Aktion") und der DU („Deutsche Union") eine rechtsradikale Sammlungsbewegung ins Leben zu rufen. (Vergl. AK 63). Heinz Lange sorgt für den innigen Kontakt des VDA (dort ist er im Verwaltungsrat ,lt. „globus" 3/4 77) zum **Witikobund**, dessen Vorsitzender er ist bzw. zumindest war („Braunbuch", S. 311).

Prof. Dr. Rolf Rodenstock, Industrieller und Wirtschaftsmanager: Er ist kürzlich zum BDI-Präsidenten gewählt worden und ist Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Union CDU. 1974 war er **Mitglied des VDA-Verwaltungsrats** („Vorwärts", 15.9.77; „globus" 3/74).

Prof. Johann Diedrich Hellwege: Geschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU. Er ist **stellvertretender Vorsitzender des VDA-Vorstandes** („globus" 3/4 77).

Die Geldgeber?

Die Geldgeber?

Auffällig ist eine Konzentration der Baubranche in der VDA-Führung. Dies spielt wohl auch für die VDA-Finanzen eine Rolle, denn von den 24 Mark Jahresbeitrag der Mitglieder allein läßt sich der in letzter Zeit im „globus" angekündigte Aufschwung des VDA sicher nicht bewerkstelligen. Der **Vorstandsvorsitzende des VDA, Hans Joachim Berendes**, ist „*Prokurist und Unternehmensbereichsleiter in einem Großunternehmen der Bauindustrie*" („globus" 3/4 77). **Das VDA-Verwaltungsratsmitglied Robert Heitkamp** ist Chef der Firma Heitkamp, **eines der größten Bauunternehmen der BRD** mit 7.000 Beschäftigten.

Die Firma Heitkamp ist spezialisiert auf Industrie-, Kraftwerks-, Kühler-, Eisenbahn-, Brücken-, Erd-, Straßen- und Tunnelbau. In allen „globus"-Heften findet man ganzseitige Anzeigen der Firma Heitkamp und allerlei Anzeigen von **Heitkamp-verwandten Zweigen der Industrie**:

- **Rothalit (Bau- und Wegbaustoffe)**
- Cemafer, Stumec, Geismar (Gleisbaumaschinen);
- Plasser und Theurer (Bahnbaumaschinen);
- Tecklenburg (Baumaschinen);
- Wupper (Hebe-und Fördertechnik).

Da die Firma Heitkamp auch an zahlreichen Auslandsprojekten beteiligt war und ist, ist die Vermutung naheliegend, daß hier eine profit-trächtige Verquickung von „Kultur"- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland stattfindet.

Angesichts des zunehmenden Engangements der BRD in Ländern der 3. Welt halten wir es für nötig, Aktivitäten wie die des VDA genauer bekannt zu machen. Wir bitten alle AK-Leser, uns eventuell vorhandenes Material über den VDA zuzuschicken.

Antifa-Kommission Hamburg

Trotz „Liberalisierung“ — Legalisierung des Todesschusses weiter auf der Tagesordnung

Im Zuge des gegenwärtigen Geredes um eine „Liberalisierung“ des Polizeistaates äußerte sich kürzlich im „Stern“ auch Innenminister Baum. Auf die Frage: „*Will der Polizeiminister Baum den sogenannten Todesschuß gesetzlich sanktionieren?*“ gab er an, er wolle kein Todesschußgesetz vorlegen.

Damit versucht Baum, der breiten Kritik am Polizei- und Schnüffelstaat die Spitze zu nehmen. Vor allem der Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz war seit seiner Vorlage durch die Innenministerkonferenz Gegenstand massiver Kritik:

Vor einem Jahr, am 25.11.1977, verabschiedete die Innenministerkonferenz (IMK) den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz. Polizeiliches Eingreifen ist danach nicht mehr an eine konkrete „Gefahr“ gebunden; schon bei vagem „Verdacht“ sind z.B. Personalien-Kontrollen, Festnahmen und Wohnungsdurchsuchungen möglich. Zugleich wird der Einsatz von Schußwaffen auch gegen Unbeteiligte in einer „gewalttätigen Menschenmenge“ legalisiert, sofern sich diese nach Aufforderung nicht entfernen (Modell Iran!). Nicht zuletzt wird auch der „gezielte Todesschuß“ legitimiert (siehe AK 121, Seite 24).

Die Kritik am „Musterentwurf“ ging über die engere Linke hinaus. Einige Stimmen zeigen das beispielhaft:

- Die Jungdemokraten bedauerten 1977 den Beschluß des FDP-Parteitages, den Todesschuß zu befürworten.
1977 den Beschluß des FDP-Parteitages, den Todesschuß zu befürworten.
- amnesty international forderte die saarländischen Landtagsabgeordneten auf, den Todesschuß abzulehnen.
- Der Verfassungsrechtler Hans Peter Schneider bezeichnete das Polizeigesetz als „Beitrag zur Systemveränderung“ des bisher seiner Meinung nach rechtsstaatlichen Polizeirechts.
- Der Staatsrechtsprofessor Erhard Denninger kritisierte: „Jeder kann in polizeiliche Maßnahmen geraten, ohne etwas getan zu haben“.

Der Kritik trug die SPD bereits auf ihrem Parteitag 1977 Rechnung: Sie stimmte nicht mehr für Einführung des „gezielten Todesschusses“, stattdessen für eine Übernahme des „Notwehr- und Nothilferechts“ in den Musterentwurf und außerdem für eine Umbenennung des „gezielten Todesschusses“ in „gezielter Rettungsschuß“ (Wieder ein typisch sozialdemokratisches „Reformwerk“!). Vom gleichen Kaliber waren die Einwände der Innenbehörden und -ministerien West-Berlins, Bremens, Hamburgs und Hessens bei der Verabschiedung des Entwurfs im November 1977 durch die Innenminister-Konferenz. Den Vogel in diesem Reigen schoß kürzlich der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch (FDP) ab, der zwar großzügig auf eine Verabschiedung des Todesschußparagraphen im neuen Polizeigesetz NRWs „verzichtete“, zugleich aber auf zukünftige Regelungen im Bundesmaßstab verwies, weil es notwendig sei, daß „der Bund die Rechtsstaatlichkeit wahrt“.

Damit wird unmißverständlich deutlich, daß Baums gegenwärtig ausgesprochener „Verzicht“ auf eine bundeseinheitliche Verabschiedung des Todesschuß-Gesetzes nichts anderes ist als eine taktische Maßnahme, die auf „günstigere“ Zeiten orientiert. Derweil wird aber bereits fleißig an der Verwirklichung des Entwurfs gearbeitet, und zwar ganz im Sinne der 1977 von der Innenministerkonferenz gefaßten Beschlüsse. In der kürzlich vorgelegten „*Leistungsbilanz Terrorismusbekämpfung 1977/78*“ kann man dazu unter der Rubrik „Erfolgte gesetzliche Maßnahmen“ lesen: „*Verabschiedung des Musterentwurfs eines einheitlichen Polizeigesetzes durch die JMK am 25. November 1977.*

In mehreren Fällen ist das inzwischen ohne große Umstände geschehen:

- Am 22.2.1978 verabschiedete die Saar-Regierung (CDU/FDP-Koalition) einen Polizeirechtsentwurf. Der Musterentwurf wurde samt Todesschuß und militärischer Bewaffnung der Polizei unverändert übernommen.
- Am 22.3.1978 wurde der Musterentwurf vom CDU-regierten Rheinland-Pfalz übernommen. Im Gegensatz zur Fassung der Innenministerkonferenz sollen nach diesem Entwurf festgenommene Personen unverzüglich Gelegenheit erhalten, ihre Angehörigen oder Vertrauensanwälte zu benachrichtigen, selbst dann, wenn „dadurch der Zweck der Freiheitsentziehung gefährdet wird“. Todesschuß und Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten wurden dagegen unverändert übernommen.
- Zwei Monate später wurde der Musterentwurf vom bayerischen Landtag unverändert übernommen. Die SPD-Opposition enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme.
- Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch (FDP) legt am 7.11.1978 den Entwurf für ein Landespolizeigesetz vor, der im wesentlichen dem Musterentwurf der Innenministerkonferenz entspricht (als deren Vorsitzender Hirsch vor einem Jahr den Musterentwurf mit verabschiedet hat). Statt Todesschuß enthält er die gefälligere Formulierung „Übernahme des Notwehr- und Nothilferechts“.
- In anderen Bundesländern (z.B. Niedersachsen und Baden-Württemberg) ist ein dem Musterentwurf entsprechendes Ländergesetz in Vorbereitung.

Diese Vorgehensweise läßt keineswegs eine „Liberalisierung“ des Innenminister-Entwurfs erkennen, sondern das genaue Gegenteil: Da die „bundeseinheitliche Regelung“ eine der Haupt-
genaue Gegenteil: Da die „bundeseinheitliche Regelung“ eine der Haupt-
stützen der Argumentation für die angebliche Notwendigkeit des neuen Polizeigesetzes abgab, ist außerdem zu erwarten, daß nach Verabschiedung der jetzigen Neu-Fassungen der Länder-Polizeigesetze erneut das Geschrei nach einer (noch schärferen) „bundeseinheitlichen Regelung“ erhoben werden wird.

Überdies schlägt die P r a x i s des zunehmenden täglichen Terrors allen Versprechungen der Regierungskoalition ins Gesicht. Die Todesschuß-Rate der westdeutschen Polizei entwickelte sich in diesem Jahr in einer atemberaubenden Geschwindigkeit: Mit 32 Toten seit Verabschiedung des Musterentwurfes wurde ein neuer trauriger Rekord erreicht:

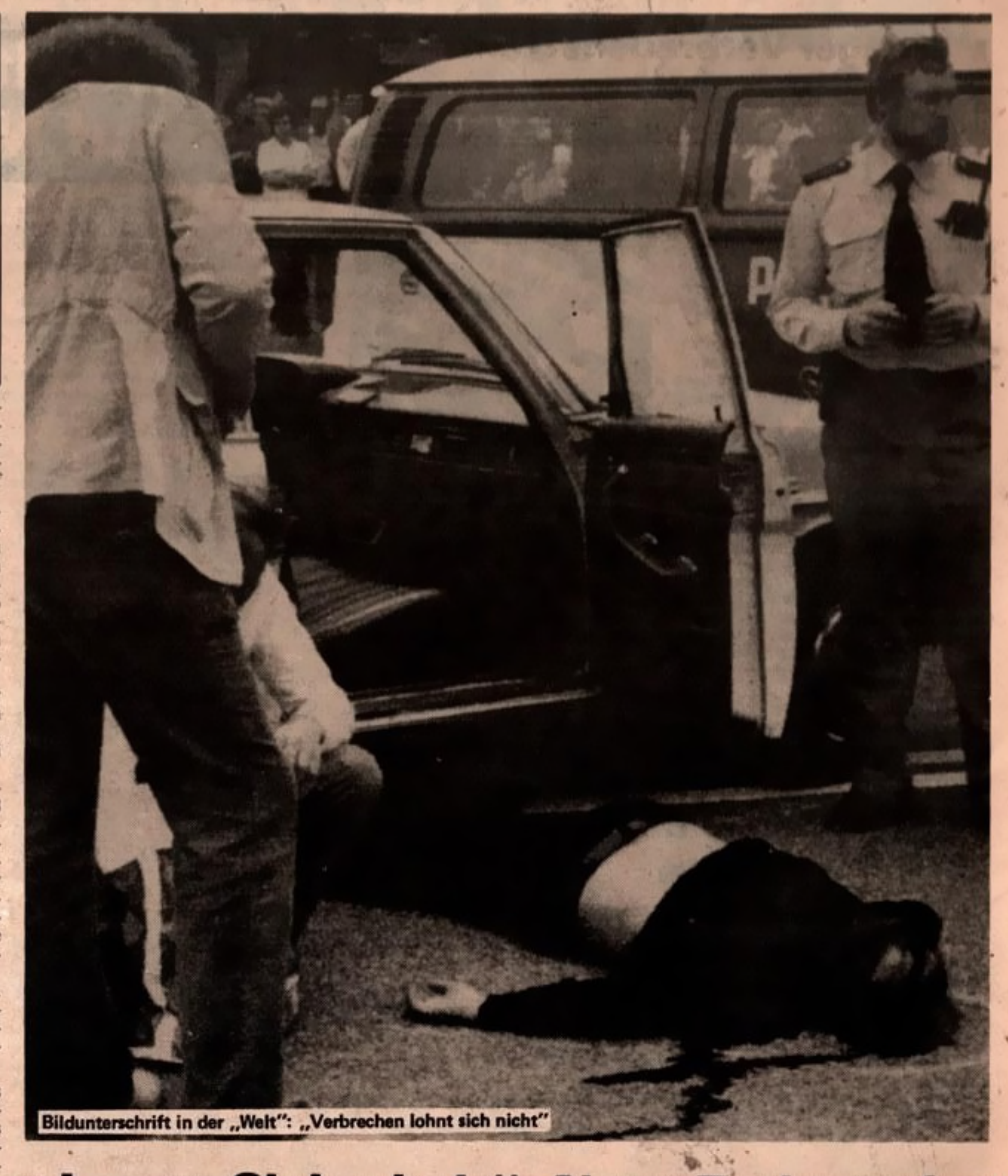
- 15 Menschen wurden von der Polizei erschossen.
- 7 Menschen kamen in Polizeigewahrsam um.
- 4 Menschen begingen in Polizeigewahrsam oder vor den Augen der Polizei „Selbstmord“.
- 4 Menschen wurden von der Polizei überfahren.
- 2 Menschen kamen auf der Flucht vor der Polizei ums Leben.

Diese Auflistung kann vermutlich noch nicht einmal den Anspruch auf Vollständigkeit stellen.

Schließlich kommt zu all dem noch hinzu, daß die sog. Polizeidienst-Verordnung 100 (PDV 100) sowie das sog. Razziengesetz von Baums „Verzicht“ nicht berührt und von ihm auch — wie sollte es anders sein — nicht einmal erwähnt wurden. Die „PDV 100“ hat Bestimmungen des Musterentwurfs bereits praktisch auf dem Dienst-Verordnungswege vorweggenommen. Sie regelt z.B. Personalienfeststellung, Wohnungsdurchsuchungen uam. Die Strafrechtsänderungen des Razziengesetzes haben auf strafrechtlichem Wege Voraussetzungen geschaffen für Personalienkontrollen gegen Unbeteiligte, willkürliche Verhaftungen ohne Anrecht auf Rechtsbeistand uam. Die übliche juristische Praxis, polizeiliche Todesschützen freizusprechen, Polizeibrutalitäten zu entschuldigen und stattdessen die Opfer wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt anzuklagen, legitimiert die alltägliche Umsetzung dieser Bestimmungen.

Vor diesem Hintergrund kann man Baums geäußerte „Liberalisierungs“-Absichten nur als neuerlichen Verdummungsversuch in großen Stil verstehen.

Antifa-Kommission Hamburg



Bildunterschrift in der „Welt“: „Verbrechen lohnt sich nicht“

„Innere Sicherheit“: Neue Todesopfer

Am 7.1.1978 wurde der 24jährige Klaus Beinert in Frankfurt/Main von Kriminalmeister Ernst Eppstein erschossen, weil er im Treppenhaus lärmte.

Das Verfahren gegen den Todesschützen wurde im Juni eingestellt: „Notwehr“!

Nicht eingestellt wurde dagegen ein Verfahren gegen die „Rote Hilfe“, die diesen Todesschuß kritisiert hatte.

Am 29.1.1978 starb die 52jährige Gertrud St. an einem Schädelbruch in einer Westberliner Polizeizelle. Angeblich war sie „stark betrunken“ in die Zelle gesteckt worden, nachdem sie von einem Arzt untersucht worden war.

Am 10.2.1978 starb der 22jährige Untersuchungshäftling Günther Braun in der psychiatrischen Abteilung des Krankenhauses Ansbach. Drei Tage vorher hatte ihn seine Mutter in der Nürnberger Untersuchungshaftanstalt mit ausgeschlagenen Zähnen und Blutergüssen aufgefunden. Am 7.9. wurden die Räume der Gefangenengruppe polizeilich durchwühlt, die den Tod von Günther Braun untersucht hatte. Sämtliches Material über seine Todesumstände wurde beschlagnahmt.

Am 19.2.1978 wurde in Aachen der Gastwirt Willi Ramrath bei einer Taxikontrolle erschossen. Nach Angaben der Behörden **„löste sich“ der Schuß aus der Dienstpistole des Beamten, als er mit der entsicherten Waffe in der Hand die hintere Wagentür aufzog.**

Von Notwehr war diesmal nichts zu hören; trotzdem ist uns von einem Prozeß gegen den Todesschützen nichts bekannt.

Am 12.2.1978 wurde ein 19jähriger von der Polizei durch ganz Norddeutschland und schließlich durch Hamburg gejagt. Als Beamte auf ihn schossen, geriet er in Panik: Er raste bei Rot über eine Kreuzung, genau in die Seite eines unbeteiligten Autos. Dessen Fahrer starb kurz darauf.

Am 30.3.1978 **wurde Walter Reuker (23) von einem Limburger Polizisten erschossen. Reuker war in einen Kiosk eingestiegen** und von Polizisten gestellt worden. Dabei kam es zu einer Schießerei, bei der Reuker erschossen wurde.

Am 7.4.1978 wurde der 77jährige Rentner Joseph O. auf der Straße von einem Funkwagen erfaßt und auf der Stelle getötet.

Am 23.4.1978 erschoß der Münchner Polizeiobermeister Stadler seine Frau, vermutlich aus Eifersucht. War es wieder „Notwehr“? ...

Am 1.5.1978 erschoß ein Polizist in Krefeld mit einem gezielten Schuß aus seiner Dienstwaffe seinen Schwiegervater. Der zuständige Haftrichter lehnte es ab, einen Haftbefehl gegen den Todesschützen zu erlassen. Angeblich habe der Beamte in „Notwehr“ gehandelt, weil der Schwiegervater einen Schreckschußrevolver hatte!

Am 6.6.1978 „kostete es den 66jährigen gehbehinderten Paul Hell das Leben, daß er es gewagt hatte, sich über die ihn störenden Lebensgewohnheiten des 28jährigen Polizisten Reinhard B. aus Dormagen zu beschweren.

Polizeiobermeister B. schlug den 66jährigen nieder: Tod durch Gehirnblutung nach 9 Stunden. Der Polizist darf weiter Dienst machen; denn der Staatsanwalt nannte das ‚Körperverletzung in einem minder schweren Fall‘ “ („Rote Fahne“, 14.6.).

Am 14.6.1978 starb ein 58jähriger im Polizeipräsidium Dortmund. Der Mann war in ein Krankenhaus eingeliefert worden; der diensthabende Arzt schickte den Patienten jedoch zur „Ausnüchterung“ ins Polizeipräsidium. Dort sei angeblich jede halbe Stunde nach ihm gesehen worden, bis ein Notarzt gegen drei Uhr früh den Tod feststellte.

Am 26.6.1978 erlitt eine Frau in Westberlin tödliche Verletzungen, als sie beim Überschreiten einer Straße von einem VW-Bus der Polizei angefahren wurde.

Am 27.6.1978 starb nach epileptischen Anfällen ein Häftling im Tegeler Knast in Westberlin. In der Strafanzeige eines Mitgefangenen heißt es, der Mann habe vor seinem Tod fast vier Stunden bewußtlos in seiner Zelle gelegen, ohne daß ihm ärztliche Hilfe zuteil geworden sei.

Von einem Prozeß gegen die verantwortlichen Beamten wurde uns nichts bekannt.

Am 9.7.1978 wehrte sich ein 49jähriger Mann in Osnabrück, angeblich mit Waffengewalt, gegen eine Blutprobe. Nach einer Schießerei mit Polizisten wurde er später tot in einem Feld gefunden. Angeblich habe er sich durch einen Schuß in den Mund selbst getötet.

Am 4.8.1978 wurde Klaus Müller nach einem Bankraub erschossen. Müller, der in einem Taxi floh, war am Nobistor/Hamburg von der Polizei eingekreist und von allen Seiten beschossen worden. Insgesamt 8 von 12 Schüssen sollen Müller getroffen haben.

Der Taxifahrer wurde dabei zwar von den Beamten nicht getroffen, er kam jedoch mit einem Schock ins Krankenhaus.

Am 21.8.1978 wurde in Erlangen ein Exhibitionist von der Polizei „auf frischer Tat ertappt“. Auf der Flucht kam es zu einem Schußwechsel. Bei einer Ringfahndung wurde er in einem Taxi wiederentdeckt. Als er aussteigen sollte, schoß er sich angeblich selbst in den Kopf.

Am 28.8.1978 **starb ein 43-jähriger im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Der schwerkranke Mann durfte nach einer ärzt**lichen Untersuchung zwar seine Medikamente weiter bekommen, allerdings wurde das bei der Einlieferung angeordnete Elektrokardiogramm (EKG) nicht gemacht, der behandelnde Anstaltsarzt fuhr in Urlaub.

Am 31.8.1978 verunglückte ein Motorradfahrer bei Polling bei einer wilden Verfolgungsjagd durch die Polizei tödlich. Der Fahrer war Beamten aufgefallen, weil seine Maschine kein Kennzeichen trug. Als sie ihn zur Überprüfung anhalten wollten, gab er Gas. Die Beamten verfolgten ihn; in einer Kurve überschlug sich der Motorradfahrer und erlag kurze Zeit später im Münchner Klinikum seinen Verletzungen.

Am 6.9. **wurde der zur „RAF“ gerechnete Willy Peter Stoll in Düsseldorf erschossen. Vier Schüsse aus zwei Polizei-Pistolen hatten ihn getroffen.**

Bei den verschiedenen Versionen über den Tathergang blieb vor allem offen, ob Stoll denn nun seine Pistole tatsächlich **gezogen hatte oder ob er — wie es meist heißt — dies gerade erst v e r s u c h t e, als ihn die Schüsse der Polizisten trafen.**

Am 24.9.1978 wurde der zur „RAF“ gerechnete Michael Knoll bei einem Schußwechsel mit der Polizei bei Dortmund schwer verletzt. Am 7.10. erlag er seinen Schußverletzungen.

Am 10.10.1978 wurde ein tunisischer Dealer von der Bamberger Kripo, dem LKA, einer Sonderdienstgruppe und einem US-Spezialagenten in eine Falle gelockt. Es entstand ein Handgemenge, wobei der Dealer ein Messer gezogen haben soll. Mit einem Schuß „gelang es dem US-Spezialagenten, den Heroinhändler ... außer Gefecht zu setzen“. Tot.

Am 16.10.1978 erschoß ein Polizist auf einer Party in Neckarsteinach die Gastgeberin. Angeblich hatte „sich der Schuß gelöst“, als er ihr erklären wollte, wie seine Dienstpistole funktioniert. Ist ja auch ein passendes Party-Spielzeug! Der Todesschütze wurde vorläufig beurlaubt.

Am 20.10.1978 wurde der 31jährige Peter Leupold in Amberg von einem Beamten erschossen.

Leupold, der wegen Raubes gesucht war, hatte angeblich versucht, sich bei der Festnahme mit einem Schreckschußrevolver zu „wehren“.

Am 24.10.1978 starb der 42jährige Johann B. in einer Ausnüchterungszelle in Burg/Fehmarn. Er sollte „seinen Rausch ausschlafen“ und starb an einer Lungenentzündung.

Am 28.10.1978 starb eine 66jährige Frau, weil sie ein Beamter angefahren hatte. Ihr Beifahrer wurde schwer verletzt. Der 44jährige schuldige Westberliner Polizeiobermeister beging Fahrerflucht.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Göttinger Verbraucherzentrale von Bullen durchsucht

Mit Hausdurchsuchungen bei der Göttinger Verbraucherberatungsstelle und in einem Rechtsanwaltsbüro ging die Göttinger Staatsanwaltschaft gegen ein Modell der Verbraucher-Rechtsberatung vor, das durch Mittel des Bundeswirtschaftsministeriums finanziert und zur Zeit im ganzen Bundesgebiet praktiziert wird. Die Staatsanwaltschaft gab als Begründung an, es bestehe der „Verdacht", daß die Verbraucherberatungsstelle gegen das Rechtsberatungsgesetz von 1935 (!) verstoße, indem sie Beratung ohne behördliche Genehmigung leiste – eine Begründung, die selbst vom Bundeswirtschaftsministerium als „abwegig" bezeichnet wird („FR", 30.11.).

Von den für die Verbraucherzentrale tätigen Juristen wird deshalb auch die Vermutung geäußert, daß die Hausdurchsuchungsaktion auf Betreiben der Anwaltskammer bzw. des Göttinger Anwaltsvereins zustande gekommen ist, die ihre Klienten sprich Pfründe in Gefahr sehen. So wurde bereits in Oldenburg versucht, mit Ehrengerichtsverfahren gegen Verbraucheranwälte vorzugehen, und in Göttingen wurden die Anwälte offiziell aufgefordert, ihren Auftrag für die Verbraucherzentrale niederzulegen („FR").

KB/ Gruppe Göttingen

Bullen-Kurzmeldungen

Ein Bauer aus Menningen hatte bei einer Hausdurchsuchung die Beamten mit „*Bullen und Polizistenpack*" bezeichnet und ihre Arbeitsweisen mit „*Nazimethoden*" gleichgesetzt.

Nachdem er und sein Sohn in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden waren, wurde das Urteil in zweiter Instanz „gemildert" auf 6.570 Mark Geldstrafe für den Bauern und 4.800 Mark für seinen Sohn.

•

„Alle reden vom Wetter – wir nicht". Diese Werbung der Deutschen Bundesbahn sollen sich angeblich auch die „Terroristen" zueigen gemacht und die Züge als sicherstes Verkehrsmittel entdeckt haben.

Um diesen Zustand abzuändern, werden jetzt in den wichtigsten Reisezügen Computerterminals installiert. „*Wie Servierwagen*", so ein Fahnder, „*können die Computer zum Abrufen von Fahndungsdaten durch die Abteile geschoben werden. Alle Bundesbahndirektionen sind mittlerweile ebenfalls mit Terminals ausgestattet worden*" („WAZ", 14.11.).

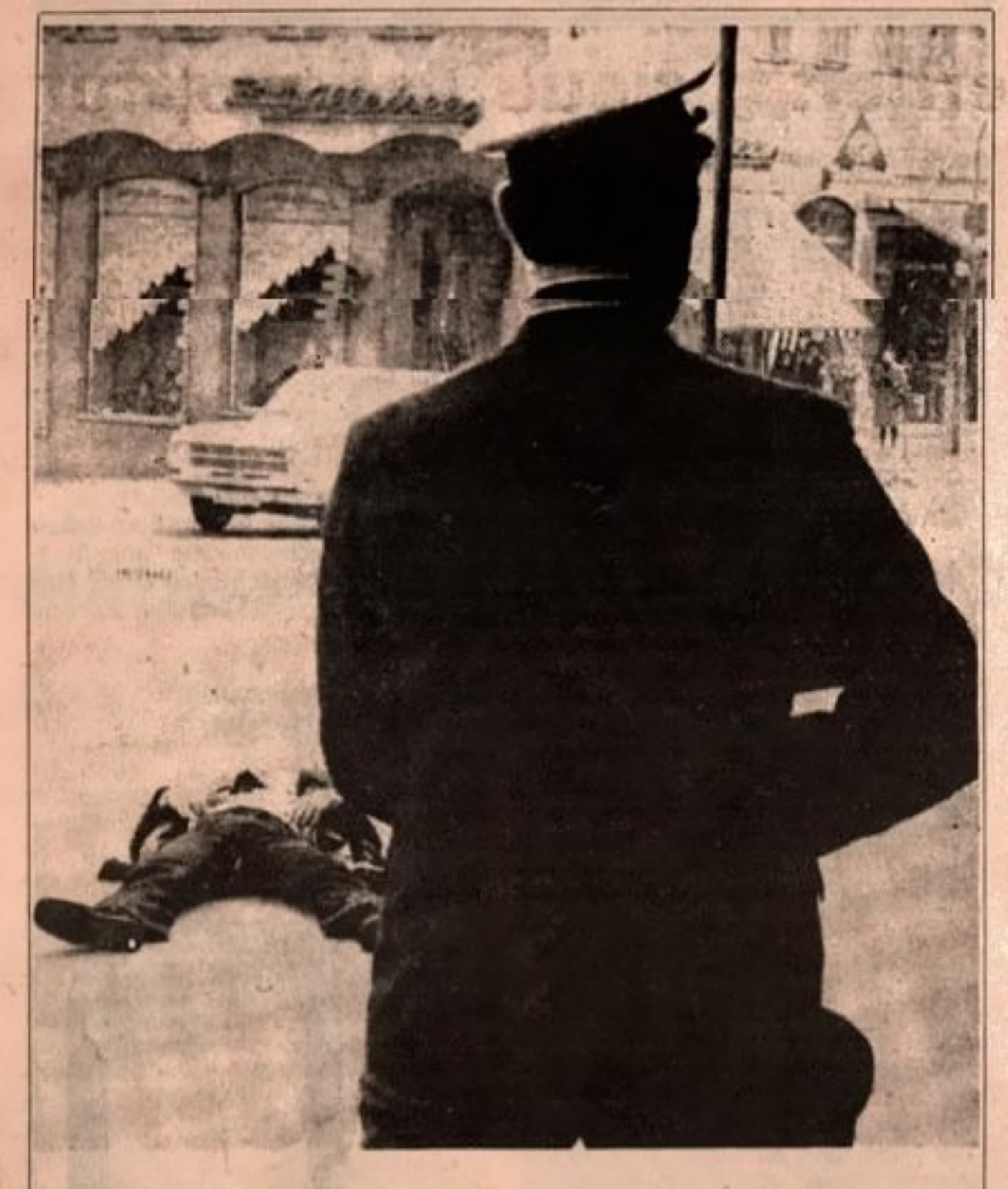
Dazu erhalten die Bahnpolizisten noch eine Spezialschulung. Ob die Bundesbahn es sich allerdings bei ihrer Finanzlage leisten kann, so gute Kunden einfach vor den Kopf zu stoßen, ist doch sehr die Frage...

•

Ein Duisburger Polizist klinkte aus und schlug in seinem Wohnhaus in Moers das Treppenhaus zu Kleinholz. Als „geübter Judokämpfer" („WAZ", 7.11.) bereitete es ihm keine Mühe, anschließend noch eine Wohnungstür einzuschlagen und aufgeschreckte Hausbewohner mit Fußtritten und Faustschlägen zu traktieren.

„*Einem Bekannten, der ihn beschwichtigen wollte, schlug der randalierende Beamte erbarmungslos zusammen. Die Verletzungen waren so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte*" (ebenda).

Seinen herbeigerufenen Kollegen erging es nicht besser. Auf der Wache langte der Polizist noch mal voll zu und brachte einem anderen Bullen eine Rißwunde bei.





Kurt Faller muß eingestellt werden

Kurt Faller ist einer der am längsten schmorenden Berufsverbote„fälle", und er ist auch einer der Fälle, die sich am besten für die Demonstration der „liberalisierten" Berufsverbotepraxis eignet: Seit 1971 an der Endinger Sonderschule in der Nähe von Wyhl tätig, als Lehrer qualifiziert, bei Schülern und Eltern sehr beliebt, in der internationalen Öffentlichkeit auch deswegen bekannt. Bekannt über die bundesdeutschen Grenzen hinaus ist sein „Fall" sicherlich auch, weil ihm – wie natürlich auch anderen – nichts anderes als die bloße Mitgliedschaft und Funktionärstätigkeit in der DKP vorgeworfen wird. Ein „Fall" also, bei dem die Gewichtung des außerdienstlichen Verhaltens das dienstliche Verhalten völlig erdrückt. Und nicht zuletzt hatte er während der jetzt laufenden Debatte betont, „Indoktrination" komme für ihn nicht in Frage.

Faller hatte gegen seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf allen Ebenen geklagt. Da hatte der berüchtigte Verwaltungsgerichtshof Mannheim seine dicken Finger mit im Spiel, da wurde von demselben eine Revision beim Bundesverwaltungsgericht erst gar nicht mehr zugelassen. Ergebnis: Kurt Faller bekam sein Recht nicht; er wurde zum Schuljahresbeginn 1978 entlassen.

Daraufhin klagte Faller beim Arbeitsgericht Freiburg auf Einstellung als Angestellter – und bekam Recht. Ein guter Erfolg, aber vielleicht doch nur ein vorübergehender; positive Urteile in erster Instanz gerade bei Arbeitsgerichten gab es schon viele, doch uns ist kein Fall bekannt, in dem die entsprechenden Länder sich damit zufrieden gegeben hätten. Und so hat denn auch der Sprecher der Landesregierung angekündigt, Faller werde nicht eingestellt werden – also eingestellt werden – also ein eindeutiger Rechtsbruch (nach „Badische Zeitung", 1.12.78).

Die – bisher nur mündliche – Urteilsbegründung hört sich allerdings wie direkte Schützenhilfe für Klose an. Da wird sich auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes und vieler anderer Arbeitsgerichte bezogen und festgestellt, daß die „Mitgliedschaft allein" nicht ausreiche, selbst dann nicht, wenn die Betroffenen als Funktionäre tätig sind. Das Land Baden-Württemberg wird aufgefordert, konkrete Belege für „verfassungsfeindliches Verhalten" Fallers zu bringen, was das Land ja im Laufe der Zeit seit 1971 hätte tun können. Da es unbestritten sei, daß Faller in „seinem fachlichen und beruflichen Bereich" keine Agitation für die DKP betrieben und sich nicht verfassungsfeindlich betätigt habe, müsse Faller eingestellt werden. Das selbst, obwohl sämtliche beteiligten Verwaltungsgerichte ihn abgelehnt hätten, denn es müsse insofern zwischen Beamten und Angestellten unterschieden werden, als Beamte eben an eine besondere Treuepflicht dem Staat gegenüber gebunden seien, nicht aber Angestellte. Soweit uns bekannt, ist das das erste Urteil, das so eindeutig zwischen Beamten und Angestellten unterscheidet.

Berufsverbote-Kommission

„Ehebruch" stellt Verfassung in Frage

Das Bundesverwaltungsgericht hat in letzter Instanz entschieden, daß die Entlassung eines Lehrers rechtmäßig ist, weil dieser mit einer Kollegin während eines Landschulaufenthaltes gemeinsam ein Zimmer bewohnte. Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim stellte fest, daß die Lehrer den Schülern den Eindruck vermittelt hätten, gemeinsames Übernachten eines verheirateten Mannes mit einer ledigen Frau sei ein „normales, beispielhaftes Verhalten." Sie hätten damit die Institution der Ehe „im Sinne des geltenden Verfassungsverständnisses" in Frage gestellt. „Ehebruch" reicht also schon zur „Verfassungsfeindlichkeit"! Gegen dieses bereits 1977 gefällte Urteil sei keine Revision mehr möglich, befand jetzt das Bundesverwaltungsgericht.

Damit ist ein Prozeß, der seit 1974 die Gemüter vieler Kollegen, Eltern und Schüler der betroffenen Lehrer erhitzte, endgültig zu einem deprimierenden Abschluß gebracht worden. Bodo K., der betroffene Lehrer, muß nach den Herbstferien seinen Beruf aufgeben, Brigitte K., seine Kollegin, wurde schon gefeuert, weil sie sich angeblich für den KBW eingesetzt hatte.

Jetzt wird wohl die Ära der „Bettwanzen" anbrechen. Aber wenn schon, dann sollte bei den doppelmoralischen Schulräten angefangen werden.

Offener Brief

an den ersten Bürgermeister Hans-Ulrich Klose und den Schulsenator Prof. Joist Grolle der Freien und Hansestadt Hamburg

Hamburg, den 20.11.78

Sie, Herr Grolle, sagen, daß für Sie die Praxis des 'Radikalenerlasses' „persönlich zu einer wachsenden Gewissensbelastung geworden sei". Sie, Herr Klose, erklären zum 'Extremistenbeschluß': „Für mich existiert er nicht mehr – nur das Beamtengesetz gilt."

Daß Sie den „Radikalenerlaß" abschaffen wollen, glauben wir Ihnen gern. Das würde nämlich nichts anderes bedeuten, als einen einfachen Beschluß (nicht 'Erlaß', wie Sie selber „auf dem Prüfstand" richtigstellten, Herr Klose) einer Ministerpräsidentenkonferenz, der keinerlei Gesetzeskraft, sondern lediglich eine politische Willensbekundung der Beteiligten ist, aufzuheben.

Daß Ihre Äußerungen jedoch bedeuten würde, mit den Berufsverboten in diesem Lande überhaupt Schluß zu machen, erscheint uns äußerst fragwürdig und liegt wohl auch nicht in Ihrer Absicht. Denn Sie, Herr Klose, haben öffentlich erklärt, daß auch bei neuen Verfahren etwa 75% der bisherigen Fälle weiterhin betroffen wären. Und natürlich wissen Sie als gelernter Jurist auch, daß das Beamtengesetz („nur als Beamtengesetz gilt") genügend Grundlage für sämtliche bisher stattgefundenen Berufsverboteverfahren bietet; es ist ja auch bisher die einzige gesetzliche Grundlage für Berufsverbote überhaupt gewesen, denn auch das BVG-Urteil war ja nur eine – wenn auch höchstrichterliche – Interpretation desselben.

Die Einbeziehung des Verfassungsschutzes bei Einstellung, Beförderung und Entlassung im öffentlichen Dienst soll weiterhin stattfinden. Es wird also auch in Zukunft ermittelt, geschnüffelt und bespitzelt werden. Ebenso soll die Mitgliedschaft in bestimmten Organisationen und Parteien weiterhin ein Kriterium für eine Ablehnung sein. Was gibt uns da Anlaß anzunehmen, daß zukünftig nicht mehr Menschen, wie z.B. einige von uns, aufgrund dieses Vorwurfs mit Berufsverbot belegt werden? Oder wollen Sie uns glauben machen, daß ein Fall, wie der des West-Berliner Lehrers Hans Apel ein Einzelfall ist?

Wenn es nicht nur schöne Worte sein sollen, dann muß zumindest folgendes geschehen:

– Ein politisches Eingreifen in die zur Zeit schwebenden Berufsverboteverfahren mit dem Ziel der generellen sofortigen Einstellung aller dieser Verfahren.

– Sofortige Rücknahme aller seit dem Bestehen des „Radikalenerlasses" erfolgten politischen Entlassungen bzw. Nichteinstellungen.

Das sind die Mindestvoraussetzungen, um einen ersten Schritt zur tatsächlichen Wiederherstellung demokratischer Rechte im Ausbildungsbereich zu machen.

Der vorige Schulsenator, Herr Apel, hat vor einem Jahr in einem Interview aufgefordert, Lehrer auch anonym zu denunzieren, wenn sie „indoktrinieren". Damals lief – zugleich mit dem Verbot für Lehrer, die Anti-AKW-Plakette im Unterricht zu tragen – die Kampagne gegen kritische literarische Texte. Es gab Anschuldigungen und Untersuchungen gegen Lehrer, die Texte von E. Fried, Süverkrüp u.a. benutzt hatten. Ihnen wurde der Vorwurf der Indoktrination gemacht. Wenn Sie, Herr Grolle, ankündigen, die Kontrolle solle in Zukunft vor allem über den Unterricht verstärkt werden, dann ermuntern Sie damit wie Ihr Vorgänger die Denunziation und Bespitzelung durch Eltern, Lehrer und Schüler. Wir können darin keine Liberalisierung sehen, sondern nur die Fortsetzung einer unheilvollen Tradition, alles, was der jeweiligen Regierung, den Springer-Zeitungen, der CDU, den AKW-Betreibern und sonst noch irgendwelchen Mächtigen nicht paßt, als staatsfeindliche Indoktrination zu verfolgen.

Wir brauchen darum die unmißverständliche, öffentliche Zurücknahme dieser Äußerungen. Das Verbot, die Anti-AKW-Plakatte zu tragen, muß öffentlich zurückgenommen werden. Alle Disziplinarverfahren gegen Plakettenträger müssen eingestellt werden. Eine Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung im Unterricht darf es nicht geben!

Für uns als Betroffene ist die auf dem „Radikalenerlaß" und auf den Beamtengesetzen beruhende Berufsverbotepraxis zu einer Existensbedrohung geworden. Für uns und sehr viele Kollegen bedeuten die Existenz und Praxis des „Radikalenerlasses" oder jedes anderen Beschlusses gleicher Intention (wie z.B. der jüngste Kabinettsbeschluß) und der Beamtengesetze eine Bedrohung unserer demokratischen Rechte.

Wir meinen, daß Ihre Äußerungen und Absichtserklärungen befürchten lassen, daß auch in Zukunft fortschrittliche Kollegen vom Berufsverbot bedroht bleiben bzw. erst noch werden.

Die Abschaffung des „Radikalenerlasses", wie sie diskutiert wird, darf nicht durch die Hintertür einer verschärften Anwendung der Beamtengesetze umgangen werden.

Wir fordern:
Weg mit allen Berufsverboten!

Unterzeichner:

M.A., Berufsverbot seit dem 1.8.76 wegen Aktivitäten für die KPD/ML

Sabine B., Berufsverbot seit '75. Vorwurf: Mitgliedschaft im KB und Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen

Monika G., Entlassung eingeleitet wegen angeblicher Mitgliedschaft im KB

Gerd H., Verfahren eingeleitet wegen angeblicher Indoktrination (Vietnam-Unterricht) '75 und Kandidatur für die KPD

Jutta K., Verweigerung der Verbeamtung am 10.3.78 wegen Veranstaltungsbesuchen u.a. der KPD/ML

Karl-Heinz K., Berufsverbot wegen aktiver Arbeit in der Referendar-Selbstverwaltung und presserechtlicher Verantwortlichkeit für die „Referendar Zeitung"

Johanna M., Berufsverbot November '73 wegen Mitgliedschaft in der KPD

Hans-Werner S., seit '76 laufendes Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft im KB

Ursel S., nach der Beendigung des Referendariats '76 nicht eingestellt. Vorwurf: Aktivitäten für die KPD/ML

Dieser Offene Brief geht auf die Initiative einiger der Unterzeichner zurück. Angeschrieben wurden alle bekannten Berufsverboteopfer, mit der Aufforderung, eine gemeinsame Initiative aller Betroffenen zu diskutieren. Bedauerlicherweise, aber auch bezeichnenderweise, gab es von allen DKP-Fällen keinerlei Reaktion, nicht einmal eine Absage.

Berufsverbotekommission, KB/Gruppe Hamburg

Schleswig Holstein: Judos an der Kette?

Am 19.11. wählten die schleswigholsteinischen Jungdemokraten auf einer vorgezogenen Landesdelegiertenkonferenz einen komplett neuen Landesvorstand. Die in der letzten Zeit stark links- profilierten Landesvorsitzenden Achterberg und Spindelhirn hatten bereits im Vorfeld der Konferenz deutlich gemacht, daß sie „im wesentlichen aus beruflichen Gründen" (Landeszeitung LZ, 21.11.78) nicht wieder kandidieren würden.

Neuer Landesvorsitzender wurde Detlev Schulz, bisher Schatzmeister beim Judo-Bundesvorstand.

Es dürfte kein Zufall sein, daß gerade zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Mutterpartei FDP mal wieder offen über Konsequenzen gegenüber den Judos diskutiert wurde:

Anlaß für die Auseinandersetzung war eine Stellungnahme des Judo-LV zum Extremistenerlaß.

Am 24.10. forderte der Judo-LV in einer Pressemitteilung eine „*Totalrevision des Radikalenerlasses*". (LV, 24.10.78)

Damit verbunden war die Forderung, gerade Sozialisten als Lehrer einzustellen, da „*ein Sozialist als Lehrer der Demokratie förderlicher sein könne als die Masse der unkritischen Schulbeamten, weil ein Spezialist Schüler zu kritischem und selbstbestimmtem Verhalten zu erziehen versuche', während viele andere Lehrer Angepaßtheit und Unselbständigkeit erzeugten, 'wenn auch nicht immer bewußt'*".
(„Flensburger Tageblatt", 27.10.).

Landesgeschäftsführer Kruwinnus erläutert dazu, daß man für 'Sozialist' auch „*Kommunist als Lehrer*" setzen könne, „*weil beide Begriffe synonym seien.*" („FT", 27.10.).

Diese Äußerungen veranlaßten den Landtagsabgeordneten Neitzel im Auftrag von FDP-Landtagsfraktion und FDP-Landesvorstand den Judos klarzumachen, daß ihre Äußerungen „*nicht hilfreich für die Diskussion um den Extremistenbeschluß, zum Teil unlogisch und auch sachlich unrichtig seien.*" („Kieler Nachrichten KN", 25.10.78) Die Judos sollten sich merken, „*unsere Verfassung sei nicht nur antifaschistisch, sondern auch antikommunistisch*". Gleichzeitig teilte er mit, „*über mögliche Konsequenzen gegenüber den Jungdemokraten werde noch beraten*" (ebenda).

Am 26.10. dann nahmen die Judos ihre Aussagen in Bezug auf Kommunisten als Lehrer zurück. Nach der Wahl von Detlev Schulz zeigten sich die FDP und die bürgerliche Presse denn auch befriedigt:

„*Die Judos des nördlichsten Bundeslandes wählten in Norderstedt einen komplett neuen Landesvorstand, der den Mitte Januar dieses Jahres gewählten bisherigen Vorstand ablöst und der nach Einschätzung von Delegierten weniger konflikt freudig sein wird.*" („LZ", 21.11.)

Ob sich diese Einschätzung in Zukunft für die FDP auch bewahrheiten wird, ist fraglich, denn auch der neue LV will nach der bisherigen Programmatik der Judos arbeiten.

Ein Kieler Genosse

Hamburger Senat für Ausbildungsverbot

Am Montag, den 20.11. fand vor dem Hamburger Landesarbeitsgericht die Berufungsverhandlung von Uli K. gegen die Hamburger Schulbehörde statt.

Uli K. , ehemaliges Mitglied der KPD und im Zusammenhang mit der Bonner Rathausbesetzung vorbestraft, hatte bereits 1974 geklagt, weil er nicht zum Referendariat zugelassen worden war, und damit seine Ausbildung als Lehrer nicht abschließen konnte. Vor dem Verwaltungsgericht war damals sein Begehren, im üblichen Beamtenverhältnis den Vorbereitungsdienst zu absolvieren, abgewiesen worden. Ebenfalls abgewiesen wurde dann vom Arbeitsgericht seine eingereichte Klage auf Einstellung in's Angestelltenverhältnis. Nun stand dieselbe Frage vor dem Landesarbeitsgericht zur Entscheidung. Rechtsanwalt Mäffert vertrat die Auffassung, daß ein Beschluß des Hamburger Senates vom 20.4.76, wonach für die Zulassung zu Ausbildungsverhältnissen keine VS-Anfragen gestellt werden dürften, nur so verstanden werden könne, daß auch v o r l i e g e n d e Erkenntnisse nicht verwendet werden dürften, sonst sei die Berufung auf Art. 12 des Grundgesetzes (Berufsfreiheit) in diesem Senatsbeschluß unverständlich. Als Analogie aus dem Strafrecht führte Mäffert an: Wenn z.B. jemand rechtswidrig abgehört worden ist, so dürfen die aus der Abhörung stammenden Erkenntnisse ebenfalls nicht verwertet werden.

Um nachzuweisen, daß diese Auffassung auch der damaligen politischen Intention des genannten Senatsbeschlusses entsprochen habe, war die Vorsitzende der FPD-Fraktion Helga Schuchardt als Zeugin geladen worden (der eigentlich geladene ehemalige Kultursenator Biallas hatte seinerzeit vom Senat keine Aussagegenehmigung erhalten, weil dadurch die Intimsphäre des Senates verletzt würde!). Frau Schuchard bestätigte Mäfferts Auffassung zwar im Wesentlichen, jedoch eben nur für die FDP-Fraktion. Ausserdem sei die FDP stets für die Einzelfallprüfung eingetreten, und schließlich (auf Befragen von Delius) würden solche Beschlüsse für zukünftige, nicht für zurückliegende Fälle gelten.

Kurz vor Ende der Verhandlung wartete Delius mit einem besonders dicken Klops auf: Er rückte einen streng vertraulichen Senatsbeschluß vom 14.11.78 heraus, wonach sich der Senat mit dem Fall von Uli K. befaßt habe und eine Einstellung ablehne, da erhebliche „verfassungsfeindliche" Aktivitäten auch eine zeitweise Beschäftigung verböten! Damit waren alle davor stattgefundenen gerichtlichen Bemühungen um die richtige Auslegung des Sentasbeschlusses von 76 natürlich hinfällig geworden. Übrig blieb lediglich, daß der Hamburger Senat allen Diskussionen und scheinheiligen Liberalisierungsbeteuerungen zum Trotz fest entschlossen ist, auch weiterhin Ausbildungsverbote zu verhängen. Rechtsanwalt Mäffert sprach sicher nicht zu Unrecht von Täuschung der Öffentlichkeit.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

dung als Lehrer nicht abschließen konnte. Vor dem Verwaltungsgericht war damals sein Begehren, im üblichen Beamtenverhältnis den Vorbereitungsdienst zu absolvieren, abgewiesen worden. Ebenfalls abgewiesen wurde dann vom Arbeitsgericht seine eingereichte Klage auf Einstellung in's Angestelltenverhältnis. Nun stand dieselbe Frage vor dem Landesarbeitsgericht zur Entscheidung. Rechtsanwalt Mäffert vertrat die Auffassung, daß ein Beschluß des Hamburger Senates vom 20.4.76, wonach für die Zulassung zu Ausbildungsverhältnissen keine VS-Anfragen gestellt werden dürften, nur so verstanden werden

Um nachzuweisen, daß diese Auffassung auch der damaligen politischen Intention des genannten Senatsbeschlusses entsprochen habe, war die Vorsitzende der FPD-Fraktion Helga Schuchardt als Zeugin geladen worden (der eigentlich geladene ehemalige Kultursenator Biallas hatte seinerzeit vom Senat keine Aussagegenehmigung erhalten, weil dadurch die Intimsphäre des Senates verletzt würde!). Frau Schuchard bestätigte Mäfferts Auffassung zwar im Wesentlichen, jedoch eben nur für die FDP-Fraktion. Ausserdem sei die FDP stets für die Einzelfallprüfung eingetreten, und schließlich (auf Befragen von Delius)

Aktivitäten auch eine zeitweise Beschäftigung verböten! Damit waren alle davor stattgefundenen gerichtlichen Bemühungen um die richtige Auslegung des Sentasbeschlusses von 76 natürlich hinfällig geworden. Übrig blieb lediglich, daß der Hamburger Senat allen Diskussionen und scheinheiligen Liberalisierungsbeteuerungen zum Trotz fest entschlossen ist, auch weiterhin Ausbildungsverbote zu verhängen. Rechtsanwalt Mäffert sprach sicher nicht zu Unrecht von Täuschung der Öffentlichkeit.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

„Deutschland kann ruhig sein, die Berufsverbote bleiben" (Vrij Nederland)

„*Der Bluff kommt an*" – so mußten wir bedauernd im AK 141 die Reaktion der niederländischen (bürgerlichen) Presse auf Kloses Schaumschlägerei kommentieren.

Knapp einen Monat nach Kloses großem Auftritt mochte keine Zeitung in den Niederlanden ihn mehr unbesehen als Freiheitshelden auf den Schild heben.

„*Wird es in Westdeutschland ewig Herbst bleiben?*" fragt Anet Bleich in der **links-sozialdemokratischen Wochenzeitung „De Groene Amsterdamer"** (25.10.). Nach einer kritischen Wertung von Kloses „Plänen" referiert sie auch die Meinung seiner Kritiker: „*Bei der Linken in der SPD und links von der SPD variieren die Reaktionen von vorsichtigem Optimismus über Skepsis (die DKP:'Wir fordern, daß die Berufsverbote bedingungslos zurückgenommen und die Opfer rehabilitiert werden') bis zur Abweisung: Der Arbeiterkampf, das Organ des Kommunistischen Bundes, sieht in Kloses Vorstellungen ein Manöver, 'um die Berufsverbote effektiver durchführen zu können'.* – Vom Koschnick-Plan verspricht A.B. sich nichts: „*Man braucht nicht mit einer reichen Fantasie gesegnet zu sein, um zu begreifen, wie dünn die Wand ist, die Koschnicks Interpretation von der heutigen Praktik trennt.*"

„*Die Bundesrepublik,*" stellt sie zusammenfassend fest, „*ist noch immer weit entfernt von dem Modell des liberalen Rechtsstaates ...*".

Die BRD-Berichterstattung in der Presse der niederländischen (revolutionären) Linken fällt üblicherweise nicht gerade üppig aus, so wurde auch Kloses Betrugsmanöver von den meisten dieser Zeitungen nicht beachtet. Die Ausnahme machte wie schon häufiger **„Klassenstrijd", die Zeitung des Internationale Kommunistenbond (IV.Internationale).** „*Rauchgardine vor den Berufsverboten*" heißt es auf Seite 1 der Ausgabe vom 28.10. : Kloses Vorschlag „*unterscheidet sich in der Praxis natürlich kaum von dem, was bis vor kurzem geschah*". Die Hintergründe des Manövers sieht „Klassenstrijd" in der Absicht, den Widerstand gegen die Berufsverbote zu schwächen und den Verfassungsschutz (durch Einschaltung weiterer Bereiche in die Bespitzelung) zu entlasten. „*Die neue Regelung ... bedeutet also nicht die Abschaffung der Berufsverbote, sondern ihre Effektivierung – mit der Absicht,den Unterdrückungsapparat auch an anderen Fronten noch besser funktionieren zu lassen.*"

Nachdem bundesregierungs- offiziell festgestellt worden war, daß – 'mangels juristischer Möglichkeiten'– im wesentlichen alles bleibt, wie es ist, konnte auch Jan Luitjten, Bonner Korrespondent der **sozial-demokratischen „Volkskrant"**, den Tatsachen nicht mehr entkommen. Anfang Oktober hatte er, ganz Begeisterung, die Berufsverbote schon fast beseitigt gesehen – am 9.11. heißt es nur noch nüchtern: „*Bonn erhält Radikalenerlaß aufrecht.*" Aus der Regierungsmitteilung, daß auch in Zukunft die „Grundgesetztreue" in „*jedem Fall untersucht werden*" wird, folgert J.L.: „*Dies kann nichts anderes bedeuten, als daß auch in Zukunft der Verfassungsschutz eingeschaltet wird.*" – Vom Parteitag der FDP wenige Tage später nahm J.L. dann die Erkenntnis mit nach Hause: „*Die 'Berufsverbote', so muß gefürchtet werden, werden bestehen bleiben*" (15.11.).

Die liberale „Vrij Nederland",die sich bisher aus der Debatte herausgehalten hatte, kam am 18.11. zwar ein wenig spät, dafür aber ohne Umschweife zu dem Schluß: „*Deutschland kann ruhig sein, die Berufsverbote bleiben.*" – „*Daß die Berufsverbote nun wirklich verschwinden*", schreibt Max van Weezel, „*scheint eine voreilige Folgerung. Wcs das betrifft, haben einige niederländische Zeitungen zu früh gejubelt.*" Bei einer Realisierung des Koschnick-Planes bliebe immer noch reichlich „*Arbeit für den Verfassungsschutz*", und Klose hätte sich mit den Einschränkungen, wem alles seine „Liberalisierung" nicht zugute kommen sollé, von vornherein „*eine Hintertür zu politischer Diskriminierung*" offengehalten, „*denn wer soll bei dem in diesem Punkt recht überspannten Klima in der Bundesrepublik bestimmen, was unter 'Agitation' und 'einseitiger ideologischer Beeinflussung' zu verstehen ist?*"

Niederlande-Kommission

Koschnik bringt niederländische Sozialdemokraten auf Kurs

Volle zwei Tage nahmen sich nicht gerade unbedeutende sozialdemokratische Führer der BRD und der Niederlande Zeit, um zu einer „Einheit" in der Frage der Berufsverbote zu kommen. Offensichtlich nicht ganz ohne Erfolg.

Am 21./22. November trafen sich in Bad Münstereiffel bei Bonn: der stellvertretende Bundesvorsitzende Hans Koschnick, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Schäfer und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium Hans de With seitens der BRD, der Vorsitzende Ien van den Heuvel, der Fraktionsvorsitzende und ehemalige Ministerpräsident Joop den Uyl, der Vizepräsident der Sozialdemokratischen Parteien in der EG, Sicco Mansholt seitens der Niederlande.

Während es nach dem ersten Tag noch hieß, die Niederländer hätten die Überprüfungspraxis in der Bundesrepublik hart kritisiert („SZ", am 22.11.), hörte sich das nach dem zweiten schon anders an: „*Die nierderländischen Sozialdemokraten unterstützen das Bemühen der SPD, Mißstände bei der Überprüfung für den öffentlichen Dienst auszuschließen*". Das Ergebnis der zweitägigen Konferenz faßte Joop den Uyl so zusammen: Während die Holländer jetzt davon überzeugt seien, daß die SPD einen „ernsthaften" Versuch zur Änderung der Überprüfungspraxis unternehme, seien sie weiter besorgt hinsichtlich der CDU/CSU-regierten Länder. Übereinstimmung wurde auch in dem alles entscheidenden Punkt erzielt, daß die „massenhafte Gesinnungsschnüffelei" beendet werden müsse. Joop den Uyl blieb allerdings noch skeptisch, ob in Zukunft tatsächlich nur noch auf Tatsachen zurückgegriffen würde und nicht mehr die Gesinnung geprüft würde. Na ja, dieses kleine Wehwehchen werden die westdeutschen Sozialdemokratenführer den niederländischen Sozialdemokratenführern wohl auch noch wegtäuschen. Wir bezweifeln allerdings, daß er für d i e holländische Sozialdemokratie spricht. Immerhin hat der Parteitag noch vor einem dreiviertel Jahr die Unterstützung des Russell-Tribunals gegen den Vorstand durchgesetzt.

Berufsverbote-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz

Werner Hoppe bleibt vorerst im Krankenhaus

In seiner Sitzung vom 5.12.78 hat der Hamburger Senat beschlossen, genteil: Unter dem Druck der drohenden Rückverlegung in den Knast hatte

Werner Hoppe bleibt vorerst im Krankenhaus

In seiner Sitzung vom 5.12.78 hat der Hamburger Senat beschlossen, daß Werner Hoppe zunächst nicht aus dem Altonaer Krankenhaus zurück in den Knast verlegt wird.
Werner soll auf absehbare Zeit im Krankenhaus bleiben, weil dies sein Gesundheitszustand erfordert.
Dieser Entscheidung war vorausgegangen, daß der Gutachter Prof. Dr. Meyer um eine ärztliche Stellungnahme zur Verlegung in den Bergedorfer Psycho-Knast gebeten wurde. Nach Gesprächen mit Werner hat sich Meyer schließlich gegen Bergedorf ausgesprochen und erklärt, daß er die längerfristige Unterbingung im Krankenhaus für die medizinisch befriedigendere Lösung halte.

Wir betrachten diese Entscheidung zunächst als ein gewisses Zugeständnis des Vollzuges; es beruht allerdings wohl kaum auf besserer Einsicht. Es beinhaltet vielmehr, daß der Vollzug so zugeben muß, daß auch die Unterbringung von Werner im Krankenhaus nicht zu einer nennenswerten Besserung seines Zustandes führen kann. Im Gegenteil: Unter dem Druck der drohenden Rückverlegung in den Knast hatte sich Werners Zustand wieder verschlechtert.

Unserer Meinung nach macht die Entscheidung des Senats die Forderung nach sofortiger Haftentlassung für Werner nur noch dringender als bisher, weil sie die ganze Schwere der Krankheit von Werner bestätigt.

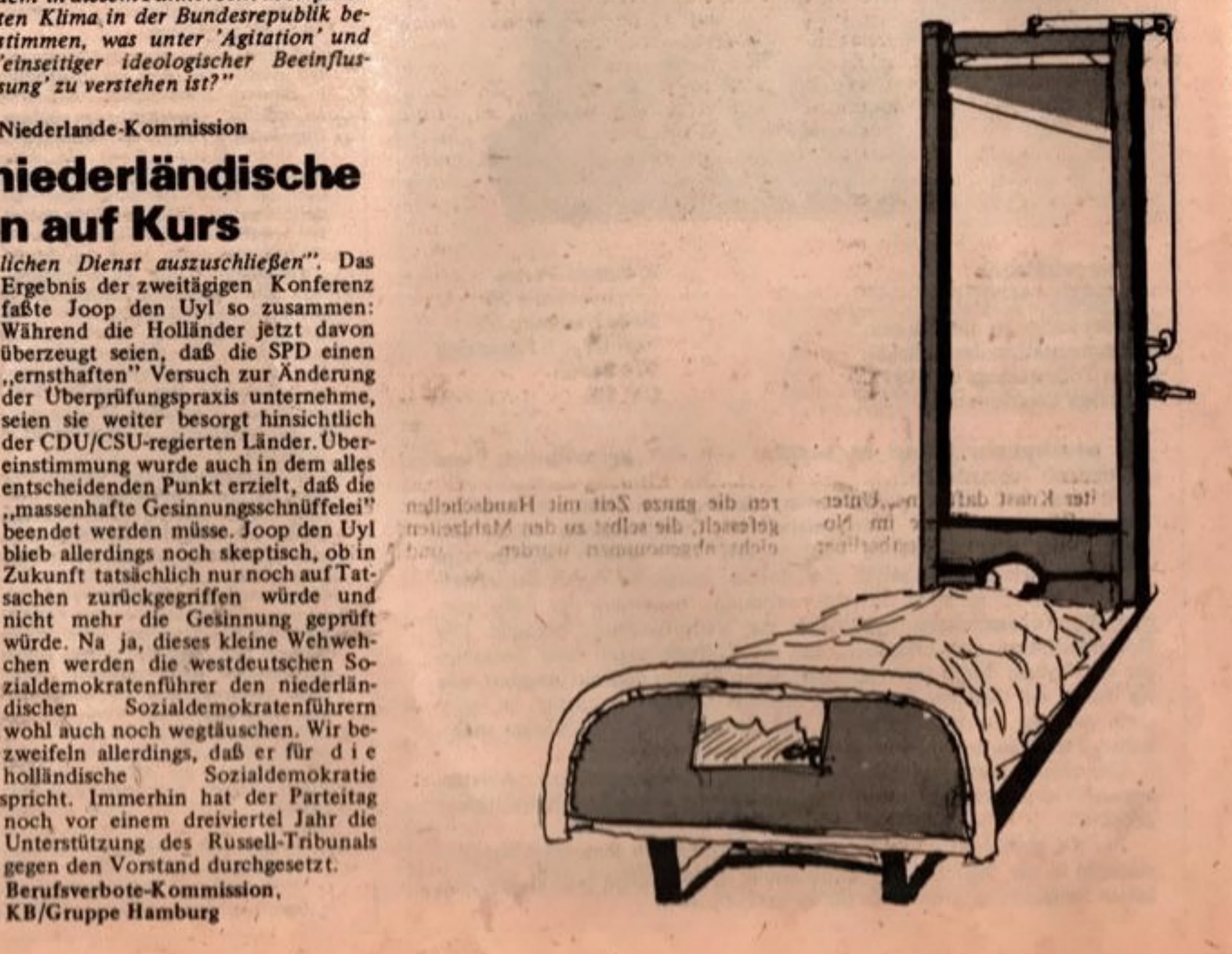
Wenn die Justiz und Politiker anders entscheiden, so muß ihnen eins klar sein: Sie nehmen damit den Tod von Werner in Kauf.

Sie werden nicht sagen können: „Ja, wenn wir das gewußt hätten...".
Dem Justizsenator Dahrendorf haben zuletzt 32 Rechtsanwälte unmißverständlich klar gemacht, daß es nur eine Entscheidung geben kann, die Werners Leben rettet:

Sofortige Freilassung von Werner Hoppe!

Freiheit heilt!

IKAH



Juristen fordern Freilassung von Werner Hoppe

Herrn
Frank Dahrendorf
Senator für Justiz der
Freien und Hansestadt
Hamburg
Drehbahn 36

2000 Hamburg 36



Sehr geehrter
Herr Senator Dahrendorf!

Wir unterstützen den Antrag der Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Hartmut Scharmer, ihren Mandanten Werner Hoppe aus der Haft zu entlassen, weil er haftunfähig ist.

Werner Hoppe wurde wegen akuter Lebensgefahr am 5.9.78 aus der Untersuchungshaftanstalt in die Intensivstation des Allgemeinen Krankenhauses Altona verlegt.

Seit Juni 1978 war er nicht mehr in der Lage, ausreichend Nahrung zu sich zu nehmen. Bei einem Normalgewicht von 68 bis 70 kg wog er seinerzeit nur 44 kg.

Bis heute hat sich sein Gesundheitszustand nicht wesentlich gebessert: Werner Hoppe hat immer noch ein Untergewicht von ca. 20 kg und bedarf nach wie vor stationärer klinischer Behandlung.

Obwohl dieser Antrag lange vorher immer wieder gestellt worden war, wurde Werner Hoppe erst ab 14.8.78 von Ärzten seines Vertrauens auf Antrag seiner Verteidiger untersucht. Die Vertrauensärzte des AK Altona haben keinen nennenswerten Befund feststellen können, der auf eine organische Verursachung von Hoppes Krankheit hingedeutet hätte.

Die daraufhin hinzugezogenen Gutachter, die Professoren Dr. Rasch und Dr. Meyer, haben bei ihren Gutachten festgestellt:

„*Bei H. liegt Haftunfähigkeit vor, da der weitere Vollzug der Strafhaft aus den eingehend dargelegten Gründen sowohl unter den Bedingungen des Regelvollzuges wie auch eines Gefängniskrankenhauses die Besorgnis naher Lebensgefahr begründen würde* (S. 10 des Gutachtens von Prof. Dr. Rasch)."

„*Eine Rückversetzung in die vorbestehende oder wenig veränderte Haftsituation würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Rückfällen in einen Grad von Unterernährung führen, in welchem ein hohes Risiko für Stoffwechselkrisen bestehen* (S. 6 des Gutachtens von Prof. Dr. Meyer)"

Werner Hoppe befindet sich seit dem 15. Juli 1971 in Haft, also seit mehr als sieben Jahren.

Am 27.6.72 wurde er durch Urteil des Landgerichts Hamburg wegen dreifachen Totschlagsversuchs zu einer Freiheitsstrafe von 10 Jahren verurteilt, obwohl keine ausreichenden Beweise vorlagen. Selbst die Staatsanwaltschaft hatte nur einfachen Totschlagsversuch angenommen und dafür eine Freiheitsstrafe von sechs Jahren gefordert. Dieses Urteil ist bereits damals in der Öffentlichkeit und auch unter Juristen auf Empörung gestoßen.

Sepp Binder, der heutige Pressesprecher von Bundesjustizminister Vogel, schrieb damals dazu in der Wochenzeitung „Die Zeit":

„*Das Gericht jedoch ging mit seinem 10-Jahre-Urteil weit über den gewiß nicht zimperlichen Antrag hinaus. Vermutungen wurden dabei zu Tatbeständen erhoben, die wenig glaubhaften Polizistenaussagen zur ‚Wahrheitsfindung' herangezogen — die Gutachten der Waffenexperten blieben unberücksichtigt.*"

Sepp Binder disqualifizierte das Urteil mit den Worten:

„*Das Urteil ist hart und rüttelt bedenklich an zwei Grundfesten unserer rechtsstaatlichen Ordnung: Es gründet weder auf klare Beweisführung, noch auf lückenlose Indizienketten; außerdem scheint die Härte des Strafmaßes von politischen Erwägungen bestimmt zu sein.*"

Binders Kritik steht nicht allein. In der „Frankfurter Rundschau" hieß es:

„*Es ist eine böse Sache, wenn in einem freiheitlichen Rechtsstaat hinter ein Strafurteil derartige Fragezeichen gesetzt werden müssen.*"

Die Überschrift im „stern" lautete:

„*Im Zweifel gegen den Angeklagten.*"

Aufgrund dieses Urteils befindet sich Werner Hoppe nun schon länger als sieben Jahre unter gesundheitszerstörenden Bedingungen in Haft.

Wie alle anderen politischen Gefangenen wurde er von Anfang an in Isolationshaft gehalten. Als einziger Gefangener in der Bundesrepublik wurde er mehr als zweieinhalb Jahre beim Hofgang gefesselt. Außerdem wurde gegen ihn zeitweise ein Sprechverbot verhängt.

Schon 1973 stellte der Richter am Oberlandesgericht, Dr. Erdmann, in einem Beschluß vom 12.7.73 fest:

„*Vor allem ist bei einer Untersuchungshaft von nunmehr zweieinhalb Jahren mit strengen Isolationsmaßnahmen wie im vorliegenden Fall die Möglichkeit des Eintritts seelischer und körperlicher Schäden nicht mehr völlig auszuschließen.*"

1975 stellten unabhängige medizinische Sachverständige, die über andere in Isolationshaft befindliche Gefangene Gutachten erstatteten (u.a. in dem Verfahren gegen Baader u.a. in Stuttgart und Irmgard Möller sowie Borvin Wulf in Hamburg), die gesundheitszerstörende Wirkung der Isolationshaft fest.

„*Nach der umfangreichen internationalen psychologischen Literatur, die zu diesem Thema vorliegt, ist die Isolierung eines Menschen allein geeignet, tiefgreifende Beeinträchtigungen seiner psychischen und physischen Verfassung zu erzeugen* (es folgt die Benennung verschiedener Symptome, Anm. d. Verf.)".

In seinem Gutachten in der Sache Hoppe stellt Prof. Rasch weitere drei Jahre später wiederum fest:

„*H. befindet sich jetzt seit über sieben Jahren ununterbrochen in Haft. Auch wenn nicht durchgehend eine strenge Isolation bestand, waren für ihn allein schon infolge der strikten Sicherungsmaßnahmen weit überdurchschnittlich belastende Haftbedingungen gegeben.*"

Trotzdem wurden die Haftbedingungen für Werner Hoppe nicht geändert, so daß jetzt die von den Gutachten bereits vor Jahren vorhergesehene Zerstörung der Gesundheit bei Werner Hoppe Wirklichkeit gewesen ist.

Eine Verlegung in die Sonderanstalt Bergedorf — wie gegenwärtig beabsichtigt — kommt nicht in Frage, nachdem der Gutachter Prof. Meyer erklärt hat, daß für den Fall einer Verlegung nach Bergedorf eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß Werner Hoppe erneut erheblich abnimmt und einen Rückfall in einen „medizinisch-kritischen Bereich" — also erneut in Lebensgefahr gerät.

In dieser Situation fordern wir zum Schutz des Lebens von Werner Hoppe seine sofortige Freilassung.

Mit freundlichen Grüßen

32 Rechtsanwälte, Referendare und Juristen in Ausbildung

Interview mit Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard zu seinem Freispruch

Am 27.11.78 sprach das Landgericht Hamburg nach ca. achtmonatiger Prozeßdauer Rechtsanwalt Reinhard vom Vorwurf der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und der „Strafvereitelung" frei. Die Prozeß- und Verteidigerkosten – die von Anwälten auf ca. 100.000,- DM geschätzt werden – sowie Entschädigung für zu Unrecht erlittene Untersuchungshaft, müssen aus der Staatskasse bezahlt werden. Dies gilt allerdings nur dann, wenn das Urteil „rechtskräftig" ist. Mittlerweile ist die Staatsanwaltschaft in die Revision gegangen.

Zum Ausgang des Prozesses gab uns Rechtsanwald Reinhard das folgende Interview.



IKAH: Das Landgericht Hamburg hat Dich freigesprochen. Hast Du mit diesem Urteil gerechnet?

Reinhard: Nein, gerechnet habe ich mit diesem Freispruch nicht. Hätten wir sicher sein können, daß es nur nach juristischen Kriterien gegangen wäre, hätten wir uns von Anfang an auf einen Freispruch einstellen können. Denn nach juristischen Kriterien wäre eine Verurteilung nicht möglich gewesen. Meine Erfahrung als Verteidiger in politischen Strafsachen hat mich aber von Anfang an und noch bis hin zum Tage der Urteilsverkündung unsicher sein lassen, ob nicht außerjuristische Kriterien die Entscheidung beeinflussen würden. Politisch war mein Verfahren von Anfang an in einem solchen Ausmaß aufgezogen gewesen und die Zielrichtung einer späteren Verurteilung so deutlich, daß meine Verteidiger und ich uns zu keiner Zeit darauf verlassen konnten, daß diese Einflüsse hinter der nüchternen juristischen Betrachtungsweise zurückbleiben würden. Die Aussagen des Kronzeugen Bodeux, die praktisch den Kernpunkt des Prozesses ausmachten, waren ja schon so gut wie abgeschlossen, als ich verhaftet wurde. D a f ü r hatten sie also ausgereicht und die Springer-Presse hatte damals mit dicken Balkenüberschriften assistiert, daß ich der dicke Fisch gewesen sei, der bei der „Aktion Winterreise" ins Netz gegangen sei.

IKAH: Was sind im Urteil des Landgerichts die wesentlichen Gründe für den Freispruch?

Reinhard: Das Gericht hat den Kronzeugen Bodeux nicht mehr für glaubwürdig gehalten. Was seine Belastungen gegen mich anbetrifft, habe er sie vor Gericht teilweise nicht aufrechterhalten, teilweise habe er mich aber auch an Stellen belastet, an denen er mich vor vier Jahren noch nicht belastet habe. Das Gericht hat diese merkwürdige Art von „Erinnerung" als „unerklärliche Wellenbewegung" bezeichnet, der es keinen Glauben schenken könne. Außerdem habe Bodeux an einer Stelle bewußt gelogen, was ihm in der Gerichtsverhandlung nachgewiesen werden konnte.

IKAH: Welche Vorteile wurden dem Zeugen Bodeux für seine Aussagen von welchen Stellen zugesagt? Was wurde im Gegenzug von ihm verlangt?

Reinhard: Als Bodeux von der Staatsschutzabteilung der Polizei und dem bearbeitenden Staatsanwalt der Schmücker-Mordsache dazu gebracht wurde, auszusagen, befand er sich in Haft. Gegen ihn bestand der Verdacht, sich an der Ermordung Schmückers beteiligt zu haben. Er mußte mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe rechnen, denn er war zur Zeit der Tat nur wenige Wochen jünger als 21 Jahre alt, so daß er fürchten mußte, vor Gericht als Erwachsener behandelt zu werden. Wollte er vor Gericht als Jugendlicher behandelt werden — mit einer Höchststrafe von zehn Jahren — mußte er dafür etwas tun. Tatsächlich ist er bekanntlich wegen gemeinschaftlichem Mord zu einer Strafe von fünf Jahren verurteilt worden, wovon er nur zweieinhalb Jahre abzusitzen brauchte. Auf genau diesen wackeligen Punkt (Erwachsenen- oder Jugendrecht) hat ihn der Staatsanwalt schon in dem allerersten Gespräch, das offiziell in keiner Akte erscheint, ausdrücklich angesprochen. Er war also praktisch vom Wohlwollen der Justiz abhängig, und dieses Wohlwollen hat er sich durch Belastungen anderer erkauft.

IKAH: An welchen entscheidenden Punkten konnte nachgewiesen werden, daß Bodeux log?

Reinhard: Gleichzeitig mit meinem Prozeß fand in Berlin die Wiederholung des Prozesses wegen des Schmücker-Mordes statt. In beiden Prozessen sagte Bodeux als Zeuge aus. Zum Teil waren die Fragen, die ihm gestellt wurden, die gleichen. Vier Tage, nachdem ihm eine bestimmte Frage in Berlin gestellt worden war, stellten ihm meine Verteidiger diese Frage in meinem Prozeß neu. Er antwortete das Gegenteil von dem, was er vier Tage vorher in Berlin gesagt hatte. Als er daraufhin gefragt wurde, ob er sich erinnere, was er vor vier Tagen in Berlin ausgesagt hätte, sagte er: „Daran kann ich mich nicht erinnern." Bei allem, was mich belastete, behauptete dieser Zeuge aber, er könne sich noch daran erinnern, was vor viereinhalb Jahren gewesen sei. Dies war auch dem Gericht zuviel.

IKAH: Wir möchten an dieser Stelle noch mal ausdrücklich sagen, daß wir uns freuen, im ARBEITERKAMPF von einem Freispruch für einen engagierten Rechtsanwalt berichten zu können. Trotzdem hat dieser Prozeß noch einen „Haken"!

Reinhard: Natürlich ist der Freispruch ein Erfolg der Verteidigung. Trotzdem hätte der Prozeß zu diesem Zeitpunkt gar nicht stattfinden dürfen, denn ich konnte mich nicht so verteidigen, wie ich es eigentlich gewollt hätte. Ich war gegenüber meinen früheren Mandanten, die jetzt noch in Berlin vor Gericht stehen, zur Verschwiegenheit verpflichtet und habe deswegen zu allen sie betreffenden Punkten geschwiegen. Ich verstehe diesen Prozeß auch als einen Versuch der Staatsanwaltschaft, einen Verteidiger dadurch zum Beweismittel gegen seine eigenen Mandanten zu machen, daß sie ihn selber vor Gericht stellen und ihn in die Zwangslage bringen, sich verteidigen zu müssen.

Dieser Versuch ist in diesem Falle in doppelter Hinsicht mißlungen.

IKAH

Haftentlassung für Uwe Carstensen!

Vor einiger Zeit berichteten wir über die bevorstehende Haftstrafe von Uwe Carstensen. Er hatte an einer Kundgebung gegen Richter Somoskeoy teilgenommen, der schon in mehreren politischen Prozessen eine traurige Berühmtheit erlangt hatte, besonders in Prozessen gegen Antifaschisten. Als die Kundgebung von der Polizei aufgelöst wurde, kam es zu heftigen Protesten, an denen auch Uwe teilnahm und weswegen er dann eingeknastet wurde. Kurz vor seinem Haftantritt hatte Uwe einen Brief an Redaktionen linker Zeitungen verschickt, aus dem wir zitiert haben. Inzwischen hat Uwe sich aus dem Knast gemeldet. Über seine jetzige Situation schreibt er aus dem Knast:

„*Seit dem 1. November bin ich in dem Gefängnis Münster. Bisher wurden mir Radio, Schreibmaschine und Büchersendungen verweigert. Erst am Wochenende* (12.11.78; Anm. AK) *bekam ich den Zeitungsbezug genehmigt, ich bin gespannt, wann ich den Arbeiterkampf bekomme. Die Rote Fahne wurde mir noch nicht ausgehändigt. Ich wende mich heute mit der Bitte um Unterstützung an Euch. Und zwar habe ich insgesamt acht Monate Gefängnis bekommen. Davon konnten laut Urteil vier Monate durch Geldzahlungen abgegolten werden. Also bleiben vier Monate. Ich stelle jetzt einen Antrag auf Entlassung nach Abgeltung von 2/3 der Strafe und Aussetzung von 1/3 der Strafe zur Bewährung. Das würde bedeuten, daß ich nicht vier Monate, sondern zwei Monate, 20 Tage in Haft sein würde und damit im Dezember entlassen werden würde. Normalerweise ist die Regelung 2/3 üblich. Ihr selber aber wißt, wie mit politischen Gefangenen verfahren wird. Die einzig geringe Chance liegt darin, daß eine breite Öffentlichkeit geschaffen wird. Ich bitte Euch deshalb, die Forderung nach Haftentlassung nach 2/3 der abgegoltenen Strafe, also Haftentlassung im Dezember zu verbreiten. Gerade angesichts der Provokation von Schmidt und Scheel, die am 40. Jahrestag der Kristallnacht die Frechheit besaßen, die „Jugend" und die „Arbeitnehmerschaft" zu kritisieren, sie würden neonazistischen Umtrieben nicht genügend entgegentreten und Intoleranz mit Gleichmut begegnen. Zur gleichen Zeit sitzen Kommunisten und Antifaschisten in Gefängnissen oder wie in Hamburg stehen sie vor Gericht, weil sie gegen faschistische Umtriebe und politische Entrechtung in der BRD aufgetreten sind. Es versteht sich von selbst, daß ich volle Solidarität übe mit den angeklagten Antifaschisten in Hamburg.*"

Fritz Teufel zu 3 Monaten verurteilt

Westberlin. Fritz Teufel, der gegenwärtig noch im „Lorenz/Drenckmann-Prozeß" vor Gericht steht und im Moabiter Knast dafür in „Untersuchungshaft" sitzt, wurde im November von einem Westberliner Schöffengericht wegen Körperverletzung zu drei Monaten Haft verurteilt, weil er am 25. Mai 1977 einen Staatsanwalt, der für die Bundesanwaltschaft am „Folterwochenende" beteiligt war, ohrfeigte.

Zur Erinnerung: Am 21.5.77 wurden Ronald Fritzsch, Gerhard Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel, Andreas Vogel, Eb Dreher, Norbert Kröcher und Adomeit im Rahmen der „Beweisführung" wieder einmal zur Gegenüberstellung ins Westberliner Polizeipräsidium gebracht. Dabei wurden den Gefangenen z.T. zwangsweise Haare und Bart geschoren, Fritz Teufel mußte eine bestimmte Kleidung anziehen. Sie waren die ganze Zeit mit Handschellen gefesselt, die selbst zu den Mahlzeiten nicht abgenommen wurden — und dies im schwerbewachten Polizeipräsidium.

Die „Gegenüberstellung" selbst wurde mit unwahrscheinlicher Brutalität durchgeführt: Die Gefangenen waren durch Knebelketten gefesselt, ein Folterinstrument, das durch Drehen an einem Stab enger gezogen werden kann. SEK-Beamte, die die Gefangenen bewachten, rissen ihnen an den Haaren, traten und schlugen sie in die Nierengegend und an den Kopf und zogen die Knebelketten an: Bei Ralf Reinders so fest, daß tiefe Schnittwunden an den Handgelenken entstanden. Insgesamt waren die Gefangenen dieser Prozedur am Samstag sechs (!) Stunden ausgeliefert. Nach einer Behandlung durch den Gefängnisarzt am Samstagabend wurde dasselbe am Sonntag wiederholt (siehe auch AK 106).

Durch die Ohrfeige wollte Fritz Teufel Vergeltung und öffentliche Aufmerksamkeit für das „Folterwochenende" am 21/22 Mai 1977.

Wegen dieser „Körperverletzung" wurde Fritz zu drei Monaten Knast verurteilt. Bei der Begründung für die „Milde" dieser Strafe mußte der Vorsitzende Richter Silbermann zynischerweise erklären, strafmildernd sei ein „*wahrscheinlich durchaus gerechtfertigter Zorn*".

IKAH

Freispruch für „Rote Fahne"

Mit schwerem Geschütz fuhr die Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der „Roten Fahne", Wolfgang Schwiedrzik, auf: Anklage wegen § 90a (Staatsverleumdung), vor allem wegen folgenden Satzes: „*Am deutlichsten in der neuen Regelung des polizeilichen Schußwaffengebrauchs und der Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten zeigt sich, was dieses ‚fortschrittlichste Polizeirecht, das es je in der BRD gab'* (NRW-Innenminister Hirsch), *bedeutet: Drastische Ausweitung der polizeilichen Machtbefugnis, die Legalisierung bisher ‚illegaler' staatlicher Willkür und einen Abbau demokratischer Rechte durch gesetzliche Bestimmungen, wie wir sie bislang nur aus faschistischen Systemen kennen.*"

Der Staatsanwalt sah darin eine „Gleichsetzung" der BRD mit einem faschistischen Staat und forderte 1.800,— DM Geldstrafe. Diese „Gleichsetzungstheorie" ging dem Gericht nun doch zu weit, obwohl es die geäußerte Meinung — wen wundert's — für falsch hielt und sprach W. Schwiedrzik frei. Gegen diesen Freispruch ging die Staatsanwaltschaft in die Berufung (nach „Rote Fahne" Nr. 47).

Der § 90a muß weg!

Es hat in der letzten Zeit eine auffallende Häufung von Verfahren, Ermittlungen, Anklagen und Prozessen nach dem Staatsschutzparagraphen 90 a gegeben. Das weithin bekannteste Beispiel dafür ist heute die kaum noch zu erfassende Zahl von Verfahren wegen des Nachdrucks bzw. der Herausgabe des sogenannten Buback-„Nachrufs", dessen Verfolgung in fast allen Fällen den Anklagevorwurf der staatsverunglimpfenden Tätigkeit einschloß.
Auffallend neben der sprunghaften Zunahme derartiger Verfahren, Prozesse und Verurteilungen ist jedoch auch das Verhalten allgemeiner Nichtbeachtung bzw. Geringschätzung, was heute noch in den meisten Fällen innerhalb der Linken, aber auch der sonstigen demokratischen Öffentlichkeit dieser Entwicklung entgegen gebracht wird. Das läßt sich nicht nur in einer sehr schwerfälligen Solidaritätsarbeit zu den einzelnen bekanntgewordenen Verfahren belegen, es zeigt sich auch in einem kaum vorhandenen Informations- und Meinungsaustausch über die politische Problematik der Zensur, wie sie mit der strafrechtlichen Sanktionierung mittels des § 90 a verbunden ist. In diesem Sinne sehen wir in dem u.a. auch im ARBEITERKAMPF veröffentlichten Artikel von Uwe Maeffert („Überlegungen zur Prozeßführung in Staatsverleumdungsprozessen", AK 140, S. 5) einen sehr nützlichen und wichtigen Beitrag, um das angesprochene Diskussionsdefizit zu beheben. Wir meinen, daß darüber hinaus auch angesichts der bevorstehenden 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, bei der Zensurfälle einen Schwerpunkt bilden werden, eine derartige Diskussion ihren besonderen Stellenwert hat und fordern die gesamte demokratische Bewegung in der BRD zu einem Meinungsstreit und Informationsaustausch in dieser Frage auf.

Politisches Strafrecht ist gesondert geartetes Strafrecht. Das zeigt sich bereits an der täglichen Wirklichkeit in den Gerichtssälen, an der Behandlung der Angeklagten, an den Besonderheiten, denen ein politisches Verfahren z. B. durch verschärfte Besucherkontrollen und Verlegung in Staatsschutzsäle ausgesetzt ist. Wenn sich aber bereits ein politisches Strafverfahren vom „normalen" Verfahren unterscheidet, so stellt der § 90a wiederum unter den Straftatbeständen, mit denen die politische Meinungsäußerung beschränkt oder verboten wird, eine Besonderheit dar. Rechtsanwalt Maeffert hat in ihm den Radikalenerlaß des Strafrechts gesehen, weil er gleichermaßen stets gegen Linke, aber fast nie gegen Faschisten angewandt wird. Der § 90 a ist eben insofern auch eine Besonderheit, weil sich in ihm deutlicher als in jedem anderen Paragraphen die Funktion widerspiegelt, Instrument politischer Gesinnungsverfolgung zu sein.

Diese Entwicklung zum Aufbau eines Gesinnungsstrafrechts läßt sich bereits aus den Vorläufern zum heutigen § 90 a nachvollziehen.

Nachdem im **„Republikschutzgesetz" von 1922** erstmals die *„Beschimpfung der republikanischen Staatsform"* kriminalisiert wurde, bildete sich in den Urteilen zu diesen Tatbeständen reines Gesinnungsstrafrecht heraus. Der bekannte Strafrechtler Mittermaier kennzeichnete die Rechtsprechung des Reichsgerichts am Beispiel eines konkreten Urteils („RG JW" 26, 1200) wie folgt: *„Dem modernen Gesinnungsstrafrechtler bereitet die Entscheidung eine reine Freude, denn stärker kann man von der objektiven Tat kaum absehen und die Entscheidung wesentlich aus der sonst festgelegten Gesinnung des Täters ableiten"*.

Als mit der **Notverordnung vom 19.12.32** die „Republikschutzgesetze" durch den „politischen Staatsschutz" ersetzt wurden, wurde mit der Einführung des § 134 a erstmals die „öffentliche Beschimpfung" oder „böswillige Verächtlichungmachung des Reiches" unter Strafe gestellt. Der § 90 a ist die Kopie dieses von den Faschisten im „3. Reich" vor allem zur Bekämpfung von Antifaschisten angewandten Paragraphen. Wie Bittner in seiner Abhandlung „ZAKDR 36", 380 ff feststellt, sollte das Merkmal des Beschimpfens so ausgelegt werden, daß die einer *„maßlosen, einer niedrigen Gesinnung entspringende Geringschätzung"* des Reiches (sprich heute: Staat) bestraft werden müsse.

Die Auffassung wurde vom Bundesgerichtshof weitgehend übernommen, wenn er in seinem Urteil 7, 110 f darlegt, daß die Frage, ob eine Äußerung beschimpfend ist, wesentlich von der Persönlichkeit des Äußernden und seinen Vorstellungen her zu beantworten ist.

Gesinnungsstrafrecht

Die strafbaren Tatsachen, die einen Tatbestand des StGB erfüllen, werden somit durch vor allem subjektive Bewertungen über die Persönlichkeit des Täters ersetzt. Das jedoch ist der Kern des Gesinnungsstrafrechts. Es kann immer dort handbar gemacht werden, wo konkrete Tatsachen zur Verurteilung nicht ausreichen. Beweislücken in der Anklage werden dann durch „allgemeinkundige" Tatsachen über die Gesinnung des Täters ersetzt.

Typisch dafür sind die Ausführungen des BGH, wie er sie in seinem Urteil BGH 3 StR 92/56 vom 20.2.57 macht (zit. nach Wagner GA 1961, 18): *„Schmähungen, die äußerlich betrachtet nur gegen die Regierung und die sie tragenden politischen Kräfte gerichtet sind, würdigen zugleich die Bundesrepublik herab, wenn der Wortlaut der Schmähungen dafür deutliche Anhaltspunkte gibt. Es gehört, wie allgemeinkundig ist, zur kommunistischen Taktik, die Bundesrepublik Deutschland und ihre verfassungsmäßige Ordnung herabzusetzen"*.

Diese Funktion des § 90 a spiegelt sich auch in anderem Gewand wider, wenn z. B. Mückenberger im § 90 a einen *„Auffangtatbestand für die rechtliche Ausgrenzung solcher unbequemer Meinungen"* sieht, *„gegen die ansonsten keine Handhabe besteht"*. Mückenberger weist dies an der strafrechtlichen Verfolgung des Nachdrucks des Buback-Nachrufs nach, von dem er selbst als einer der Bremer Hochschullehrer betroffen war. Er skizziert dabei die Kampagne der Strafverfolgungsbehörde, die mit dem Vorwurf begann, der „Nachruf" billige den Mord an Buback. Als dieser Vorwurf in sich zusammenbrach, wurden in der Folge nur die angeblich im „Nachruf" enthaltenen formalen Delikte der Volksverhetzung, Beleidigung und Staatsverunglimpfung angeklagt. Nachdem schließlich in jüngster Zeit – so durch das Westberliner Kammergericht – auch der Vorwurf der Identifikation der Nachdrucker mit dem „Nachruf" fallengelassen wurde, blieb als Auffangtatbestand der Staatsbeschimpfung allein der § 90a übrig. Als ein Auffangtatbestand kann der § 90 a aber eben nur deshalb funktionieren, weil er keine Tatbestandsvoraussetzungen klärt, nach denen man sich strafbar macht (so etwa beim Diebstahl).

Der § 90 a als Gesinnungstatbestand stellt aus sich selbst heraus die Gefahr dar, in ausufernder Art und Weise, ohne jede rechtsstaatliche Kontrolle, zum Instrument von politischer Zensur zu werden. Was das praktisch bedeuten kann, mag sich jeder vorstellen, wenn wir einmal einige Auslegungskriterien aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zum § 90 a zitieren.

Im Urteil des BGH vom 14.10.52 BGH St Bd. 3, S. 346 – 348 heißt es zum Begriff des Verächtlichungmachens: *„Etwas als verachtenswert hinstellen"*. Es genügt demnach, daß die Bundesrepublik als der Achtung der Staatsbürger „unwert" und als „unwürdig" erscheint, sei es weil sie mit einem sittlichen Makel behaftet sei oder die Achtung aus einem anderen Grunde nicht verdiene: *„Eine Beschimpfung"*, so in BGH St 6, S. 324 – 326, sei dann gegeben, *„wenn sie sich gegen diesen als einen Staat bestimmter Prägung im Sinne der das Wesen dieses Staates kennzeichnenden freiheitlich-demokratischen Ordnung richtet"*. Kennzeichnend für diese Art unbestimmter Rechtssprechung mit der sich schließlich fast alles verurteilen läßt, wenn man es nur will, ist auch das Urteil des BGH vom 8.5.64, BGH St 11, S. 311 – 318. Dort heißt es: *„Für sich allein erfüllt politische Kritik niemals einen Straftatbestand, mag sie auch hart und scharf und, wie dies bei politischer Polemik leicht unterläuft, offenkundig unberechtigt sein. Insbesondere ist es nicht entscheidend, ob ‚unsachliche oder uneinsichtige Kritik geübt worden ist' ... Die Grenze der Strafbarkeit wird aber dort überschritten, wenn die Kritik beleidigt, beschimpft, verächtlich macht oder verunglimpft. Angriffe solcher Form sind durch das Recht auf Kritik nicht gedeckt"*.

Wie leicht aber politische Kritik bereits als verunglimpfend gewertet wird, wie schwimmend und gummiartig die damit gesetzten Auslegungskriterien sind, zeigt sich z. B. in der BGH-Entscheidung vom 7. 1955, BGH St Bd. 7, S. 110 – 112. Dort geht es um ein Flugblatt mit folgender Passage: *„Ein Staat, in dem Länderminister solche Maßnahmen ungestraft durchführen dürfen"* – der BGH nennt die Maßnahmen selbst nicht – *„hat aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein, sondern ist ein Unrechtsstaat"*. Dazu urteilt der BGH: *„Die Bezeichnung der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder als Unrechtsstaat ist auf jeden Fall (!) ein Verächtlichmachen, denn es kann kein Zweifel bestehen, daß die Bundesrepublik oder das entsprechende Land dadurch als der Achtung der Staatsbürger unwert hingestellt wird"*.

Die hier zitierte höchstrichterliche Rechtssprechung in der Bundesrepublik bildet heute den Rahmen für jedes stattfindende § 90 a-Verfahren. Kennzeichnend für diese Rechtssprechung ist a) ihre Unbestimmtheit in der Fassung des strafwürdigen Verhaltens, was dem Richter die Möglichkeit schafft, entsprechend dem politischen Zweck das angeklagte Wort oder Bild strafrechtlich zu sanktionieren oder es zu lassen. Damit ist die bereits von Maeffert in seinem Aufsatz erwähnte einseitige Anwendung des § 90 a gegen die Linke vorgezeichnet, während zugleich die Faschisten von diesem Straftatbestand kaum in ihrem Unwesen beeinträchtigt werden.

Charakteristisch ist b), daß der § 90 a letztendlich immer dort entscheidend zur Unterdrückung oder Beschränkung politischer Meinung eingesetzt werden kann, wo sie sich gegen den Staat in seiner Funktion als Repressionsinstrument innerhalb der Klassenauseinandersetzungen wendet und damit politische Enthüllung und Bewußtwerdung über die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse betrieben wird.

Die praktischen Konsequenzen für die demokratische Öffentlichkeit, die Tragweite solcher Anwendung des § 90 a lassen sich am besten an konkreten Beispielen veranschaulichen:

Beispiele von §-90-a-Prozessen

– Der nach unserer Übersicht am häufigsten inkriminierte Vorwurf ist der des „Polizeistaates" oder die Kritik an einzelnen Verfolgungsmethoden der Polizei, die als „Polizeiterror" beschrieben und wo die Polizei des „Mordes" oder der „Exekution" bezichtigt wird. In diesen Verfahren hat es auch bereits hohe Gefängnisstrafen gegeben: so gegen D. Kunzelmann (KPD) auf sechs Monate Gefängnis ohne Bewährung („Tsp", 13.10.77); so gegen Prof. Sigrist zu 3.000 DM Geldstrafe wegen Herausgabe eines Flugblatts, in dem der Tod Günther Routhiers als Polizistenmord bezeichnet wurde.

– Weiterer Kernpunkt der Anklage in §-90-a-Verfahren ist die als verunglimpfend hingestellte Kritik an dem Gesellschaftssystem der BRD, in der die BRD als „Kapitalistenstaat" und die „demokratische Grundordnung" als „Demokratie für die Kapitalisten" bezeichnet wird. Im Falle von Michael Schulten und Norbert Oswald führten derartige Anklagen zur Verurteilung zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung: beide waren Mitglieder der KPD/ML-„Rote Fahne", Abspaltung der KPD/ML-„Roter Morgen" im Ruhrgebiet (Quelle: E. Denninger, Freiheitlich-demokratische Grundordnung, Bd. 2, S. 296 ff). Dieses und diverse andere Verfahren zielten darauf, eine radikale Gesellschaftskritik zu unterbinden und als verfassungsfeindlich hinzustellen.

– Ein in letzter Zeit auch in der Öffentlichkeit bekanntgewordener Bereich politischer Meinungsverfolgung ist die schon angesprochene Strafverfolgung in Sachen Buback-„Nachruf". Es entspricht einem allgemein sichtbar gewordenen verschärften Strafverfolgungsinteresse, daß in diesen Verfahren allein die Weiterverbreitung des „Nachrufs" durch den Nachdruck als Identifikation mit dem Inhalt des „Nachrufs" und damit als staatsverunglimpfend angesehen wurde.

– Ein extremes Verfolgungsinteresse besteht auch dort, wo einzelne Ereignisse oder die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Gesamtheit in der BRD mit dem Faschismus verglichen oder als eine ‚faschistische Gefahr begünstigend dargestellt werden. Beleg dafür ist z. B. das Verfahren gegen den Verantwortlichen eines Bunte-Liste-Flugblattes in Hamburg, in dem dem Hamburger Senat Schutz von Nazis und Verfolgung von Andersdenkenden vorgeworfen wurde. Beleg ist z. B. auch der Beschluß des Westberliner Kammergerichts zum Buback-Verfahren vom 10.5.78, in dem es heißt: *„Der Vorwurf der Willkür und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit unter Anspielung auf die faschistische Diktatur in Deutschland ist der schwerste Vorwurf, der gegen die Bundesrepublik und ihre Länder erhoben werden kann"* (s. 20, zitiert in U. Mückenberger, a.a.O., S. 2).

– Einen gewichtigen Anteil an den Verfahren nach § 90 a nehmen die Anklagen im Zusammenhang mit antimilitaristischer Tätigkeit oder Veröffentlichungen ein. So war erst jüngst die DKP wegen ihrer Enthüllungen über die psychologische Kriegsführung in der Bundeswehr nach § 90 a verfolgt (das Verfahren wurde inzwischen eingestellt). Es liegen darüberhinaus eine Reihe von Verfahren gegen antimilitaristische Gruppen vor, die beispielsweise im Fall von St. Siebenkös und F. Kühne (beide KPD) zu je fünf Monaten Freiheitsstrafe: Anlaß war das Rufen antimilitaristischer Parolen auf einer Vereidigungs„feier" der Bundeswehr (Quelle: „Die KPD informiert: Politische Unterdrückung in der BRD u. Westberlin", S. 58).



Daneben gibt es eine Reihe besonders interessanter Verfahren, die in dieser groben Übersicht nicht unerwähnt bleiben sollen, um ein reales Bild über das Ausmaß der inkriminierten Meinungsäußerungen zu bekommen.

Als ein Fall in dieser Reihe muß der des Richters H. Ostermeyer gelten, gegen den ein Ermittlungsverfahren nach § 90 a eingeleitet (und inzwischen eingestellt) wurde, weil er in einem Artikel die Meinung vertreten hatte, zum Widerstandsrecht gegen Atomkraftwerke gehöre auch die Gewaltanwendung („FR", 1.7.78).

Ebenso aufschlußreich für die breit gefächerte Anwendung des § 90 a ist die Anklage gegen künstlerische Porträts und Darstellungen über die Gesellschaft der BRD. So wurde der ehemalige AStA-Vorsitzende der PH Westberlin, H. Pries, vor dem AG Tiergarten nach § 90 a angeklagt, weil er verantwortlich war für eine Ausstellung des AStA, in der u.a. drei Plakate gezeigt wurden, auf denen der Bundesadler karikiert und mit dem Text versehen war: *„Es ist der Staat der Berufsverbote, Polizeigesetze, des Todesschusses ... Hat dieser Staat etwas anderes verdient als seinen Adler?"* („Tagesspiegel", 1.7.78).

Einmalig in der neueren Rechtsprechung zum § 90 a und deshalb besonders beachtenswert für die demokratische Öffentlichkeit ist die Verurteilung von Prof. Sigrist zu 5.400 DM Geldstrafe. Damit wurde erstmals eine Kritik, die im Ausland und zwar auf einer Podiumsdiskussion in Stockholm mit dem ehemaligen Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Posser, mündlich geäußert wurde, strafrechtlich verfolgt. Sigrist hatte in der Diskussion die Duisburger Polizei für den Tod von Günther Routhier verantwortlich gemacht (s. dazu AK 141, S. 39).

Ebenso einmalig (und nicht minder beachtenswert) ist u.E. die Einsetzung des § 90 a zum Verbot von Demonstrationen, so jüngst in Hamburg geschehen. Danach wurde eine Demonstration zum 18.10.78 (dem ersten Todestag der in Stammheim angeblich „selbstgemordeten" RAF-Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe) mit der Begründung verboten, sie verstoße gegen § 15 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes. Angesichts der angeblich massierten strafbaren Äußerungen der „Schwarzen Hilfe" und angesichts der Thematik „Politische Gefangene" sei mit strafbaren Äußerungen zu rechnen gewesen, die eine sofortige Vollziehung des Demonstrations-Verbotes geboten erscheinen ließen, da ansonsten mit einer Straftatbegehung nach § 90 a zu rechnen sei.

Allein diese noch mehr oder weniger unsystematische Kennzeichnung der vom § 90 a erfaßten Delikte deutet an, wie groß der Bereich der von der Strafverfolgung bedrohten politischen Meinungsäußerung ist.

Sebastion Cobler führt in seinem Beitrag „Zensur und Selbstzensur" (abgedruckt in der gleichnamigen Broschüre der Hamburger Vorbereitungsgruppe zum 3. Russell-Tribunal) aus, wie der § 90 a zu einer vollkommenen Perversion politischer Kritik an den Zuständen in der BRD eingesetzt wird. So würde die Auffassung, der Polizeibeamte Kurras hätte Benno Ohnesorg ermordert, als staatsverunglimpfend verfolgt. Kurras sei indes auch freigesprochen worden. Heute aber würden Menschen verurteilt, wenn sie es wagten, ihre Kritik am polizeilichen Vorgehen zu äußern. Auf die simple Formel gebracht: Während den eigentlichen Verantwortlichen für Polizeiwillkür weiter freie Hand gelassen wird, wird den Kritikern ihre Kritik verboten.

Politisch höchst interessant sind daneben die Überlegungen, die von dem Staatsanwalt Moree geäußert werden. Er berichtet in seinem Beitrag über Vorstellungen aus seiner Behörde, bei einem wiederholten Vergehen nach § 90 a daneben auch Anklage nach § 129 StGB (kriminelle Vereinigung) zu erheben. Im konkreten Fall (es ging um Anklagen gegen Mitglieder von „KPD" und „KPD/ML") sind diese Überlegungen nur an dem diesen Organisationen zugestandenen Parteienprivileg gescheitert. Auf die Zukunft gerichtet zeigen derartige Überlegungen jedoch bereits an, daß der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden ein zunehmend praktisches Interesse an der ganz „normalen" Kriminalisierung politischer Meinungsäußerung entwickeln.

Dagegen muß die Linke verstärkt eine ebenso praktische Solidaritätsarbeit stellen und die Forderung erheben:

Der § 90 a muß weg!

Ein Genosse des IKAH

Schlöndorff jetzt vogelfrei?

Ein skandalöses Urteil fällte die Zivilkammer des Oberlandesgerichts in München. Danach ist es der CSU und dem „Bayernkurier" erlaubt, den fortschrittlichen Filmregisseur Schlöndorff als einen *„Hauptverantwortlichen Informationsstrategen der RAF"* zu bezeichnen. Schlöndorff habe sich nicht weitgehend genug von der RAF distanziert und sich so verhalten, daß *„er zu einer kritischen Beurteilung seines Verhaltens selbst hinreichend Anlaß gegeben hat"* („FR", 23.11.78). Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf Schlöndorffs Mitarbeit im „Beirat des Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener" und im Beirat des Frankfurter ID.

Hier schmeckt gallig bitter die Sonthofener Strategie des Herrn Strauß durch, nach der allen Demokraten ein für allemal das Maul gestopft werden soll. Jetzt ist ein Demokrat wie Schlöndorff schon „Stratege der RAF", bald sind es all jene, die mit diesem zusammenarbeiten, bald alle Demokraten.

Was hier im Namen der Meinungsfreiheit propagiert werden darf, ist ein weiterer Schritt der Kriminalisierung und Einschüchterung demokratischer Kreise.

Medien-Kommission

Militarismus · Antimilitarismus

AWACS und die „Vorneverteidigung“ der NATO

Erfolge in der „Rüstungs-Zweibahnstraße“

Die NATO-Staaten beschlossen Anfang Dezember die Beschaffung und Einführung des Frühwarnsystems AWACS (neuerdings auch SENTRY genannt). Damit wurde das in der Geschichte der NATO *„kostspieligste gemeinsame Rüstungsvorhaben“* ermöglicht. Die 18 Flugzeuge des Typs Boeing 747, Hauptelement des luftgestützten AWACS-Systems, sollen rund vier Milliarden DM kosten.

Die Einführung dieses Systems war aus verschiedenen Gründen „umstritten“ wie kein anderes NATO-Vorhaben zuvor. Dabei spielten militärpolitische Aspekte (u. a. ob es sinnvoll sei, ein so teures System zu beschaffen, oder ob man lieber diese Mittel für andere Zwecke aufwendet) eine untergeordnete Rolle. Sowohl die NATO-Oberbefehlshaber als auch alle Verteidigungsminister der NATO-Staaten hatten sich schon 1975 für die Einführung stark gemacht („Wehrtechnik“, 11/78). Die trotzdem insbesondere von BRD-Parlamentariern immer wieder lautstark vorgetragenen militärischen Bedenken sollten lediglich verdecken, daß die Widersprüche um AWACS, besonders zwischen der BRD und den USA ‚wirtschaftlicher Natur‘ waren. Der Kampf um die Pfründe – immerhin „verdient“ sich die AWACS-Industrie mit vier Milliarden ja so manche Tasche dick – ist noch nicht beendet.

Die militärischen Aspekte

Die 18 geplanten fliegenden Radarstationen des AWACS-Systems sollen entlang der europäischen Ost-West-Grenze stationiert werden. Durch die Fähigkeit jeder einzel nen Maschine, einen Luftraum im Umkreis von 500 km lückenlos zu überwachen, entsteht so eine verdichtete Beobachtungszone quer durch Europa. AWACS als in großer Höhe stationierte Radaranlage kann die Erdkrümmung, natürliches Hindernis bisheriger Radarsysteme (NADGE), weiter „übersehen“ und erhöht somit die Frühwarnzeit der NATO um sechs bis zehn Minuten („Spiegel“, 27.11.78).

Durch ein mit beliebigen Boden-, Luft- oder See-Einheiten zu verbindendes Computersystem, welches sofort alle wichtigen Informationen zur Verfügung stellt, übernimmt AWACS neben Erkennungs- und Warn- natürlich auch Lenkungsaufgaben, dessen Bedeutung für die zukünftige Kriegsführung zum Teil offen als „revolutionär“ bezeichnet wird („Wehrtechnik“, 11/78). Konnte bei der Lektüre der bürgerlichen Presse eher der Eindruck entstehen, daß es sich bei AWACS um eine „defensive“ Neuerung handelt („*Von seiner Definition her unterstreicht AWACS ... ohne Zweifel das defensive Konzept der NATO, es bedroht niemanden und verändert das militärische Gleichgewicht nicht*“ – „Frankfurter Rundschau“ – „FR“, 19.10.78), kommt man nach Studium militärischer Fachpresse schnell zu einem anderen Schluß. „*Zum Beispiel liegen* (durch AWACS – der Verf.) *viele Möglichkeiten in der Führung von eigenen tieffliegenden Luftangriffseinsätzen in die Tiefe des Raumes, wo kein eigenes Bodenradar hinreicht, aber auch in der Ortung eigener, mit kleinen Radar-Antwortgeräten versehener Bodeneinheiten. So kann man Standort und Situation eigener Verbände zeitverzuglos der Führung zur Kenntnis bringen und damit endlich einen Meldeverzug überwinden, der bisher nach Stunden gemessen wurde. Es ist verständlich, daß dies den Führern der Landstreitkräfte geradezu unheimlich erscheinen muß, denn wenn ein Oberbefehlshaber im Augenblick des Ereignisses aus überlegener Lagekenntnis eine taktische Entscheidung treffen kann, dann kommt dies dem Ende der Auftragstaktik gleich und kann zu einer Revolutionierung aller bisherigen Führungsprinzipien führen.* (...) *Führung und Einsatz von Waffensystemen setzen, wenn sie wirkungsvoll sein sollen, lückenlose Ortung und Identifizierung voraus, und zwar o f f e n s i v w i e d e f e n s i v*“ („Wehrkunde“ 11/78, Hervorhebung durch uns).

Besondere Bedeutung kommt AWACS im Luftkrieg zu. Dabei spielt es nicht nur eine Rolle, daß durch AWACS tieffliegende Flugzeuge oder Flugkörper früher erkannt werden als durch Boden-Radar-Systeme. Ebenso wichtig ist es lögischerweise, und das ist eine zunehmende Schwierigkeit in der Luftkriegs-„Kunst“, eigene von feindlichen Zielen zu unterscheiden. Dabei geben „*zurückgelegte Flugwege und Ausgangsplätze mehr Aufschluß über Identität und Aufgabe von Feindflugzeugen ..., als alle anderen Daten*“.(...). „*Die Freund-Feind-Erkennung aufgrund des zurückgelegten Flugweges, die durch AWACS möglich wird, besitzt daher große Bedeutung, ... weil sie den wirksamen Einsatz von Hochleistungs-Abfangjägern*
lich wird, besitzt daher große Bedeutung, ... weil sie den wirksamen Einsatz von Hochleistungs-Abfangjägern
... gegen Flugzeuge gestattet“ („Internationale Wehrrevue“, 5/78).

Mit dem AWACS-System erhält die „*Flugabwehr der NATO*“, bei der ein „*Hauptmerkmal ... eine große Vielfalt von Abwehrmitteln mit einander überlappenden Potentialen*“ ist, ein koordinierendes Lenkungsorgan, das sowohl die Effektivität steigert, als auch den Abschuß eigener Maschinen weitgehendst ausschließen soll. (Tatsächlich sind bestimmte Flug abwehrsysteme, die von wenigen auf sich allein gestellten Soldaten betätigt werden, zwar hundertprozentig treffsicher, können aber erst jetzt mittels AWACS einigermaßen klar zwischen „Freund oder Feind“ unterscheiden) (ebenda, Seite 700).

Entsprechend diesen Optionen setzte sich NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, General Schulze (BRD), Anfang November noch einmal „*nachhaltig für AWACS ein, weil er glaubt, mit dem modernen Führungssystem den Auftrag erfüllen zu können, Mitteleuropa so weit ‚vorne‘ wie möglich zu verteidigen*“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – „FAZ“, 3.11.78)!

Die angerissenen Aspekte der militärischen Bedeutung des AWACS-Projekts zeigen u. E. besonders deutlich zwei Dinge: Zum einen, daß AWACS militärisch unumstritten ist, und zum anderen, daß bei diesen zunehmend mobilen, nicht an ein bestimmtes Territorium gebundenen Waffensystemen eine Definition in Offensiv oder Defensiv gar nicht mehr möglich ist.

Der Kampf um die Pfründe

Beim Streit um die AWACS ging es wesentlich um zwei Fragen. Wie werden die anfallenden Kosten für die Herstellung und Stationierung sowie die laufenden Kosten zwischen den NATO-Partnern aufgeteilt; und zum zweiten, welche Zugeständnisse wird die US-Rüstungsindustrie der BRD machen, wenn diese sich an AWACS beteiligt.

Über die Kostenverteilung haben sich die NATO-„Partner“ weitgehend geeinigt. Die USA übernimmt 41, die BRD 31, Kanada 10 und Italien (nach zähem Ringen) 5 % der Beschaffungskosten. Der Rest wird unter den anderen mit Ausnahme Englands, das ein eigenes, mit AWACS zu koppelndes System baut (Nimrod), aufgeteilt. Frankreich beteiligt sich formal nicht, will jedoch für 200 Mio. Dollar die AWACS-Daten „abonnieren“ („Internationale Wehrrevue“, 5/78).

Erst nachdem die USA einigen Forderungen der BRD nachkam, erklärte Apel seine „Bedenken“ gegen AWACS als „ausgeräumt“ („FR“, 19.10.78). Die BRD-Rüstungsindustrie wird nun in bedeutendem Umfang an der Produktion von AWACS beteiligt und erhält darüber hinaus Ausgleichsaufträge seitens der US-Armee. Höhepunkt dieser Kraftprobe zwischen der Rüstungslobby beider Staaten war eine Vergleichserprobung der beiden neuen Kampfpanzer Leopard 2 (BRD) und „XM-1“ (USA), bei der ursprünglich eine Entscheidung zugunsten eines Panzers als künftiger NATO-Standardpanzer fallen sollte. Obwohl die BRD ankündigte, wenn sich die USA „ehrlich“ für den (offenbar tatsächlich) „besseren“ Panzer entscheiden würden, bestanden die US-Imperialisten weitgehend auf ihrem eigenen Waffensystem. Zur Zeit wird noch darum gerungen, ob die USA die „XM-1“-Panzer, die sie nach Europa verkauft, mit der 120-mm-Kanone des Leopard ausrüstet. Dahinter steht der Widerspruch zwischen Standardisierungsbemühungen und Profitinteressen („Internationale Wehrrevue“ 5/78 und „FR“, 29.11.78).

Die konkreten Zugeständnisse der USA, die nun trotzdem zur Zustimmung der BRD für AWACS ausreichten, umfassen AWACS-Unteraufträge in Höhe von 500 Mio. DM, die vor allem in die Elektroindustrie der BRD gehen. Weitere 100 Mio. DM will die USA für die Errichtung der AWACS-Hauptbasis in Geilenkirchen bei Aachen ausgeben. Hinzu kommen 400 Mio. DM, mit denen die US-Armee ihre in Europa stationierten Truppen mit Fahrzeugen und Fernmeldeanlagen der BRD-Industrie ausrüsten will („FR“, 21.10.78). Damit jedoch nicht genug. Einmal Blut gerochen, machte Apel noch während der offiziellen Zustimmung zu AWACS der USA weitere „Auflagen“: Die USA müsse bei der finanziellen Gesamtverpflichtung von 41 % bleiben. Sie müsse auf die geforderten 3 % administrative und 4 % Entwicklungskosten verzichten. Der Grundbetrag für die BRD müsse „festgeschrieben“ werden (die Kosten für militärische Projekte verdoppeln sich innerhalb weniger Jahre häufig, nicht zuletzt, weil den Parlamenten in der Regel viel zu niedrige Summen zur Entscheidung vorgelegt werden). Außerdem forderte Apel eine „*einvernehmliche Regelung hinsichtlich der Inflationsrate der Amerikaner*“. Bonn sei „*nicht mehr bereit*“, von der Dollarberechnung Stand 1. Juli 1977 auszugehen.

US-Verteidigungsminister Brown sagte bereits zu, auf die Verwaltungs- und Entwicklungskosten seitens der USA zu verzichten. Über die Dollarberechnung wird noch verhandelt („FR“, 6.12.78).

Bereits am 1.11.78 kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („Taktischer Erfolg“) das durch die Zustimmung des Kabinetts zu AWACS erfolgreich beendete Tauziehen: „*Rückblickend kann man sagen, die deutsche Seite hat nicht schlecht taktiert. Unsere bis zur Ziererei ausgeartete Zurückhaltung hat die Partner zwar hin und wieder verwirrt. Doch ist vor allem den Amerikanern deutlich geworden, daß die Bundesrepublik Qualität für ihr Geld sehen will.* (...) *Allerdings ist eine zweibahnige Beschaffungsstraße entstanden*“.

Milliardenaufwand für Minutenfristen

Fliegende Frühwarnsysteme und ihr militärischer Nutzen



(aus: Spiegel, 27.11.78)

Brief von NATO-Generalsekretär Luns vom 15. Februar 1978 über die Auflistung von N-Bombenkritikern

Die belgische Zeitschrift „De Nieuwe“ veröffentlichte am 28. Juli 1978 das Faksimile eines Briefes, in dem NATO-Generalsekretär Luns den NATO-Botschafter der USA, Bennett, über die Aufstellung einer „schwarzen Liste“ mit der „Hilfe meiner Freunde vom belgischen Verteidigungsministerium“ informiert. „Aufgelistet“ werden dennach „Journalisten, die eine negative Haltung zur Neutronenbombe und zu gewissen Aspekten der Politik der Allianz und Ihres Landes (der USA also; d. Red.) zeigen“. Angesichts der in den letzten Wochen bekanntgewordenen Neigung von Bundesbehörden, „schwarze Listen“ aller Art anzulegen, ist dringend zu fragen, ob Luns oder Bennett auch im Bonner Verteidigungsministerium Listen-„Freunde“ gefunden haben.

Nachstehend dokumentieren wir das Faksimile aus „De Nieuwe“. D. Red.



ORGANISATION DU TRAITÉ DE L'ATLANTIQUE NORD
NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION

LE SECRETAIRE GENERAL
SECRETARY GENERAL

BRUSSELS, 15 February 1978

Dear Mr. Bennett,

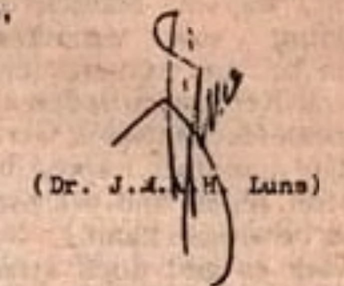
I regret that owing to my official duties it will be hardly possible for us to see each other as we had agreed upon earlier. Today, as you know, I am saying my farewell to my countryman Ambassador Hartogh and on Friday, the same to Georg Leber in Bonn. Therefore, I am sending you this short note.

Going back to our previous talks I am willing to tell you that with the help of my friends from the Belgian Defence Ministry the listing of the journalists showing negative attitude to the neutron bomb and to certain aspects of the policy of the Alliance and of your country as well is under way. To avoid any complications, we agreed upon having all this carefully done. There are also some details to be reconsidered since, I am afraid, one of our Belgian friends is, I would say, overzealous in doing his job.

My friends promised to influence the local Foreign Ministry to take appropriate measures concerning the N-bomb too. In this respect it is worth-while considering what sort of material are we to offer to the loyal journalists and to those from the special category to interpret the Alliance's policy in our mutual interest.

To my opinion such a course of things will give better results than the ones we were hoping to get earlier.

Looking forward to seeing you,



(Dr. J.A.M.H. Luns)

Aus: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 8/78

Aus: „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 8/78

Russell-  Tribunal

Interview mit den Beiratsmitgliedern Wolf-Dieter Narr und Uwe Wesel

AK: Nach den Berufsverboten wird sich das Tribunal jetzt mit der Zensur, der Verletzung von Verteidigungsrechten und dem Verfassungsschutz beschäftigen. Welchen Stellenwert haben Eurer Meinung nach die II. Sitzungsperiode und die ausgewählten Themen?

Wesel: Sicher wird die 2. Sitzungsperiode nicht die Resonanz haben, die die erste hatte. Einmal, weil das Thema sehr viel komplizierter ist und zweitens, weil eine Art Allianz des Schweigens von der veröffentlichten Meinung gebildet wurde. Insofern läßt sich die Wirkung schlecht abschätzen. Wir haben ja mit den Berufsverboten die Diskussion stark beeinflußt. Wie weit wir das mit den drei anderen Themen können, müssen wir abwarten.

Narr: Man kann zweifellos nicht sagen, daß diese 3 Themenbereiche in irgendeiner Weise weniger gewichtig wären als die Berufsverbote. Im Gegenteil, die ganze Anti-Terorismus-Gesetzgebung ist langfristig gesehen für die Grund- und Menschenrechte gefährlicher als die Berufsverbote, die trotz ihrer Ausstrahlung in den privaten Bereich eher auf den öffentlichen Dienst beschränkt bleiben und die vielleicht bis zu einem gewissen Grade eingeent werden können.

AK: Schwerpunktthema wird die Zensur sein. Würdet Ihr, auch wenn es keine staatliche Zensurbehörde gibt, die Zensur als ein wesentliches Instrument der Repression ansehen?

Wesel: Die Zensur ist eher mittelbare Repression als unmittelbare. Sie ermöglicht, was im Bereich der Einschränkung von demokratischen Rechten bei uns passiert. Ich würde nicht von Repression reden, sondern von einem Mechanismus, der verhindert, daß man über Repression überhaupt frei reden und politische Repression beseitigen kann.

AK: Aber es gibt doch Strafgesetzparagrafen wie 88a, 130a und 90a, mit denen direkt bestimmte Meinungsäußerungen verboten werden.

Wesel: Nur verfolgt und ohne Zweifel paragrafen wie 88a, 130a und 90a, mit denen direkt bestimmte Meinungsäußerungen verboten werden. Wesel: Nur verfolgt und ohne Zweifel auf diese Weise auch verboten. Von Zensur spricht man normalerweise nur bei vorhergehender Zensur, in diesem Sinnte hatte ich die Frage verstanden.

Narr: Man kann in der Tat von einem System der Zensur sprechen, obwohl wir keine systematische Organisation von Zensur haben. Aber die Wirkung ist zweifellos systematisch, was wir durch die Behandlung von Zensur von Schülerzeitungen, Jugendzeitschriften bis hin zur Zensur, die durch strafrechtliche Bestimmungen erfolgt, zu beweisen versuchen werden. Auch wenn es keine Zensurbehörde gibt, so gibt es doch Instanzen, denen man eindeutig Zensur in institutionalisierter Form nachweisen kann. Der Verfassungsschutz ist in der Tat eine solche Zensurinstanz. Es gibt so eine Art Wörterbuch des Verfassungsschutzes von zugelassenen und nicht zugelassenen Begriffen. Eine andere Zensurinstanz ist das Rechtssystem, und die Art und Weise, wie unsere Gerichte zensieren. Eine dritte Zensurinstanz ist natürlich in jedem öffentlichen Medium gegeben, wo die Hierarchie sozusagen als solche schon aussiebt, was nicht in die Bandbreite der sogenannten Ausgewogenheit paßt. Will man die Systematik erkennen, muß man gleichzeitig auf das dadurch bewirkte Phänomen der Selbstzensur eingehen. Es wäre allerdings falsch, Selbstzensur ohne Zensurerlaß zu sehen. Selbstverständlich ist da immer reale Zensur im Hintergrund. Man kann in Abwandlung eines Brecht-Zitates sagen: „Was ist das für ein Land, wo es mutig ist, sich zu äußern; was ist das für ein Land, das nicht automatisch jede Form von Meinungsäußerung zuläßt".

AK: Neben einzelnen Zensurpraktiken gibt es mit dem KPD-Verbot ein generelles Verbot für marxistisch-leninistische Auffassungen. Wird sich das Tribunal mit diesem, für Westeuropa einmaligen Fall beschäftigen?

Narr: Ich würde sagen, daß das KPD-Verbot nicht mehr in der Weise wirksam ist, wie es vom Verfassungsgericht 1956 ausgesprochen worden ist. Das eigentliche Problem ist, daß ganz bestimmte Meinungen als verfassungsfeindlich gekennzeichnet werden und damit auch die Organisationen illegalisiert werden.

Wesel: Das sind die Folgewirkungen, die wir bei den Berufsverboten behandelt haben, die Definition der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Kriminalisierung von marxistischem Vokabular überhaupt. Darüber werden wir auch dieses Mal sprechen, aber über das KPD-Verbot von 1956 als solches nicht. Das ist sicherlich sehr bedauerlich, denn das wäre sehr interessant, da man feststellen kann, daß mit der Auslegung des Vokabulars selbst hinter den Zustand von 1956 zurückgegangen wurde. Wir werden das zum Teil bei der Behandlung von 90a-Fällen vortragen.

Narr: Wobei wir bei der Einschränkung von Meinungsfreiheit zeigen können, daß sie systematisch gegen die Linke angewandt wird und nicht rechte Meinungsäußerung betrifft.

AK: Dem Verfassungsschutz kommt eine ganz zentrale Rolle bei den Berufsverboten, der Zensur und der „Bestimmung der Normalität" zu. Welche Aspekte wird das Tribunal besonders hervorheben?

Narr: Einerseits die Definitionsmacht des Verfassungsschutzes, der die verfassungspolitische Normalität und Anormalität dieser Republik bestimmt. Dies sind auch die Vorgaben für alle Einstellungsbehörden, die gar keine Routineanfragen stellen müssen, weil die Begriffe und Informationen vom Verfassungsschutz frei Haus geliefert werden. Zweitens müssen wir den ganzen apparativen Aspekt untersuchen. Etwa den Ausbau der Technologie und die Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes.

AK: Das Jury-Mitglied Taikeff hat während der ersten Sitzungsperiode schon die Frage nach einer neuen GeStaPo aufgeworfen. Wird sich die zes. AK: Das Jury-Mitglied Taikeff hat während der ersten Sitzungsperiode schon die Frage nach einer neuen GeStaPo aufgeworfen. Wird sich die **Jury mit dieser Frage, der Gefahr einer neuen GeStaPo durch die Kooperation von normalen Polizeikräften, Geheimdiensten und BKA beschäftigen?**

Wesel: Es gibt einen erheblichen Unterschied zwischen der GeStaPo und unseren Geheimdiensten. Die GeStaPo war eine verbrecherische Organisation; davon kann man bei unseren Geheimdiensten nicht sprechen. Sie sind eine Bedrohung für die Freiheit im Land, aber sie sind keine verbrecherischen Organisationen.

Narr: Dies würde ich unterstreichen. Aber selbstverständlich ist der Terminus der „Amtshilfe" zu untersuchen, durch den geheimdienstliche und exekutivische Funktionen vermischt werden. Aber ich würde es für unsinnig halten, da mit dem Begriff der GeStaPo und ihrer Funktion, die doch eine sehr andere war, zu argumentieren.

AK: Aber unbestritten ist doch, daß es eine immer stärkere Fusion der exekutiven Polizeikräfte und der Geheimdienste gibt, die der öffentlichen Kontrolle entzogen wird.

Narr: Da besteht eine Gefahr. Auch die Gefahr, daß die formell verantwortlichen Instanzen im Grunde abhängig werden von den Informationen und Definitionen dieser Geheimdienstinstanzen, weil sie keine Gegeninformationen haben, um ihre Geheimdienste zureichend zu kontrollieren. Aber man muß sehr deutlich unterscheiden zwischen gewissen faktischen Entwicklungen und der rechtlichen Entwicklung, die nicht unwichtig ist. Ich kann nicht sehen, daß man in der rechtlichen Entwicklung von einer zunehmenden Fusion sprechen kann. Ich würde im Gegenteil meinen, daß im Hinblick auf ganz bestimmte Kontrollen der Geheimdienste eine gewisse, allerdings nicht zu überschätzende Sensibilität vorhanden ist.

AK: Gegen Kritik in diesem Bereich wird besonders scharf vorgegangen, wie zum Beispiel mit der teilweisen Beschlagnahmung und den Prozeß gegen das Russell Buch 5.

Wesel: Selbstverständlich setzt man normalerweise bei Extremfällen an. Die werden wir versuchen, im Bereich 90a darzustellen.

AK: Welche Aspekte der Rechte von Verteidigern und Angeklagten haltet Ihr für die wesentlichen, die auf dem Tribunal behandelt werden sollen?

Wesel: Um es deutlich zu machen: Es geht überhaupt nicht um die Rechte von Verteidigern. Wir werden nur die Rechte von Menschen behandeln, die in einem Strafprozeß angeklagt sind und die sich der Verteidiger bedienen müssen, um sich ausreichend verteidigen zu können. Wir werden verschiedene Bereiche behandeln, einmal den Bereich der Beschränkung der Verteidigung im Prozeß selbst. Dann die Ehrengerichtsverfahren gegen Anwälte und als letzte Stufe die Strafverfahren gegen Anwälte, wobei ich wieder betonen möchte, es geht nicht um die Anwälte, sondern in dem Moment, wo man sie verfolgt, trifft man ihre Verteidigung, trifft man ihre Mandanten. Das Schwergewicht wird erst einmal auf der prozessualen Verteidigung liegen, d.h. Ausschluß von Verteidigern, Verbot der Mehrfachverteidigung, Ausschluß der Mandanten von der Hauptverhandlung, Beschränkung des Verkehrs zwischen Verteidigern und Mandanten durch Überwachung des Schriftverkehrs, die Trennscheibe bis hin zur Kontaktsperre.

AK: Neben der Einschränkung der Verteidungungsrechte ist für die Gefangenen die Isolationshaft die wesentliche Frage. Als Zeugen für diesen Bereich sind nun lediglich Anwälte vorgesehen, keine direkt Betroffenen. Welche Gründe gibt es hierfür und wie sollen gegebenenfalls die Haftbedingungen eingebracht werden?

Wesel: Es geht, wie wir immer gesagt haben, um die Rechte der Verteidigung, d.h. die Rechte für die Ange- den? Wesel: Es geht, wie wir immer gesagt haben, um die Rechte der Verteidigung, d.h. die Rechte für die Ange- klagten. Aber wenn einzelne Mandanten auftreten, besteht die Gefahr, daß sie zu stark an ihrem eigenen Fall argumentieren. Deshalb haben wir solche Verteidiger als Zeugen benannt, von denen wir meinen, daß sie die Interessen ihrer Mandanten in ausreichendem Maße wahrgenommen haben und sie deren Situation genauso gut schildern können wie die Mandanten selber.

AK: Im Aufruf zur zweiten Sitzungsperiode heißt es, daß im Gegensatz zu den Berufsverboten jetzt die zu behandelnden Themen keine Besonderheit der BRD sind und insofern auch die BRD nur stellvertretend für alle westeuropäischen Staaten behandelt wird. Worin liegen dann die Gründe, die gerade ein Tribunal über die BRD rechtfertigen?

Narr: Die BRD ist im europäischen Zusammenhang nicht nur von ihrem eigenen Kanzler zum Modell erhoben worden, sondern ist in der Tat auch eine ganz zentrale Macht, deren Entwicklung nicht nur im Hinblick auf die westeuropäischen Länder Wirkung zeitigen wird. Deswegen sind ja auch viele Ausländer so ängstlich im Hinblick auf die Entwicklungen in der BRD, nicht weil sie in irgendeiner Art und Weise deutschenfeindlich sind, sondern weil sie im Hinblick auf die Entwicklungen in ihrem eigenen Land kritisch sind. Es kommen zwei weitere Gesichtspunkte hinzu: Zum einen, daß wir eben ein Land sind, das niemals eine bürgerliche Revolution erlebt hat, d.h. mit anderen Worten, daß liberale Nischen und bürgerliche Gruppen, die ihrerseits radikal die Grund- und Menschenrechte verteidigen, seltener sind als es anderwärts der Fall ist. Zweitens kommt die Systematik, die bürokratische Fugenlosigkeit hinzu, die bei uns besonders stark ist. Insofern ist wiederum die Entwicklung bei uns in besonderer Weise prototypisch und gefährlich, was aber nicht heißt, daß sie qualitativ anders als etwa in anderen vergleichbaren Ländern verlaufen würde.

AK: Kann man dann von einer Schrittmacherrolle der BRD sprechen, die im Zusammenhang mit Bestrebungen steht, über ein vereinigtes Europa das Modell Deutschland durchzusetzen und damit die eigene Macht auszuweiten?

Narr: Also eine Schrittmacherfunktion in dem Sinne, daß die BRD versuchen würde, ein vereinigtes Europa zu einem deutschen Europa zu machen, sehe ich nicht. Es ist gar keine Frage, daß die Bundesrepublik eine gewisse Dominanz in Europa einnimmt und daß sich diese Dominanz selbstverständlich auch auf ganz bestimmte innenpolitische Aspekte auswirkt. Die Schrittmacherfunktion würde ich nicht in einer bewußten imperialistischen Politik der Bundesrepublik sehen, sondern eher darin, daß die Bundesrepublik aufgrund ihrer bürokratischen Stabilität starke Auswirkungen und Richtungsweisungen auf eine zunehmende Verherrschaftlichung des westlich-kapitalistischen Kontextes bestitzt.

Wesel: Ich glaube sicherlich, daß die europäische Einigung die repressiven Tendenzen verstärken wird, aber das bedeutet nicht, daß etwa die Germanen Westeuropa erobern, sondern das heißt nur, daß das, was wir als Schrittmacher in Westeuropa vorexerzieren, dann auf ganz Westeuropa ausgedehnt wird.

AK: Noch bis kurz vor der 1. Sitzungsperiode haben sowohl die Bundesregierung als auch die SPD-Führung das Tribunal massiv angegriffen bis zu Verbots- und Auflösungsdrohungen. Erst nach Veröffentlichung des Innenministerpapiers änderte die SPD-Führung ihren Kurs und hat heute sogar das Thema der 1. Sitzungsperiode, die Berufsverbote, zu ihrem Thema gemacht.

Wesel: Wir sind nicht der Meinung, daß das Tribunal nun etwa die Berufsverbote beseitigen könnte oder daß wir auch nur die einzige politische Kraft gewesen wären, die diese daß das Tribunal nun etwa die Berufsverbote beseitigen könnte oder daß wir auch nur die einzige politische Kraft gewesen wären, die diese Diskussion in Gang gesetzt hätte. Außerdem wissen wir alle noch nicht, wie diese Diskussion ausgehen wird. Wir sind da eher skeptisch als optimistisch. Die 2. Sitzungsperiode wird aller Voraussicht nach nicht so erfolgreich sein wie die erste, weil die Bedingungen andere sind. Man behandelt uns flexibler, taktisch klüger und man schweigt sich aus. Es wird also noch schwieriger sein, aber wir sind optimistisch. Wir haben unserer Meinung nach einen Diskussionsprozeß ganz entschieden beeinflußt und wir glauben, daß wir das auch mit dem zweiten Teil tun werden.

Narr: Man muß die Möglichkeiten und die Grenzen des Tribunals eindeutig sehen. Die Möglichkeit besteht darin, die Diskussion anzuregen. Seine Schwäche besteht darin, daß es auf diese Öffentlichkeit oder auf Gruppierungen der Öffentlichkeit vertrauen muß, die diese Diskussion zu einem Ende bringen. Entscheidend wird ein Doppeltes sein: Erstens, daß sie im Hinblick auf den Kampf für die radikale Verteidigung von Grund- und Menschenrechten eine gewisse Einigkeit in der Stoßrichtung herstellen. Zweitens, ob es überhaupt hinreichend westdeutsche Gruppierungen und Institutionen geben wird, die die Grund- und Menschenrechte weiter zu ihrer Sache machen. Nur dann wird das Tribunal auf Dauer einen Sinn gehabt haben.

AK: Gibt es von Eurer Seite konkrete Überlegungen, wie nach dem Tribunal fortgefahren werden soll?

Narr: Erstens muß festgestellt werden, daß das III. Internationale Russell Tribunal nach der 2. Sitzungsperiode aufhört zu existieren. Es sind aber selbstverständlich Überlegungen da, wie man nicht nur auf der bundesdeutschen, sondern auf einer europäischen Ebene die Menschenrechtsaktivitäten in einer stärkeren Weise institutionalisieren kann. Es gibt ein Problem, daß z.B. „amnesty international" sehr speziell arbeitet und andere Gruppen in der BRD doch oft ungeheuer abhängig sind von ihren Mitgliedern, die in irgendwelchen Parteien herrschender Natur sitzen und deswegen in ihrer Handlungs- und Aussagefähigkeit begrenzt sind.

Konkreter hat schon etwas Gestalt angenommen – ohne daß dieses von der Jury bisher beschlossen wurde – am Ende der 2. Sitzungsperiode eine Art internationaler „Watching Dog Commission", eine „Wachhund-Kommission" einzurichten, die verfolgt, was nach dem Ende des Tribunals in der BRD stattfindet. Genauere Vorstellungen bestehen allerdings noch nicht.

AK: Wie seht ihr die Möglichkeit und haltet ihr es für notwendig, nach Beendigung des III. Russell-Tribunals die Zusammenarbeit der unterstützenden Kräfte aus der BRD und Westberlin zu stärken, im Sinne einer am Anfang diskutierten einheitlichen Unterstützerbewegung?

Narr: Mit einer einheitlichen Unterstützungsbewegung hat es vor und während der Dauer des 3. Russell-Tribunals aus einer Reihe von Gründen Narr: Mit einer einheitlichen Unterstützungsbewegung hat es vor und während der Dauer des 3. Russell-Tribunals aus einer Reihe von Gründen nicht geklappt. Wenn man erneut versuchen will, nach dem Russell-Tribunal eine Unterstützungsbewegung zu organisieren, um den Kampf um die Grund- und Menschenrechte effektiver zu gestalten, dann muß man aus den vergangenen Fehlern lernen und u.a. folgende Gesichtspunkte beachten: 1. Die Kooperation der Einzelnen und der Gruppen muß auf das Ziel, Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, strikt und zugleich exklusiv bezogen sein. Es hat keinen Sinn, Kooperation im konkreten dauernd durch Ausweitungen und Veränderungen der Ziele zu gefährden. 2. Die Kooperation muß die Unabhängigkeit der Beteiligten achten, zugleich aber dürfen von den Gruppen keine Aktionen verfolgt werden, die dem Ziel der Verteidigung der Menschen substantiell schaden. 3. Die Kooperation darf nicht durch Nebenabsichten und Mißbrauch der jeweils anderen Gruppen gestört und unterminiert werden.

Spendenaufruf

100 000 DM müssen aufgebracht werden, um die 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals zu finanzieren. Nur ein Teil des Geldes ist noch aus der Spendenkampagne zur 1. Sitzungsperiode vorhanden. Ein weiterer Teil wird durch eine Unterschriftensammlung für eine Anzeige in der „Zeit" hinzukommen. Trotzdem besteht heute noch ein Loch von mehreren zehntausend Mark. Auf „große Geldgeber" kann das Tribunal dabei nicht rechnen. „Es war und ist auf die Hilfe vieler Einzelner angewiesen. Es ist entschlossen, finanziell gänzlich unabhängig zu bleiben. Dies ist nur möglich, wenn jeder, der die Arbeit des Tribunals unterstützt und die Bedeutungeiner vollständigen Erfüllung seiner Aufgaben einsieht, seinen eigenen Beitrag leistet.

Wir, die Mitglieder des Tribunals ... handeln aus moralischer Besorgnis und sind völlig auf die Unterstützung derjenigen angewiesen, die ein Interesse an der Verteidigung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Westeuropa haben. Wir rufen zu Spenden auf die unten angegebenen Konten auf" (aus dem Spendenaufruf der Jury des Tribunals).

Wir unterstützen den Spendenaufruf und bitten die AK-Leser, das ihnen Mögliche zu tun, damit dieses Tribunal über die BRD finanziell gesichert werden kann.

Postscheckkonto Nr. 415909 - 100, Postscheckamt Berlin West
Thomas Dieckmann, Sonderkonto Russell-Tribunal 1000 Westberlin 12
Berliner Bank, Konto-Nr. 0254585300, BLZ 100 200 00
Thomas Dieckmann - Sonderkonto Russell-Tribunal

Fahrplan für die 2. Sitzungsperiode

In einer gemeinsamen Sitzung von Sekretariat/Beisitzern und Gutachtern bzw. Berichterstattern wurde am vergangenen Wochenende in Hannover der endgültige „Fahrplan" für den Ablauf der Sitzung in Köln/Mühlheim festgelegt; Hiernach werden die Zensurfälle in der Zeit vom 3.1. bis einschließlich 5.1.79 behandelt, die Verteidigerrechte am 6.1. und der Verfassungsschutz am 8.1. Am 7.1. (Sonntag) findet keine öffentliche Sitzung statt.

Nach der Vorstellung der Jury, der Eröffnung durch V. Dedejer und einem Referat über die „Entwicklung der Berufsverbote seit der 1. Sitzungsperiode" wird noch am Vormittag des 3.1. mit einem einleitenden Gutachten von Oskar Negt zum **„System der Zensur und die Einschränkung der bürgerlichen Öffentlichkeit"** in die Behandlung des Zensurkomplexes eingestiegen.

Anschließend wird durch speziellere Gutachten, die jeweils durch zahlreiche Aussagen von Betroffenen und Zeugen belegt werden, versucht, ein umfassendes Bild der Zensur- und strafrechtlichen Sanktionspraktiken zu geben. Im einzelnen werden behandelt:

- **Zensur in Verlagen und Bibliotheken** mit etlichen Beispielen, darunter Maßnahmen gegen den „Trikont"-Verlag (wegen „Bommi Baumann") und die Vorfälle in der „Autoren Edition" des Bertelsmann Verlages. Unter diesem Punkt wird auch auf das laufende Strafverfahren gegen J. Reents wegen der Herausgabe des „Russel-Buch V" eingegangen.
- **Zensur im Theaterbereich**, Gutachten von Y. Kaarsunke, ebenfalls mit Beispielen (Rote Grütze u.a.). (Beide Bereiche noch am Mittwoch).
- **Fall „Mescalero"**, als Zeugen werden die Angeklagten aus Göttingen, Redakteure des Düsseldorfer „gegenwind" sowie die Professoren Erb, Gießen und Peter Brückner auftreten. Der Gutachter zu diesem Komplex ist RA Armin Golzen.
- **Prozeß gegen die „Agit-Drucker"**
- ergänzt werden die beiden letztgenannten Komplexe durch ein spezielles Gutachten zum „Staatsverleumdungsparagraphen" (§90a).
- **Zensur im Schulbereich**; neben den Zensurmaßnahmen gegen Schülerzeitungen wird auf die Zensur von Unterrichtseinheiten (Fall Gerd Heide, Hamburg) und auf das Verbot von Anti-AKW-Plaketten im Unterricht eingegangen.

(Alle Fälle am Donnerstag)

Am Freitag werden – nach der Behandlung der **Zensur im Medienbereich** – die Zensurfälle mit Gutachten zu „Psychologischen Auswirkungen" und zum „Internationalen Vergleich" abgeschlossen.

Nicht abschließend geklärt wurden auf dem Treffen in Hannover Ablauf und Behandlung des Punktes „Verteidigerrechte". Sicher ist, daß nach Gutachten zu „Erfahrungen in der Strafverteidigung" (H. Hannover) zu „Funktionswandel der Grundrechte und Staatsschutznormen" (Cobler) und einem „Internationalen Vergleich" die weitere Behandlung dieses Punktes als Hearing laufen wird, bei dem sich die Gutachter und weitere Anwälte – vorgesehen sind Groenewold, Heldmann, Schily, Stroebele, Preuß und v. Plottnitz sowie ein Anwalt aus dem Grohndeverfahren – den Fragen der Jury stellen.

Fraglich scheint jedoch noch, ob die eigentlichen Betroffenen der „Einschränkung von Verteidigungsrechten" – die Angeklagten nämlich – überhaupt in irgendeiner Form an der Behandlung dieses Komplexes bzw. speziell an dem Hearing beteiligt werden. Bis zu dem Treffen in Hannover jedenfalls war von Sekretariat bzw. Beirat kein Angeklagter als Zeuge vorgesehen. Wir halten es für eine schlichte Selbstverständlichkeit, daß neben den vorgesehenen Strafverteidigern und Gutachtern auch Angeklagte der Jury direkt über ihre konkreten Erfahrungen mit dem „Recht auf Verteidigung" berichten. Dies wurde auch auf dem Treffen diskutiert. Der Beirat versprach, diese Möglichkeit mit Betroffenen nochmals zu prüfen.

Am letzten Beratungstag der zweiten Sitzungsperiode (Montag) schließlich wird die Entwicklung und Praxis des Verfassungsschutzes behandelt. Hierfür sind zwei Gutachten vorgesehen, einmal zum „VS-Apparat, inclusive Amtshilfe und parlamentarische Überwachung" (RA Jens Brückner), das andere zur „Definitionsgewalt des VS" (Prof. Jürgen Seiffert).

Zeugen werden aussagen zur „Beobachtenden Fahndung", zur Internationalen Überwachung und zum „Faust/Traube-Fall". Außerdem wird auf die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Firmen und Betrieben eingegangen.

Veranstaltung in Münster

Am 4. Dezember fand in Münster eine Veranstaltung zur Unterstützung der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals statt, zu der das örtliche Russell-Komitee (bestehend aus SB, SHO, Juso-Hochschulgruppe und den ASten der Uni und der PH) eingeladen hatte. Trotz anwesender Prominenz (u.a. Sebastian Cobler, Rechtsanwalt Stroebele und Jurymitglied Lolle W. Nauta) wurde die Ver-

staltung berichtete Diethelm Damm interessante Einzelheiten aus der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes; Rechtsanwältin Mechthild Düsing, Gutachterin des Russell-Tribunals zum § 90a, gab bekannt, daß sich das Tribunal u.a. auch mit dem „Staatsverunglimpfungs"-prozeß gegen Professor Sigrist aus Münster (siehe AK 141, S. 39) beschäftigen wird.

Veranstaltung in Münster

Am 4. Dezember fand in Münster eine Veranstaltung zur Unterstützung der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals statt, zu der das örtliche Russell-Komitee (bestehend aus SB, SHO, Juso-Hochschulgruppe und den ASten der Uni und der PH) eingeladen hatte. Trotz anwesender Prominenz (u.a. Sebastian Cobler, Rechtsanwalt Stroebele und Jurymitglied Lolle W. Nauta) wurde die Veranstaltung von nur knapp 300 Menschen besucht. In mehreren Beiträgen wurde daran anknüpfend die Frage aufgeworfen, inwieweit aus dem Russell-Tribunal „die Luft raus" und wie das auch bei den Linken zurückgegangene Interesse am Tribunal zu erklären sei. Lolle Nauta wies auf die Gefahr hin, daß Presse- und Staatsorgane diesmal konsequent die Methode des Totschweigens anwenden könnten und begründete die relativ breite Öffentlichkeitswirksamkeit der ersten Sitzungsperiode u.a. mit den damals bekanntgewordenen Verbotsdrohungen des Bundesinnenministeriums gegen das Tribunal.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung berichtete Diethelm Damm interessante Einzelheiten aus der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes; Rechtsanwältin Mechthild Düsing, Gutachterin des Russell-Tribunals zum § 90a, gab bekannt, daß sich das Tribunal u.a. auch mit dem „Staatsverunglimpfungs"-prozeß gegen Professor Sigrist aus Münster (siehe AK 141, S. 39) beschäftigen wird.

Christian Stroebele und Sebastian Cobler warfen die Frage der politischen Gefangenen auf und kritisierten die dazu angestellten taktischen Überlegungen, die Knastsituation vor allem der RAF-Gefangenen sei ein zu heikles Thema und es sei ja auch nur eine winzige Minderheit derzeit davon betroffen. Dagegen appellierte Stroebele an die Glaubwürdigkeit des Tribunals, das keine Teilung der Menschenrechte in Kauf nehmen dürfe, und Sebastian Cobler forderte Solidarität mit allen von der Repression Betroffenen,ohne vorherige peinliche Distanzierung von ihren politischen Ansichten.

KB-Sympathisanten Münster

Keine Einbürgerung wegen Radikalenerlaß?

Flensburg: Alle reden von der Liberalisierung des Radikalenerlasses. Im Fall Tamara T., die schon seit Jahren um ihre Einbürgerung kämpft, soll der Radikalenerlaß verschärft angewendet werden - wenn es nach dem Willen des „Schleswig-Holsteinischen Vertreters für Öffentliches Interesse" (eine Einrichtung der Landesregierung Schleswig-Holstein und Niedersachsen) geht.

Dieser saubere „Vertreter" setzt sich mit Schreiben vom 22.10. mit dem Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts auseinander, nach dem die Einbürgerungsbehörde verpflichtet worden war, Tamara endlich einzubürgern, und kommt zu folgendem Schluß: *„Welche Verfahrensgrundsätze und Kriterien gelten für die Beurteilung der Einstellung eines Einbürgerungsbewerbers zur freiheitlich demokratischen Grundordnung? ... Rechtsprechung liegt hierzu, soweit ersichtlich, noch nicht vor. Der Beklagte (Landesinnenminister Titzck) hat hierzu in seinem Schriftsatz vom 5.1.78 auf die umfangreiche Rechtsprechung verwiesen, die zur Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für die Einstellung in den öffentlichen Dienst ergangen ist. Zwar wird die Rechtslage insoweit nicht voll vergleichbar sein, da im Hinblick auf die Verfassungstreue an einen Bewerber für die Einstellung in den öffentlichen Dienst angesichts der hier insbesondere nach Art. 33 für den Beamten geltenden besonderen Treuepflichten höhere Anforderungen zu stellen sein werden als an einen Einbürgerungsbewerber. Angesichts der im Wortlaut nahezu übereinstimmenden ... Einbürgerungsrichtlinien und der einschlägigen Vorschriften der Beamtengesetze kann aber doch die vor der dienstrechtlichen Rechtsprechung insoweit entwickelte Methodik ... doch zumindest teilweise übernommen werden."*

Das unterstreicht unsere Befürchtung, daß im Fall Tamara T. ein Exempel statuiert werden soll: Daß nämlich in der BRD nicht nur Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren aufgrund von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbot, sondern daß deutsch und Kommunist sein nicht mehr vereinbar sein soll!

KB-Gruppe Flensburg

Erneutes Gerangel um die Mitbestimmung

Vor dem Bundesverfassungsgericht fand Anfang Dezember an vier Tagen der bisher größte und aufwendigste Prozeß zur Klärung eines als verfassungswidrig angegriffenen Gesetzes statt: der Prozeß gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Noch unter der Präsidentschaft von Hanns Martin Schleyer reichte die „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) namens 29 Mitgliedsverbänden und neun großer Unternehmen die Verfassungsklage ein. Vor dem Gericht fand sich viel Prominenz ein: Otto Esser für die BDA, Joachim Zahn (Chef von Daimler Benz), Hans Merkle (Bosch) und Rolf Sammet (Hoechst) für die Unternehmer, Innenminister Baum, Justizminister Vogel und Arbeitsminister Ehrenberg für die Bundesregierung, die das Gesetz zu verantworten hat sowie DGB-Chef Oskar Vetter, Eugen Loderer (IGM), Heinz Kluncker (ÖTV) und Karl Hauenschild (IG Chemie) für die Gewerkschaften. Mit der Urteilsverkündung nach diesem viertägigen Verfahren ist nicht vor März 1979 zu rechnen.

„Eigentumsgarantie und Tarifautonomie" verletzt?

Die Klage der Unternehmerverbände konzentriert sich auf zwei wesentliche Punkte des Gesetzes:

- die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes (Artikel 14) werde verletzt, da in mitbestimmten Unternehmen *„die Gesellschafter ihren maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung verlieren"* und die *„unternehmerische Tätigkeit beeinträchtigt"* werde („Spiegel", 27.11.78).
- die Koalitions- und Vereinigungsfreiheit des Grundgesetzes (Artikel 9) werde behindert, weil *„die tarifpolitische und arbeitskampfpolitische Willensbildung"* in den Arbeitgeberverbänden wegen der Tätigkeit von Gewerkschaftern und Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten eine *„Einwirkung der tariflichen Gegenseite"* erfahre („Spiegel").

Ernstlich werden die Unternehmer diese Klagen kaum aufrecht erhalten können, läßt sich doch nach der bisher praktizierten Mitbestimmung (etwa in der Montanindustrie) mitnichten nachweisen, daß Unternehmen außer Kontrolle der Kapitaleigner gerieten oder gar die Mitwirkung in den Aufsichtsräten tarifpolitische Erfolge für die Werktätigen brachten. Was ist also der Zweck dieser Klageübung?

Bereits mit der Verabschiedung des Gesetzes 1976 war klar, daß die von der DGB-Führung verlangte paritätische Mitbestimmung gescheitert war. Das neue Gesetz garantierte die eindeutige Mehrheit der Unternehmer (siehe auch nachstehende Bilanz). Nach Verabschiedung des Gesetzes übte die DGB-Führung „Anpassung an das Unvermeidliche": *„Nachdem das ‚ungeliebte Gesetz' einmal Realität ist, können die Gewerkschaften es nicht ignorieren. Sie werden alle Anstrengungen unternehmen, seine Möglichkeiten voll auszuschöpfen"* (Heinz Oskar Vetter im Vorwort zur Mitbestimmungsbroschüre des DGB). Soweit in die Defensive gedrängt, verfehlte auch die Verfassungsklage der Unternehmer ihre Wirkung nicht, bevor die Klage überhaupt behandelt war. Vetter weiter: *„Nur so können wir verhindern, daß die Mitbestimmungsidee bleibenden Schaden erleidet und unter Umständen für längere Zeit aus der Unternehmenswirklichkeit verbannt wird"* (ebenda).

Was faktisch bereits jetzt durch die Unternehmertaktik erreicht ist: die einmal angestrebte paritätische Mitbestimmung ist gar nicht mehr Gegenstand der Auseinandersetzungen. Stattdessen dreht sich der Streit heute darum, ob das derzeit gültige Gesetz zu weit geht. Effekt dieser Taktik ist, daß die Gewerkschaften in eine Position gedrängt sind, ein Gesetz zu verteidigen, das sie selber als „völlig unzureichend" kritisiert haben. So haben sich die Unternehmer auf Jahre die lästige paritätische Mitbestimmung vom Hals geschafft, wobei es unerheblich ist, wie letztlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgeht. Da die Parität gar nicht zur Verhandlung steht, kann durch das Urteil bestenfalls das bestehende Gesetz bestätigt werden, es kann aber durchaus in einer Reihe von Bestimmungen verschlechtert werden. So oder so — die Unternehmerklage hat sich jetzt bereits gelohnt.

Treuebekenntnis zum Kapitalismus

Gegenüber dem Unternehmerversuch, die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten klein zu halten, betonten die DGB-Führer in ihrer Argumentation, daß es ihnen gerade um das Wohl und Wehe der Unternehmen gehe (Vetter: *„unsere Mitbestimmungsforderungen"* dokumentieren *„nicht zuletzt unseren Willen, die positive Entwicklung des jeweiligen Unternehmens zu fördern"* („FR", 19.9.78). Als Beleg dafür, daß die Unternehmer „Unrecht" haben, führten die DGB-Führer an:

1. *„Die Anteileigner haben nach wie vor die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über ihre Kapitalanteile"*
2. *„Gerade die in Deutschland praktizierten Formen der Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften bis hin zu den Mitbestimmungsformen aus Betriebs- und Unternehmensebene haben ein Klima geschaffen, das ganz offensichtlich für Investitionen günstig ist"*
3. *„Die Gewerkschaften haben Mitbestimmungsmandate in Betrieb und Unternehmen von jeher als repräsentative Mandate und nicht als imperative Mandate verstanden"*. Daher unterstütze man, daß alle Aufsichtsratmitglieder, auch die der Gewerkschaften, *„an Aufträge und Weisungen nicht gebunden"* seien.
4. Die Gewerkschaftsführer sehen es entsprechend dem Mitbestimmungsgesetz als ihre Pflicht an, *„darüber zu wachen, daß kein Arbeitnehmer-Vertreter in einen mitbestimmten Aufsichtsrat hineinkommt, der nicht die Gewähr bietet, zum Wohl des Unternehmens und der gesamten Volkswirtschaft verantwortlich mitzuarbeiten"* (DGB-Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Spieker in „Welt der Arbeit", 7.12.78).

Diese Argumentation belegt eindeutig, daß die Mitbestimmungsstrategie der Gewerkschaften in keiner Phase gewillt ist, an den Ausbeutungsverhältnissen im Kapitalismus etwas zu verändern. Sie läuft vielmehr auf die aus der Vergangenheit bekannten Positionen des „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus" hinaus. Doch gegenüber den Versuchen der DGB-Führer, sich als diejenigen mit dem besseren Unternehmenskonzept darzustellen, vertrauen die Kapitalisten ihrerseits darauf, daß das „freie Unternehmertum" immer noch der beste Garant für die Profitwirtschaft ist. Es ist das Dilemma der DGB-Führer, trotz wohlgemeinter Ratschläge ungeliebt zu sein.

Zwei Jahre Mitbestimmungsgesetz

Das neue Mitbestimmungsgesetz vom März 1976 ist mit der Verabschiedung der komplizierten Wahlordnungen im Herbst 1977 in die Erprobungsphase gegangen. Bis Mitte dieses Jahres sind die Aufsichtsratswahlen in Betrieben mit mehr als 2000 Beschäftigten abgeschlossen worden. Eine erste Bilanz der DGB-Führung erhellt, warum die Enttäuschung so groß ist:

- nach Berechnungen des DGB hätte das Gesetz in 770 Unternehmen zur Anwendung kommen müssen (notwendige Daten: über 2000 Beschäftigte, Bilanzsumme von über 75 Millionen DM, Jahresumsatz über 150 Mio.DM);
- anwendbar war es dann aber nur auf 650 Unternehmen;
- zur Realisierung kam es dann schließlich in nur 480 Firmen.

Von den 500 größten Unternehmen der BRD sind etwa 100 nicht mitbestimmungspflichtig, unter den 100 größten fallen 15 Unternehmen mit Umsätzen zwischen 2,5 und 9 Milliarden DM aus der Mitbestimmung.

Die Tricks der Konzerne sind dabei ganz simpel: Der Quelle-Konzern beispielsweise fällt als Personengesellschaft nicht unter das Gesetz, große Verlage wie Springer unterliegen dem sogenannten „Tendenzschutz", der vom Gesetz befreit. Wienerwald etwa hat seinen Konzern wegen des Mitbestimmungsgesetzes in vier formalrechtlich selbständige Regionalgruppen aufgeteilt, die — welch Zufall — jeweils unter 2000 Beschäftigte haben. Konzerne wie ITT (Teves) oder Flick wandelten ihre Betriebe in andere Rechtsformen um und konnten das Gesetz so teilweise umgehen (nur Aktiengesellschaften und GmbHs sind mitbestimmungspflichtig, nicht aber Kommanditgesellschaften und OHGs). Wieder andere Betriebe entließen kurzerhand Beschäftigte, um unter die 2000er Grenze zu kommen.

Daneben haben die Kapitalistenverbände alle ihre Hebel in Bewegung gesetzt, um gewerkschaftliche Einflußnahme i n den Betrieben zu behindern. Zum einen haben sie das Mittel der Verfassungsklage eingesetzt. Zum anderen ist eine Heerschar von Juristen eingesetzt, die Einschränkungsmöglichkeiten auszutüfteln. Ergebnis:

- über Aufsichtsratssatzungen und Geschäftsordnungen werden die Themen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, zusammengestrichen;
- Unternehmensausschüsse, für deren Zusammensetzung es keine bindenden Vorschriften gibt, haben klare Unternehmermehrheiten oder werden gar nicht mit gewerkschaftlich organisierten Vertretern besetzt (so sitzen beispielsweise in den wichtigsten Ausschüssen der Banken, den Kreditausschüssen, ausschließlich Unternehmervertreter);
- die sogenannte „Verschwiegenheitspflicht" wird immer weiter ausgedehnt (DGB: „Maulkorb");
- eine der Haupthoffnungen der DGB-Führung, über den sogenannten „Arbeitsdirektor" DGB-Vertreter in die Vorstandsetagen zu bekommen, hat sich nur in wenigen Fällen erfüllt. Da die gesetzlichen Wahlvorschriften hierfür keine bindende Regelung haben, ist *„es den Anteilseignern gelun-*

schüssen der Banken, den Kreditausschüssen, ausschließlich Unternehmervertreter);
— die sogenannte „Verschwiegenheitspflicht" wird immer weiter ausgedehnt (DGB: „Maulkorb");
— eine der Haupthoffnungen der DGB-Führung, über den sogenannten „Arbeitsdirektor" DGB-Vertreter in die Vorstandsetagen zu bekommen, hat sich nur in wenigen Fällen erfüllt. Da die gesetzlichen Wahlvorschriften hierfür keine bindende Regelung haben, ist „es den Anteilseignern gelun-

gen, ihre Vorstellungen bezüglich Person und Funktion dieses Mannes durchzusetzen".

Insgesamt hat sich damit gezeigt, daß die im Gesetz eingebauten Bremsen gegen den gewerkschaftlichen Einfluß fassen: Gibt es in einer Abstimmung im Aufsichtsrat Stimmengleichheit zwischen den Kapitalisten und Gewerkschafts- bzw. Betriebsvertretern, entscheidet der Aufsichtsratsvorsitzende mit einer Zweitstimme. Der Vorsitzende ist aber immer aus den Reihen der Kapitalistenvertreter! Zusätzlich besitzen die leitenden Angestellten eine Sondervertretung im Aufsichtsrat, die in der Regel der Kapitalistenseite zugute kommt.

Das Fazit der Gewerkschaftsführer ist mehr als ernüchternd, *„obwohl die DGB-Gewerkschaften im großen und ganzen mit den Ergebnissen der Aufsichtsratswahlen zufrieden sein können. Sie haben rund 85% der 2747 Aufsichtsratsmandate für Arbeitnehmervertreter bekommen"* (Vetter in „Welt der Arbeit", 28.9.78).

Die Enttäuschung der DGB-Führer über die aktuelle Entwicklung der Mitbestimmung ist verständlich. Hatten sie doch in den letzten Jahren dieses Gesetz als zentrales Kampfziel ausgegeben, wurden doch enorme Mittel an Geldern für Ausbildung und Einrichtungen im Gewerkschaftsapparat eingesetzt, um 4000 Funktionären das erhoffte Sprungbrett für Karrieren in der kapitalistischen Hierarchie zu schaffen. Geblieben sind eine Reihe Dämpfer, Beschneidung des Einflusses und „nur" 2500 Karriereposten.

Fazit des IGM-Chefs Loderer: Das *„Mitbestimmungsgesetz von 1976* (sei) *die große Enttäuschung auf dem Gebiet der Demokratisierung der Wirtschaft"* („FR", 13.9.78).

(Alle nicht näher bezeichneten Zitate und Zahlen aus: „Frankfurter Rundschau", 23.9., „Welt der Arbeit", 28.9.78, „Spiegel", 30.10.78, „Stern", 30.11.78)

Wirtschaftskommission



Mitbestimmer und Bestimmer: DGB-Chef Vetter (l.) und BdA-Chef Esser (r.)

Mitbestimmer und Bestimmer: DGB-Chef Vetter (l.) und BdA-Chef Esser (r.)

Der Wahlkampf der SPD Schleswig-Holstein und das Verhalten der Linken

»In kritischer Solidarität Grüße an Jansen und die Schleswig-Holsteinische SPD, dieses radikaldemokratische Nordlicht gegen die Finsternis von Stoltenberg bis hin zu Schmidt« (nach „Kieler Nachrichten", 19.10.).

So lautete ein Grußtelegramm Rudi Dutschkes an die Teilnehmer einer SPD-Wahlkampf-Veranstaltung in Neumünster (Thema: »Wird es dem Wähler zu bunt?«). Auf einer Wahlkampf-Veranstaltung der SPD in Husum zum Thema »Marschieren wir in den Atomstaat?« rief Robert Jungk zur Wahl der SPD bei den Landtagswahlen am 29. April nächsten Jahres auf, um Stoltenberg zu stürzen: *»Im übrigen sei er ... von Jansen, einem ‚Mann nach meinem Herzen' persönlich sehr beeindruckt. Seit 30 Jahren habe er einen solchen SPD-Politiker nicht mehr gehört«* („Husumer Nachrichten", 15.11.78). Auf einer SPD-Veranstaltung in Kiel (über 5000 Teilnehmer) zum 60. Jahrestag des Kieler Matrosenaufstands wurde die Politik der SPD 1918 scharf verurteilt und die damalige Linksabspaltung und Gründung der USPD nachträglich begrüßt. Gastredner Wolf Biermann erklärte, auf diese Veranstaltung mit dem Genossen Popp (1918 Vorsitzender des Kieler Arbeiter- und Soldatenrats und USPD-Mitglied) und Steffen — nach anfänglichen Zweifeln — ganz gut hinzupassen. Es habe keinen Sinn — so Biermann — wenn sich Kommunisten und Sozialdemokraten beschimpften, Verräter und Schweine zu sein. Er begrüßte es, daß die SPD keine Jubelfeier veranstalte, sonder auch die schädliche Rolle der Sozialdemokratie, den Verrat, aufzeige. Es sei ein Fortschritt, daß er auf so einer Veranstaltung als Kommunist auftreten könne. Zusammenarbeit sei auch vor 1933 notwendig gewesen. Damals hätten jedoch viele Kommunisten ihr Hauptaugenmerk auf die Sozialfaschisten der SPD gelenkt, statt den gemeinsamen Feind, die Nazis, zu bekämpfen. Auch Kommunisten hätten sich historisch des Verrats an der Arbeiterbewegung schuldig gemacht.

Dies sind einige Stimmen von Linken, die Wahlkampf für die SPD machen unter dem Hinweis auf die »besondere Rolle« der SPD Schleswig-Holstein als traditionell »linkem« Landesverband.

Die CDU greift die SPD wegen ihrer. »Linkslastigkeit«, »Kommunistenfreundlichkeit«, »Gegnerschaft zu Atomkraftwerken« usw. an. Stoltenberg ging so weit, einen Zusammenhang zwischen der SPD-Politik und der CISNU-Demonstration vor 2 Wochen in Frankfurt herzustellen: *»Vor acht Tagen wurde auf ihrem Revollutionsfest in der Kieler Ostseehalle* (gemeint war die Veranstaltung zum Kieler Matrosenaufstand — Anm. AK) *eine Musikgruppe bejubelt, die den Spruch verkündete: ‚Unter dem Pflaster liegt der Strand, komm reiß auch Du ein paar Steine aus dem Sand.' Eine Woche später sind in Frankfurt über 100 Polizisten durch Pflastersteine, Brecheisen und waffenähnliche Geräte schwer verletzt worden«* (nach „Kieler Nachrichten", 28.11.78).

Kalinka, JU-Vorsitzender und CDU-Abgeordneter, äußerte über dieselbe Veranstaltung, *»sie habe deutlich gemacht, daß die SPD auf dem Linksaußenfeld bis hin zu den Kommunisten alles ‚abgrasen' wolle. Es sei ein geradezu unglaublicher Vorgang, daß die SPD des Landes Kommunisten ein Forum biete, um für kommunistische Parolen zu werben und echte sozialdemokratische Vorstellungen zu beschmutzen und lächerlich zu machen ... Auf der anderen Seite würden staatliche Sicherheitsorgane wie Polizei und Verfassungsschutz fortwährend beschimpft und Klassenkampfparolen gegen die CDU geäußert.«* An anderer Stelle erklärt Kalinka: *»Vor der Landtagswahl ... werbe man mit der Bundesprominenz anschließend werde man sie vors Schienbein treten. Es sei entlarvend, wenn Matthiesen um die Bundesratsmehrheit für einen Kanzler werbe, zu dem er "Kollisionskurs steuere«* („Kieler Nachrichten", 28.11.78).

Günther Jansen — "linker" Wortführer der SPD Schleswig-Holstein

Wir wollen im folgenden den Wahlkampf der SPD Schleswig-Holstein sowie ihre entscheidenden »Strategen« darstellen und untersuchen, was es mit der »besonderen« Rolle dieses Landesverbands auf sich hat.

Viele Linke, die unter Hinweis auf die »Besonderheiten« der SPD Schleswig-Holstein die SPD zur Wahl empfehlen bzw. mit diesem Gedanken sympathisieren, stützen sich auf die Reden, die Jochen Steffen und der Landesvorsitzende Jansen in „Das da Avanti" und andernorts vor linkem Publikum von sich geben. Jochen Steffen wird vielfach als Befürworter einer »neuen sozialistischen Partei« angesehen (»man soll den Mund nicht spitzen, ohne zu pfeifen«) und — ebenso wie Jansen — als entschiedener Gegner der Bundesregierung. Jansen, d e r linke Zutreiber für die SPD in Schleswig-Holstein, geht in seinen Stellungnahmen gegen die Atomenergie, gegen den Abbau demokratischer Rechte usw. tatsächlich sehr weit. Beispielhaft sei hier ein Artikel aus der „Das da Avanti" (Juli 1977) zitiert: *»Meine grundsätzliche Auffassung ist, daß Kommunisten keine Bürger zweiter Klasse sind und daß, wer die Bürgerfreiheiten garantieren will in unserem Land, damit anfangen muß, die bürgerlichen Freiheitsrechte auch der Kommunisten zu verteidigen (...) Zuerst werden die Grundrechte für Kommunisten abgeschafft. Dann werden die Grundrechte für Pazifisten, Sozialisten und Sozialdemokraten abgeschafft. Und schließlich kommen auch die Liberalen und die Christen an die Reihe; am Ende ist niemand mehr vor dieser inneren Sicherheit sicher. Das ist eine sehr konkrete deutsche Erfahrung! ... Das Problem dieses Staates und der Verwirklichung seines Grundgesetzes sind nicht ein paar Kommunisten im öffentlichen Dienst. Die kann dieser Staat verkraften. Was er aber bis heute nicht verkraftet hat, das sind die allzu vielen Nazis, Gestapo-Chefs und SS-Leute, die in dieser Republik die staatlichen Apparate aufgebaut haben, die — ein Treppenwitz der deutschen Geschichten — mit der Routine von Staatsdienern des Dritten Reiches die Verfassung der 2. deutschen Republik schützen sollten.«*

Wir wollen uns im folgenden mit den Positionen Jansens zur Atomenergie auseinandersetzen. Jansen hat wesentlich dazu beigetragen, dem Landesverband das Image des AKW-Gegners zu geben. Viele Linke, BI-Mitglieder usw. erhoffen sich von einer SPD-Landesregierung deswegen, daß ihre Forderungen nach Stillegung des AKW Brunsbüttel und Verhinderung des AKW-Brokdorf Rechnung getragen wird.

Jansen hat sich nicht erst im Wahlkampf als AKW-Gegner „profiliert", sondern nahm zusammen mit anderen SPD-Landtagsabgeordneten bereits an der zweiten Großaktion gegen das AKW Brokdorf am 13.11.76 teil. Anschließend erstattete er Strafanzeige gegen Innenminister Titzck als Verantwortlichen des brutalen Polizeieinsatzes. Kurze Zeit später (22.11.76) beantragte die SPD-Fraktion im Kieler Landtag den Baustop für das AKW Brokdorf und alle anderen AKWs.

Die SPD Schleswig-Holstein hielt als einziger Landesverband nach dem SPD-Parteitag im Oktober 1977 an den Baustopforderung fest und lehnte den faulen »Kompromiß« (Kohle hat den »Vorrang«) ab, während Fraktionsführer Matthiesen bereits vor dem Landesparteitag am 10./11. Juni 78 den Landesverband auf den Hamburger Parteitagsbeschluß einzustimmen versuchte, verlangte Jansen noch in seiner Eröffnungsrede auf dem Landesparteitag, die Forderung nach einem Baustop für alle AKWs zum Wahlkampfthema zu machen. Außerdem erklärte er, daß *»die SPD Schleswig-Holstein, die Kernenergie bei den heutigen Gegebenheiten eindeutig ablehnt, eine der wenigen, wenn nicht die einzige Parteiorganisation ist, die glaubwürdig auch Wahlkampf gegen die Grünen Listen machen könne und werde. Diese Glaubwürdigkeit sei das Ergebnis der konsequenten Konfliktbereitschaft, eine programatische Aussage wie beispielsweise die Baustopforderung für Kernkraftwerke auch dann durchzuhalten, wenn man dafür öffentlich Prügel gar des eigenen Bundeskanzlers befürchten müsse...«* („Kieler Nachrichten", 12.6.78).

Zwei Wochen später hörte sich das schon etwas anders an. Der Arbeitskreis Brokdorf (Mitglied der BUU) hatte sich in einem Schreiben an Jansen mit dem Kernenergiebeschluß des Landesparteitags auseinandergesetzt. Während Jansen in seinem Antwortschreiben (30.6.78) einleitend noch behauptete, daß die SPD Schleswig-Holstein am Baustop festhalte, erklärte er ein paar Sätze später: *»Richtig ist allerdings, daß Bundesparteitagsbeschlüsse für uns auch dann gelten, wenn sie gegen unsere schleswig-holsteinischen Stimmen ... gefaßt sind. Das gehört zu den Spielregeln innerparteilicher Demokratie. Und das ist auch notwendig, denn wie wollen wir sonst eine SPD-geführte Bundesregierung auf Parteitagsbeschlüsse nageln?«* Im selben Schreiben ließ Jansen durchblikken, was aus den »glaubhaften« Wahlversprechungen der SPD (»unter den heute bekannten Bedingungen des Einsatzes von Kernenergie« ist »nur eine politische Entscheidung für den Verzicht auf Kernenergie möglich«, ebenda) werden könnte, wenn die SPD erst an der Regierung ist: *»Eine solche politische Aussage zu treffen, ist eine Sache; sie durchzusetzen, ist eine zweite Sache. Hier setzen Eure berechtigten Zweifel an . . .«*

Dem AK Brokdorf wurde allerdings von Jansen im selben Schreiben das »Privileg« zuteil, Anträge an den nächsten Landesparteitag stellen zu können, ein wohl einmaliges Angebot eines SPD-Führers an eine Bürgerinitiative.

Auf einer Veranstaltung in St. Margarethen am 8.7.78 (bei Brokdorf!) ließ sich Jansen zu sehr weitgehenden Versprechungen bewegen. Kurz zuvor hatte der Landesparteitag in seinem Kernenergiebeschluß die Betriebsgenehmigung für das AKW Krümmel von der »Realisierung der Entsorgung« abhängig gemacht und auf jegliche Aussage zu Brunsbüttel verzichtet. Hintergrund war, daß ein Antrag auf Stillegung bereits in den Arbeitsgruppen abgeschmettert worden war. Zum damaligen Zeitpunkt wurde jedoch noch unter linken Sozialdemokraten gehandelt, daß auf dem nächsten Parteitag ein Antrag auf Stillegung des AKW Brunsbüttel, vor allem nach dem Unfall am 18.6., ganz gewiß durchkommen werde. Jansen versprach auf der Veranstaltung u.a.: *»Die ‚Realisierung' der Entsorgung bedeutet für die SPD Schleswig-Holstein, es muß eine Anlage erbaut und erprobt sein. Darüber hinaus tritt die SPD Schleswig-Holstein für den schrittweisen Abbau der Kernenergie auf null ein ... Die Betriebsgenehmigung für AKWs muß zurückziehbar sein und eine SPD-Landesregierung wird sie auf Grund des Unfalls vom 18.6.78 für das AKW Brunsbüttel zurückziehen ... Eine SPD-geführte Landesregierung wird weitere Teilgenehmigungen für Brokdorf nicht erteilen. Die NWK wird bezüglich möglicher Regreßforderungen auf den (mehrjährigen) Klageweg verwiesen . . .«* (zitiert nach „Umweltschutz-Nachrichten Schleswig Holstein", 2/78).

Einige Monate später war von diesen Versprechungen nicht mehr die Rede. Auf einer Veranstaltung in Husum (14.11.) hob Jansen hervor, daß viele der SPD-Beschlüsse starken »Kompromiß«-charakter hätten: Das AKW Brunsbüttel solle erst dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn die Anlage durch Gutachter auf Herz und Nieren überprüft worden sei und neue Sicherheits-Prüfsysteme eingebaut werden. Zusätzlich müsse die politische Kontrolle über den Betrieb der AKWs verstärkt werden, so daß Notabschaltungen vom Betriebspersonal nicht mehr übergangen werden könnten. Am 26.12. fand der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein statt, auf dem der Segeberger Kreisverband (unterstützt von den Jusos) den Antrag stellte, Brunsbüttel stillzulegen und für das AKW Krümmel keine Betriebsgenehmigung zu erteilen. Noch auf dem Parteitag hatten SPD-Linke mit der Annahme des Antrags gerechnet. Tatsächlich wurde er jedoch dann von über 2/3 der Delegierten abgelehnt. Jansen und Bahr schmissen sich gemeinsam in die Bresche, um die Forderung der Linken zu Fall zu bringen. Bahr drohte, wer dem Segeberger Antrag zustimme, würde *»den mühsamen Kompromiß der Bundesregierung zur Energiepolitik gefährden«* und *»den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, nämlich Klaus Matthiesen, dem Wähler gegenüber reduzieren«* („Kieler Nachrichten", 27.11.78).

Jansen erklärte dort jetzt, daß es durch die neuesten Ereignisse keine grundsätzlich neue Fragestellung gebe. Seit dem Hamburger Parteitag existiere ein Orientierungsrahmen, der für die gesamte Partei gelte: Prioritätenfeststellung für Kohle. Der jetzige Brunsbüttel-Vorschlag des Vorstands gebe alle Möglichkeiten an die Hand, die glashart verwaltungstechnisch und politisch genutzt werden könnten. *Er warnte davor, durch die letzten Ereignisse in eine Emotionshaltung für eine Anti-Kernkraft-Stimmung zu geraten!*

»Linke« SPD-Führer wie Jansen verstehen es, sich der »Stimmung« ihres jeweiligen Publikums anzupassen. Wenn's drauf ankommt, wird jedoch — wie im Falle des Segeberger Antrags — auf die SPD-Linke gedroschen.



„wir"-Veranstaltungen:

LIEDER, THESEN, DISKUSSIONEN

Mit Liedermachern, Schriftstellern und Publizisten startet „wir" im Oktober eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen aktuellen Themen. Die erste Veranstaltung findet am 17. Oktober in der Reichshalle Neumünster zum Thema Parteiverdrossenheit statt. Unter dem Titel „Wird's dem Wähler zu bunt?" stellen sich Jens Ruge (FDP), Dr. Rolf Olderog (CDU) und Gerd Walter (SPD) den Thesen von GAZ-Gründer Herbert Gruhl, Rudi Dutschke und Knut Kiesewetter. Letzterer wird natürlich auch ein paar Lieder zum Thema singen.

Weitere bisher feststehende Termine:

Mittwoch, 18.10., 20 Uhr, in Flensburg, Borgerforeningen, Holm 4, zum Thema Umweltschutz diskutieren Karl-Otto Meyer (SSW), Martin Schuhmacher (FDP), Klaus Matthiesen (SPD), Boye Maassen (Grüne Liste NF) und Knut Kiesewetter.

Am Mittwoch, 25.10., 20 Uhr in Lübeck, Schwarzbunte, diskutieren zum Thema „Benachteiligung der Frau" Heidi Wieczorek-Zeul, Gisela Bohrk und andere. Die Frauenmusik-Gruppe „Schneewittchen" ist ebenfalls dabei. (Anm.: Alice Schwarzer mußte aus Termingründen ihre bereits gegebene Zusage wieder rückgängig machen, wird aber im März '79 zwei Veranstaltungen in Schleswig-Holstein machen.)

Am Donnerstag, 26.10., 20 Uhr, in Norderstedt, Kirchengemeinde Schalom, diskutieren zum Thema „Rundfunkfreiheit" u.a. Enno v. Loewenstern (WELT), Henning Venske und Gert Börnsen.

(Der vollständige Veranstaltungsplan ist bei der „wir" erhältlich)

Achtung: Großveranstaltung in Kiel

Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Matrosenaufstandes in Kiel veranstaltet die „wir" in der Kieler Ostseehalle am Freitag, 17. November, ein Fest unter dem Titel „Notizen aus der Republik". Lieder, Szenen und Beiträge. Dabei Hans Koschnick, Lothar Popp (Ex-USPD-Führer des Matrosenaufstandes) und viele Künstler.

Verbilligte Eintrittskarten für die Veranstaltung am 17. November 1978, 19.30 Uhr, in Kiel in der Ostseehalle mit Dieter Hildebrandt, Jochen Steffen, Wolf Biermann, Hans Scheibner, Knut Kiesewetter u.a.

Bitte senden Sie mir

1 Eintrittskarte (8,–) Verrechnungsscheck liegt bei
3 Eintrittskarten (20,–) Geld/V.-Scheck liegt bei
5 Eintrittskarten (30,–) Geld/V.-Scheck liegt bei
Eintrittskarten Geld/V.-Scheck liegt bei

Adresse:

Große Unterschriften-Aktion gegen Schnüffelpraxis und Extremistenbeschluß

Niemand darf wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. (Art. 3 Grundgesetz)

Wir unterstützen mit unserer Unterschrift das Verlangen der SPD Schleswig-Holstein, den Extremistenbeschluß abzuschaffen. Auch wir wollen demokratische Staatsdiener. Aber wir sind gegen staatliche Gesinnungsschnüffelei, gegen die Verunsicherung junger Menschen, die nur Duckmäuser schafft, aber keine kritischen Staatsbürger. Demokratie kann man nicht schützen, indem man sie einschränkt.

Der Extremistenbeschluß muß weg

weil er in seinen vielfachen Auswüchsen Ausdruck einer arroganten und überheblichen Staatspraxis ist;

weil er mit seinen weit über 500 000 Verfassungsschutz-Anfragen eine völlig unverantwortliche Schnüffelpraxis ausgelöst hat;

weil er angesichts der vielen großen und kleinen „Filbingers" im öffentlichen Dienst auch moralisch ungerecht ist;

weil er in der Praxis eine Gesinnungsstrafe darstellt, die dem freiheitlichen Staat fremd sein sollte;

weil niemand mit moralischer Überzeugungskraft gegen Berufsverbote für Christen und Systemkritiker in der DDR protestieren kann, solange bei uns Kommunisten ausschließlich wegen ihrer politischen Überzeugung an der Berufsausübung gehindert werden;

weil er das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schwer geschädigt hat.

Deshalb ist eine Abkehr von der Politik der Begrenzung der geistigen Freiheit durch Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei auch in Schleswig-Holstein überfällig.

Name	Anschrift
1	
2	

Die linken Wahlhelfer der SPD Schleswig-Holstein

Die erste Phase des SPD-Wahlkampfes war darauf angelegt, die Linke auf die Wahl der SPD einzustimmen. Themen von SPD-Veranstaltungen sind: die »Grünen«, Atomenergie, Gleichberechtigung der Frauen und nicht zuletzt der Kieler Matrosenaufstand. Geworben wird mit Rednern wie Robert Jungk, Rudi Dutschke, Jochen Steffen und Alice Schwarzer, die für Januar/Februar angekündigt ist. Absoluter Höhepunkt dieser Veranstaltungsreihe war die Kieler Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Matrosenaufstands. Mobilisiert war die Kieler Linke. Veranstaltungsteilnehmer: Hans Koschnik als Rechter dieses Abends, Jochen Steffen, Hans Scheibner, der Satiriker Dieter Hildebrandt, Robert Jungk, Knut Kiesewetter (Galionsfigur der Grünen Liste Nordfriesland !), Wolf Biermann, Gerd Wasmund (NDR-Journalist und Diskussionsleiter auf allen Veranstaltungen), die Frauenmusikgruppe »Schneewittchen« und Lothar Popp, 1918 Mitglied der USPD und Vorsitzender des Kieler Arbeiter- und Soldatenrats.

Alle Redner gaben eine Beurteilung der Novemberrevolution. Selbst Koschnik ließ sich — nach Protesten aus dem Saal gegen seine Sprüche — zu der Äußerung hinreißen, Noske hätte die Revolution abgewürgt. Gerd Wasmund trug eine scharfe Kritik an der SPD vor: Diese habe den Kriegskrediten zugestimmt und »Burgfrieden« mit den Herrschenden geschlossen. Unter rauschendem Beifall erklärte er, die Abspaltung der USPD sei gerechtfertigt gewesen, sie habe als einzige Kraft die Revolution unterstützt. Die Funktion Noskes und der SPD-Führung sei es gewesen, in einer Situation der Schwäche der Herrschenden, die nichts mehr gegen die Revolution ausrichten konnten, die revolutionäre Bewegung in den Griff zu bekommen und in bürgerlich-geordnete Bahnen zu lenken. Noske sei sich nicht zu schade gewesen, Freikorps

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von Seite 36

auf revolutionäre Arbeiter schießen zu lassen. Das gebrochene Verhältnis der SPD zur Revolution sei in der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Ausdruck gekommen.

Jochen Steffen kritisierte ebenfalls die verhängnisvolle Politik der SPD 1918 und bezeichnete es als den Grundfehler, daß nicht die Basis der alten herrschenden Macht, der Kapitalismus, abgeschafft worden sei. Das sei bis heute nicht geschehen und Sozialdemokraten — vor allem auch Helmut Schmidt — spielten immer noch den Handlanger des Imperialismus.

Wolf Biermann nahm wie anfangs erwähnt Stellung. Dieter Hildebrandt, Robert Jungk, Knut Kiesewetter sparten nicht mit Kritik an der SPD heute. Sie kritisierten den Schnüffel- und Polizeistaat BRD, das Atomprogramm der Bundesregierung, die Begünstigung von Neonazis im Staatsdienst und die personelle Kontinuität in den Gerichten seit dem Faschismus.

In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die SPD Schleswig-Holstein vor einigen Wochen eine Massenunterschriftensammlung für die Forderung »Weg mit dem Extremistenbeschluß« eingeleitet hat. Der Text ist links von der Klose-Linie angesiedelt, die ansonsten auch von diesem Landesverband vertreten wird. Gesammelt wird u.a. auf HDW Kiel, was sicherlich der DGB-Mafia in der SPD Schleswig-Holstein nicht in den Kram passen dürfte. IGM- und Afa-Chef ist Alfred Prezewowsky, SPD-Landtagsabgeordneter, Mitglied der Atommafia um Hans Schwalbach und in der Gewerkschaftslinken als unerbittlicher Kommunistenjäger bekannt.

Im Rahmen dieser Aktivitäten ist außerdem die DGB-Frauendemonstration am 2.12.78 zu nennen, zu der von den AsF-Frauen aufgerufen wurde. Zum ersten Mal seit Jahren demonstrierten 500 Frauen gegen Leichtlohngruppen, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und gegen Frauenarbeitslosigkeit.

Die Wahlkampftaktik der SPD, mit solchen Aktivitäten Teile der Linke zu reintegrieren, scheint aufzugehen. Unabhängig von den Absichten subjektiv ehrlicher SPD-Linker passen Schwärmereien von der USPD und Attacken gegen die Bundes SPD — wie auf der Kieler Veranstaltung — mindestens teilweise ins Konzept der SPD-Führung, weil dadurch der Enttäuschung über die bürgerlichen Parteien und dem Wunsch nach einer Alternative scheinbar Rechnung getragen wird.

chen Parteien und dem Wunsch nach einer Alternative scheinbar Rechnung getragen wird.

Spitzenkandidat Matthiesen — Der zukünftige Ministerpräsident?

Im Gegensatz zu Jansen gilt der Fraktionschef Matthiesen als der „Realpolitiker" in der SPD-Spitze Schleswig-Holsteins. Matthiesen bemühte sich sehr frühzeitig darum, den Hamburger Parteitagsbeschluß zur Kernenergie auch für Schleswig-Holstein verbindlich zu machen. Auf einer Juso-Konferenz am 20.5.78 erklärte Matthiesen: „*Gerade weil wir Realisten sind und von der normativen Kraft des Faktischen ausgingen, haben wir für den politisch bedingten Baustop votiert. Er hätte den Zwang zur Neuorientierung bedeutet... Weil wir Realisten sind und die Parteitagsbeschlüsse das wert sind, was sie an veränderter Praxis bewirken, drängen wir nun auf die Durchsetzung des Parteitagsbeschlusses...*" Von da an brachte Matthiesen in öffentlichen Stellungnahmen wie selbstverständlich die „Priorität Kohle" ins Spiel, ohne daß es jemals eine Abstimmung über die Anerkennung des faulen Hamburger „Kompromisses" im schleswig-holsteinischen Landesverband gegeben hätte.

Matthiesen hat zwar z.T. das Image desjenigen, der den SPD-„Linken" wie Jansen den Rücken freihält, ist aber andererseits immer in den Konflikten mit der Bundes-SPD als Vermittler aufgetreten, nie als Wortführer des „linken" schleswig-holsteinischen Landesverbands.

Während Jansen und andere Vorstandsmitglieder in Stellungnahmen durchaus über den von der Parteispitze abgesegneten Kurs zu den Berufsverboten hinausgegangen sind, hat Matthiesen immer nur — ganz auf Klose-Linie — „diese Praxis des Extremistenbeschlusses" (Landeszeitung, 12.6.), das Ausmaß der Überprüfung usw. kritisiert.

Sollte Stoltenberg am 29. April nächsten Jahres tatsächlich gestürzt werden, wird im wesentlichen Matthiesen als Ministerpräsident die Regierungspolitik bestimmen und nicht Jansen oder sonstige „Linke". Die Politik wird generell nicht vom Parteivorsitzenden bestimmt. Das Rollenspiel, das zwischen Jansen als „linkem" Landesvorsitzenden und Matthiesen als „Realpolitiker" abläuft, hat sein Vorbild in dem Spiel mit verteilten Rollen zwischen Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Was macht die DGB-Mafia?

Die rechte DGB-Mafia um Hans Schwalbach hat die Attacken gegen den schleswig-holsteinischen Landesverband eingestellt, der Streit wurde „offiziell" von Jansen und Schwalbach für beigelegt erklärt. Vorausgegangen war eine neue Kampagne Schwalbachs, weil Jansen geäußert hatte, die „*vielen kleinen und großen Lügen der wirtschaftlich interessierten Atomlobby und der Kernenergiebefürworter potenzierten sich zum gigantischen Schwindel Kernenergie, für den ein verantwortungsbewußter Politiker jedenfalls nicht geradestehen könnte,*" (nach Husumer Nachrichten, 6.9.78). Einen Monat später hieß es dann versöhnlich: „*In einer gemeinsamen Erklärung ... heißt es, der SPD-Landesvorsitzende Jansen habe erklärt, eine Formulierung in einer öffentlichen Veranstaltung... beziehe sich in keiner Weise auf die Gewerkschaften und ihre Mitbestimmungsträger in der Atomwirtschaft... Im Gegenzug versicherte Schwalbach, daß er bestimmte Vorwürfe an die Landes-SPD nicht mehr aufrechterhalte. Schwalbach hatte im September erklärt, daß die 'auf überzogenen Zukunftspessimismus aufgebaute Perspektive, die in der SPD Schleswig-Holsteins anscheinend eine Rolle*



spielt, nicht nur falsch, sondern von A bis Z gewerkschaftsfeindlich und in der Konsequenz fortschrittsfeindlich'

den Parteien SPD und FDP haben nicht vor, den Wählern in Schleswig-Holstein bereits ein ,Schattenkabinett'

spielt, nicht nur falsch, sondern von A bis Z gewerkschaftsfeindlich und in der Konsequenz fortschrittsfeindlich' sei" (nach „Kieler Nachrichten", 10.10.78). „Einigkeit" wurde auch auf dem SPD-Landesparteitag am 26.11. demonstriert: es gab ausnahmsweise keine Ausfälle der Atommafia gegen den Landesvorstand. Von linken Sozialdemokraten wird das z.T. so interpretiert, daß die DGB-Mafia geschlagen sei, zumal Schwalbach und Sierks nicht mehr für Landesliste nominiert wurden. Doch zum einen kandidieren die Gewerkschaftsführer Prezewowsky, Ramler und Möller — ebenfalls Mitglieder der Atommafia und erbitterte gegner eines Baustops — wieder, zum anderen sind für Schwalbach und Sierks Gewerkschaftsführer gleicher politischer couleur nachgerückt, die sich gegenwärtig nur stiller verhalten.

Unterstützung durch die Bundes-SPD

Besonders um die Baustop-Forderung der SPD Schleswig-Holstein war es zum offenen Konflikt mit ihrer Bundesführung gekommen, der sich im Frühjahr 1977 zuspitzte, als die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten die im Haushaltsplan vorgesehenen Subventionen für den Schnellen Brüter nicht bewilligen wollten. Der Landesvorstand faßte ausserdem einen Beschluß, „*die Bundestagsabgeordneten in ihrem Bemühen zu unterstützen, keine Haushaltsentscheidungen zu fördern, die einen Ausbau der Kernenergie, insbesondere des Schnellen Brüters, festschreiben. Konkret bedeutet dieser Beschluß einen Sturz der Regierung Schmidt, falls diese Entwicklung des Schnellen Brüters mit Millionenbeiträgen zu subventionieren gedachte... Wenn sich allein 6 der 10 Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein zur Ablehnung des Haushalts bereit fänden, könnte die knappe Mehrheit der Regierung zerstört und Schmidt zum Rücktritt gezwungen werden*" (Frankfurter Neue Presse, 5.5.77). Dieser Streit wurde durch einen faulen „Kompromiß" aus der Welt geschaffen: die Bundesregierung erklärte, auf Investitionen in einen Schnellen Brüter verzichten zu wollen — kurz darauf segnete Matthöfer Investitionen in internationale Schnelle Brüter-Projekte ab.

Helmut Schmidt stellte Bedingungen. Auf die Frage, ob er die SPD Schleswig-Holstein im Wahlkampf unterstützen werde, erklärte er: „*Das hängt von der Personenkonstellation in Schleswig-Holstein ab. Wenn die Führung der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein sich genauso eindeutig auf den Boden meiner Politik stellt wie die hessische SPD, dann ja*" (nach „Stern", 12.10.78). Diese Bedingung scheint offensichtlich erfüllt zu sein, denn: „*Die Bundes-SPD wird die schleswig-holsteinische SPD im Landtagswahlkampf unterstützen wie noch nie — ideell, finanziell, personell! Diese Zusage machte der Bundesgeschäftsführer der SPD und Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Schlewsig-Flensburg, Egon Bahr...*" (Landeszeitung, 30.10.78). Brandt erklärte: „*Wir haben die reale Chance, die christdemokratische Bastion in Kiel zu schleifen... Diese Landtagswahl habe die Aufmerksamkeit der ganzen Partei. Es gelte, einer sozialliberalen Regierung zum Durchbruch zu verhelfen und ein Signal zu setzen für die Bundestagswahl 1980... In die neue Generation sozialdemokratischer Ministerpräsidenten wie Klose, Börner, Stobbe und Rau werde auch der Spitzenkandidat der Landes-SPD, Klaus Matthiesen, passen... Er nannte den MP-Bewerber ,grundzuverlässig' und versicherte ihm die Mithilfe der ganzen Partei*" („Kieler Nachrichten, 13.11.78). „Flensborg Avis" meldete am 9.11.: „*Die gesamte Bundesprominenz wird sich im Wahlkampf in dem kleinen Land zwischen den Meeren ein Stelldichein geben... Die beiden Parteien SPD und FDP haben nicht vor, den Wählern in Schleswig-Holstein bereits ein ,Schattenkabinett' für Kiel vorzustellen. Im Falle ihres Wahlsiegs würden wohl aus dem Bonner ,Beritt' einige Leute abgezogen und in die Kommandohöhen von Schleswig-Holstein eingeführt werden.*"

Die Situation der Grünen und der Alternativen Liste

Mit ihrer Wahlkampftaktik hat die SPD Schleswig-Holstein Erfolge bis hinein in die mehr konservativen Ökologiekreise der „Grünen Liste Schleswig-Holstein". So erklärte der nordfriesische Kreistagsabgeordnete Boje Maaßen auf einer Flensburger SPD-Veranstaltung (18.10.78), daß er, insbesondere nach der Wahlniederlage der „Grünen" in Hessen, verunsichert sei. Die Frage, ob es nicht doch sinnvoller sei, die SPD zur Wahl zu empfehlen, sei für ihn noch offen. Boje Maaßen war vor den Kommunalwahlen im Frühjahr dieses Jahres mit mehreren anderen Mitgliedern der Grünen Liste Nordfriesland aus der SPD ausgetreten. Die „Liste für Demokratie und Umweltschutz" (der Zusammenschluß der oppositionellen Kreisverbände der Grünen Liste) hat beschlossen, diesmal noch nicht zu kandidieren. Entscheidend dafür war neben der gerade vollzogenen Spaltung der Grünen Liste durch die Rechten die Auswertung der Hessen-Wahl: In Schleswig-Holstein wird es ein ähnliches „Kopf-an-Kopf-Rennen" wie in Hessen geben (die CDU regiert mit einer Stimme Mehrheit gegenüber SPD, FDP und dem SSW, der Partei der dänischen Minderheit), was die Wirkung der Ideologie vom „kleineren Übel" erheblich verstärkt. In Schleswig-Holstein dürfte als zusätzliches „Erschwernis" hinzukommen, daß sich die SPD stärker „links" profiliert. In dieser Situation zu kandidieren, wäre für die Liste geradezu selbstmörderisch, weil das gegen die Stimmung in Teilen der Basisbewegung und der linken Sozialdemokratie, als dem „natürlichen" Potential einer alternativen Liste geschehen würde. Dennoch ist diese Liste der stärkste Massenansatz in Schleswig-Holstein seit den Großaktionen der Anti-AKW-Bewegung. Auf dem entscheidenden Wahlkongreß am 5. November versammelten sich 250 Menschen, um über die Perspektive dieser Liste zu diskutieren. Obwohl die SPD auf der Ebene des Stimmzettels durch die Ideologie vom „kleineren Übel" Erfolge zu verzeichnen hat, darf nicht übersehen werden, daß der Wunsch nach einer Alternative größer geworden ist. Die Liste hat beschlossen, durch die Verstärkung der „Basisaktivitäten" weiter am Aufbau einer Alternative zu arbeiten. Als erster Schritt ist eine Kampagne zur Stillegung des AKW Brunsbüttel beschlossen worden.

Resümee

Die SPD unternimmt verstärkte Anstrengungen, um am 29. April nächsten Jahres Stoltenberg zu stürzen und dadurch auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu verändern. Da Stoltenberg nur mit einer Stimme Mehrheit im Landtag regiert und die FDP bereits eine Koalitionsaussage für die SPD gemacht hat, erscheint ein Sturz der CDU-Regierung zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte realistisch. Hinzu kommt, daß SPD und FDP bereits bei den Bundestagswahlen 1976 die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnten. In Schleswig-Holstein versucht die SPD zudem auszutesten, inwieweit es ihr nach den letzten Wahlen, insbesondere in Hamburg, gelingt, nach links verloren gegangenes Wählerpotential zurückzugewinnen und radikaldemokratische Proteste auf ihre Mühlen zu lenken. Dazu scheint die SPD Schleswig-Holstein als traditionell „linker" Landesverband besonders geeignet zu sein.

Die linken Zutreiber, allen voran Jansen, haben bis jetzt — soweit erkennbar — ihren Auftrag erfüllt. Es ist weitgehend gelungen, die SPD-Linke zu re-integrieren, Konflikte „einzudämmen" und in der unorganisierten Linken, wie besonders am Beispiel der Kieler Veranstaltung deutlich wird, Hoffnungen zu verbreiten. Die SPD-Führung hat die optimale Aktivierung der Linken für ihren Wahlkampf erreicht. Das Entstehen einer linken Alternative, die zu den Wahlen kandidiert — wie in Hamburg oder Hessen — wurde vorerst verhindert. Die Re-integrationsversuche der SPD gegenüber der Linken sind nicht zuletzt deswegen so erfolgreich, weil es gelungen ist, viele Galionsfiguren der Linken wie Dutschke, Biermann usw. in den Wahlkampf einzuspannen. Die Linke ihrerseits klammert sich hoffnungsvoll an gewisse „linke" Reden etc. von Jansen, ohne zu erkennen, daß selbst Jansen offensichtlich seine linken Schnacks nicht so ernst nimmt, da er sich in wesentlichen Punkten (wie beispielhaft an der Kernenergie-Auseinandersetzung aufgezeigt) widerspricht, sich also selbst alle Türen offen hält;

— daß nicht Jansen, sondern Matthiesen einer künftigen Landesregierung vorsitzen und deren Politik bestimmen würde, außerdem die FDP mit mehreren Ministern in der Regierung vertreten wäre;

— daß hinter den Kulissen eine differenzierte Wahlkampfführung (Spiel mit verteilten Rollen) direkt ausgehandelt wurde;

— daß der „besondere" Charakter der SPD Schleswig-Holstein mehr zum Show-Geschäft gehört und dem weniger ta sächliche Widersprüche zugrunde liegen, sondern „hinter den Kulissen" alles mit dem rechten Bundesvorstand ausgehandelt wurde. Die Erfolge der SPD sind eine Widerspiegelung des (noch schwach entwickelten, mit starken Illusionen behafteten, weitgehend unkritischen) politischen Bewußtseins in breiten Teilen der Linken.

Hier liegt ein weites Feld politischer Überzeugungsarbeit für die Kommunisten. Sie müssen dabei die Dialektik und den inneren Sprengstoff solch „linker" Wahlkampfführung erkennen und hier „die Hebel" ansetzen (z.B. die Unterschriftensammlung gegen den Extremisten-Erlaß im Industrieproletariat und ähnliches). Sie müssen längerfristig darauf orientieren, daß später platzende Illusionen nicht wieder in allgemeine Resignation verkommen, sondern in eine Hebung des politischen Niveaus münden.

Wir werden auch weiterhin den Wahlkampf der SPD Schleswig-Holstein beobachten, analysieren und darüber berichten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Herausbildung einer tatsächlichen linken, sozialistischen Opposition innerhalb dieses Landesverbandes, sowie einer stärkeren Differenzierung zwischen Wahlwerbung und realer Entwicklung dabei.

KB-Landesleitung
Schleswig-Holstein

Abgeordnete der Bunten

Abgeordnete der Bunten Liste wehrt sich gegen Lügen der »KPD«

In einem Brief an die „Rote Fahne", den sie auch an einige andere Zeitungen schickte, wehrt sich Ilona Kiene, Abgeordnete der Bunten Liste in Hamburg-Eimsbüttel, gegen Lügen der „KPD". Hier der Wortlaut ihres Briefes, den die „Rote Fahne" übrigens bisher nicht abgedruckt hat:

„*Leider bin ich erst jetzt auf Euren Artikel zur ,Bunten Liste' in Eurer Roten Fahne Nr. 46 aufmerksam geworden. Da ich mir nicht vorstellen kann, daß Artikel wie dieser der Basis-Bewegung und den Alternativen Listen nutzen können (ob das Eure Absicht ist, müßt Ihr selbst beantworten), fordere ich Euch auf, diese Richtigstellung abzudrucken.*



Ilona Kiene

Ihr schreibt in dem Artikel, ,daß die Wähler zu Recht Rechenschaft verlangen, was die zwei Abgeordneten im Eimsbüttler Bezirksparlament eigentlich tun, ob sie die parlamentarische Position für die Stärkung der radikaldemokratischen Bewegung nutzen oder nicht'. Und an anderer Stelle schreibt Ihr, es müsse durchgesetzt werden, daß in den BIs die Arbeit im Bezirksparlament Eimsbüttel beraten wird. Die Abgeordneten müssen sich an gefaßte Beschlüsse halten, wenn sie dies w e i t e r nicht tun, müssen sie abgesetzt und andere gewählt werden'.

Dieser Artikel unterstellt uns Abgeordneten der Bunten Liste also, daß wir bisher Rechenschaft gegenüber unseren Wählern verweigert haben; daß unsere Arbeit nicht in den BIs beraten wird; daß wir uns nicht an gefaßte Beschlüsse halten. Alle diese Unterstellungen sind eindeutig f a l s c h :

1) Es liegt seit Wochen ein Bericht über unsere bisherige Arbeit im Bezirksparlament in Form eines Bunte Liste-Extrablatts vor. Es ist uns nicht bekannt, daß die ,KPD' sich dazu bisher mit konkreter Kritik geäußert hat.

2) Über unsere Arbeit wird selbstverständlich, wie auch vor und nach der Wahl statutenmäßig festgelegt, in den BIs beraten, also insbesondere in den Eimsbüttler Initiativen, aber auch in der BUU oder – wie im Fall des Antrags auf Bildung eines Frauenausschusses – in den Frauengruppen. Der ,KPD' ist das wahrscheinlich nicht bekannt, da sie in den Hamburger Basis-Initiativen kaum irgendwo anzutreffen ist.

3) Aus den vorigen Punkten ergibt sich, daß keine Rede davon sein kann, wir würden uns nicht an gefaßte Beschlüsse halten.

Euer Artikel dient dazu, anstelle konkreter Kritik an unserer Arbeit mit allgemeinen Unterstellungen und mit Verleumdungen Mißtrauen gegen die ohnehin noch schwachen und zersplitterten Alternativen Listen zu säen. Er reiht sich damit ein in die Kampagne der etablierten Parteien von CDU/CSU bis DKP. Vielleicht denkt Ihr darüber einmal nach, bevor Ihr solche Artikel veröffentlicht. Mit freundlichen Grüssen ....".



frauen



3 Frauenkalender Ein Spiegelbild der Frauenbewegung?

Für das Jahr 1979 werden gleich drei Kalender als „Frauenkalender", „Kalender für Frauen" und „Wir Frauen" auf den Markt gebracht. Wie schon seit 1975 in jedem Jahr haben Alice Schwarzer und andere Frauen den „Frauenkalender 79" gemacht.

Die DKP-nahe „Demokratische Fraueninitiative" möchte den Frauen ihren Kalender „Wir Frauen '79" unterjubeln.

Eine Gruppe aus dem Hamburger Frauenzentrum führte den Namen des im Zuge der Auseinandersetzung um den „Frauenkalender" entstandenen Kalenders „Tag für Tag, Kalender für Frauen" fort.

Allein die Existenz dieser drei Kalender nebeneinander dokumentiert die Uneinigkeit der Frauenbewegung. Wenn allerdings der Zustand der Frauenbewegung so ist, wie er in den Kalendern z.T. dargestellt wird, na dann gute Nacht.

Der Mond oder die Mond— das ist hier die Frage

Um gleich beim Thema zu bleiben: Die (!) Nacht ist für die Hamburger Frauen ein ausgesprochen wichtiger Abschnitt des Tages. Das merkt frau schon im Vorspann:

„Wir haben in diesem Kalender die Mond-Daten angegeben. Gleichzeitig versuchen wir, patriarchalischen Festtagen die ursprüngliche matriarchalische Bedeutung zurückzugeben. Das machen wir nicht, um unsere Göttinnen an die Stelle der Götter zu setzen, sondern wir wollen die Bedeutung der Mond aufzeigen, um uns so ein Stück weiblicher Kultur zurückzuerobern.

Völker mit der weiblichen Mondeinteilung feierten immer die Nacht und nicht den Tag. Bis heute feiern wir in unseren Festen die Nächte: Weihnachten, Fastnacht, Silvesterabend, Walpurgisnacht. (...).

feiern wir in unseren Festen die Nächte: Weihnachten, Fastnacht, Silvesterabend, Walpurgisnacht. (...).

Wir schreiben nicht die Mondin, weil die Herrschaftssprache Frauen mit der Nachsilbe -in einen vom männlichen Prinzip abgeleiteten Status zuweist. Schließlich genügt es, den Artikel zu vertauschen: Die Mond".

Und noch was über Nacht, in der Notiz vom 24.12.: *„Der kirchliche Kalender der Weihnachtszeit hat sich im Laufe der Zeit sehr geschickt der alten germanischen Festfolge angepaßt. (...) Als Symbole des urtümlichen Matriarchats gelten die Flamme, die Wärme und Segen bringt, und der grüne Baum, der Sinnbild des Lebens ist. Darum die althergebrachten Symbole: Baum, Kerze, Feuer. Darum bedeuten Wintersonnenwende (matriarchalischer Kalender) und Weihnachten nur zwei verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten desselben großen Erlebens."*

Und wann wird die Jungfrau Maria Symbolfigur dieser Richtung der Frauenbewegung? ...

Entsprechend abgehoben ist auch der größte Teil des Kalenders, von wenigen Ausnahmen abgesehen: In einem Beitrag berichtet eine Frau aus einer Berufstätigen-Gruppe von ihrer Arbeit und von ihren Schwierigkeiten: Eine berufstätige Frau folgt ihrem Freund an dessen Studienplatz in eine kleine Universitätsstadt, beteiligt sich dort mehr passiv als aktiv an einer studentisch orientierten politischen Gruppe und beginnt auch zu studieren.

„Mittlerweile sitze ich wieder brav am Arbeitsplatz. Das Studium ist vorbei. Ich bin in die Berufstätigengruppe gegangen. Ich glaube, die Antwort nach dem „wer bin ich" gefunden zu haben. Meine Beziehung besteht nach wie vor immer noch, aber sie hat sich zu meiner Zufriedenheit gewandelt. Ich bin stärker geworden. Die Berufstätigengruppe, die seit Januar 1977 besteht, hat sich primär aus der besonderen Problematik berufstätiger Frauen gebildet. Deshalb grenzte sie sich von Anfang an von akademischen Frauen – die im Zentrum schwerpunktmäßig stark vertreten waren – ab und schränkt die Teilnahme auf nicht akademische Frauen allgemein ein."

Die Frau berichtet auch über Widerstand und Solidarität im Betrieb.

Den Schwerpunkt des Kalenders bilden allerdings Berichte über mehr oder weniger abgehobene Frauen-Projekte (Frauenbuchladen oder Bauernhof) oder Freizeitgruppen wie Motorradgruppe, Karategruppe, Photogruppe. Den Schwerpunkt des Kalenders bildet das Lesben-Leben. Mehrere Seiten Kräuterrezepte dürfen natürlich auch nicht fehlen.

Eine Lesbengruppe berichtet von ihrer Beschäftigung, die unter dem Motto steht „Wir machen uns ein Bild von uns". Gemeint ist damit: sie machen Klitoris-Fotos von sich; vier

Motto steht „Wir machen uns ein Bild von uns". Gemeint ist damit: sie machen Klitoris-Fotos von sich; vier

Seiten davon sind im Kalender, dazu Text. Es gibt auch einen ganzen Bildband unter dem gleichen Motto, dessen Vertrieb der Frauenbuchvertrieb Berlin mit folgender Begründung abgelehnt hat: *„Die Ablehnung entstand aus einer Vertriebskollektivdiskussion, in der zwei Frauen die Bilder ablehnten a) weil sie sie pornographisch finden (bei Beate Uhse gibts das zu kaufen), b) darin keine Weiterentwicklung sehen, Großaufnahmen der Klitoris für Männer als Wichsvorlage zu verkaufen, c) weil wir meinen, daß derartige ausschnitthafte Darstellungen der Klitoris nicht zur Förderung der Erotik zwischen Frauen beitragen ..."* (siehe „Courage", Nov. 78).

Für viele Frauen, die den letzten Kalender „Tag für Tag" gekauft und immer bei sich gehabt haben, ist der diesjährige Kalender sicher eine Enttäuschung. Formal hat sich zwar nichts geändert, die verschiedenen Gruppen haben ihre Seiten „autonom" gestaltet, nur: W e r wurde angesprochen?

Im Vorwort versucht sich die Kalendergruppe ein wenig dafür zu entschuldigen: *„Auch dieser Kalender ist sehr kurzfristig angesetzt worden und wir, die Hamburger Koordinationsgruppe haben es deshalb auch nicht geschafft, alle Gruppen anzusprechen, und so alle Themenbereiche abzudecken"*. Diese Bedingungen (auch der Zeitfaktor) trafen auch auf den vorherigen Kalender zu, aber das Ergebnis war doch anders? ...

Der „Frauenkalender"

Der „Frauenkalender" hat gegenüber „Tag für Tag" eine andere Konzeption. Selbstdarstellungen von Frauengruppen im Sinne des ursprünglichen Konzepts von „Tag für Tag" gibt es nicht. Das ist sicherlich ein Mangel. Stattdessen werden – neben anderen Beiträgen – viele E i n z e l frauen, die für die Frauenbewegung mehr oder weniger wichtig waren oder sind, kurz dargestellt. Sieht frau einmal von diesem (sicherlich wichtigen) Kritikpunkt ab, so ist der „Frauenkalender '79" für „alte Hasen" ebenso interessant wie für Frauen, die ihr Interesse für die Frauenbewegung gerade erst entdecken.

Auf vielen Seiten sind Zitate von irgendwelchen ausgemachten Frauenfeinden – und die gibt's ja wie Sand am Meer – zu finden, die in frau immer wieder die nötige Wut aufkommen lassen.

Am 16.3.: *„Spielzeug für Männer ... Diese Geräte haben mit Mädchen manches gemeinsam: handlich, immer wieder bespielbar und stets bereit."* (aus der Werbekampagne der Firma Sony).

Auch linken Frauenfeinden ist ein Denkmal gesetzt: auf der Seite nach dem 2. Dezember ist das Flugblatt

Auch linken Frauenfeinden ist ein Denkmal gesetzt: auf der Seite nach dem 2. Dezember ist das Flugblatt

von Frauen auf dem Tunix-Kongreß gegen den Neo-Chauvinismus nachzulesen. Eine Menge kurze Sachinformationen rücken Vorurteile wie z.B., Mädchen seien technisch nicht interessiert, in die rechte Ecke (Notiz vom 20. Mai): *„Laut einer Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Mai 78*

– ist jedes 4. Mädchen an einem Ausbildungsplatz im gewerblichen Bereich interessiert, in dem fast ausschließlich Jungen ausgebildet wurden;

– würden 24 Prozent der befragten Schülerinnen der 9. und 10. Klasse gerne Elektrotechniker, Werkzeugmacher, Gerätemacher oder Schlosser werden ..."

Oder: *„Laut Statistik verdient mehr als jede dritte berufstätige Frau nur zwischen 300 und 800 DM pro Monat. Bei Männern fallen lediglich 5,5% in diese Einkommensstufe; in der BRD 1978"* (Notiz vom 17.2.).

Orientierung auf staatliche Stellen — Naivität oder Methode ?

Auffällig ist allerdings, daß in diesem Kalender häufig auf staatliche Stellen orientiert wird.

Dazu ein Beispiel: *„Das Bundesministerium für Bildung + Wissenschaft, Postfach ..., verschickt auf Anfrage ein Heft mit dem Titel ‚Frauen und Bildung'. Die Broschüre setzt sich (sogar kritisch!) mit der Situation der Frauen in Schule und Beruf auseinander"*. Und das Kalendermaskottchen Hedwig meint dazu: *„Frauen, in der Broschüre steht alles über Ausbildungsmöglichkeiten. Am besten gleich bestellen"*.

Oder: *„ ‚Frauen' heißt eine Broschüre, die das Presse und Informationsamt der Bundesregierung herausgibt. Auf über 100 Seiten stehen wichtige und gute Informationen, angefangen von Beruf und Fortbildung über Arbeitslosenunterstützung bis hin zu Steuervergünstigung und Eherecht"* (20. Juli). Mindestens fünfmal gibt's solche Tips.

An keiner Stelle wird aber die Regierungspolitik kritisch beleuchtet.

Zum Problem Arbeitslosigkeit und Ausbildung ist im Kalender Ende Januar u.a. folgendes zu finden: *„Trotz aller Hindernisse sollten die Frauen sich nicht resignierend hinter den unrühmlichen drei ‚K's' zurückziehen; es gibt nämlich eine ganze Reihe erfolgversprechender und bereits erprobter Möglichkeiten, die den Sprung in die Welt der bezahlten Arbeit doch noch möglich machen ..."*.

Aber ein starkes Engagement gegen Repression

Aber ein starkes Engagement gegen Repression

Besonders seit der Ereignisse des ‚Deutschen Herbst' hat „Emma" immer wieder Front gemacht gegen Sympathisantenhatz, Abbau demokratischer Rechte und verstärkt auftretendes faschistisches Gedankengut. Dieses Engagement schlägt sich auch im „Frauenkalender 79" nieder.

Dabei wird dargestellt, wie frauenverachtendes Gedankengut im Zusammenhang steht mit allgemein reaktionärer und faschistischer Ideologie, z.B. mit Notizen zu Hofstätter (9. Sept.):

„Sexismus (die Diffamierung eines Geschlechts), Rassismus und Antisemitismus – das alles wird aus ein und derselben Quelle gespeist: aus der Menschenverachtung. Ein Beispiel dafür ist der Sozialpsychologe Peter Hofstätter, Prof. an der Hamburger Uni und Verantwortlicher für so manche 'wissenschaftlich objektive' Untersuchung, u.a. zur Lage der Frauen. Hier drei Zitate, sie liegen 20 und 30 Jahre auseinander, haben aber durchaus einen Zusammenhang: 1. ‚Wenn sich eine wissenschaftliche Assistentin bewirbt, dann tauchen ganz andere Überlegungen auf als bei einem Assistenten. Ist Sie häßlich, wird mir ihr Anblick peinlich sein. Ist sie hübsch, habe ich wahnsinnige Angst, mich in sie zu verlieben. In beiden Fällen kann ich sie auch nicht habilitieren ' (Hofstätter 1965 zu 'Film und Frau').

2. ‚Der Durchbruch des nordischen Glaubens mußte also die Psychologie treffen, denn in ihren Fundamenten sind fremdrassische Anschauungsweisen eingemauert' (Hofstätter 1941 NS-gerecht über den jüd. Einfluß in der Psychologie).

3. ‚ ... wenn Sie nicht sagen, daß Sie diesen Staat als Ihren Staat empfinden, dann haben Sie nicht einmal das Recht zum Nachdenken' (Hofstätter im Herbst 77 anläßlich einer Fernsehsendung zu Alice Schwarzer – auch hier wieder ganz mit dem Mäntelchen im gerade wehenden Wind und rasch, sehr rasch mit der Diffamation anderer – egal ob Frauen, Juden oder politisch nicht Opportune)".

Der Faschismus – als besondere Gefahr auch für Frauen – wird an verschiedenen Stellen im Kalender behandelt, sei es durch Nazi-Zitate über Frauen, sei es durch Hinweise auf Widerstandskämpferinnen, die im KZ umgebracht wurden.

Darüber, daß Frauen auch heute gegen Nazis aktiv sind, und von wem sie dabei behindert werden, wird in einer Notiz am 17. Juni berichtet:

„Am Samstag, den 17. Juni, sollte auf dem Römerberg der Aufmarsch der NPD stattfinden.

Demokraten und Demokratinnen riefen zu einer antifaschistischen Gegenkundgebung auf. Es kamen viele Tausende. Wir Frauen aus der Frauenbewegung beteiligten uns an

genkundgebung auf. Es kamen viele Tausende. Wir Frauen aus der Frauenbewegung beteiligten uns an

dieser antifaschistischen Demonstration ..." Es wird dann berichtet, wie diese Demonstration von der Polizei brutal auseinandergeknüppelt wurde.

Zum ‚Deutschen Herbst' wollen wir zwei Notizen aus dem „Frauenkalender 79" erwähnen.

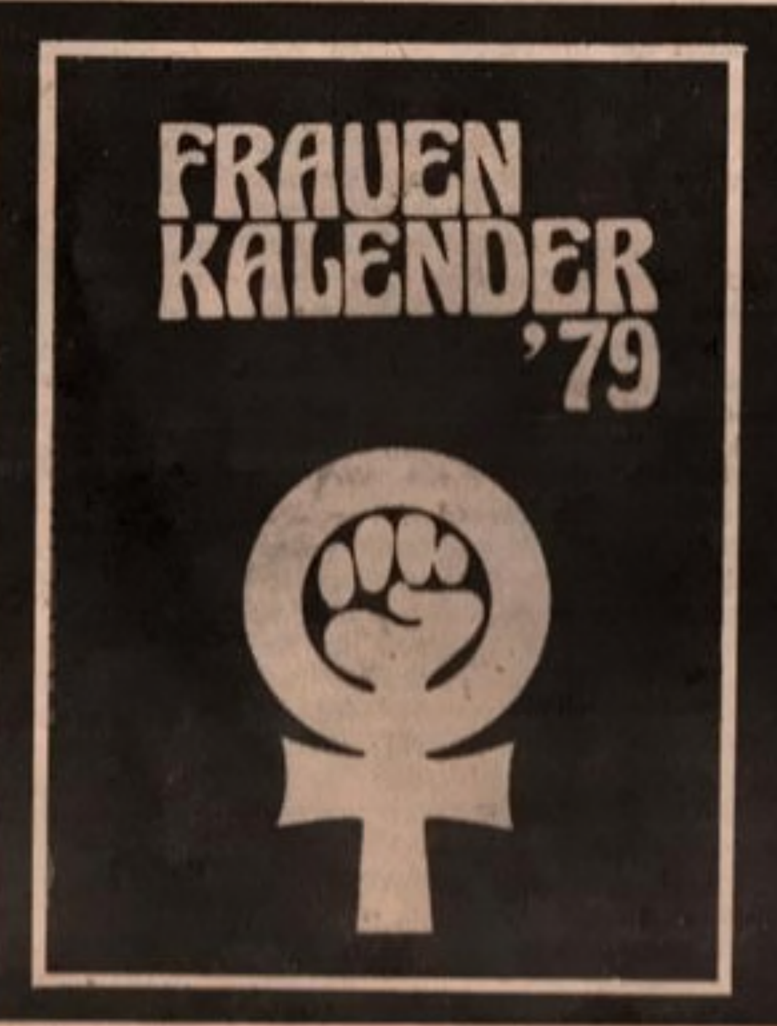
18. Oktober: *„Vor zwei Jahren wurden Gudrun Enßlin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader tot in ihren Zellen in Stammheim gefunden. ... Der Tod der drei, die zum Kern der ‚Roten Armee Fraktion' zählten, gab zwar von Tag zu Tag mehr Rätsel auf, wurde aber dennoch von der Regierung und auch der gesamten Presse von Anfang an als ‚eindeutiger Selbstmord' dargestellt".*

27. September: *„Ende September 77 peitschte der Bundestag im Zuge der allgemeinen Terrorismus-Hysterie innerhalb von drei Tagen das sogenannte Kontaktsperregesetz durch,*

Fortsetzung nächste Seite







Wir Frauen
Herausgeber
Demokratische Fraueninitiative

Tag für Tag
Kalender für Frauen
Herausgeber
Im Selbstverlag
Heartha Levannah
Langenfelder Straße 64 d
2000 Hamburg 50

Frauen Kalender Selbstverlag
c/o Ursula Scheu
Kolpingplatz 1 a
5000 Köln 1

Fortsetzung von Seite 38

das die elementarsten Bürger(innen)-Rechte einschneidend einschränkt ... Der rasante und unwidersprochene Abbau von Bürgerfreiheiten in diesem deutschen Herbst zeigte, wie weit wir davon entfernt sind, in einem demokratisch gefestigten Staat zu leben."

Geschichte der Frauenbewegung – kein dunkles Kapitel mehr

Zur Geschichte der Frauenbewegung werden relativ ausführlich Ereignisse dargestellt, über die bisher in der Frauenbewegung kaum gesprochen wurde. So wird z.B. auf mehreren Seiten (im November) auf die Rolle von Frauen in der Münchner Räterepublik eingegangen.

Z.B. am 10.11.: *„Innerhalb der Münchener Räterepublik gründete sich auch ein ‚Frauenrat', zu dem unter andern Gertrud Baer, Linda Heymann und Anita Augspurg gehörten. Der Frauenrat war gegen jeglichen Bürokratismus, für Selbstbestimmung und konsequente Befreiung der Frau. Ganz besonders setzte er sich ein für die Rechte der weiblichen Hausangestellten, die medizinische Versorgung der Frauen, eine Infragestellung der Institution Ehe, eine neue Einstellung zur Sexualität, Probleme der Frauenarbeit und der weiblichen Arbeitslosigkeit, arbeitsrechtliche Fragen, ökonomische Unabhängigkeit der Frauen und – die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen."*

Dinge, die bisher von Feministinnen ungenau oder falsch dargestellt wurden, werden im „Frauenkalender '79" schon differenzierter behandelt. So z.B. zum Ersten Weltkrieg:

15.4.: *„Am 14.4.1914 organisierten sozialdem. Arbeiterinnen eine gewaltige Massendemonstration gegen Militarismus und für den Frieden. Die eigenen Genossen fielen den Frauen dann in den Rücken, indem sie wenig später im Reichstag für die Kriegskredite und damit für den Krieg stimmten. Über die Frage ‚Krieg __ ja oder nein?' zerstritten sich die Sozialdemokraten endgültig. Nur eine kleine Gruppe um Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Karl Liebknecht kämpfte erbittert weiter gegen den Krieg (Rosa kam ins Gefängnis und wurde nach Ausbruch der revolutionären Kämpfe 1918 von Landsknechten ermordet]. Und als Clara Zetkin es wagte, in der sozialdem. ‚Gleichheit' einen Appell an alle Frauen zu veröffentlichen, alles, was dem Krieg dienen könnte, zu verweigern [derartige Appelle waren in der „Gleichheit" vor und während des Ersten Weltkrieges bis 1917 häufig und regelmäßig zu lesen], entzogen die Sozialdemokraten Clara kurzerhand die Redaktion der Zeitschrift, die sie 27 Jahre lang geführt hatte. Clara: ‚Daß die Kriegspolitik in der Sozialdemokratie zur Spaltung führte, ist ganz wesentlich auf das Werk führender Frauen zurückzuführen. Ein sehr großer Teil der weiblichen Parteimitglieder ging in die*
Werk führender Frauen zurückzuführen. Ein sehr großer Teil der weiblichen Parteimitglieder ging in die
Opposition, darunter die anerkannt besten Agitatorinnen und Organisatorinnen'. __ Bei den Feministinnen kämpften Frauen wie Emma Ihrer, Anita Augspurg und Lida Heymann erbittert weiter gegen den Krieg. Sie schlossen sich zusammen mit den Kriegsgegnerinnen im Ausland und riefen zusammen mit der holländ. Feministin Arlette Jacobs im April 1915 in Den Haag den ersten internationalen Friedenskongreß ein...".

Der Anhang enthält neben Adressen von Frauenzentren aus dem In- und Ausland auch Adressen von nationalen und internationalen Zeitschriften der Frauenbewegung. Ferner eine Reihe von Buchhinweisen, die die Kalenderfrauen für wichtig hielten.

Alles in allem ein Kalender, der sicherlich vom Konzept her Mängel hat, mit seinen Hinweisen auf Regierungsstellen – besonders zu Berufsaussichten der Frau – etwas Illusionen weckt, der aber durch seine oft sehr agitatorische Zusammenstellung von großen Sauereien gegenüber Frauen und ihren vielfältigen Aktionen Wut und Mut macht und der durch viele Hinweise die Augen öffnet für den Zusammenhang zwischen der allgemeinen Entwicklung des politischen Klimas und der Situation der Frauen in unserem und in andern Ländern.

Er bietet Anknüpfungspunkte auch für Gespräche im Betrieb. Jahrelang mußten sich Getreue gedulden, um — ganz offen — einen Frauenkalender benutzen zu können. 1977 wurde der Ungewißheit ein Ende gesetzt: *„Ich warte lieber noch ein Jahr. Dann gibt es eine wirkliche Alternative __ den Frauenkalender der Demokratischen Fraueninitiative [DFI]"* (DVZ, 15.12.77, Lottemi Doormann in einem Artikel über die beiden Frauenkalender für 1978).

Nun ist er da, der Alternative... Mit einem ausgesprochen fromm aufblickenden Frauenkopf als Umschlagsbild. Unmittelbar nach Erscheinen machte die DKP-Tageszeitung „UZ" (11.10.78) die erste Besprechung eines Frauenkalenders seit ihrer Existenz als „Zeitung der arbeitenden Menschen". Der DFI-Kalender wurde in den höchsten Tönen gelobt: *„Eine Idee, die nicht nur Frauen begeistern dürfte". „Es ist zweifellos gelungen....", „.... ein schönes Geschenk". „Es macht großes Vergnügen,... sich daraus zu informieren".*

Informativ ist er nicht gerade, höchstens in bezug auf die Frauenpolitik der DKP. Und — oh Schreck — es soll nicht der Letzte sein! Gleich im Januar (7.1.) ist etwas über die angebliche Wichtigkeit der DFI zu erfahren: *„1975: Auf einer sehr gut besuchten Pressekonferenz in Bonn stellt sich die ‚Initiative Internationales Jahr der Frau 75' mit einem vielbeachteten Aufruf vor. Außergewöhnliches Echo in der ganzen Bundesrepublik. Die Arbeit wurde weitergeführt, woraus die ‚Demokratische Fraueninitiative' entstand".* Wer es für „außergewöhnlich" hält, wenn die gesamte Revi-Presse (und sonst niemand!) eine DKP-dominierte Gruppierung wahrnimmt, muß schon die Maßstäbe etwas verloren haben.

Gewerkschaftlich orientiert

Wie bei der DKP-Studentenpolitik mit ihrer „Gewerkschaftlichen Orientierung", so darf natürlich bei der DFI der Ausdruck ihrer festen Verbundenheit mit der Gewerkschaftsführung nicht fehlen, sondern muß ständig breitgetreten werden.

In einem besonderen Beitrag von Gisela Kessler (Hauptvorstnd der IG Druck und Papier) hebt sie auf die Frage „Mit oder ohne Gewerkschaft?" die nimmermüde Aktivität der Gewerkschaften für die Frauen hervor. *„Seit über hundert Jahren stehen die Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung der Frauen, der Benachteiligung der erwerbstätigen und der ungleichen Entlohnung auf der Tagesordnung".* Da gehören sie ja auch hin?...

Die Tatsachen werden schlicht auf den Kopf gestellt mit dem Spruch: *„Ebenso wichtig und totgeschwiegen ist der Kampf der Gewerkschaften um die Frau nach dem Zweiten Weltkrieg".* Als wenn der DGB als ganzes sich jemals besonders ernsthaft um die Frauen bemüht hätte! Und daß die Zeiten, wo *„es Männer gab, die damals gegen die Erwerbsarbeit der Frauen wetterten",* v o r b e i seien, lassen sich doch nur Frauen erzählen, für die der Glaube an die aktive Frauenarbeit „der" Gewerkschaften ein Dogma ist wie die Jungfräulichkeit Marias für die katholische Kirche.

Der Papst

Wo wir gerade bei der Kirche sind: Zur katholischen Kirche und insbesondere zum Papst scheint die DFI auch ein recht inniges Verhältnis zu
Zur katholischen Kirche und insbesondere zum Papst scheint die DFI auch ein recht inniges Verhältnis zu
haben — ganz im Gegensatz zum ‚unbedeutenden Rest' der Frauenbewegung, die in ihrer Maßlosigkeit teilweise gar den massenhaften Kirchenaustritt von Frauen propagiert und den Haß gegen die Kirche schürt.

Noch immer können sich Frauen wie Alice Schwarzer nicht von ihrer Feindschaft gegenüber der Kirche freimachen. Kirchliche Feiertage werden im „Frauenkalender 79" systematisch ins Lächerliche gezogen, so z.B. Karfreitag: *„Heut geh ich in Lila",* sagt das Kalendermaskottchen Hedwig im Priesterornat. Oder zum 24.12. steht im „Frauenkalender" nur: *„Sag dem Konflikt, daß ich komme"* (Friederike Frei).

Ganz anders da die DFI: Weiß doch ihr Kalender „Wir Frauen" auf der Seite vom 24. April von einer Pilgerfahrt der „Frauen für den Frieden" nach Rom zu berichten, unter ihnen die DFI-Größe Elly Steinmann. Sie nahmen teil an einer Audienz, die der Papst *„ausschließlich dem Frieden gewidmet"* hatte. *„Gestärkt durch die Botschaft des Papstes werden sie im Namen von Millionen Frauen das Ende der Atomwaffenversuche fordern und die allgemeine, kontrollierte Abrüstung auf der ganzen Welt"* (aus einer nach der Audienz verbreiteten Erklärung, lt. DFI-Kalender).

Frieden, das ist d a s Wort, das die DFI-Frauen geradezu in Verzükkung geraten läßt. Es braucht nur zu ertönen und schon lassen sie alles stehen und liegen und wenden sich ganz dieser weltumspannenden Bewegung zu. Diese ist selbst bis Nordirland gedrungen und treibt dort folgende Blüten, wie der DFI-Kalender in der Notiz vom 14.8. zu berichten weiß: *„Belfast 1976. Erster Friedensmarsch der ‚Mütter des Friedens' in Nordirland. 10.000 Frauen demonstrierten für den Frieden".* Ein Tip an libanesische Faschistinnen: Wenn Ihr bis Redaktionsschluß des nächsten DFI-Kalenders ein „Friedens"-Märschlein zustandebekommt, habt Ihr echte Chancen, im nächsten DFI-Kalender gewürdigt zu werden!

Die „Friedens"frauen haben sich in Nordirland niemals gegen den Terror der britischen Besatzungstruppen gewandt. Deshalb wurden sie aus Katholikenvierteln davongejagt. — Der „Frauenkalender 79" hat im Gegensatz zur DFI zum Thema Nordirland zwei Fotos: Eine irische Freiheitskämpferin und zwei ältere Nordirländerinnen, die einen britischen Besatzungssoldaten kräftig beschimpfen! Über die politische Brisanz dieser Frauendemonstrationen ist im „Frauenkalender 79" erheblich mehr zu erfahren (s.o.). Das waren keine Frauen, die ausschließlich durch den Verlust (zeitweilig oder endgültig) ihrer Männer auf die Straße getrieben wurden, als Ehefrau, Schwester oder Tochter handelnd, sondern sie standen ganz klar in Opposition zur Mehrheit der Sozialdemokratie, als selbständig handelnde Frauen.

Daß der DFI-Kalender im Informationsgehalt grundsätzlich hinter den Frauenkalender zurückfällt, kann eben auch durch gegenteilige Beteuerungen in „UZ", „DVZ", „tat" oder „konkret" nicht wettgemacht werden.

Die Tendenz, die Mutter- oder Gattinnenrolle als Motiv für politisches Handeln von Frauen auszugeben bzw. ein eigenständiges Handeln von Frauen unter den Tisch zu kehren, zieht sich durch den DFI-Kalender. Die Rolle, die Frauen im Kampf gegen das geplante AKW Wyhl gespielt haben, wird z.B. nicht genannt: *„10.000 Bürger aus der Bundesrepublik, Frankreich und der Schweiz protestierten in Wyhl gegen das geplante Atomkraftwerk. Die Bürgerinitiativen erzwangen eine Woche später durch Gerichtsurteil das vorläufige Verbot des Baus"* (6. März). Dabei wird der bedeutende Anteil, den gerade die F r a u e n aus der Umgebung von Wyhl am Kampf gegen AKWs hatten, unterschlagen. Nach anfänglichem Zögern waren s i e es, die eigene Versammlungen organisierten und auch radikalere Kampfformen als die Männer entwickelten. Daraus läßt sich natürlich kein braves „Wir helfen unseren Männern im Druckerstreik" machen. Männer haben im DFI-Kalender ihren sicheren Platz — z.B. auf dem Photo zum Internationalen Frauentag: Im Vordergrund als Hauptakteur!

Die autonome Frauenbewegung hingegen mit ihren vielfältigen Aktionen existiert weder im Kalenderteil, noch im Anhang. Wie in anderen Bereichen, so setzt sich auch hier das gebrochene Verhältnis der DKP zu Bewegungen außerhalb ihres Einflußbereichs fort. Stattdessen wird einseitig über Aktionen der DFI berichtet, oder von Frauenorganisationen, die sich mehr mit „Frieden" als mit Frauenemanzipation beschäftigt haben.

Aus dem literarischen Anhang noch ein Beispiel:
„Kesselsong.__
Aus dem literarischen Anhang noch ein Beispiel:
„Kesselsong.__
Das Essen reicht nicht.• Ruft die Großküche an!• Wir brauchen Suppe, drei Kessel, schnell!• Die Männer am Rollgang• stehn acht Stunden in Kälte und Wind• Komm, Genossin, gehen wir, nehmen wir den Kessel.• bringen wir das Essen den streikenden Männern ins Werk!".
Text: Erika Runge (DKP).

Presseecho:

Viel Mühe hat sich die DKP gegeben, ihr Parteiladen-Produkt bekanntzu-machen und anzupreisen.

In „UZ", „DVZ" und „tat" werden die anderen Frauenkalender überhaupt nicht erwähnt. Die „tat" (27.10.) versteigt sich zu Äußerungen wie *„unentbehrlich", „ungewöhnlich"* (dem können wir in gewisser Hinsicht zustimmen) und dichtet Adressen von *„Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen",* in den Kalenderanhang hinein, die dort gar nicht zu finden sind.

In „konkret" (12/78) zieht Horst Tomeyer einen Vergleich des Kalenders „Wir Frauen" mit dem „Frauenkalender": Der letztere wird darin als „bürgerlich" und inhuman (berichtet über eine Frau, die ihren Vergewaltiger fachgerecht kastriert hat), dargestellt. *„Terror reinster Denkungsart"* meint Tomeyer, weil zum 1. Advent das „Frauenkalender"-Maskottchen Hedwig sagt: *„Ich back dieses Jahr Zyankaliplätzchen und verschick sie ans Patriarchat".* Und als unpolitisch (er erwähnt nämlich weder den 8. Mai als Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, noch den Radikalenerlaß) wird der „Frauenkalender 79" auch heruntergeputzt.

Scheiße, wenn man nicht mehr ruhig in seine Zimtsterne beißen kann, was Tomeyer?

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief
Über das Zustandekommen der Frauen-Zelle in Flensburg

Nach dem Erscheinen des Artikels **„KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?"** (AK 137) ist es uns Frauen in Flensburg das erste Mal seit langem gelungen, ein Genossinnentreffen auf die Beine zu stellen. (Die KB-Frauenpolitik in Flensburg ist bis zu diesem Zeitpunkt auf dem völligen Nullpunkt gewesen.) Wir diskutierten den Artikel an unseren eigenen Erfahrungen: Zu den Einschätzungen, die wir erarbeitet haben, gibt es zwar noch ungeklärte Punkte und Widersprüche, aber dies soll hier nicht behandelt werden. Wesentlich wurde auf jeden Fall herausgestellt, daß die Frauenarbeit wieder von uns in die eigenen Hände genommen werden muß (und genommen wird!)

Kurz danach erstellte eine Genossin ein Papier und nahm hierin die Forderung aus dem Artikel noch einmal auf, eine Frauenzelle zu gründen. Bedauerlicherweise ergab sich aufgrund des Papiers vorrangig nicht die Diskussion um eine Frauenzelle, sondern eine kleine Passage zur damaligen „Grünen Liste" löste eine breite Diskussion aus, die die ganze Ortsgruppe erfaßte. Erst einige Wochen später gelang es uns, ein Genossinnentreff abzuhalten, wo dieser Punkt diskutiert werden sollte. Die Debatte fing so an, daß jede Genossin schilderte, welche Erwartungen sie an das Genossinnentreff stellt. Dabei wurde von allen Frauen ein breites Spektrum aufgezählt: Diskussion über die Arbeit in den verschiedenen praktischen Frauenbereichen, grundsätzliche Diskussionen um Frauenfragen und KB-Frauenpolitik.

Diese Vorstellungen setzten allerdings voraus, daß das Genossinnentreff verbindlicher und regelmäßiger als bisher stattfinden müßte. Dies ist in Anbetracht der unterschiedlichen Bereiche terminmäßig einfach nicht möglich. Keine Genossin wollte eine eigene Zelle gründen, bis auf die Verfasserin des Papiers. Viele verlangten, ohne die realen Möglichkeiten zu sehen, daß das Genossinnentreff mit allen Genossinnen die o.a. Aufgaben wahrnehmen sollte. Klarheit herrschte lediglich über die Frage, eine Genossin verantwortlich zu bestimmen, die ausschließlich Frauenarbeit machen soll und deshalb in der örtlichen Leitung vertreten sein muß.

Direkt gegen die Frauenzelle hat sich keine von uns ausgesprochen, aber wir sahen den besonderen Nutzen einer solchen Einrichtung nicht. Bis auf die AK-Diskussion und grundsätzliche KB-Politik, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Frauenproblematik steht, sollte ja alles auf dem Genossinnentreff diskutiert werden. Einige Genossinnen
Frauenproblematik steht, sollte ja alles auf dem Genossinnentreff diskutiert werden. Einige Genossinnen
wollten auch einfach nicht aus ihren bisherigen Zellen rausgehen. Sie verglichen die Situation mit der der Kieler Genossinnen, die die Frauenzelle als Grundeinheit für alle Genossinnen in einer speziellen Situation gegründet haben, als viele gar nicht mehr aktiv waren oder aus ihren Zellen rausgegangen waren.

Daß das Genossinnentreff gar keine Gewähr biete für eine kontinuierliche Frauenanleitung und Diskussion, stand noch nicht mit aller Deutlichkeit fest. Es wurde z.B. auch vertreten, daß der Schritt, gleich eine neue Grundorganisierung im KB zu schaffen, zu drastisch sei. Daß es einfach gar nicht anders möglich ist, aus der Scheiße wieder rauszukommen, als eine Institutionalisierung der Frauenarbeit, wurde von uns noch nicht so gesehen.

Es kamen Argumente wie: daß frau ja so die Frauenfrage aus den übrigen Zellen rausnimmt, und daß dann erst recht nicht gewährleistet wäre, daß unsere Belange auch vom Rest der Organisation diskutiert werden. Dies Argument konnte aber nicht lange standhalten, *weil ja bisher nirgends über Frauenarbeit diskutiert worden ist,* und weil gerade eine Frauenzelle die Aufgabe hätte, bestimmte Forderungen an die Organisation zu stellen.

Erst als klar wurde, daß das Genossinnentreff die Aufgaben, die wir ja alle stellten, gar nicht wahrnehmen konnte, aber ohne Zentralisierung und Schaffung von Verantwortlichkeiten keine fruchtbare Frauenarbeit möglich ist, wurde uns die Notwendigkeit einer Frauenzelle klar: Eine Frauenzelle, in der die Genossinnen arbeiten, die hauptsächlich Frauenarbeit machen oder machen wollen.

Inzwischen hat sich eine Begeisterung entwickelt, endlich mal wieder die Frauensachen in die eigenen Hände zu nehmen: Wir wollen Untersuchungsarbeit zu verschiedenen Fragen machen, die praktische Arbeit in den einzelnen Bereichen diskutieren, die Auseinandersetzung mit den vorhandenen Widersprüchen zur bisherigen KB-Frauenpolitik und die theoretische Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung führen sowie Schulungen machen.

Die Frauenzelle wird sich nicht ausschließlich mit Frauensachen beschäftigen, sondern wir verstehen uns als eine Grundeinheit des KB, wo a l l e politischen und oranisatorischen Probleme ihren Platz haben. So sind wir darangegangen, den AK-Verkauf zu diskutieren mit dem Ergebnis, daß wir alle wieder verkaufen werden und uns gegenseitig dabei unterstützen.
Wir fangen jetzt wieder an!
und uns gegenseitig dabei unterstützen.
Wir fangen jetzt wieder an!

Frauenzelle im KB Flensburg

Kurzmeldungen

FDP für Fristenregelung

Die FDP hat auf ihrem Bundesparteitag in Mainz beschlossen, einen neuen parlamentarischen Vorstoß zur Einführung der Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch zu fordern. In dem FDP-Papier heißt es: *„Die FDP hält nach wie vor die Fristenregelung für die bessere, gerechtere und menschlichere Möglichkeit, um Frauen in einer Konfliktlage zu helfen und vorbeugende Maßnahmen zu fördern"* (nach „Welt", 15.11.78).

Auf was für tolle Ideen die Parteien doch kommen, wenn es ihnen nicht so gut geht!

Freispruch für Mörder - Gefängnis für Diebin!

Ein Bauer würgte eine Prostituierte, die daraufhin tot umfiel. Verteidiger und Schwurgericht meinten, daß der Mann mit dem „überraschenden Herzversagen" nicht rechnen konnte. Also kein Totschlag. Der Mann wurde f r e i g e s p r o c h e n und nicht einmal wegen Körperverletzung angeklagt! Weil er einen „Menschen zweiter Klasse" umgebracht hat...? (nach „Hamburger Morgenpost", 17.11.78).

Dagegen wird mit Frauen, die aus irgendwelchen Gründen zur Diebin werden, ganz anders umgesprungen. Vor einem Schöffengericht in Hamburg-Altona wurde eine Frau, die ohne zu zahlen aus dem Kaufhaus gegangen war, zu z w e i J a h r e n G e f ä n g n i s verurteilt (nach „Bild", 21.11.78).

„Kampfblatt gegen die Befreiung der Frau"

„Halte sie schwanger und laß sie deine Steuerformulare ausfüllen" „Wie man seine Frau — Freunding — betrügt". „Mit zwei oder mehr Frauen leben" und *„Warum jüngere Frauen besser sind"* sind die Themen des kürzlich in den USA neu erschienen Magazins: „Male Chauvinist", das sich als Kampfblatt gegen die Befreiung der Frauen versteht (nach „Gay Journal" 11/78).

Kampagne gegen Abtreibungspolitik

Seit der „Reform" des § 218 (Juni 76) bietet die sogenannte Modellklinik Dr. Zwicks in Lindenfels eine der wenigen Möglichkeiten, im Umkreis von Heidelberg eine ungewollte Schwangerschaft legal abzubrechen. Seit Ende September 1978 tauchten in Lindenfels Parolen auf, wie z.B. „Lindenfels — Schlachthof für ungeborene Kinder", und Aufkleber mit der Aufschrift: „Abtreibungspolitiker — Wegbereiter des Terrorismus". Außerdem wurden Flugblätter verteilt: „Massenmorde werden wieder aktuell! Diesmal jedoch nicht an Juden, sondern an wehrlosen ungeborenen Kindern". Initiator dieser Kampagne ist der „Christliche Aktionskreis." Als Kundgebungssprecher dieses Vereins traten auf: der Würzburger Prof. Dr. Lucius Maiwald, die Viernheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Erna Maria Geier und der Pfarrer Winfried Pietrek.

„Die meisten sind mit ihrer Situation im Elternhaus unzufrieden"

Interview mit der Frauengruppe Mölln/Ratzeburg

Frauengruppe Mölln/Ratzeburg ist eine der am längsten existierenden Mädchen- bzw. Frauengruppen, die es in Norddeutschland seit den letzen Jahren gibt. Sie arbeitet seit ca. 2 Jahren kontinuierlich, wenn auch in wechselnder Zusammensetzung. Wir haben dieses Interview gemacht, weil wir glauben, daß die Probleme gerade jugendlicher Mädchen heute oft gering geschätzt werden, geradezu als „normal" gelten. Wir wollen mit dem Abdruck des Gespräches diese Probleme verdeutlichen und auch aufzeigen, wie richtig es ist, daß sich die Mädchen heute schon früh zusammensetzen und ihre Probleme besprechen, anstatt ihnen allein (und oft hilflos) gegenüberzustehen. (Wir mußten aus Platzgründen einige größere Kürzungen vornehmen, die z.T. Schilderungen der früheren Arbeit der Frauengruppe sind, teilweise auch weitere Beispiele enthalten, die wir nicht mehr abdrucken können.)

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frage: Wieviele seid ihr in eurer Frauengruppe und wie alt seid ihr, geht ihr alle noch in die Schule?
Antwort: Wir sind, wenn alle da sind, ca. 20, im Alter von 15 bis 20 ungefähr, fast alles Schülerinnen. Wir reden am meisten über unsere eigenen Probleme, also über die Probleme, die wir im Elternhaus haben, mit unseren Freunden, mit dem Ausziehen, und wir versuchen durch das Reden uns
wir versuchen durch das Reden uns
gegenseitig zu helfen, eine Vertrauensbasis zu schaffen. Dadurch, daß wir hier in der Frauengruppe sind — so ist es mir jedenfalls gegangen und einigen anderen bestimmt auch — habe ich echt das Reden gelernt oder jedenfalls angefangen, es zu lernen, daß man sagt, was man denkt, und sich nicht immer unterdrücken läßt, von den Eltern, von dem Freund oder sonstwem.
Frage: Über welche Probleme habt ihr in der letzten Zeit am meisten gesprochen?
Antwort: Ganz speziell Beziehungsprobleme, also wir haben besprochen, ob wir es gut finden, Mehrfachbeziehungen oder nur ne Zweierbeziehung zu haben, und ob man — wenn man dann auszieht von den Eltern — ob man dann gleich mit dem Freund zusammenziehen sollte, was das für Nachteile bringt, daß man dann von der einen Abhängigkeit in die andere gerät...
Frage: Wohnen viele von euch zuhause? Wie ist denn so das Verhältnis, daß Mädchen ausziehen zuhause, sind das speziell die älteren?
Antwort: Ich glaube, die meisten von uns wohnen noch zuhause. Ich kenne nur vier, die ausgezogen sind. — Die meisten sind mit ihrer Situation im Elternhaus unzufrieden und möchten gerne ausziehen.
Frage: Was gibt es denn so für Unterdrückungsmechanismen von Seiten der Eltern? Ihr habt ja ein paar Sachen erzählt, ein paar haben gesagt, daß das Verhältnis zu den Eltern ziemlich mies ist, und K. hat vorhin erzählt, daß sie geschlagen wurde — ich weiß nicht, da muß es doch noch mehrere Arten von Schikane oder so geben?
Antwort: Als stärkstes hab ich moralischen Druck empfunden. Daß mein Vater mich nur moralisch so unter Druck setzte, so etwa: Du läßt mich hier alleine, und du läßt mich hier hängen, du hilfst mir nicht, ich muß alles alleine machen, ich hab dir auch geholfen, und du hilfst mir gar nicht — das hab ich am stärksten empfunden und da hab ich auch am stärksten drunter gelitten.

Bei uns war das so, daß mein Vater ausgezogen ist, und meine Mutter mußte arbeiten, um uns eben zu ernähren, und wenn dann irgendwas war, dann hieß es eben, ich arbeite für euch, und ich tu alles nur für euch, und ihr enttäuscht mich dann und ihr macht dies, und ihr macht jenes, und warum mach ich das eigentlich für euch, und was weiß ich. Das war auch eben moralisch, ich meine, geschlagen hat sie mich zwar auch manchmal, aber das war irgendwie gar nicht so schlimm, ich fand das psychisch viel schlimmer, denn das ging in einer Tour.

Bei mir war das auch so moralischer Druck, also die Ehe meiner Eltern ist so ziemlich kaputt, schon seit drei Jahren, und meine Mutter muß auch ziemlich hart arbeiten, ist total überlastet, mein Vater ist krank, der hat Schizophrenie oder sowas, und dann jammert sie rum - und das ist z.T. wohl auch schon berechtigt - wie schwer sie's hat, und dann helfen wir ihr auch, mein Bruder und ich, in letzter Zeit hab ich ihr auch schon mehr geholfen, aber dann fängt sie so an, an meinem Zeug rumzumosern, so total moralisch. Und daß sie wohl bald zusammenbrechen wird, weil wir sie so ärgern, bzw. ich sie so ärgere, und weil ich eben so rumlaufe. Und da ich auch noch ziemlich jung bin, also erst 15, kann ich noch nicht ausziehen, ich hab mit ihr auch schon über's Ausziehen geredet, und das will sie nicht. Und dann sagt sie dann auch, irgendwie, oder denkt sie, ich will sie nicht als Mutter haben oder so, sie hat als Mutter versagt oder sowas, sie war schwer enttäuscht, als ich mit ihr darüber geredet hab.

Zwischendurch sprachen wir darüber, ob es sinnvoll ist, z.B. Lehrer einzuladen, um evtl. ein gemeinsames Gespräch zustande zu bringen. Die Frage dabei war, ob sich die Eltern von solch einer „öffentlichen" Person beeindrucken lassen oder ob es ihnen egal ist, daß die „Familienprobleme" nach außen dringen.

— Bei uns wäre das echt so, daß meine Mutter kaputtgehen würde dabei, denn das merke ich jetzt auch immer, wenn wir da drüber reden, eben auch mit anderen Leuten und ich erzähl ihr das dann, daß ich da drüber geredet hab und so, dann fängt sie immer gleich an zu weinen und ist total fertig dann, daß ich sie überall schlecht machen würde und so, und das tut mir dann auch immer so leid, und dann weiß ich auch nicht mehr, was ich machen soll, denn zu sagen, so und so ist meine Meinung, werdet mal damit fertig, das kann ich selber auch nicht. Das schaff ich einfach nicht, besonders wenn ich genau weiß, sie macht sich da irgendwie Sorgen drüber oder geht wirklich kaputt dabei.

— Bei meiner Mutter ist das so, daß sie unheimlich auf die Öffentlichkeit achtet, was man so über unsere Familie redet — also die reden ja schon viel über uns, durch meinen Vater — aber sie versucht, daß ich irgendwie als einzige so in der Familie doch noch die Vernünftige bin, und die's vielleicht noch zu was bringen wird, usw. Und versucht auch äußerlich, eine gute Familie vorzutäuschen, so den anderen Leuten, und wenn dann andere Leute nicht dabei sind, flippt sie dann total aus. Und wenn wir uns streiten, dann eigentlich nur, weil sie Angst hat, die Öffentlichkeit könnte über mich reden.

— Das ist bei uns auch so. Das kommt aber auch dadurch, daß wir auf so einem kleinen Dorf wohnen, und da ist der Tratsch ja noch etwas größer. Und das war vor kurzem so ein total krasses Beispiel, da war ich mit meinem Freund in Hamburg auf dem Fischmarkt und wir sind schon nachmittags zuhause weggefahren, waren zuerst bei ihm und so, dann bin ich morgens um neun, halb zehn erst nach Hause gekommen. Meine Eltern waren nicht da und das ganze Dorf hat das ungefähr so mitgekriegt, daß ich nach Hause kam, total übermüdet und was weiß ich, durchnäßt, weil es so tierisch geregnet hat, mit zig Plastikbeuteln und so, und die haben wohl schon gedacht, ich hab wohl ein paar Wochen woanders gewohnt. Und meine Mutter kriegte das dann die nächsten Tage beim Kaufmann dauernd zu hören. Obwohl sie echt zu Anfang überhaupt nichts dagegen hatten — das fanden sie ganz toll, ja zum Fischmarkt, haben mir noch Geld mitgegeben, bring mal was mit und so, dann hinterher: mach das lieber nicht nochmal, was die Leute sagen, und all so ne Scherze.

— Bei uns war das so, wenn wir uns gestritten haben, und ich sagte meiner Mütter, was ich davon halte, dann hat sie das überhaupt nicht akzeptiert, sie sagt, deine Meinung interessiert sowieso nicht, und du bist noch viel zu jung, und du kannst das noch gar nicht wissen. Und sie akzeptiert das eben überhaupt nicht, es ist halt nur ihre Meinung.

— Genau, „wart erst mal ab, bis du älter bist" und „in 20 Jahren sprechen wir uns wieder" und solche Sachen. Man wird also echt total verarscht.

— Bei mir kommt dann immer auch der Spruch, in dem Alter ist man sowieso aufrührerisch, das darf man nicht ernst nehmen, so ungefähr...

— Meine Mutter hat irgendwie bis vor kurzem gedacht, das hat sie mir mal gesagt, daß ich mich von alleine ändern würde irgendwie, weil sie wohl dachte, 15 Jahre — Pubertät — und so was alles, und jetzt — heute hat das angefangen, daß sie irgendwie gesehen hat oder sich gedacht hat, daß das nicht anders wird, daß das mit mir immer schlimmer wird. Und daß sie mit Gewalt oder auch so Drohungen, daß ich nochmal den Hintern vollkriegen würde und auch mein Vater droht, mich zu verprügeln oder so, nichts ändern wird. Ganz kraß, eben heute: Du ziehst dich jetzt um, und wenn du dich nicht umziehst, dann kriegst du was. Und dann hab ich ihr gesagt, daß sie mich ruhig totschlagen könnte, daß ich mich trotzdem nicht ändern werde, weil ich das eben nicht einsehe, und sie meint dann eben, das ist frech oder was weiß ich.

— Das ging bei uns sogar soweit, mit dem Rumlaufen, also mit der Kleidung, daß sie bei uns sogar BH-Kontrollen durchgeführt haben. Daß wir — bevor wir aus dem Haus rausgingen — BH vorzeigen mußten. Das war unheimlich gemein, da wurde die Tür zugehalten und dann wurde mit Prügel und allem, da wurde dann der Pullover so hochgerissen und dann wurde nachgeguckt, ob ein BH angezogen ist. Das ist also so die totalste Erniedrigung, die man erfahren kann.

— Das ist richtige Demütigung. Ich finde das schlimmer als Schläge.

— Ich hab auch immer so ne Kontrolle. Immer wenn ich weggehen will, zeig mal vor, wie du aussiehst; und wenn man dann nicht so aussieht wie die das wollen, dann kann man sich dann umziehen.

— Bei uns auch. Jedesmal, wenn ich weggehen wollte, mußte ich mich zeigen. Und eine Zeitlang — also das ist schon länger her — da hatte meine Mutter meine Jeans und so zum Nachbar gebracht, damit ich die nicht anziehe. Und dann durfte ich auch nur die tollen Sachen anziehen, also die, die sie toll fand. Das andere hat sie alles weggebracht, damit ich's ja nicht anziehe.

— Bei mir ist das auch so gewesen, daß gerade dadurch, daß ich politisch aktiv war, meine Eltern mich immer als Teufel an die Wand gemalt haben, so nach dem Motto, ich versaue das ganze Familienleben, und auch versucht haben, mich moralisch unter Druck zu setzen. Ich würde den Weg der anderen verbauen, von meinen Schwestern, daß die schlechte Zensuren kriegen, weil ich eben schon verschrien bin als Kommunistin auf der Schule. Daß ich aufhören müßte, politisch zu arbeiten, weil meine Schwestern dadurch ein schlechteres Zeugnis bekommen. Und — das war eigentlich ganz gut — wir haben uns dann auch zu dritt zusammengeschlossen gegen unsere Eltern, und haben gemeinsam so Sachen entwickelt, z.B. daß wir alle zusammen zu spät nach Hause gekommen sind; worauf wir dann auch alle zusammen von zuhause rausgeschmissen worden sind für vier Wochen. Sie haben die Tür einfach nicht mehr aufgemacht — und es blieb uns überlassen, wo wir hingehen. Sie haben uns auch kein Geld gegeben — wir hatten natürlich so Freunde, wo wir hingehen konnten, aber vom Prinzip her saßen wir wirklich vor der Tür, hatten nichts und wußten nicht wohin. Das haben sie mehrfach praktiziert und wir haben das auch so lange durchgehalten, bis sie zu uns angekommen sind und gesagt haben, nun kommt mal wieder nach Hause. Und die Solidaritätswelle lief von allen Seiten an — wir haben das unheimlich schön öffentlich und publik gemacht, daß wir rausgeschmissen worden sind und haben dann von allen Seiten was gekriegt: hier hast du noch ne Unterhose, und hier haste noch 10 Mark oder so, das lief ganz gut und man hat sich dadurch auch unheimlich bestärkt gefühlt. Wir haben dann recht viele Sachen auch so durchsetzen können.

— Bei mir war das so, daß ich noch kurz vor meinem 18. Geburtstag ausgezogen bin zuhause, weil die Situation da eben so unmöglich war. Ich bin geschlagen worden und bin in jeglicher Hinsicht reglementiert worden, ich mußte um zehn zu Hause sein, mein Freund hatte Hausverbot da, der durfte sich nicht sehen lassen, meine politischen Sachen wurden ständig verbrannt. Ich bin dann mit meinem Freund zusammengezogen, den kannte ich vorher schon recht lange, anderthalb Jahre fast, und wir hatten uns — auch aufgrund der miesen Situation zuhause — schon immer gedacht, daß wir mal zusammenziehen werden. Ich war in der Frauengruppe so ziemlich die erste, die alleine irgendwohin gezogen ist.

Von den Eltern zum Freund - vom Regen in die Traufe?

Wir hatten uns an sich vorgenommen, mein Freund und ich, nicht so ein Eheleben zu praktizieren. Wenn wir jetzt beide zusammenziehen, letztendlich lief es aber darauf hinaus, daß sich schnell die Sachen so eingespielt haben, also daß ich für den Haushalt verantwortlich war, das Essen machte, sauber machte, einkaufen ging usw. und er es auch gar nicht schlecht fand. Die Situation mißfiel mir im letzten halben Jahr immer stärker, und wir sind oft aneinandergeraten an den Punkten, wenn ich mal was nicht gemacht hatte, was er mir aufgetragen hatte. Meinetwegen, wenn ihm das Essen irgendwie nicht schmeckte, dann hat er mich unheimlich angemacht, hat mich angeschrien und so. Was die Situation auch noch unheimlich verschärft hat, war, daß er ständig getrunken hat, und dadurch auch stark ausfallend geworden ist.
Frage: Kannst du da ein paar Beispiele
stark ausfallend geworden ist.
Frage: Kannst du da ein paar Beispiele
von konkreten Erlebnissen schildern?
Antwort: Ja, z.B. sollte ich zum Postfach gehen und das leermachen, das hatte ich nicht gemacht, und da kam er nach Hause und fragte, ob was im Postfach war, und ich sagte, nee, ich war nicht da, ich hab es nicht leergemacht, und da hat er mich unheimlich angeschrien deswegen. Das war noch im Beisein von anderen Frauen, wir wollten gerade ein Frauengruppentreffen machen, da waren ein paar Frauen zu mir gekommen, da hat er mich unheimlich angeschrien, so daß ich auch angefangen habe, zu weinen. Oder wenn das Essen nicht fertig war, da hat er mich auch angeschrien, das würde seine politische Arbeit beeinträchtigen — er ist ein Genosse im KB — wenn er jetzt noch das Essen machen sollte, dann hätte er weniger Zeit und er könnte dann auf den und den Termin nicht gehen und hat mich dann deswegen fertiggemacht. Oder z.B. wenn ich länger in der Kneipe bleiben wollte, dann hat er mich auch unter Druck gesetzt; ich sollte mit nach Hause kommen. Ich konnte mich also auch nicht frei bewegen, daß ich hingehen konnte, wo ich hin wollte. Ich hab mich unheimlich eingeengt gefühlt, so ähnlich wie zuhause, also daß ich nicht machen konnte, was ich eigentlich wollte, sondern ständig darauf achten mußte, stimmt das nun mit seinen Vorstellungen von Freizeit und Terminplan überein. Und wenn ich Besuch haben wollte, z.B. hat er meiner Schwester gesagt, sie soll nicht mehr kommen, weil er sich mit ihr nicht versteht, er hat mir also auch Vorschriften gemacht, mit wem ich zusammenbin. Die Situation hat sich dann immer weiter zugespitzt, ich hab ein Jahr mit ihm zusammen gewohnt.
Frage: Was hat er denn noch sonst für Druckmittel angewandt, war das Rumschreien und Aufbrausen das einzige oder hat er noch andere Mittel angewandt?
Antwort: Er hat z.B. — wenn ich keine Lust hatte, mit ihm zu schlafen — mich ständig angemacht, also mich ständig versucht, dazu zu bringen, daß ich mit ihm schlafe, und hat es nicht akzeptiert, wenn ich nicht wollte. Wenn ich mich mal durchgesetzt hatte, hat er zwei oder drei Tage nicht mit mir gesprochen, mich moralisch unter Druck gesetzt. Ich hatte kein eigenes Zimmer und kein eigenes Bett.
Frage: Wie war das in Diskussionen mit ihm? Konntest du mit ihm überhaupt diskutieren, hat er deine Meinung respektiert?
Antwort: Er hat z.B. gesagt, daß ich so emanzipiert wäre, das wäre sein Verdienst. Also er hat mich nicht akzeptiert in meiner Person, in meiner Meinung, in meiner politischen Arbeit z.B., auch in der Frauengruppe, das hat er auch nicht akzeptiert. Er hat sich immer als Macher, der King gesehen in der Beziehung, daß er so der denkende Kopf ist in der Beziehung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 40

und ich ja so wenig Ahnung hätte. Er hat immer so den großen Lehrmeister gespielt in der Beziehung selber.
Er hat z.B., wenn er einen AK-Artikel hatte aus der Frauenseite, den er ganz gut fand, dann ist er bei mir angekommen und hat gesagt, also das und das, das mußt du in der Frauengruppe bereden. Oder wenn z.B. das Thema „Grüne Liste" anstand, daß also die Frauen in der Grünen Liste mitmachen sollen, hat er gesagt, also das mußt du in die Frauengruppe reintragen; wie das inhaltlich auszusehen hat, ob das überhaupt den Bedürfnissen der Frauengruppe entspricht, ob sie Interesse daran haben, die Frauen in der Frauengruppe, hat ihn überhaupt nicht interessiert. Das ging sogar so weit, daß er — wenn ich gesagt hab, wir machen das nicht — also z.B. war das so, als die Peter Paul Zahl Diskussion war, in „Courage" und so, hat er gesagt, das muß diskutiert werden, jetzt diskutiert die ganze Frauenbewegung darüber und da mußt ihr jetzt auch darüber diskutieren, aber keine Frau hat sich wirklich dafür interessiert, und ich hab gesagt, nee, das diskutieren wir nicht im Augenblick, das liegt überhaupt nicht an. Wir haben ganz andere Sachen, die viel wichtiger sind, ich könnte das ja mal nebenbei erwähnen, ob da Interesse ist, und er dann gesagt hat, ich boykottiere das, das wäre ein politischer Boykott sogar, und er dann auch angekommen ist auf der Frauengruppe mit so ner Broschüre über dieses Thema — er ist direkt in die Frauengruppe reingegangen, — hat das da auf den Tisch geknallt, und meinte: „Wenn ihr mich nicht hättet" — so mit dem Spruch. Das heißt, wenn ihr mich nicht hättet, wärt ihr politisch ja ganz unten im Sumpf.
Es war auch noch so, z.B. wollten wir an den „Rebell" einen Leserbrief schreiben über unsere Beziehungs-Diskussion, was wir da beredet hatten, und da setzte er sich dann auch an den Tisch, wo die Frauengruppe saß, und meinte, dies müßt ihr machen, und so muß das aussehen, und inhaltlich habt ihr das so zu gestalten, und wir ihn wirklich rausschmeißen mußten, ihn mehrfach darauf hinweisen mußten, daß wir den Leserbrief schreiben von der Frauengruppe, und daß er da überhaupt nichts zu suchen hat. Es ist auch öfter vorgekommen, daß er versucht hat, sich einzumischen, so auf Frauengruppentreffen, und wir entweder gehen mußten oder er wurde von uns rausgeschmissen.
Die Situation hat sich unheimlich zugespitzt und hat mich unheimlich bedrückt, und in der Frauengruppe selber lief dann die Diskussion über Beziehngsprobleme, da haben wir angefangen, so unsere persönlichen Probleme mit unseren Freunden zu diskutieren, wie der Freund einen unterdrückt und welche Beziehung man am besten findet, Zweierbeziehungen oder Dreierbeziehungen oder was Lockeres oder Intensives, und die Gespräche waren eigentlich recht gut, es haben einige ihre Probleme ganz offen dargestellt. Aber bei mir war das so, daß ich meine Probleme, die ich also mit M. hatte, nicht in der Frauengruppe dargestellt hatte. Obwohl auch einige Frauen wußten, wie beschissen die Situation mit meinem Freund war, haben sie z.B. mich nicht daraufhin angesprochen, auch schon deshalb, weil ich nichts gesagt hab. Und dann war das so, daß ich mich letztendlich auch entschlossen hatte mit M. Schluß zu machen und das dann auch in der Frauengruppe diskutiert hab, und da haben dann alle so ungefähr gesagt, ja das haben wir uns auch schon immer gedacht.

Frage: Wie ist die Sache innerhalb des KB behandelt worden, ihr seid ja beide Mitglieder im KB?

Antwort: Es war so, daß ein Kritikpapier von einem Genossen aus Hamburg geschrieben wurde, der öfter bei den Diskussionen hier am Ort dabei ist, gegen M. zu all den oben genannten Punkten. Anhand dieses Kritikpapiers haben wir einen gemeinsamen Termin gehabt. Es war ein unwahrscheinlich gereiztes Klima. Die Männer aus unserem Ort — das sind ungefähr fünf, die man teilweise als Sympathisanten, teilweise als Mitglieder des KB bezeichnet hatte, — die hatten sich noch vor diesem Termin getroffen und sich abgesprochen, daß also die Vorwürfe gegenüber M. unberechtigt seien, und daß ich nur das Interesse hätte, M. jetzt fertig zu machen und ihn runterzumachen. Von daher sind sie unheimlich stark als Fraktion da aufgetreten, das ging so weit, daß sie sagten, wenn ihnen so ein Papier auf den Tisch gekommen wäre, hätten sie das dem Verfasser um die Ohren gehauen.
Sie haben sich dann auch geweigert, inhaltlich über das Papier zu diskutieren, über die Vorwürfe, die M. da gemacht wurden; sie haben sich formal an dem Papier hochgezogen, das wäre zu scharf gewesen, das wäre keine solidarische Auseinandersetzung. Der Termin ist dann ohne irgendwelche Ergebnisse abgebrochen worden. Dann gab es noch weitere Termine, wo die Frauengruppe als solche nicht mehr anwesend war, aber einige interessierte Frauen haben daran teilgenommen. Da ist dann auch noch inhaltlich diskutiert worden, auch gerade über die Frauengruppe, und es hat sich gezeigt, daß quasi alle Männer auch M.s Meinung vertreten haben, auch in den Vorwürfen gegenüber der Frauengruppe, und daß ich ihn fertigmachen wolle. Es war auch so, daß M. weiterhin eine ziemlich starke Position hier am Ort hatte, und ich also größtenteils alleine dastand mit meinen Sachen. Kurze Zeit später haben sich auch Schüler geweigert, weiterhin mit M. zusammenzuarbeiten; es gab dann eine sogenannte „Selbstkritik" von M., die aber keine Änderung erkennen ließ und eine Stellungnahme von mir. Gegen M. ist jetzt wegen seinem Verhalten gegenüber der Frauengruppe, wegen seinem patriarchalischen Verhalten in der Beziehung, von der AG Frauen in Hamburg und der ZRK (*die ZRK leitet die regionale Arbeit der KB-Gruppen an, Anm. AK*) ein Beurlaubungsantrag gestellt worden.

Frage: K. hat vorhin gesagt, daß sie zu M. gezogen ist, weil sie auch gar keine Alternative hatte, daß aber die Situation bei M. quasi dieselbe wie zuhause bei den Eltern war. Wie ist das, seht ihr das auch so, daß man sich aus der Unterdrückung im Elternhaus flüchtet, und dann vom Regen in die Traufe kommt?

— Also bei mir ist das so, daß ich zuhause kaum unterdrückt werde, und daß sich das auch auf meine Beziehung auswirkt.
— Bei mir ist das auch so — also ich bin von zuhause aus ziemlich unterdrückt worden, und ich hab mir dann erstmal gesagt, daß ich vollkommen unabhängig sein will, ich meine, ich bin immer noch nicht ganz unabhängig, weil ich z.T. auch auf das Geld von meiner Mutter angewiesen bin. Aber ich wohne jetzt erstmal alleine und das wollte ich auch, und ich wäre eigentlich nicht bereit gewesen, weiter mit meiner Mutter zusammenzuziehen, weil ich einfach in allem frei sein wollte.

Frage: Aber das geht doch nur, wenn man das finanziell auch kann.

Antwort: Ja, ja klar. Die meisten können das nämlich nicht.
— Ich glaube, der wichtige Schritt ist auch, daß man das überhaupt erkannt hat, dann kann man auch in der Freundschaft was besser machen. Wenn man viele Sachen nicht erkannt hat, dann glaube ich, daß die Gefahr besteht, vom Regen in die Traufe zu kommen. Aber wenn man das richtig abgecheckt hat, was da falsch gelaufen ist und so, dann glaub ich, daß man schon instinktiv dagegen angehen würde. Das dauert eben'ne Weile, bis man das merkt, und deshalb ist es besser, wenn man alleine wohnt.
— Ja, aber es ist doch auch z.B. so, daß man viel eher Schwierigkeiten im Elternhaus anderen erzählt, als Schwierigkeiten mit dem Freund. Ich finde, je näher ein Mensch einem emotional steht, desto schwieriger ist es, öffentlich Kritik an ihm zu üben.
— Also z.B. bei meinem Freund ist es so, wir verstehen uns unheimlich gut, und wir sagen uns auch alles. Bei mir war das auch so, da war das Elternhaus auch unheimlich mies, und trotzdem ist die Freundschaft gut.
— Aber ich glaube, es ist schon noch ein Unterschied, ob man so befreundet ist, oder ob man mit dem Freund zusammenzieht. Ich bin mit meiner Freundin zusammengezogen, und ich würde so schnell mit meinem Freund auch nicht zusammenziehen, weil ich finde, daß die Beziehung so wesentlich lockerer läuft. Und ich weiß nicht, wenn man zusammenwohnt, wird das automatisch intensiver, und man gerät auch leichter aneinander. Ich glaub auch, daß man da oft über Kleinigkeiten streitet, oder durch Kleinigkeiten aneinandergerät, was sonst eben nicht ist. Daß die Beziehung so also eben wesentlich besser läuft.
— Ja, aber davon kannst du dich ja nicht drücken, vor irgendwelchen Kleinigkeiten. Wenn du sagst, du ziehst jetzt nicht mit ihm zusammen, um nicht immer aneinanderzugeraten, damit mußt du dich doch auch auseinandersetzen. Auch über die Kleinigkeiten, die so — wenn du nicht mit ihm zusammenwohnst — nur im Hintergrund sind, und nicht 'rauskommen, sie sind aber dann doch da. Und die kannst du dann auch nicht einfach so wegschreiben, weil sie nie zutage kommen, wenn du nicht mit ihm zusammenwohnst.
— Aber ich kann doch z.B. erstmal die Zeit auskosten, daß, wenn man zuhause auszieht, man also mindestens eine Weile a l l e i n e lebt, ich finde es besser, wenn man schon mal eine Zeit alleine gelebt hat, bevor man immer wieder mit anderen zusammenzieht.

DGB-Kundgebung in Neumünster: „Frauen fordern Recht auf Arbeit"

Gut 500 Frauen — und auch einige Männer — kamen am 2.12. zu einer landesweiten Demonstration unter dieser Parole in Neumünster zusammen.

Obwohl sich die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) neben dem DGB als Aufrufende beteiligte, wurde von ihnen nur sehr kurzfristig und dürftig mobilisiert. Etliche Frauen erfuhren sicherlich erst im Nachhinein aus der Zeitung von dem Treffen.

Mit farbigen, zum Teil phantasievoll hergestellten Transparenten und Bauchplakaten, die vor allem gegen die Frauenarbeitslosigkeit gerichtet waren, bewegte sich der Demonstrationszug durch die Stadt. Besonders ins Auge fielen die roten Schultertücher, worauf mit blauer Schrift »Frauen fordern Recht auf Arbeit« gedruckt war und die von zahlreichen Frauen getragen wurden. Andere Frauen schleiften ans Bein gebundene Kochtöpfe hinter sich her oder trugen ein Brett vor dem Kopf mit der Aufschrift: »So wollt ihr uns!« — Insgesamt vom Bild her bestimmt keine langweilige Demonstration!

»Wenn die Wirtschaft nicht floriert, sind wir Frauen angeschmiert«, »Die Unternehmer sahnen ab, drum sind die Arbeitsplätze knapp« — dies waren die häufigsten Parolen, die frau gemeinsam rief. Nach der anschließenden Kundgebung, auf der eine DGB-Funktionärin, ein Betriebsratsmitglied und eine arbeitslose Frau sprachen, fand ein »Info-Markt« in der Einkaufsstraße statt. Neben ein paar Informationsständen des DGB, der Demokratischen Fraueninitiative (DFI) und andere Organisationen, erweckte vor allem die Frauenband »SCHNEEWITTCHEN« die Aufmerksamkeit und den starken Beifall der Frauen.

Frauenzelle im KB Kiel



Kinder



Antimilitaristische Erziehung tut not

Wir haben im Zusammenhang mit der verlogenen Kampagne gegen die Einführung des „Wehrunterrichtes" in der DDR herausgestellt, daß „Wehrunterricht" in der BRD schon seit langem besteht – nicht als offizielles Unterichtsfach, aber in der Form vielfältiger Indoktrination für Bundeswehr, Kriegsspiel usw. Die nachfolgenden „Alltagsmeldungen" belegen dies einmal mehr.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal die Aufforderung aus dem letzten AK wiederholt, über Erfahrungen bei der Gegenwehr gegen das „Kriegsspielen" und bei der Auseinandersetzung mit unseren Kindern um diese Themen zu berichten.

„Wehrunterricht" in der BRD immer dreister

Tagesbesuche von Schulklassen oder gar Kindergartengruppen im Vorschulalter bei Bundeswehreinheiten sind seit Jahren fester Bestandteil militaristischer Indoktrination. Diese „kurzen Eindrücke" reichen aber offenbar der Bundeswehr und Schulbehörden nicht mehr: „*Ein Experiment ist gelungen und darf zur Nachahmung empfohlen werden: Die Bundeswehr hat z u m e r s t e n m a l i n i h r e r G e s c h i c h t e einer größeren Gruppe von Zivilisten eine knappe Woche lang Blicke hinter die Kulissen gestattet*" („Hamburger Abendblatt", 22.10.78). Die betroffenen „Zivilisten": 14 Schülerinnen und 8 Schüler eines Hamburger Gymnasiums (Willhöden)!

Bei der Programmgestaltung warf sich die Bundeswehr ins Zeug: Schnellbootfahren, Besichtigung einer „Phantom" mit Eindrücken im Cockpit, Bundeswehrhochschule – um den Oberschülern diese militaristische Kaderschmiede schmackhaft zu machen. Beeindruckt gezeigt haben sollen sich die Schüler vom „staatsbürgerlichen Unterricht" für die Wehrpflichtigen: „*Ich habe das Gefühl, daß es bei der Bundeswehr tatsächlich recht demokratisch zugeht... Im Unterricht über Befehl und Gehorsam sind die Rechte der Soldaten ganz stark betont worden – und das bestimmt nicht nur, weil wir dabei waren*" (Meinungsäußerung eines Schülers).

Von besonderer Bedeutung für die Bundeswehr war wohl angesichts der gegenwärtigen Kampagne um die „Wehrpflicht" für Frauen die Teilnahme von Schülerinnen, die in etwa im „wehrpflichtigen" Alter sind. Einige der Teilnehmerinnen erklärten tatsächlich, daß auch sie zum „Wehrdienst" bereit wären.

Bundeswehrverband nimmt Schulbücher aufs Korn

Bei einer Tagung in Neumünster kritisierte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes an den BRD-Schulen verwendete Schulbücher: „*Viele Schulbücher tragen nicht dazu bei, den Verteidigungswillen zu fördern. Sie machen den jungen Menschen das Bekenntnis zu Staat und Gesellschaft sehr schwer...*" („Bild", 4.12.78). Nachdem der Wirtschaftsrat der CDU die angeblich mangelnde Propaganda für die „soziale Marktwirtschaft" in Schulbüchern beklagte und die Kirchen über den ungenügenden Einsatz für Ehe und Familie jammern, holzen jetzt auch Bundeswehrvertreter mit.

Antikriegs-Aufklärung „abgesetzt"

Militaristische Indoktrination ist die eine Seite, das Verbot der Aufklärung über Militarismus und Krieg die andere.

Nachdem, wie bereits im „Arbeiterkampf" 142 berichtet, die fortschrittliche ehemalige Ressortleiterin des Hessischen Rundfunkes, Carola Benninghofen, wegen ihrer sozialkritischen Kindersendungen gekündigt wurde, ist nun ein zweiter Fall von „Zensur im Interesse des Kindes" bekannt geworden: Im ZDF wurde in der Kinderserie „Rappelkiste" die Wiederholung des Antikriegsfilmes „Mein Opa war im Krieg" abgesetzt. („Die Neue", 27.11.78). Offizielle Argumentation: Hausinterne Auseinandersetzungen. In Wirklichkeit soll der hessische CDU'ler Christian Schwarz-Schilling dahinterstecken, der auch Mitglied im Fernsehrat ist. Begründung: „*Die Kriegsbilder seien für die Kinder eine Zumutung; sie seien mit zu vielen Informationen überfordert*". („Die Neue"...) In dem abgesetzten Streifen befragt ein Kind seinen Großvater, der im Krieg einen Arm verlor, über den Krieg.

Begleitet werden die gerade dreiminütigen Kriegsdokumente von dem Lied „Maikäfer flieg" mit dem veränderten Refrain „Nie wieder Krieg"!

Elektronisches Kriegs-„Spielzeug"

„*Zu Beginn des Spiels ist man Leutnant eines Schnellbootes, kann um 9 Punkte beschleunigen oder abbremsen und eine Kursänderung von 180° vornehmen. Wenn man 10 Punkte erreicht hat, wird man zum Kapitänleutnant eines U-Boot-Jägers befördert und darf nur noch um maximal 8 Punkte beschleunigen bzw. 4 abbremsen. Die Manövrierfähigkeit ist auf Kursänderungen von 135° beschränkt. Ab 20 Punkte wird man Fregattenkapitän, ab 30 Kapitän zur See. Der erste Spieler, der als Kapitän zur See ein U-Boot versenkt, wird Admiral und gewinnt das Spiel*".

Diese Beförderungs- und Prämierungsanweisung entstammt nicht etwa einem der zahlreichen kriegsvorbereitenden Manöverplänen der imperialistischen Nato-Militärs, wie man meinen könnte. Es ist die 3. Wertungsregel „*Punktwertung nach Offiziersrang*" des Kriegs-„Spielzeugs" „*SECTOR – das Elektronik-Spiel für Jung und Alt*" herausgebracht von der Firma PARKER, die es wie folgt anpreist: „*Ein Computer spielt mit. Hier braucht man eiskalte Logik und einen wachen Verstand. Der Computer lenkt und versteckt ein U-Boot, das 4 Zerstörer finden müssen. Der Computer überwacht das Spiel. Er ist neutral und gibt jedem Spieler die gleichen Informationen*". (SECTOR-Prospekt...) Die Firma MILTON BRADLEY (MB) aus Fürth Bayern wirbt für ihr militärisches „*Computer Flottenmanöver: Leinen los für den elektronischen Spiel-Spaß: Mit diesem Spiel hat MB das Flottenmanöver ins elektronische Zeitalter versetzt: Das Aufspüren und Versenken der gegnerischen Flotte geschieht hier mit Hilfe modernster Computer-Technologie. Jeder Spieler ist schon bald fasziniert von der Schalttafel, den Sonar-Geräuschen, dem Pfeifen der Geschosse und der akustischen und optischen Anzeige, wenn ein Volltreffer gelungen ist. Der Sieg wird am Ende mit einem dreifachen „Whoop" der Zerstörer-Sirene angezeigt*". (Aus dem Werbeprospekt der Firma MB „Das Spiel der Spiele").

Bei der Einschätzung dieses „Spielzeugs" muß auf verschiedene Aspekte hingewiesen werden. Zum einen fällt auf, daß dieses „Spielzeug" ganz auf „wissenschaftlich-technisch-experimentell" gemacht ist. Das ist wohl u.a. auch ein Versuch, den zunehmenden Protest gegen Kriegs-„spielzeug", besonders gegen NS-Kriegs„Spielzeug", zu unterlaufen.

Dieses elektronische Kriegs„spiel" stellt insofern eine neue Qualität dar, als es die Kinder „spielerisch" mit der Technologie, Logistik und dem strategischem Einsatz moderner Massenvernichtungswaffen vertraut macht. Es ist die Ebene des abstrakten militärischen Kalküls, wie es in „Befehlszentralen" und „Führungsbunkern" angestellt wird, die Verknüpfung von nüchternem Knopfdruck des „anonymen" Tötens und der Prämierung bei erfolgreichem „Sieg".

Und noch auf eins wäre hinzuweisen. Die Bundeswehr hat es in den letzten Jahren ziemlich geschickt verstanden, mit ihren technischen Möglichkeiten, mit der davon für Kinder und Jugendliche ausgehenden Faszination, diese anzulocken. Das findet hier auf dem Sektor des „Kriegs„spielzeugs" seine Entsprechung. Bundeswehr und Spielwarenindustrie arbeiten hier – abgesprochen oder nicht – einander in die Hände. Wer in einer Bundeswehrkaserne in einem „Cockpit" gesessen hat und von den tausend Knöpfen begeistert war, der wird auch leicht zum Kauf solchen technischen Kriegs-„spielzeugs" zu begeistern sein. Und umgekehrt: Wer mit „Sector" Schiffeversenken spielt, der wird gerne auch mal einen richtigen Zerstörer anschauen wollen. Weg mit diesem Dreck!

KB-Kinderkommission Hamburg

Bremen: Aktionen gegen Nazi-„Spielzeug"

Der Arbeitskreis Antifaschismus der SPD Bremen-Ost hat eine erfreuliche Initiative gegen den Handel mit Nazi-Kriegs„spielzeug" ergriffen: Er zog an einem Samstag im November durch eine Reihe Bremer Warenhäuser auf der Suche nach Kinderspielzeug mit NS-Emblemen sowie Nazi-Literatur und -Schallplatten. Dabei wurden sie fündig: In dem Spielwarengeschäft eines Herrn Stolle gibt es z.B. Flugzeugmodelle mit Hakenkreuzen zu kaufen. Hersteller ist die Firma Revell.

Der Arbeitskreis schickte den betreffenden Geschäftsinhabern einen Brief, in dem diese aufgefordert werden, die Artikel mit Nazi-Symbolen aus dem Sortiment herauszunehmen. Dabei wurde auf § 86 StGB verwiesen, der das Anbieten von Artikeln mit Nazi-Emblemen unter Strafe stellt. Als der Arbeitskreis 3 Wochen später einen Kontrollgang durch die Geschäfte machte, lagen die Artikel jedoch weiter in den Regalen. Jetzt überlegt sich der Arbeitskreis, einen Strafantrag zu stellen Weiter plant er eine Pressekonferenz, eine Rundfunksendung und Elterninformationen. So weit , so gut.

Tatsache ist aber auch, daß derartige Initiativen nahezu jedes Jahr gestartet werden und sich hauptsächlich während des weihnachtlichen Konsumrummels an die Öffentlichkeit wenden, ohne daß die übrigen 10 – 11 Monate eine kontinuierliche Arbeit betrieben wird. Die letztjährige Initiative war schließlich beim Justizsenator Kahrs im Sande verlaufen, der die Sache „prüfen wollte.

Antifa-Kommission Bremen



Schwule



Konferenz schwuler Sozialisten in London

Nach einer Reihe vorbereitender Diskussionen zwischen Vertretern schwuler und lesbischer Gruppen mit sozialistischem Selbstverständnis fand am 25. und 26. November in London eine „Gay socialist conference" statt.

Das Treffen stand unter dem Thema „Sexualität und Gewalt". Gekommen waren etwa 150 Lesben und Schwule, darunter viele Mitglieder der „Gay Activists Alliance" (GAA), der „Campaign for Homosexual Equality" (CHE), „Gays against Nazis" (GAN), „Lesbian Left Review", „Women Voice", „Women against Nazis", „Gay Left Collective", „Bøssernes Befrielses Front" (Kopenhagen), „FUORI!" (Italien), sowie Mitglieder der revisionistischen KP, der „Socialist Workers Party" (SWP), der trotzkistischen „International Marxist Group", der „AG Schwule im KB" und des „Forbundet Kommunist" (Schweden). Organisiert und vorbereitet war dieses Treffen vom „Gay left collective", d.h. den Mitarbeitern der Schwulen-Zeitung „Gay Left".

Anspruch der Konferenz war es, *die Diskussion über Beschaffenheit und Unterdrückung unserer Sexualität fortzuführen und die theoretischen Voraussetzungen zu diskutieren, mit denen wir als aktive schwule/lesbische Sozialist/inn/en arbeiten. Dies, so meinen wir, wird vor dem Hintergrund des Wiedererstarkens der Schwulenbewegung und unseres wachsenden Engagements in und mit der Linken zunehmend wichtig. Fragen, unsere Geschichte betreffend und was es heißt, schwul/lesbisch zu sein, haben wir bisher nur zögernd aufgenommen, und diese Fragen müssen nun im Zusammenhang mit einer breiten revolutionären sozialistischen Analyse der Sexualität beantwortet werden"* (Einladungsschreiben).

der Sexualität beantwortet werden" (Einladungsschreiben).

Arbeitsgruppen fanden zu folgenden Themen statt: Sexualität und Staat; Gebrauch und Mißbrauch des Begriffs „Sexismus"; Schwule und Faschismus; Gewalt in persönlichen Beziehungen; Schwule Männerszene/Subkultur; Lesben; Geschlechtsrollen und Sozialisation; Freundschafts/Abhängigkeit; Pädophilie/Kindersexualität; Sexualität und Gewalt; Schwule in linken Organisationen.

Workshop „Gays against Nazis"

Die Arbeitsgruppe „Schwule und Faschismus", an der ein Mitglied der AG Schwule im KB teilnahm, beschäftigte sich mit zwei Fragen:

1. Auf welche Art ist die Schwulenunterdrückung grundlegender Bestandteil der faschistischen Ideologie?
2. Was tut die Schwulenbewegung in der laufenden Antifa-Arbeit?

Herausgearbeitet wurde der Zusammenhang von Rassismus, Schwulen- und Frauenunterdrückung in faschistischen Regimen bzw. Bewegungen. Einigkeit herrschte in der Arbeitsgruppe darüber, daß in der Schwulen-Lesben- und Frauenbewegung das antifaschistische Bewußtsein gestärkt werden muß und dies ein wichtiger Bestandteil der gemeinsamen Arbeit ist.

Kontroverse Standpunkte traten vor allem um das „Wie" auf, so daß die Diskussion sich dann wesentlich um die Frage Gewalt/Gewaltlosigkeit drehte.

Die Mehrheit der Anwesenden hatte allerdings auf Antifa-Demos die Erfahrung gemacht, daß die Gewalt von Faschisten u n d Polizei ausging. Anschauliche Beispiele dieser Gewalt liegen nicht nur in den Überfällen der Faschisten der „Nationalen Front" (NF) auf schwule Lokale/Treffpunkte (vgl. hierzu AK 141: „England: Schwule gegen Nazis") vor, sondern auch in dem Mord an Peter Benyon, einem schwulen Mann, der kürzlich vor der Rainbow-Disco, einem schwulen Londoner Lokal in der Seven-Sisters-Road von Nazi-Sympathisanten erschlagen wurde. Über ihre Erfahrungen mit Bullen und Faschisten berichtete besonders eindringlich eine schwarze lesbische Frau, die in der „Women against Nazis" arbeitet und die Diskussion auf den Punkt brachte: „Uns wird die Gewalt aufgezwungen! Wenn wir uns nicht wehren, machen sie uns kaputt!"

Zu kurz kam meiner Meinung nach die Diskussion um den zweiten Punkt der Tagesordnung, das heißt um den praktischen Aufbau antifaschistischer Gruppen in der Lesben/Frauen/Schwulen-Bewegung. Wie durch Gespräche in den „Lunch and Tea"-Pausen zu erfahren war, wird in den verschiedenen Gruppen die Antifa-Frage zunehmend diskutiert und es bilden sich „Gays Against Nazis"-Gruppen, die mit Flugblättern an die Öffentlichkeit treten und nach Stadtteilen organisiert sind. Erfreulich ist, daß die Diskussionen um die Antifa-Frage auch in der schwulen Presse läuft. (Vgl. den Beitrag von B. Cant in „Gay Left" Nr. 8).



Schwule Männerszene

Schwule Männerszene

Diese stark besuchte Arbeitsgruppe wurde von einer lesbischen Frau vorbereitet und geleitet, die vor ihrem lesbischen Coming-out lange in der schwulen Männer-Szene verkehrt hatte. Dieser Umstand erscheint mir deswegen bemerkenswert, weil eine solche solidarische Zusammenarbeit von Lesben und Schwulen (auch in anderen Arbeitsgruppen war dies der Fall) leider hierzulande noch nicht besteht. Die durch eine wohltuende Offenheit und Ehrlichkeit gekennzeichnete Diskussion zeigte nicht nur viele Übereinstimmungen zwischen Lesben- und Schwulen-„Subkultur", sondern trug auch dazu bei, daß die Probleme recht sauber auf den Tisch des Hauses (übrigens ohne „fire-place") kamen.

1. Allgemein war die Einsicht, daß die Sub stark sexualisiert ist und daher der Kontakt und die Solidarität erschwert werden. Man.frau spricht in der Sub im allgemeinen nur mit jenen, die individuell für sexuell attraktiv gehalten werden.
2. Als Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Verhalten von Lesben und Schwulen wurden die „Eine-Nacht-Beziehungen" angesehen, d.h. viele laufen mit dem Wunsch nach einer Dauerbeziehung im Koppe rum und praktizieren „One-Night-Stands", wundern sich dann über die „Nach-Orgasmus-Depri", rennen wieder in die Sub und wiederholen das Ganze.
3. Die Sub ist nicht nur sexuelle Kontaktstelle (Fleischmarkt), sondern kommt auch den Anspruch nach sozialem Kontakt unter Schwulen/Lesben entgegen.
4. Die Schwulengruppen reproduzieren genau die Verhaltensweisen, die auch in der Sub üblich sind, also in diesem Punkt kein Fortschritt (Wie wahr, wie wahr!).
5. Zu Beginn der Schwulenbewegung, also Anfang der 70er Jahre, seien die Aktionsgruppen gegenüber der Sub auf dem „moralischen Trip" gewesen und hätten sich von der Szene ziemlich stark abgegrenzt. Heute würden Tendenzen auftreten, mit einem politischen Anspruch in die Sub zu gehen. (Diese Tendenz macht sich auch hierzulande bemerkbar).

Insgesamt hatte ich den Eindruck, daß auch in der englischen Bewegung erhebliche Schwierigkeiten in ihrem Verhältnis zur Sub und mit dem Problem „Die Sub sitzt mitten in der Aktionsgruppe" bestehen.

Kultur

Zum Abschluß des ersten Tages führte die „Lesbian Left Review" mehrere Sketches und Songs auf, die der Normalität den Kampf ansagten. In einer Parodie auf die bürgerliche Wissenschaft, die hysterische Versuche macht, die „Unnormalität" zu erklären (damit diese ausgemerzt werden kann) wurde diese gekonnt verarscht:

Herr Doktor: „Wie war Ihr Verhältnis zu Ihrer Mutter?" —
Lesbe: „Gut. Ich hab mich mit meiner Mutti gut verstanden". —

Herr Doktor zu Frau Doktor: „Sehen Sie, da haben wir's! Überidentifika-

Herr Doktor zu Frau Doktor: „Sehen Sie, da haben wir's! Überidentifikation mit der Mutter. Angst vor Männern. Mußte ja lesbisch werden, die Arme!" —
Herr Doktor zur zweiten Lesbe: „Wie war Ihr Verhältnis zur Mutter?" —
Zweite Lesbe: „Beschissen! Ich hab meine Mutter nicht ausstehen können!" —
Herr Doktor zu Frau Doktor: „Sehen Sie, da haben wir's! Haß auf die Mutter, Überidentifikation mit dem Vater. Muß ja lesbisch werden, die Arme!" -

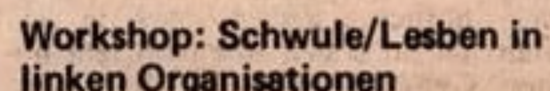
Diese „Wissenschaft" wurde dann noch weiter geführt: „Haben Sie in ihrer Jugend Hühner gefüttert? ... sechs, acht, zehn oder etwa mehr?"

Erfrischend war auch eine Parodie auf das Sub-Verhalten, in der das oben thesenhaft beschriebene Verhalten karikiert wurde.

Am Abend fand in der „Lambeth Town Hall" ein „Grand Ball" zur Unterstützung der „Northern Ireland Gay Rights Association" (NIGRA) statt. Die NIGRA bereitet eine Klage gegen die britische Regierung vor der Europäischen Menschenrechts-Kommission in Straßburg vor, um in punkto Homosexualität eine Gleichstellung mit dem englischen Recht zu erreichen. Nord-Irland untersteht der Zentralregierung in London, aber während in England Homosexualität ab 21. Lebensjahr (!) entkriminalisiert ist, wird derselbe „Tatbestand" in Nord-Irland mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Zur Zeit läuft in ganz Großbritannien eine Solidaritätskampagne zur Unterstützung der NIGRA. Bisher sind 3.200 Pfund zusammengekommen (Weitere Infos: NIGRA, PO Box 44, Belfast).

Auf der Fete wurden weitere Informationen über die Lage der Schwulen in Nord-Irland gegeben, zur aktiven Solidarität aufgerufen und Geld gesammelt. Die schwule Theatergruppe „Gay Sweatshop" unterstützte die Veranstaltung mit einem Stück zu „Ehren" Anita Bryants und ihrer geliebten englischen Zwillingsschwester Mary Whitehouse. Beide Damen sind bekanntlich über die zunehmende „Unmoral" in ihren Ländern sehr betrübt und sangen auf der Fete von „West-Side-Story" — auf dem Flügel begleitet von einer verbissenen Nonne — ein Duett vom drohenden Untergang des Abendlandes mit seinen ewigen Werten. Der Saal tobte vor Begeisterung.

Gekommen waren etwa 500 Leute und alles war vertreten: Vom „kleinen Schwarzen" über den aufwendigen Gala-Fummel mit Wagenrad nebst Obst und Blumen, bis zum flotten Reisekostüm mit Gummipömps. Etliche Hutschachteln stapelten sich am Eingang. Die Stimmung war „great". Festzustellen war, daß diese Polit-Fete eine beachtliche Ausstrahlung auf die Sub hatte und viele Menschen, die bisher der Bewegung fern standen, zum ersten Mal mit der Polit-Szene in Berührung kamen.



Workshop: Schwule/Lesben in linken Organisationen

Am Sonntag lief die Konferenz weiter. An der Arbeitsgruppe „Schwule in linken Organisationen" beteiligten sich Mitglieder des Forbundet Kommunist (Schweden), der englischen CP (Revisionisten), der SWP, der Women munist (Schweden), der englischen CP (Revisionisten), der SWP, der Women Voice, der Gay Activists Alliance, CHE, FOURI! (Italien) und der AG Schwule im KB.

In dieser, zeitlich leider viel zu knappen Arbeitsgruppe wurde vor allem darüber diskutiert, welchen Stellenwert die einzelnen Organisationen der Schwulenfrage einräumen und was die betreffenden Organisationen bisher zur Schwulenfrage gearbeitet haben. Der Vertreter der CP erzählte, daß seine Partei vor einiger Zeit eine fortschrittliche Stellungnahme zur Schwulenfrage abgegeben habe, jedoch im Einzelnen wenig passiert, um in der Partei das Bewußtsein zur Schwulenunterdrückung zu heben und den Kampf in dieser Frage voranzubringen. Er selbst habe große Schwierigkeiten in seiner Ortsgruppe, in dieser Frage voranzukommen, was nicht zuletzt an der mangelnden Kampfbereitschaft der Schwulen selbst liege; z.B. würde sich an seinem Ort außer ihm niemand als Schwuler zu erkennen geben, ausgenommen einige „Bi"-Genoss/inn/en, die sich aber in dieser Frage nicht engagieren würden. Auch im schwedischen FK herrscht anscheinend noch ziemliche Funkstille an diesem Punkt. In der Zeitung der SWP erschien kürzlich ein Artikel mit der Überschrift „Coming out", der als Auftakt für eine weitere Arbeit an dieser Frage angesehen werden soll. Recht ausführlich wurde die Schwulen-Politik im KB diskutiert, nachdem die jüngste Entwicklung (Gemeinsame Erklärung von AG Schwule und LG, Entstehung der AG Schwule) dargestellt und die Aussage der beiden Artikel „Diktatur der Normalität" und „Kampf der repressiven Toleranz" kurz skizziert worden war. Diese Entwicklung wurde als positiv eingeschätzt. Die von Genoss/inn/en aus der Schwulen- und Frauenbewegung im Anschluß hieran aufgeworfene Frage „Nach welchem Prinzip ist der KB organisiert?", leitete eine Diskussion um den „Demokratischen Zentralismus" ein. Festzustellen war, daß die Genoss/inn/en aus der englischen Schwulen/Lesbenbewegung erhebliche Vorbehalte gegen dieses Prinzip haben, weil die Schwulenfrage durch dieses Organisationsprinzip „untergebuttert" werden könne. Daß Schwulenfrage und „Demokratischer Zentralismus" durchaus keinen Widerspruch darstellen müssen, sondern es vielmehr darauf ankommt, innerhalb der nach diesem Prinzip organisierten Parteien/Gruppen den Kampf voranzubringen, wurde von Seiten der AG Schwule vertreten. Daß schwule Genossen dabei häufig selbst Unklarheiten haben, belegte mehr oder weniger unfreiwillig ein Genosse der SWP, der sich darüber beklagte, daß die Schwulenbewegung „nur" und „ausschließlich" die Schwulenfrage sehen würde. In der anschließenden Diskussion wurde klargestellt, daß dies nichts spezifisch Schwules sei, sondern prinzipiell in der Anti-AKW/Mieter/Frauen/etc.-Bewegung ebenfalls vorliege und er sich mal fragen solle, woher denn diese sexistische Auffassung käme, denn just vor seiner Nase saß ein Genosse der GAA mit drei Buttons am Busen: „Schwule gegen Nazis", „Freiheit für die politischen Gefangenen in Nord-Irland" und „Gay Activists Alliance". Es wurde festge- genen in Nord-Irland" und „Gay Activists Alliance". Es wurde festge- stellt, daß es Aufgabe der organisierten Genoss/inn/en sei, jeder(m) Anti-AKW/Schwulen/Mieter/etc.-Bewegten klarzumachen, daß die jeweilige spezifische Unterdrückung e i n e g e m e i n s a m e Ursache hat und daß die hinter der Parole „Gay and Straight, Black and White — all the People must unite" („Schwule, Heteros, Schwarze, Weiße — alle müssen sich vereinen") stehende Aufforderung im täglichen politischen Kampf einzulösen ist.



„Ich hab's - laß uns nach draußen gehen und die öffentliche Moral korrumpieren!"

Es hat sich gelohnt!

Auf dem Abschlußplenum wurde versucht, eine Einschätzung dieses Treffens vorzunehmen. Alle Sprecher/innen waren der der Meinung, daß dieses Treffen wichtig gewesen ist, um nationale und internationale Kontakte innerhalb der Linken herzustellen bzw. zu vertiefen. Kritik wurde von Seiten der AG Schwule im KB und der SWP daran geübt, daß die Tendenz bestehe, sich auf die Erörterung theoretischer Probleme zu konzentrieren und dabei eine konkrete Anwendung dieser Ergebnisse auf die real bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse (z.B. Mary Whitehouse und das „Festival of Light", National Front, Gesetzgebung etc.) zu kurz kommen zu lassen.

Festgestellt wurde, daß die anwesenden Gruppen und Einzelpersonen in Zukunft enger zusammenarbeiten wollen. Um den Kontakt untereinander aufrecht zu erhalten und die Diskussion zu koordinieren, wurde beschlossen, einen „News-Letter" herauszugeben, der an alle Anwesenden verschickt werden soll.

Gleichzeitig wurde beschlossen, bereits jetzt mit der Vorbereitung der „Gay Pride Week" und den Demonstrationen zum „Christopher Street Day" (Schwuler Kampftag, der sich im Juni 1979 zum 10. Male jährt) zu beginnen, damit eine breite Beteiligung gewährleistet ist. (Wer was zum „News-Letter" beitragen möchte, Anfragen etc. an:
Dai Roberts, c/o 16 Newton House, Union Grove, London W 8)

Gesamteindruck von der Konferenz: Es hat sich gelohnt! Unbedingt importieren!

Ein Genosse der AG Schwule im KB

Schwulen-Unterdrückung im „realen Sozialismus"

Gegen die massive Schwulen-Unterdrückung in der Sowjetunion fanden am 25. November koordinierte Aktionen der Schwulen-Bewegung in Rom, Paris, Amsterdam, Stockholm, Kopenhagen, Dublin, Washington, Ottawa und Wellington (Neuseeland) statt. („Lotta Continua", 24.11.78).

Der Artikel 121 des sowjetischen Strafgesetzes („Verbrechen gegen das Leben, die Gesundheit, die Freiheit und die Würde der Person") besagt: „*Sexuelle Beziehungen zwischen Männern (Päderastie) werden mit Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren bestraft. Wird die Päderastie unter Anwendung von Gewalt oder Drohung begangen, oder gegenüber einem Minderjährigen, oder unter Mißbrauch der Abhängigkeit des Opfers, so wird sie mit Freiheitsentzug bis zu 8 Jahren bestraft*". 1918, nach dem Sieg der Revolution aufgehoben, wurde der Artikel 121 unter Stalins Herrschaft wieder eingeführt und häufig als Vorwand gegen angeblich schwule, politische Oppositionelle benutzt.

Angelo Pezanna, stellvertretender Abgeordneter der „Partito Radikale" im italienischen Parlament und Herausgeber der italienischen Schwulenzeitung „Fuori!" (Heraus!) protestierte im November 1977 öffentlich gegen die Schwulen-Unterdrükkung, insbesondere am Fall des wegen politischer Opposition und seines Schwulseins seit 1973 inhaftierten armenischen Filmemachers Sergej Paradjanov. Der folgende Artikel von Pezanna erschien in der „Fuori!", wir entnahmen den deutschen Text aus der „Berliner Schwulen-Zeitung".

Moderne Zaren sind nicht auf die Sowjetrepubliken beschränkt. Erfahrungen lehren mich, daß sie überall regieren, in Moskau, wie in Venedig oder in Rom. Aber wenn man eine Geschichte erzählt, ist es gut, ein paar Schritte zurück in die Geschichte zu machen, um den Leser in ein paar Einzelheiten einzuführen, die nicht in den Zeitungen veröffentlicht wurden.

Es beginnt alles im September

Es beginnt alles im September 1977: die Inszenierung des Musikteils der "Biennale der Dissidenten" wird von Paolo, einem Genossen der radikalen Partei geleitet. Wir treffen uns in Rom und er teilt mir mit, daß die Filmabteilung einen Tag Sergej Paradjanov, dem russischen Filmregisseur, gewidmet hätte. Er war 1973 eingesperrt und 1974 zu fünf Jahren Gefängnis wegen Homosexualität, basierend auf Artikel 121 des Sowjetischen Strafgesetzbuches, verurteilt worden. Paolo lädt mich nach Venedig ein, um zu sehen, ob irgendetwas organisiert werden könne. Er verschafft mir eine Verabredung mit dem Leiter der Biennale, Carlo Ripa di Meana. Während ich über die ganze Frage nachdenke, kommt mir die Idee, in Moskau eine Demonstration durchzuführen mit der Forderung nach Paradjanovs Freilassung. Ich komme in Venedig mit dem festen Plan an und will ihn mit Ripa di Meana diskutieren. Er stimmt zwar nicht mit mir überein, versichert mir aber, daß ich am 25. November eine Pressekonferenz haben werde, daß er bereit sein werde, die Reise finanziell zu unterstützen, und mir einen offiziellen Brief der Biennale vorbereiten werde, in dem er wissen lasse, daß das Unternehmen nicht nur seine Unterstützung genieße, sondern Ziel des offiziellen Programms sei.

Nun muß ich gestehen, daß die ganze Geschichte von einer auffallenden Naivität meinerseits gezeichnet ist. Meine Pressekonferenz erscheint einfach nicht im Biennale-Programm, ein offizieller Brief kommt auch nicht an. Aber wer wollte sich über so eine Frage mit einem Herren wie Ripo di Meana auseinandersetzen? So verlasse ich also Venedig und unternehme die nötigen Schritte für ein Einreisevisum in die USSR.

Herbstpause: In die Sowjetunion zu gehen, ist nicht besonders einfach. Einige bilden sich ein, daß alles, was man zu tun brauche, sei, zu Allitalia oder Aeroflot zu gehn, ein Ticket zu kaufen und den nächsten Flug zu nehmen. Das mag für einen hohen Kommunisten oder einen hohen Industriellen stimmen. Für uns gewöhnliche Leute dauert ein Einzelvisum mindestens zwei Monate, und das Ticket kostet doppelt so viel – und ich bin in Eile. Also schließe ich mich einer organisierten Tour an und reserviere: Moskau – Leningrad, 365.000 Lire, 8 Tage, alles inklusive, Abfahrt am 14. November.

Als das Visum ankommt, vergesse ich alle Befürchtungen und Folgen, die mich hätten veranlassen können, das Ganze sein zu lassen und packe meine Taschen. Aber wie soll man so etwas organisieren? Gibt es in Moskau Schreibwarenläden? (Tag! Ich hätte gerne zwei große Stücke Pappe – Sie wissen schon, die Sorte, die man sich um den Hals hängen kann – etwas Kordel und einen Filzstift. Oh, Sie haben das nicht. Gut, dann muß ich eine andere Lösung finden. Leinen! Aber natürlich, zwei Handtücher können ein hübscher Ersatz für zwei Stück Pappe sein....) Stiefel, Schafwolljacke, Sweater, ein extra Paar Augengläser (man kann nie wissen...) und am Sonntag dem 13. November geht's los!

Moskau, Montag, 14. November: Nachdem er die Tube Zahnpasta ausgequetscht und das Bicarbonat analysiert hatte (es könnte ja Kokain sein!), fragte mich der russische Zöllner, wofür der zugegebenermaßen enorme, Filzstift sei. Prompt kam meine Antwort: um Postkarten damit zu schreiben. Sie beschlagnahmen beides nicht, und so kann ich, "in Ordnung!", passieren. Ich erreiche mein Hotel um sieben Uhr Moskauer Zeit.

Das Hotel ist das „National", eine Kombination Fin-de-siecle und Liberty Style mit Art deco Erneuerungen. Sehr schön und genau am Roten Platz; die Aussicht ist faszinierend. Während alles zum Abendessen rennt, bereite ich in meinem Raum meinen Schlachtplan vor und organisiere die Telefonanrufe, die ich sofort zu erledigen habe. Ich rufe Cristiano del Roccio, einen jungen, hier akkreditierten Korrespondenten an. Er ist sehr höflich und lädt mich in sein Büro ein, das sich in einem sehr hohen Gebäude befindet. Hier leben nur Ausländer; eine große Zahl von ihnen sind Reporter. Ich steige im 9. Stock aus, bleibe dort aber nur eine Minute: man kann sich dort nicht ohne Angst vor elektronischer Überwachung unterhalten. Am besten geht man hinunter auf die Straße. Ich erkläre Cristiano meinen Plan und er wird schrecklich aufgeregt, er sagt mir, ich sei verrückt, daß sie mich einsperren werden und daß es so etwas noch nie gegeben habe. Ich würde die Konsequenzen nicht ins Auge fassen, sagt er, „überlege es dir besser noch einmal" – einen Augenblick erschreckt er mich mit seinen Prognosen, wie es auch alle anderen ausländischen Korrespondenten tun würden.

Dank an Cristiano, der mir alle Namen und Telefonnummern verschafft; ich verbringe Montag Abend bis Dienstag Morgen 4 Uhr 30 damit, herumzurennen, Klingeln zu läuten und alle ausländischen Reporter in Moskau zu treffen. Trotz meiner Angst, die von Mal zu Mal größer wird, erzähle ich jedem, ich hätte beschlossen, eine Pressekonferenz in der Halle des Hotels, am Dienstag um 17 Uhr abzuhalten. Komm, per piacere, bring Fotografen mit, und wenn du was über die Verhältnisse weißt, verlier mich nicht aus den Augen; please, kabele deinen Artikel sofort; s'il vous plait, paß' auf, daß die Fotos gut werden.

Moskau, Dienstag 15. November: Ich stehe in ununterbrochener Verbindung mit Rom und Turin, wo Carlo Sismondi für drei sehr lange Tage und Nächte sein Haus in ein FUORI-Hauptquartier verwandelt hat. Ich erreiche Marco Panella in Rom und er erzählt mir, daß genau in dem Moment, in dem ich meine Moskauer Pressekonferenz halten werde, er und Emma Bonino dasselbe in Rom tun wollen – und wenn diese Geschichte einen glücklichen Ausgang hat, dann ist es Marcos Initiative zu verdanken. Tatsächlich lassen Marco und Emma die römische Presse wissen, daß, sollte ich eingesperrt werden, das gesamte Parlament in die Auseinandersetzung verwickelt würde, da ich einer parlamentarischen Partei angehöre. Dies dürfte auch erklären, daß die sowjetischen Machthaber später 24 Stunden brauchen, um über mein Schicksal zu entscheiden.

Und nun zu meiner Presserklärung in Moskau. Die Journalisten treffen ein, und die Konferenz beginnt. Ich erkläre den italienischen und ausländischen Journalisten die Gründe für meine Aktion – mehr oder weniger das, was am nächsten Tag in den Zeitungen darüber stehen wird. Eine halbe Stunde später gehen wir zum Hoteleingang, ich hänge das Halstuch um den Hals, auf das ich in Englisch geschrieben habe „Freiheit für die Homosexuellen in der UdSSR; Sergej Paradjanov, Art. 121."

Die UPI-Fotografen machen einige Bilder, und alles endet an dem Punkt – zum großen Erstaunen einiger Reporter, die auf irgendwelche „Ereignisse" warten, um „Farbe" in ihren Artikel zu bekommen. Stattdessen, eben weil noch keine Befehle von oben kommen, passiert nichts. Ich rufe in Rom und Turin an, und lasse sie wissen, daß ich Amdrej Sacharov anrufen werde, um zu sehen, ob ich ihn in meinen Protest verwickeln kann, und daß ich morgen einen netten Spaziergang in Moskau mit meinem Handtuchpaket machen werde, um zu sehen, wie die sowjetischen Behörden reagieren werden.

Also rufe ich Sacharov an. Ich: Guten Tag, Herr Sacharov? Ich würde mit Ihnen gerne über Sergej Paradjanov und Artikel 121 reden. Kann ich Sie sehen? Sacharov: Ich habe nicht die geringste Ahnung, wovon Sie sprechen. Ich: Ist das möglich? (Ich umreiße mit wenigen Worten die Geschichte des Falls und erzähle ihm von meiner Pressekonferenz). Sacharov: Sie sagen, Sie seien Italiener, aber wer sind Sie genau? Ich: (Ich lüge schamlos – aber mir ist klar, daß ich eine kleine Chance habe, ihn zu sehen, obwohl er nicht genügend am Thema der Schwulenunterdrückung interessiert scheint.) Ich bin ein Mitglied des italienischen Parlaments. Sacharov: Ich erwarte Sie morgen um zwei Uhr bei mir zu Hause.

Mittwoch, 16. November, immer noch in Moskau: Zu sagen, daß ich verfolgt werde, wäre zu ungenau. Tatsächlich werde ich, kaum verlasse ich das Hotel, von links von einem riesigen Wachhund flankiert – flankiert, das heißt Ellbogen an Ellbogen, Schulter an Schulter.

So laufen wir herum, um die halbe Stunde bis zwei Uhr totzuschlagen; dann rufe ich ein Taxi und gebe dem Fahrer Sacharovs Adresse. Der KGB-Agent murmelt, so gut es geht, etwas zu ihm; schließlich fahren wir los, verfolgt von einem großen schwarzen Auto (Wie im Film! Wie im Film!).

Sacharov lebt im obersten Stock eines Gebäudes in Moskaus Ringstrasse. Er ist ein Mann, der viel älter aussieht, als er in Wirklichkeit ist. Sacharov beobachtet mich eine Weile, während ich den Grund meines Besuches erkläre. Er schlägt im sowjetischen Strafgesetzbuch nach, um die Genauigkeit meiner Angaben zu überprüfen, schnauft ein „nicht gut" in Bezug auf Artikel 121, und sagt, daß dies nicht sein Kampf sei, daß es die politische Arbeit, die er getan hat, untergraben könne. Dann kommt er mit einem wohlvertrauten Satz: „Ich habe keine Sympathie für Homosexuelle, ich bin verheiratet und habe Frau und Söhne." In Ordnung, ich werde ihn also nicht veranlassen, sich dem Kampf anzuschließen, ich bin aber nicht bestrebt, die Unterhaltung an diesem Punkt zu beenden. Ich fahre fort, ihm Fragen über Schwule in der UdSSR zu stellen, und bis zu einem gewissen Grad verrät Herr Sacharov unbewußt, daß er schamlos log, als er sagte, daß er nichts von Paradjanov wisse. Denn schau mal einer an, Sacharov hatte letztes Frühjahr mehrere Telefonate von zwei Schwulen erhalten, die ihn – die wichtige Persönlichkeit und den hehren Dissidenten, der er ist – baten, Stellung für Paradjanov und gegen Artikel 121 zu beziehen. Aber der weise Dissident tat gut daran, sich nicht auf sie einzulassen. Er erklärte, daß er später aufdecken konnte, daß sie Spione des KGB waren. „Auf welche Weise war es ihnen, Herr Sacharov, möglich, dies aufzudecken?" Keine Antwort.

Nun wissen wir endlich, daß es auch in Moskau eine embryonale Schwulenbewegung gibt, auch wenn sie nur aus wenigen Leuten besteht, und daß früher oder später ihre Präsens spürbar werden wird. Viel Glück, ihr zwei unbekannten Moskauer
sens spürbar werden wird. Viel Glück, ihr zwei unbekannten Moskauer
Schwulen.

Als ich ans Hotel zurückkehrte, kann ich mein Zimmer nicht mehr betreten, da ich aufgefordert werde, sofort bei „Intourist" zu erscheinen, das sich in einem Gebäude direkt neben dem „National" befindet. Im „Intourist"-Büro 1 finde ich einen rechteckigen Tisch vor, hinter dem nun ein anderer Wachhund sitzt, der feierlich anstimmt: „Sie sind offiziell aus der Sowjet-Union ausgewiesen, da Sie a) einen Akt von Rowdytum begangen haben, und b) die öffentliche Ordnung schwer gestört haben. Sie werden nie mehr in der Lage sein, in die UdSSR einzureisen. Dies ist eine Erklärung unserer Regierung und verlangt keine weitere Stellungnahme." Oh nein„ meine Herren Herrscher der Sowjet-Union, ich habe noch etwas zu sagen, ganz gleich wie offiziell es ist, was ihr gesagt habt, und hier ist es:

Ich: Eine Pressekonferenz ist kein Akt von Rowdytum, sondern eine von vielen Möglichkeiten seine Meinung auszudrücken; und die Kommunikation mit Hilfe eines um den Hals gehängten Handtuches ist keine schwere Störung der öffentlichen Ordnung, sondern eine Form des Protests gegen ein Gesetz, das alle Menschenrechte vergewaltigt. KGB: Welche Rechte? Ich: Die der Homosexuellen. KGB: Sie sind der erste Homosexuelle, den wir treffen; in der Sowjet-Union gibt es keine, und wenn es welche gäbe, müßte man sie alle beseitigen. Ich: Wie Hitler! Wie Mussolini! KGB: In diesem Punkt hatten beide Recht. Ich: Gut für sie – gut für euch alle! KGB: In Italien sind Sie in die oppositionelle Politik verwickelt. Was Sie dort machten, hat Ihnen nicht gereicht, oder? Warum kommen Sie hierher und stecken Ihre Nase in die Angelegenheiten anderer Leute? Ich: Vielleicht haben Sie noch nie etwas davon gehört, aber es gibt den Begriff des „Internationalismus". KGB: Gehen Sie jetzt! Ich: Ich werde in die UdSSR zurückkehren, wenn der Sozialismus in eurem Land verwirklicht ist.

Ich werde zum Hotel zurückbegleitet, aber ich betrete es nicht mehr. Unter dem Vorwand, mich zur italienischen Botschaft zu bringen, transportieren sie mich zum Flughafen, von dem ich am nächsten Tag mit der Aeroflot nach Mailand fliege.

Schwule international

Homosexuelle arbeiten in der Gewerkschaft

Im Rahmen der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg) hat sich jetzt eine Berufstätigengruppe gebildet, die sich der Diskriminierung schwuler Kollegen am Arbeitsplatz widmen will. In ihrem ersten Flugblatt wird diese Diskriminierung an verschiedenen Beispielen dargestellt, wie etwa die Entlassung Schwuler: „*Jan F., Verkäufer in einem Bergedorfer Möbelhaus, wurde während der Probezeit entlassen, weil, so der Geschäftsführer, die ‚Mentalität' beider Seiten nicht zusammenpasse, was an den roten Haaren und dem Ohrring zum Ausdruck käme*". — Zu ihren künftigen Vorhaben schreibt die Gruppe: „*Wir, die Berufstätigengruppe in der HAH, lassen uns all dies nicht länger bieten und werden uns künftig durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit, die zur Beseitigung der Diskriminierung Schwuler am Arbeitsplatz beitragen soll, einmischen!*"

Diese Öffentlichkeitsarbeit soll auch und gerade in die Gewerkschaften hineinlaufen, d.h. auf Mitgliederversammlungen und bei gewerkschaftlichen Arbeitskreisen/Veranstaltungen über die Arbeit zu berichten und konkrete Unterstützung zu fordern, z.B. bei Entlassungen. Bisjetzt hat sich die Gruppe in einem gewerkschaftlichen Arbeitskreis der Buchhändler vorgestellt; es bleibt zu hoffen, daß diese Gruppe weiter auf gewerkschaftlicher Ebene von sich reden macht.

Buchhandelszelle
KB Hamburg

Ehrung der Toten behindert!

Zur Erinnerung an die Opfer der Weltkriege ist es in England jeweils Mitte November üblich, an den entsprechenden Denkmälern Kränze niederzulegen und der Toten zu gedenken. Bereits seit sechs Jahren haben Vertreter verschiedener Schwulenorganisationen zur Erinnerung an das Leiden und den Tod der Männer mit dem Rosa Winkel in den deutschen Konzentrationslagern und an die im Krieg gefallenen Schwulen Kränze niedergelegt und Ansprachen gehalten. Beim diesjährigen „Rememberance Day" jedoch kam es zu mehreren Zwischenfällen.

In Coventry beschwerten sich Bürger bei der Polizei, daß es der CHE (Schwulenorganisation) gestattet war, an der offiziellen Veranstaltung teilzunehmen und forderten die Entfernung der Kränze mit dem Rosa Winkel.

In Norwich wurde die örtliche CHE-Gruppe von der Veranstaltung ausgeschlossen. Ein nach dem „offiziellen" Teil von CHE niedergelegter Kranz war bereits am Abend von Unbekannten entfernt worden.

In Wolverhampton boykottierten Veteranen- und Pfadfinderverbände die Veranstaltung, weil die CHE offiziell zugelassen worden war. Ein Angebot von CHE an diese Verbände, die Sache zu diskutieren, wurde ausgeschlagen.

In verschiedenen Tageszeitungen wurde zu diesen Vorgängen Stellung genommen. So fragte der „Morning Telegraph" (Sheffield), „*ob die Veteranenverbände denn ernsthaft glaubten, daß unter den Männern und Frauen, die in beiden Weltkriegen starben, niemand homosexuell war oder glauben sie, daß der Verlust eines homosexuellen Lebens weniger zählt?*" (Gaynews, 30.11.78).

Diese Vorfälle sind keine britische Spezialität. Auch der von der Homosexuellen Aktion Hamburg zum Gedenken an die Männer mit dem Rosa Winkel und alle anderen Opfer der Hitler-Barbarei auf dem Gelände des KZ Neuengamme am 8.5.78 niedergelegte Kranz wurde geplündert: Alle Hinweise auf die Herkunft des Kranzes waren nach kurzer Zeit von Unbekannten entfernt worden.

60 Bullen überfallen schwule Kneipe

Ein Aufgebot von 60 Bullen überfiel in Huttersfield/Großbritannien die schwule Kneipe „Gemini-Bar", um die Ausschank-Lizenz zu überprüfen. Natürlich war mit der Lizenz alles o.k. und der wahre Grund des Überfalls kam schnell heraus, als die Bullen damit begannen, die Namen und Adressen der Besucher zu erfragen und zu notieren, also die üblichen Schikanen. Vier Schwule wurden festgenommen und nach einiger Zeit wieder freigelassen. Die Ortsgruppe von CHE protestierte und verlangte eine Erklärung zum Vorgehen der Polizei.

ÖTV diskriminiert Schwule und Lesben

Seit einigen Monaten trifft sich eine Gruppe homosexueller Kolleginnen und Kollegen, die in der Westberliner ÖTV organisiert sind, um sich gemeinsam in der ÖTV gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben am Arbeitsplatz zu wehren und durch Aufklärung gegen anti-schwule Vorurteile vorzugehen.

Wie notwendig das ist, zeigt sich auch an der Reaktion des ÖTV-Bezirksvorstandes Westberlin. Folgendes Schreiben brachte er zum „Aushang in der Senatsverwaltung für Inneres":

„*Sehr geehrter Kollege....,*
der Bezirksvorstand der Gewerkschaft ÖTV in Berlin untersagt der Gruppe der Homosexuellen ab sofort, in Aushängen oder anderen Publikationen den Namen der Gewerkschaft ÖTV zu verwenden. Sollte diese Untersagung von Ihnen mißachtet werden, sehen wir uns gezwungen, rechtliche Schritte gegen Sie einzuleiten. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.
Wir bitten, dieses auch den anderen Mitgliedern Ihrer Gruppe zur Kenntnis zu geben".

Die politische Instinktlosigkeit der Vorstands-Reaktion wird noch dadurch verstärkt, daß dieses Schreiben mit voller Namensnennung öffentlich ausgehängt wurde.

Die ÖTV-Kolleg(inn)en aus dem Personalrat der Tutoren wie auch die Betriebsgruppe Dahlem haben dem Bezirksvorstand ihr Befremden über diesen Vorgang erklärt. (Studentische Beschäftigten Zeitung Nr. 6/78).

AG Schwule im KB

Von einem Schwulen, der auszog, das Fürchten zu verlernen

Dies ist die Geschichte des Schwulen W., der sich entschloß, sein Schwulsein nicht mehr zu verheimlichen, sondern aller Öffentlichkeit mitzuteilen. Er wollte endlich er selbst sein, sich nie mehr verstecken, das Fürchten verlernen. Der "Stern" bot die Möglichkeit dazu. Am 5. Oktober veröffentlichte er die Titelgeschichte: "Wir sind schwul". 682 Männer bekannten sich öffentlich zu ihrer Schwulität. Wie es W. erging und welche Konsequenzen er daraus zieht, schildert er im folgenden Bericht:

Endlich

Morgens um 7.15 Uhr auf dem Weg zur Schule. Am Kiosk leuchtet mir das ,,Stern''-Titelbild entgegen: ,,Wir sind schwul''. Darauf zwei gute alte Bekannte aus der Geschichte der ,,Homosexuellen Aktion Hamburg''. Ich schlage das Heft auf, finde mein Konterfei wieder und habe das Gefühl, ich sehe die Welt mit anderen Augen und die Welt sieht mich mit anderen Augen. Endlich kann jedermann/jede frau/jeder schwule wissen, daß ich schwul bin. In der Schule (ich besuche eine Umschulung des Arbeitsamtes) hat natürlich noch niemand den ,,Stern'' gelesen. Das wird am Wochende geschehen.

Mittags in der Wohngemeinschaft: Kein sonderliches Interesse. Der Genosse schreibt gerade Artikel, die Genossin ist anderweitig beschäftigt. Ich bitte den Genossen, beim Einkauf den ,,Stern'' mitzubringen und lege diesen im Gemeinschaftszimmer aus. Ich versuche zu verstehen und auf die Arbeitssituation der Genoss(inn)en Rücksicht zu nehmen.

Am nächsten Tag in der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg, Schwulenzentrum — Anm. AK) ist Hochstimmung. Jeder Schwule hat natürlich den Artikel gelesen und sich selbst oder andere Schwestern darin wiedergefunden. Die Meinung ist einhellig: Das ist ein großer Schritt nach vorn.

Am Samstag machen wir einen Info-Stand auf der Mönckebergstraße. Die Passanten sind interessierter als früher, bleiben stehen, schauen sich das Material an, stellen Fragen. Offensichtlich hat der ,,Stern'' Aufsehen erregt (diese Ausgabe war zum ersten Mal seit längerem wieder ausverkauft). Auch Schwule bleiben stehen, kommen heran oder gucken ein bißchen verstohlen. Aber, auch so manche Schwester macht wie zuvor einen großen Bogen.

Abends gehe ich in die Schwulen-Sauna. Drei Leute sprechen mich auf den Artikel an, finden die Sache gut. Aber auch hier wieder die andere Reaktion, die verhuschte Ablehnung: ,,Wie kann man sich nur so bloßstellen, das muß doch nicht sein. Wenn wir d i e in Frieden lassen, dann wird uns auch nichts geschehen''.

aktion, die verhuschte Ablehnung: ,,Wie kann man sich nur so bloßstellen, das muß doch nicht sein. Wenn wir d i e in Frieden lassen, dann wird uns auch nichts geschehen''.

Am Montag in der Schule: Das Wochenende ist vorüber, zumindest einige Kolleg(inn)en in meiner Klasse müßten den ,,Stern''-Artikel ja nun gelesen haben. Das ist auch spürbar. Aber niemand spricht darüber. Später erfahre ich, daß durchaus davon gesprochen worden ist, allerdings in meiner Abwesenheit. Die Kolleg(inn)en trauten sich nicht, mit mir darüber zu sprechen.

"Bei Hitler wäre der Kerl vergast worden"

Mittwoch, 11. Oktober, um 10.45 Uhr im Unterricht. Der Schulleiter bittet mich aus dem Unterricht heraus und zeigt mir einen Brief, der soeben mit der Post eingetroffen ist, gerichtet an die Ausbildungsstelle und ohne Absenderangabe: ,,*So eine schwule, dreckige Mistsau belegt auf Kosten der Allgemeinheit bei Ihnen einen Umschulungskursus, so etwas gibt es n u r im Sozialismus, bei Hitler wäre der Kerl vergast worden. Alle Umschüler werden in den Pausen entsprechend aufgeklärt, daß das Arschloch sichtbar, d.h. in Hosen nicht mehr gezeigt werden kann!*''

Der Schulleiter: ,,Ich finde das unerhört. Natürlich haben wir im Kollegium über den ,,Stern''-Artikel und über Sie gesprochen. Das ist Ihr gutes Recht zu leben. Ich werde alles in meinen Kräften stehendes tun, den Schreiber herauszufinden. Dann fliegt er von der Schule''. Er rät mir, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Auf Anraten eines Genossen, mit dem ich kurz telefoniere, bitte ich den Schulleiter, sicherzustellen, daß meine Anschrift für niemanden einsichtig ist. Ansonsten bin ich ratlos und fühle mich wie mit dem Holzhammer getroffen. Daran ändert sich auch nichts durch ein Gespräch mittags in der WG. Die Genoss(inn)en schmieden gleich große Pläne, z.B. wie die ,,Sache'' in die Antifa-Woche zur ,,Reichskristallnacht'' einzubauen sei. Ich trinke erst einmal drei Schnäpse und haue mich hin. Als ich dann nachmittags an der Alster sitze, komme ich zum ersten Mal dazu, nachzudenken. Mir wird nun die Gefahr bewußt, in der ich mich befinde. Abends treffe ich mich mit zwei Schwestern und diskutiere die ganze Angelegenheit noch einmal ausführlich.

Was tun!

Wir entwerfen einen 2-Stufenplan:
1. Stufe: Schulleiter und Lehrer versuchen, den Täter herauszufinden. Ich halte mich noch zurück, es ist ja noch nicht bekannt, daß ich den Brief kenne. So begebe ich mich nicht zusätzlich in Gefahr. 2. Stufe: Der Brief wird in der Schule veröffentlicht. Damit wird der Schreiber zwar nicht ermuntert, sich zu erkennen zu geben, aber in die Isolierung getrieben. — Dieses Vorgehen scheint uns dazu geeignet, sowohl die notwendigen politischen Schritte zu tun, als auch mich nicht zusätzlich zu gefährden. Zudem meinen wir, daß Schulleiter und Lehrerkollegen erst einmal ihren Einfluß geltend machen sollten.

Dazu haben die WG-Genossen erhebliche Widersprüche. Sie meinen, ich müsse gleich in die Offensive gehen, anstatt mich zu verstecken. Das sei für mein Selbstbewußtsein besser und der Faschist werde nicht zu weiteren Sachen ermutigt. Auch werde die Gefahr für mich nicht größer, wenn ich jetzt in die Offensive gehe.

Einige Tage lang schwanke ich hin und her. Im Unterricht sitze ich sprachlos herum, kann keinen klaren Gedanken fassen. Ich denke dauernd

wenn ich jetzt in die Offensive gehe.
Einige Tage lang schwanke ich hin und her. Im Unterricht sitze ich sprachlos herum, kann keinen klaren Gedanken fassen. Ich denke dauernd

über mich selbst nach, kriege Depressionen...

Auf dem Plenum der HAH findet der Brief keine große Resonanz, er geht im Gemurmel unter. Es kommt mal wieder zu einer Beziehungsdiskussion und eine Schwester gibt zu erkennen,, daß sie mit mir nur sehr schwer zusammenarbeiten könne.

Die WG hat Schwierigkeiten, sich praktisch solidarisch zu verhalten. So hänge ich dann den ganzen Sonntag in meinem Zimmer herum und flippe aus. Mir wird auch wieder schlagartig klar, daß ich allein bin, keine Beziehung habe. So rufe ich dann bei einer lieben Schwester in Berlin an, um am nächsten Wochenende rüber zu jetten.

In die Offensive

Dann wage ich doch einen Schritt vorwärts. Denn ich habe langsam das Gefühl, zu Kreuze zu kriechen. Ich bringe in meiner Klasse den ,,Stern''-Artikel zur Sprache, um erst einmal vorzutesten. Die Kolleg(inn)en finden es gut, daß ich das Thema angeschnitten habe. Von sich aus hätten sie sich nicht getraut. Über den ,,Stern''-Artikel prasseln eine Menge Fragen auf mich herein. Besonders interessiert die Frauen (In meiner Klasse sind 19 Frauen und 2 Männer) der Brief, der am Schluß des ,,Stern'' Artikels zitiert wird. Er wurde von einer Mutter geschrieben, deren schwuler Sohn Selbstmord begangen hat. Neun Frauen aus der Klasse kaufen sich die Broschüre ,,Und wenn Ihr Sohn so wäre...''.

Über diesen Erfolg spreche ich in meiner HAH-Gruppe. Die Schwestern ermutigen mich, nun einen Schritt weiterzugehen: Ich nehme den Brief mit in die Schule. Die Klasse ist empört. Sie beauftragt mich, eine Gegenstellungnahme zu entwerfen. Diese wird von allen 20 Kolleg(inn)en unterschrieben und zusammen mit dem Faschisten-Brief am Schwarzen Brett der Schule ausgehängt. Weitere 30 Kolleg(inn)en aus anderen Klassen unterschreiben: ,,*Dieser anonyme Drohbrief gegen einen unserer Kollegen, Herrn Zander, ging an die ... Wir finden diese Hetze unverschämt. Der Schreiber scheint auch heute wieder für Judenvergasung, Schwulenverfolgung usw. einzutreten. Dem muß Einhalt geboten werden, auch an unserer Schule.*

Wir haben in unserer Klasse über den ,,Stern''-Artikel und diesen Brief mit Herrn Zander gesprochen. Wir meinen: Selbstverständlich haben auch die Homosexuellen das Recht, ihr Leben zu leben, wie jeder andere Mensch auch. Wir bewundern den Mut derjenigen, die sich im ,,Stern'' zu ihrer Homosexualität bekannt haben.

Schluß mit der Hetze! Wir fordern den Schreiberling des Briefes auf, aus seiner Anonymität herauszutreten und sich zu bekennen.''

Meine Isolierung in der Schule ist nun überwunden. Der Schreiber wagt sich natürlich nicht aus seinem Rattenloch hervor. Er macht seine eigene Versprechung nicht wahr, die Umschüler in den Pausen ,,aufzuklären'' und er kommt der Aufforderung nicht nach, aus seiner Anonymität herauszutreten. Was Wunder, nachdem er gemerkt haben muß, daß er an dieser Schule für seine Hetze keinen Blumentopf gewinnen kann.

Und bald bin ich auch nicht mehr der einzige Schwule an dieser Schule: In einer anderen Klasse wird

mentopf gewinnen kann.

Und bald bin ich auch nicht mehr der einzige Schwule an dieser Schule: In einer anderen Klasse wird

die Wandzeitung im Unterricht diskutiert. Es kommt der Vorschlag auf, mich zu einem Gespräch einzuladen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muß sich ein Schwuler in dieser Klasse entscheiden, ob er nun endlich Farbe bekennt oder weiter Versteck spielt. Er entschließt sich für die Vorwärtsstrategie. Ein gemeinsames Unterrichtsgespräch beider Klassen findet statt, es wird von Klaus, dem zweiten Schwulen, und mir gemeinsam vorbereitet. Auch hier eine Menge Fragen, die wir gar nicht alle beantworten können.

Das "stille Leiden im Clinch"

Vorher aber war ich erst einmal in Berlin und anschließend krank. In dieser Zeit habe ich angefangen, einen Brief zu schreiben. Er sollte an die normalen und unnormalen Genoss(inn)en gehen, mit denen ich zusammen politisch arbeite und wohne. Leider habe ich ihn nicht zu Ende geschrieben und nicht weitergegeben. Hier ein Auszug: ,,*Der Faschistenbrief und die Tage danach an meiner Schule sind mir ganz schön schlimm an die Nieren gegangen. Zum ersten Mal fühlte ich mich als Schwuler existenziell bedroht. Zum ersten Mal hatte ich das unbändige Verlangen nach menschlicher Wärme und Solidarität. Zum ersten Mal spürte ich derart kraß meine Isolation. Ich bin fast ausgeflippt und habe Schutz in den Armen einer lieben Freundin in Berlin gesucht ... Seelisch auf Grundeis zu gehen, darf schlechterdings kein Dauerzustand sein. Deshalb schreibe ich Euch diesen Brief. Ich will mich und euch aus der Reserve locken, das Gespräch eröffnen. Das ,stille Leiden im Clinch' soll ein Ende haben. Faßt die folgenden Zeilen als Gedankensplitter auf, rankt euch an ihnen empor, spinnt weiter! Um Gottes willen: gebt Rückmeldung und laßt mich nicht allein...*''

Langsam habe ich mich wieder erholt. Ein Zeichen dafür ist, daß ich diesen Bericht jetzt schreiben kann. Im folgenden will ich darstellen, welche Konsequenzen sich aus der Bedrohung ergeben haben und welche noch zu ziehen sind.

Ein "warmes Nest"

Meine WG war kaum in der Lage, mich in dieser Krise aufzufangen. Das hat verschiedene Gründe: Arbeitsbelastung, Belastung durch die politische Arbeit, bereits vorhandene Spannungen, die nun in dieser Krise zum Ausdruck kamen. Deutlich wurde auch, daß ich als einziger Schwuler in der WG benachteiligt bin. Aus alldem ergibt sich nun, daß die WG auffliegt und zwei neue daraus entstehen. Das Vorhaben, einen zweiten Schwulen einziehen zu lassen, konnte nicht realisiert werden, da dies dem Interesse der Genossin in der WG widersprach, eine zweite Frau hier zu haben.

Kritik an dieser Entwicklung ist nach meiner Meinung vor allem an der Herangehensweise zu üben: Probleme und Widersprüche wurden nicht besprochen, auch die Schwulenfrage habe ich in der WG eigentlich nicht gestellt. Als sich die WG in der Ernstsituation als brüchig erwies, wurden die Probleme auch nicht diskutiert; ich war dazu allerdings auch kaum in der Lage. Erst als sich auf meinen Wunsch hin die AG Schwule einschaltete und massiv die Forderung nach einem zweiten Schwulen in der WG stellte, ich also endlich damit meine Interessen artikulierte, kam es zum Knatsch. Dies allerdings auf die verquere Weise, daß die Genoss(inn)en eine neue WG planten, ohne mich darin einzuweihen oder gar einzubeziehen.

WG stellte, ich also endlich damit meine Interessen artikulierte, kam es zum Knatsch. Dies allerdings auf die verquere Weise, daß die Genoss(inn)

Die Schwulenbewegung organisieren

In der Vorgeschichte des ,,Stern''-Artikels hat die westdeutsche Schwulenbewegung nicht planvoll politisch agiert; es waren einzelne Schwule, die sich engagiert und auch im ,,Stern'' veröffentlicht haben. Auch in der HAH ist keine inhaltliche Diskussion über den Artikel und seinen politischen Stellenwert gelaufen. Auch nicht darüber, welche Konsequenzen er für die Betroffenen haben kann. Diskutiert wurde auch nicht die Frage, wer sich denn nun und wer sich nicht und aus welchen Gründen nicht veröffentlichen würde.

Eine durch und durch spontaneistische Geschichte also. Die Folgen bekam ich dann ja auch drastisch zu spüren. Was eine Aktion von schwulen Individuen war, wurde auch so begriffen — einschließlich der Konsequenzen der Aktion.

Man soll es nicht leugnen und mir wurde es wieder einmal deutlich: Die Schwulenbewegung in der BRD und Westberlin ist eine Anhäufung von Individuen, von Ort zu Ort unterschiedlich stark integriert bzw. separiert. Ja, die hiesige Schwulenbewegung fördert die ,,autonome'' Entwicklung schwuler Individuen gegenwärtig geradezu. Was uns fehlt, ist das Erlebnis des k o l l e k t i v e n Kampfes.

Wir sind da noch ein gewaltiges Stück zurück. Der deutsche Faschismus und nach ihm die Adenauer-Ära haben die Schwulenbewegung genau so zerschlagen wie die gesamte linke und demokratische Bewegung. In anderen Staaten (England, USA, Frankreich, Italien, Spanien, Skandinavien z.B.) hat sich die Schwulenbewegung fest organisiert. D.h. in ihr haben sich Schwule und Lesben (!) verschiedener politischer Schattierungen — von demokratisch bis kommunistisch — zusammengeschlossen, um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen.

Dahin müssen wir auch kommen. Denn:

Gemeinsam sind wir unausrottbar!

Für eine Befreiungsfront aller demokratischen und fortschrittlichen Schwulen und Lesben in der BRD und Westberlin!

W., ein schwuler Genosse aus Hamburg







Frankreich

Enthüllungen über Alt-Nazis



René Bousquet und der Chef der deutschen Nazi-Polizei, SS-Heydrich, am 5. Mai 1942

Verschiedentlich haben wir im AK über rassistische Kampagnen gegen in Frankreich lebende Araber berichtet, die bis zu brutalen Morden gingen (vergl. u.a. AK 114, 121). Eine besondere Form von Faschismus ist der Antisemitismus, der in Frankreich eine lange Tradition hat. In jüngster Zeit ist der frühere „Kommissar für jüdische Fragen" unter der pro-faschistischen Kollaborationsregierung von Vichy (Anm. 1) mit provokativen antisemitischen Äußerungen an die Öffentlichkeit getreten. In diesem Zusammenhang gab es weitere Enthüllungen über die Alt-Nazis, die deutlich machen, daß es auch in Frankreich nach der Befreiung vom deutschen Faschismus 1944 keine Entnazifizierung gegeben hat.

Hitler-Freund Darquier de Pellepoix

Darquier de Pellepoix, von 1942 bis Februar 1944 „Kommissar für jüdische Fragen" unter dem Regime von Marschall Petain, ist einer der Hauptverantwortlichen für die Deportation von ca. 75.000 französischen Juden, von denen 20.000 noch Kinder waren (insgesamt wurden 120.000 französische Juden verschleppt und ermordet). Dieser Nazi lebt seit der Befreiung völlig unbehelligt in Spanien, wo er Ende Oktober der französischen Wochenzeitung „L'Express" ein Interview gegeben hat, in dem er u.a. behauptete, daß *„In Auschwitz nur Läuse vergast"* worden seien. Weiter sagte er: *„Klar, man mußte sich auf jeden Fall dieser Ausländer entledigen, dieser Kanacker, dieser Tausender von Vaterlandslosen, die die Ursache all unseres Übels waren."* (nach „rouge", 31.10.78). In demselben Interview lobt Darquier ausdrücklich, daß die französische Botschaft in Spanien ihn unterstütze.

„L'Express" hat sich völlig kommentarlos zum Sprachrohr von Darquiers faschistischem Dreck gemacht, was zu zahlreichen Protesten der demokratischen Öffentlichkeit führte. Der Skandal brachte einen noch viel größeren ans Tageslicht: daß nämlich die französische Regierung kein einziges Mal von Spanien die Auslieferung des Massenmörders gefordert hat (Ein heute aufgrund der recht breiten Empörung nachgeholter Antrag hätte übrigens nur noch symbolische Bedeutung, denn Darquier ist 81 Jahre alt und gelähmt). Nach Aussagen des früheren Innenministers Poniatowski hat es zwar „inoffizielle Vorstöße" für Darquiers Auslieferung gegeben, nachdem diese jedoch „keinen Erfolg" gehabt hätten, habe man die ganze Angelegenheit „vergessen"...

An „Gedächtnisschwäche" leidet die französische Regierung jedoch nicht, wenn es um die Auslieferung politisch Verfolgter im Rahmen der „Europäischen Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus" oder die Abschiebung aktiver Linker und Gewerkschafter in faschistische Diktaturen geht.

Darquier ist kein Einzelfall

Nicht alle großen Kriegsverbrecher leben im Exil. Zum Teil führen sie genau wie ihre Gesinnungsfreunde in der BRD ein unbehelligtes Leben als „angesehener Bürger". Der antifaschistische Anwalt Serge Klarsfeld brachte nach dem Darquier-Skandal weitere Enthüllungen über Alt-Nazis.

Neben den Deutschen Kurt Lischka, Herbert Martin und Ernst Heinrichsohn, gegen die in der BRD nach fast 35 Jahren (!) immer noch kein Urteil gefällt ist, weist Klarsfeld auf die Hauptverantwortlichen unter den französischen Kollaborateuren hin: u.a. Rene Bousquet und Jean Leguay.

Die von Klarsfeld vorgelegten Dokumente beweisen, daß Bousquet und Leguay auch im unbesetzen Teil Frankreichs frühzeitig Judenverfolgungen im Dienste der Nazis inszenierten. Ein deutsches Telex vom 11.9.1942 gibt ein Gespräch zwischen Bousquet und SS-Heydrich wieder: *„Dieser* (=Heydrich, Anm. AK) *erwähnte im Laufe einer Konferenz mit dem Chef der französischen Polizei, dem Untersekretär Bousquet, daß demnächst Transportzüge für die Deportation heimatloser Juden aus der besetzten Zone, die im KZ Drancy interniert waren, in Richtung Osten zur Verfügung stünden (...). Dabei fragte Bousquet Heydrich, ob die Juden, die seit 1 1/2 Jahren in der nicht-besetzten Zone interniert waren, nicht als erste deportiert werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Frage wegen Transportschwierigkeiten offengelassen."* (Dieses und alle folgenden Zitate aus Dokumenten nach „Liberation", 13.11.78).

Jean Leguay, Stellvertreter Bousquets, war nach den Dokumenten auf französischer Seite Hauptverantwortlicher für die Deportationen. Am 3. August 1942 schreibt er in einem Brief an den SS-Mann Dannecker, den Verantwortlichen der anti-jüdischen Sektion der GeStaPo in Frankreich: *„In Übereinstimmung mit Ihnen* (=den deutschen Behörden, Anm. AK) *habe ich die folgenden Vorkehrungen für die Abfahrten der Züge (...) getroffen. Die Züge am 19., 21., 24. und 26. August werden sich im Kern aus Kindern zusammensetzen..."*.

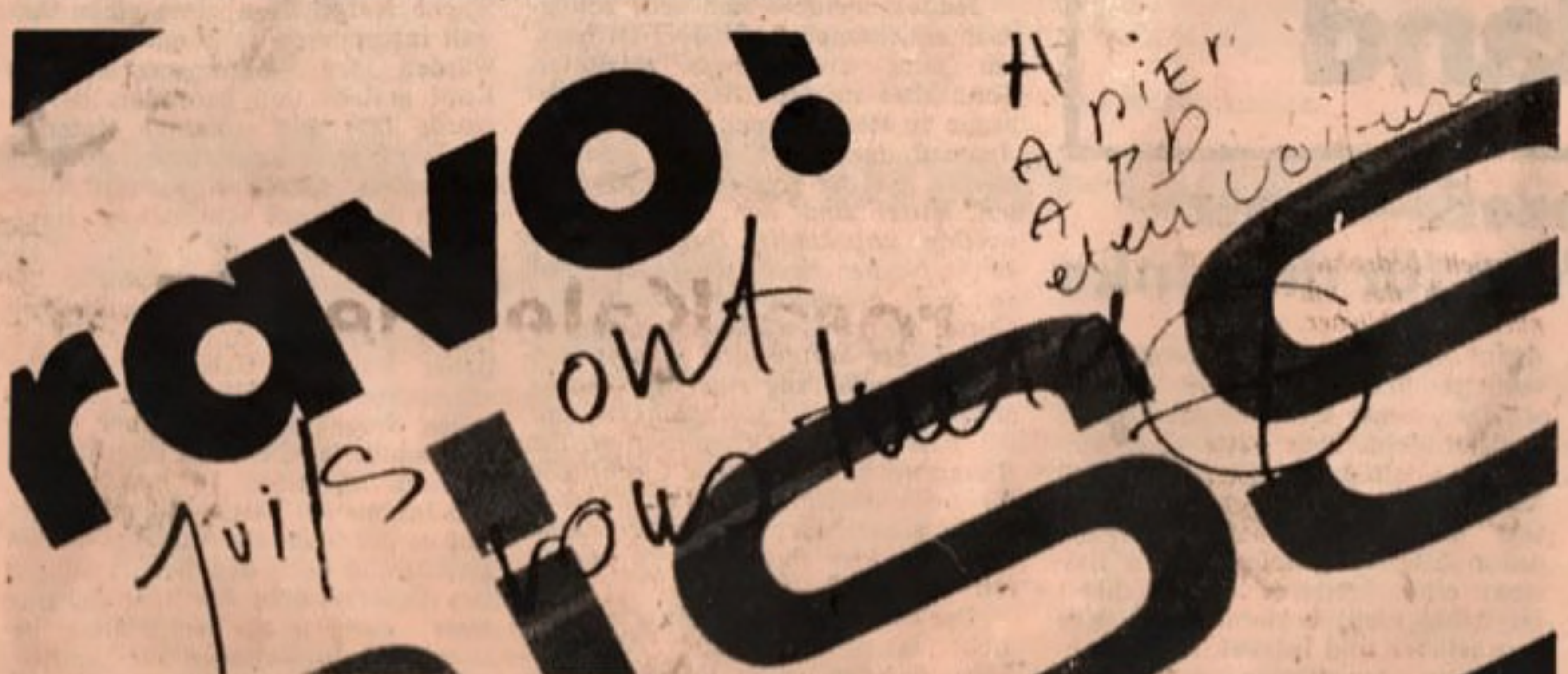
Damit kommt Leguay selbst auf die besonders aktive Rolle, die er und Bousquet bei der Deportation der jüdischen Kinder gespielt haben, zu sprechen. Bei Raziien am 16. und 17. Juli 1942 in Paris wurden 12.884 Juden festgenommen und im Velodrome d'Hiver, der Pariser Radrennbahn, interniert. Unter ihnen waren 4.015 Kinder. Am 17. Juli fand eine Konferenz über den weiteren Aufenthaltsort der jüdischen Kinder statt. Während Darquier de Pellepoix vorschlug, sie in Frankreich festzuhalten, heißt es in deutschen Dokumenten von Bousquet und Leguay, daß sie *„wiederholt den Wunsch aussprachen, die Kinder ebenfalls ins Reich deportiert zu sehen..."*.

In einem Gespräch am 25. Juni 42 schlug Leguay SS-Dannecker vor, zuerst die Juden aus der nicht-besetzten Zone zu deportieren, die andernfalls leichter Unterschlupf finden könnten. Als später, Ende August 1942, bei Razzien in der nicht-besetzten Zone 6.584 Juden festgenommen wurden, schreibt SS-Rothke: *„Leguay hat mehrmals sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß so wenig Juden in der nicht-besetzten Zone interniert worden seien..."*.

Nach der Befreiung wurde Leguay von seinem Posten suspendiert, jedoch niemals angeklagt. Bousquet wurde zu zwei Jahren verurteilt, die Strafe jedoch gleichzeitig aufgehoben wegen angeblicher späterer „Verdienste in der Resistance". Bousquet **wegen angeblicher späterer „Verdienste in der Resistance". Bousquet** **machte Karriere als Personaldirektor der „Bank von Indochina" und ist Mitglied in mehreren Aufsichtsräten. Leguay, heute pensioniert, war Personaldirektor verschiedener Kosmetikkonzerne, u.a. bei der Firma Nina Ricci.**

Daß die beiden Alt-Nazis bis heute einflußreiche Freunde in wichtigen Schaltstellen des Staatsapparats haben, zeigte sich anläßlich der Enthüllungen von Klarsfeld. Die große Nachrichtenagentur A.F.P. verhängte eine Zensur darüber. Aus Protest traten jedoch die Journalisten und Mitarbeiter von A.F.P. in einen mehrstündigen Streik.

Faschistische Parolen: „Juden zittert, wir beobachten euch"



Mordhetze an einer Werbungstafel: „Juden, wir werden euch umbringen" (der Kreis mit dem Kreuz ist das Symbol der militanten Faschistenorganisation „Faire Front", früher „Ordre Nouveau")

Weitere Alt-Nazis

Die genannten Fälle sind keine Einzelfälle. Der französische Springer, **Robert Hersant**, dem neben „France Soir", „Le Figaro" und „L'Aurore" noch ca. 30 andere Zeitungen in der Provinz gehören, war im besetzten Frankreich Agent der Gestapo. Ende der 40er Jahre wurde er wegen Kollaboration mit den Nazis und wegen Nötigung verurteilt. Woher das Geld für sein riesiges Zeitungsimperium stammt, ist unbekannt.

Der frühere französische SS-Mann **Jean-Marie Balestre** leitet heute die zum Hersant-Konzern gehörige Presseagentur AGIP. Zu den Mitarbeitern von Hersants „Figaro Dimanche" gehören die rechtsradikalen Literaten **Gerard Zwang, Pierre Griparin, Alain de Benoist, Michel Marmin, Patrice de Plunkett, Jean Varenne** sowie der wegen Kollaboration zum Tode verurteilte und später begnadigte **Olivier Mordrel**. Gemeinsam mit Marmin und de Plunkett ist Mordrel Redakteur von „Elements", der Zeitung der faschistischen Organisation G.R.E.C.E.

Aktiv unterstützt wird G.R.E.C.E. auch vom Hitler-Günstling und NS-Architekten **Arno Becker** und dem führeren SS-Mann **Jean Mabire**. An der Verherrlichung der „Legion Tricolore", einer französischen SS-Einheit, arbeitet der rechtsradikale „Erfolgsautor" **Saint-Loup**. Saint-Loup, mit richtigem Namen **Marc Augier**, trat 1942 in die SS ein, gründete in der Vichy-Zeit die nazistische Zeitung „La Gerbe", flüchtete nach der Befreiung nach Argentinien und wurde 1948 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nach der Generalamnestie von 1952 (siehe Anm. 2) kehrte er nach Frankreich zurück und führte seinen „Kampf gegen Bolschewismus und Judentum" weiter.

Zu den bekanntesten französischen Nazis gehört der „Minister für jüdische Angelegenheiten" unter Petain, **Tixier-Vignancourt**, heute Star-Anwalt der Rechten und führendes Mitglied der faschistischen **„Parti des Forces Nouvelles" (PFN)**.

Die Verbindungen der Faschisten reichen weit ins Lager der Regierungsparteien. So ist z.B. **Alain Griotterray**, der Generalsekretär der „Unabhängigen Republikaner" (Partei des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing), Hauptaktionär der faschistischen Zeitung **„Minute"**. Bei den letzten Kommunalwahlen von 1977 in Marseille waren einige der Kandidaten der „Unabhängigen Republikaner" Neo-Faschisten. Die Ordnerdienste der Regierungsparteien setzen sich vielfach aus Mitgliedern der **„Groupe d'Action Jeunesse"**, einer rechtsradikalen Schülergruppe, und ehemaligen OAS-Leuten zusammen.

Chefredakteur von „Minute" ist PFN-Führungsmitglied **Francois Brigneau**, mit richtigem Namen **Emmanuel Allot**, wegen Kollaboration zu 15 Jahren verurteilt. In einem Interview wurde ihm die Frage gestellt: *„Geht Ihre Ausländerfeindlichkeit bis zum Rassismus? Bis zum Antise-* *„Geht Ihre Ausländerfeindlichkeit bis zum Rassismus? Bis zum Antise-**mitismus?" „Ja, natürlich, in dem Maße, in dem die Juden eine Gefahr innerhalb unseres Landes darstellen (...). Sie scheinen mir eine Macht darzustellen, die in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht..."* („Etincelle", 10.11.78; die übrigen Informationen in diesem Abschnitt aus „Extradienst", 24.6.78).

Nazi-Nostalgie

Ähnlich wie in der BRD gibt es in der französischen Presse eine notdürftig historisch getarnte Nazi-Nostalgie. Beispielhaft zu nennen sind hier ein Fernsehfilm über die Hitler-Freundin Eva Braun und eine Fernsehserie über das Leben von Petain, die allerdings kurzfristig annulliert wurde. „Lacombe Lucien", neuerer Film des bekannten Regisseurs Louis Malle, diente dazu, die Kollaboration als etwas Normales hinzustellen, das zum Alltag aller ordentlichen Bürger gehört habe. In einer Fernseh-Live-Diskussion vertrat der Fernseh-Produzent Jean-Francois Chiappe im Dezember 1977, man müsse *„endlich mit der Legende der 6 Mio. toten Juden Schluß machen"*. Um die Unverschämtheit auf die Spitze zu treiben, forderte er einen anwesenden jüdischen Historiker auf, Beweise für diese „Behauptung" zu bringen. Schüler der Gymnasien Perrier und Michalet in Marseille trugen T-Shirts mit der Aufschrift: *„Wenn du Hunger hast, schieb einen Juden in deinen Backofen."* („Le Matin", 12.1.78)

Der Fall Robert Faurisson

Robert Faurisson, Mitarbeiter der rechtsradikalen Zeitung **„Defense de l'Occident"**, behauptet dort, daß es unter Hitler keine Gaskammern gegeben habe. Faurisson ist Rechtsradikaler im öffentlichen Dienst, seit 1974 Universitätsdozent in Lyon, wo er Veranstaltungen mit dem Titel *„Ist das Tagebuch der Anne Frank authentisch?"* durchführt. Obwohl er zuvor bereits in Clermont-Ferrand

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 45

durch antisemitische Äußerungen heftige Proteste erregt hatte, stellte ihn Uni-Direktor Bernardet ein, um seinen Doktor-Vater nicht zu enttäuschen. Der linke Dozent D. Prieto, dem er kurz vorher die Verlängerung seinen Vertrag verweigert hatte, konnte offensichtlich keinen prominenten Doktor-Vater vorweisen. Obwohl Bernardet sich im Zuge der jetzigen Enthüllungen scharf von Faurisson distanziert hat, war ihm dessen faschistische Einstellung nachweislich kein Geheimnis, da Faurisson bereits im Mai diesen Jahres in einem offenen Brief geschrieben hatte: „*Hitler hat niemals den Tod eines Menschen aufgrund seiner Rasse befohlen*".Hieß es seitens der Uni-Bürokratie zu Anfang, gegen Faurisson gebe es keine disziplinarische Handhabe, so sah man sich am 21.November genötigt, Faurisson vom Dienst zu suspendieren, nachdem ihm antifaschistische Studenten auf dem Campus den Weg verstellt hatten.

Todesdrohung gegen Juden

„*Die französische Organisation von Odessa International, der Organisation der alten Waffen-SS (...), hat beschlossen, die Mitglieder des internationalen Judentums, die mit dem internationalen Kommunismus im Bunde sind, zum Tode zu verurteilen. Die Exekutionen werden bereits morgen ihren Anfang nehmen.*"(nach „Le Matin", 12.1.78). Botschaften diesen Inhalts wurden am 23.12.77 an die Redaktionen zweier örtlicher





Sympathieparolen für Hitler heute in Frankreich

Tageszeitungen in Dijon geschickt. Hauptziel faschistischer Angriffe in Dijon war und ist Paul Chitelman, Präsident der örtlichen LICA-Gruppe (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus). Seit der Veröffentlichung eines Buches über seine Erfahrungen als KZ-Häftling in Auschwitz wird Chitelman fast täglich mit Drohbriefen und -telefonaten terrorisiert.

Die LICA, die nicht nur den Antisemitismus aufgreift, sondern verschiedentlich Klagen gegen die Diskriminierung arabischer Arbeiter geführt hat, verzeichnete allein im Jahre 1977 über 100 antisemitische und rassistische Übergriffe. Auch in Frankreich gilt: Der Schoß ist fruchtbar noch...

Frankreich-Kommission

Anm.1: Am 22.6.1940, bereits sechs Wochen nach der französischen Kriegserklärung an Deutschland als Reaktion auf den Überfall der Nazis auf Polen, brach die französische Kriegführung gegen Hitler zusammen. Der größere Teil Frankreichs wurde besetzt; im unbesetzten Teil Frankreichs wurde unter Marschall Petain eine Regierung errichtet, die sog. „Vichy-Regierung", die mit Nazi-Deutschland zusammenarbeitete.

Anm.2: Der „Erlaß zur Reinigung der Behörden" vom Mai 1945 wurde nur zögernd angewandt. 1952 wurde unter dem F[illegible]lerminister Antoine Pinay eine Ge[illegible]nestie im Zusammenhang mit der [illegible]'on erlassen.

Portugal

Rechte Regierung gebildet — Faschistische Überfälle häufen sich

Am 18. November stellte der von Präsident Eanes eingesetzte Premierminister Mota Pinto die sogenannte vierte verfassungsmäßige Regierung vor. Es handelt sich bei den neuen Ministern durchgehend um intimste Vertrauensleute des Großkapitals, die teilweise schon im Faschismus bevorzugt mit hohen Posten versehen worden waren.

Der Vize-Premierminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, europäische Integration, sowie Finanz- und Planungsminister, Jacinto Nunes, war bereits unter Salazar Staatssekretär für Finanzen ("Diario Popula" = "DP", 20.11.78) und dann Bevollmächtigter des faschistischen Parlaments ("Voz do Povo", 21.11.78). Nach dem 25. April wurde er Vize-Chef der Bank von Portugal, später Portugals Vertreter im Weltwährungsfonds und der Weltbank. Momentan ist er Präsident der Allgemeinen Sparkasse („DP", 20.11.78).

Neuer Außenminister ist Freitas Cruz, der ab 1962 portugiesischer Generalkonsul in New York war. 1964 wurde er dann für würdig befunden, die faschistischen Geschäfte als bevollmächtigter Minister der portugiesischen Vertretung in Salisbury (Rhodesien) zu übernehmen ("DP", 18.11.78). Außerdem war er enger Mitarbeiter des faschistischen Ministers Franco Nogueira („O Jornal", 24.11.78) und ist momentan in Brüssel NATO-Botschafter für Portugal.

Für Handel und Tourismus zeichnet demnächst verantwortlich Repolho Correia, der im Faschismus Stadtrat von Lissabon war, sowie Mitglied im Kabinett des Salazar-Ministers Ulisses Cortes ("DP", 18.11.78). Später hatte er einen leitenden Posten in der Bank Fonsecas & Burnay und war bis Sommer dieses Jahres Vize-Präsident der Nationalen Eisen- und Stahlhütte.

Der dem Regierungschef beigeordnete Minister Alvaro Monjardino war ab 1973 Mitglied der faschistischen Nationalversammlung und ist momentan Präsident der Regionalversammlung der Azoren ("DP", 20.11.78).

In solcher Gesellschaft eignet sich für den Posten als Arbeitsminister natürlich ein Mann wie Marques de Carvalho, der Aufsichtsratsmitglied in der Zentralen Brauereigesellschaft ist und vorher Personalchef der Bank Borges & Irmao war ("DP", 20.11.).

Der neue Industrie- und Technologie-Minister Alvaro Barreto setzte in leitender Stellung in der Werft Lisnave eine interne arbeiterfeindliche Reglementierung über den Arbeitsrhythmus durch ("Voz do Povo", 21.11.78).

Der Agrarminister Vaz Portugal wurde aus dem Kabinett von Nobre da Costa übernommen und ist der politisch Verantwortliche für die Landraubaktionen gegen Kooperativen im Alentejo in den letzten Wochen.

Ebenfalls übernommen aus dem Kabinett von Nobre da Costa wurde der Innenminister Goncalves Ribeiro, der verantwortlich ist für die im Zuge der Landraubaktionen erfolgten blutigen GNR-Einsätze gegen Landarbeiter.

Daß eine solche Regierung, deren Aufgabe es nun sein wird, die vom Weltwährungsfonds gestellten volksfeindlichen Bedingungen für einen Milliardenkredit politisch und wirtschaftlich umzusetzen, bei der Rechten Begeisterung hervorruft, ist vollkommen klar.

Sichtlich ermutigt versammelten sich am 24. November in Porto die Faschisten zu einer illegalen Kundgebung und zogen, nachdem diese Kundgebung friedlich von der Polizei aufgelöst worden war, in verschiedenen Richtungen davon. Dann konnten drei Stunden lang mindestens dreihundert zumeist jugendliche Faschisten ungehindert durch die Innenstadt von Porto ziehen. Bewaffnet mit Fahrradketten und Knüppeln überfielen sie Passanten und brüllten Hochrufe auf Hitler und Salazar; optisch waren viele von ihnen an Hakenkreuzbinden erkennbar. Nacheinander wurden Büros der UDP, PS, UJC (Jugendorganisation der PC) und der PC unter den Rufen "Tod den Kommunisten!", "Tod den Kommunen!" verwüstet und teilweise in Brand gesteckt. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle und konnte Schlimmeres verhindern, während die Polizei regelmäßig erst zwanzig Minuten nach Abzug der Faschisten eintraf. Dies sticht besonders im Fall der UDP ins Auge: die nächste Polizeistation ist nur wenige hundert Meter entfernt.

Am 1.Dezember kam es in Lissabon zu einer faschistischen Demonstration (wie auch letztes Jahr schon), um für die „nationale Unabhängigkeit" zu demonstrieren. Organisiert wurde diese Demonstration vom MIRN (Chef ist der General Kaulza de Arriaga), der PDC (Vorsitzender Pinheiro de Azevedo) und der Jugendorganisation der CDU-Schwesterpartei CDS. Einige Tausend Faschisten forderten den Tod von Cunhal und überhaupt aller Kommunisten.

Portugal-Kommission

Schweiz

Volksabstimmung in der Schweiz:

Schweiz

Volksabstimmung in der Schweiz: „Bundessicherheitspolizei" abgelehnt!

Am 3. Dezember lehnten die Schweizer mit einer klaren Mehrheit von 56 % der abgegebenen Stimmen die Einrichtung einer zentralen Bundes-Terror-Polizeitruppe ab.

Nach einjähriger öffentlicher Auseinandersetzung, die von der Linken mit Protestaktionen begonnen worden war und rasch sämtliche in der Schweiz vertretenen politischen Strömungen bis zu extrem konservativen Kreisen erfaßte und vor allem in den letzten Monaten in allen drei Sprachregionen bis in die Dörfer hinein die politische Diskussion beherrschte, kann die demokratische Bewegung in der Schweiz nun einen wichtigen Erfolg verbuchen, der ihr Auftrieb gibt und sie im Widerstand gegen andere und künftige undemokratische Maßnahmen stärken dürfte. Besonders das Instrument der Terrorismus-Hysterie, mit dem in der BRD wesentliche Schritte des Abbaus von bürgerlich-demokratischen Freiheiten bzw. des Ausbaus der staatlichen Gewaltmittel durchgesetzt wurden, dürfte in der Schweiz nun erst einmal an Wirksamkeit verloren haben.

Auch in bürgerlichen Zeitungen, hauptsächlich der französischsprachigen Westschweiz, wurde festgestellt, daß die Terrorismus-Bekämpfung den Betreibern der Bundessicherheitspolizei (Busipo) in der Berner Bundesregierung als willkommenes „Argument" gedient hatte, um ihr Vorhaben nach westdeutschem Vorbild in der Bevölkerung zu „verkaufen". Bundesrat Kurt Furgler, CVP-Rechter (Christliche Volks-Partei), Justiz- und Polizeiminister in Bern und in der demokratischen Öffentlichkeit oftmals als „schweizerischer F.J. Strauß" bezeichnet, hatte mit großem persönlichen Einsatz das Busipo-Projekt vorangetrieben. Er hatte die Busipo als 1300 Mann starke Truppe geplant, aus denen ein Kontingent von 300 "Spezialisten" nach GSG 9-Muster aufgebaut werden sollte und die übrigen 1000 als Bundespolizei zur „Sicherung von Ruhe und Ordnung im Innern" sorgen sollten („Baseler Zeitung"- BAZ 30.11.78).

Die Busipo sollte aus vorhandenen Polizeikräften verschiedener Kantone gebildet werden, eigene Ausrüstung mit Maschinenpistolen und Schützenpanzern und eigene Ausbildung erhalten und unter Furglers Oberkommando stehen. Gegen ihren Einsatz auf Anordnung der Bundesregierung sollten die betroffenen Kantonsregierungen keinerlei Vetorecht haben.

Hauptsächliche Anwendung sollte die Busipo nach Furglers Plänen offenbar bei der zentral organisierten Niederschlagung von Massenprotesten und -bewegungen finden. Neben dem ständig wiederholten Terrorismus-Argument, mit dem auch in umfangreichen Anzeigenkampagnen für die Busipo geworben wurde, brachten Fürsprecher des Projekts auch relativ offen die Massenaktionen der Anti-AKW-Bewegung und der jurassischen Unabhängigkeitsbewegung als Gründe vor. Der Zürcher Regierungsrat und Polizeidirektor Gisler zur Baseler Zeitung (30.11.78): Frage: „*Gibt es aber aktuelle Fälle, wo es die Busipo wirklich braucht?*" Antwort von Gisler: „*Ich erinnere an Moutier und Gösgen...*"! (In Moutier, einem Zentrum der Unabhängigkeitsbewegung im Südjura, wurde im April 1977 eine Massenaktion von Jurassiern für die Unabhängigkeit durch Polizeikräfte aus 11 Kantonen gewaltsam aufgelöst; in Gösgen demonstrierten im Sommer 1977 6000 AKW-Gegner, die ähnlich wie in Grohnde von der Polizei brutal angegriffen wurden.) Auch Furgler selbst bezog sich in einem Interview mit der

April 1977 eine Massenaktion von Jurassiern für die Unabhängigkeit durch Polizeikräfte aus 11 Kantonen gewaltsam aufgelöst; in Gösgen demonstrierten im Sommer 1977 6000 AKW-Gegner, die ähnlich wie in Grohnde von der Polizei brutal angegriffen wurden.) Auch Furgler selbst bezog sich in einem Interview mit der

„Weltwoche" auf den Polizeieinsatz in Moutier, als er gefragt wurde, was mit „Sicherstellung von Ruhe und Ordnung" gemeint sei. Dann nannte er noch als mögliche Fälle für den Busipo-Einsatz: „*Wenn indes Demonstrationen ausarten sollten, sie lediglich noch Vorwand wären* (wer stellt das fest? – AK), *dann stellt sich für den Kanton und den Bund die Frage, wie lange sie das ungestraft in Kauf nehmen können. Denken wir an eine blockierte Nationalstraße, an eine blockierte Bahn*"(„BAZ",30.11.).

Da die Jurassier mit Furglers Polizei so schon reichlich Erfahrungen in den vergangenen Jahren gesammelt haben, haben sie seiner Busipo auch mit aller Deutlichkeit eine Abfuhr erteilt: 84,4 % stimmten im neuen Kanton Jura gegen die Busipo! Auch in Genf, wohin Furgler bei einer vorgetäuschten Flugzeugentführung gleich die westdeutsche GSG 9 hatte einfliegen lassen, stimmten mit 70,5 % überdurchschnittlich viele gegen die Busipo. Besonders in den französischsprachigen Kantonen hatten allerdings auch bürgerlich-konservative bis rechte Kräfte gegen die Busipo Stellung bezogen, da sie durch größere zentrale Polizeigewalt von Bern ihre föderalistische Eigenständigkeit und Polizeihoheit gefährdet sahen. Diese Kreise machen sich z.T. auch für eigene kantonale Terror-Polizeieinheiten stark, die es schon in mehreren Kantonen (Bern, Zürich) gibt – ausgebildet von Wegeners GSG 9-„Spezialisten"!

Sympathisanten der furglerschen Staatspolizei-Planung („Aktionskomitee für die Schaffung der BUSIPO" mit Nationalrat Jakob Schutz) stellen inzwischen schon wieder neue Überlegungen an, „ob mit einer reinen Sicherheitspolizei zur Bekämpfung des Terrorismus doch noch durchzukommen wäre" („BAZ", 4.12.78). Eine neue Runde im Kampf gegen den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates wird offenbar nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Schweiz-Kommission



Kurt Furgler, Vater der Bundessicherheitspolizei

Demokratie ohne Terror!

Gewalt führt nie zum Guten. Wo die Volksrechte so ausgebaut und die Minderheiten so geschützt sind wie bei uns, hat Gewalt keine Rechtfertigung.

Terroristen kümmert das nicht. Sie verfolgen Ziele, die der Volkswille nie akzeptieren würde. Darum bedienen sie sich der Gewalt. Der brutalsten Gewalt. Überall wo sie können. Rücksichtslos.

Dagegen kommen die Kantone einzeln nicht mehr auf. Die Sicherheitspolizei muss ihnen helfen können.

Darum am 3. Dezember:

SICHERHEITSPOLIZEI: **JA!**

Schweizerisches Aktionskomitee für wirksame Terrorbekämpfung
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Schweizerische Volkspartei (SVP)

England

Staatsschutzprozeß — trotz Verurteilung Erfolg für die Linke

Das als ABC-Prozeß bekannt gewordene Verfahren gegen die beiden britischen Journalisten Aubrey und Campbell und den früheren britischen Nachrichtenoffizier Berry endete mit eher symbolischen Strafen: 2 Ermahnungen, einmal Bewährung, nachdem Höchststrafen von 14 Jahren Knast gedroht hatten (vgl. AK 130 und 139).

Zur Vorgeschichte: Anfang 77 ließ die britische Regierung die beiden US-Bürger Phil Agee und Mark Hosenball als „unerwünschte Personen" ausweisen. Der ehemalige CIA-Agent Agee hatte bereits mehrere detaillierte Bücher über die Machenschaften seiner früheren Arbeitgeber veröffentlicht. Nun hatte er zusammen mit dem Journalisten Hosenball Material für einen Artikel in „Time Out" über die britische Abhörorganisation SIGINT geliefert, deren Existenz einer breiteren Öffentlichkeit bis dahin nicht bekannt war. Linke Journalisten und Intellektuelle konnten ihre Ausweisung auch nicht durch eine recht breite Kampagne verhindern, zumal auch schon der amerikanische Imperialismus bei Regierungschef Callaghan vorstellig war.

Jedoch meldete sich sehr solidarisch ein ehemaliger SIGINT-Offizier, um seine zwar etwas veralteten Kenntnisse in den Dienst der Kampagne zu stellen. Denn: „*Sowohl das Ausmaß der Schnüffeleien und die hierfür von der Regierung eingesetzten Mittel sind der Öffentlichkeit weithin unbekannt. Daß sie unbekannt bleiben liegt zum großen Teil an dem beträchtlichen Druck auf Leute, die zu den Tatsachen Zugang haben oder hatten. Mir scheint, daß die Geheimhaltung einer der bedeutendsten Schlüssel zur Macht ist, und die Existenz einer Organisation, die Riesensummen ohne jede öffentliche Kontrolle ausgibt, trägt viel dazu bei, die Illusionen über die demokratische Natur unserer Regierung zu zerstören*"(„Guardian", 18.11.78).

Der britische Staatsschutz mochte nicht tatenlos zusehen: Als sich Berry mit den beiden linken Journalisten Aubrey und Campbell zu einem Interview traf, wurden sie gleich anschließend festgenommen und erstmal 40 Stunden auf der Wache festgehalten ohne einen Anwalt informieren zu können. Derweil wurden ihre Wohnungen auf den Kopf gestellt und besonders bei C. wurde fast sein gesamtes Material, das er für seine journalistische Arbeit gesammelt hatte, einkassiert (u.a. „Wem die Stunde schlägt" von Hemmingway).

Die Anklage umfaßte schließlich 9 Staatsschutzvergehen einschließlich „Geheimnisverrat zum Nutzen feindlicher Mächte". Dabei wurden Bestimmungen herangezogen, die nur gegen Spione und Saboteure bisher angewandt wurden. Als Höchststrafe drohten immerhin 14 Jahre Knast. Das Infame der Beschuldigungen war, daß es der Staat als Ankläger ist, der gleichzeitig nach den Bestimmungen des ‚Gesetzes über Amtliche Geheimnisse' auch noch nachträglich bestimmte Informationen für „amtlich geheim" erklären kann und damit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 46

den Versuch fortschrittlicher Journalisten zu recherchieren, willkürlich zur „Ausforschung von Geheimnissen" erklären kann. Im Prozeß müssen dann die Angeklagten (!) nachweisen, daß es sich gar nicht um Staatsgeheimnisse gehandelt hat. Ein schwieriges Unterfangen, weshalb von vornherein die Aussichten, aus dem Prozeß einigermaßen heil herauszukommen, zunächst sehr pessimistisch beurteilt wurden. In dieser Lage konnte sich die Staatsanwaltschaft sogar vor Prozeßbeginn das Angebot – wenn auch vergeblich – leisten, die schweren Anklagepunkte fallen zu lassen, wenn die Angeklagten zu den kleineren Vorwürfen ihre Schuld bekennen.

Die Angeklagten (ABC) ließen sich aber auf nichts ein und stellten in einer Kampagne besonders die politischen Angriffe seitens des Staates heraus. Unterstützt durch die Arbeit des „ABC-Verteidigungskomitees", gelang es, den Prozeß als politische Sieger zu überstehen. Nachdem enthüllt werden konnte, daß alle Geschworenen von der Staatsanwaltschaft vorher politisch überprüft worden waren, und der Geschworenensprecher selbst früher zur staatlichen Terrortruppe SAS (entspricht GSG 9, AK) gehörte, platzte der erste Prozeß, wobei auch gleich noch der zu plump auftretende Richter ausgewechselt wurde.



John Berry, Crispin Aubrey und Duncan Campbell nach dem Prozeß

Ein Anklagepunkt nach dem anderen mußte fallengelassen werden, als die Verteidigung nachwies, daß die angeblichen Geheimnisse bereits vor Jahren aus stattlichen Publikationen jedem interessierten zugänglich waren, selbst wenn der Richter etwa Zeitungsartikel als beweisunerheblich nicht gelten ließ: „*Die Tatsache, daß was im Guardian erscheint, beweist gar nichts*" (G., 10.10.78).

Zuletzt erklärte er alle nach Landesverrat riechenden Anklagepunkte selbst für „unterdrückerisch" und verhandelte nur noch wegen „Verletzung des Dienstgeheimnisses". Allerdings kam es noch – wohl mehr um das Gesicht zu wahren – zu Schuldsprüchen, „Strafe": Ermahnung an die Journalisten, Bewährung für John Berry. Politisch ist das natürlich immer noch ein Skandal, wenn man die „Begründung" für den Schuldspruch hört: Die Information, die Berry über seine Arbeit bei SIGINT gab, sei zwar geringfügung und veraltet (er verließ SIGINT 1970!), sie hätte jedoch irgendwie vielleicht für Feinde nützlich sein können (G., 18.11.).

Die empfindlich hohen Kosten von über 50.000 DM sollen von Freunden und Arbeitgebern von ABC übernommen worden sein.

Labourlinke besorgt

Die linkssozialdemokratische Wochenzeitung „Tribune", die 20-25 % der Labourabgeordneten repräsentiert, begrüßte das Prozeßergebnis als Erfolg für die Angeklagten, da auf diese Weise die Machenschaften von SIGINT entgegen dem Willen der Regierung gerade erst in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt wurden. Der Prozeß wurde als „gefährlicher Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten in England", als „Schande für England" beklagt. Außerdem fordert man den Rücktritt von Generalstaatsanwalt Silkin, der dafür verantwortlich ist, daß der Prozeß überhaupt geführt wurde („Tribune", 17.11.78).

Der Versuch, eine Debatte darüber im Unterhaus zu führen, würde abgewürgt und soll nun in der Fraktion hinter verschlossenen Türen stattfinden. Bisher war darüber auch nichts mehr zu hören...

Englandkommission

Skandinavien

Rechtsradikale Kommandozentrale und Waffenlager in Norwegen aufgedeckt

Am 7. November fand die Polizei in Oslo in einer privaten Villa bei einer Hausdurchsuchung wegen illegaler Schnapsbrennerei ein Waffenlager, das für die Bewaffnung einer kleineren Armee ausgereicht hätte. Der Mann, dem diese Sammlung gehört, heißt Hans Otto Meyer. Das Lager befand sich in einem geheimen Raum, der nur durch Druck an zwei verschiedenen Punkten an einer Wand durch einen Mikrowellen-Mechanismus erreicht werden konnte. Dieses geheime Waffenarsenal war gleichzeitig als Kommandozentrale eingerichtet. Gefunden wurden: Maschinengewehre, deutsche und amerikanische Typen, alles neueste Modelle, weiterhin schwedische Mausergewehre „Bazooka" zum Schießen mit Panzerabwehrraketen, Selbstladegewehre, Maschinenpistolen usw und insgesamt 20.000 Patronen für verschiedene Gewehr- und Pistolentypen.

Außerdem wurden Radiosender und -empfänger gefunden und Gold- und Silberbestände im Wert von mehreren Hunderttausend Kronen.

In diesem Zusammenhang wird es interessant, wenn man sich die Vergangenheit dieses Burschen ansieht. Ende der 50er Jahre stand H.O. Meyer in enger Verbindung zum norwegischen militärischen Nachrichtendienst. Diese Meldung wurde in den ersten beiden Tagen nach Bekanntwerden des Skandals noch bestritten, ist inzwischen aber offiziell bestätigt worden. Der militärische Nachrichtendienst wußte von dem Waffenlager und wahrscheinlich noch von einigem mehr. Und zwar spielt hier ein gewisser Colby eine herausragende Rolle. Colby war in den 50er Jahren Angehöriger des US-Konsulats in Stockholm. In dieser Zeit baute Colby ein Netz sogenannter „Partisanenzellen" in ganz Skandinavien auf. Sie sollten als Geheimarmee in dem Eventualfall eingesetz werden, wenn die „Russen Norwegen besetzen" würden. Meyer war (ist) Mitglied dieser „Vereinigung" gewesen. Colby ist nach seinem Aufenthalt in Skandinavien Mitglied beim CIA geworden. Trotz der Aussage des norwegischen Verteidigungsministers, daß diese Gruppen ihre Waffen schon vor 14 Jahren abgegeben hätten, ist nach der neuen Entdeckung dieses Waffenlagers anzunehmen, daß diese Kreise nach wie vor in aller Seelenruhe und mit Wissen des Nachrichtendienstes blühen und gedeihen.

In den 50er Jahren war Meyer in die sog. „Blindheim"-Sache verwikkelt: Der militärische Nachrichtendienst ließ finnische Staatsbürger zu Spionagetätigkeit gegen die Sowjetunion ausbilden. Ein Prozeß in dieser Sache findet 1979 statt.

Übrigens hat Meyer als Reserveoffizier mit Kapitänsrang über 50.000 Reserveoffiziere zum Einsatz in „kritischen Situationen" in Norwegen!

Skandinavienkommission

Antifaschisten aufgepaßt: Deutschtümler in Dänemark!

Auf Einladung der "VDA – Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e.V." hielt sich kürzlich der Vorsitzende des "Bundes Deutscher Nordschleswiger", Gerhard Schmidt, in Hamburg auf. Er hielt den VDA'lern einen Vortrag über "Die Lage der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig".

"Freundschaftliche Bande", wie sich die VDA-Zeitung "Globus" ausdrückt, gibt es schon seit 1973. Seitdem organisiert der VDA für die Abschlußklassen der deutschen Schule in Tingleff Reisen in das Ruhrgebiet und zum Bundestag. Mag sich das auch noch so harmlos anhören – angesichts unserer Erkenntnisse über den VDA (s. dazu VDA-Artikel im Antifa-Teil dieses AK) sollten die Antifaschisten im Norden ein wachsames Auge für die Aktivitäten des VDA und des "Bundes Deutscher Nordschleswiger" haben!

Antifa-Kommission/ Hamburg

Sechs Wochen Gefängnis für Besetzer der iranischen Botschaft in Oslo



der nur durch Druck an zwei verschiedenen Punkten an einer Wand durch einen Mikrowellen-Mechanismus erreicht werden konnte. Dieses geheime Waffenarsenal war gleichzeitig als Kommandozentrale eingerichtet. Gefunden wurden: Maschinengewehre, deutsche und amerikanische Typen, alles neueste Modelle, weiterhin schwedische Mausergewehre „Bazooka" zum Schießen mit Panzerabwehrraketen, Selbstladegewehre, Maschinenpistolen usw und insgesamt 20.000 Patronen für verschiedene Gewehr- und Pistolentypen.
Außerdem wurden Radiosender und -empfänger gefunden und Gold-
ersten beiden Tagen nach Bekanntwerden des Skandals noch bestritten, ist inzwischen aber offiziell bestätigt worden. Der militärische Nachrichtendienst wußte von dem Waffenlager und wahrscheinlich noch von einigem mehr. Und zwar spielt hier ein gewisser Colby eine herausragende Rolle. Colby war in den 50er Jahren Angehöriger des US-Konsulats in Stockholm. In dieser Zeit baute Colby ein Netz sogenannter „Partisanenzellen" in ganz Skandinavien auf. Sie sollten als Geheimarmee in dem Eventualfall eingesetz werden, wenn die „Russen Norwegen besetzen" würden. Meyer war (ist) Mitglied dieser „Vereini-
aller Seelenruhe und mit Wissen des Nachrichtendienstes blühen und gedeihen.
In den 50er Jahren war Meyer in die sog. „Blindheim"-Sache verwikkelt: Der militärische Nachrichtendienst ließ finnische Staatsbürger zu Spionagetätigkeit gegen die Sowjetunion ausbilden. Ein Prozeß in dieser Sache findet 1979 statt.
Übrigens hat Meyer als Reserveoffizier mit Kapitänsrang über 50.000 Reserveoffiziere zum Einsatz in „kritischen Situationen" in Norwegen!
Skandinavienkommission
Sechs Wochen Gefängnis für Besetzer der iranischen Botschaft in Oslo



Norwegen. Am 20. November hatten 11 iranische Studenten aus Protest gegen das faschistische Schahregime die Botschaft des Iran in Oslo besetzt. Die Botschaftsangehörigen wurden in ein Zimmer eingesperrt, während die Besetzer mit roter Farbe Parolen gegen das Schahregime an die Wände malten. Flugblätter, die das norwegische Volk aufforderten mit dem geknechteten Volk des Iran Solidarität zu zeigen, wurden an die herbeigeeilten Journalisten verteilt. Wenig später rückten bewaffnete Polizeieinheiten an und räumten die Botschaft.

Schon nach zwei Tagen wurden die 11 iranischen Studenten von einem Gericht einzeln abgeurteilt. Wegen des in ‚der Botschaft angerichteten Schadens und der Kränkung der Repräsentation eines ausländischen Staates' wurden alle Besetzer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt (Angaben nach: Klassekampen 21. und 22. Nov. 1978).

Skandinavienkommission

Erfolgreicher Streik ausländischer Arbeiter in Norwegen

Fast unbemerkt und von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen ist Ende Oktober ein vierwöchiger Streik von ausländischen Arbeitern in Norwegen mit einem Teilerfolg zu Ende gegangen.

Gestreikt wurde auf Norwegens teuerster Industrieanlage, Statfjord, einer riesigen Bohrinsel nördlich von Bergen. Hier arbeiten ca. 2.400 Arbeiter in zwei 12-Stunden-Schichten. Es gibt eine große Produktionsplattform und zwei voneinander getrennte Wohnplattformen, auf der einen wohnen die ausländischen Arbeiter, auf der anderen die norwegischen.

In dem Streik entlud sich die jahrelange Diskriminierung der ausländischen Arbeiter durch den norwegischen Staat und die im Auftrag der Staates bohrende amerikanische Gangsterfirma „Brown and Roots". Forderungen der Streikenden waren:

1. Bessere Bezahlung (während in dem Arbeitsvertrag der ausländischen Arbeiter ein Höchstlohn von 35 Nkr. festgelegt ist – pro Stunde – erhalten ihre norwegischen Kollegen fast das Doppelte).
2. Da 30% des Lohnes in Form von Steuern an den norwegischen Staat abgegeben werden müssen, forderten die Streikenden die gleichen Rechte, wie sie im norwegischen Arbeitsrecht den einheimischen Arbeitern garantiert werden, d.h. Kündigungsschutz, Krankengeld, Feriengeld usw.
3. Die Streikenden forderten, daß sie in der vom Arbeitgeber (!) eingerichteten Gewerkschaft mit ihren eigenen Vertretern repräsentiert sein müßten (was bis dahin nicht der Fall war).

Nachdem sich „Brown and Roots" zunächst geweigert hatte, mit den Streikenden zu verhandeln (man hatte vorübergehend extra Streikbrecher aus Mexico eingeflogen – ohne Erfolg), mußte sich die Firma schließlich dem mit großen Elan geführten Streik beugen und gestand den ausländischen Arbeitern Lohnerhöhung auf ca. 45 Nkr./Std. zu sowie verbesserten Kündigungsschutz und Urlaubsgeld.

Selbst wenn nicht alle Forderungen der streikenden ausländischen Arbeiter in vollem Umfang erfüllt wurden, muß man den vierwöchigen Streik doch als beachtlichen Erfolg werten, gerade auch angesichts der teilweise sehr distanzierten Verlautbarungen der norwegischen Arbeiterschaft (nach: Klassekampen 23.9. – 4.11.).

Skandinavienkommission

Schweden: 200-Kronen-Gesetz erneut abgelehnt

In der während und nach dem Streik bei Bil & Traktor im nordschwedischen Boden entstandenen Diskussion um die Abschaffung der Streikentschädigung, zu der Arbeiter im „wilden" Streik in unbegrenzter Höhe verurteilt werden konnten, ist jetzt eine Niederlage hinzunehmen.

Bis vor ca. 2 Jahren galt noch das Gesetz, daß diese Geldstrafe höchstens 200 Kronen betragen durfte. Ein neues Gesetz beschloß dann, daß die Streikenden zu Entschädigungen in unbegrenzter Höhe verurteilt werden konnten. Bei den Bil & Traktor-Arbeitern war eine Strafe von 400 Kronen festgesetzt worden. Anläßlich dieser Verurteilung hatte sich landesweit eine Solidaritätsbewegung gebildet, die für die Wiedereinführung der 200-Kronen-Grenze kämpfte und ca. 35.000 Unterschriften sammelte. In über 150 gewerkschaftlichen Gremien waren die Komitees unterstützt worden.

Die schwedischen Sozialdemokraten hatten – auf dieser Welle schwimmend – im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die 200-Kronen-Grenze erneut zur Abstimmung brachte. Allerdings hatte der Arbeitsmarkt-Ausschuß des Reichstages schon vorher alle Vorschläge des Antrages zurückgewiesen. Es sollte nach seinem Willen lediglich eine Empfehlung an die Arbeitsgerichte geben, sich innerhalb der 200-Kronen-Grenze zu halten, wenn dieser Streik keine „zu ernsten Momente" enthält. Dauert der Streik zu lange

Fortsetzung nächste Seite

Schwedische Atombombe — jederzeit möglich!

Wie aus einer Fernsehsendung am 21. 11. hervorging, ist Schweden in der Lage, innerhalb eines 1/2 Jahres eine Atombombe zu produzieren. Die militärische Forschungsabteilung FOA erklärte offiziell, daß z.Z. 80 Forscher an diesem Projekt arbeiten. Schon seit den 50er Jahren beschäftigt sich ein Stab von zeitweise 300 Forschern damit. 1968 verbot der schwedische Reichstag die „konkrete Forschung" in diesem Bereich. Daraufhin stellte die FOA einige Projekte ein, andere liefen aber trotz des Verbotes noch bis 1972 weiter. Heute beschäftigen sich die Forscher angeblich nur noch mit der theoretischen Forschung. Auch die Träger für die Bomben werden entwickelt, u.a. in Zusammenarbeit mit den USA.

Schon zu Beginn der Forschung, also in der 50er Jahren, wurde gesagt, daß man das Plutonium für die Bomben aus noch zu bauenden Kernkraftwerken nehmen wolle.

Skandinavienkommission

Fortsetzung von Seite 47

oder gehen die Arbeiter nicht wieder an ihre Arbeitsplätze, obwohl sie vom Gericht dazu aufgefordert worden sind, ist eine Verurteilung zu 300 Kronen gerechtfertigt, auch eine zweimalige Verurteilung zu 200 Kronen hält der Ausschuß für richtig (Dagens Nyheter, 22.11.).

Nach diesen „Empfehlungen" scheint es kein Wunder zu sein, wenn der Reichstag am 23.11. mit allerdings knapper Mehrheit die 200-Kronen-Grenze ablehnte (138 : 153). Daß sich auch die Arbeitsgerichte kaum an die Empfehlung des Ausschusses halten werden, sieht man daran, daß bereits vor kurzem Elektroarbeiter in Solleftea und Volvo-Arbeiter in Göteborg zu je 300 Kronen Streikentschädigung verurteilt wurden.

Gegen das Abstimmungsergebnis demonstrierten 1.400 Menschen in Göteborg, Malmö und Stockholm. Die gewerkschaftlichen Komitees werden den Kampf weiterführen (Internationalen 47/78).

Skandinavienkommission

Schweden: Freiheit der Forschung fürs Pentagon

Schon zur Zeit des Vietnam-Krieges wurde bekannt, daß ein großer Teil der schwedischen Universtiätsinstitute Forschungsaufträge vom Pentagon annimmt. Aufgrund der Proteste gegen diese Unterstützung der US-Kriegsmaschinerie sahen sich die Rektoren im Jahre 1970 zu der gemeinsamen Erklärung veranlaßt, es sei „*unpassend, daß man an schwedischen Forschungsinstituten mit Mitteln ausländischer Streitkräfte Forschung betreibt, wenn verlangt wird, daß das Projekt einen direkten und offenbaren Zusammenhang mit bestimmten militärischen Funktionen und Maßnahmen hat*". Die Debatte und die Proteste verstummten daraufhin (siehe auch nebenstehenden Artikel über Pressezensur), aber die Arbeit staatlicher schwedischer Institute für das Pentagon ging weiter, wie u.a. aus dem Rechenschaftsbericht des Pentagons ganz offiziell hervorgeht. Die US-Gesetzgebung schreibt für solche Aufträge an ausländische Institute vor, daß sie „*für die Verteidigung der USA von Wichtigkeit sind und sich nicht aufschieben lassen.*"

Bei den jetzt bekannt gewordenen Fällen handelt es sich um eine lange Liste verschieden großer Aufträge aller drei Waffengattungen der USA. So hat allein die Universität Uppsala zwischen 1968 und 1978 vor allem von der US-Air–Force nach amtlichen schwedischen Angaben über 450 000 skr. erhalten. Geheimaufträge sind darin natürlich nicht enthalten.

Der Verwaltungschef der Universität Göteborg sieht sich außerstande, überhaupt Zahlen zu nennen, weil die Gelder häufig direkt in die Taschen der Professoren fließen: „*In den 60er Jahren hatten wir viele solche Aufträge, bevor es die damalige Debatte gab. Es kann wahr sein, daß wir seitdem noch mehr Aufträge bekommen haben, aber die sind dann nicht über die zentrale Verwaltung gegangen, sondern an einige der 150 Institute oder direkt an die Forscher*".

Wie ernst die Erklärung der Rektoren von 1970 gemeint war, erklärt nun der damalige Rektor der Universität Uppsala, Segerstedt (bis 1978):

„*Den Beschluß von 1970 habe ich nie als Verbot, sondern nur als allgemeine Empfehlung verstanden. Ich war wohl der Meinung, daß es sich um viel zu kleine Beträge handelt, als daß man sich darum kümmern müßte.*" Also bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, um mißliebige Diskussionen und Proteste zu stoppen.

Bleibt noch nachzutragen, daß selbstverständlich weder die jetzige liberale, noch die damalige sozialdemokratische Regierung des ach so neutralen demokratisch-sozialistischen Musterlandes zu irgendeinem Zeitpunkt den Versuch gemacht haben, diesen Praktiken ein Ende zu machen.

Skandinavien-Kommission

Medienzensur in Schweden: Wirkungsvoll durch freiwillige Beschränkung

Seit Jahren gibt es in Schweden eine „gut funktionierende" Kontrolle der Massenmedien.

Bereits 1954 wurde - angeregt durch den damaligen sozialdemokratischen Innenminister Eije Mossber – eine „Bereitschaftskommission zur psychologischen Verteidigung" ins Leben gerufen.

Ihr gehören jeweils 14 Mitglieder, deren persönliche Stellvertreter und ein Vorsitzender an. Die Mitglieder können von z.B. dem Rundfunk, der Presseagentur TT, dem Zeitungsverlegerverband, dem Journalistenverband und dem Publizistischen Club vorgeschlagen werden. Es handelt sich hier also nicht um eine staatlich verordnete Zensur, sondern um eine „freiwillige" Institution im Sinne des schwedischen „Sozialstaates".

Vorsitzender dieser Kommission ist z.Zt. der Chefredakteur einer sozialdemokratischen Zeitung „Folket", der gleichzeitig noch im Verfassungsausschuß des Reichstages über die Einhaltung der Verfassung wachen soll. Die Kommission, die sich hauptsächlich an die Tagespresse wendet und auch an Rundfunk und Fernsehen „Informationen" versendet, hat in allen Medienzentren in Schlüsselpositionen „freie" Mitarbeiter sitzen, die mit diesen Informationen arbeiten können und dafür sorgen, daß alle Meldungen in ihrem Sinne gefiltert werden. Günstigerweise hat dann auch die Kommission ihren Sitz im Stockholmer Pressehaus.

Der Zentrumspolitiker L.S. Petterson hatte schon 1971 die psychologische Verteidigung des staatlichen Typs verteidigt, sie diene dem „Schutz der Wertgemeinschaft der schwedischen Gesellschaft."

Der Engländer Roland Huntford schrieb ebenfalls 1971 in einer Analyse über die wirkungsvolle schwedische Pressesteuerung, daß „*heute die Zeitungen genauso mit Vorurteilen gleichgerichtet sind wie Rundfunk und Fernsehen. Sie geben die gleichen patentschwedischen Ansichten über die Welt wieder, um den Schweden das Selbstbewußtsein zu stärken* ..." (in: The New Totalitarians).

Nikolaj-Klaus von Kreitor und Reinhard Helmers – der eine wegen kritischer Äußerungen von der Ausweisung bedroht, der andere als Hochschullehrer von der schwedischen Form des Berufsverbotes betroffen – haben über diese Bereitschaftskommission in den „Blättern für deutsche und internationale Politik (Pahl-Rugenstein-Verlag) 10/78 berichtet. Alle Informationen und Zitate entnehmen wir diesem Aufsatz.

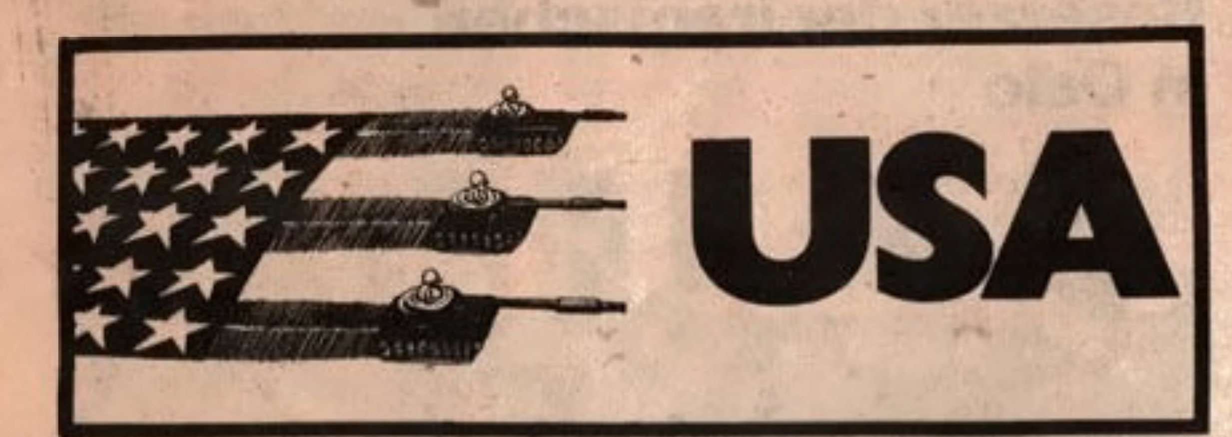
Besonders hingewiesen wird von den Verfassern auf die Tatsache, daß kurz nach dem Russell-Tribunal III, 1. Sitzungsperiode, über die insgesamt in der schwedischen Presse sehr ausführlich berichtet wurde, in Stockholm am 8. und 9.4. ein Bürgerrechtstribunal stattfand, dort wurden Fälle von grober Behördenwillkür, Brüche und Rechtsbeugungen zur Disziplinierung der schwedischen Bürger dokumentiert. Darüber hat die „liberale" Presse lediglich einen schleimigen Huldigungsartikel im Svenska Dagbladet erscheinen lassen über den Rechtsanwalt, der einer der Hauptverantwortlichen für die Vorfälle ist. Dagens Nyheter brachte eine Story, zusammengesetzt aus zwei getrennten Fällen von Polizeiwillkür ...

Nach Berichten von dem Journalisten Bjarne Moelv („Propagandaministeret", 1976) fand 1971 eine Übung statt, an der ein staatlicher Geheimdienst IB und die Bereitschaftskommission teilnahmen. Es ging darum, daß in der „Operation Jonas" die UdSSR Schweden überfällt und im Inneren die Linke psychologisch bearbeitet werden sollte, als 5. Kolonne der UdSSR. Obwohl viele der Zeitungsmacher genau über diese Übung Bescheid wußten, durfte nichts darüber erscheinen. Zu dieser Zeit waren zwei Männer Mitglieder der Bereitschaftskommission: Axel Wennerling, heute Personalchef der Zeitung Dagens Nyheter und Sven-Erik Larsson, heute politischer Chefredakteur derselben Zeitung.

Anders Ehnmark und Per Olov Enqvist wiesen in einem Interview mit der DN (18.11.76) darauf hin, daß „*die Hierarchie, unter der sie (die Journalisten) arbeiten (...), bei ihnen so tiefe seelische Eindrücke hinterlassen (hat), daß sie sich selbst bei delikaten Angelegenheiten zensieren, ohne hierfür direkte Anweisung erhalten zu haben. Bei ihnen ist ein Filter eingebaut, der darüber entscheidet, was gedruckt werden darf und welche Spuren aufgegeben werden müssen. Würden die Journalisten wirklich über das ihnen bekannt Gewordene schreiben, so gäbe es eine Revolution in der schwedischen Presse...*"

1974 trat ein Gesetz in Kraft, das die höhere Beamtenschaft von Strafverfolgungen ausnimmt, eine gesetzliche Absicherung jeder Beamtenwillkür. Dazu hat die schwedische Presse ebenso wie dazu, daß liberale und kommunistische Abgeordnete im Reichstag einen Antrag einbrachten, der die Wiederherstellung der Gleichheit vor dem Gericht forderte, nichts berichtet. Einem Auslandskorrespondenten gegenüber äußerte die Reichstagsredaktion von DN lediglich, daß nur gegen „Querulanten" eine Willkür ausgeübt würde...

Skandinavien-Kommission



Aus dem CIA-Nähkästchen...

Philip Agee, der ehemalige CIA-Agent, der über seine langjährigen Betriebskenntnisse das Buch „Inside the Company" schrieb und neben anderen bereit war, während der Stammheim-Prozesse über CIA-Aktivitäten auszusagen, hat nach jahrelanger Odyssee nun in Hamburg Stopp gemacht, wo er eine Aufenthaltserlaubnis erhielt („Hamburger Morgenpost", 18.11.78).

In einem Interview, das die sowjetische Zeitschrift „Zhurnalist" am 10.11.1978 veröffentlichte, berichtet Agee über einen speziellen Plan zur Diskreditierung sowjetischer Diplomaten und zur Störung der Beziehungen zwischen RGW-Ländern und lateinamerikanischen Staaten.

1965 war Agee in Uruguay: „*Ich entwickelte einen Plan, dessen Ziel es war, zu ‚beweisen', daß diverse Sowjetdiplomaten Streiks durch die CNT (Nationaler Gewerkschaftsverband) steuerten. Vier oder fünf Angehörige des CIA-Büros in Uruguay nahmen an der Verwirklichung des Plans teil. Wir nahmen die Namen der fähigsten Diplomaten der UdSSR-Botschaft und erfanden eine Liste von Leuten, die angeblich in Untergrundaktivitäten verwickelt waren. Unrer Plan war, gefälschte Dokumente einzusetzen, um die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion in jener Krisenzeit zu unterbrechen*" („International Herald Tribune", 11.11.78).

So fälschte der CIA einen Brief an den sowjetischen Kulturattachee, Tkachenko, mit der angeblichen Unterschrift Daniel Waxmans, einem Gewerkschaftsführer, in dem den Sowjets für „*wertvolle Hilfe und Beratung*" gedankt wurde. Dieser Brief wurde in die Hände eines Journalisten in Uruguay gespielt und von dort in alle führenden Blätter – unter Schlagzeilen wie „*Dokumente belegen Sowjetintervention!*". In den folgenden elf Monaten wurde das gleiche Spielchen mit sechs weiteren Sowjet-, zwei DDR-, einem CSSR- und einigen anderen Diplomaten getrieben.

...mit heißer Nadel

Weniger erfreut dürfte der CIA über ein vom Bundesberufungsgericht bestätigtes Urteil sein, das Opfern von Postzensur je 1.000 Dollar zusprach. Wenn es auch nur um drei Klagen ging, wurde doch im Verlauf der Prozesse einiges aufgedeckt.

So wurde im Rahmen eines zwanzigjährigen Programms, das 1973 offiziell für beendet erklärt wurde, sämtlicher Postverkehr zwischen den USA und der Sowjetunion überprüft und fast alle Briefe geöffnet; mehr als 215.000 Überprüfungen und Kopien! Ganz abgesehen davon, daß dem CIA juristisch Inlandsaktionen strikt untersagt sind, gab es erst recht keine spezielle Rechtsgrundlage für diese Aktionen.

Nun fordert die Bürgerrechtsorganisation ACLU von der Regierung einen Schadensersatz von 1.000 Dollar für alle betroffenen Personen. Sie nimmt an, daß die Anzahl in die Zehntausende gehen wird („International Herald Tribune", 13.11.78).

USA-Kommission

Ein Mann sah rosa... Mordanschlag in San Francisco

Schon eine Woche später bat er Bürgermeister Moscone, das Kündigungsschreiben als erledigt zu betrachten. Moscone sagte dieses zu, änderte jedoch seine Entscheidung und berief für den Montag, 27.11, eine Pressekonferenz ein. Dort sollte dann Dan Horanzy als neuer Stadtrat vorgestellt werden. Dan White meinte, der Bürgermeister hätte politischem Druck nachgegeben. (1).

Dan White, der im April als einziger Stadtrat unter elf gegen eine städtische Verordnung zur Wahrung der Rechte von Schwulen stimmte, verabredete ein Gespräch mit Moscone und kam gegen 11 Uhr ins Rathaus, erschoß den Bürgermeister und raste in die Amtsräume der Stadträte, wo er den schwulen Stadtrat Harvey Milk erschoß. Kurz danach stellte er sich auf einem Polizeirevier (2).

Nach dem Bekanntwerden der Bluttat versammelten sich spontan Menschen vor dem Rathaus und am Abend fand eine spontane Trauerdemonstration statt. Von den Freunden Harvey Milks wurde eine Art Testament verlesen, aus dem hervorging, daß er mit einem gewaltsamen Ende gerechnet hatte. Harvey Milk, der nur 48 Jahre als wurde, war als Führer der „Gay-Lib-Bewegung" zum Kampf gegen die Diskriminierung von Homosexuellen im öffentlichen Leben angetreten. „Gay-Lib" ist eine als Partei organisierte politische Gruppierung (3).

„*Die Menschen in meinem Bezirk haben nicht ihr Leben lang gearbeitet, nur um Gefangene in den eigenen vier Wänden zu sein. Wir müssen gegen das kriminelle Element in dieser Stadt vorgehen*" (1). Mit derartigen Sprüchen kam Dan White (32) im vergangenen November in den Stadtrat von San Francisco. Damals wurde auch Harvey Milk gewählt, der offen als Vertreter der Schwulenbewegung auftrat. Bereits 1976 wurde George Moscone zum Bürgermeister gewählt.

Am 27. November löste Dan White sein Problem. Am 30. November fanden zwei Trauerfeiern in San Francisco statt.

Dan White war der typische „american boy", so recht nach dem Geschmack mittelständischer Schwiegermütter: an der High School Kapitän der Football- und der Baseball-Mannschaften, in Vietnam Nahkampf-Fallschirmjäger, anschließend Polizeibeamter und Feuerwehrmann. 1974 rettete er eine Frau und ein Kind aus einem einstürzenden Haus. 1976 heiratete er. 1977 wurde er Stadtrat für 9.600 Dollar jährlich (das sind rund 18.000 DM netto). Vor vier Monaten wurde er Vater einer Tochter. Am 10.11.78 kündigte er seinen Posten auf und wollte eine Pommes-frites-Bude aufmachen weil er seine Familie nicht versorgen könne.

Am 30.11. fand eine freie Trauerfeier für Harvey Milk im Opernhaus von San Francisco statt, zu der unzählige seiner Freunde kamen (4).

Inzwischen wurde die Stadträtin Dianne Feinstein zum neuen Bürgermeister gewählt (5).

Nur wenige Tage zuvor noch war Harvey Milk gegen die Briggs-Initiative zu Felde gezogen. Senator Briggs wollte Lehrer, die Schwulsein akzeptieren oder propagieren, von allen öffentlichen Schulen entfernen. Doch 2/3 der Wähler stimmten dagegen. Damals sagte Harvey Milk: „*Nie wieder wird es gelingen, uns auseinanderzubringen*" (6). Und er hat mit seinem mutigen Auftreten ein weltweites Zeichen gesetzt für alle Schwulen.

USA-Kommission

Quellen:
1) International Herald Tribune, 29.11.78
2) International Herald Tribune, 28.11.78
3) Frankfurter Rundschau, 29.11.78
4) Los Angeles Times, 1.12.78
5) Harburger Anzeigen und Nachrichten, 5.12.78
6) Die Zeit, 17.11.78

CIA wirbt Söldner für Rhodesien

Dreihundert ehemalige „Green Berets" (Nahkampfspezialisten), die sich selbst „Christliche Soldaten" nennen, verließen kürzlich die USA in Richtung Rhodesien. Dort wollen sie 1.000 US-Söldnern helfen, das rassistische Regime Smith zu stützen. Das berichtet das US-Magazin „Southern Africa" in seiner November - Ausgabe.

Söldnertruppen sind momentan eine der vielfältigen Unterstützungen der USA für Rhodesien.

Die Rhodesische Armee umfaßt nur 10.000 Mann. 5.000 Söldner kommen hinzu, die meisten von ihnen in den letzten zwei Jahren in den USA und Europa angeworben. Einige von ihnen dienen gar als Offiziere in der Armee.

Obwohl das Werben von Söldnern in den USA verboten ist, geht das Anheuern für Rhodesien ungehindert weiter. Es gibt deutliche Hinweise, daß die US-Regierung hinter dieser Geschichte steckt. So wurde z.B. das Magazin „Soldier of Fortune" (Glückssoldat) 1975 von einem ehemaligen CIA-Agenten, George Bacon, gegründet. Das Magazin hatte von Anfang an Artikel zur Rekrutierung von Rhodesien-„Freiwilligen" gebracht. Bacon verlor sein armseliges Leben viel zu spät, als er an der Spitze einer Killertruppe in Angola einmarschierte. Das Söldnermagazin wurde von Militärs fortgeführt, die entweder zum CIA oder zu den Spezialeinheiten enge Verbindungen haben („Workers World", 24.11.78).

USA-Kommission



lateinamerika

Nicaragua: Keine Chance für „Plan Washington"

Anfang Dezember hatte die von der OAS eingesetzte Kommission mit Vertretern aus den USA, Guatemala und der Dominikanischen Republik, die zwischen Somoza und der Opposition vermitteln soll, einen neuen Vorschlag zustande gebracht. Der „Plan Washington" sieht ein Referendum vor, in dem über den weiteren Verbleib Somozas im Amt und im Land abgestimmt werden soll.

Die linken und fortschrittlichen Kräfte (Gruppe der 12 als Vertreter der FSLN, KP, Gewerkschaftsverbände und kleinere bürgerliche Gruppierungen) hatten schon seit Ende Oktober diese Vermittlungsverhandlungen abgelehnt, waren aus der FAO (breite Oppositionsfront) ausgetreten und hatten auf dem konsequenten Kampf für die beiden Minimalforderungen bestanden: Verstaatlichung der Somozagüter (Absetzung und Vertreibung Somozas aus Nicaragua) und Auflösung der Nationalgarde.

Die weiterhin verhandelnde bürgerliche Opposition – im wesentlichen nur noch die Konservative Partei – hat den Vorschlag der Vermittlungskommission (Referendum) akzeptiert, aber einige zusätzliche Bedingungen gestellt: z.B., daß Somoza für die Zeit vor und während des Referendums die Präsidentschaft einem Mitglied des Kongresses überlassen und daß sein Bruder die Führung der Nationalgarde abgeben soll.

Aber auch diese Zugeständnisse konnten Somoza bisher nicht zum Einlenken bewegen. Zwar hat er nach „langem Ringen" dem Vorschlag der Volksabstimmung zugestimmt, aber gleich dazu versichert, daß er trotz allem bis 1981 im Amt bleiben werde. *„Einen Rücktritt lehnte er ... ab, auch für den Fall, daß die Mehrheit gegen ihn votieren sollte"* (FR,2.12.). Daß diese Art von Verhandlungen, Vermittlung usw. – faktisch unter Nichtbeteiligung der wesentlichen und im Volk verankerten Oppositionskräfte – hauptsächlich Zeitgewinn, aber nicht realisierbare Ergebnisse bringt, stellt auch die Frankfurter Rundschau fest: *„Die erzielte Einigung ist nicht nur durch die Rücktrittsweigerung Somozas von begrenztem Wert. Hinzu kommt, daß sich in der Zwischenzeit verschiedene der ursprünglich 16 politischen und gewerkschaftlichen Organisationen von der FAO distanziert haben"* (FR, 2.12.78).



Kämpfer der FSLN (Foto aus Costa Rica)

Während die USA über die Vermittlungskommission, über ihre Botschaft und über ihre Freunde in der Nationalgarde, im Staatsapparat und in der Wirtschaft Nicaraguas weiterhin nach einer „Lösung" suchen, verurteilen sie gleichzeitig scheinheilig alle „Einmischungsversuche" von außen *„Die Vereinigten Staaten haben alle Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Nicaragua verurteilt. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, die USA übten deswegen Druck auf die Regierungen aus, die dem Regime von Präsident Anastasio Somoza, aber auch der Opposition Waffen zukommen ließen."* (SZ, 30.11.78)

Daß natürlich nur Waffenlieferungen für die Opposition verurteilt werden, wird deutlich, wenn gleich darauf die *„Existenz eines Geheimpapieres"* bekannt gegeben wird, *„wonach Cuba, Venezuela und andere Länder die Rebellen mit Waffen und finanziellen Mitteln unterstützen wollen"* (ebenda). Nach Angaben der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ, 2.12.78) sind die USA in diesen Ländern vorstellig geworden, *„um ihre Opposition gegen eine Intervention von Drittstaaten in Nicaragua Nachdruck zu verleihen"*. Es versteht sich von selbst, daß z.B. Israel weiterhin ungestört die Nationalgarde Somozas aufrüstet. Die Nationalgarde ist mit Uzi-Maschinenpistolen und Galilgewehren ausgerüstet, von Ort zu Ort werden Somozas Soldaten mit Arava-Transportmaschinen, ebenfalls „made in Israel" geflogen („Zeit", 27.10.78). Übrigens liefert Israel nach der gleichen Quelle auch Militärgerät an Chile (Raketen), an Guatemala, Bolivien, Honduras und El Salvador (Transportflugzeuge).

Lateinamerika-Kommission

Chile: Der Aufschwung der Massenbewegung und der Kampf gegen die Diktatur

Als Beitrag zur Chile-Solidarität und zur Belebung der Chile-Diskussion hatten wir mit den Hamburger MIR-Genossen eine Artikelserie zur Entwicklung in Chile seit dem Putsch verabredet. Der erste Artikel zur Politik der reormistischen und revisionistischen Linken wurde im AK 140 veröffentlicht. Der folgende Artikel ist der 2.Teil, der auf die Entwicklung der Massenkämpfe seit 1977 eingeht. Ein Artikel zur Politik der revolutionären Linken wird folgen.

Lateinamerikakommission

Seit Ende 1977 und vor allem im Jahr 1978 hat in Chile eine wichtige Veränderung im Klassenkampf stattgefunden.

Nach dem Militärputsch vom September 1973 wurden alle Freiheiten und Errungenschaften, die sich das Volk jahrelang erkämpft hatte, auf grausame Weise abgeschafft. Parteien und Gewerkschaften der Linken wurden verboten, tausende von Menschen ermordet, verschleppt oder in Konzentrationslagern gefangen gehalten und gefoltert. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur verurteilte in kürzester Zeit breite Sektoren der Bevölkerung zu Hunger und Elend. Die Bourgeoisie setzte den Staatsterrorismus als Regierungsform ein, um die Kämpfe des Volkes zu bremsen und niederzuschlagen.

Dadurch wurde die Massenbewegung und die Linke gezwungen, den Rückzug anzutreten. 1977 gab es erste deutliche Anzeichen, daß dieser Rückzug überwunden war. Seitdem gewinnt die Aktivität des Widerstandes und der Massen eine neue Qualität. Die anfangs vereinzelten Aktionen gegen die Diktatur gewinnen an Koordination und Vereinheitlichung; sie breiten sich sowohl geographisch (in anderen Zonen des Landes) als auch sozial aus, (d.h. es reihen sich neue Sektoren aktiv in den Kampf ein). Die verschiedenen Formen des Kampfes und der Organisation wachsen und entwickeln sich von der Basis her; zum ersten Mal seit dem Putsch werden auf nationaler Ebene Organisationen geschaffen, die den Kampf zentralisieren und koordinieren, so z. B. die nationale Koordinierungsstelle der Gewerkschaften, die nationale Koordination der Arbeitslosen, die Vereinigung der ehemaligen politischen Gefangenen, die Koordinierungsstelle der Studenten, die Vereinigung der Angehörigen verschwundener politischer Gefangener, usw. Auch von der Basis her entwickelt sich eine starke Tendenz zur Errichtung der Einheit, die Massenbewegung gewinnt an Unabhängigkeit von der bürgerlichen Opposition und fängt an, eine klassenkämpferische Alternative des Widerstandes zu entwickeln.

Die Kämpfe seit Mitte 1977, vor allem der Streik im Kupferbergwerk El Teniente, dieBummelstreiks der Hafenarbeiter in Valparaiso und die Ausbreitung von Sabotageaktionen und bewaffneter Propaganda, haben die Mobilisierung vom 4.Januar 1978 vorbereitet, und eine klare Ablehnung der von der Diktatur einberufenen Volksabstimmung durchgesetzt und sie als eine Farce bloßgestellt. Das Bedeutete, daß die Massen zum ersten Mal die Straßen durch Agitation gegen die Diktatur zurückeroberten. Zwischen Januar und dem 1.Mai 1978 fanden in Santiago und anderen Städten zahlreiche politische und gewerkschaftliche Veranstaltungen statt. So z.B. die Versammlung der Vereinigung der Bauarbeiter im Caupolican-Theater, die Feier zum Tag der CUT in hunderten von Gewerkschaften, Demonstrationen vor Gefängnissen bei Freilassung von politischen Gefangenen, Studentenversammlungen, usw. In Santiago und den wichtigsten Industriestädten wurde der 1.Mai gefeiert. In Santiago versammelten sich über 7000 Demonstranten und traten entschlossen der Polizei und der DINA-CNI entgegen. Die Gewerkschaftsbewegung und die Linke gewinnen wieder die Straßen und nach langer Zeit des Schweigens kommt es zum ersten Ausdruck des breiten entschlossenen Straßenkampfes.

Im Juni mobilisiert vor allem der Hungerstreik der Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen und die Besetzung verschiedener Kirchen in Santiago und einigen Provinzen durch diese Organisation weitere antidiktatorische Kräfte zu solidarischen Aktionen: die Arbeiter, Bauern, Studenten, Frauen, Intellektuelle, Christen, Priester, politische Gefangenen aktivieren sich und geben Unterstützung. Im Ausland organisiert die chilenische Linke die größte und breiteste Mobilisierung zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in den letzten fünf Jahren.

Der Streik wurde in Chile von der Linken organisiert, während die bürgerliche Opposition unbeteiligt zusah, und die Kirchenhierarchie eine negative, zur Zusammenarbeit mit der Diktatur bereite Vermittlerrolle einnahm. Der Streik konnte nicht siegreich ausgehen, da dafür ein frontaler, offener Zusammenstoß nötig gewesen wäre, wozu aber der Widerstand noch nicht genügend Kraft hat.

In den Monaten Juli, August, September und Oktober gewinnt die Massenbewegung an Kraft; es wächst die Schülerbewegung an Gymnasien und Realschulen zur Solidarität mit den Verschwundenen, was z.B. durch verschiedene Straßendemonstrationen zum Ausdruck kommt; außerdem solidarisieren sie sich mit den Arbeitslosen, den streikenden Arbeitern, mit dem Kampf in Nicaragua, und sie demonstrieren auch für ihre eigenen Forderungen: Mitbestimmung, freie Meinungsäußerung und Recht auf Organisierung, freie Wahl ihrer Vertreter usw.

Auch in den Elendsvierteln wächst die Unzufriedenheit und das Volk organisiert sich; die Volksspeisestätten vermehren sich, ebenso die Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, die der Jugendlichen um das Recht auf Erziehung und Arbeit, die kulturellen Komitees usw. In diesen Vierteln ist z.B. der Protest der leeren Töpfe, auf denen die Hausfrauen zur Essenszeit trommeln, Ausdruck des Hungers und des Elends. Die Arbeitslosen sind dabei, sich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu organisieren. Es entsteht die Nationale Koordinationsstelle der Arbeitslosen, die ihre Kämpfe mit denen der Arbeiter, Studenten, politischen Gefangenen und Angehörigen der Verschwundenen koordiniert. Die Intellektuellen und Künstler organisieren kulturelle Komitees und aktivieren sich auf diese Weise. Es entstehen , vor allem in Santiago, zahlreiche „Penas" (Folklorekeller) und andere kulturelle Zentren.

Die Frauen organisieren Frauenkomitees und Volksspeisestätten, um gegen Hunger und Elend anzukämpfen. Sie organisieren Kindergärten, und entwickeln den Kampf um die Mütterzentren, deren Leitung heute noch durch Manipulation den diktatorischen Kräften gehört.

Langsam aber entschlossen meldet sich auch die Bauernbewegung wieder; die Mapuches mobilisieren sich gegen das neue Indianergesetz, in welchem die Enteignung und der Landraub legalisiert werden.

Fortsetzung nächste Seite

„Gewerkschaftswahlen" in Chile

Am 31.Oktober fanden in Chile die ersten „Gewerkschaftswahlen" seit dem Putsch 1973 statt.

Diese „Wahlen" liefern ein weiteres Beispiel für den Charakter von Pinochets sogenannten Demokratisierungsplänen:

- Erst 4 Tage vor dem Termin wurde überhaupt bekannt gegeben, daß Wahlen abgehalten werden sollen.
- Gewählt werden durfte nur in den privaten Betrieben. Ausgeschlossen waren von vornherein alle staatlichen Betriebe, der öffentliche Dienst und die Bauern. („Lutte ouvriere", 4.11.78).
- Bereits Mitte Oktober waren 7 oppositionelle Gewerkschaftszentralen wegen *„marxistischer Orientierung"* verboten worden.
- Alle Gewerkschafter die im Laufe der letzten 10 Jahre gewerkschaftliche Funktionen innehatten oder Mitglied einer pol. Organisation waren, wurden von einer Kandidatur ausgeschlossen(NZZ, 3.11.78).
- Und schließlich hat der Arbeitsminister der Junta ganz offen verkündet, was das Ziel dieser „Wahlen" ist: die Wahlen seien *„eine Etappe bei der Bildung einer neuen Generation entpolitisierter Gewerkschaftsführer"* (Lutte ouvriere, 4.11.78).

Nachdem die Junta die „alte Generation" zu Tausenden verhaftet, gefoltert und liquidiert hat, nachdem die Versuche, juntatreue Gewerkschaften aufzubauen weitgehend gescheitert sind, und nachdem auch die augenblickliche christdemokratische Führung durch den Druck der Basis eine schärfere Oppositionspolitik betreibt, folgt nun der Versuch, „unpolitische" und gefügige Gewerkschaften aufzubauen.

Das Manöver war allerdings zu durchsichtig und zynisch. Nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten nahm überhaupt an den „Wahlen" teil (laut „UZ" vom 2.11.78: 10%).In einer Kirche in Santiago traten führende Gewerkschafter aus Protest gegen die Scheinwahlen und das Verbot der 7 Gewerkschaftszentralen in einen Hungerstreik. Als sie nach 24 Stunden die Kirche verließen, wurden sie von starken Polizeikräften erwartet: 4o Personen sollen verhaftet und weitere verletzt worden sein („Monitor-Dienst", 3.11.78). Die verbotene Einheitsgewerkschaft CUT und alle Widerstandsorganisationen haben die Scheinwahlen der Junta verurteilt. Auch die Kirche und die Christdemokraten nahmen gegen die „Wahlen" Stellung. Der kubanische Gewerkschaftsverband CTC sprach von einer *„totalen Farce"* und von einem *„weiteren vergeblichen Versuch der Pinochetclique, Karikaturen von Gewerkschaftsgremien zu schaffen, die die von den multinationalen Unternehmen diktierte Politik unterstützen"* („Monitor Dienst", 3.11.78). Der Spezialist für Menschenrechte, Präsident Carter, allerdings schaffte es, in den „Gewerkschaftswahlen" einen *„Schritt in Richtung auf die Respektierung der Menschenrechte"* zu entdecken („Le Monde", 29/3o. 1o.78). Die chilenische Arbeiterbewegung wird sich dadurch aber nicht von ihrem Widerstand gegen die Junta abbringen lassen.

Lateinamerika-Kommission

Mexiko: Kampf für ein Amnestiegesetz

Am 20.November wurde in Mexiko der Jahrestag der mexikanischen Revolution gefeiert. Doch diesmal wurde die Regierung bei dem Versuch, Mexiko wieder als politisch stabiles Land und Musterdemokratie Lateinamerikas hinzustellen, gestört: in Mexiko-Stadt befanden sich Mütter und andere Familienangehörige von politischen Gefangenen und Verschwundenen im Hungerstreik. Sie fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die deutsche Sektion von amnesty international forderte vom mexikanischen Botschafter in der BRD Aufklärung über das Schicksal der Verschwundenen (Süddeutsche Zeitung, 30.11.78).



Kampagne für ein Amnestiegesetz

Schon seit Juli ist in Mexiko eine Kampagne für die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Gang.

Auch in Mexiko werden politische Gegner der Regierung in Gefängnisse geworfen, gefoltert, und immer häufiger verschwinden Bauern, Studenten und Arbeiter von der Straße. So wurde am 23. August 1977 der Arbeiter J. Reyes Nayoral in einer spektakulären Polizeiaktion von unbekannten Agenten in einem Hubschrauber entführt. Am 6. Februar dieses Jahres starb Maria de los Angeles, 22 Jahre, an den Folgen der Folter, nachdem sie ihren toten Ehemann Juan Manuel Ramirez Duarte identifiziert hatte, angebliches Mitglied der Guerillaorganisation »Liga des 23. September« (»proceso«, Nr. 95).

Mit einigen hunderttausend Unterschriften und einer großen Demonstration forderten Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung im Juli vom Präsidenten Lopez Portillo eine Amnestie für die mehr als 600 politischen Gefangenen, die 367 bekannten Verschwundenen und die 56 aus politischen Gründen Exilierten.

In Juchitan (Oaxaca) protestierten am 27. Juli 25 Frauen mit einem Hungerstreik gegen das Verschwinden von zwei Männern, die auf offener Straße von der Polizei entführt worden waren. Einer von ihnen war Führer in der COLEI, einer Vereinigung von Arbeitern, Bauern und Studenten, die gegen Landraub und die wachsende Repression durch Großgrundbesitzer und Polizei kämpfen. Als die Frauen ihren Hungerstreik vor dem UNO-Gebäude in Mexiko-Stadt fortsetzten, griffen Polizei und Militär ein und verschleppten sie gewaltsam in andere Teile des Landes.

Am 28. August begannen 82 Mitglieder des von Frauen der Verschwundenen gegründeten »Komitees zur Verteidigung von politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten« einen viertägigen Hungerstreik im Zentrum Mexikos vor der großen Kathedrale. Trotz Anwesenheit von Polizei und massiven Drohungen der Regierung forderten sie »Amnestie für alle« und machten öffentlich das Schicksal ihrer Kinder und Männer bekannt, die als »Guerilleros«, »Subversive« oder »Aktivisten« verdächtigt, eingekerkert, gefoltert, verschleppt oder getötet worden sind. Viele Gewerkschaften, Parteien und Organisationen unterstützten die Forderungen und der Protest gewann an Breite. Dazu trug auch das Eingreifen von Amnesty International bei.

Der Hungerstreik war auch deswegen besonders wirksam, weil die Tatsache von politischen Gefangenen und Verschwundenen natürlich nicht in den Rahmen der Regierungserklärung paßte, die Lopez Portillo zwei Tage später abgeben wollte. Im Rahmen dieser Regierungserklärung verkündete er dann das »Amnestiegesetz für politische Gefangene und Verfolgte«.

Das ist sicher ein wichtiger Erfolg der breiten Protestbewegung. Die Regierung gestand damit die — bislang geleugnete — Existenz politischer Gefangener ein. Andererseits gelang es der Regierungspartei PRI, das Gesetz politisch auszuschlachten und als einen weiteren Schritt nahtlos in ihre bislang recht erfolgreiche Integrationsstrategie einzugliedern.

Die „institutionalisierte Revolution": Integrationsstrategie der Bourgeoisie
politisch auszuschlachten und als einen weiteren Schritt nahtlos in ihre bislang recht erfolgreiche Integrationsstrategie einzugliedern.

Die „institutionalisierte Revolution": Integrationsstrategie der Bourgeoisie

Nachdem sich vor fast 60 Jahren nach zehnjährigem erfolgreichem Befreiungskampf (1910 bis 1920) die mexikanische Bourgeoisie selbst zur »Revolution« erklärt hatte, gründete sie eine »Partei der Revolution« (PRI, d.h. Partei der institutionalisierten Revolution), um so die Revolution zu beenden. Bis heute ist es ihr gelungen, durch eine revolutionär-nationale Ideologie alle Klassen in dieser »institutionalisierten Revolution« zusammenzufassen und ihre Führung darin sehr geschickt zu behaupten: als Garant für Mexikos langandauernde relative politische Stabilität (eine Einmaligkeit in Lateinamerika, wo heute die Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klassen und des US-Imperialismus in den meisten Fällen durch Militärdiktaturen gesichert wird).

Die PRI sichert ihre Herrschaft nicht nur durch brutale Unterdrükkung und Repression, durch Korruption und dadurch, daß sie alle entscheidenden Positionen im Staat, in den Gewerkschaften usw. besetzt, sondern sie unternimmt immer wieder besonders intensive Bemühungen, durch ihre Demagogie der revolutionären Phrasen und Scheinzugeständnisse die Proteste zu integrieren, um so das Entstehen einer breiten, organisierten und konsequenten Opposition zu verhindern.

Rräsident Lopez Portillo verkündete in seiner ersten Regierungserklärung im letzten Jahr großartig den Beginn der »Politischen Reform« als entscheidenden Schritt zur Demokratisierung Mexikos. Erste Etappe war die Legalisierung linker Parteien unter der Bedingung, daß die gesamte Parteimitgliedschaft registriert wird. Die revisionistische PCM und die scheinoppositonellen PDM und PST akzeptierten dies und ließen ihre Mitglieder insgesamt staatlich erfassen. Dadurch gewannen sie zwar mehr Möglichkeien, öffentlich zu arbeiten, sind aber noch fester in die Kontrolle durch die PRI eingebunden.

In ihrer 9. Nationalversammlung im letzten Monat vollbrachte die PRI eine ihrer bisherigen Glanzleistungen und ernannte sich selbst zur »Arbeiterpartei«. Sie trug damit der Tatsache Rechnung, daß ihre wichtigste Stütze die in der CTM organisierten Arbeiter sind, dem völlig unter ihrer Kontrolle stehenden Dachverband der mexikanischen Gewerkschaften.

Als »konsequente Weiterführung« und »Höhepunkt« der sogenannten politischen Reform verkündete Lopez Portillo nun das Amnestiegesetz, das inzwischen auch von der Deputiertenkammer (Parlament) verabschiedet worden ist. Unterstützt durch breite Propaganda in den Massenmedien stellt sich die PRI als der große demokratische Reformer hin, sie habe ein Gesetz geschaffen, das den *»politischen Frieden festigen und wirkungsvoller«* machen soll.

Das Amnestiegesetz: eine Farce

Schon die elf Paragraphen des Gesetzes zeichnen sich durch Einschränkungen aus. Nicht berücksichtigt sind diejenigen Arbeiter und Bauern, die angeklagt sind wegen Mitgliedschaft oder Betätigung in einer (nicht von der PRI kontrollierten) gewerkschaftlichen oder bäuerlichen Organisation, die Verschwundenen und die vielen, die ohne Prozeß von Polizei und Militär gefangen gehalten werden. Außerdem gilt das Gesetz nicht für diejenigen, die sich an Anschlägen auf die *»körperliche Integrität«* und an Entführungen oder an *»terroristischen Delikten«* beteiligt haben.

Dies war aber gerade die entscheidende Forderung aller Amnestiebefürworter an die Regierung, denn die meisten der politischen Gefangenen sitzen gerade wegen solcher Anklagen in den Gefängnissen — ohne Beweise, oder aber, weil Geständnisse durch Folter von ihnen erpreßt wurden. Vor der Annahme des Gesetzes durch das Parlament (75 % PRI-Abgeordnete) wurde noch ein Artikel hinzugefügt, der die Amnestie unter ganz besonderen Bedingungen auch auf diese Gefangenen ausdehnt, wenn sie nicht *»eine besondere Gefahr«* darstellen (»proceso« Nr. 98). *»Aber das ist eine weitere Falle, denn die Beurteilung, ob jemand gefährlich ist oder nicht, wird dem Generalstaatsanwalt überlassen, der gerade am heftigsten bestritten hatte, daß es überhaupt politische Gefangene gibt«*, sagte dazu Rosario Ibara Pierda, die Vorsitzende des »Komitees für politische Gefangene und Verfolgte« in einem Interview (»Lateinamerika-Nachrichten« Nr.65).

ob jemand gefährlich ist oder nicht, wird dem Generalstaatsanwalt überlassen, der gerade am heftigsten bestritten hatte, daß es überhaupt politische Gefangene gibt«, sagte dazu Rosario Ibara Pierda, die Vorsitzende des »Komitees für politische Gefangene und Verfolgte« in einem Interview (»Lateinamerika-Nachrichten« Nr.65).



Auch die generelle Entscheidung, wer als politischer Gefangener gilt und die Bedingungen erfüllt, um amnestiert zu werden, liegt in den Händen der Generalstaatsanwälte und der Gouverneure der einzelnen Bundesstaaten, d.h. genau in den Händen der Leute, die dafür gesorgt haben, daß die betreffenden Studenten, Arbeiter und Bauern in die Gefängnisse gewandert sind!

Und so meldeten sich auch sehr schnell zahlreiche Gouverneure zu Wort und erklärten öffentlich, in ihrem Bundesstaat gebe es gar keine politischen Gefangenen. Bemerkenswerterweise waren das zuerst die Gouverneure aus Morelos, Michoacan, Guerrero, Jalisco, Nuevo Leon und Oaxaca (»uno mas uno«, 17.9.78) — gerade dort, wo es bekanntermaßen besonders viele politische Gefangene gibt.

Einen Monat nach Verkündigung des Amnestiegesetzes waren nach Angaben der Regierung unter den 111 Freigelassenen nur zwei politische Gefangene (»proceso«, Nr. 100). Rosario I. Pierda berichtete in ihrem Interview (siehe oben), bisher seien nur je sechs Gefangene aus Monterry, Mexiko und Guadalajara freigelassen worden.

Gänzlich unbeienflußt vom Amnestiegesetz geht die Repression gegen die Gegner der »institutionalisierten Revolution« weiter. In Oaxaca wurde Felipe Mendoza Martinez von der Polizei entführt, er war Mitglied der fortschrittlichen MDU (Movimiento Democratico Universitario). Die Verteidigung der Gefangenen wird behindert und neue politische Prozesse werden eröffnet (»proceso«, Nr. 100). In Guerrero wurden Gregorio Brito und Arturo Miranda nach ihrer Freilassung wieder verhaftet; Abel Vicente Pinon und Abdayan Guzman verschwanden spurlos nach ihrer Entlassung (»Lateinamerika-Nachrichten«, Nr. 65).

Erfolg der PRI

Trotz alledem hat das Amnestiegesetz weitgehend den von der Regierung gewünschten Erfolg erzielt. In der Praxis hat sich praktisch nichts geändert, die PRI hat jedoch erreicht, daß der wachsende Protest gegen die politische Unterdrückung nicht zu einem direkten Angriff gegen ihre Herrschaft wurde, sondern sie konnte sich bei einem großen Teil ihrer Kritiker wieder einmal als flexibel und reformfähig darstellen. Es wurde einerseits von vielen Seiten zum Teil harte Kritik an den Einschränkungen des Gesetzes geübt, aber auf der anderen Seite erkannten viele die *»offensichtlich guten Absichten der Regierung«* an, wie sich sogar Mitglieder der Komitees äußerten (»proceso«, Nr. 100). So gut wie die gesamte Presse, alle großen Gewerkschaften, Intellektuelle, Bischöfe und alle »oppositionellen« Parteien begrüßten das Gesetz als *»einen Teil eines neuen Paktes zwischen der öffentlichen Gewalt und dem Volk«* (»uno mas uno«, 7.9.78), als eine *»Berichtigung der vergangenen Irrtümer, die einen Fortschritt und eine harmonische Entwicklung im ganzen Land erlauben wird«*, und als eine *»notwendige Ergänzung der politischen Reform«* (ebd.). Die revisionistische PCM war sogar *»total einverstanden«* (ebd.). Und da die Unternehmer sich von dieser Maßnahme eine politische Stabilität in ihrem Sinn versprechen, boten sie dem Präsidenten ihre Unterstützung für das Amnestieprojekt an (»uno mas uno«, 2.9.78).

Der ideologische Einfluß der PRI geht bis weit in die Linke hinein. Trotz ihres Protestes gegen das Amnestiegesetz und trotz der weitgehenden Kritik an der Korruptheit und Demagogie der PRI, gibt es eine grundsätzliche Kritik d. h. eine prinzipielle Infragestellung ihrer politischen Rolle nur von wenigen, wie der Wochenzeitschrift »proceso«, einigen unabhängigen Gewerkschaften und einigen linken Organisationen an den Universitäten.

den Kritik an der Korruptheit und Demagogie der PRI, gibt es eine grundsätzliche Kritik d. h. eine prinzipielle Infragestellung ihrer politischen Rolle nur von wenigen, wie der Wochenzeitschrift »proceso«, einigen unabhängigen Gewerkschaften und einigen linken Organisationen an den Universitäten.

Auf Grundlage dieses Einflusses und der damit verbundenen zumindest relativen politischen Stabilität, war noch keine Erschütterung groß genug, um Mexiko am konsequenten Beschreiten des kapitalistischen Weges und an einer immer größeren Öffnung besonders dem US-Imperialismus gegenüber zu verhindern.

Doch der Kampf für eine uneingeschränkte Amnestie hat weiteren Aufschwung bekommen. Zum 10. Jahrestag des Massakers von Tlatelolco 1968, an dem der breite Protest gegen die Repression im Blut von 600 Demonstranten erstickt wurde, demonstrierten am 2. Oktober 30.000 Menschen in Mexiko-Stadt, und hier trafen die Forderungen nach Freiheit aller politischen Gefangenen und Herausgabe der Verschwundenen auf große Resonanz. Der erneute Hungerstreik am 20. November trug zur weiteren Verbreiterung der Protestbewegung bei. Auch auf internationaler Ebene will das »Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener und Verfolgter« die Solidarität organisieren: *»Das wichtigste ist die Aufklärung über diese Probleme, damit auf der ganzen Welt das reale Gesicht Mexikos bekannt wird. Damit nicht weiterhin die Meinung vorherrscht, in Mexiko, da leben die politischen Flüchtlinge aus Chile, Argentinien und Nikaragua, dort werden die Menschenrechte respektiert. Hier gibt es zwar viele politische Flüchtlinge aus diesen Ländern, aber die Menschenrechte der Mexikaner werden nicht geachtet«* (»Lateinamerika-Nachrichten«, Nr. 65).

Ein Westberliner Genosse der Lateinamerika-Kommission

Chile-Solidaritätskonferenz in in Madrid
Vom 9.-12.November fand in Madrid die dritte „Weltkonferenz der Solidarität mit Chile" statt.
Veranstalter waren im wesentli-
darität mit Chile gegeben, das eine derartige Breite politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Denkens vereinigte" („die tat", 24.

Chile-Solidaritätskonferenz in in Madrid

Vom 9.-12.November fand in Madrid die dritte „Weltkonferenz der Solidarität mit Chile" statt.

Veranstalter waren im wesentlichen die Revisionisten und die Kräfte der UP, die hier eine gemeinsame Beratung mit Vertretern von sozialdemokratischen und christdemokratischen Parteien durchführen wollten. Der Erfolg war in dieser Hinsicht allerdings mäßig. Zwar heißt es in der DKP-nahen Berichterstattung: *„Selten zuvor hat es ein Forum der Solidarität mit Chile gegeben, das eine derartige Breite politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Denkens vereinigte"* („die tat", 24. 11.78). Zwar war der Tagungspräsident der spanische Christdemokrat Joaquin Ruiz Jimenez, und es nahmen in *„geringer Zahl auch Liberale und christliche Demokraten teil"*, aber die erwartete Masse von Vertretern bürgerlicher Parteien blieb aus (FAZ, 13.11.78). Die spanische Regierungspartei UCD hatte sich wegen der zahlreichen Vertreter aus Osteuropa von der Konferenz zurückgezogen.

Als besonderer Mißerfolg für die Veranstalter ist zu werten, daß die chilenische Christdemokratie nicht an der Konferenz teilnahm, auch wenn „die tat" diesen Umstand herunterspielt: *„Die chilenischen Christdemokraten hatten keine offizielle Vertretung zur Konferenz entsandt, waren aber durch mehrere Persönlichkeiten vertreten."* Der chilenische MIR war dagegen nicht offiziell eingeladen, nahm aber trotzdem teil. Die Anwesenheit seiner Vertreter wurde in der revisionistischen Presse allerdings nicht erwähnt.

„Stürmisch begrüßt" (UZ, 11.11. 78) wurden Corvalan von der KP, Altamirano von der PS und Almeyda als Präsident der UP.

Entsprechend der Zusammensetzung der Teilnehmer (aus der BRD überwiegend DKP, ASK und einige SPD-Vertreter) war offensichtlich auch der Ablauf der Konferenz. In der Schlußresolution, der „Akte von Madrid", wurden vor allem diplomatische und Handelsbeziehungen sowie Waffenlieferungen an die Junta verurteilt und zum Boykott aufgefordert. Nicht zugelassen wurden Vertreter aus anderen südamerikanischen Ländern wie Uruguay und Argentinien, die ebenfalls eine Anklage gegen die Verletzung der Menschenrechte in ihren Ländern vorbringen wollten (FAZ, 13.11.78). Vertreter der FSLN konnten erst ganz zum Schluß, praktisch nach Beendigung der Konferenz, einen Solidaritätsaufruf für Nicaragua halten. Europäische revolutionäre Gruppierungen waren offensichtlich gar nicht vertreten. Lediglich spanische ML-Gruppen versuchten auf der Konferenz, die Beziehungen zwischen der VR China und der Junta zu verteidigen und warnten vor der Sowjetunion: wohl auch nicht gerade eine überzeugende Agitation für linke Kräfte, die nicht unbedingt zum revisionistischen Lager zählten.

Lateinamerika-Kommission

Fortsetzung von Seite 49

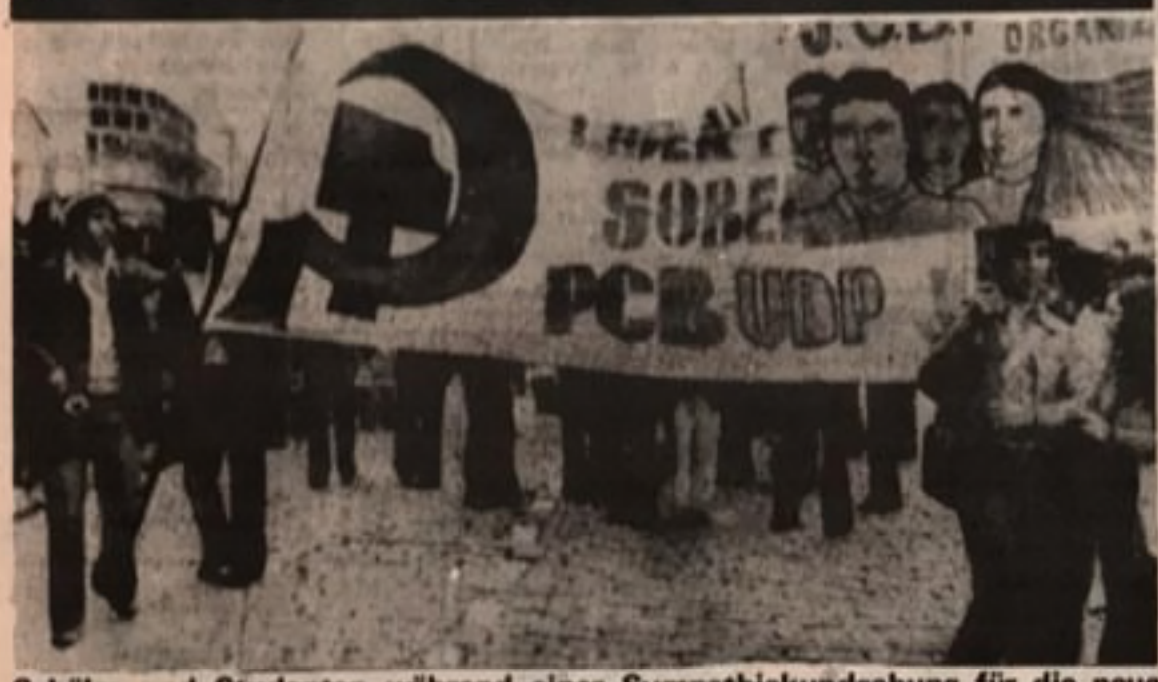
WichtigeSchritte im Prozeß der Zentralisierung und Koordiniermg der Gremien und Gewerkschaften werden im August und September unternommen. Die Gewerkschaftsbewegung unternimmt erneut eine Offensive im Kampf um bessere Löhne und Organisationsfreiheit, und konfrontiert sich in diesem Kampf direkt mit den offiziellen Gewerkschaftsführern und mit der Regierung. Trotz der Repression wachsen die Kämpfe in Chuquicamata,(wo z.B. der christdemokratische Gewerkschaftsführer auf einer Versammlung so lange ausgepfiffen wurde, daß er nicht zu Wort kommen konnte, Anm.AK), El Salvador (Kupferminen), in Huachipato (Eisengießerei), in Tome (Textilindustrie), in Lota, Coronel und Arauco (Kohleabbau).

Die Diktatur antwortet heute noch nur mit Repression und offener Gewalt; Kreise der Bourgeoisie und das Monopolkapital fordern die Einrichtung von Verhandlungsmechanismen, um ohne Konfrontation die wachsenden gewerkschaftlichen Krisen, die vorauszusehen sind, angehen zu können. Die Bourgeoisie versteht, daß die Agitation der Arbeiter in der kommenden Zeit wachsen wird, und daß dagegen nicht nur mit militärischer Gewalt vorgegangen werden kann(vergl. dazu „Gewerkschaftswahlen in Chile" in diesem AK – Anm.AK).

Die Tendenz, die vom Panorama des chilenischen Klassenkampfes abgeleitet werden kann, ist der klare, kontinuierliche Aufschwung der Massenbewegung, ihre Ausbreitung, und die Konfrontation mit der Bourgeoisie und der Diktatur, die weder fähig sind, ihre Forderungen auf Arbeit, gerechte Löhne, auf das Recht der gewerkschaftlichen Freiheiten usw. zu erfüllen, noch auf die politischen Forderungen der Massen eingehen können.

MIR Hamburg

Lateinamerika-Kurzmeldungen



Schüler und Studenten während einer Sympathiekundgebung für die neue Militärregierung in La Paz

Der jüngste Putsch in Bolivien, der 19o. in etwas mehr als 15o Jahren, wird von fast allen Seiten lebhaft begrüßt.

„Junge Militärs, die das Vertrauen der meisten demokratischen Parteien haben", stürzten Ende November den Präsidenten Pereda, der sich selber erst wenige Wochen vorher an die Macht geputscht hatte: Am 9.Juli hatten auch in Bolivien im Rahmen der „Demokratisierung Lateinamerikas" Wahlen stattgefunden, die dermaßen offen und massiv behindert und gefälscht wurden, daß sich sogar die US-Imperialisten äußerst besorgt gezeigt hatten. Pereda (Kandidat des ehemaligen Präsidenten Banzer) hatte schließlich eine Annulierung und Wiederholung der Wahlen zugestimmt, um dann aber doch mit Hilfe von Teilen der Luftwaffe durch einen Staatsstreich die Präsidentschaft zu übernehmen. Es gelang ihm jedoch nicht, die Mehrheit der Streitkräfte hinter sich zu bringen, ganz abgesehen von den Protesten die sein Vorgehen im ganzen Land hervorrief.

Die neue Regierung hat ihren Putsch damit begründet, daß Pereda die Rückkehr zur Demokratie und Wahlen weiter hinauszögern wollte, und hat jetzt für 1979 freie Wahlen zugesichert. Die bolivianische Opposition hat den Putsch begrüßt und den Militärs Unterstützung zugesagt. Das Wahlbündnis UDP (Demokratische Volkseinheit) von Siles Zuazo, der bei den Wahlen im Juli als Sieger hervorgegangen wäre, wenn es keine Fälschungen gegeben hätte, hat zu Sympathie-Demonstrationen für die neue Junta aufgerufen. Über 4o ooo Menschen sollen La Paz den Putsch gefeiert haben. Vertreter der sozialistischen Internationale haben den Staatsstreich als Erfolg der Menschenrechtspolitik und des Zusammenhaltens der sozialdemokratischen Parteien gewertet (FAZ, 27.11.78). Und die US-Imperialisten selber zeigen sich auch einverstanden: *„Washington, das schon die Wahlfälschung und den anschliessenden Staatsstreich kritisiert hatte, scheint nach der letzten Entwicklung nicht unzufrieden"* (FAZ, 27.11.78), wenn der Putsch nicht sogar von dieser Seite mit initiiert wurde.

„Demokratisierung" nach Carters Muster also auch in Bolivien. Ob dabei auch für die Massen etwas herauskommt, wird wesentlich von den weiteren Kämpfen, aber auch vom Vorgehen der Oppositionsparteien abhängen (zum Charakter der Opposition vergleiche AK 134). Der Druck des Internationalen Währungsfonds zum Beispiel, der (ähnlich wie in Peru) die Sanierung der hochverschuldeten bolivianischen Wirtschaft auf Kosten der Massen fordert, bleibt jedenfalls auch jetzt bestehen.

Und ganz nebenbei war einer der jetzt gefeierten „jungen Offiziere" 1967 als Rangeroffizier an der Ermordung Che Guevaras in Bolivien beteiligt - Vertrauensvorschuß für die neue Junta ist wahrhaftig kaum angebracht.

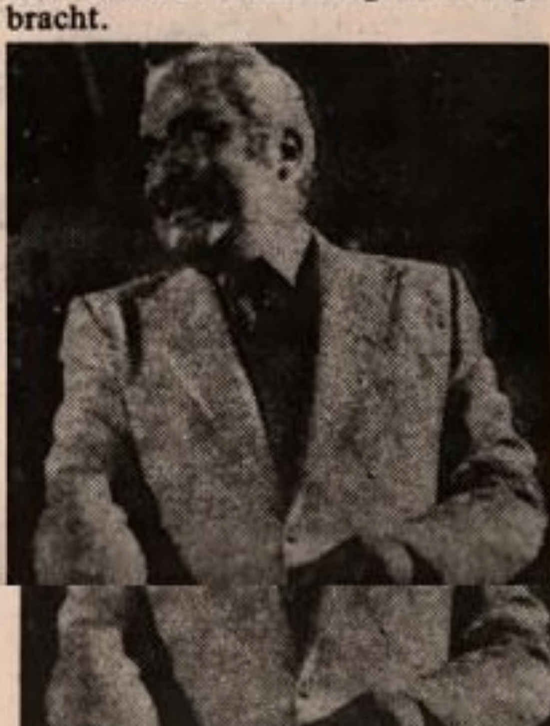
Venezuela

Mit den Wahlen in Venezuela ist das „Jahr der Wahlen" in Lateinamerika abgeschlossen. In Venezuela, erklärtes „demokratisches Musterland" Lateinamerikas, hat es keine Berichte über Wahlschwindel, Putschgefahr oder ähnliches gegeben. Präsident wird der Vertreter der christlich-sozialen Oppositionspartei, COPEI, Herrera Campins. Die Accion Democratica (sozialdemokratisch) des amtierenden Präsidenten Perez hat das Ergebnis bereits anerkannt. Bedeutende politische Unterschiede zwischen den Parteien gibt es nicht, und der zukünfti-

(sozialdemokratisch) des amtierenden Präsidenten Perez hat das Ergebnis bereits anerkannt. Bedeutende politische Unterschiede zwischen den Parteien gibt es nicht, und der zukünfti-

ge Präsident hat bereits eine Fortsetzung der bisherigen Politik angekündigt. Den Wahlkampf hat er hauptsächlich mit der Formel *„Wo sind die Groschen"* gewonnen. Von dem Aufschwung Venezuelas durch die Öleinnahmen war nämlich für das Volk wenig zu spüren gewesen. Nach Perez' Versprechungen *„Demokratie mit Energie"* kommt jetzt Herrera Campins mit einer *„Regierung des Dialogs"* und *„Humanisierung der Politik"*:

Beachtliche Alternativen, zwischen denen da gewählt werden konnte. (Wir werden im nächsten AK genauer über die Entwicklung in Bolivien und die lateinamerikanischen Wahlen insgesamt berichten)



Herrera Campins, neuer Präsident Venezuelas

Chile

Auf furchtbare Weise ist jetzt vermutlich das Schicksal eines Teils der Verschwundenen geklärt worden: In einam stillgelegten Bergwerk in der Nähe von Santiago ist ein Massengrab gefunden worden, in dem 60 (andere Quellen sprechen von 600) Menschen liegen. Der Fund geht auf Angaben des Weihbischofs von Santiago zurück. Ein DINA-Agent soll Ende November die Angaben in der Beichte gegeben haben und inzwischen ins Ausland geflüchtet sein (u.a. FR, 7.12.78).

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Veranstaltung in Hamburg

15.-17.Dezember:
Filme und Informationen aus Lateinamerika mit Eduardo Galeano (Autor des bekannten Buches „Die offenen Adern Lateinamerikas")

Veranstalter:
Hochschule für bildende Künste, Lerchenfeld 2, 2000 Hamburg 76

Gesellschaft für bedrohte Völker eV, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13 (410 57 35)

Ort:
Klick-Kino (3 min von U-Bahn Feldstr.), Glashüttenstr.115/Ekke Feldstr., 2000 Hamburg 6

Zeiten:
Freitag, 15.12.1978 um 18 Uhr
1. Aus aktuellem Anlaß ein Vorfilm aus Lateinamerika
2. Bauern (Caucatal Kolumbien)
3. Kinder der Unterentwicklung (Kolumbien)

Samstag, 16.12.1978 um 18 Uhr
1. Agripino (Peru)
2. Fliegende Händler (Mexico)
3. Ausbeuter und Ausgebeutete (Mexico/Chile)
4. Das Dorf aus Blech (Venezuela)
5. Nutuayin Mapu (Geschichte der Mapuche/Chile)

Sonntag, 17.12.1978 um 18 Uhr
1. Im Dschungel ist noch viel zu tun (Verfilmung eines politischen Gefangenen an sein Kind)
2. Es spricht: Eduardo Galeano

Vorverkauf:
Buchhandlung „Hälfte des Himmels", Schlüterstr. 79, 2000 Hamburg 13 (410 42 62)

Kosten:
Pro Tag DM 5,-
Katalog DM 3,-

nahost

Die zionistische Annexionspolitik geht weiter

Drei Monate nach Unterzeichnung der Abkommen von Camp David und noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel steht mit aller Deutlichkeit fest, daß die Zionisten nicht daran denken, das nach dem Juni-Krieg 1967 besetzte Westjordanland und den Gaza-Streifen zu räumen. Unverfroren wie immer setzen die Zionisten ihre bisherige Besatzerpolitik fort. Neue Siedlungspläne werden diskutiert, die bestehenden Siedlungen werden in aller Offenheit ausgebaut, palästinensische Kritiker der Camp-David-Abkommen wandern in den Knast, Bestrafungsaktionen, wie Sprengen von Häusern von Palästinensern, die verdächtigt werden, den palästinensischen Widerstandsorganisationen zuzugehören, werden weiterhin durchgeführt.

Wir hatten in unserer Einschätzung der Camp-David-Abkommen geschrieben, daß die vollständige Ablehnung der legitimen Rechte der Palästinenser auf ihr Land und die totale Mißachtung ihrer Interessen der Kernpunkt der Abkommen sind. Außer einer geringfügig erweiterten Verwaltungsautonomie – selbstverständlich unter der militärischen Kontrolle Israels – sollten die Palästinenser nichts bekommen (vgl. AK 139, Camp-David-Abkommen: Kein Wort von Palästina, S.1).

Nach fast zwei Monaten „zähen" Verhandelns zwischen Ägypten und Israel hat nun die US-Regierung einen neuen Entwurf des Friedensvertrages vorgelegt, in dem die Palästinenser überhaupt nicht mehr erwähnt werden. Dafür wird in §2 die Annexion des Gaza-Streifens ausdrücklich anerkannt: *„Die ständigen Grenzen zwischen Ägypten und Israel sind die international anerkannten Grenzen zwischen Ägypten und der Region von Palästina unter dem Britischen Mandat ..."* („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 25.11.78). Der Gaza-Streifen gehörte nach dem UN-Teilungsplan von 1947 zu dem arabischen Teil Palästinas und wurde nach dem Krieg 1948, in dem die Zionisten ihr Staatsgebiet „abrundeten", von Ägypten annektiert. Jetzt soll er endgültig dem zionistischen Staat zugeschlagen werden. Während das Hin und Her um die endgültige Unterzeichnung des Friedensvertrages weitergeht (wobei sich die ägyptischen Forderungen – propagandistisch aus-

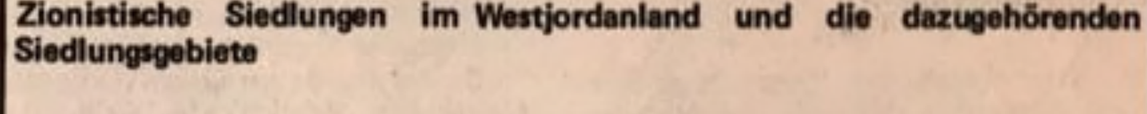
geschlagen werden. Während das Hin und Her um die endgültige Unterzeichnung des Friedensvertrages weitergeht (wobei sich die ägyptischen Forderungen – propagandistisch aus-

gegeben als „Eintreten für die Rechte der Palästinenser" – inzwischen zu einem wesentlichen Teil darauf reduzieren, in einem Briefanhang zum Friedensvertrag einen Zeitplan zur Verwirklichung der Verwaltungsautonomie in den besetzten Gebieten zu fordern), schaffen die Zionisten nach altbekannter Manier weiter vollendete Tatsachen zur endgültigen Annexion der besetzten Gebiete.

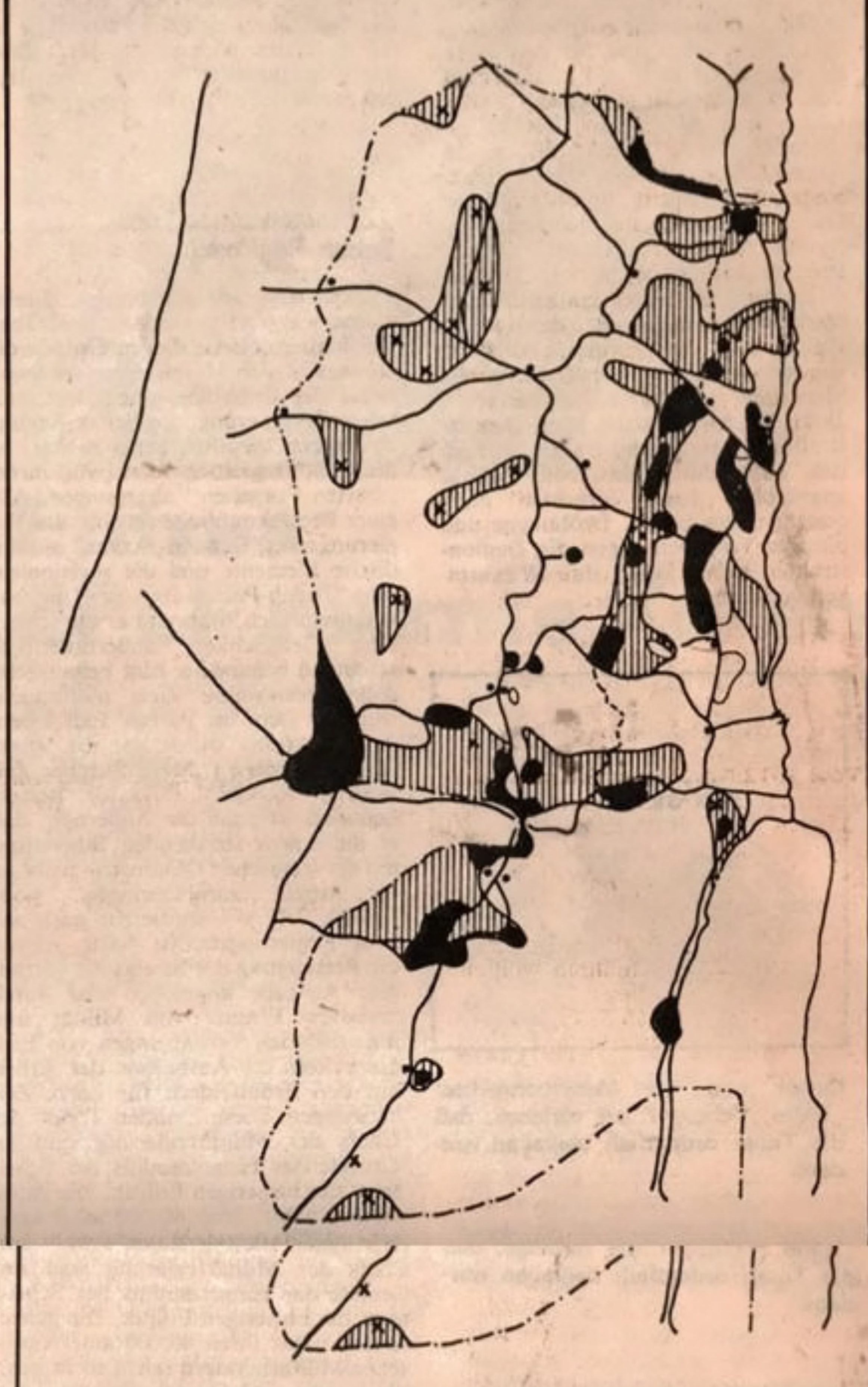
Demonstrativ erklärte der israelische Landwirtschaftsminister Sharon, der auch für die Siedlungspolitik zuständig ist, Mitte November, daß ein neues Siedlungprojekt für den Gaza-Streifen von der israelischen Regierung beschlossen worden sei („SZ", 18.11.78). Kurze Zeit später wurde bekannt, daß – angeblich für die Umsiedlung der israelischen Siedler aus dem Sinai (Yamit) – neue Siedlungen in der Negev-Wüste und ... im Gaza-Streifen geplant seien („International Harald Tribune", „IHT", 28.11.78). Pläne der „Jewish Agency", die schon während der britischen Mandatszeit den „Landkauf" und den Bau von Wehrdörfern organisiert hatte, weisen neue Siedlungen im Westjordanland für 27.000 jüdische Familien aus („Frankfurter Rundschau", „FR", 30.11.78).

Trotz eines in Camp-David vereinbarten Siedlungsmoratoriums für die Zeit der „Friedens"verhandlungen werden außerdem die bestehenden Siedlungen ausgebaut.

Wie die Errichtung „neuer" Siedlungen vor sich geht, beschreibt die SZ vom 24.11.78: *„Vorwiegend in den Stützpunkten der israelischen Armee im Zentrum des Westjordanlandes befinden sich nun viele kleine Wohnbereiche: ein Kompromiß aus Rücksicht auf die USA, die sich gegen ‚neue' Ansiedlungen gerichtet hatte, so daß die ‚alten' Militärlager zu solchen Neugründungen herhalten mußten."* Außerdem wird erklärt, auf welche Weise die Zionisten den Boden für ihre Siedlungen annektieren: *„Da selbst der von israelischer Seite als Staats-Land betrachtete Gemeindeboden knapp wird, muß immer mehr Grund enteignet werden.*



Zionistische Siedlungen im Westjordanland und die dazugehörenden Siedlungsgebiete



Die Strich-Punkt-Linie kennzeichnet die Grenze des zionistischen Staates von 1949, die einfach eingekreisten Siedlungen sind seit 1977 gegründet worden, die doppelt eingekreisten nach dem Sadat-Besuch in Israel im November 1977. Stand: März/April 1978. Die dunklen Gebiete sind zionistisches Siedlungsgebiet, die schraffierten von Arabern beschlagnahmtes Land.

Dabei werden zuerst Sicherheitsgründe und militärische Nutzung vorgegeben, dann wird das Land zu Siedlungszwecken verwendet". Diese Form des Landraubs ist allerdings seit 1949 innerhalb der Staatsgrenzen Israels und seit 1967 in den besetzten Gebieten üblich.

Insgesamt sind seit Beginn 1977 bis zum März/April 1978 im Westjordanland, auf den Golanhöhen und im Gaza-Streifen 28 neue Siedlungen gegründet worden, davon 12 (allein im Westjordanland acht) neue Siedlungen nach dem Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977. Die Zahl der Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten erhöht sich damit auf 116.

Waren anfangs die Siedlungen vor allem im Jordantal und in der Umgebung von Jerusalem angelegt worden, so liegen die neuen Siedlungen fast ausschließlich westlich davon im Inneren des Landes. Auf diese Weise wird das gesamte Westjordanland durch Siedlungen für den zionistischen Staat erschlossen (Informationen nach „Journal of Palestine Studies", Nr. 29, 1978).

Ein weiterer Schritt bei der Annexion von Ostjerusalem war Anfang November die Ausdehnung der israelischen Kommunalwahlen auf diesen Teil der Stadt. Die „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit", ein linkes Bündnis, an dem sich auch die revisionistische KP Israels (RAKACH) beteiligt, kandidierte deshalb in Jerusalem nicht. Die Wahlbeteiligung der Palästinenser im besetzten Teil der Stadt lag unter 10 % („UZ", „Unsere Zeit", 13.11.78).

Diskussionen über den „Autonomieplan" des Camp-David-Abkommens werden in den besetzten Gebieten durch die Militärregierung unterdrückt. Auf der Westbank wurden im November mindestens 15 Gegner verhaftet. Studenten der Universität Bir Zeit wurden gefoltert, als sie sich weigerten, das Camp-David-Abkommen zu unterstützen („International Harold Tribune", „IHT", 28.11.78).

Als kürzlich vor der UNO-Vollversammlung die Menschenrechtsverletzungen durch Israel in den besetzten Gebieten untersucht wurden, wurde die Zahl der im letzten Jahr Verhafteten mit 1.192, die Zahl der Militärgerichtsprozesse mit 1.035 angegeben. Zur Sprache kamen auch die Mißhandlungen politischer Gefangener in den zionistischen Gefängnissen, willkürliche Deportationen, die Zerstörung von Häusern und Eigentum, das Fällen von Bäumen und die Vernichtung der Ernte von Palästinensern, die der Zusammenarbeit mit den palästinensischen Widerstandsorganisationen verdächtigt wurden („ND", 22.11.78).

Erst kürzlich wurde bekannt, daß die zionistischen Besatzer erneut die Häuser zweier Palästinenser sprengten, gegen die Verfahren wegen „terroristischer Aktivitäten" laufen. Die Zerstörung der Häuser wurde durchgeführt, obwohl das oberste israelische Gericht die Aktion mit einer Einstweiligen Verfügung untersagt hatte („Neue Zürcher Zeitung", 6.12.78, „SZ", 6.12.78).

Nahost-Kommission

Tod dem Schah!

Die am 6. November eingesetzte Militärregierung hat ihre Aufgabe nicht erfüllen können: Die Aufstände des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime gehen weiter. Nach dem Generalstreik im ganzen Iran und nach den blutigen Demonstrationen zu Beginn des Trauermonats Moharram wurde die Militärregierung durch die Entschlossenheit und den Kampfeswillen der iranischen Bevölkerung zu Zugeständnissen gezwungen, sie mußte die großen religiösen Demonstrationen anläßlich des Aschura-Tages am 11. Dezember erlauben.

Generalstreik

Aus Anlaß der Ermordung mehrerer Iraner in der heiligsten Moschee in Meshed hatten die religiösen Führer und die Nationalfront für den 26.11. zu einem Generalstreik aufgerufen, der im ganzen Iran befolgt wurde. Läden und alle Bazare blieben geschlossen. Viele Iraner blieben der Arbeit fern, die großen Streiks gingen weiter, vor allem im öffentlichen Dienst wurden die wochenlangen Streiks fortgesetzt. Überall in der Provinz kam es zu großen Demonstrationen. In Meshed gingen 500.000 Menschen auf die Straße, mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Hunderte wurden verletzt, mindestens dreizehn Menschen getötet (,,Le Monde'', 28.11.78). Mit diesen großen Demonstrationen zeigten die Iraner, daß sie sich auch durch das vom Militär angedrohte ,,harte Vorgehen'' nicht
strationen zeigten die Iraner, daß sie sich auch durch das vom Militär angedrohte ,,harte Vorgehen'' nicht
einschüchtern lassen. Drohungen und blutiges Vorgehen gegen die Demonstranten haben längst ihre Wirksamkeit verloren.



Carter und die Menschenrechte: ,,Hallo, Teheran? Ich verlange, daß die Toten ordentlich begraben werden!''

Gleichzeitig wurden die Streiks in der Ölindustrie wieder aufgenommen, zunächst in der Teheraner Raffinerie, dann in dem Gebiet von Shiraz. Die Förderungsquote sank sofort um 50% auf etwa 3 Mrd. Barrel täglich (,,Süddeutsche Zeitung'' — ,,SZ'', 29.11.78).

Die Angestellten der Zentralbank nahmen einen einwöchigen Streik auf, in dem sie die Rückkehr Khomeinys und die Freilassung aller politischen Gefangenen forderten. Gleichzeitig legten sie eine Liste von mehr als 150 Personen vor (Schah-Familie, hochgestellte Persönlichkeiten aus Militär, Regierung und Wirtschaft), die in den vergangenen zwei Monaten insgesamt 2,4 Milliarden Dollar ins Ausland transferiert hatten (,,The Guardian'' — ,,TG'', 30.11.78). Alle iranischen Zeitungen werden weiterhin bestreikt — seit Beginn der Militärregierung.

Demonstrationen zu Beginn des Trauermonats Moharram

Die iranische Militärregierung hatte alle Demonstrationen während des Trauermonats Moharram verboten und wie üblich ,,hartes Durchgreifen'' angekündigt. Gleichzeitig hatte die Militärregierung zugesagt, alle dem Islam widersprechenden Gesetze abzuändern — in Zusammenarbeit mit den schiitischen Führern (,,TG'', 29.11.78). Solche ,,Zugeständnisse'' bleiben derzeit allerdings wirkungslos.

Trotz des ausdrücklichen Verbots, des sowieso schon bestehenden Versammlungsverbots und der nächtlichen Ausgangssperre gingen in der Nacht vom 1. auf den 2.12. hunderttausende von Iranern in Teheran und allen anderen großen Städten auf die Straße, um den Beginn des schiitischen Trauermonats zu begehen und gegen das Schah-Regime zu protestieren. Die Demonstranten wurden von den Bewohnern der umliegenden Häuser unterstützt, die ebenfalls von den Dächern herab Parolen zum Sturz des Schah-Regimes riefen.

Innerhalb von drei Tagen richteten Armee und Polizei ein unvorstellbares Blutbad an. Mit Maschinengewehren, Panzerkanonen und Granaten gingen sie gegen die Demonstranten vor. Selbst die bürgerliche Presse sprach von 1.000 Todesopfern innerhalb dieser drei Tage, was sicherlich untertrieben sein dürfte (,,Frankfurter Rundschau'' — ,,FR'', 4., 5., 6.12.78).

Während der ganzen Woche gingen Streiks und Demonstrationen weiter — trotz des ausdrücklichen Verbotes. In Busher wurde ein hoher schiitischer Geistlicher, Scheich Abu Ashuri, erschossen, als er sich der Festnahme in seinem Hause widersetzte. Daraufhin trat ganz Bushehr in einen zweitätigen Streik (,,SZ'', 7.12.78).



Massenkundgebung in Teheran

,,Zugeständnisse'' des Schah-Regimes?

Spätestens seit den blutigen Ereignissen während der ersten drei Tage des Trauermonats, die im Grunde die Ohnmacht der Militärregierung angesichts der Entschlossenheit der iranischen Bevölkerung, das Schah-Regime zu stürzen, deutlich gemacht hat, ist die Militärregierung verbal von ihrem ,,harten Vorgehen'' abgegangen. Auf
zu stürzen, deutlich gemacht hat, ist die Militärregierung verbal von ihrem ,,harten Vorgehen'' abgegangen. Auf
einer Pressekonferenz machte der Regierungschef General Azhari ausländische Elemente und die revisionistische Tudeh-Partei für die Unruhen verantwortlich, während er die schiitische Geistlichkeit außerordentlich schonend behandelte und behauptete, daß deren wahre Ziele mißbraucht würden. Dem im Pariser Exil lebenden Khomeiny wurde gar die Rückkehr angeboten (,,Neue Zürcher Zeitung'' — ,,NZZ'', 7.12.78). Bemerkenswert ist auch die Äußerung, daß er die erneut streikenden Beschäftigten der iranischen Ölindustrie nicht an die Arbeit ,,zurückzwingen'' wolle (,,SZ'', 7.12.). Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt hatte Azhari die Beendigung der Streiks als vorrangige Aufgabe angesehen und durch massiven Einsatz von Militär und massenhaften Verhaftungen von Erdölarbeitern die Aufnahme der Arbeit auf den Erdölfeldern für kurze Zeit erzwungen. Diese ,,milden Töne'' des Chefs der Militärregierung sind im Grunde das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Politik. Die ganze Armee nebst ihren 40.000 amerikanischen Militärberatern reicht nicht aus, die Streiks und Demonstrationen der Bevölkerung zu beenden. Im Gegenteil, mit jedem Blutbad erhöhte sich die Entschlossenheit des iranischen Volkes.

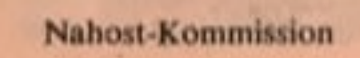
Ganz auf dieser Linie liegt es, daß kurz vor dem Aschura-Tag, dem Höhepunkt des Moharram, plötzlich doch religiöse Umzüge erlaubt worden sind. Dies sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob das Schah-Regime nicht doch wieder ein Blutbad anzurichten gedenkt.



Ermordete Iraner am Morgen nach einer Demonstration

Freilassung politischer Gefangener

Für den ,,Tag der Menschenrechte'' am 10.12. hat der Schah die Freilassung von 472 Gefangenen angekündigt. Bis dahin sollen weitere 352 Häftlinge freigelassen werden (,,SZ'', 7.12.78). Aber auch dieser ,,Gnadenakt'' wird seine Wirkung verfehlen. Zum einen finden ständig neue Verhaftungswellen statt, besonders nach dem letzten Wochenende sind viele Iraner in die Kerker der SAVAK gewandert, zum anderen ist der iranischen Bevölkerung schon von anderen ,,Begnadigungen'' bekannt, daß es sich nur um eine Propagandashow für das westliche Ausland handelt. Nach der Freilassung von mehreren hundert Gefangenen anläßlich des Schah-Geburtstages vor einigen Wochen hatten iranische Juristen- und Menschenrechtsvereinigungen festgestellt, daß die tatsächlich freigelassenen Häftlinge zum großen Teil gar nicht mit den auf den Listen aufgeführten Namen identisch waren und daß die meisten darüber hinaus ihre Strafe schon längst abgesessen hatten und weiter in Haft gehalten worden waren.



Nahost-Kommission





Anti-Schah-Demonstration in Teheran und Frankfurt: Demonstranten werden von Polizisten zu Polizeiautos geschleift



afrika

Interview mit der F. Polisario

Im West-Sahara-Konflikt ist auf politisch-diplomatischer Ebene in den letzten Monaten viel in Bewegung geraten.
Die Polisario hat seit dem Umsturz in Mauretanien einen einseitigen Waffenstillstand gegenüber den neuen Machthabern beschlossen.
Frankreich, Mauretanien und z.T. auch Marokko bieten dem sahaurischen Volk zweifelhafte „Kompromißlösungen" an. Die spanische Regierungspartei hat die Polisario anerkannt.
Reaktionäre afrikanische Staaten versuchen über ein OAU-ad hoc-Komitee festgeschriebene Positionen der UNO zu Ungunsten der Polisario zu unterhöhlen.
Zu all diesen Problemen führten wir Anfang Dezember ein Gespräch mit dem Genossen Salem, Repräsentant der Polisario, das wir leicht gekürzt haben.

Frage: Welche[illegible] Ergebnisse des 4. [illegible]

Antwort: Eine der wic[illegible]en Entscheidungen des 4. Kon[illegible]sses der Polisario bestand darin, dem mauretanischen Militärkomitee einige Bedingungen zu stellen, damit diese den Frieden näher definieren, den sie als wichtigstes Ziel nach der Machtergreifung in Nouakchott ausgegeben hatten.

Folgende drei Bedingungen wurden gestellt:

- *Die Anerkennung der Souveränität der Arabischen Demokratischen Republik Sahara über das gesamte Gebiet der Westsahara innerhalb der vom Kolonialismus ererbten Grenzen,*
biet der Westsahara innerhalb der vom Kolonialismus ererbten Grenzen,
die international anerkannt sind;
- *Rückzug der mauretanischen Truppen auf die Grenzen der sechziger Jahre, Grenzen, die international anerkannt sind;*
- *Rückgabe des Teils der Sahara, die Mauretanien seit dem Teilungsabkommen von Madrid besetzt hält. Diese Rückgabe muß an die Organe der Republik Sahara erfolgen.*

Auf dem 4. Kongreß haben wir auch unsere Position bezüglich der Manöver Marokkos definiert, die eine zweifelhafte Teillösung des Problems beinhalten. Diese Art von Manövern, die sich in Vorschlägen für eine friedliche Lösung des Konflikts konkretisieren, werden von Paris unterstützt und von Handlangern durchgeführt, d.h. von einigen afrikanischen Staaten, die eine Lösung des guten Willens, eine friedliche Lösung des Problems vorschlagen, die eben nicht dem Charakter des Problems, der vorhandenen Realität entsprechen, die also wenig realistisch und wenig ehrlich sind — und die wir in keiner Weise akzeptieren. (...)

Frage: Was waren die Überlegungen der Frente Polisario, Mauretanien einseitig den Waffenstillstand zu erklären, ohne daß Mauretanien seinerseits die legitimen Rechte des saharauischen Volkes anerkannt hätte? Welchen Wechsel im Charakter zum Ould Daddah-Regime hat es in Mauretanien gegeben, was sind die Hintergründe dieser Überlegung?

Antwort: Wir wollten und wollen dem mauretanischen Volk bei der Wiederherstellung des Friedens helfen. Die historische Initiative und weitsichtige Entscheidung, die militärischen Operationen gegenüber Mauretanien einzustellen, sind Teil unserer politischen Linie, eine friedliche Lösung des Problems zu finden. Dieser Waffenstillstand ist die einzig konkrete Tat, die es seit dem Militärputsch von Nouakchott gegeben hat. Gleichzeitig hat die Frente Polisario beschlossen, 200 mauretanische Kriegsgefangene freizulassen, um eine Friedensentwicklung in die Wege zu leiten, auf der Grundlage der äußerst günstigen Bedingungen, die unser Waffenstillstand hergestellt hatte. Was wir aufgrund unserer vielfältigen Kontakte mit der Regierung bzw. dem Militärkomitee Mauretaniens festgestellt haben, ist, daß sie andere Absichten verbergen, und wir haben ihnen offen gesagt, daß sie die Verantwortung für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten tragen.

Der 4. Kongreß hat erneut die Entscheidung getroffen, den Waffenstillstand fortzuführen, um dem mauretanischen Regime Gelegenheit zu geben, realistisch und konkret auf unsere Entscheidung zu antworten. Der 4. Kongreß hat gleichzeitig der internationalen Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß es günstige Umstände für eine friedliche Lösung des Problems gibt. Bis heute wird viel von Frieden geredet, viel von Lösungen geredet, aber niemand hat bisher eine konkrete Handlung vollführt, die als eine Entgegnung auf den Waffenstillstand der Frente Polisario auf mauretanischem Gebiet gewertet werden könnte. Unsere letzte Erklärung wurde am 22. November vor der UNO abgegeben, in der wir der internationalen Öffentlichkeit bekanntgaben, daß das mauretanische Regime in aller Kürze mit einer konkreten Handlung unsere Entscheidung beantworten muß, damit von einem dauerhaften und gerechten Frieden in dieser Region die Rede sein kann (...).

Der Charakter des mauretanischen Regimes unterscheidet sich bis heute

Der Charakter des mauretanischen Regimes unterscheidet sich bis heute in nichts von der Linie, die Ould Dadda verfolgte, abgesehen von einigen schwammigen Erklärungen, einigen prinzipiellen Friedenswünschen. Dies unterscheidet sie jedoch nicht vom vorherigen Regime. Die Unterschiede müßten sich in konkreten Handlungen materialisieren (...).

Frage: Mauretaniens Politik ist fein abgestimmt und letztendlich auch bestimmt vom französischen Imperialismus, der ja auch Mauretanien wirtschaftlich und militärisch hält. Die erste Frage ist, wie die Frente Polisario Frankreich in bezug auf die sog. Friedenslösung behandelt und insbesondere wie die Frente Polisario die in der bürgerlichen Presse behandelte Bekanntgabe der mauretanischen Herrschenden im französischen Rundfunk behandeln, wonach diese bereit seien, einen Teil der besetzten Westsahara freizugeben. Übergeordnet dabei ist die Frage, welche Rolle spielt Frankreich?

Antwort: Ich habe vorhin von Manövern gesprochen, die sich als Teillösungen präsentieren. Hierher gehören auch diese Absichten. Derzeit wollen sie uns überzeugen, daß wir uns mit einem Teil unseres Landes begnügen sollen, der unter Mauretaniens Oberhoheit stand. Dies außerdem unter der Bedingung einer Föderation mit Mauretanien. Wir sollen also unsere Waffen niederlegen und die Politik der Vernichtung unseres Volkes hinnehmen und uns mit gebundenen Händen ausliefern an den französischen Imperialismus und seine Alliierten in dieser Region. Unsere Antwort auf diese Art von politischen Manövern von Ould Salek in Paris besteht darin, daß wir von unseren ursprünglichen Kampfzielen nicht abweichen, d.h. die Totalität unseres Landes bedeutet die Grenzen, die wir vom Kolonialismus geerbt haben und die international anerkannt sind, müssen so wie sie sind anerkannt werden. Wir akzeptieren keine Lösung, die auch nur einen Millimeter der Sahara preisgibt. Das ist unsere Position, die der französischen Regierung bekannt ist, die den Marokkanern, den Mauretaniern und der internationalen Öffentlichkeit bekannt ist. Und wenn sie darauf bestehen, die Aggression fortzusetzen und den Völkermord, sind wir bereit, den Krieg fortzusetzen sowohl innerhalb Marokkos wie Mauretaniens und gegen alle, die in unserem Land intervenieren.

Frage: Spielt Spanien eine andere Rolle als Frankreich? Es ist bekannt, daß ein spanischer Regierungsvertreter auf dem 4. Kongreß war. Heißt das, daß von der F. Polisario von Spanien positive Unterstützung in der direkten Friedensinitiative erwartet wird?

Antwort: Spanien ist die Macht, die verantwortlich ist für die Tragödie, die unser Volk durchmacht. Spanien wird immer verantwortlich bleiben, bis die Souveränität unseres Volkes über unser Land wiederhergestellt ist. Es stimmt, daß ein verantwortliches Mitglied des spanischen Außenministeriums von UCD am 4. Kongreß teilgenommen hat und aus dieser Teilnahme sind Beziehungen zwischen uns und dieser Regierungspartei hervorgegangen, so daß diese Partei die F. Polisario anerkennt. Es hat gemeinsame Kommuniqués gegeben und wir meinen, Spanien muß realistischerweise seine Rolle in der Dekolonialisierung der Sahara wahrnehmen.

Wir betrachten diese Erklärungen und Veränderungen bei dieser Partei so, daß sie offensichtlich bereit sind, die Selbstbestimmung des saharauischen Volkes anzuerkennen und Beziehungen zu allen Beteiligten des Konflikts zu haben. Das heißt jedoch nicht, daß Spanien seine Verantwortung schon übernommen hätte (...). Diese Verantwortung kann nicht anderes bedeuten, als daß alle Saharauis in ihre Häuser zurückkehren können, die Übernahme der vollen Souveränität durch die Staatsorgane der DARS und der vollständige und bedingungslose Rückzug aller ausländischen Aggressionstruppen in unserem Land (...).

Frage: F. Polisario war wie viele an- gressionstruppen in unserem Land (...).

Frage: F. Polisario war wie viele andere Befreiungsbewegungen auch auf dem Weltkongreß der 2. Internationale. Gibt es da positive Aspekte der imperialistischen Internationale zur Lösung des Sahara-Konflikts?

Antwort: Die 2. Internationale kann dadurch, daß ihr die großen Parteien Europas angehören, Verantwortung als internationale Organisation übernehmen. Sie kann also zu einer friedlichen und dauerhaften Lösung beitragen. Wir meinen, daß die Sozialistische Internationale Druck auf das Regime von Marokko und Mauretanien ausüben kann und auf andere Kräfte, die uns bedrängen, damit diese von ihren Kriegshandlungen ablassen und die eine ständige Destabilisierung in der Region zur Folge haben (...).

Frage: Welche Bedeutung und Absicht mißt die F. Polisario dem OAU-ad hoc-Komitee bei?

Antwort: Der OAU-Gipfel in Khartum hat eine ad hoc-Kommission afrikanischer Staatschefs geschaffen, um den OAU-Sonder-Gipfel der afrikanischen Staatschefs zur Sahara-Frage vorzubereiten. Derzeit versuchen Marokko und andere, darunter auch der Präsident der OAU, Numeiri von Sudan aus dieser Kommission ein Gremium zu machen, daß selbst eine Lösung für die Westsahara-Frage ausarbeiten soll (...). Unser Problem ist definiert von der UNO, von der OAU selbst und von den nicht paktgebundenen Ländern als ein Dekolonialisierungsproblem, und es gibt nur eine Organisation, die die Macht und die Mittel hat, diese Frage zu lösen, das ist die UNO (...). Eine Woche vor der Khartum-Konferenz haben wir deutlich gesagt, welche Gefahr diese ad hoc-Kommission in sich birgt, daß dieses Manöver gerade dann vonstatten geht, wo unser Problem vor der UNO diskutiert werden sollte. Heute wird die Westsahara-Frage vor der UNO behandelt. Marokko versucht dort die ad hoc-Kommission als ein zuständiges Organ hinzustellen. Das ist ein Manöver und die OAU selbst hat eine Position, die sehr weit von der Hassan II. und Numeiri entfernt ist, in bezug auf diese ad hoc-Kommission. Tansania hat sich aus dieser Kommission zurückgezogen, um sein Nicht-Einverständnis und seinen energischen Protest gegen dieses Manöver zum Ausdruck zu bringen (...).

Numeiri verwechselt hier seine Position als Staatschef von Sudan, als der er bekanntermaßen immer Marokko unterstützt hat mit seiner Position als Chef der OAU. Dieses Verhalten wirft nicht nur die Entscheidungen der afrikanischen Staatschefs über den Haufen, sondern ist gegen die Prinzipien der OAU selbst gerichtet. Wir sind sehr froh darüber, daß sich Nyerere aus der ad hoc-Kommission zurückgezogen hat und daß er die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannt hat (...).



Eritrea:

Eritrea: EPLF räumte Keren

Angesichts der ungeheuren Kriegswalze, die von den Äthiopiern mit sowjetischer Unterstützung in ihrer neuesten Offensive eingesetzt wird, mußte die EPLF ihre Taktik ändern. Bisher führte sie — militärisch gesehen — hauptsächlich einen defensiven Stellungskrieg. Das bedeutete an relativ klar begrenzten Fronten die Verteidigung der großen Geländegewinne von 1977. Nicht zuletzt wegen der tags und neuerdings auch nachts laufenden Bombardierung aller von der EPLF gehaltenen Städte und Dörfer, die vor allem der Zivilbevölkerung großes Elend verursacht, ist die EPLF hauptsächlich wieder — wie schon vor 1977 — zur Taktik der beweglicheren Guerilla-Kriegsführung in kleineren Kampfverbänden übergegangen und hat die Ortschaften im Hauptkampfgebiet nördlich von Asmara an der Straße zum Hafen Massaua geräumt. Auch aus Keren, der zweitgrößten **Stadt Eritreas und bisher städtisches Zentrum des revolutionären Aufstands hat die EPLF sich zurückgezogen** — mit ihr kamen zehntausende von Einwohnern der Stadt und Flüchtlinge aus anderen Teilen Eritreas, die vorübergehend in Keren Unterschlupf gefunden hatten. Sicherlich befinden sich darunter auch die Kinder von der „Red Flowers"-Plantage in Decamhare und viele der Aktivistinnen der Frauenorganisation von Keren, mit denen wir auf unserer Reise nach Eritrea im Juli diskutieren konnten. Zurückzubleiben, hätte für diese Genoss(inn)en mit Sicherheit das Todesurteil durch die Besatzer bedeutet.

Im Stil der vom US-Imperialismus gegen Vietnam angewandten Taktik der „verbrannten Erde" werden im Umkreis von ca. 120 km um Asmara herum, wo bisher über Zweidrittel der erithreischen Bevölkerung lebten, systematisch alle menschlichen Siedlungen durch die äthiopischen Bomber zerstört — über 150 Dörfer wurden bisher davon betroffen. Bewußt erzeugen die Eroberer dadurch eine gewaltige Flüchtlingswelle und die EPLF sieht sich vor der fast unerfüllbaren Aufgabe, diese Menschen vor dem Schlimmsten zu bewahren.

Trotzdem wird in den Hauptkampfgebieten um Asmara und Keren sowie an der Küste nördlich Massaua dem Vormarsch der Äthiopier weiterhin **heftiger Widerstand entgegengestellt. Eine EPLF-Stellungnahme vom 30.11. aus Rom berichtet von der** Zerstörung von 182 äthiopischen LKWs und 57 Panzern (ein Fünftel der in dieser neuen Offensive bisher insgesamt eingesetzten Panzer), sowie der Eroberung von 18 einsatzbereiten LKWs und 13 Panzern. Ein Truppenlande-Versuch an der Küste des Roten Meeres bei Mersa Gulbub konnte verhindert werden. Das alles geschah zwischen dem 18. und 21. November.

Im folgenden haben wir im vollen Wortlaut die neueste uns vorliegende Stellungnahme der EPLF abgedruckt. Sie zeigt deutlich, daß die EPLF die Ursache für die gegenwärtigen Erfolge der DERG-Truppen im Eingreifen der Sowjetunion sieht.

Liebe Genoss(inn)en, die Stellungnahme zeigt auch, welchen übermenschlichen Anforderungen sich die EPLF-Genoss(inn)en derzeit ausgesetzt sehen. Wir sollten zeigen, daß unsere Solidarität einen langen Atem hat und nicht zuletzt in unserer Spenden-Aktivität einen Schritt zulegen!

Stellungnahme der EPLF zur aktuellen Entwicklung

I. Warum hat die Sowjetunion in der jetzt laufenden Offensive die entscheidende Rolle übernommen (direkte Intervention)?

1. Die Sowjetunion dachte, der DERG kann die eritreische Revolution insgesamt besiegen und die EPLF schwächen, wenn er dazu mit genügend zerstörerischen Waffen und der notwendigen Beratung ausgestattet wird.
2. Die Versuche des DERG wurden vereitelt und er mußte demütigende Niederlagen hinnehmen durch unsere tapfere Volksarmee, Volksmiliz und unsere Bevölkerung.
3. Schließlich davon überzeugt, daß der DERG weder den eritreischen Volkskampf besiegen noch die EPLF auch nur schwächen würde, machte sich die Sowjetunion dessen verbrecherische Ziele zu eigen und setzte dazu an, einen Volkskampf niederzuschlagen und die Vorhut dieses echten Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu zerbrechen.

II. Zwei Generäle und 11 hochrangige Offiziere leiten diese barbarische Offensive. Hunderte von sowjetischen Soldaten sowie Piloten und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 53

Marine sind in dieses Unternehmen verwickelt. Die Namen der Generale werden wir gegebenfalls veröffentlichen, wenn es notwendig ist.

1. Wir haben ihre Funksprüche abgehört.
2. Die äthiopischen Gefangenen haben es bestätigt. Sie sagen sogar, daß alle äthiopischen Soldaten erschossen werden, die sich zurückzuziehen versuchen – als ob sie Söldner seien. Diese Kriegsgefangenen können von jedermann befragt werden.
3. Dan Connel, ein Journalist, der sich im Kampfgebiet befindet, kann ihre Existenz bezeugen."

(Anm. des AK: Dan Connel berichtet seit Jahren über Eritrea, z.B. in der „Washington Post" und in „Le Monde")

„4. Der Hubschrauber, der abgeschossen wurde, als daraus spioniert und fotografiert wurde, wurde von einem sowjetischen Offizier geflogen. Dies haben uns viele Quellen bestätigt.
5. Unsere Bevölkerung hat die Generale und Offiziere bei mehreren Gelegenheiten gesehen.

III. Die gegenwärtige barbarische Offensive wird geplant und durchgeführt durch die Sowjetunion mit dem Hauptziel, die Überlegenheit der EPLF sowohl auf militärischem als auch auf politischen Gebiet zu brechen:

1. - weil die EPLF die scheinheiligen „Friedensinitiativen" des DERG und der Sowjetunion entlarvt und vereitelt hat und stattdessen für echten Frieden in dem Gebiet eingetreten ist sowie für eine korrekte Lösung für die eritreische Revolution;
2. - weil die Sowjetunion auf die von der EPLF verbreitete Stellungnahme über die gegenwärtige Behandlung der eritreischen Frage keine befriedigende Antwort geben konnte, versucht sie, die EPLF zu schwächen, damit diese in die sowjetisch/äthiopische Version der friedlichen Lösung der eritreischen Frage einwilligt."

(Anm. des AK: Hauptwiderspruch der bisherigen Verhandlungsversuche: Die EPLF besteht auf dem Recht auf Lostrennung und nationale Selbstbestimmung des revolutionären Eritrea. Die Sowjetunion und der DERG bieten mehr oder weniger verbrähmt die alte, schon mit Kaiser Haile Selassie bestehende Föderations-Regelung an.)

„3. Die Sowjets haben sich soweit engagiert, daß
a) ihre Kriegsschiffe unsere Stellungen beschießen,
b) sie Panzer und Mannschaften mit Landefahrzeugen vom Meer aus landen wollten – dabei aber zurückgeschlagen wurden,
c) sie den Krieg immer stärker ausweiten.
4. Die Sowjetunion beschränkt sich nicht nur auf das Kampffeld, sondern
a) sie zerstört wirtschaftliche und soziale Einrichtungen des eritreischen Volkes:
– sie zerstört unversehrte Dörfer,
– sie vertreibt unbeteiligte Bevölkerung, wobei Tausende getötet werden,
– sie zerstört Schulen und Krankenhäuser,
– sie verbrennt die Ernte;
b) sie spioniert mit hochentwickelter Ausrüstung hinter unseren Verteidigungslinien;
c) sie bombardiert unsere rückwärtigen Stützpunktgebiete einschließlich solcher Gebiete, wo sich Bauern und Nomaden aufhalten.

IV. Es ist eine Pflicht für alle Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit liebenden Völker, Regierungen und Organisationen, die sowjetische Intervention und die sowjetischen Verbrechen in Eritrea zu verurteilen.
– Sie nicht zu verurteilen heißt, daß Ihr Eure internationalistische Verantwortung vergeßt.
– Sie nicht zu verurteilen heißt, daß Ihr Eure historische Pflicht vergeßt, sich allen Verbrechen und Ungerechtigkeiten gegen unschuldige Frauen, Kinder und Alte und die Menschheit insgesamt entgegenzustellen."

(V. fehlt in der uns zugesandten Resolution)

„VI. Diese barbarische Offensive der Sowjetunion hat Tod, Elend und Krankheit für Tausende unschuldiger Eritreer zur Folge:
– 154 Dörfer wurden bombardiert,
– 100.000 Menschen wurden obdachlos,
– 4.700 sind tot oder schwerverletzt,
– 8.000 Menschen befinden sich in medizinischer Behandlung.

Wir stehen vor der Aufgabe, 100.000 zusätzliche Menschen vor Hunger und Krankheit zu bewahren.
Wir brauchen eilig Eure Hilfe!
Wir brauchen Nahrungsmittel, Medikamente und Zelte.

VII. Vor der riesigen sowjetischen Kriegsmaschine haben wir von verschiedenen Stellen strategisch begründete Rückzüge angetreten.

VIII. Wir kämpfen tapfer und versetzen den Kräften der Aggression und Eroberung wirkungsvolle Schläge.

SIEG DEN VOLKSMASSEN!

EPLF-Büro
Khartoum, den 3.12.1978"

Terror in Namibia

Derzeit wird die südafrikanische Enklave Namibia unter großem finanziellen und militärischen Aufwand in eine gigantische Polizeikaserne verwandelt.

Grund: Die vom 4.12. bis 8.12. stattfindenden sogenannten „Wahlen", die einseitig gegen UNO-Beschluß und trotz Boykott durch die SWAPO unter Schirmherrschaft der RSA-Rassisten durchgezogen werden. Damit demonstriert das Botha-Regime seine Entschlossenheit, trotz weltweiten Protests, mit Hilfe eines großangelegten Wahlbetrugs die prorassistische Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA) an die Macht zu hieven.

Bereits vor Beginn der Wahlen wurde die schwarze Bevölkerung von südafrikanischen Streitkräften systematisch terrorisiert, die SWAPO massiv in ihren Bewegungs- und Agitationsmöglichkeiten eingeschränkt. Am Wochenende vor der Wahl wurden über 100 Aktivisten der SWAPO und führende Mitglieder von Bothas Polizeischergen verhaftet.

Als Vorwand dienten zwei von den Rassisten selbst inszenierte Bombenanschläge, bei denen 14 Menschen verletzt wurden („FR", 4.12., „NZZ", 5.12.).

Nicht zimperlich bei der Anwendung brutaler Gewalt zeigten sich Bothas Polizeihunde auch bei Beginn und im Verlauf der Wählerregistrierung.

Aus einer Dokumentation des Direktors des Christlichen Zentrums in Windhoek, Justin Ellis, geht hervor, daß besonders die Bevölkerungsteile, die mit der SWAPO sympathisieren, terrorisiert und unter Druck gesetzt worden seien.

Kurz vor Beginn der Registrierung wurden an alle Bewohner Mitgliedskarten der DTA verteilt, die jeder neben seiner Steuerbescheinigung und seinem Ausweis bei sich tragen sollte.

Ein Farbiger, der seine Karte nicht vorweisen konnte, wurde von einem südafrikanischen Soldaten ,niedergeschlagen. Das Gerücht wurde verbreitet, ohne DTA-Karte werde niemand mehr ärztlich behandelt.

Alte Leute, die ihre Rente abholen wollten, seien von Regierungsbeamten mit Armee-Eskorte gezwungen worden, sich als Wähler registrieren zu lassen; erst danach hätten sie ihre Rente erhalten („FR", 1.12.).

Ellis ist übrigens von den namibischen Behörden ausgewiesen worden.

Gleichschaltung der Presse

Um die propagandistische Unterstützung der DTA sicherzustellen, ließ die RSA über CSU-Freund und Turnhallen-Anhänger Dr. Dieter Lauenstein den „Windhoek Advertiser" und die „Allgemeine Zeitung" aufkaufen. Herausgeber des „Windhoek Advertiser" ist Leon Mok, früherer Reporter beim pro-rassistischen „Citizen" in Johannesburg („Times", 14.11.).

In ihrer Eigenschaft als trojanisches Pferd der südafrikanischen Rassisten wird die DTA mit Unterstützung der CSU-eigenen Hanns Seidel-Stiftung über Steuergelder, diversen BRD-Konzernen und aus südafrikanischen Quellen massiv aufgebaut.

Westdeutsches und südafrikanisches Kapital finanziert die DTA

Die Interessengemeinschaft Deutscher Südwester, eine prorassistische Agentur der RSA und eng mit CSU und NPD-Kreisen liiert, hat bisher ca. 100.000 Rand für die DTA locker gemacht.

Die Afrika-Fördergesellschaft e.V. hat in der BRD zu Wahlkampfspenden für die DTA aufgerufen. Der von großen BRD-Konzernen unterstützte Sammelaufruf weist darauf hin, daß die Spendengelder zu 100 % von der Einkommensteuer abgesetzt werden können.

Chef dieser obskuren Gesellschaft ist der frühere SA-Mann (SS-Auszeichnung „Totenkopfring") und ehemaliger Südafrika-Botschafter in Bonn, Sonnenhol (nach „AIB", 11./12.,78).

Bereits im April dieses Jahres hat die DTA 20 Büros im ganzen Land eröffnet, u.a. wurde ihr ein Minensuchfahrzeug (!), 20 kugelsichere Westen und ein kugelsicherer Mercedes sowie eine DC3-Maschine zur Verfügung gestellt. Als Geldgeber fungierte die RSA („Africa", 85/September 78).

Afrika-Kommission

Söldner in Rhodesien

Spätestens seit Angola ist das Ausmaß der Aktivitäten imperialistischer Söldnerbanden auf dem afrikanischen Kontinent sichtbar geworden.

Die Intervention französischer und belgischer Femdenlegionäre in der zairischen Provinz Shaba macht die Funktion dieser gekauften Killereinheiten deutlich: Überall dort, wo es der Imperialismus aus politischen Erwägungen heraus nicht für opportun hält, mit eigenen Truppen einzugreifen bzw. die jeweiligen Marionetten-Regimes auf die militärische Unterstützung von außen angewiesen sind, werden Söldner zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt.

Das rassistische Smith-Regime, das bereits jetzt dazu gezwungen ist, mehr und mehr Schwarze zum Militärdienst einzuziehen, hat 11.000 (!) Söldner angeworben.

Um vor der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, daß man mit regulären Truppen und nicht mit bezahlten Söldnerheeren gegen die Befreiungsbewegungen kämpft, wurden ausländische Söldner offiziell in die rhodesische Armee aufgenommen.

Es gibt mindestens vier Gruppen, in denen Söldner arbeiten können: Einmal die reguläre Armee, der Special Air Service, welcher fast ausschließlich innerhalb Mosambiks operiert, die Polizei und eine 4. Gruppe.

In dieser Gruppe werden Söldner ausgebildet mit dem Auftrag, die Befreiungsbewegungen zu infiltrieren („Angola News Summery", 25.6.76). Ein Vertrag mit der rhodesischen Armee läuft meistens über drei Jahre.

Ein Großteil der Söldner kommt aus Nordamerika, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, Australien und der BRD. Während die Briten mehr Verwaltungsaufgaben übernehmen, sollen die Deutschen „das Rückgrat der rhodesischen Armee" sein.

Nach Angaben des FBI (die mit Sicherheit weit untertrieben sind) arbeiteten schon im August 1975 einige 100 amerikanische Söldner für das Smith-Regime. Insgesamt sollten nach rhodesischen Plänen 2.000 Amerikaner angeworben werden. Nach Angaben eines gefangenen britischen Söldners befanden sich im März 1977 ungefähr 2.000 Briten und mehr als 100 Amerikaner als Söldner in Zimbabwe. Allein in seiner Trainingseinheit wären 43 Söldner aus verschiedenen Ländern gewesen.

Ehemalige Fremdenlegionäre kämpfen sogar als gesonderte Einheit innerhalb der rhodesischen Armee. Im Februar 1978 waren es mindestens 100. Weitere 200 bis 300 Fremdenlegionäre wurden erwartet („Guardian", 1.2.78). Zur Zeit sollen ungefähr 450 Fremdenlegionäre in der rhodesischen Armee als gesonderte Einheiten kämpfen. Das Söldnerkontingent in der gesamten Armee setzt sich wie folgt zusammen:

USA: 2.300; RSA: 4.600; Frankreich: 2. Weltkrieg-Veteranen (ohne Fremdenlegionäre) 1.800; BRD: Nazi-Verbände aus dem 2. Weltkrieg (ehemalige Bundeswehrangehörige ausgeschlossen) 1.055; Portugal: PIDE-Geheimdienst 2.800; Israel: Mordkommandos 800; insgesamt 13.335 (aus: „Informationsdienst Südliches Afrika", 10/11.78).

RSA: Barackensiedlung der Schwarzen wird niedergewalzt

Im Zuge der rassistischen Entvölke- andere Unterkunft angeboten, den

RSA: Barackensiedlung der Schwarzen wird niedergewalzt

(!) Söldner angeworben.
Um vor der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, daß man mit regulären Truppen und nicht mit bezahlten Söldnerheeren gegen die Befreiungsbewegungen kämpft, wurden
arbeiteten schon im August 1975 einige 100 amerikanische Söldner für das Smith-Regime. Insgesamt sollten nach rhodesischen Plänen 2.000 Amerikaner angeworben werden. Nach Angaben eines gefangenen bri-
(ehemalige Bundeswehrangehörige ausgeschlossen) 1.055; Portugal: PIDE-Geheimdienst 2.800; Israel: Mordkommandos 800; insgesamt 13.335 (aus: „Informationsdienst Südliches Afrika", 10/11.78).

Im Zuge der rassistischen Entvölkerungspolitik des Botha-Regimes soll noch vor Weihnachten die Barrackenstadt Crossroads in der Nähe von Kapstadt eingestampft werden.

In Crossroads leben ca. 20.000 Schwarze in Wellblechhütten unter primitivsten und menschenunwürdigsten Bedingungen. Die rassistischen Behörden haben das Gebiet als „illegal bewohnt" erklärt und damit einen Vorwand für ,die Abschiebung von 80% der Bewohner in die Hungergebiete der RSA, den sog. „Homelands" geschaffen.

Aus der Sicht des Vorsitzenden des Gebietsverwaltungsausschusses, General Wetshuiza, hört sich das dann so an: „*Das Lager wird zerstört werden müssen; die Menschen leben dort auf Boden, der ihnen nicht gehört und zu dessen Besetzung sie kein Recht haben. 80% der Bevölkerung wohnen in Crossroads illegal, und es ist selbstverständlich, daß sie in ihre Ursprungsorte zurückgeschickt werden müssen. Jenen, die rechtmäßig verbleiben können, wird andere Unterkunft angeboten, den übrigen werden Transportmöglichkeiten für die Rückkehr in ihre ,Homelands' zur Verfügung gestellt werden.*"

Tatsache ist jedoch, daß es diese Ersatzunterkünfte nicht gibt und die Schwarzen wieder gezwungen sein werden, in Barackenstädten anderswo dahinzuvegetieren.

Die Ausweisung in die sog. unabhängigen „Homelands" bedeutet für viele Farbige eine noch drastischere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.

In der Transkei beispielsweise sind Armut und Hunger so groß, daß in den letzten zwei Jahren eine 40%ige Todesrate bei Kindern unter 10 Jahren festgestellt wurde.

In den letzten 10 Monaten wurden 3 Barackenstädte im Kap-Gebiet niedergewalzt und dadurch 25.000 Menschen aus ihren Wohngebieten vertrieben. („Frankfurter Neue Presse", 11.10.78).

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen Südliches Afrika

Die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Schweizer Union Bank verhandeln mit dem Botha-Regime zur Zeit über einen Großkredit in Höhe von 150 Mio. Dollar. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen, da die Banken sich „ein klein wenig irritiert" fühlen in der Frage, ob nicht die Entscheidung Südafrikas in der Namibia-Frage die Lage destabilisieren könnte, bzw. ob der Schah, der Hauptöllieferant Südafrikas, sich an der Macht halten kann (Financial Mail, 3.11.78).

***

Gewerkschaftsvertreter von rd. 22.000 Arbeitnehmern des englischen Computerproduzenten ICL (Nürnberger Tochtergesellschaft der ICL ist die International Computers GmbH) verhandeln mit dem Konzernmanagement über die Rolle des Konzerns in Südafrika. Die Arbeiter weigern sich in zunehmendem Maße, südafrikanische Aufträge zu bearbeiten bzw. Produkte des Konzerns nach Südafrika zu schicken. Insbesondere Bestellungen der südafrikanischen Polizei, Armee und der Verwaltung (computermäßige Erfassung aller Schwarzen, die von der Polizei, dem Arbeitsamt etc. als zeitweise arbeitslos notiert werden, zwecks Zwangsausweisung in die Hungergebiete Südafrikas, den sog. „Homelands") werden von ICL-Arbeitern boykottiert. (Nach „Informationsdienst Südliches Afrika", Nr. 10/11 1978).

Afrika-Kommission

Putschversuch in Guinea-Bissau gescheitert

Die portugiesische Tageszeitung „Diario Popular" vom 20. November meldete, daß am 18. November in Guinea-Bissau in einem Vorort der Hauptstadt Bissau nach einem Schußwechsel mit Militärpatrouillen eine ca. 20köpfige bewaffnete Gruppe festgenommen wurde. Ziel der Gruppe sei es gewesen, so ein offizielles Kommunique, „*einige der derzeitigen guineeischen Führer physisch zu liquidieren*" und „*auf nationalem Territorium Sabotagepläne durchzuführen*". Chef der Gruppe sei Malam Sanha gewesen, ein ehemaliger Führer der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln).

Malam Sanha soll unter anderem als Tribalist bekannt sein („Diario Popular", 20.11.78) (Tribalist = Vertreter einer Politik, die traditionelle Feindseligkeiten und Widersprüche zwischen den verschiedenen Stämmen ausnutzt und schürt, um eine Politik der nationalen Einheit und Unabhängigkeit zu verhindern.) Von offiziellen Kreisen wird Malam Sanha in einem Kommunique als „*ein skrupelloser Krimineller, hundertprozentig Abtrünniger und ein überzeugter Konterrevolutionär*" bezeichnet („Diario de Noticias", 25.11.78).

Während des Befreiungskrieges gegen die portugiesische Kolonialmacht kämpfte Malam Sanha zuletzt an der Nordfront, von wo er in die Republik Guinea desertierte. Erst nach dem 25. April 1974 gelang es ihm, wieder in die PAIGC aufgenommen zu werden. Bereits 1975 trat er jedoch wieder aus und nahm an reaktionären Aktivitäten teil. Daraufhin wurde er festgenommen, konnte aber 1976 aus dem Gefängnis von Farim flüchten und setzte sich in den Senegal ab. Dort tat er sich mit Mitgliedern der berüchtigten „Afrikanischen Kommandos" zusammen. (Die „Afrikanischen Kommandos" waren aus Afrikanern gebildete Truppen, die durch oft dreifach so hohe Besoldung wie portugiesische Truppen bestochen wurden, gegen die PAIGC zu kämpfen.) Unter den festgenommenen Putschisten befinden sich auch etliche Ex-Mitglieder dieser „Afrikanischen Kommandos" der ehemaligen Kolonialtruppen. Einige Tage später wurden drei weitere Ex-Mitglieder „Afrikanischer Kommandos" in Bissau festgenommen, denen vorgeworfen wird, ebenfalls an den Mordplänen beteiligt gewesen zu sein („DP", 21.11.78). Auch sollen an den Putschplänen einige der in Bissau stationierten offiziellen Militärs teilgenommen haben („DN", 25.11.78). Als einzige Regierungsmaßnahme wurde an die Bevölkerung appelliert, ihre Ausweispapiere ständig mit sich zu führen.

Interessant an diesen Vorfällen ist die Rolle, die der Senegal dabei spielt. Zunächst sollte klar sein, daß der Senegal seit jeher den Brückenkopf des französischen Imperialismus in Afrika darstellt. Es sei hier nur kurz daran erinnert, daß die französischen Flugzeuggeschwader, die im Dezember letzten Jahres Napalmbomben auf die Bevölkerung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara abwarfen, von Militärbasen im Senegal aus gestartet waren. Bereits zu Zeiten des Befreiungskrieges gegen die portugiesischen Kolonialtruppen hat der Senegal eine zwielichtige Rolle gespielt. Zwar wurde offiziell die PAIGC unterstützt, andererseits diente der Senegal der Marionettenbewegung FLING als Organisations- und Operationsbasis (nach „Guinea-Bissau – 3 Jahre Unabhängigkeit", hrsg. vom Anti-kolonialen Informations- und Dokumentationszentrum in Lissabon, CIDAC, S. 148). So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß nach der Niederlage der portugiesischen Kolonialtruppen eine große Zahl „Afrikanischer Kommandos" in den Senegal flüchtete, um von dort weiter konspirativ aktiv zu bleiben, wie nicht zuletzt auch die jüngsten Ereignisse beweisen. So waren die festgenommenen Putschisten erst eine Woche vorher aus dem Senegal gekommen („DP", 20.11.78).

Dem Imperialismus und insbesondere dem französischen Imperialismus ist die fortschrittliche Republik Guinea-Bissau, die freundschaftliche Beziehungen zu Angola, Mozambique, Algerien und zur Frente Polisario unterhält, natürlich ein Dorn im Auge. Nichtsdestotrotz verfügt Frankreich aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Situation Guinea-Bissaus dort über einigen Einfluß. Zum Beispiel ist es ein französisches Unternehmen, das in Guinea-Bissau die Verlegung des Telefonnetzes besorgt. Dadurch ist unter anderem auch die direkte Verbindung Bissau-Dakar (Hauptstadt des Senegal) zustande gekommen, die auch den Anschluß an Satelliten-Übertragungen ermöglicht hat. Im für Guinea-Bissau sehr wichtigen Fischereiwesen ist ebenfalls französisches Kapital nachzuweisen: es besteht ein „gemischt" guineeisch-französisches Fischereiunternehmen („3 Jahre Unabhängigkeit", S. 150). Frankreich hat also sowohl in der Wirtschaft als auch im Kommunikations- und Nachrichtenwesen noch ein Bein im antiimperialistischen Guinea-Bissau und es ist zu vermuten, daß an dem gescheiterten Putsch auch französische Interessen beteiligt waren.

Portugal-Kommission



asien

Vietnam: „Realpolitik ersetzt proletarischen Internationalismus"

Die vietnamesische Asienpolitik war bislang auf die vollständige Beseitigung der imperialistischen Machtstrukturen in dieser Region ausgerichtet. Sie galt als ein Garant für die solidarische Unterstützung der für Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Widerstandsbewegungen Südostasiens.

Die jüngsten Entwicklungen der vietnamesischen Politik, insbesondere die veränderte Haltung gegenüber dem reaktionären ASEAN-Block, haben hier zweifellos Verwunderung und Unverständnis hervorgerufen, denn bisher klassifizierte Vietnam dieses Bündnis als bedrohlichen, proimperialistischen Militärpakt faschistischer Staaten.

Die Besuchsreise des vietnamesischen Ministerpräsidenten Pham Van Dong führte mittlerweile durch alle ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Philippinen, Indonesien, Singapur) und Japan. In Thailand stimmten Phan Van Dong und Junta-Chef Kriangsak darin überein, daß *„die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten auf der Basis des Abkommens über Handel, Wirtschaft und technische Kooperation vom 11.1.1978 gestärkt und ausgedehnt werden sollen"* („Vietnam News Agency" -VNA-, 10.9.78, lt. „SWB", 12.9.78). Es folgten konkrete Absprachen für die Bereiche Post- und Telegraphendienst, Austausch von Spezialisten für Fischerei, Luftfahrt, Gesundheitswesen, Tourismus und andere Gebiete. Ähnlich in Malaysia, wo ein Luftfahrts-Abkommen abgeschlossen wurde und die *„bilaterale Kooperation für Post- und Telegraphenwesen, Tourismus, Gesundheitswesen...."* („VNA", 15.10., lt.„SWB", 17.10.78) entwickelt werden soll.

Die Abkommen und Vereinbarungen mit den anderen Staaten des ASEAN-Blocks enthalten ähnliche Ergebnisse. Dieser „Frühling" zwischen Vietnam und ASEAN (bisher waren die Beziehungen ja eher kühl und voller Spannungen) geht unzweideutig auf eine neue politische Sichtweise Vietnams und politische Zugeständnisse gegenüber diesen Ländern zurück.

Der grundlegende Wandel in Vietnams ASEAN-Einschätzung

Der grundlegende Wandel in Vietnams ASEAN-Einschätzung

Nach der Befreiung 1975 und auf dem 4. Parteikongreß der Partei der Werktätigen Vietnams 1976 war die imperialistische Bedrohung in Asien wesentlicher Bestandteil der vietnamesischen Einschätzung. So hieß es beispielsweise auf dem 4. Parteikongreß im Dezember 1976:*„Gleichzeitig unternimmt der US-geführte Imperialismus jede Anstrengung um einen neuen Weltkrieg vorzubereiten, sucht jede Möglichkeit, um die revolutionären Bewegungen anzugreifen und verlorene Positionen zurückzugewinnen, die nationalen Befreiungsbewegungen niederzuwerfen und den Aufbau des Sozialismus zu behindern. Er verstärkt fieberhaft seine Aufrüstung, betreibt den Rüstungswettlauf, restauriert den Militarismus, errichtet eine Serie von Militärbasen und aggressiven Militärallianzen, führt den kalten Krieg überall mit dem Ziel, die sozialistischen Staaten einzukreisen, zu bedrohen und zu spalten..."* (Rede von Le Duan auf dem 4. Parteikongreß lt. „SWB", 21.12.76). Und anläßlich des ASEAN-Gipfels im Sommer 1977 verbreitete „Radio Hanoi" folgende Einschätzung:**„In den Hauptstädten der ASEAN-Mitgliedsländer wird dementiert, daß ASEAN ein Militärblock sei und es wird behauptet, daß sie bereit seien, eine friedliche Kooperation mit den indochinesischen Staaten zu entwickeln. Viele Menschen wissen, daß die USA trotz ihrer Niederlage im Aggressionskrieg in Vietnam und anderen indochinesischen Staaten an ihren Stützpunkten und Militärkräften in Südostasien festhalten. Sie planen, ASEAN gegen die Bewegung für Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und Neutralität in dieser Region einzusetzen... Mittlerweile entwickeln die Regierungen der ASEAN-Staaten fieberhaft bilaterale und multilaterale militärische Zusammenarbeit. Es besteht die Gefahr, daß ASEAN sich zu einem regionalen Militärpakt entwickelt... Die US-Pläne mit ASEAN sowie die konkreten Aktivitäten geben realen Grund zur Besorgnis"** („Radio Hanoi" am 6.8.77 in einer Stellungnahme zum ASEAN-Gipfel, lt „SWB").

Die Richtigkeit und Gültigkeit dieser Einschätzung ist bis zum offenen Ausbruch des vietnamesisch-chinesischen Konflikts von den vietnamesischen Genossen niemals in Zweifel gezogen worden. Doch diese Zeiten sind vorbei. In einem Leitartikel des Zentralorgans der KP Vietnams, Nhan Dan, zum Nationalfeiertag am 1.9.78 finden sich inzwischen folgende Aussagen: *„Der glorreiche Kampf des vietnamesischen Volkes ist ein entscheidender Faktor bei der Beseitigung der Herrschaft von Kolonialismus und Neokolonialismus in Indochina u n d Südostasien gewesen, indem er die militärische Verteidigungslinie des Imperialismus zerschlug und eine neue Situation für die Formierung einer Zone von Frieden und Freundschaft eröffnete und den Status der Abhängigkeit vom Imperialismus und seiner Kontrolle beendete"*(zit. nach „SWB" vom 4.9.78; Hervorhebung von uns). Kurz:*„Die Imperialisten wurden erfolgreich aus dieser Region* (gemeint ist nicht nur Indochina(!) *hinausgeworfen"* („VNA", 9.11., lt. „SWB" vom 11.11.78). Interessant ist dabei, daß diese Aussage einem Kommentar zu der Reise Deng Hsiao-pings in verschiedene südostasiatische Länder entstammt, und sich auch gleich der Hinweis anschließt:

Pham Van Dong, Baumeister der neuen Außenpolitik

„Die Pekinger Herrscher meinen, sie müßten über ihren Großmacht-Hegemonismus das Loch füllen, das die Imperialisten hinterließen"(ebd.). Solche Ausfälle könnten direkt der sowjetischen Presse entlehnt sein, die bisher in schönster Regelmäßigkeit vor den Großmachtbestrebungen der chinesischen Führer in Asien meinte warnen zu müssen, aber selbst insbesondere die indonesischen Faschisten hochleben ließ, um in den ASEAN-Staaten Fuß fassen zu können. Wer im Glashaus sitzt, sollte eben nicht mit Steinen schmeißen!

Bei der Revidierung ihrer ehemals korrekten und belegten Positionen bleiben die vietnamesischen Führer nicht bei der Einschätzung eines angeblich veränderten Kräfteverhältnisses in ganz Südostasien stehen (nach dem Motto: *„Mit seinem Debakel in Indochina begann der US-Imperialismus seinen unwiderruflichen Prozeß des Rückzugs aus Südostasien"*; „VNA", 13.6., lt. „SWB", 15.6.78). Inzwischen wird auch der aggressive, gegen Unabhängigkeit und Freiheit gerichtete Charakter von ASEAN nicht mehr gesehen. Neuerdings ist Südostasien eine Region, *„die eine wachsende Rolle in Asien und der Welt gewinnt, eine Region von Frieden, Stabilität und Wohlstand"* („VNA", 1.9., lt. „SWB" vom 4.9.78). Jetzt *„machen die südostasiatischen Staaten* (Thailand, Indonesien, usw.! Anm. AK) *die völlig neue Erfahrung günstiger Bedingungen zur Konsolidierung(!) ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und Wohlstand"*(„VNA", 9.9. lt. „SWB" vom 11.11.78). Während die vietnamesischen Führer früher zu Recht davon gesprochen haben, daß die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina zur Stärkung der Befreiungskräfte in den faschistischen südostasiatischen Diktaturen beigetragen hat und daß die Herausbildung des ASEAN-Blocks insbesondere seit dem Sieg im Volkskrieg gegen den Ansturm der Befreiungskämpfer gerichtet ist (um das Herausbrechen eines weiteren Dominosteines zu verhindern), machen sie heute die Unterscheidung zwischen Befreiungsbewegungen einerseits und faschistischen Regierungen andererseits offensichtlich nicht mehr. Was sonst sollen solche Aussagen über die südostasiatischen Staaten(!), die angeblich Frieden, Unabhängigkeit, Souveränität etc. wollen?

Die jüngsten Bemühungen Vietnams um den ASEAN-Block sind nur die logische Fortsetzung der revidierten Positionen.

Die Veränderung der vietnamesischen Bedingungen für die Beziehungen zu ASEAN

Bislang hatten die vietnamesischen Genossen stets die Klärung der Frage der imperialistischen Stützpunkte als eine wesentliche Bedingung für Beziehungen zum ASEAN-Block verlangt. Der vietnamesische Außenminister Nguyen Duy Trinh erklärte 1976 diese Bedingung so: *„Keinem fremden Land erlauben, sein Territorium als Basis für direkte oder indirekte Aggressionen und Interventionen gegen das andere oder irgendein anderes Land in dieser Region zu nutzen"* („VNA", lt.SWB", 6.7. 1976). Ebenfalls 1976 wurde in einer außenpolitischen Vereinbarung mit Laos festgehalten:

- die Verurteilung Amerikas, Japans und der Mitgliedsländer der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN, Red.) und
- die Forderung, Amerika müsse seine Truppen aus Südostasien vollständig abziehen und seine Militärbasen abbauen („FAZ", 16.2.1976).

Und Ende 1976 wurde in der Generalresolution des Parteikongresses der Partei der Werktätigen Vietnams festgehalten: *"...die volle Unterstützung des gegenwärtigen Kampfes der Völker Südostasiens für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und wirkliche Neutralität, d.h. ohne imperialistische Militärstützpunkte und Truppen auf ihren Territorien"* (Generalresolution, „VNA", lt. „SWB", 5.1.1977).

Diese Position ist inzwischen vollkommen vom Tisch. In keiner Übereinkunft, Vereinbarung oder auch nur Rede wurde noch auf diesen Punkt eingegangen. Der letzte Versuch, den Punkt der Stützpunkte wenigstens als Formulierung einzubringen, scheiterte offenbar Mitte dieses Jahres. Im Juni '78 machte Vietnam den ASEAN-Staaten einen Vorschlag zur Entwicklung der Beziehungen, in dem die Formulierung *„Keinen Ausländern erlauben, das eigene Territorium als Basis für direkte oder indirekte Aggressionen...."* enthalten war. Dieser Vorschlag wurde von den ASEAN-Staaten abgelehnt (lt. Bericht der thailändischen Zeitung „Nation Review" über den ASEAN-Gipfel Juni 1978, „SWB", 17.6.78). Seitdem existiert diese Forderung nicht mehr.

Ein weiteres Zugeständnis an ASEAN liegt in der völligen Einstellung der Kritik an den inneren Zuständen dieser Staaten.

Vietnam hat nach 1975 und auf dem Parteikongreß 1976 ausdrücklich Wert gelegt auf die Unterstützung der Kräfte, die*„für nationale Unabhängigkeit, D e m o k r a t i e , Frieden und wirkliche Neutralität..."* eintreten (VNA", lt.„SWB", 5.1.77). Selbstverständlich wurden gleichzeitig die faschistischen Zustände in diesen Staaten, insbesondere in Thailand, Vietnams direktem Nachbarn, öffentlich angeprangert. **Die Kritik stand bis vor wenigen Monaten unabhängig von den zwischenstaatlichen Beziehungen. Mit Thailand steht Vietnam beispielsweise seit spätestens August 1976 in diplomatischen Kontakten, am 6.8. 1976 wurden erste Vereinbarungen getroffen** („SWB", 11.9.78). **Trotzdem verzichtete Vietnam nicht auf polemische öffentliche Erklärungen.** So hieß es beispielsweise im Februar 1977: *„Die Farce des thailändischen Regimes mit einer zivilen Regierung ist nichts anderes als eine aufpolierte Version der alten ‚Made in USA'-Demokratie, wie sie Pinochet in Chile, Pak Chung He in Südkorea, Vorster in Südafrika und Smith in Rhodesien benutzen"* („Nhan Dan", 15.2.77 lt. „SWB", 16.2.77). Und im Januar 77 wurde *„die barbarische Unterdrückung der patriotischen und fortschrittlichen Thailänder"* als Widerspruch zu den thailändischen Angeboten gesehen: **„Gleichzeitig posaunten die thailändischen Behörden ihren sogenannten Wunsch nach friedlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten hinaus...Wie auch immer, die Taten**

sogenannten Wunsch nach friedlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten hinaus...Wie auch immer, die Taten

der thailändischen Behörden stehen in totalem Widerspruch zu ihren Worten" (Hanoi Home Service", 5.1.77 lt. „SWB", 8.1.77). Solche Worte zu Zeiten, wo es diplomatische Kontakte zwischen Thailand und Vietnam gab. Heute verzichten die vietnamesischen Führer weitgehend auf die Anprangerung der faschistischen Unterdrükkung in südostasiatischen Ländern! Da werden *„viele Gemeinsamkeiten"* zwischen Vietnam und Indonesien festgestellt. *„Die Beziehungen zwischen Vietnam und Indonesien sind immer gut gewesen"* („VNA", 22.9. 78 lt. „SWB", 23.9.78). Und dem philippinischen Diktator Marcos werden sogar *„ähnliche Erfahrungen im Kampf gegen den Kolonialismus"* wie Vietnam bescheinigt („Nhan Dan", 21.9.78). In bezug auf Thailand spricht Pham Van Dong von *„den Vietnamesen, die seit vielen Jahren in diesem gastfreundlichen Land leben"* („VNA",8.9.78 lt. „SWB",11.9.78). Die antivietnamesischen Pogrome 1976, 1977 und auch heute hat Pham Van Dong offenbar vergessen....Normalerweise könnte man mit einigem Wohlwollen solche Sprüche als diplomatisches Beiwerk erklären. Nur, in der Verbindung mit der Einstellung jeglicher Kritik am ASEAN-Block, mit der Aufgabe der Stützpunkt-Forderung stellen diese „Einschätzungen" die e i n z i g e n Aussagen zum ASEAN-Block dar und sind somit doch ernster zu nehmen.

Aufgabe der Unterstützung für die südostasiatischen Widerstands- und Befreiungsbewegungen?

Aus den o.a. Aussagen wird bereits deutlich, daß die neue vietnamesische Sichtweise der südostasiatischen Region zu ganz massiven politischen Zugeständnissen geführt hat. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß Vietnam auch die Unterstützung für die südostasiatischen Befreiungsbewegungen den guten Kontakten zu ASEAN zu opfern bereit ist.

In den Vereinbarungen mit den fünf ASEAN-Staaten wurde eine, unseres Wissens in der Welt einmalige neue Klausel geschaffen. Und zwar heißt es n e b e n der gängigen Formulierung von der „Nichteinmischung", daß beide Seiten **„es unterlassen....direkte oder indirekte Subversion durchzuführen"** („VNA", 10. 9.78). Diese Klausel ist in den jeweiligen bilateralen Vereinbarungen mit allen fünf Staaten enthalten.

Die ASEAN-Staaten wiederum verstehen unter „Subversion" die Aktivitäten der einheimischen Widerstands- und Befreiungskräfte der Arbeiter-, Bauern- und Studentenschaft sowie deren Unterstützung. Sehr schnell sickerten nun Meldungen durch, wonach Vietnam den jeweiligen Gastgeberstaaten versichert haben soll, die Unterstützung für die jeweiligen Widerstandsbewegungen zu unterlassen! So erklärte der thailändische Oberfaschist Kriangsak, *„daß die Bemerkung des vietnamesischen Premiers, daß er die Aktivitäten der kommunistischen Terroristen (!) in Thailand nicht unterstützen wird, die erste solche Aussage irgendwo in der Welt darstellt"* (Bangok Home Service", 10.9.78). Doch nicht nur die Faschisten protzen, auch ernstzunehmende und glaubhafte Stellen erheben schwere Vorwürfe gegen Vietnam. Der Radiosender „Stimme der malayischen Revolution" (Sender der KP Malayas) beispielsweise: **„Während seiner Serie von Treffen mit den Chefs der reaktionären Cliquen versicherte Pham Van Dong, daß Vietnam weder direkt noch indirekt die revolutionären Aktivitäten gegen die reaktionären Cliquen in Malaysia und Singapur unterstützen wird. Auf einer Pressekonferenz in Kuala Lumpur am 16.10. versicherte Pham Van Dong erneut öffentlich, daß Vietnam die bewaffneten regierungsfeindlichen Kräfte in Malaysia nicht unterstützen wird.....In einer Rede auf einer Pressekonferenz in Singapur am 17.10. erklärte Pham Van Dong, daß die Regierung und die Kommunistische Partei Vietnams den revolutionären, bewaffneten Kampf der Völker Asiens nicht unterstützen**

Kommunistische Partei Vietnams den revolutionären, bewaffneten Kampf der Völker Asiens nicht unterstützen

wird"(„VOMR", 28.10.78, lt.„SWB", 8.11.78). Und am 3.9. meldet die jugoslawische Presseagentur „Tanjug" daß **„Vietnam Thailand versprochen hat, als Geste der Freundschaft, die Unterstützung für die thailändische Guerillabewegung zu stoppen"** (Tanjug", 3.9. lt. „SWB", 5.9.78).

Diese Aussagen sind bislang von Vietnam nicht dementiert worden! Im Gegenzug wird dafür auch noch der VR China die Unterstützung *„regierungsfeindlicher Elemente in Malaysia"* vorgeworfen („Radio Hanoi"; 14.11.78 lt. „SWB", 15.11.78)! Und an anderer Stelle heißt es:*„Wer hat seine fünfte Kolonne... zum Sturz der Regierungen in Südostasien gebraucht?"* („Hanoi Home Service", 14.11. lt. „SWB", 16.11.). Dies wurde als Erwiderung auf die gleichzeitige Erklärung Teng Hsia Pings über die weitere Unterstützung Chinas für die KP Thailands und KP Malayas gebracht! Anzumerken bleibt, daß die KP Malayas und die KP Thailands sich bisher im vietnamesisch/chinesischen Konflikt neutral verhalten haben und insgesamt eine eher prochinesische Position vertreten!!!...

Um es noch einmal in Erinnerung zu bringen: früher hat Vietnam stets die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Südostasien an erste Stelle gestellt (natürlich vor die „offiziellen Beziehungen" zu den ASEAN-Regierungen): *„...die volle Unterstützung des gegenwärtigen Kampfes der Völker Südostasiens für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und wirkliche Neutralität, d.h. ohne imperialistische Militärstützpunkte und Truppen auf ihren Territorien"* (Generalresolution lt. „VNA", „SWB", 5.1.77). Wie verträgt sich das mit der heutigen Politik?

Asien-Australien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Aufruf zum Vorlesungsboykott legal

Bremen. Zu den Aufgaben der Studentenschaft gehöre auch der Aufruf zu einem *„kollektiven Fernbleiben von Lehrveranstaltungen"* („FAZ", 4.12.). Damit wies das Verwaltungsgericht Bremen den Antrag einer rechten Studentin zurück, dem AStA der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie den Aufruf zu einem Proteststreik zu verbieten.

Ganz einig scheinen sich die bürgerlichen Gerichte nicht zu sein. Erst im Februar dieses Jahres hatte das Oberverwaltungsgericht Hamburg den Hamburger Uni-AStA verpflichtet, *„alle Maßnahmen zur Durchführung des ‚Vorlesungsstreiks bzw. -boykotts' ... zu unterlassen" und ihm verboten, davon zu sprechen, daß ein ‚Vorlesungsstreik bzw. -boykott beschlossen sei"* (siehe AK 127).

Das Bremer Gericht erkannte — ebenso wie das Hamburger — ein *„Recht der Studentin auf ungehinderte Teilnahme an Lehrveranstaltungen"* an, meinte jedoch, die Studentin habe nicht glaubhaft machen können, daß dieses Recht durch den AStA beeinträchtigt werde. Eine Beeinträchtigung ihrer Rechte wäre erst denkbar, wenn der AStA sich nicht auf die Organisation des Boykotts beschränke, sondern auch Maßnahmen zur *„gewaltsamen Verhinderung"* der Lehrveranstaltungen organisiere. Ausdrücklich untersagt das Gericht dem AStA den *„Aufruf zu einem ‚aktiven Streik' in Form von gewaltsamen Aktionen"* („FAZ"). Allerdings reiche die Tatsache, daß im Wintersemester 77/78 während des Streiks einzelne Veranstaltungen *„umfunktioniert"* oder *„blockiert"* worden seien, nicht aus, um annehmen zu können, daß auch in diesem Jahr Lehrveranstaltungen verhindert oder gestört würden.

Nur ein scheinbar liberaleres Urteil als in Hamburg wurde hier in Bremen gefällt. Zwar wird der Studentenschaft das Recht zugestanden, von Boykott zu r e d e n und zu s c h r e i b e n, aber d u r c h g e f ü h r t werden darf er nicht! Denn was soll man unter „aktivem Streik in Form von gewaltsamen Aktionen" anderes verstehen als den Einsatz von Streikposten? Die Studentenbewegung hat die Erfahrung gemacht, daß rechte Studenten jede Möglichkeit nutzen, einen beschlossenen Streik zu durchbrechen, sie hat die Erfahrung gemacht, daß reaktionäre Seminarleiter Studenten, die während eines Streiks nicht zu den Veranstaltungen erscheinen, durch Drohung einer Scheinverweigerung unter Druck setzen — deshalb sind Streikposten unabdinglich, um einen beschlossenen Boykott wirklich durchzusetzen. Ein Urteil, das der Studentenschaft das „großzügige Recht" zugesteht, einen Streik auf Flugblättern zu propagieren, ist in keiner Weise liberaler und ebenso wie das Hamburger Urteil darauf ausgerichtet, Protestaktionen der Studentenbewegung zu kriminalisieren und zu verhindern.

SSB/Hamburg

Bochum: Rechter AStA gestürzt

Die linken Gruppen im Studentenparlament der Uni Bochum stellen nach den letzten Wahlen wieder die Mehrheit. Die Basisgruppen, MSB, SHB, LHV und die LSSG (KBW-dominiert) erhielten bei den letzten SP-Wahlen gemeinsam 49,5 % der Stimmen, die Rechten nur 48 %. Der Stimmenanteil der Basisgruppen hat sich bei dieser Wahl fast verdoppelt (von 18 auf 31%). Damit ist es der Linken ein zweites Mal gelungen, diese traditionelle Hochburg des RCDS zu knacken. *„Die Basisgruppen gehen davon aus, daß aufgrund dieses Wahlergebnisses ein linker AStA zustandekommen wird. Wir sehen grundsätzlich keine besonderen Schwierigkeiten, uns mit den anderen linken Gruppen auf einen gemeinsamen Kandidaten für den AStA-Vorsitzenden zu einigen und das Rechts-Kartell im AStA möglichst schnell abzulösen"* (Flugblatt der BG).



8 Monate Knast für Teilnahme am Mensaboykott

Braunschweig. Am 31.11.78 endete der gegen die Braunschweiger Studentenschaft geführte sogenannte Mensa-Prozeß mit einem Terrorurteil:

— 8 Monate Knast o h n e Bewährung für Peter Rosenbaum, damals studentisches Mitglied im Studentenwerksvorstand
— insgesamt 6.300 DM Geldstrafe für vier weitere Angeklagte
— 2 Freisprüche, von denen einer auf Grund des Fehlens jeglichen Beweismaterials zustande kam.

Die Strafen wurden für Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Nötigung verhängt.

Diese Anklagepunkte können und sollen den Eindruck erwecken, als hätte der Mensa-Boykott „blutige Opfer" eines „entfesselten Mobs" gefordert, wie es denn auch die „Braunschweiger Zeitung" schreibt. Wie sehen aber die Tatsachen aus? Ende 1976 wurde 11 Wochen lang ein Mensaboykott gegen die Preiserhöhung des Mensaessens durchgeführt, der von der Mehrheit der Studentenschaft getragen wurde. Während die „Braunschweiger Zeitung" von einem „Vier-Groschen-Streit" redet, der von einigen wenigen Studenten zjm Anlaß für Gewalttätigkeiten in der Mensa genommen worden sei, stellt sich die Situation für die Studentenschaft ganz anders dar:

— Die erneute Preiserhöhung hätte dem Studenten weitere 10 DM monatlich von seiner ohnehin schmalen Basis abgeknapst. Auf Seiten des Studentenwerks dagegen wäre eine Mehreinnahme von 20.000 DM monatlich entstanden.
— Die Qualität des Mensaessens lag damals schon unter Großküchennorm, es fehlte an wichtigem Eiweiß und Kohlehydraten, so daß man das Mensaessen mit gutem Grund als gesundheitsschädigend bezeichnen konnte. Eine Erhöhung des Essenspreises hätte keine Verbesserung in dieser Hinsicht bewirkt, was durch die heutige Erfahrung bestätigt wird.

Dieser Sachverhalt führte in der Studentenschaft zu solch einer Empörung, daß alle Formen des Widerstands wahrgenommen wurden: Protestresolutionen, ein Warnboykott; die studentischen Vertreter im Studentenwerksvorstand blockierten die Beschlußfassung durch ihr Veto, bis die Landesregierung keine andere Möglichkeit mehr sah, als per Erlaß ein fünftes Vorstandsmitglied zu berufen, mit dessen Stimme die Preiserhöhung „rechtsgültig" beschlossen wurde. Jene besagte Sitzung ist denn auch für die Braunschweiger Zeitung Anlaß für Hetztiraden:

— *„Mehr als 60 Studenten johlten und protestierten in dem 48 Quadratmeter großen Zimmer durcheinander."*
— *„Es war so laut, ich verstand oft gar nicht, worum es ging."*
— *„Von mehreren Zeugen wurde der heutige Referendar als ‚Rädelsführer' des entfesselten Mobs bezeichnet"*
— *„Zu den am meisten Geprügelten und Gestoßenen gehört offensichtlich der Geschäftsführer des Studentenwerks..."*
— *„Bei späteren Krawallen in der Mensa wurde er angeblich so stark getreten, daß er einen großen Bluterguß erlitt"* (alles „BZ", 25.11.78).

Insbesondere richten sich die Urteile gegen die gewählten Vertreter der Studentenschaft. Der Staatsanwalt begründete seine Forderung nach acht Monaten Knast u.a. damit, daß P. Rosenbaum als Vorstandsmitglied eine besondere Verantwortung gehabt hätte, der er nicht gerecht geworden sei. Dies muß wohl so verstanden werden, daß ein studentischer Vertreter nicht die Interessen der Studenten zu vertreten hat, sondern — wenn es zu Widerstandsaktionen kommt — diese aktiv zu verhindern hat, wie es auch im NHG § 45 festgelegt ist. Ein richtungsweisender Schritt für die Zukunft, wie die Umsetzung des NHG aussieht.

KB/Gruppe Braunschweig

Das NHG kommt auf leisen Sohlen

Der erste Schritt zur Umsetzung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) bzw. zur Formierung der Lehrerausbildung an den ehemaligen PHs, die seit 1.10. in die Unis „integriert" sind, tat Kultusminister Remmers schon am 7.3.78. Damals brachte er einen Erlaß heraus, der richtungsweisend für die nächsten Semester ist:

1. Den Assistenten wird das Prüfungsrecht entzogen,
2. „Externe", meist alte Schulräte oder Kultusbürokraten, werden in die Prüfungsausschüsse berufen,
3. das Prüfungsamt ist in Göttingen zentralisiert und der sog. Außenstellenleiter (für BS ein Herr Schulze-Seeger, ehemals Schulrat) darf jeder Prüfung beiwohnen und kann bei zwei Prüfern den Vorsitz übernehmen, hat dann also die Möglichkeit, Noten zu bestimmen. Außerdem kann er Examensarbeiten und Klausurthemen zurückweisen.
4. Damit einher geht das Erstellen von neuen Studienordnungen, die neben der inhaltlichen Ausrichtung auch wieder Leistungsnachweise einführen.
5. Im Zusammenhang damit steht der bis 1980 zu vollziehende Assistellenabbau von 3.600 auf 900.

KB/Gruppe Braunschweig

Behinderung der „Bunten Liste"

Verwirrung stiftete in Hamburgs Schulen ein Brief der „Bunten Liste". Nachdem die CDU im Zuge ihrer neuesten Kampagne gegen die sogenannte Liberalisierung des Radikalenerlasses an alle Elternvertreter über die Schulen Hetzbriefe verschickt hatte und diese an einigen Schulen sogar gegen den Protest der Lehrerkonferenzen von den Schulleitern weitergeleitet worden waren, verschickte die „Bunte Liste" auf gleichem Weg an alle Eimsbüttler Schulen einen Brief, in dem einerseits die eigentlichen Probleme in den Schulen benannt werden, andererseits für eine Aufhebung der Berufsverbote argumentiert wird.

Wie von der „Bunten Liste" zu erfahren war, wurde dieser Brief nur an wenigen Schulen weitergeleitet. Auch an Schulen, wie z.B. der Julius-Leber-Gesamtschule, an der der Brief der CDU gegen den Protest der Lehrerkonferenz weitergeleitet worden war, wurde der BL-Brief unter Berufung auf eine angebliche Verfügung des Amtes für Schule zurückgehalten. An anderen Schulen soll der Brief gar nicht erst angekommen sein oder er wurde zurückgeschickt oder es wurde ausweichend geantwortet, man habe sich „an das Gesetz" gehalten.

Diese unsichere Situation ist jetzt beendet. Wie am Freitag, den 8.12. in den Nachrichten zu erfahren war, hat die Behörde verfügt, daß ab sofort keine Briefe von Parteien mehr an die Elternvertreter über die Schulen weitergeleitet werden sollen. Ausgenommen davon sind einzig die Vorsitzenden der Gremien.

Die Entscheidung der Behörde wird sicher mit Erleichterung aufgenommen worden sein, kann jetzt doch, nachdem der CDU-Brief schon weitergeleitet ist, der Brief der Bunten Liste ohne Skrupel einbehalten werden. Das ist bürgerliche Gleichheit.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Strafanzeigen

Heidelberg. Zwei Studenten wurden wegen Beteiligung am Streik der Germanistikstudenten im Sommersemester 76 und im Wintersemester 76/77 zu Geldstrafen von 1600 bzw. 1200 DM verurteilt. Eine Angeklagte wurde freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte zum Teil mehr als das Doppelte gefordert. Das Gericht wies allerdings die Ansicht zurück, ein Diskussionsverlangen von Studenten in Seminaren erfülle den Tatbestand der Nötigung; solche Diskussionen seien vielmehr *„Gegenstände des Bestandteils im Lehrbetrieb"*.

Zehn weitere Prozesse stehen noch aus. (Nach „UZ", 16.11.).

Mainz. Die Staatsanwaltschaft strengt einen Prozeß gegen sechs Studenten an, die sich im Juni 78 vor dem Landtagsgebäude anketteten, um gegen das geplante Landeshochschulgesetz zu protestieren. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten *„die Bannmeile verletzt"*. (Nach „UZ", 16.11.)

44.000 DM Strafe für Solidarität mit den Völkern im Iran und Südafrika

Der Hamburger Uni-AStA ist nun r e c h t s k r ä f t i g zu 44.000 DM Strafe wegen der Veröffentlichung von drei Flugblättern zur Solidarität mit den unterdrückten Völkern im Iran und in Südafrika verurteilt worden. Gegen die verantwortlichen AStA-Vorsitzenden soll nun auch p e r s ö n l i c h wegen *„Veruntreuung öffentlicher Gelder"* ermittelt werden. Aus der Begründung des Oberverwaltungsgerichts:

„Zwar wird im Text die Verfolgung von Mitglieder der ‚CISNU (Conföderation Iranischer Studenten Nationale Union)' erwähnt und hierzu wird über Schwierigkeiten bei der Einreise persischer Studenten in das Bundesgebiet berichtet, die an einem Weltkongreß der CISNU teilnehmen wollten. Es geht hierbei jedoch ersichtlich nicht um die spezifischen Belange persischer Studenten, sondern um das Vorgehen gegen ‚persische Oppositionelle', und die Mitglieder der CISNU werden nicht als Repräsentanten der persischen Studenten, sondern als eine Gruppe dieser Oppositionellen erwähnt" (AStA-Info Nr. 15).

Tatsächlich geht es nicht um die „spezifischen Belange von Studenten" — mit der Unterdrückung von Studenten hat sich das faschistische Schah-Regime nicht „begnügt", auch Kinder, Arbeiter und Hausfrauen sind in den Fängen des Geheimdienstes SAVAK gefoltert worden und werden heute zu Tausenden auf den Straßen abgeschlachtet. Die Studentenbewegung kann und wird sich ebensowenig damit „begnügen", „auf ‚spezifische studentische Probleme'" in anderen Ländern zu starren (sollen die ASten angesichts der Situation im Iran etwa Flugblätter über iranische Prüfungsordnungen und Studienreform herausgeben???), sondern sie wird sich weiterhin mit allen Teilen unterdrückter Völker solidarisch erklären!

Dem Gericht, den Gegnern des politischen Mandats, geht es nicht um eine Trennung von spezifisch hochschulpolitischen und allgemein gesellschaftlichen Problemen, sondern darum, eine Solidarisierung gegen faschistische Regimes, dies noch dazu vom BRD-Imperialismus nach Kräften unterstützt werden, zu verhindern. Gegen die Solidarität von rechten ASten mit den „lieben Brüdern und Schwestern im anderen Teil Deutschlands" — sein es nun Studenten oder nicht — hatte noch kein Gericht etwas einzuwenden.

SSB/Hamburg

Reinster Rassismus

Frankfurt. Einige Tage nachdem die Polizei brutal auf die Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt losgeknüppelt hatte, forderte ein gewisser Professor Sickinger an der Fachhochschule alle iranischen Studenten auf, „seine" Vorlesung zu verlassen. Er erschien mit Flugblättern, auf denen *„alle Perserstudenten"* aufgefordert wurden, ihre *„Sch.-Revolution"* in ihrem *„Sch.-Land"* zu machen. *„Sonst rufen wir: Perser raus, denn wir haben selbst Polit-Idioten"*.

Sickinger weigerte sich, die Vorlesung abzuhalten, solange iranische Studenten im Raum seien. Als diese berechtigterweise darauf bestanden, an der Veranstaltung teilzunehmen, brach er die Vorlesung ab und drohte mit einem einwöchigen Boykott.

Die Studenten des Fachbereichs beschwerten sich beim Rektor der Fachhochschule, der für den „Vorgang" zwar viele Worte wie *„ungeheuerlich"* und *„skandalös"* fand und Sickinger zu einer Stellungnahme aufforderte, aber gleich betonte, er gehe davon aus, *„daß die Sache nicht eskaliere"*.

Nein, diese Hoffnung teilen wir nicht — im Gegenteil. Die Studenten der Fachhochschule sollten alles daransetzen, daß das rassistische Verhalten Sickingers überall bekannt wird. Nicht zu einer Stellungnahme muß man ihn auffordern, sondern so ein „Sch." gehört nicht an die Hochschule. (Nach „FR" vom 30.11.)

SSB/Hamburg

Kaum Chancen für Ausländer-Kinder



Sonderklassen für ausländische Kinder — blanker Rassismus

„Der Italiener Tommaso Gabriele (20) stellte seine deutschen Mitschüler weit in den Schatten. Für seine Abiturnote 'eins' in Deutsch wurde ihm der Scheffelpreis verliehen". So geschah es in Ulm und ist nachzulesen im „Hamburger Abendblatt" vom 4.12.78.

Was Tommaso geschafft hat, wird wohl für die Mehrzahl der ausländischen Schüler ein unerreichbares Traumziel bleiben. Die meisten werden erst gar nicht die Möglichkeit bekommen, aufs Gymnasium zu gehen und sie können froh sein, wenn sie den Hauptschulabschluß schaffen.

In Zukunft wird ihnen der Zugang zu weiterführenden Abschlüssen noch schwerer gemacht. Die Hamburger Schulbehörde hat schon Pläne in der Schublade, wie sie der „Türkenschwemme", der demagogische Ausdruck der Springerpresse für die zunehmende Anzahl von türkischen Schülern, begegnen will:

Statt Integration — also gemeinsames Lernen von deutschen und ausländischen Kindern — will sie „nach Nationalitäten getrennte" Klassen einrichten, also eine Ausländerklasse und eine Klasse mit westdeutschen Kindern. Klar ist schon die Konsequenz solcher Pläne. Es wird unter einem Schuldach ein Zweiklassensystem eingerichtet — die westdeutschen Kinder gehen nach dem vierten Schuljahr in die Gesamt- oder Realschule oder ins Gymnasium, und die ausländischen Kinder bilden dann eine Art „Restschule" wie bisher schon die Hauptschule genannt wurde. *„Reicht die Zahl deutscher Kinder dazu (für eine eigene Klasse) nicht aus, werden sie per Bus gesammelt und zu Zentralklassen gefahren"* („HA", 20.11.). Welches Türkenkind hat jemals solche Fürsorge westdeutscher Behörden erlebt? .

Die ausländischen Kinder können von Glück reden, wenn sie überhaupt im Fach Deutsch gefördert werden — kaum drin ist das Erlernen der Heimatsprache.

Ausländerkinder sind ein großes Problem an den Schulen, aber nicht weil sie dümmer wären als ihre westdeutschen Altersgenossen, sondern weil die Behörden kaum Mittel zur Verfügung stellen, um sie zu fördern. Bei der Hausarbeitshilfe für Ausländerkinder werden z.B. arbeitslose Lehrer eingesetzt. Ihr Vertrag dauert ein halbes Jahr; dann sind sie entlassen, und neue, arbeitslose Kollegen folgen. Daß das weder den Kindern nützt, noch den Kollegen, die sich vielleicht die Sprache der Kinder aneignen möchten, um sinnvoll helfen zu können, liegt auf der Hand.

Nach den neuesten Plänen der Behörde sollen jetzt die Kinder ghettoisiert werden.

Das hat zur Folge, daß z.B. in Klassen mit türkischen oder griechischen Kindern der Lehrplan erheblich zusammengestrichen wird. Ebenso haben die Kinder dann wesentlich weniger Gelegenheit, Deutsch zu lernen; das lernen sie ja hauptsächlich nicht vom Lehrer, sondern von ihren Klassenkameraden. Das führt letztendes dazu, daß die Ausländerkinder nicht an das „Niveau" der westdeutschen Klassen gelangen und sie sich folglich weitergehende Schulen und Ausbildungsplätze an den Hut stekken können.

Alles Gerede von „Integrationsbemühungen" der Ausländer entlarvt sich als hohles Geschwätz.

Das mußten auch 27 türkische Kinder in Gelsenkirchen erfahren, deren Eltern gerade nicht wollten, daß sie in eine Sonderklasse eines Gymnasiums kommen, sondern sie sollten in die Regelklassen verteilt werden. Nur dadurch, daß die Eltern geschlossen vorgingen und mit Hilfe der GEW und des türkischen Arbeitervereins eine breite Öffentlichkeit herstellten, und erst, nachdem sie schließlich den Antrag auf eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht einreichten, hatten sie Erfolg: Die bereits über einen Monat lang bestehende Sonderklasse wurde aufgelöst, und die Kinder wurden in die Regelklassen des Gymnasiums verteilt. In einer Erklärung des Elternkomitees vom 7.8.78 heißt es vollkommen zutreffend:

„Daß man unsere Kinder absondern will, ist blanker Rassismus. Man tut sogar die türkischen Kinder in die Sonderklasse, die bisher schon in Regelklassen waren. Warum? Einzig und allein, weil sie Türken sind. Ohne auch nur einen Blick auf unsere Kinder zu werfen, „weiß" die Behörde in Münster, daß unsere Kinder in der normalen Klasse nicht zurechtkommen können. Wenn das kein Rassismus ist — was dann?" (Dokumentation der GEW und GE-TID: Türkische Kinder aufs Gymnasium).

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Neue Versetzungsbestimmungen Auslese soll verstärkt werden

Hamburg: Im Frühjahr 1977 hatte der Hamburger Senat ein neues Schulgesetz verabschiedet, das auf heftigen Widerstand vor allem der betroffenen Schüler gestoßen war. Jetzt geht er daran, die noch in diesem Gesetz „durch Verordnungen" zu regelnden Lücken aufzufüllen.

Eine dieser Lücken sollen die Versetzungsbestimmungen für die Klassen 1 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen, die jetzt in einem Entwurf der Schulbehörde vorliegen, füllen.

Neu an ihnen ist die Tatsache, daß zum ersten Mal Versetzungsbestimmungen für die Grund-, Haupt- und Realschulen detailliert — wie bisher nur für das Gymnasium üblich — festgelegt werden. D.h., auch in diesem Bereich soll die Leistungsbewertung stärker kontrolliert werden, was nur zu einer Verschärfung der Auslese führen kann.

In welche Richtung die Verordnung gehen soll, wird noch deutlicher in den neuen Vorschriften für die Versetzung in die 7. Klasse nach Beendigung der „Beobachtungsstufe". Bisher gab es zwei Beobachtungsstufen (Klasse 5 und 6) — eine an den Volks- und Realschulen, eine am Gymnasium. Auf dem Papier sollte keinem Kind ein Nachteil daraus erwachsen, auf welcher Schule es sich zwei Jahre „beobachten" läßt. Wer bisher die 5. und 6. Klasse an einer Volks- und Realschule verbracht hatte, konnte danach, falls es die Eltern wünschten, auf ein Gymnasium gehen. Die Eltern konnten auch bisher entscheiden, ob ihr Kind nach Versetzung in die 7. Klasse weiter in eine 7. Klasse der Realschule oder eine 7. Klasse der Hauptschule gehen sollte. Ebenso im Gymnasium: wer in die 7. Klasse versetzt worden war, konnte bisher zwischen drei Möglichkeiten — Gymnasium, Realschule, Hauptschule — frei wählen.

Das soll nun anders werden: In die 7. Klasse der Hauptschule kann jeder Schüler übergehen — er braucht dazu nicht einmal, wie es bisher nötig war, in die 7. Klasse versetzt zu werden. Wer jedoch in die Realschule will, muß besondere Leistungen zusätzlich zur Versetzung in die 7. Klasse erbringen: wenn er von der Beobachtungsstufe der Volks- und Realschule kommt, muß er in drei Fächern, darunter in zwei „Kernfächern" — Deutsch, Mathematik oder Englisch, mindestens „befriedigend" sein. Bei dem Schüler, der aus der Beobachtungsstufe des Gymnasiums kommt, müssen mindestens zwei Fächer des „Kernbereichs" ausreichend sein — er darf nur drei „fünfen" haben. In diesen Anforderungen wird deutlich, daß von dem „Gymnasiasten" weniger „gute" Leistungen für die Realschule verlangt werden.

Wer aus der Beobachtungsstufe Volks- und Realschulen aufs Gymnasium gehen will, muß schon Höchstleistungen erbringen: seine Noten müssen dem Versetzungsmaßstab des Gymnasiums entsprechen, und er muß in mindestens drei Fächern eine „zwei" haben. Für den Schüler, der die Beobachtungsstufe auf dem Gymnasium absolviert hat, ist es wiederum einfacher auch dort zu bleiben, obgleich auch er bestimmte Forderungen zu erfüllen hat: in wenigstens drei Fächern, darunter zwei „Kernfächern" muß er „3" sein.

Werden diese Regelungen vom Senat beschlossen, so bedeutet das für die Arbeiterkinder eine weitere Diskriminierung der Möglichkeit, von der Beobachtungsstufe der Volks- und Realschule in eine 7. Klasse der Realschule oder des Gymnasiums zu gehen. Auf der anderen Seite erfahren die Kinder, die in die 7. Klasse des Gymnasiums gehen, eine starke Aufwertung — sie gehören ab jetzt zur Elite.

Der Entwurf dieser verschärften Versetzungsbestimmungen wirft darüberhinaus ein Licht auf die laufende Diskussion über die Einrichtung neuer Gesamtschulen. Die neuen Auslesebestimmungen machen deutlich, daß es dem Hamburger Senat nicht um mehr „Chancengleichheit" im Bildungswesen geht, sondern um mehr Auslese.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Chauvinismus als Pflichtfach

Eine Konkretisierung dessen, was Hamburgs Bürgermeister Klose wohl gemeint hat, als er kürzlich vorschlug, Berufsverbote wegen 'konkret verfassungsfeindlicher Propaganda am Arbeitsplatz' zu verhängen, hat jetzt die Kultusministerkonferenz mit ihrem Beschluß, wie die deutsche Frage im Unterricht zu behandeln sei, geliefert.

Das, was zu diesem Thema an vielen Schulen unterrichtet wird, ist nach den Vorstellungen dieser Herrn wohl großenteils verfassungswidrig. Und so gemahnte Bundespräsident Scheel in einer Rede am 17.Juni die Länderregierungen an ihre *„Pflicht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Lehrer an die Verfassung halten können. Es darf nicht geschehen, daß die deutsche Einheit durch unsere eigene Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit verspielt wird".*

Die Voraussetzungen haben die Kultusminister mit ihrem jetzigen Beschluß geschaffen — nun ist es die Aufgabe der Lehrer, ihm nachzukommen. Andernfalls halten sie sich nicht an die Verfassung — so wollen es die Kultusminister. Dies haben sie in ihrem Beschluß mit aller Deutlichkeit klargestellt:

„Es ist Aufgabe der Schule, das Bewußtsein von der Einheit der deutschen Nation und ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit in der Jugend wachzuhalten. Diese Aufgabe der Schule ist durch das Grundgesetz geboten; sie ist eine Zielsetzung von verfassungsrechtlichem Rang".

Nach diesem Beschluß dürfen die Lehrer die 'deutsche Frage' nur noch in übelster chauvinistischer und revanchistischer Weise im Unterricht behandeln.

Oberstes Ziel sei — so die KMK - Konferenz - **„das Bewußtsein von der deutschen Einheit"** und den **„Willen zur Wiedervereinigung"** zu verbreiten, wobei auch größere Dimensionen schon wieder angedeutet werden: *„Der deutsche Wiedervereinigungsanspruch belastet daher die westeuropäische Einigung nicht, er ist vielmehr in einer langfristigen Perspektive als Beitrag zur Lösung des größeren europäischen Problems zu sehen".* Der Unterricht habe zu der Einsicht zu führen, daß *„wir unser nationales Ziel ... im Hinblick auf künftige Entwicklungen verfolgen und nicht aufgeben".* Nach dem Motto „Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik" wird das Erlernen des Deutschlandliedes verbindlich gemacht und schon den Grundschülern eingebleut, daß „Berlin die alte Hauptstadt" ist.

Die Teilung Deutschlands ist künftig so zu erklären, daß die UdSSR sich nach dem Krieg *„zielstrebig darum bemühte, in ihrer Besatzungszone eine kommunistische Herrschaft einzurichten",* während die Westmächte in ihren Besatzungszonen *„schrittweise freiheitlich-demokratische Einrichtungen ermöglichten".*

Und wenn im Unterricht schon ein Systemvergleich BRD — DDR gemacht wird, dann aber richtig, nämlich „unter dem Wertmaßstab des Grundgesetzes". Das hört sich dann z.B. so an: *„Bedeutsam ist auch die Darstellung des Bildungssystems der DDR, das durch den Aufbau von Feindbildern nicht zuletzt eine Überwältigungs - Disziplinierungsfunktion gegenüber der Jugend erfüllt".*

Welche Funktion das Bildungssystem in der BRD erfüllen soll, dazu haben die Kultusminister mit ihrem Beschluß einen deutlichen Hinweis gegeben. Eine Diskussion über diesen Beschluß, der in der „FR" vom 1.12. dokumentiert ist, ist an den Schulen dringend erforderlich, sonst müssen die Lehrer bald über den „mittel- und ostdeutschen Raum", „unsere nationale Sorgepflicht" gegenüber den Menschen in der DDR und die „Vertreibung" aus den „deutschen Ostgebieten" unterrichten — wenn sie nicht als Verfassungsfeinde dastehen wollen.

Anmerkung eines AK-Redakteurs: Gespannt dürfte man auf die Reaktion der „KPD" sein, haben ihre Lehrer doch nun freie Hand, ihr Lieblingsthema in den Unterricht einzubringen.

Abendgymnasium weiter im Streik

Frankfurt: Nach dem mittlerweile 10-wöchigen Streik von großen Teilen der Abendgymnasiasten ist das Ultimatum des hessischen Kultusministers Krollmann, bis zum 21.11. den Unterricht zu „seinen" Bedingungen (Ausweiskontrolle beim Betreten der Schule, Unterricht in verschiedenen Schulen, neue Lehrer, kein Nachmittagsunterricht etc.) wiederaufzunehmen, aus formalen Gründen erstmal verstrichen.

Mittlerweile liegt das zweite Ultimatum vor: Wenn die Schüler des AG's bis zum 13.12.78 nicht den Streik beenden, könnten sie sich nicht mehr als Schüler des Abendgymnasiums begreifen, zumindest *„müssen die Studierenden damit rechnen, daß das laufende Semester für null und nichtig erklärt wird"* („FR", 6.12.78).

Diese „harte Linie" des KuMi hatte in einer anderen Frage schon einmal einen Dämpfer von Seiten des Verwaltungsgerichtes erhalten: Die während des Streiks angeordnete Schließung der Elisabethenschule (AG 1) ist von der 2. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichtes unter Androhung von Zwangsgeld für gesetzeswidrig erklärt worden.

Ähnlich sieht es aus mit den 18 Lehrern des AG, die von der Schulbehörde „befristet versetzt" wurden. Sie wurden „abgeordnet", weil sie sich klar auf die Seite der Abendgymnasiasten gestellt hatten, und müssen sich jetzt Vorwürfe des KuMi über *„Vorfälle während der letzten Abiturprüfungen"* („FR", 1.12.) anhören.

Unter Beschuß stehen dabei angeblich „zu gute Noten" und die fortschrittlichen Unterrichtsmethoden. Eine *„Lehrerin hatte demgegenüber aber betont, daß ihr keine Rügen, Vorhaltungen oder Anmahnungen erteilt worden seien... In ihrer Personalakte seien keine Eintragungen über die Reifeprüfung 1978 enthalten"* („FR", 1.12.78). Sie *„ist seit gestern — (31.11.) — wieder Lehrerin am Abendgymnasium. In einem Eilbeschluß hat die 3. Kammer des Frankfurter Verwaltungsgerichtes festgestellt, daß die alte Rechtslage wiederhergestellt werden muß.... Diese Entscheidung des Gerichts ist die erste in einer Reihe von Eilverfahren."* („FR", 1.12.). Nach unseren Informationen sind bis heute insgesamt 5 Lehrer wieder rückversetzt worden. Aber das heißt nicht, daß die Angriffe eingestellt werden. So etwa Arnulf Borsche (CDU): Durch *„Pressionen und Gewaltaktionen hätten die Schüler eine Notengebung erzwungen, die vielfach nicht den Leistungsstand widerspiegele."* („FR", 6.12.) Krollmann *„hegt die Befürchtung, daß von einigen Lehrern und Studierenden eine Einrichtung des Zweiten Bildungsweges zu einer Spielwiese umfunktioniert werden soll, auf der etwas wie alternativer Unterricht außerhalb der Normen und Wertungsmaßstäbe des 'Systems' erprobt wird".* („FR", 6.12.)

Um die Forderungen der Frankfurter AG'ler zu unterstützen ist das Abendgymnasium Neu-Isenburg und Darmstadt am 24.11. ebenfalls in den Streik getreten. (nach einem Flugblatt der AG'ler). Am 1.12. wurde per Urabstimmung der Beschluß einer Vollversammlung der Fachbereiche Sozialpädagogik und Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt bestätigt, mit einem aktiven Solidaritätsstreik die AG'ler weiter zu bestärken und unterstützen.

2 Genoss-inn-en der Uni-Gruppe Frankfurt

Fast 7.000 Überprüfungen an der Frankfurter Uni

Seit Oktober 1974 sind an der Frankfurter Universität 6751 Überprüfungsverfahren gegen Hochschulbeschäftigte eingeleitet worden. Nicht „nur" Beamte und Festangestellte sind von dieser Schnüffelei betroffen, zu zwei Dritteln richten sich diese Spitzeleien gegen Hilfskräfte, Tutoren und Lehrbeauftragte. Zwei Bewerbern verweigerte das Kultusministerium nach einer Anhörung die Einstellung, zehn wurden nicht eingestellt, weil sie die Teilnahme an einem derartigen Verhör ablehnten.

Dieses Verfahren ist dem Unipräsidenten Krupp nicht mehr effektiv genug, das „*Mißverhältnis*" (zwischen annähernd 7000 Überprüfungen und „nur" 12 Ablehnungen) weist seiner Meinung nach auf eine „*unsinnige Bürokratisierung*" hin. Aus diesem Grunde hält er eine „Liberalisierung" (sprich: Effektivierung!) der Überprüfungspraxis für notwendig.

Sein Vorschlag: Erstens habe jeder Bewerber seinen Unterlagen eine Erklärung über eine „*eventuelle Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen*" beizufügen; zweitens sollen Anfragen beim Verfassungsschutz und Anhörungen „nur" noch in solchen Fällen vorgenommen werden, in denen eine Mitgliedschaft in einer „extremistischen Organisation" angegeben oder eine derartige Erklärung verweigert wurde.

Damit angesichts dieses wahrhaft „liberalen" Vorschlags ja niemand auf den Gedanken kommen kann, Krupp wolle etwa den „Verfassungsfeinden" Tür und Tor öffnen, bekräftigt er ausdrücklich, „*daß nur solche Bewerber für den öffentlichen Dienst von der Universität eingestellt werden sollen, die gewährleisten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten*". Diese Erklärung Krupps ist völlig überflüssig – seine Vorschläge sind eindeutig genug! (Nach „FR" vom 1.12.)

SSB/Hamburg

Leserbrief zur „Lehrerflucht..."

Bei dem Artikel ist mir mehrerlei Hinsicht unbehaglich zumute:

1. Mir, ist unbegreiflich, wie eine offenbar atmosphärisch erschnupperte „Lehrerflucht" für uns zum Anlaß genommen werden soll, „öffentlich über die Arbeit von linken Lehrern an rechten Schulen zu diskutieren und darüber, weshalb – im Gegensatz zu früher – vielen die Schule nur noch als Greuel erscheint" (Lehrerkomitee im AK 140). Diese Diskussion wird damit erstmalig geführt, denn auf frühere Artikel von anderer Seite (Kinderkommission und Schülergenossen) gab es von unserer Seite im AK keine Reaktion. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier der günstige Moment der "Lehrerflucht" genutzt wird, eine bisher versäumte Diskussion nachzuholen, ohne sich aber darüber Rechenschaft abzulegen, daß diese Diskussion längst fällig gewesen wäre.

2. M.E. ist es politisch falsch, sich nur aus dem Anlaß einer konstatierten "Lehrerflucht" mit rechter Schule zu beschäftigen. Der Kampf um die Schule (strategisch ausgedrückt) ist eine grundsätzliche und immer bestehende Aufgabe für die Kommunisten genauso wie für jeden demokratischen Kollegen. Wie weit man in diesen Kampf einsteigt, mit wem man sich verbündet, welche Kräfte man investiert, sollte sich in erster Linie aus dieser grundsätzlichen Überlegung ableiten und erst in zweiter Linie aus der jeweiligen politischen Konjunktur. Mit diesem Artikel wird aber eher das Bewußtsein unterstützt, daß wir uns jetzt mit dieser Sache beschäftigen, weil das z.Zt. bei Lehrern nun mal "in" ist.

3. Die Flucht aus der Schule wird den Flüchtenden angelastet und dazu auch noch Clara Zetkin als Kronzeugin aufgerufen. Den Flüchtenden wird vorgeworfen, "daß eine Bestimmung der Funktion von Schule nicht vorgenommen wurde". Da sei doch mal die diskrete Frage erlaubt, wo wir das denn gemacht haben, außer daß wir gelernt haben, Clara Zetkin zu zitieren (und das auch nicht mal gut, denn die hält sich nicht allzu lange bei der Beschreibung von Schule auf, sondern zerbricht sich den Kopf darüber, wie man die Intellektuellen für den Klassenkampf gewinnen k a n n und warum man sie gewinnen m u ß).

Wenn Lehrer flüchten, dann ist das im kapitalistischen Staat erst mal nichts Besonderes, denn bekanntlich reagieren alle Intellektuellen in besonders empfind-

gewinnen m u ß).

Wenn Lehrer flüchten, dann ist das im kapitalistischen Staat erst mal nichts Besonderes, denn bekanntlich reagieren alle Intellektuellen in besonders empfind-

licher Weise auf die Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Darüberhinaus gibts wohl kaum einen zweiten Beruf, in dem ein Linker so stark dem Widerspruch zwischen der ihm staatlicherseits zuerteilten Rolle als beamteter Vertreter des kapitalistischen Staates und Schülerdompteur einerseits und seinem eigenen Anspruch als Humanist, Sozialist, Vertreter der Schüler- und Elterninteressen etc. konfrontiert wird.

In dem Sinne, daß ein linker Lehrer sich nicht für die ihm zuerteilte Rolle prostituieren und damit mithelfen will, Schüler kaputt zu machen, ist ein Aussteigen eigentlich sogar positiv zu bewerten, positiver jedenfalls als die Umwandlung zum Steißpauker, zumal ein Lehrer ja nicht gerade wenig aufgibt, wenn er die Sachen hinschmeißt.

Andererseits ist es natürlich auch eine Tatsache, daß für jeden gegangenen linken Lehrer ein anderer an die Stelle rückt, der wahrscheinlich seinen ihm zuerteilten Auftrag besser erfüllt. Das wissen natürlich auch die Flüchtenden, wie auch einige Leserbriefe schon gezeigt haben. Daß das verstärkte Empfinden der sich verschlechternden Lage an den Schulen sich trotzdem nicht bei allen linken Lehrern linear in verstärktem Kampfeswillen niederschlägt, liegt sicherlich an der viel zitierten Klassenlage der Intellektuellen, aber sicher ebenso an der Tatsache, daß die Bewegung, die in der Lage wäre, Wut in Widerstand zu verwandeln, schwach ist (in diesem Zusammenhang sollte man unbedingt den Aufsatz des Genossen Wl., Mitglied des LG im Extra-UW Nr. 2 "Wie geht es weiter im KB?" zur Frage des Verhältnisses von organisierter und spontaner Bewegung im Kopf haben).

Und so gesehen ist die Anpinkelei der linken flüchtenden Lehrer, sie hätten keine Bestimmung der Funktion von Schule vorgenommen, nicht gerade dazu angetan, die Bewegung voran zu bringen, wenn man selber nicht in der Lage ist, diese Bestimmung vorzunehmen. Denn logischerweise ist die Fluchttendenz ja ein Problem der Linken (die Rechten tun das Gegenteil von flüchten: Sie nisten sich ein) und damit unser Problem. Mal so gesagt: Heute als Linker nicht nur an der Schule zu bleiben, sondern auch als solcher dort zu arbeiten, setzt entweder ein fürchterlich dickes Fell oder einen langen Atem (sprich revolutionäre Klarheit) voraus, wahrscheinlich sogar beides zusammen. Aber wer hat schon revolutionäre Klarheit? Wo soll die herkommen, wenn am Ende der Studentenbewegung die Auseinandersetzung und Diskussion um die Klassenschule unterbrochen wurde bzw. in sozialdemokratisches Fahrwasser (Negt, v. Hentig u.a.) geriet? Wir täten also bedeutend besser daran, die ganze Auseinandersetzung damit neu zu beginnen, daß wir vernünftige Fragestellungen aufwerfen und versuchen, sie marxistisch-wissenschaftlich zu beantworten, statt unseren Bündnispartnern vorzuwerfen, daß sie die Frage nicht beantwortet haben.

Um es hier noch einmal ganz klar zu sagen: Natürlich läßt der Kapitalismus sich nicht stürzen, indem man z.B. in den Schulen eine junge Generation heranzüchtet, die alles anders machen will (oder besser: soll), genausowenig wie er sich stürzen läßt, indem etwa ein Betrieb nach dem anderen von den Arbeitern mitbestimmt, selbstbestimmt, aufgekauft oder sonst noch was wird, obwohl beides sicherlich noch unterschiedliche Qualitäten hätte. Kurz gesagt: Es gibt keine revolutionäre Berufsperspektive für Lehrer (allerdings muß man sich auch fragen – insbesondere nach dem Leserbrief in AK 143 – was an fortschrittlichen Überlegungen über z.B. einen humanen Unterricht noch alles mit dem Schreckgespenst der "revolutionären Berufsperspektive" totgeschlagen werden soll). Aber, genauso wie einigermaßen demokratische Verhältnisse für den Kampf um den Sozialismus insgesamt bessere Möglichkeiten schaffen, genauso dürfte eine breite demokratische Erziehung junge Menschen z.B. weniger anfällig für faschistische Tendenzen machen.

Genau in diesem Spielraum der "demokratischen Erziehung" sollten sich auch unsere Hauptüberlegungen abspielen, wobei man auch durchaus mal darüber hinausgehen kann und sich mit der Frage beschäftigen kann, wie sozialistische Erziehung bzw. Schule eigentlich aussehen soll oder auch schon aussieht. Bei dieser Gelegenheit will ich gleich eine Lanze brechen für Diskussionen über Makarenko, Krupskaja, über Erfahrungen aus China (z.B. aus der Zeit der Yenan-Periode), über Schule in Eritrea, Cuba, der DDR etc. Denn sie allesamt dienen dazu, uns sowohl über Perspektiven zu schulen als auch das eigene Verhalten als Lehrer in der kapitalistischen Schule zu kontrollieren und zu überdenken, wenn man sich nur davor hütet, Makarenko etwa mechanisch auf die Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft zu übertragen, wie es ja in bestimmten Kreisen geliebt wird.

In diesen Rahmen gehört unbedingt auch die Beschäftigung mit alternativer

schaft zu übertragen, wie es ja in bestimmten Kreisen geliebt wird.

In diesen Rahmen gehört unbedingt auch die Beschäftigung mit alternativer

Pädagogik und alternativen Schulmodellen, denn schließlich dürfte spätestens nach den Erfahrungen des Kinderhauses unbestreitbar sein, daß sich für die Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen bessere Bedingungen schaffen lassen, als sie in der Regel im Kapitalismus anzutreffen sind. Außerdem gilt natürlich auch für Schule der alte Satz, daß die neue Gesellschaft aus dem Schoß der alten geboren wird. Warum sollte es nicht auch hierzulande ganz konkret möglich sein, eine große Zahl vortschrittlicher Lehrer für einen vernünftigen Unterricht nach einem relativ einheitlichen und gemeinsamen Konzept wie etwa dem der Freinet-Pädagogik in Frankreich zu gewinnen? Wer diese Möglichkeit verneint, sollte auch dazu sagen, was prinzipiell unsere Schulsituation von der französischen unterscheidet. Wer das für unpolitisch hält, sollte dazu sagen, ob die Propaganda für eine fortschrittliche Pädagogik, für eine Schule, die Spaß macht, und das Gewinnen von Menschen für solche Vorstellungen etwa das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in dieser Republik nicht verschieben würde.

Daß wir uns bisher nicht in der erforderlichen Weise mit diesen Dingen beschäftigt haben, liegt sicherlich zum einen in der beschränkten Kraft begründet, die uns zur Verfügung steht und die weitestgehend durch die notwendige GEW-Arbeit absorbiert war und ist. Zum anderen dürfte es da aber auch noch ideologische Ursachen geben. Aus einer anfänglich doch recht starken Wendung gegen die antiautoritären Modelle der Studentenbewegung und die Hoffnung auf die revolutionäre Berufsperspektive, die der Pendelschlag in der jungen kommunistischen Bewegung war, hat sich bis heute unter den Kommunisten eine weitgehende Verunsicherung gegenüber der eigenen Tätigkeit als Lehrer erhalten. Diese schlägt sich heute in einer ganzen Palette falschen Lehrerverhaltens nieder: das reicht vom echten Scheißpaukerverhalten (wie man es gerade oft von DKP-Lehrern hört) über die Politik des reinen Verschleißens linker Lehrer durch abenteuerliches Verhalten in der Schule (z.B. die äußerst isoliert geführte und deshalb allen Angriffen ausgesetzte Kampagne des KBW um die Einheitszensur (die ja eigentlich nichts Schlechtes ist), bis hin zu der Haltung, die Lehrertätigkeit als reinen Job zu begreifen und auch so zu praktizieren (wie es wohl am ehesten bei uns anzutreffen ist).

Die Verunsicherung reicht z.B. bei uns so weit, daß ja selbst über die minimalsten Dinge wie unser Verhältnis zu Strafe, Leistungsdruck, Zensuren keine Einheit besteht. Selbst in unseren Reihen ist mit Sicherheit in der Praxis sehr häufig anzutreffen, daß wir 'Fünfen' und sogar 'Sechsen' verteilen, oft noch mit dem nun echt reaktionären Spruch auf den Lippen: "Die sind so stinkfaul, die müssen sich jetzt mal eine Fünf einfangen" o.ä. Oder es wurde neulich von Genossen vertreten, daß sie sich durchaus vorstellen könnten, bei bestimmten Schülern auch mal "hinzulangen", statt zu der Frage erst mal eine prinzipielle Haltung zu entwickeln, wie etwa: "Schüler schlage ich unter keinen Umständen" (siehe Kinderhaus und Kleinkinderinitiativen).

Es wäre falsch, einzelnen Genossen diese Haltung vorzuwerfen, denn sie gedeiht ja erst auf dem Boden, daß z.Zt. noch jeder Genosse und damit erst recht der fortschrittliche Kollege seiner Schule Konzepte auch schon nur zu humanerem Umgang mit Schülern alleine und mehr oder weniger individuell überlegen und erst recht verwirklichen muß.

Die fortschrittlichen Lehrer in der BRD insgesamt können eben zur Zeit nicht davon ausgehen, daß, wenn sie einzeln bestimmte Prinzipien in ihrem Unterrichtsverhalten verfolgen, an hundert oder tausend anderen Schulen andere Kollegen ebenso handeln. Auch da liegen Gründe für "Lehrerflucht", und da liegt eine Aufgabe mit für uns, sie zu stoppen.

Zum Schluß noch eine Anmerkung: In manchen Diskussionen um diese Fragen wird Genossen, die für die Entwicklung einer "alternativen" Pädagogik oder sogar "alternativer" Schulen eintreten, entgegengehalten, sie wollten damit nur ihre Lage verbessern und würden der Illusion aufsitzen, Schulkampf könnte von Lehrern ausgehen und geführt werden. Natürlich sind beide Einwände grundsätzlich richtig; sicherlich kommt nichts Gutes dabei heraus, wenn frustrierte Lehrer sich daran machen, solche Modelle zu entwickeln, um i h r e Frustration abzubauen. Aber 1. sind wir in einer kommunistischen Organisation, was ja wohl bedeutet, daß dort nicht Lehrer als solche einfach mal vom Schreibtisch aus sich ein Wolkenkuckucksheim ausdenken (siehe Beitrag der Schülergenossen in REBELL 22) und 2. ist es doch völlig korrekt, wenn ein Lehrer, der sich in der kapitalistischen Wirklichkeit auskennt, der in der Lage ist, sie zu analysieren und ein Bewußtsein darüber hat, daß diese Gesellschaftsordnung durch eine andere ersetzt werden muß.

Wirklichkeit auskennt, der in der Lage ist, sie zu analysieren und ein Bewußtsein darüber hat, daß diese Gesellschaftsordnung durch eine andere ersetzt werden muß,

eines Tages oder auch peu a peu feststellt, daß er den Widerspruch einfach nicht mehr aushält, diese Gesellschaft verändern zu wollen und in seiner 6 – 8 - stündigen Berufstätigkeit ständig gezwungen wird, selber Druck auszuüben, Schüler letzten Endes selber mit kaputt zu machen etc, und dann rangeht, Alternativen zu entwickeln (sowohl pädagogische als auch politische), sicherlich auch um seine eigene Lage zu verbessern. Müssen wir denn Angst davor haben, daß dieses Interesse zu einem bestimmenden in zu entwickelnder kommunistischer Lehrerarbeit wird? Da gilt doch wohl, daß der, der gar nichts tut, sicherlich am besten gegen Fehler gewappnet ist; und ein sozialarbeitender Lehrer ist im Sinne der Schüler immer noch besser als einer, der den Beruf nur als Job ausübt, 'Fünfen' und 'Sechsen' verteilt usw.

Also auch hier: Laßt uns solche Initiativen nicht mit solch blöden Einwänden abblocken, sondern viel besser hundert Blumen blühen lassen!

Als nächste Schritte für die weitere Arbeit und Auseinandersetzung schlage ich vor:

- Eine lockere Serie im AK, in der sich mit "alternativen" pädagogischen Konzepten auseinandergesetzt wird,
- die Fühler auszustrecken zu Gruppen, die sich bereits mit solchen Fragen beschäftigen (einschließlich solcher, die mit Projekten "alternativer Schulen" schwanger gehen),
- Arbeiten zu einer konkreten Analyse der aktuellen Situation der kapitalistischen Schule in der BRD (siehe die Leserbriefe in AK 142 und 143)
- für die Alltagspraxis die mit dem Leserbrief in AK 141 begonnene Auseinandersetzung, insbesondere unter den Gesichtspunkten Zensurengebung, Leistungsdruck, Strafe, weiterzuführen und dabei auch Fragen unserer eigenen Stellung in der Schule (konkrete Unterstützungsmöglichkeiten für die Schüler), wie z.B. die Ausnutzbarkeit der Funktion eines Vertrauenslehrers, einzubeziehen.

Vor allem zu diesem letzten Punkt wäre es dringend zu erhoffen, daß die kontroversen Meinungen auch mal endlich ganz klar auf den Tisch kommen und eine heftige Auseinandersetzung um diese Frage entbrennen kann. Vielleicht sind die meisten ja viel eher für proletarische Disziplin in ihren Klassen.

Ein Lehrergenosse, der lieber Schüler wäre

Unhaltbare Zustände an Flensburger Schule

Da wird die Schülerzeitung »Yggdrasill« des Hegel-Gymnasiums in Stuttgart-Rohr vom Schulleiter verboten. Auszug aus der schriftlichen Begründung des Verbots: *»Ich kann nicht ausschließen, daß einige Beiträge in Yggdrasill Nr. 19 ... als Verstöße gegen § 3 der Schülerzeitschriftenverordnung angesehen werden ...«.*

Dieses Verbot erfolgte, weil in der Nr. 19 der »Yggdrasill« ein Artikel von Ulrike Meinhof aus dem Jahre 1968 abgedruckt war. Ulrike Meinhof hatte sich damals mit dem Thema »Gewalt und Gegengewalt« beschäftigt. Als Begründung für das Verbot der Zeitung gab die Schulleitung ferner an, im Hinblick auf die letzten Ereignisse in der »Terrorscene« könne der Artikel den Lesern nicht zugemutet werden. (In Dortmund war bei der Festnahme von Michael Knoll ein Polizist erschossen worden).

Da werden der SDAJ und der DFG/VK, beide Mitglieder im Stadtjugendring Stuttgart, durch einen Antrag der CDU bis auf weiteres die Mittel, sprich städtische Zuwendungen, für ihre Ferienfreizeiten gestrichen. Diese Entscheidung gilt solange, bis die beiden Verbände ihre öffentliche Anerkennung erlangt haben. CDU-Stadtrat Clemens Winkler bescheinigte dem Stadtjugendring eine »einseitige Ausrichtung« seiner Veranstaltungen. Für ihn ist es *»eine Pervertierung der Demokratie, Jugendverbände zu fördern, die unsere Gesellschaftsordnung auch notfalls gewaltsam ändern wollen«*. Die SPD »bedauerte« die Streichung der Zuschußmittel für SDAJ und DFG/VK, sah aber keine Möglichkeit. Na ja, ...

***

Da erklärt der Baden-Württembergische Innenminister Palm im Landtag: *»Der Verfassungsschutz wird in Zukunft keine Schüler oder Lehrer anwerben ...«*. Der Begriff Zukunft deutet dabei schon daraufhin, daß er dies bisher getan haben muß. Palm schränkt dann seine Aussage auch sofort wieder ein und erklärt: *»... der Verfassungsschutz* [*werde*] *allerdings nicht in jeder denkbaren Situation darauf verzichten können, auch einmal Fragen an einen Lehrer oder eine Schule zu richten«*. Palm widersprach der SPD-Fraktion, die die Ansicht vertrat, der Verfassungsschutz habe an den Schulen überhaupt nichts zu suchen, indem er (Palm) darauf hinwies, daß drei »Terroristen« schon als Schüler einer »terroristischen Vereinigung« angehört hätten. Was von dem Geschwätz des Innenministers Palm und anderer CDU-Politiker zu halten ist, zeigte ein Vorfall, der sich nach einer Konferenz von Schülerzeitungsredakteuren an oberschwäbischen Gymnasien bei Leutkirch, Mitte Mai, abspielte. Dort hatte sich nach der Konferenz ein Verfassungsschützer beim Leiter des Gymnasiums und bei der Stadtverwaltung erkundigt, ob bei der Konferenz »radikale Tendenzen« zu erkennen gewesen seien. Der betroffene Schulleiter vertrat die Ansicht, es handele sich dabei um einen ganz normalen Vorgang, der auch an anderen Schulen »gang und gäbe« sei.

***

Mit den soeben beschriebenen Problemen setzte sich Mitte Oktober auch ein Kongreß in Stuttgart unter dem Thema »Zensiert die Zensoren« auseinander. Eingeladen zu diesem Kongreß hatte die »Junge Presse Baden-Württemberg«, die Jungdemokraten und die Rheinhold-Maier-Stiftung. Verschiedene Sprecher wiesen daraufhin, daß viele Schüler-, Lehrlings- und Jugendzeitungen des Landes Baden-Württemberg immer wieder mit Androhung eines Verbots, eines Zuschußentzuges oder eines Anzeigenboykotts, durch Maßregelungen im Unterricht oder durch andere Einschüchterungsversuche unter Druck gesetzt würden. Insbesondere unangenehme Artikel zur Tagespolitik (Brokdorf, Strauß-Besuch in Chile, Filbinger), »Charakterisierung« von ungeliebten Lehrern, Artikel über Liebe und Sexualität, seien immer wieder der Zensurschere ausgesetzt.

Die Maßnahmen reichen dann von der »Bitte« um Umformulierung des Artikels bis zum Verbot der ganzen Zeitung. Die Tagung zeigte aber auch auf, daß sehr oft mangelnde Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen zu Schwierigkeiten der Redakteure führen.

Als Maßnahmen, der zunehmenden Zensur zu entgehen, ihr entgegenzuwirken, wurden unter anderem sorgfältigere Recherchen, Solidarität innerhalb der betroffenen Redaktion und ein gutes Verhältnis zu den Lehrern (?) genannt.

AK-Leser aus Ludwigshafen

Repression und Zensur in Schule und Jugendarbeit

Wenn im viel zu kleinen Chemie- und Physikraum der Vierten Realschule ein Experiment durchgeführt wird, dann ziehen die chemischen Düfte erstmal durch den ganzen Raum, bevor sie durch eine Absauganlage entfleuchen. Die eingeladenen Eltern und Interessierten konnten jedenfalls am Tag der Offenen Tür, den 25. November, den Gestank nicht mehr aushalten. Wenige Minuten schon nicht mehr aushalten. Als Chemikalien-Schrank dient an dieser Schule ein ausgedienter Kleiderschrank des Hausmeisters, den er der Schule geschenkt hatte, weil es sonst gar keine Möglichkeit gäbe, wo diese Dinge hätten aufbewahrt werden können. In den vorderen Räumen des einen Teils der Schule müssen die Lehrer den Unterricht unterbrechen, wenn ein LKW über das Kopfsteinpflaster der Straße fährt, weil keiner mehr ein Wort versteht. Der Biologie-Unterricht wird im Keller bei spärlichem Lampen-Licht durchgeführt. Der Zeichen-Unterricht findet unter dem Dach statt, in einem Raum, wo die eine Hälfte der Schüler die andere Hälfte und den Lehrer nicht sehen kann. Der Raum ist nur über eine steile enge Holztreppe zu erreichen. Wenn da mal Feuer ausbricht, na danke!

Von den 16 Toiletten sind elf nicht zu verriegeln, die Turnhalle hat nur eine einzige Dusche für Mädchen und Jungen. Im Werkraum steht man in einer Staubwolke bei Holzarbeiten, weil die Abzugsanlage ähnlich schlecht funktioniert wie im Chemie-Raum.

Den Eltern und Lehrern wurden am 25.11. alle Mißstände während des laufenden Unterrichts vorgeführt. Dazu hatten einige Klassen die Schule mit Plakaten geschmückt, die ihre Misere in lustiger Weise darstellten. Um 10.00 Uhr wurde blinder Feueralarm gegeben. Ein Fachmann dazu: Man könne nur hoffen, daß nichts Ernsthaftes passiert, da die Feuerwehr an einige Gebäudeteile kaum oder nur schwer herankommt.

Um 10.30 Uhr marschierten dann alle mit Transparenten zum anderen Gebäude der Schule, was die Lehrer täglich mindestens zehn bis fünfzehn Minuten Zeit kostet und wodurch jedes persönliche Gespräch nach dem Unterricht zunichte gemacht wird. Im anderen Teil der Schule gibt es nicht mal einen Schulhof, die Kinder müssen zwischen parkenden Autos spielen.

Nach der gelungenen Aktion gingen alle in die Stadt und verteilten Flugblätter, um die Bevölkerung auf die Probleme aufmerksam zu machen. Einige Eltern und Schüler hatten den Tag der Offenen Tür vorher in einer Anzeige in der Presse bekanntgemacht. Alle Parteien waren eingeladen, aber niemand kam. Hinterher heißt es nun vom Ratsherr Lothar Hay (SPD), man wolle sich schnell mit den Beteiligten an einen Tisch setzen und Lösungen finden. Tatsache ist, daß die Vierte Realschule bis 1984 geschlossen werden soll. Die Eltern und Schüler waren jedenfalls reichlich sauer über das Kneifen der Verantwortlichen und überlegen sich weitere Kampfmaßnahmen, wenn nicht sofort etwas geschieht.

Jugendgenossen
KB/Gruppe Flensburg

Moskauer Gipfelkonferenz: Ceausescu betont Unabhängigkeit

Vom 22.-23. November fand in Moskau eine Gipfelkonferenz statt, an der alle Partei- und Regierungschefs sowie Delegationen der Staaten des Warschauer Pakts teilnahmen. Es wurde über die aktuelle Lage in Europa und die internationale Situation „beraten". Verabschiedet wurde von allen Teilnehmerstaaten eine Deklaration über die „Fortführung von Entspannung und Abrüstung" und eine Erklärung zur Nahostfrage, die aber von Der SR Rumänien nicht unterzeichnet wurde.

Das Verhalten Ceausescus sorgte ohnehin für Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse. Nach Beendigung der Konferenz wandte sich Ceausescu in mehreren Reden an die rumänische Öffentlichkeit, in denen er seinen Standpunkt erklärte und Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den anderen Staaten zum Ausdruck brachte. Offensichtlich war auf dem Treffen von der SU versucht worden, die Militärausgaben der einzelnen Staaten für den Warschauer Pakt zu erhöhen und die Souveränität der Befehlsgewalt über die einzelnen Armeen einzuschränken.

Auf der Konferenz erklärte Ceausescu, daß er die massive Steigerung des Militärhaushalts mißbillige und die Ansicht vertrete, *„daß die Warschauer-Pakt-Staaten nicht dem von den Nato-Ländern beschlossenen Weg folgen sollten, sondern im Gegensatz dazu den Weg entschlossener Aktionen zur Verringerung der Ausgaben für den Rüstungswettlauf und militärische Zwecke einschlagen sollten"*. Eine Erhöhung der Militärausgaben sei ökonomisch von Rumänien nicht zu verkraften und auch nicht notwendig, da *„keine drohende Kriegsgefahr besteht"*. *„Von der internationalen Lage und der Überzeugung ausgehend, daß keine besonderen Maßnahmen in Richtung auf den Rüstungswettlauf nötig sind, haben wir uns jede Steigerung der Militärausgaben, die über das vernünftige Maß hinausgeht, ausgesprochen und werden uns weiterhin dagegen aussprechen."*

Tatsächlich kann sich Rumänien eine Erhöhung der Militärausgaben kaum leisten. wenn es seine Industrialisierungspläne und die von Ceausescu immer wieder versprochene Erhöhung des Lebensstandards verwirklichen will. In der rumänischen Presse erscheinen zur Untermauerung der Haltung Ceausescus Artikel, in denen Gleichungen aufgestellt werden wie: „Ein Tank zu 500.000 Dollar entspricht den Kosten für die Einrichtung von 520 Schulzimmern" oder „Ein Überschalljäger zu 20 Millionen Dollar enspricht 40.000 Apotheken" („FAZ", 1.12.)

In seiner Rede betonte Ceausescu auch, daß er nicht bereit sei, die nationale Verfügungsgewalt über die rumänische Armee zugunsten des Warschauer Pakts einzuschränken: *„Wir haben niemand das Recht abgetreten, die rumänische Armee in militärische Aktionen zu verwickeln, und dies wird nie geschehen"*. Gemeinsamen militärischen Aktionen des Warschauer Pakts müsse vorher von jedem einzelnen Staat zugestimmt werden: *„Die Verträge des Warschauer Pakts sehen eindeutig vor, daß jedes Land sich seiner Fähigkeit und den Bestimmungen und Beschlüssen entsprechend beteiligen wird, die von jedem einzelnen Land gefaßt werden"* (alle Zitate aus „FR", 30.11.).

Das sind klare Worte und eine eindeutige Absage an die Pläne der Sowjetunion, die militärische Souveränität Rumäniens zu beschneiden.

Weniger erfreulich ist die Haltung Rumäniens zur Nahostfrage. In der (von Rumänien nicht unterzeichneten) Erklärung der Moskauer Gipfelkonferenz wird die „Politik der separaten ägyptisch-israelischen Abmachungen unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten" verurteilt. Ceausescu hingegen hat noch vor kurzem das ägyptisch-israelische Abkommen von Camp David als Schritt auf dem Weg zu einer globalen Nahostlösung bezeichnet und sich schon mehrfach als Vermittler angeboten. Rumänien ist auch das einzige Land des Warschauer Pakts, das zu Israel diplomatische Beziehungen unterhält.

Auf die auf dem Moskauer Gipfel aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten reagierte die bürgerliche Presse mit einem Schwall von Spekulationen. In einzelnen Kommentaren wurde ein Einmarsch sowjetischer Truppen in Rumänien in absehbarer Zeit als mögliche Reaktion der SU nicht ausgeschlossen (z.B. „FAZ", 2.12.).

RGW-Kommission

Die KPF und der Bahro-Kongreß

Stärker als erwartet wurde der Westberliner Bahro-Kongress zu einem Prüfstein für die sog. „Eurokommunisten". Und daß es sich bei dieser Strömung um ein letztlich doch noch sehr diffuses, hin und her schwankendes, in seiner Los-von-Moskau-Bewegung nur allzu oft noch nach dem Motto „Zwei Schritte vorwärts, einen zurück" verfahrendes, immer noch von heterogenen Strömungen durchkreuztes Gebilde handelt, dem politische Zuverlässigkeit im Sinne eines aufrichtigen Anti-Stalinismus zu bescheinigen verfrüht wäre, dies wurde duch die offizielle Haltung, die die Mehrzahl dieser Parteien - die KPI ausgenommen - gegenüber dem Bahro-Kongress einnahmen, erneut bestätigt. Den Vogel schossen dabei wieder einmal die französischen „Kommunisten" ab.

Zweifellos gibt es auch an der Basis dieser Partei, die sich als letzte zum „Eurokommunismus" mauserte, Kräfte, die darauf drängen, den Immobilismus der Parteiführung in vielen Fragen - und das Problem der Haltung zu den Regimekritikern in der DDR gehört dazu - allmählich zu überwinden; aber das Zentralkomitee, das ja gerade in den parteiinternen Auseinandersetzungen nach den verlorenen Parlamentswahlen gezeigt hat, was es von einer solchen „demokratischen" Debatte hält, scheint immer noch darauf bestehen zu wollen, daß man in Paris einen Unterschied macht zwischen den Gulags und der Verfolgung der Dissidenten in der Sowjetunion und den Verhältnissen in der DDR, mit deren Partei- und Staatsführung man nach wie vor die besten Kontakte unterhält und die parteioffiziell immer noch, ohne Berücksichtigung des Umstands, daß die Kalte-Kriegs-Ära inzwischen zuende gegangen ist, als „gefährdeter Vorposten des Sozialismus an der imperialistischen Front" gilt. Daß eine solche Differenzierung absurd ist, nicht nur, weil die Menschenrechte und somit ihre Verteidigung unteilbar sind, sondern auch, weil ja inzwischen nicht mehr der geringste Unterschied zwischen der Natur des Gesellschaftssystems und der Repression in der SU und dem der DDR besteht, das im übrigen ja in seiner extrem bürokratisch-zentralistischen Form der Gesellschaft der DDR durch die sowjetische Militärverwaltung aufgezwungen wurde, ist zwar einer wachsenden Anzahl von KPF-Mitgliedern an der Basis bewußt; dennoch aber wird diese vorsichtig auch in die Reihen der französischen Revisionisten einsickernde Erkenntnis von den Bürokraten an der Führungsspitze der KPF in Paris mit den seit alters bekannten Methoden eingedämmt. Die vorsichtige und zurückhaltende Berichtserstattung des parteioffiziellen Organs "L'Humanite" in der Biermann- und Bahro-Affäre gab davon einen Vorgeschmack. Und nur so versteht sich auch der Umstand, daß das ZK der KPF die von den Veranstaltern des Bahro-Kongresses an die Partei offiziell ergangene Einladung unbeantwortet ließ und darüberhinaus – wie immer natürlich hinter verschlossenen Türen – den Beschluß faßte, k e i n e n offiziellen Vertreter zum Bahro-Kongreß in Westberlin zu entsenden. Daß einige prominente KPF-Intellektuelle, wie z.B. Louis Althusser, Jan Elleinstein oder Etienne Balibar, die in den letzten Monaten gezeigt haben, daß sie nicht unbedingt bereit sind, auf jeden Pfiff von Georges Marchais zu parieren, dem Kongreß ebenfalls fernblieben, hatte gewiß z.T. auch andere (gesundheitliche und arbeitsökonomische) Gründe; daß sie jedoch alle in dieser Frage zusätzlich noch unter dem Druck des oben zitierten ZK-Beschlusses standen, ist aus den Reihen der KPF selbst schließlich bestätigt worden. So wurde von einer in Rücksichtnahme auf die DDR-Führung sich windenden Parteiführung die Situation geschaffen, daß die KPF bei diesem für die gesamte europäische nichtstalinistische Linke bedeutsamen Kongreß lediglich durch einen – zusätzlich noch buchstäblich in letzter Minute eintreffenden inoffiziellen Beobachter – Alexandre Adler (Mitautor eines kürzlich im Parteiverlag Editions Sociales erschienenen Buches, das zum ersten Mal kritisch das alte Verhältnis der KPF zur Sowjetunion untersucht und dabei mit vielen alten Dogmen bricht) – repräsentiert wurde, der jedoch nur unter der Bedingung teilnehmen durfte, daß er sich jeder offiziellen Stellungnahme enthielt. Dadurch waren dann auch die Voraussetzungen für das Zustandekommen der einzigen spektakulären Stimmenthaltung bei der Verabschiedung der Schlußresolution (des auf "eigenes Risiko" angereisten Teilnehmers aus den Reihen der KPF) gegeben.

Georges Marchais und das ZK der KPF mögen nun getrost fortfahren, feierlich zu erklären, daß der Kurs ihrer Partei in **Paris** und nicht in **Moskau** bestimmt werde. Wirklich abnehmen wird man ihnen dies jedoch nur dann, wenn sie künftighin in klarerer und entschiedenerer Form zur Frage der Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung der Freiheitsrechte des "citoyen" im sowjetischen Machtbereich – und somit notwendigerweise auch in der D D R – Stellung zu nehmen wagen als bisher. Im Falle der Solidarität mit Bahro jedenfalls hat die Parteiführung sich wieder einmal unnötiger-, aber sicherlich nicht untypischerweise blamiert.

Ein Genosse aus Frankreich, Paris d. 25.11.78

(Daß dies in manchen Punkten nicht die Meinung der AK-Redaktion ist, ist wohl klar).

Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Der Oberste sowjetische Gerichtshof hat am 23.11. die Berufung des Regimekritikers Podrabinek abgelehnt. Podrabinek, ein ehemaliger Krankenpfleger, war im August zu 5 Jahren Verbannung verurteilt worden, nachdem er in einem im Westen veröffentlichten Buch der Sowjetunion Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken vorgeworfen hatte („FAZ", 24.11.).

Der Vorwurf des Mißbrauchs der Psychiatrie in der Sowjetunion wird auch von amnesty international erhoben.

* * *

Der armenische Oppositionelle Nasarjan wurde Anfang Dezember in Eriwan zu fünf Jahren Zwangsarbeit und anschließenden zwei Jahren Verbannung verurteilt. Er war Mitbegründer einer armenischen „Helsinki-Gruppe" („FR", 5.12.).

* * *

Die Führung der Sowjetunion ist offenbar entschlossen, der chronisch schlechten Situation in der sowjetischen Landwirtschaft mit „klassischen" Mitteln abzuhelfen. Bekanntlich leidet die Landwirtschaft der UdSSR unter mangelnder Produktivität, die wiederum auf unzureichende Mechanisierung, schlechten Zustand der landwirtschaftlichen Maschinen und der landwirtschaftlichen Nutzwege sowie auf Lager- und Transportschwierigkeiten zurückzuführen ist.

Im „Bericht der Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees der UdSSR", Deputierten N.K. Baibakow, zum Thema „Über den Staatsplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für das Jahr 1979..." heißt es: *„Eine wichtige Reserve in der Steigerung der Produktion von Agrarerzeugnissen sind die Hauswirtschaften der Kolchosbauern, Arbeiter und Angestellten. Ihnen muß Hilfe erwiesen werden durch den Verkauf von Jungvieh und Futter sowie bei der Bodenbearbeitung und Realisierung der Produktion".*

Es gibt in der UdSSR keine offiziellen Angaben darüber, in welchem Umfang die private Landwirtschaft die Löcher der staatlichen Landwirtschaftsproduktion stopft und stopfen muß. Nach — allerdings nicht belegten — Angaben der „Welt" vom 30.11.78 macht die privat bewirtschaftete Fläche (durch Kolchosbauern oder andere Werktätige) etwa 1,5% der gesamten landwirtschaftlich genutzen Fläche der UdSSR aus. Angeblich ist auf diesen privat genutzten Flächen 1976 rund ein Viertel des landwirtschaftlichen Globalaufkommens der UdSSR produziert worden.

Mögen diese Angaben nun stimmen oder übertrieben sein — jeder, der einmal in einer beliebigen sowjetischen Stadt das Angebot der sogenannten Kolchosenmärkte mit dem Angebot der staatlichen Gemüse- und Fleischläden verglichen hat, wird die T e n d e n z dieser Verteilung bestätigen können. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Leonid Breschnew in seiner Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU („Pravda", 28.11.78):

„Immer noch schlecht werden die Möglichkeiten der Nebenwirtschaften der Betriebe und Fabriken, aber auch der Privatwirtschaften der Landbevölkerung genutzt. Wir haben zu diesen Fragen Beschlüsse gefaßt, aber sie werden bisher nur langsam in die Tat umgesetzt. Man muß diesen Wirtschaften mehr helfen bei der Anschaffung von Jungvieh und bei der Futterversorgung. Außerdem ist es erforderlich, ein bestimmtes gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem die Kolchosenbauern und die Sowchosenarbeiter spüren, daß sie, wenn sie zuhause Vieh und Geflügel aufziehen, eine nützliche staatliche Arbeit leisten".

* * *

Die Konferenz von Addis Abeba — ein großer Erfolg für Breschnew?

Viel zu wenig Beachtung fand bisher außerhalb der revisionistischen Presse die **„Internationale Konferenz zur Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion"**, die vom 14. bis 17. September in Addis Abeba (Äthiopien) unter sowjetisch-kubanischer Regie stattfand. Geht diese mangelnde Beachtung beim AK wohl eher auf Schlafmützigkeit oder Zaghaftigkeit zurück, so scheint bei den Verfechtern der „antihegemonistischen Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus" und der „Theorie der drei Welten" hinter diesem Schweigen Verlegenheit und Betroffenheit zu stehen. **Denn auf diesem Treffen gelang es der Sowjetunion in bisher wohl beispielloser Weise, nationale Befreiungsbewegungen und fortschrittliche Organisationen der Dritten Welt auf ihre Linie festzulegen und zu klaren Äusserungen gegen die VR China zu veranlassen.**

Allein der Treffpunkt (Addis Abeba, während das äthiopische Regime seinen Vernichtungskrieg gegen den eritreischen Befreiungskampf führt!) und das Spektrum der Konferenz stellen für die sowjetische Führung einen riesigen Triumph dar, der entsprechend in der revisionistischen Presse gefeiert wurde. Da waren u.a. vertreten:

- Frelimo (Mosambik);
- SWAPO (Namibia);
- ‚Patriotische Front' Simbabwe (vertreten u.a. durch Joshua Nkomo und Robert Mugabe);
- ANC (Südafrika);
- PLO (Palästina);
- PFLP (Palästina);
- PFLO (Oman);
- Polisario (Westsahara);
- Unidad Popular (Chile);
- Montoneros (Argentinien);
- Frente Sandinista (Nikaragua).

Außerdem weitere Befreiungsbewegungen, Regierungsparteien fortschrittlicher Länder der Dritten Welt, revisionistische Parteien sowie revisionistisch dominierte „Friedenskomitees", „Solidaritätskomitees" u.ä.

In diesem illustren Kreis konnten die Revisionisten eine Resolution verabschieden lassen (nur gegen die Stimme des rumänischen Vertreters), die nicht bloß die *„Aktionseinheit zwischen den Kräften des Sozialismus* (d.h. vor allem der Sowjetunion - Anm. AK) *und der nationalen Befreiungsbewegungen"* sowie die **„hohe Wertschätzung und Hochachtung vor der Sowjetunion"** beschwor, sondern die auch e r s t m a l s eine scharfe Verurteilung der chinesischen Führung enthielt, nämlich: **„Die Konferenz hat die Haltung der chinesischen Führer untersucht und mit Empörung deren Zusammenarbeit mit den reaktionären , imperialistischen und faschistischen Regimes festgestellt, wie Chile, die Regierung Südafrikas und Israel. Die Teilnehmer der Konferenz verurteilen darüber hinaus die Komplizenschaft der chinesischen Führer mit der Aggression gegen Angola und Äthiopien und ihre chauvinistische, expansionistische Politik gegen das sozialistische Vietnam. Die antisowjetische Haltung der chinesischen Führer dient nicht der Sache der nationalen Befreiung".**

Daß der Konferenz diese Formulierung von den Revisionisten aufgezwungen werden konnte, ist einigermaßen erstaunlich. Denn kaum eine oder wohl sogar gar keine der dort vertretenen Befreiungsbewegungen hat bisher öffentlich in dieser Schärfe gegen die chinesische Politik Stellung genommen. Einige haben sogar diplomatische Beziehungen zur VR China (PLO, Frelimo), andere haben sich bisher jeder wertenden Äusserung zum Konflikt Sowjetunion-China ausdrücklich enthalten. Manche der Befreiungsbewegungen und Organisationen, die jetzt offenbar die Resolution unterstützen, haben von der Sowjetunion jahrelang nichts anderes erfahren als Diffamierungen (Monteneros, Sandisten) oder wurden ignoriert (Polisario). In fast allen diesen Befreiungsbewegungen sind früher prochinesische Sympathien stark spürbar gewesen. Nicht zufällig haben ja bisher die Verfechter der „Theorie der drei Welten" einige dieser Organisationen bisher sogar als Kronzeugen ihres „antihegemonistischen Kampfes" (gegen die Sowjetunion!) ins Feld geführt.

Um diese Wende zu verstehen, muß man zum einen von der immer verbrecherischeren Politik der chinesischen Führung ausgehen, die sich immer mehr in offenen Gegensatz gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt stellt, zugunsten proimperialistischer Potentaten wie des Schah, Mobutus, Hassans von Marokko, Sadats usw. Diese Entwicklung hat zweifellos in den nationalen Befreiungsbewegungen frühere Sympathie in Verbitterung und Enttäuschung umschlagen lassen.

Ein weiterer Faktor scheint in der zunehmend aggressiven Politik des Imperialismus zu liegen, die es den Befreiungsbewegungen geraten scheinen läßt, sich enger an die Sowjetunion anzulehnen, zumal die VR China als Unterstützung nicht mehr zur Verfügung steht. Die Sowjetunion paßt sich dieser Entwicklung an, indem sie ihrerseits früher angefeindete Organisationen (etwa die Sandisten Nikaraguas) heute mit eindeutigen Angeboten umwirbt.

Drittens ist die Neigung einiger Befreiungsbewegungen in Betracht zu ziehen (PLO,ZANU), politische Prinzipien meistbietend auf dem freien Markt anzubieten und heute diesem und morgen jenem Gefälligkeiten zu sagen. (Man vergleiche frühere antisowjetische Ausfälle der ZANU oder die Gefälligkeitspolitik des PLO-Vertreters in der BRD gegenüber KBW und „KPD"). Diese Gefälligkeitspolitik ist Ausdruck der Existenz einer ‚neuen Bourgeoisie' speziell im Auslands-Apparat einiger Befreiungsbewegungen.

Nimmt man alles zusammen: Ein Erfolg der sowjetischen Führung, der sich sehen lassen kann, der aber in seiner Ernsthaftigkeit auch mit einiger Skepsis gesehen werden sollte.

Kommt's doch noch zum Artikelaustausch?

In ihrer „Roten Fahne" vom 7. 12. nimmt die „KPD" seit längerer Zeit wieder einmal zu dem bereits am 6. 10. vereinbarten Artikelaustausch zwischen AK und „Roter Fahne" Stellung. (Die letzte Stellungnahme dazu war in der „Roten Fahne" vom 2. 11.!). Daß die „KPD" sich nach reichlich bemessener Bedenkfrist doch noch entschlossen hat, unsere Antwort auf ihren Artikel zur ‚Lissabonner Konferenz' (aus AK vom 13.11.) jetzt im Wesentlichen abzudrucken, ist eine erfreuliche Überraschung.

Weniger erfreulich ist, daß die „KPD" sich immer noch ziert und windet, endlich voll in den vereinbarten Artikelaustausch einzusteigen. Als Ausrede hat sie jetzt entdeckt, wir hätten ihren Artikel zur ‚Lissabonner Konferenz' beim Abdruck im AK (13.11.) „zensiert". Richtig ist, daß die „KPD" vorher w u ß t e, daß wir Platz für einen ein-seitigen Artikel zur Verfügung stellen würden, t r o t z d e m aber einen Artikel von gut anderthalb Seiten vorlegte. Daraufhin haben wir den Schlußteil, der sich ohnehin nicht mit der ‚Lissabonner Konferenz' befaßte, nicht mit abgedruckt – zumal die dort angeschnittenen Themen ohnehin noch Bestandteil des vereinbarten Artikelaustausches sein sollen. Das haben wir im Vorspann auch klar so gesagt.

Wenn hier von Z e n s u r die Rede sein kann, dann liegt sie unserer Meinung nach eher im Folgenden: Die „Rote Fahne" hat jetzt k o m m e n t a r l o s und ohne dies überhaupt im Text kenntlich zu machen, beim Nachdruck unserer Antwort zur ‚Lissabonner Konferenz' den A n f a n g weggelassen. Dabei hatten wir in einem Brief vom 15.11. die „KPD" sogar ausdrücklich gebeten, „*den g e s a m t e n Artikel*" abzudrucken (er ist insgesamt kürzer als eine Seite!), „**also einschließlich des Abschnitts mit dem von uns aufgestellten Fragen-Katalog, da wir es für wichtig halten, daß die Leser Euren Artikel mit diesem Fragen-Katalog vergleichen können**" (vgl. Abdruck des Briefs in AK 143).

Es scheint leider, daß die „KPD" den absurden Vorwurf der „Zensur" gegen u n s jetzt als Vorwand benutzen will, um die Aufnahme des vereinbarten Artikelaustausches noch weiter hinauszuzögern. **So macht sie auch in der „Roten Fahne" vom 7. 12. wiederum k e i n e n konkreten Vorschlag zur Realisierung des Artikelaustausches und geht auf unsere zwei Briefe zu diesem Thema (vom 9. 10. und 15. 11.) überhaupt nicht ein**, erwähnt sie nicht einmal. Stattdessen heißt es jetzt in der „Roten Fahne": „*Für den Beginn eines wirklichen Artikelaustausches muß allerdings vollständig klar sein, daß der KB sich an die einfachsten Regeln hält, an die Regel z. B., daß inhaltliche Kürzungen nur in Absprache und nach Vorschlag des Verfassers vorgenommen werden. Deshalb fordern wir den ‚Arbeiterkampf' auf, als n ä c h s t e n Schritt den Teil unserer Artikel zur Lissabonner Konferenz abzudrucken, den er unterschlagen hat, und inhaltlich zu den von uns aufgeworfenen Fragen Stellung zu beziehen.*"

Zieht man ein paar Floskeln ab, so bleibt als harter Kern: Die „KPD"-Führung betrachtet anscheinend als V o r b e d i n g u n g für den Artikelaustausch, daß wir zuvor den Rest-Teil ihres Lissabon-Artikels abdrucken. Und für einen so erbärmlichen Einfall hat sie immerhin (seit Abdruck ihres Lissabon-Artikels im AK vom 13. 11.) über drei Wochen gebraucht! Ein mageres Ergebnis. **Alles wird glatt laufen mit dem vereinbarten Artikelaustausch, das versichern wir der „KPD", wenn sich beide Seiten an die vorher vereinbarte Länge der Artikel halten.** Wir sehen nicht ein, warum die „KPD" immer neue Ausflüchte sucht, um den Beginn des Artikelaustausches über die zwischen uns bereits am 6.10. skizzierten Themen (und weitere, falls gewünscht) hinauszuzögern.

In der „Roten Fahne" vom 7. 12. heißt es: „*Eine Weiterführung der Polemik mit dem KB hat nur Sinn, wenn er sich endlich dazu durchringt, etwas über die Rolle der heutigen Sowjetunion zu sagen. Unsere strategische Linie des antihegemonistisch-demokratischen Kampfes hat ja zur Voraussetzung die Analyse der Sowjetunion als gefährlichere imperialistische Supermacht*". – Über das Wort „Analyse" in diesem Zusammenhang werden Kenner der Publikationen der „KPD" nur milde lächeln, aber ansonsten berührt die „Rote Fahne" damit tatsächlich einen interessanten Punkt. Nicht zufällig haben wir schon beim Gespräch mit der „KPD" am 6.10. von uns aus vorgeschlagen (was dann auch akzeptiert wurde), den Artikelaustausch zu b e g i n n e n mit dem Thema „**Politisch-militärisches Kräfteverhältnis in Europa (und in der Welt)**", was ja wesentlich eine Auseinandersetzung mit der imperialistisch-vaterländischen These von der „*Sowjetunion als gefährlichere Supermacht*" beinhaltet. In unserem Brief vom 15.11. (den die „KPD" nicht beantwortet hat und den sie auch in der „Roten Fahne" mit keinem Wort erwähnt) haben wir der „Roten Fahne" sogar sehr konkret vorgeschlagen, Mitte Dezember als Zeitpunkt für den Austausch von Artikeln zu diesem Thema ins Auge zu fassen. Es könnte also endlich losgehen – wir warten nur noch auf die „KPD"! Liegt das vielleicht daran, daß die „KPD"-Fachleute soviel Zeit brauchen, um wenigstens ein b i ß c h e n Sachmaterial zur Untermauerung ihrer „Analyse" zusammenzukratzen?

Wir fordern die „KPD"-Führung auf, gut zwei Monate n a c h der grundsätzlichen Vereinbarung des Artikelaustausches endlich ihre Taktik der Vorwände und des Verzögerns aufzugeben und mit uns so bald wie möglich die notwendigen sachlichen Einzelabmachungen zu treffen, damit der Artikelaustausch in Gang kommen kann. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben.

Neuer Erfolg der „MLD"

Dem beharrlichen Bemühen der CSU-freundlichen Gruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") um internationale Anerkennung, insbesondere um einen Einbruch in den Reigen der Bruderparteien der „KPD" war jetzt ein weiterer Erfolg beschieden: Die mit der „KPD" eng befreundete türkische „ML"-Zeitung „Aydinlik" gab für das „MLD"-Organ „Neue Welt" (13.11.) ein Interview. Kostprobe daraus: „*Heute ist die Sowjetunion als gefährlichere Supermacht auf der Weltbühne erschienen. Diese in der Maske des Sozialismus auftretende Supermacht ist die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der Türkei*".

Froh ist die „Neue Welt" auch, daß sie über zwei Interviews berichten kann, die „Aydinlik" mit dem ehem. NATO-Admiral Günther Poser und mit dem CDU-„Wehrexperten" Wörner gemacht und auf jeweils einer vollen Seite veröffentlicht hat („Neue Welt", 13.11.). Man sieht also: Nicht bloß mit der Einheit der Marxisten-Leninisten geht es vorwärts (zumindest international), sondern auch mit der antihegemonistischen Einheitsfront! Die „Neue Welt" kommentiert zu diesen beiden Interviews: „*... Bemerkenswert war die Offenheit und Klarheit, mit der Günter Poser und Werner Marx die Ziele und die Taktik der Sowjetunion entlarvten, daß diese auf den Spuren Hitlers wandelt. Selten wird in deutschen Massenmedien... die sowjetische Bedrohung so offen und klar benannt. – Die Interviews sind ein Schritt des langen Weges einer Einheitsfrontpolitik verschiedener politischer und weltanschaulicher Kräfte...*".

Weniger schwungvoll geht es mit der Einheit der westdeutschen Marxisten-Leninisten voran. Hier ist das verführerische Angebot der „MLD" an „KPD" und KBW zu gemeinsamen Veranstaltungen, gemeinsamen Demonstrationen (gegen Vietnam!) und zu einem Artikelaustausch (vgl. „Neue Welt", 27.11.) noch ohne offizielle Antwort. Mag sein, daß sich in der Stille schon mehr getan hat. Jedenfalls fällt auf, daß die „MLD" ihren Ton gegenüber der „KPD" derzeit mal wieder von Fallbeil auf Samtpfötchen umgestellt hat.

Zum Schluß eine Preisfrage für Liebhaber der Szene: Warum werden in „KPD"-Buchläden derzeit keine französischen „ML"-Zeitungen verkauft?

„ML"er voll dabei beim „Kampf gegen den Terror"

Wir berichteten im letzten AK von den "Anti-Terror"-Demonstrationen, die in mehr als 100 Städten Spaniens stattfanden – angeführt von den reformistischen Gewerkschaften (Comisiones Obreras und UGT) und mitgetragen von der christdemokratischen Regierungspartei UCD, der sozialdemokratischen PSOE, der eurorevisionistischen PCE u.a.m. Wir berichteten dort, daß die "ML"-Organisationen ORT und PTE ebenfalls zu diesen Demonstrationen aufriefen und sie unterstützten.

Für die ORT (patentierte "Bruderpartei" der "KPD"!) muß jedoch gesagt werden, daß ihre traurige Rolle bei diesen Vorgängen noch etwas größer war: Sie brüstet sich selbst damit, diese Demonstrationen mit i n i t i i e r t zu haben! In ihrem Zentralorgan "En Lucha" (9. - 15.11. 78) schreibt ORT: "*... Am vergangenen 22. Oktober, als die Eskalation des Terrors und der Provokationen gegen Ende des verfassungsgebenden Prozesses sichtbar war, b e r i e f ORT in Madrid eine Sitzung verschiedener politischer Parteien ein, zu der PSOE, PCE und PTE erschienen. Man kam dort überein, zu einer Demonstration aufzurufen gegen den Terrorismus, für die Demokratie, für die Unterstützung des baskischen Volkes und die freie Vereinigung der Völker Spaniens.*" (Die Formel "Freie Vereinigung der Völker Spaniens" richtet sich direkt gegen die Forderung nach politischer Autonomie für das Baskenland; sie steht im Gegensatz zu der gerechten Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und beschönigt den Zentralismus des bürgerlichen Staates, der auch in der neuen Verfassung wichtiger Bestandteil ist).

In "En Lucha" beschwert sich ORT, daß die anderen Organisationen zunächst einen Rückzieher machten und vorschlugen, daß die reformistischen Gewerkschaften (statt der Parteien) aufrufen sollten. Dies interpretiert ORT, wohl zu Recht, als einen Versuch, ihre "Vorreiterrolle" im "Kampf gegen den Terrorismus" herabzusetzen. – ORT berichtet dann weiter (ohne jeden Kommentar), daß bei einem weiteren Zusammenkunft auch Vertreter der Regierungspartei UCD anwesend waren. (Die UCD war übrigens auch an der berüchtigten 'Lissabonner Konferenz' Ende Mai beteiligt).

ORT setzt in ihrer gesamten Propaganda den Terror von Organisationen wie der ETA gleich mit dem faschistischen Terror und verhöhnt mit ihrer zentralen Parole "Gegen den Terrorismus" Lenin, der klar gesagt hat: "*G r u n d s ä t z l i c h haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen ...*" ("Was tun?", Vorwort "Womit beginnen?", 1901). Mit ihrer Parole "Gegen den Terrorismus – Für die Verteidigung der Demokratie" und ihrem praktischen Verhalten hat die ORT ihren festen Platz im Konzert der staatstragenden Parteien Spaniens. Darüber vergißt sie anscheinend sogar ihren blinden Haß gegen die PCE, die sie sonst als "Fünfte Kolonne des Sozialimperialismus" verdächtigt.

Diese Politik der ORT ist nur zu erklären vor dem ideologischen Hintergrund, der von der heutigen chinesischen Führung geliefert wird, wonach die Hauptgefahr einzig und allein vom "russischen Sozialimperialismus" kommt und gegen diesen Feind fast jeder Verbündete recht ist. So behauptet ORT inzwischen ganz glatt, daß die ETA vom "Sozialimperialismus" manipuliert werde, um in Spanien Unruhe zu stiften, die dann Spanien wie eine reife Frucht in die Hände jener "besonders gefährlichen Supermacht" fallen lassen soll. Ebenso bekämpft ORT die Faschisten in erster Linie mit der Begründung, sie würden dem "russischen Sozialimperialismus" nützen.

Die guten Kontakte, die die spanische Regierung zur heutigen chinesischen Regierung unterhält (Spaniens Regierungschef Suarez war bereits in Peking), dürften das ihre zur Unterstützung der Suarez-Regierung durch die ORT beitragen und die Unterordnung des Klassenkampfes und der politischen und ökonomischen Forderungen der spanischen Völker unter die Politik der Regierung weitertreiben.

Nun glaube man aber nicht, daß dies lediglich eine spanische Spezialität wäre: In der Schlußresolution der 'Lissabonner Konferenz' findet sich auch folgende Passage: "**Die Völker und Länder Europas müssen ihre Kräfte im Kampf gegen den Terrorismus koordinieren. Die Völker Europas müssen den Terrorismus isolieren und diejenigen demaskieren, die ihn unterstützen und von ihm profitieren.**" Die Vertreter der "KPD" bei der 'Lissabonner Konferenz' teilten sich an diesem Punkt die Partie: Während Willi Jasper (direkter Vertreter der "KPD") v o r der Resolution abreiste (ohne sich allerdings bis heute öffentlich kritisch zu der Resolution zu äußern), blieb Rudolf Heinrichs (formal Vertreter der "KPD"-eigenen "Liga gegen den Imperialismus") noch auf der Konferenz und stimmte (wie jedenfalls seit Monaten die "MLD" undementiert behaupten) der Resolution zu, also auch der "Anti-Terror"-Passage.

Eine peinliche Geschichte, zu der die "KPD" immer noch ihre Taktik des Totschweigens betreibt. Vielleicht müssen d i e Anhänger der "KPD" (und der "Liga"), die nicht so ohne weiteres für den "Kampf gegen den Terrorismus" sind, mal etwas Dampf machen, damit das endlich geklärt wird?

Spanien-Kommission und AK-Redaktion



Aufrufplakat der ORT zu den „Anti-Terror"-Demonstrationen: „Verteidigung der Demokratie – Unterstützung für das baskische Volk – Für die freie Vereinigung der Völker Spaniens"

Leserbrief zum Artikel „Drogen in der Linken" [AK 143]

Ich finde es gut, daß diese Thematik im AK angerissen wird, vor allem deshalb, weil ich selbst seit 1 1/2 Jahren Tabletten schlucke, teilweise bis zu 12 Stück am Tag (Tranquilizer). Ich selbst hätte mich gar nicht getraut, diese Thematik anzusprechen, weil ich das Gefühl hatte, es interessiert eh nicht. Zudem: kurzfristig ist in diesem Bereich nichts zu lösen. Ich frage mich, ob überhaupt etwas zu lösen ist, wenn man/frau in diesem Bereich (Drogen) schon so weit eingedrungen ist. Und langfristig? Der Genosse schreibt: "Ich begann zu trinken, um meine Verklemmtheit zu überwinden." Bei mir begann es genauso. Es ist übrigens immer noch der Grund (das mit den Tabletten). Je stärker mir die gesellschaftliche Situation bewußt wurde, d.h. je agitierter ich war, desto größer war die Angst, weil ich mir der Folgen bewußter bin, im Gegensatz zu "unpolitischen" Leuten, nach dem Motto, was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Je isolierter ich mich fühlte, vor allem in der Bundeswehr, desto mehr versuchte ich zu verdrängen, bis es eben nicht mehr klappte. (Der Druck in der BW war mir zu groß). Da ich im Sani war, hatte ich Zugang zu Drogen fast aller Art (Tranquilizer aber auch Shit, da man als Sani eine gewisse Überblickssituation hat, man kennt fast alle Soldaten usw.) Also machte ich diesen Weg. Damals wußte ich nicht so sehr, was mit mir los war. Ich wußte nur, daß ich Angst hatte und faßte das als individuelles Problem auf, das eben nur individuell zu lösen ist. Aber leider bin ich mit mir sehr im Zweifel, ob jetzt, nachdem bei mir schon meiner Meinung nach einiges kaputt ist, die Sache zu lösen ist, zu lindern vielleicht ja. Auf jeden Fall ist es jedoch wichtig, bei Leuten, die noch nicht richtig drogenabhängig sind, die Sache kollektiv anzupacken. Widersprüche eben nicht zu lange mit sich rumzutragen, wie der Genosse richtig bemerkt hat.

Ich bin aufgrund meiner Verklemmtheit mir selbst gegenüber nicht mehr ehrlich. Zu ehrlichen Auseinandersetzungen bin ich sowieso kaum mehr fähig, vor allem, wenn der emotionale Bereich angesprochen wird. Die größte Sauerei ist obendrein, daß bei mir z.B. durch den Nervenarzt eine Psychotherapie angeordnet ist, bei der sich meine Krankenkasse weigert, diese zu zahlen. Der Nervenarzt teilte mir mit, er könne da eben auch nichts machen. Es tue ihm leid. Bloß, was hilft's mir? Von den Tabletten möchte ich runter, nur wie? Die ständige Auseinandersetzung mit der Krankenkasse reibt mich total auf (...).

Leider glaube ich, daß der Artikel im AK 143 zwar registriert wird, wenn's hoch kommt, vielleicht ansatzweise diskutiert wird, aber im prinzipiellen nicht weiter darauf eingegangen wird. Man kann eben nicht immer was von anderen erwarten.

Ein Genosse aus Landshut

„Wie geht's weiter im KB?"

Zwischenbilanz



Im AK 132 (26.6.78) wurde die Diskussion „Wie geht's weiter im KB?" mit einem Leserbrief und einem redaktionellen Kommentar begonnen. Diese Diskussion wurde im AK 133 und 134 und später in zwei Extra-Ausgaben von „Unser Weg" weitergeführt.

In diese Diskussion haben sich bisher Genossen, die dem Zustand und der Politik des KB sehr kritisch gegenüber stehen, relativ stark eingeschaltet; dasselbe gilt für ehemalige oder kaum-noch KB-Mitglieder, die heute den „Sponti"-Tendenzen nahestehen. Genoss(inn)en, die mit dem KB im Großen und Ganzen „zufrieden" sind, waren zunächst weniger motiviert, etwas zur Diskussion beizutragen. Als dann (zumindest in Hamburg) nach und nach in allen Bereichen sämtliche Genoss(inn)en verpflichtet wurden, einen Bericht zur Diskussion zu schreiben, war oft zu hören: „Ich weiß doch gar nicht, was ich da schreiben soll".

Es tauchte bei einzelnen Genoss(inn)en sogar die These auf, eigentlich gäbe es doch gar keine „Krise"

s(inn)en sogar die These auf, eigentlich gäbe es doch gar keine „Krise"

des KB; diese sei nur „herbeigeredet". Dieser Haltung entsprach eine Tendenz, die Diskussion ziemlich schnell „abzuschließen", „die Ärmel hochzukrempeln" und „wieder richtig loszulegen". Es zeigte sich allerdings in der Regel, daß auch d i e s e Genoss(inn)en und Bereiche nicht von der „Krise" verschont blieben; meist trat sie dort etwas verspätet ein, dafür aber oft auch mit größerer Heftigkeit.

Insgesamt überwog in der bisherigen Diskussion die Tendenz, sich sehr schnell bestimmten, offenbar einleuchtenden Kritiken anzuschließen (z.B. an der „Rödelei und Kampagnenpolitik" oder an der „sozialdemokratischen Aufnahmepolitik", an der fehlenden Schulung etc.), die Notwendigkeit einer „Kaderorganisation" und des „demokratischen Zentralismus" anzuerkennen usw. – ohne daß sich tatsächlich in der Arbeit schon große Verbesserungen gezeigt hätten, nachdem erste Strohfeuer schnell verloschen sind.

Die „Wie geht's weiter"-Debatte ist inzwischen, mit sehr wenigen (und meist keineswegs vorantreibenden) Ausnahmen, völlig versackt. Es ist offensichtlich, daß weithin immer noch Impulse „von oben" nötig sind, damit überhaupt etwas läuft. Diesen Zustand zu ü b e r w i n d e n, müßte gerade eine wesentliche Aufgabe der „Wie geht's weiter" - Debatte sein.

Dieser Artikel soll einige in der bisherigen Diskussion aufgetauchte Fragen aufgreifen und erneut zur Diskussion stellen.

Krise des KB oder Krise der Linken?

Ein Fehler in der jetzigen Debatte um die Situation und den weiteren Weg unserer Organisation ist das Außerachtlassen der o b j e k t i v e n Voraussetzungen. Beiträge, die den objektiven Hintergrund unserer Schwierigkeiten reflektieren, werden von manchen Genoss(inn)en mit dem Argument abgelehnt, das würde nur von den „politischen Ursachen" der Situation ablenken. Die Genoss(inn)en, die so argumentieren, tun vorzugsweise so, als sei jeder Mißerfolg und Rückschlag in erster Linie als Folge politischer Fehler, falscher „Organisations-Strukturen" usw. zu erklären, wofür in der Regel die leitenden Genoss(inn)en, speziell natürlich das LG, verantwortlich gemacht werden.

Die so argumentierenden Genoss(inn)en tun so, als hinge es nur von unserem subjektiven Wollen, von unserer „richtigen " Politik oder von den geeigneten „Organisationsstrukturen" ab, unter geradezu beliebigen Bedingungen bestimmte, subjektiv gesetzte Ziele zu verwirklichen.

Wir jedoch haben sehr genau zu untersuchen, in welcher Weise die Veränderung ä u ß e r e r Bedingungen auch auf unsere Organisation einwirkt. Unsere Organisation hat, grob gesagt, folgende Phasen ihrer Entwicklung durchlaufen: Der KB wurde 1971 gegründet, als die „ML"-Bewegung Hochkonjunktur hatte. Stramme „ML"-Ideologie und entsprechend rigide Konsequenzen für den eigenen Lebensstil waren damals weithin verbreitet. Der KB übernahm zu dieser Zeit noch einige Elemente dieser „ML"-Strömung, schwamm aber insgesamt g e g e n den Strom. In dieser Phase erstarkte vor allem der KBW und wurde zur dominierenden Organisation der „Neuen Linken". Typisch für den KBW war das systematische Aufrechterhalten eines irrationalen Optimismus hinsichtlich des Stands der Massenbewegung („Die Massen wollen nach links").

Auf der anderen Seite entwickelten wir die These der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft". In dieser Zeit führten wir aus einer krassen Minderheitsposition heraus einen keineswegs von spektakulären Erfolgen gekennzeichneten Kampf. Der KB dehnte sich außerhalb Hamburgs nur sehr langsam aus.

1976 trat der KBW in eine Phase des akuten Verfalls ein. Sein relativer Masseneinfluß brach sehr schnell zu-

des akuten Verfalls ein. Sein relativer Masseneinfluß brach sehr schnell zu-

sammen. Ausschlaggebend dafür war der allzu offensichtlich gewordene Gegensatz zwischen den aufgeputschten Versprechungen der KBW-Führung und den realen Ergebnissen der KBW-Politik. Eine Rolle spielte dabei auch das Scheitern der vom KBW aufgebauten Bewegung gegen den § 218 und der vollständige Fehlschlag des Eingreifens des KBW in die Bundestagswahlen 1976.

Etwa zur gleichen Zeit gab es in der Entwicklung des KB einen bemerkenswerten Aufschwung. Wir begannen, eigentlich erstmals, „n a t i o n a l " in die Geschehnisse einzugreifen. Stationen waren der Vorster-Besuch (Juni 1976), Brokdorf III und Grohnde (Februar 1977/78) und die Inititierung und Unterstützung alternativer Wahllisten (seit Winter 1977/78).

In eben dieser Phase begann sich aber auch Resignation und Erschöpfung im KB bemerkbar zu machen. E i n e Grundlage dieser Entwicklung besteht unserer Einschätzung nach darin, daß sich in der BRD in den letzten Jahren (als Ergebnis der Faschisierungs-Politik) zwar die Bedingungen für eine demokratische und ökologistische Politik spürbar verbessert haben, zugleich jedoch auf der anderen Seite die Bedingungen für eine speziell k o m m u n i s t i s c h e Politik ebenso spürbar schlechter geworden sind. So, wie in der ersten Hälfte der 70er Jahre der „Marxismus-Leninismus" in allen Varianten und die „Orientierung an der Arbeiterklasse" als breite M o d e s t r ö m u n g auftraten, so sind heute „undogmatische" Theorien und „alternative Modelle" eine vorherrschende Modeströmung, gegen die wir bis in unsere eigenen Reihen hinein anzukämpfen haben, ebenso wie wir in früheren Jahren gegen „ML"-Tendenzen im KB anzukämpfen hatten.

Um diese Erscheinung zu erklären, muß man berücksichtigen, daß „undogmatische" und „alternative" Theorien derzeit sehr stark von bürgerlichen und linkssozialdemokratischen Medien propagiert werden. Hierzu gehören auch die Versuche, die entstandene „grüne"/„bunte" Bewegung sehr stark auf rein-umweltschützlerische, teilweise direkt arbeiterfeindliche und reaktionäre Vorstellungen zu orientieren, statt auf radikal-demokratische.

Dies alles fällt auch d e s h a l b auf fruchtbaren Boden, weil die Klassenbasis demokratischer und ökologistischer Bewegungen immer noch überwiegend kleinbürgerlich ist. Was dies angeht, gilt immer noch Lenins Einschätzung: daß nämlich der Kleinbürger „leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit zu zeigen. Der durch die Schrecken des Kapitalismus 'wild gewordene' Kleinbürger ist eine soziale Erscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die U n b e s t ä n d i g k e i t dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwürfigkeit, Apathie, Phantasterei umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen 'M o d e' s t r ö m u n g wie 'toll' fortreißen zu lassen – all das ist allgemein bekannt" (Lenin, „Der Linke Radikalismus...").

Leider haben es die anderen Organisationen und Gruppierungen der Linken bisher vorgezogen, über ihre e i g e n e n Schwierigkeiten zu schweigen. DKP und „KPD" meinten sogar, sich der verzweifelten KB-„Basis" als hoffnungsvolle und garantiert krisenfeste Alternative anbieten zu können. Es wäre bestimmt nützlicher, wenn von der Linken mit mehr Ehrlichkeit diese Debatte aufgenommen würde, um Lehren auf der Basis breiterer und allseitigerer Erfahrungen ziehen zu können.

Tatsächlich hat bei „KPD" und KBW die Krise, um die es hier geht, schon f r ü h e r begonnen, wovon die Vielzahl von Ex-KBW'lern und Ex-„KPD"'lern (darunter heute viele militante „Undogmatische" und Antikommunisten!) zeugt (Siehe dazu auch das Buch „Wir war'n die Stärksten der Partei'n"). Daß die DKP, die freilich nie besonders große Anforderungen an ihre Mitglieder gestellt hat, es inzwischen auch ziemlich schwer hat, überhaupt noch politische Aktivitäten durchzuführen, spricht sich ebenfalls herum.



Aus „Lotta Continua" vom 3.12.78. Der Text lautet übersetzt: Die Politik hab' ich satt. Ich ziehe ~~den~~ Rock vor.

Ermüdung und die Flucht entweder in Alkohol/Drogen oder für die Besserverdienenden in den Traum vom individuellen „Schöner leben" (Eigenheim im Grünen etc. pp.) treffen naturgemäß d i e Organisationen am stärksten, in denen die Mitglieder bisher fast ihre gesamte freie Zeit „für die Organisation" einsetzten, also auch den KB. Eine Politik, die weiterhin auf einen solchen „selbstlosen" Totaleinsatz aufbauen will, ist zum Scheitern verurteilt. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, sehr rasch und gründlich die Arbeitsbelastung aller Genoss(inn)en und den Arbeitseinsatz der gesamten Organisation zu überprüfen und entscheidende Veränderungen herbeizuführen.

Lieber weniger, aber besser!

Schon bei sehr oberflächlicher Betrachtung fällt fast überall im KB ein schreiendes Mißverhältnis zwischen „input" (Einsatz von Arbeitskraft) und „output" (politische Ergebnisse) auf. Ein einfacher Grund für diesen Zustand liegt darin, daß dieses Verhältnis fast nie problematisiert, geschweige denn gründlich untersucht wird. Wenn jemand 90 Minuten an einem Platz steht, ohne einen einzigen AK zu verkaufen, wird er dies nach zwei-drei Versuchen wahrscheinlich als sinnlose Zeitverschwendung einstellen. Warum werden nicht die drei, fünf, zehn oder mehr Stunden, die jemand auf „Terminen" jede Woche abhockt, mit derselben Elle gemessen?

Es gibt Fälle, wo nicht nur einer, sondern gleich mehrere Genoss(inn)en jede Woche einen mehrstündigen „Termin" in irgendeiner Anti-AKW-„BI" durchziehen, obwohl von dieser „BI" kaum noch Aktivitäten organisiert werden. Es gibt Veranstaltungen, die man/frau pflichtgemäß und mit großem Aufwand organsiert, ohne daß der politische Effekt diesen Aufwand wirklich rechtfertigen würde. Wie oft werden solche politisch wenig nutzbringenden Aktivitäten hauptsächlich nur deshalb durchgeführt, um irgendwelchen kurzsichtigen Anleitern Greifbares vorweisen zu können?!

Notwendig ist, zukünftig sehr viel genauer darüber zu diskutieren, wo und wie wir unsere begrenzten Arbeitskräfte einsetzen wollen und wie wir mit möglichst geringem Aufwand möglichst gute Ergebnisse erreichen können. Diese Herangehensweise an die politische Arbeit, nämlich wissenschaftlich und „professionell", ist im KB bisher viel zu wenig entwickelt.

„Die Praxis rationalisieren!"

Unter dem Motto „Die Praxis rationalisieren!" wurde genau dies Problem schon einmal vor mehreren Jahren im KB diskutiert. Allerdings wurde diese Sache nicht systematisch weiterverfolgt und führte daher nicht zu längerdauernden Konsequenzen.

Nehmen wir zur Verdeutlichung des Problems einen typischen „Termin". Ein Großteil der Zeit vergeht mit „technischen" Absprachen, die nur jeweils zwei oder drei Genoss(inn)en betreffen; die übrigen hokken drumherum. So kommt es zu den berüchtigten „Terminen", die mit „technischem Kram" vollgestopft werden, und bei denen kaum noch politisch diskutiert wird.

Ein weiteres Kennzeichen t scher „Termine": Kaum etwas ist genügend vorbereitet. Da möchte beispielsweise Genosse C. „über seine BI diskutieren". Statt aber die Situation und seine Fragen in einem Papier zusammenzufassen und v o r dem „Termin" an alle Teilnehmer zu verteilen, versucht C. auf dem „Termin", die Sache mündlich vorzutragen, verliert sich in allerlei Nebensächlichkeiten, es hört schon bald verständlicherweise kaum jemand richtig zu usw..

Oder es findet eine „Schulung" statt, die Hälfte hat vielleicht den betreffenden Text noch gar nicht gelesen, irgendwer hält ein lediglich nacherzählendes Referat über den Text, niemand hat Fragen zum Text vorbereitet...

Der erste Schritt müßte eine drastische Reduzierung der „Termin"-Flut sein. Wöchentliche „Termine", wie sie heute die Regel sind, sind kaum irgendwo wirklich nötig, um die anstehenden politischen Aufgaben zu bewältigen. Wahrscheinlich

die anstehenden politischen Aufgaben zu bewältigen. Wahrscheinlich

würde es völlig ausreichen, wenn „Termine" ohne feste Regelmäßigkeit immer nur d a n n angesetzt werden würden, wenn wirklich ein Problem zur kollektiven Diskussion ansteht, und wenn ansonsten die politische Routine-Arbeit in Einzelabsprachen geregelt würde. Als erster Schritt wäre es jedenfalls sinnvoll, Routine-Termine (z.B. Zellen-Sitzungen) nur noch alle zwei Wochen (höchstens!) stattfinden zu lassen.

Zugleich ist eine q u a l i t a t i v e Verbesserung der „Termine" unbedingt nötig. Jeder „Termin" muß gründlich vorbereitet werden, und zwar von a l l e n Teilnehmern. Am besten ist es natürlich, wenn alle Teilnehmer sich schon v o r dem „Termin" darüber verständigt haben, welche Punkte diskutiert werden sollen, in welchen Fragen Beschlüsse gefaßt werden sollen. Die Diskussionen sollten so gut wie möglich vorbereitet werden: bestimmte Texte vorher lesen (beispielsweise AK-Artikel, Rundbriefe...), Fragen vorher überlegen, schriftliche Berichte zu Einzelfragen usw.. Über jeden „Termin" sollte ein Kurzprotokoll angefertigt werden, das Beschlüsse und Diskussionsergebnisse festhält. Diese Protokolle dienen zur eigenen Kontrolle, in Einzelfällen auch zur Information übergeordneter Leitungen. Das Schreiben solcher Protokolle, ebenso wie generell das Abfassen von Berichten, muß in der gesamten Organisation systematisch g e l e r n t werden.

Trennt man diese Dinge voneinander, also die Reduzierung der „Termine" einerseits und ihre qualitative Verbesserung andererseits, so würde sich allerdings die Reduzierung der „Termine" mit Sicherheit verhängnisvoll auf den Zusammenhalt der Organisation auswirken.

„Rationalisierung der Praxis" bedeutet also nicht einfach ein Einsparen von Zeit, sondern auch gewissermaßen den Z w a n g zu einem mehr wissenschaftlichen und effektiven Arbeiten: Straffung von Diskussionen, statt dem üblichen planlosen „Herumgequatsche"; Unterscheidung von zentralen und weniger wichtigen Themen; Analyse eines zu besprechenden Gegenstands, statt planlosem Aufzählen verschiedener seiner Aspekte; Erstellung von Berichten, mit denen wirklich politisch gearbeitet werden kann usw..

Verbesserung des Arbeitsstils

„Rationalisierung der Praxis" muß also eng verbunden sein mit einer Verbesserung des Arbeitsstils. Spezielles Kennzeichen der meisten „K-Gruppen" (eine gewisse Ausnahme macht seit längerem die politisch kaum noch aktive „KPD/ML") ist ein krasses Mißverhältnis zwischen einem enormen Kräfteeinsatz und keineswegs entsprechenden Ergebnissen. Das hängt neben einer Reihe anderer, objektiver Faktoren a u c h damit

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 61

zusammen, daß viel zu wenig wissenschaftlich, analytisch, planmäßig, „professionell" gearbeitet wird. Weithin ist es in der Linken geradezu Mode, rationales „professionelles" Herangehen an die politische Arbeit als etwas Negatives anzusehen, es mit „Bürokratismus", „Verknöcherung", „Stalinismus" etc. zu identifizieren, und demgegenüber das lockere, spontane, dilettantische und naive Herangehen an die Politik als etwas besonders Positves darzustellen. Dieser Mangel an e r n s t h a f t e r politischer Arbeit wird nicht gemildert, sondern sogar noch verschärft, wenn er durch bürokratischen Aufwand, Feldwebeltum usw. verdeckt wird, wenn also ein Minimum an durchdachter und fundierter politischer Arbeit nach A u ß e n mit einem Maximum an „Termin" schlachten, Papieren usw. usf. nach I n n e n verwaltet wird. Solche Erscheinungen gibt es leider tatsächlich. V e r b e s s e r u n g des Arbeitsstils bedeutet zunächst einmal, daß wir einen möglichst vollständigen und v e r w e n d u n g s f ä h i g e n Überblick über unsere Arbeitsfelder bekommen. **Verwendungsfähig heißt: Wir müssen damit arbeiten können.** Es kann beispielsweise sein, daß jemand eine komplette Sammlung der letzten Jahrgänge von 25 verschiedenen Alternativ-Zeitungen zuhause hat, aber diese Sammlung zunächst einmal totes Material ist, weil niemand je einen Blick in diese Zeitungen geworfen hat, geschweige denn, daß systematisch ein Überblick über dieses Material erarbeitet wurde. Es kann sein, daß jemand haargenau die Entstehungsgeschichte und den aktuellsten politisch-ideologischen Stand sämtlicher örtlicher „ML"-Zirkel kennt, aber dieses Wissen nicht für die Organisation verwendungsfähig ist, weil es weder systematisiert,noch weitergegeben wird. **Brachliegendes Spezialwissen bei einzelnen Genossen ist tatsächlich eine recht häufig anzutreffende Erscheinung.**

Spezialwissen mag man dabei im weitesten Sinne verstehen. Dazu gehört beispielsweise auch, wenn jemand auf politisch wichtigen „Papieren" oder Informationen hockt (sagen wir z.B.: über interne Auseinandersetzungen in einer DKP-Gruppe) und diese nicht an die Zentrale weiterleitet. Hierzu gehört auch das Wissen der Genoss(inn)en über die täglichen Diskussionen in ihrem Betrieb, das so gut wie überhaupt nicht in unsere politische Arbeit einfließt.

Wir brauchen also eine Verbesserung der Kommunikation innerhalb der Organisation und wir brauchen „E x p e r t e n" für bestimmte Arbeitsfelder. Darum sind Diskussionen unsinnig, wie sie mancherorts immer noch geführt werden, ob es richtig sei, wenn beispielsweise eine Genossin „hauptseitig" in der Frauenbewegung arbeiten möchte, wobei dies gegen a n d e r e Arbeitsfelder demagogisch ausgespielt wird. Wir haben nicht etwa zu viele Genossinnen,sondern viel z u w e n i g e, die sich auch nur ein b i ß c h e n in der Frauenbewegung auskennen, von „Expertinnen" ganz zu schweigen. Dasselbe gilt für viele andere, traditionell schief angesehene Arbeitsfelder. (Denken wir nur an die Schwulenbewegung). Die Frage ist also nicht so sehr, w o jemand arbeitet, sondern w i e. Wenn jemand Lust zu einer Sache hat und sich dort ernsthaft „reinarbeitet", ist das hundertmal wichtiger, als jede engstirnige traditionelle „Schwerpunktsetzung" gegen die Bedürfnisse der Genoss(inn)en, und zumal das kurzsichtige Hin- und Herschieben von Genoss(inn)en von einem Arbeitsbereich zum nächsten.

Zur Verbesserung des Arbeitsstils gehört auch die Verbesserung des Berichts- und Protokollwesens.

Es sei hier noch einmal an die *„Anmerkung zum Schreiben von AK-Artikeln"*, AK 137, S. 46, erinnert. Abgesehen von 'technischen' Mängeln (vgl. AK 137) sind Unregelmäßigkeit, Unvollständigkeit und Unübersichtlichkeit immer noch recht oft bei Berichten und Protokollen festzustellen. Jeder kennt jene schrecklichen, oft schon äußerlich furchteinflößenden Berichte und Protokolle, durch die man sich mühsam durchwühlen muß, weil in bunter, offensichtlich kaum durchdachter Folge Wichtiges und Unwichtiges bunt miteinander vermengt sind. In der Regel soll ein Protokoll die Hauptlinie des Diskussionsverlaufs und das Ergebnis in relativ leicht überschaubarer Form wiedergeben, nicht aber jeden Einzelpunkt des Diskussionsverlaufs. Ebenso soll ein Bericht über w e s e n t l i c h e Dinge informieren, nicht über Nebensächlichkeiten. Zur Veranschaulichung ein Beispiel: Zelle Y soll über ihr Eingreifen in einen Wahlkampf berichten. Aus dem Bericht erfährt man jedoch lediglich, wieviele Zeitungen verkauft wurden, wieviele Plakate geklebt wurden und wer sich darum gekümmert hat, und daß Genosse A neu für die Zelle gewonnen wurde, während Genossin B. noch nicht genau weiß, was sie nun will ... Über M a s s e n a r b e i t hingegen erfährt man kaum etwas.

Wichtig ist auch die Regelmäßigkeit bzw. Verbindlichkeit des Berichtswesens. Im KB weiß allzuoft „die Linke nicht, was die Rechte tut". Das heißt, Genoss(inn)en, die auf demselben Gebiet oder auf sich überschneidenden Gebieten arbeiten, informieren sich mitunter gar nicht, oder nur zufällig (Man trifft sich gerade in der Kneipe ...), oder nicht vollständig genug. **Schriftliche Notizen, knappe Berichte und Protokolle etc. sind unentbehrlich für eine Verbesserung unseres Arbeitsstils.**

Demokratischer Zentralismus

Demokratischer Zentralismus gilt bei Nicht-Kommunisten oft als ein besonders rigides, unmenschliches und irrationales System des Kommandierens von oben und des blinden Gehorsams von unten. Der Demokratische Zentralismus(oft auch, je nach Standpunkt, liebevoll oder geringschätzig als „Dezet" bezeichnet) spielte selbstverständlich auch in der bisherigen „Wie-geht's-weiter"–Diskussion des KB eine Rolle – mit dem Ergebnis, daß rund 95 % aller Stellungnahmen sich für den „Dezet" aussprachen, und nur etwa 5 %(höchstens) dagegen. W a s allerdings „der Dezet" genau ist, blieb weithin noch zu klären.

In „ML"-Kreisen wurde der Demokratische Zentralismus früher gern folgendermaßen definiert: *„1. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation; 2. Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; 3. Unterodnung der unteren Instanzen unter die oberen; 4. Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee"*. Das ist ein Zitat von Mao Tse-tung; allerdings nicht über den Demokratischen Zentralismus, sondern über die Pareidisziplin. Diese ist ein Teil des Demokratischen Zentralismus, aber eben nur ein T e i l.

Beim Demokratischen Zentralismus geht es darum, daß die Politik der Organisation von a l l e n Mitgliedern gemeinsam entwickelt, dann aber auch e i n h e i t l i c h vertreten wird. Über die festgelegte Politik der Organisation kann ständig weiterdiskutiert werden, bzw. s o l l t e sogar ständig weiterdiskutiert werden – jedoch i n n e r h a l b der Organisation. Wer beispielsweise ö f f e n t l i c h gegen die Arbeit in den Gewerkschaften, oder für die Vaterlandsverteidigung, oder „gegen Gewalt überhaupt" auftritt, (oder sich sonstwie in Widerspruch zu Grundsätzen unserer Politik stellt) gehört nicht in den KB.

Neue Fragen, bei denen auf Monate hin Entscheidungen für die Arbeit des KB getroffen werden, müssen besonders gründlich und breit diskutiert werden. Beispielhaft dafür ist die Diskussion um die Politik des KB zu den Bürgerschaftswahlen 1972 und 1976, wo frühzeitig in fast allen Einheiten des KB beraten und schriftliche Stellungnahmen verfaßt wurden. Auf Grund dieser Stellungnahmen wurde dann die Politik des KB von der Leitung festgesetzt. Nicht so gut lief die Diskussion vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen dieses Jahres, wo in manchen Einheiten eine Reihe von Fragen nicht oder erst relativ spät beraten wurden, sodaß in Einzelfällen erhebliche Widersprüche noch während des Wahlkampfes auftraten. Rückblickend erwies sich als Fehler, daß – anders als 1976 – diesmal nicht die Abgabe schriflicher Stellungnahmen und Berichte gefordert worden war, die dazu hätten führen können, die Diskussion systematischer und verbindlicher zu führen und sie für die Leitungen überschaubarer zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß eine Organisation weitgehend handlungsunfähig würde, wenn sie j e d e n ihrer Schritte erst mit allen Mitgliedern diskutieren würde. Eben dies wird aber von einigen Kritikern tatsächlich gefordert. Wenn der KB beispielsweise ein Angebot zur Zusammenarbeit an die DKP richtet oder wenn er zu einer Solidaritäts-Demonstration für Bahro aufruft, do braucht das LG selbstverständlich vorher keine Mitglieder-Befragung vorzunehmen. Denn unsere Haltung zu den Fragen, um die es dabei geht, steht seit längerem fest. Das heißt nicht, daß nicht auch diese Fragen neu diskutiert werden könnten, wenn das gefordert wird. Sie aber p r i n z i p i e l l vor j e d e r Aktion aufs Neue in der gesamten Organisation zu diskutieren, ist bestenfalls eine naive Forderung, im schlimmeren Fall schlichtweg demagogisch. Denn jeder, der ernsthaft an die Sache herangeht, weiß, daß eine Diskussion im gesamten KB selbst bei einem sehr beschleunigten und rigiden Verfahren mindestens zwei Wochen dauern würde (Vom "Hineingeben" des Themas bis zum Vorliegen von Stellungnahmen), und daß auch dann vielleicht nur aus etwa Zweidrittel der Organisation überhaupt schon etwas vorliegen würde.

Die n o t w e n d i g e Fähigkeit, unter Umständen r a s c h Entscheidungen zu treffen und entsprechende Aktionen durchzuführen ergibt sich eben daraus, daß eine Reihe grundsätzlicher Fragen im KB vereinheitlicht sind, daß also eine gemeinsame Ausgangsbasis vorhanden ist. Wer mit dieser Ausgangsbasis nicht einverstanden ist, soll d a s zur Diskussion stellen, statt über angeblich "undemokratische Strukturen" zu klagen.

Anders steht es mit neu auftretenden Fragen. Hier "Vereinheitlichung" vorauszusetzen, statt sie in der Diskussion zu erreichen, wäre in der Tat ein Bruch mit dem Demokratischen Zentralismus. Für den Verlauf solcher Fälle zwei Beispiele aus der Praxis:

– Zur Klage von Alice Schwarzer und anderen Frauen gegen den "Stern" erschien im AK ein Artikel der AG Frauen, der von anderen Genossinnen für falsch gehalten wurde. Teilweise begannen diese Genossinnen, o h n e ihre kritik im AK zur Diskussion zu stellen, mit Vorbereitungen für Veranstaltungen zu dieser Sache. Das wurde später als falsches Vorgehen kritisiert: Meinungsverschiedenheiten zu einem solchen Thema sind "legitim"; es müßte aber zumindest der ernsthafte V e r s u c h gemacht werden, solche Meinungsverschiedenheiten zu klären, b e v o r irgendjemand im Namen des KB mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit tritt.

– Ein zweites Beispiel: Eine Ortsgruppe wurde von der Zentrale aufgefordert, ein bestimmtes , eigens für diese Ortsgruppe verfaßtes Flugblatt zu verteilen. Fast die gesamte Gruppe weigerte sich, ohne diese Weigerung schriftlich zu begründen. Daraufhin wurden alle aufgefordert, ihre Weigerung schriftlich zu begründen. Dieser Aufforderung kamen im Endeffekt jedoch nur drei oder vier Genoss(inn)en nach. Das war, würde man wirklich die kommunistischen Organisationsprinzipien anlegen, eigentlich schon ein Ausschlußgrund gegen fast die gesamte Gruppe. Denn zwar kann es Gründe geben, die Verteilung eines bestimmten Flugblatts abzulehnen (etwa,weil man es für schädlich hält), aber diese Gründe müssen diskutierbar dargestellt werden. Andernfalls könnte man von einer halbwegs einheitlichen Organisation gar nicht mehr sprechen.

Zur Verbesserung der Leitungsmethoden

Aus einer ganzen Reihe von Stellungnahmen zur "Wie-gehts-weiter?"-Diskussion sprechen übertriebene, irrationale oder teilweise direkt zynische Ansprüche an die "Anleiter", speziell das LG. Oft sind es ausgerechnet Genoss(inn)en, die für sich selbst mehr und mehr das "Bockprinzip"in Anspruch nehmen, die aber andererseits die nackte Mentalität frühkapitalistischer Ausbeuter zeigen, sobald es um die Arbeitskraft und die Möglichkeiten leitender Genoss(inn)en geht. Noch öfter steckt hinter dieser Haltung auch bloße Gedankenlosigkeit. Inzwischen gibt es sogar schon Leute, die ernsthaft behaupten sie brauchten zum Schreiben kritischer Leserbriefe (im AK) eine "Anleitung" – und dieses Ansinnen in mehrseitigen Papieren vortragen. Die zum Teil sehr ungehalten und nörgelig vorgetragene Forderung nach "mehr Anleitung"in diesem und jenem Detailpunkt ist das Gegenstück zu einer "obrigkeitsgläubigen" Haltung, die im KB auch noch anzutreffen ist. oft steht dahinter mangelndes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Einige Genoss(inn)en behaupten tatsächlich, fehlende "Anleitung" sei schuld, wenn sie mit ihrer politischen Arbeit nicht so vorangekommen sind, wie esie selbst es wünschen oder wie manes vielleicht erwarten könnte. Denkt man diesen Ansatz zuende, so könnte es heute gar keinen KB geben, denn ... wer hätte uns bei der Gründung des KB "anleiten" sollen?!

Es gehört zur Entstehungsgeschichte des KB, daß er fast durchweg von Menschen aufgebaut wurde, die gar keine politische und organisatorische Erfahrung (aus langjähriger Partei-Arbeit, wie bei der DKP, oder wenigstens aus der Studentenbewegung, wie bei KBW und "KPD") mitbrachten. Wohl auch hiermit in Zusammenhang steht der immer deutlicher spürbare Mangel an selbständig und wirkungsvoll anleitenden Kadern im KB. Allerdings muß man zum richtigen Verständnis dieses Mangels auch berücksichtigen, daß der KB mit relativ viel Einsatz auf Gebieten arbeitet, die von anderen linken Organisationen meist nur am äußersten Rande oder überhaupt nicht behandelt werden (z.B. Frauen,Schwule, Kinder, Alternative Wahllisten).

Es kann sich im KB keine(r) hinsetzen wie im Restaurant und auf die Bedienung warten. Es kann keiner andere für eigene politisch-ideologische Mängel verantwortlich machen. (Allzu oft besteht noch die Vorstellung, man würde sich durch Eintritt in den KB einen „A n s p r u c h" darauf erwerben, vom LG oder sonstwem politisch weitergebildet zu werden. Schon die bloße Vorstellung ist absurd, wenn man die Zahl der "Anleiter" vergleicht!).

Auch bei dei "Anleitern" stellt sich allerdings die Frage nach einer "Rationalisierung der Praxis". Beispielsweise: An welchen Terminen soll/muß man/frau überhaupt teilnehmen? Auf welche Detail-Besprechungen soll man/frau sich noch einlassen? Wie lassen sie die durchzuarbeitenden Berichte, Diskussionspapiere usw. usf. vereinfachen und verkürzen? Wer die Diskussionen im KB mit denen anderer Organisationen vergleicht, wird zudem wohl feststellen, daß sehr viel Zeit für Themen "draufgeht", die man/frau eigentlich nicht gern "abwürgen" möchte, aber die doch unterm Strich gesehen unheimlich wenig Fortschritt in unseren Köpfen (und sonstwo) und in unserer Arbeit bringen. hierzu gehört auch die schädliche Unsitte, daß sich im KB eigentlich am liebsten jeder über alles den Kopf zerbrechen möchte, oberflächlich über die Arbeit völlig fremder Bereiche herumgequatscht wird usw. All das kostet auch die Kader des KB viel Zeit (Abgesehen von sonstigen schädlichen Folgen der Tratscherei!).

Ein erster Ansatz zur Verbesserung der Leitungsmethoden soll damit gemacht werden, die Arbeit der verschiedenen Bereiche, 'Gremien' usw. d u r c h s c h a u b a r e r zu machen. Anleitungsgremien sollen zukünftig konsequenter als bisher überschaubare schriftliche Beschluß-Protokolle über ihre Sitzungen abfassen, die je nach den konkreten Gegebenheiten von "unten" nach "oben" und umgekehrt ausgetauscht werden sollen. Die Arbeit in den einzelnen Bereichen und auf den unterschiedlichen Ebenen wird damit überprüfbarer und diskutierbarer . (Es sei nur an den Umstand erinnert, daß das LG in den letzten Monaten dreimal Entscheidungen der ZRK abgeändert hat. Das müßte nunmehr eigentlich ausgeschlossen sein. Umgekehrt werden auch die Diskussionen im LG systematischer in die ZRK hinein vermittelt.– Das Beispiel läßt sich natürlich beliebig auf andere Ebenen übertragen).

Zur Verbesserung der Leitungsmethoden gehört ferner daß zukünftig mehr als bisher wichtige Entscheidungen (z.B. zum Vorgehen einer Ortsgruppe in einer bestimmten Kampagne) s c h r i f t l i c h formuliert werden sollen, um Mißverständnissen, Fehlern und Auslassungen bei der mündlichen Übermittlung u.ä. den Boden zu entziehen. **(All dies setzt, wie leicht ersichtlich, voraus, daß mit solchen Papieren keine Liebhaber-Sammlungen angelegt werden, sondern alles nicht mehr Gebrauchte in den Müll wandert).**

Zur Verbesserung der Leitungsmethoden gehört auch, daß wieder mehr mit Rundbriefen gearbeitet wird. Hier hat es in den letzten Monaten aus verschiedenen Gründen (Zeitmangel, Übervorsichtigkeit usw.) eine Flaute gegeben; inzwischen hat sich die Szene aber schon wieder etwas belebt.

Gleichfalls zur Verbesserung der Leitungsmethoden gehört, daß systematischer bestimmte zentrale Fragen in der gesamten Organisation zur Diskussion gestellt und die Ergebnisse schriftlich gesammelt und ausgewertet werden. Hierbei geht es allerdings nicht ohne Startschwierigkeiten ab: Nachdem einzelne Beschwerden (im Zuge der "Wie-gehts-weiter"-Diskussion zur Hamburger Bürgerschaftswahl in einzelnen Einheiten nicht rechtzeitig oder nicht gründlich genug geführt worden sei, hat das LG in einem Rundbrief alle Einheiten aufgefordert, hierzu schriftlich Stellung zu nehmen und die Wahldiskussion in ihrer Einheit darzustellen. **Es ist bis heute kein einziger Bericht dazu eingetroffen!! (Dies soll bitte als Aufforderung verstanden werden!).**

Diese "Zwischenbilanz", die nur einige Aspekte der Debatte angesprochen hat, wird hoffentlich dazu beitragen, die "Wie-gehts-weiter"-Diskussion, die in der Tat keineswegs abgeschlossen ist, sondern vielmehr gerade erst begonnen hat, neu zu beleben. Eine neue Flut von Kritiken, Stllungnahmen, Überlegungn usw. ist erwünscht.





Herr „Matzen" und seine Auftraggeber

Das allgemeine Entsetzen über das Sekten-Massaker von Guayana schien dem „Verfassungschutz" gerade recht, um auf einer Pressekonferenz den seit längerem präparierten und bereit gehaltenen Herrn „Günther Matzen" vorzuführen. Herr „Matzen" berichtete Schreckliches: Seelisches und finanzielles Elend habe ihn auf der Suche nach menschlichem Kontakt ausgerechnet in den KBW getrieben. Dort indessen sei es ihm schlimm ergangen: *„Man wird dort planmäßig gebrochen, um damit den Menschen neuen Typus zu schaffen".* Und **„Ich glaube, wenn das ZK wie in Guayana einen Massen-Selbstmord beschließt, dann ist die Mehrzahl so dumm, sich daran zu beteiligen".** Schaudern und Abscheu muß auch die Zukunft erregen, die der KBW dem Bundesland Schleswig-Holstein laut Herrn „Matzen" zugedacht hat: **„Die wollen hier ein kleines Kambodscha schaffen. Nur noch Maisanbau und Fischerei".** Artikelüberschrift von Springers „Hamburger Abendblatt": *„Am Tag X soll Schleswig-Holstein ein Kambodscha werden".*

Was Herr „Matzen" ansonsten der Presse erzählte (*„Mit Sonnenbrille, Perücke und geschminkten Gesicht ..."*), klingt weithin so, wie man es sich im KBW durchaus vorstellen könnte: Wer zu einem Termin zu spät kommt, wird scharf als „Abweichler" kritisiert und bezieht unter Umständen auch mal Prügel; das zentrale Büro des KBW in Frankfurt sei *„zu einer Festung ausgebaut"* worden, wofür alle KBW'ler zwei Wochen lang 15 Stunden täglich schuften mußten; *„Jedes Mitglied müsse die Namen sämtlicher Freunde und Bekannten angeben"*, die dann *„überprüft"* würden; im KBW gebe es *„eine ‚Partnervermittlung', um zu festen Zweierbeziehungen zu kommen. Jedes Privatleben sollte ausgeschlossen werden"*; *„Studierenden würde auch die Fachrichtung vorgeschrieben, die innerhalb des KBW benötigt würde"*; der KBW sei überzeugt, daß die Revolution bis 1982 kommt.

zeugt, daß die Revolution bis 1982 kommt.

Herr „Matzen" hat zudem, so versicherte er jedenfalls den Presse-Leuten, im KBW auch **„rassistisches Gedankengut kennengelernt".** So würden Afrikaner als *„Bimbos"* bezeichnet und Juden als *„gemeine Wucherer".*

All dies habe bei ihm *„zum physischen und psychischen Zusammenbruch"* geführt. In diesem Zustand hat ihn dann der „Verfassungsschutz" aufgegabelt, der ihm zu einem neuen Wohnsitz in Süddeutschland und sogar zu einem neuen Namen verholfen haben soll. (Alle Zitate und Angaben aus dem „Hamburger Abendblatt" und den „Husumer Nachrichten" vom 25.11.78).

Herr „Matzen" wird gewiß nicht der letzte sein, der sich von der Bourgeoisie in dieser oder etwas abgewandelter Weise als Affe auf dem Leierkasten vorführen läßt. Derselbe Mechanismus, der einige kaputtgemachte Kleinbürger in linke Organisationen treibt, kann sie morgen auch unter die Obhut des „Verfassungsschutzes" und ähnlicher Instanzen treiben - seelische Not, finanzielle Schwierigkeiten, Resignation und Perspektivlosigkeit ...

Die besondere Tücke solcher Vorführungen unter fachmännischer Anleitung und Aufsicht besteht darin, daß in bunter Mischung Wahres und Wahrscheinliches vermengt wird mit Halbwahrheiten, Verallgemeinerungen und freien Phantasieen. Der zum Verräter gemachte wildgewordene Kleinbürger wird nicht als Bürger-Schreck präsentiert, sondern soll ebenso auch zum Lockvogel für Seinesgleichen werden, die sich noch in den linken Organisationen befinden. Das heißt, Zielobjekt des „Verfassungsschutzes" ist nicht nur die breite Masse der Bevölkerung, sondern ebenso auch die Linke selbst, wo man auf diese Weise Resignation und Unsicherheit zu verstärken versucht. Herr „Matzen" wußte bei seiner Vorführung für die Presse auch zu berichten, *„daß die Stimmung im gedrückt' sei"*, u.a. wegen enttäuschender Wahlergebnisse. *„Viele Mitglieder"*, so erzählte Herr „Matzen", *„kommen aus bürgerlichen Familien und sind oft ‚jugendliche ausgeflippte Typen', die im KBW wie in einer Sekte Schutz und Geborgenheit suchen"* (lt. „Welt", 25. 11.) In diese in der Tat kaputten Strukturen hofft die Bourgeoisie jetzt reinnageln zu können. Die gegenwärtige Krise der Linken wird als günstiger Boden dafür betrachtet. Der „Verfassungsschutz" hat offensichtlich auch die beiden Extra-Ausgaben von „Unser Weg" („Wie geht's weiter im KB") sehr gut gelesen, denn die „FAZ" konnte im Zusammenhang mit der Vorführung des Herrn „Matzen" berichten: **„Als Hintergrund für die Krise in den K-Gruppen nannte ein Sprecher des Verfassungsschutzes in Kiel die Entwicklung der chinesischen Politik ‚nach rechts', das Ende des Vietnam-Krieges, das Ausbleiben sogenannter beispielhafter Befreiungskämpfe, die Niederlage des ‚revolutionären Prozesses' in Portugal, die Niederlage in Chile, das Ausbleiben einer ‚fortschrittlichen Arbeiterbewegung in Portugal', das Stagnieren der Anti-kernkraftwerk-Bewegung und die Zerstrittenheit der K-Gruppen untereinander. Tendenzen zum Rückzug auf ein sogenanntes ‚alternatives Privatleben' in spontaneistischen, gesellschaftsabgewandten Gruppen machen sich breit, bei denen es allerdings vereinzelt Unterwanderungserscheinungen von terroristischen Gruppierungen gebe ."** („FAZ", 25. 11.).

In diese Situation sollen sie reinknallen, die Produkte einer ‚psycho-

In diese Situation sollen sie reinknallen, die Produkte einer ‚psycho-

logischen Kriegsführung' wie etwa das Buch „Wir war'n die Stärksten der Parteien" oder die immer schauerlicheren Beichten und Erfindungen des Ex-Terroristen Klein. Und sie knallen tatsächlich rein - mit dem Ergebnis, daß sich ziemlich viele Linke oder Angelinkte in solchen Produkten selbst erkennen und voll darauf abfahren, oder sie zumindest für diskutierenswerte Ansätze halten. Was an solchen Produkten realistisch und diskutierenswert erscheint, beweist indessen nur, daß „Verfassungsschutz" und ähnliche Instanzen ihren Gegner einigermaßen genau beobachten und studieren. Das war zu vermuten.

Ein Herr „Matzen" für den KB wird gesucht

Daß der Herr „Matzen" kein Zufallsprodukt ist, sondern daß der „Verfassungsschutz" gezielt nach solchen Ansprechpartnern s u c h t, zeigt folgender Bericht:

„Do., 23.11.78 wurde ich um 17.00 Uhr, als ich gerade von der Arbeit kam und in's Auto steigen wollte, von zwei Typen (30-40 J.alt, gut, aber nicht auffällig, bürgerlich gekleidet) angesprochen - mit Namen: „Herr H., können wir mit Ihnen reden?". Ich fragte, um was es ginge und daraufhin hieß es „Sie arbeiten doch im Stadtteil, Flugblätter, politische Aktivitäten ... darüber würden wir gerne mit Ihnen reden, das interessiert uns". Auf Befragen, wer sie überhaupt seien, wurde ausgewichen und gesagt: „Sie können ja gerne weiterfahren und die Tür zumachen. Wir wollen Sie nicht überfallen... oder etwa in der Firma oder zu Hause ansprechen, sondern lieber über diesen Weg. Es wäre gut, wenn Sie kurz Zeit hätten, daß wir darüber reden könnten". Ich bin dann mit in die Kneipe gegangen (eingeladen worden) und habe nochmal gefragt, wer sie seien und was sie wollen, worauf sie wieder ausgewichen sind mit dem Hinweis auf ihr Wissen über meine politische Aktivität und meine Arbeitsstelle. Weiter sagten sie dann: „Sie sind doch Ausländer, haben Sie eigentlich eine Daueraufenthaltsgenehmigung?". Daraufhin habe ich geantwortet, daß ich die Genehmigung immer besorgen muß. Sie fragten, wie es denn gekommen sei, daß ich politisiert worden bin. Ich sagte, daß ich es normal finde, wenn der Hausbesitzer sich nicht richtig verhält, daß man was dagegen macht. Sie meinten, das wäre selbstverständlich, darum ginge es aber nicht, sondern es ginge um den KB. Ich verneinte eine KB-Mitgliedschaft. Sie dann: „Naja, das brauchen Sie jetzt gar nicht zuzugeben, wir wissen ja... Sie und ihre Wohngemeinschaft, die Wohngemeinschaft in der ....straße, ... Es geht jetzt einfach um die Frage, warum junge Menschen sich in einer so kleinen radikalen Gruppe organisieren - denn gegen Mieten was zu machen, das ist ja normal". Sie machten deutlich, daß sie über die unterschiedlichen sog. „K-Gruppen" informiert sind (nannten RGO-Politik, Sozialimperialismusthese) und wollten dann wieder wissen, wieso gerade der KB und ob über Freundschaften. Sehr von Interesse schien ihnen die Frage, welches die Motivation sei, in einer radikalen Gruppe mitzuarbeiten... Ich antwortete allgemein, daß man dazu über die Zeitungen und eine gewisse politische Einschätzung kommt. Sie gaben sich damit nicht zufrieden und fragten nochmal, ob ich nach ... gekommen sei, weil ich einen Halt gesucht habe. Als ich daraufhin wieder allgemein antwortete („hab mich schon immer gegen Mißstände gewehrt"), ließen sie an inhaltlichen

wieder allgemein antwortete („hab mich schon immer gegen Mißstände gewehrt"), ließen sie an inhaltlichen

Punkten noch mal ihr Wissen raus: „Da gibt es doch jetzt eine Konzeptlosigkeit im KB - in ‚Unser Weg' ist das beschrieben"... Sie bohrten auch weiter an dem Punkt, warum ich mich denn gerade in so einer kleinen Gruppe organisieren würde, der KB habe doch gar keinen Einfluß. Schon gar nicht in den Betrieben. Im Vergleich zur KPD/ML, die doch zumindest bei den Betriebsratswahlen mehr verankert sei, und im KB (....) seien ja gar nicht so viele Betriebsräte.

Sie meinten dann, daß ja über den Verkauf kaum mehr was vom KB zu merken sei. Ich antwortete: Das Entscheidende an einer Gruppe seien die Inhalte und die könnte man ja nachlesen, und wollte dann gehen.

Als sie sagten, daß das Gespräch ja noch gar nicht an einen entscheidenden Punkt gekommen sei, fragte ich noch mal, was sie wollten. Daraufhin wollten sie sich wieder erneut mit mir verabreden, weil sie verstünden, „daß Sie keine Zeit haben, wenn Sie immer bis 17.00 Uhr arbeiten müssen und dann noch Termine ,... so ein großes Engagement." Als ich darauf bestand, weg zu müssen, gaben sie mir den „Rat", nicht zu erzählen, daß ich dieses Gespräch geführt habe - das würde Mißtrauen säen und das wäre schlecht für mich. Sie „versprachen" mir, sich wieder zu melden."

Dieser Bericht deutet darauf hin, daß es den VS-Leuten in diesem Fall nicht vordergründig darum ging, einen Spitzel anzuwerben (was ja auch gelegentlich geschieht), sondern etwas über die Stimmung im KB und speziell über den Zustand des angesprochenen Genossen zu erfahren: Bieten hier vielleicht schon Resignation und Enttäuschungen Ansatzpunkte für eine gezieltere Bearbeitung, das war offensichtlich die Frage, um die es den VS-Leuten ging. Daß dies kein Einzelfall war, ist zu vermuten. Wir fordern alle Genossen und Leser auf, über eventuelle Annäherungsversuche dieser Art umgehend zu berichten. Die anderen Organisationen der Linken (die bisher, soweit wir es überblicken, zur Vorführung des Herrn „Matzen" geschwiegen haben) fordern wir auf, ebenfalls über diese Dinge zu informieren und gemeinsam mit uns gegen diese Versuche der Bourgeoisie Front zu machen.

Politik und Freizeit im Jugendzentrum

Anfang der 70er Jahre gründeten sich überall in der BRD Jugendzentrumsinitiativen, die die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum vertraten. In der Parole „Was wir wollen, Freizeit ohne Kontrollen" drückte sich der Wunsch einer großen Zahl Jugendlicher aus, sich in der Freizeit dem Einfluß von Familie, Sportverein und Freizeitindustrie zu entziehen. Und heute?

„Die Jugendzentrumsbewegung scheint tot zu sein, das sogenannte politische Engagement scheint allgemein zurückgegangen zu sein. Es mehren sich die Stimmen der Kritiker, die das ‚Scheitern' der Jugendzentrumsbewegung und ‚ihrer Theoretiker' in einer falsch verstandenen ‚Politisierung' sehen. Jugendarbeit soll wieder schön werden..." (Materialien des Bund deutscher Pfadfinder (BDP), Nr. 16, Nov. 76). Diese Tendenz in der Beurteilung der Jugendzentrumsbewegung ist einerseits in der heutigen gesellschaftlichen Situation, andererseits aber auch schon in den Anfängen der Bewegung (ca. 1971) zu suchen:

„Viele Jugendzentrumsinitiativen (profitierten) nicht nur von den Erfolgen der Protestbewegung der Studenten, Schüler und Lehrlinge, sondern auch von deren Zerfall", schreibt Diethelm Damm in seinem Buch „Politische Jugendarbeit" (Juventa-Verlag). Diese Einschätzung wird u.a. begründet mit der Beobachtung, daß *„sich viele Mitglieder von früher betriebs- bzw. schulbezogen arbeitenden Lehrlings- bzw. Schülergruppen unter vorläufiger Befriedigung des ‚Regenerationsbedürfnisses' der Jugendlichen treten"* soll (nach BDP-Mat. Nr. 16).

IZ – „Stützpunkt im Klassenkampf"?

Ein Genosse aus Hamburg-Wilhelmsburg vertritt dazu in einem Diskussionspapier folgende Position: *„Alternative Freizeit darf und kann nicht bedeuten, für jeden einzelnen eine bessere Möglichkeit zu schaffen, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren. Den Kampf in dieser gesellschaftlichen Situation um bessere Discos etc. zu führen, ist politisch nicht zu verantworten. Alternative Freizeit bedeutet in diesen gesellschaftlichen Bedingungen, die Möglichkeit zu erlangen, den Kampf für eine Freizeit überhaupt zu führen. Es kann keine Freizeit im eigentlichen Sinne geben, solange sie nur die zweite Hälfte der Arbeitszeit ist, die Zeit zur Vorbereitung auf die Arbeit. Den Kampf um Freizeit zu führen heißt, ... gegen den Kapitalismus an sich zu kämpfen."*

Richtig ist diese Einschätzung der Freizeit als „zweite Hälfte der Arbeitszeit" insofern, als sie aufzeigt, welchen Stellenwert die Bourgeoisie der freien Zeit eines Schülers, Lehrlings oder Jungarbeiters beimißt. Der Genosse warnt (falls er es so gemeint hat!) desgleichen völlig zu Recht vor der voreiligen Einschätzung, die Masse der JZ-Besucher sei eben unpolitisch und mit den regelmäßigen Discos auch vollauf zufrieden.

kleinen Minderheit der ohnehin schon Aktiven (gestatten), sich in diese Aktivitäten einzubringen."

Und wenn man dann den Jugendlichen auch noch das Gefühl gibt, daß sie zu einer Veranstaltung/Demonstration kommen sollen, nur um den „Aktiven" ein weiteres Frustrationserlebnis zu ersparen (und nicht aus eigenem Interesse), dann darf man sich nicht wundern, wenn diese Art politischer „Überzeugungsarbeit" als Anmache aufgefaßt wird.

Diethelm Damm führt in seinem Buch diesen Ansatz weiter aus: *„Motivationen zum Engagement können erfahrungsgemäß alle Probleme wekken, die konkret und aktuell sind; Probleme also, die gelöst werden müssen und lösbar erscheinen, zum Beispiel konkrete familiäre, betriebliche, schulische, sexuelle Probleme, oder Probleme mit der Kriegsdienstverweigerung oder dem Wohnbereich."* Und auch hier gilt, daß diese Probleme *„nicht nur erörtert werden, um einmal erörtert worden zu sein, sondern um die Möglichkeiten der politischen Durchsetzung der eigenen Interessen einschätzen und entsprechend praktische Konsequenzen ziehen zu können."*

Als Linker müßte man ja auch blind sein, wenn man die zahlreichen unmittelbaren Probleme der Jugendlichen (die oft auch den eigenen Problemen entsprechen!) nicht sehen würde. Der ständige Kontakt zu den JZ-Besuchern ist also zunächst das wichtigste; wichtig auch deshalb, damit man weiß, wie sich die objektiven



Aufgabe ihrer ursprünglichen Zielsetzung den Jugendzentrumsinitiativen" anschlossen.

Die Ursachen hierfür liegen auf der Hand: In Auseinandersetzungen mit der Stadt um ein eigenes Jugendzentrum war der Druck auf die einzelnen Mitglieder der Initiative nicht so stark wie beispielsweise in betrieblichen oder schulischen Auseinandersetzungen. Außerdem erschienen im Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum noch am ehesten konkrete Erfolge möglich. Und schließlich waren und sind die Mißstände im Freizeitbereich nicht minder groß als beispielsweise in der Schule.

Doch spätestens, als man sein Jugendzentrum erkämpft hatte, machte sich die politische und inhaltliche Schwäche der Bewegung bemerkbar; daß nämlich *„weder von der Arbeiter- noch von der Studenten- oder der Jugendbewegung eine nennenswerte Tradition selbstbestimmter Freizeitaktivitäten entwickelt worden ist"* (D.Damm). Heute stellt es die meisten Initiativen naturgemäß vor noch größere Probleme, wenn sie die Forderung nach Selbstverwaltung gegenüber den Jugendlichen bzw. der Stadt auf den Begriff bringen oder mit Leben füllen sollen.

Während sich der aktive Kern das Jugendzentrum vielleicht als eine Art „Stützpunkt im Klassenkampf" vorstellt, begreift die Mehrheit der Besucher das Haus als Treffpunkt, wo es „billig Tee oder Cola" gibt. Die Arbeit in einem Jugendzentrum ist nicht selten von diesem Konflikt („aktiver" Kern, „passive" Besucher) gekennzeichnet, egal ob selbstverwaltet oder städtisch. In dieser unbefriedigenden Situation mehren sich natürlich die Stimmen, die die „Lösung" des Problems darin sehen, daß *„in den Mittelpunkt des Interesses ... die*

Dennoch wird aus dem Papier des Wilhelmsburger Genossen deutlich, daß die Linke offensichtlich kaum Möglichkeiten sieht, gerade mit „unpolitischen" Jugendlichen eine politische Arbeit im Jugendzentrum aufzubauen. Daß man sich also entweder den vordergründigen Erwartungen der JZ-Besucher anpaßt oder ins politische Sektierertum verfällt. Die im Grunde ja richtige Parole „Kampf für Freizeit = Kampf gegen den Kapitalismus" kann in der Konsequenz sehr leicht dazu führen, daß man es dem einzelnen Jugendlichen noch zusätzlich schwer macht, seine unmittelbaren sozialen und politischen Probleme zu erkennen und in einer Gruppe im Jugendzentrum anzupacken.

Politisierung der Freizeit

Eine Jugendarbeit, die *„gerade auch die Arbeiterjugendlichen für eine politische Bildungsarbeit motivieren will, (wird) ihre Inhalte und Methoden so auswählen müssen, daß sie nicht nur politischen Orientierungs-, sondern auch Freizeitwert besitzen. Das hat seine Gründe nicht allein darin, daß die meisten Jugendlichen Jugendzentren mit einem zunächst überwiegenden Freizeitinteresse besuchen, sondern vor allem darin, daß eine die Bedürfnisse der Jugendlichen produktiv fortentwickelnde Jugendarbeit sich nicht auf die Qualifizierung einiger grauer Hirnzellen beschränken darf."* (D. Damm, s.o.)

Hier spricht Diethelm Damm den wunden Punkt in der bisherigen Praxis vieler JZ-Linker — uns eingeschlossen — an, die nämlich bei dem Begriff „politische Arbeit im Jugendzentrum" nur allzu oft nicht weiter denken als: Flugblatt, Veranstaltung, Podiumsdiskussion, Demo. Aktivitäten mithin, die es *„stets nur der*

gesellschaftlichen Mißstände dem Jugendlichen subjektiv als Problem darstellen. Unter diesen Voraussetzungen kann man anfangen, mit den Betroffenen zu arbeiten, eine Gruppe von Gleichgesinnten aufzubauen, gemeinsame Aktivitäten zu planen usw.

Z.B. können Arbeitsgruppen kleine Filmspots oder Ton-Bild-Schaus zusammenstellen, Rollenspiele oder Sketche vorbereiten, die auch in den „gemütlichen Teil" einer Freizeitveranstaltung eingebracht werden können und wodurch wiederum die Arbeitsgruppe sich einer größeren Zahl Jugendlicher vorstellen kann. Wichtig ist nur, daß diese Spots oder ähnliches erstens keinen „Zwangscharakter" haben („Musik aus, Licht an — jetzt wird diskutiert!") und zweitens, daß solche Aktionen in der Gruppe gemeinsam geplant und durchgeführt werden. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt!

Patentlösungen lassen sich nicht anbieten, weil die Bedingungen von Ort zu Ort viel zu unterschiedlich sind, und auf diese Bedingungen kommt es ja gerade an, um die Möglichkeiten einer politischen Arbeit im Jugendzentrum konkret zu bestimmen. In Diskussionen hat sich gezeigt, daß auch KB-Genossen einige Schwierigkeiten mit ihrer Praxis in Jugendzentren haben. Das liegt wohl z.T. auch daran, daß die Arbeit mit Jugendlichen im Jugendzentrum viel Zeit „kostet" und es eben nicht reicht, einmal in der Woche seinen „JZ-Termin" zu haben.

Wir hoffen deshalb, daß ihr gegebenenfalls mit Kritik, konkreten Vorschlägen oder Beispielen aus eurer Arbeit zu diesem Diskussionsbeitrag Stellung nehmt.

Jugendgenossen
KB / Gruppe Hamburg